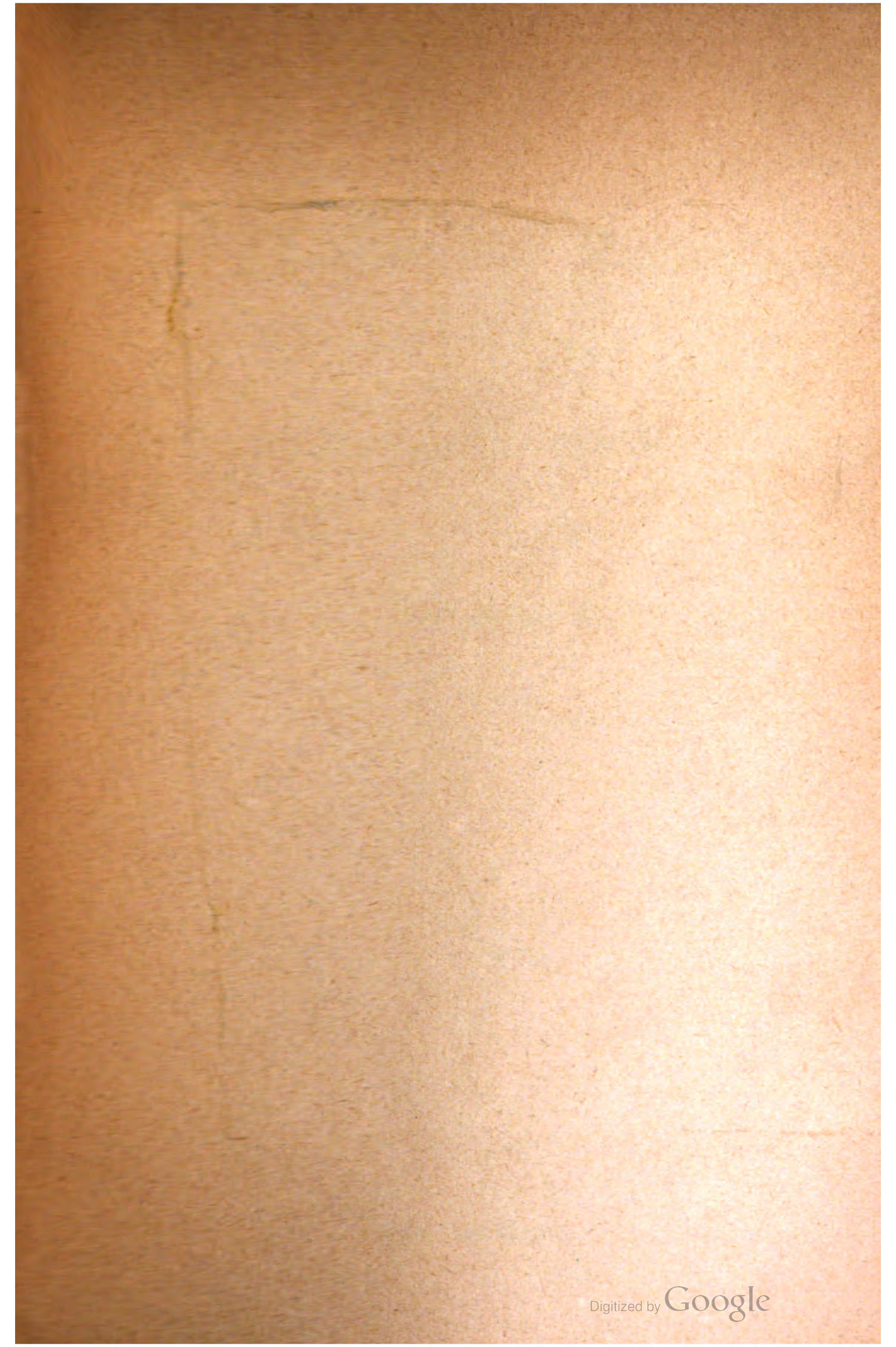


Amtliche Sammlung

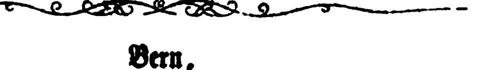
der

Bundesgeseze und Verordnungen

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft.

VIII. Band.



Bern,

Stämpflische Buchdruckerei (G. Hünerwadel).

1866.

Rec. Oct. 17, 1904.

Bundesbeschluß

betreffend

den Staatsvertrag zwischen der Schweiz und dem Großherzogthum Baden über die gegenseitigen Niederlaßungs- und Gewerbsverhältnisse.

(Vom 21. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht des zwischen dem Bevollmächtigten der schweizerischen Eidgenoßenschaft und dem Bevollmächtigten der großherzoglich badischen Regierung unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen Staatsvertrages, d. d. Bern den 31. Weinmonat 1863, betreffend die gegenseitigen Niederlaßungs- und Gewerbsverhältnisse;

nach Einsicht der bezüglichen Botschaft des Bundesrathes vom 11. Wintermonat 1863,

beschließt:

1. Der erwähnte Staatsvertrag wird anmit ratifizirt.
2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 21. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Staatsvertrag

zwischen

der Schweiz und dem Großherzogthum Baden, betreffend die gegenseitigen Niederlaßungsverhältnisse.

Abgeschloßen den 31. Weinmonat 1863.
Ratifizirt von Baden am 23. Christmonat 1863
„ „ der Schweiz am 24. Christmonat 1863.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und der Großherzoglich Badischen Regierung unterm 31. Weinmonat 1863 in Bern unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen Vertrages über die gegenseitigen Bedingungen des Aufenthalts und der Niederlaßung der Angehörigen der Schweiz in dem Großherzog-

Friedrich,

von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden,

Herzog von Zähringen.

Nachdem Uns der zwischen Unserm und dem Bevollmächtigten des Schweizerischen Bundesrathes unterm 31. Oktober dieses Jahres zu Bern abgeschloßene Vertrag über die gegenseitigen Bedingungen des Aufenthalts und der Niederlaßung der Angehörigen des Großherzogthums in der Schweiz und der Angehörigen der Schweiz in dem

thum und der Angehörigen des Großherzogthums in der Schweiz, welcher vom schweizerischen Nationalrathe unterm 17. Christmonat 1863 und vom schweizerischen Ständerathe unterm 21. gleichen Monats genehmigt worden ist, und welcher wörtlich also lautet:

Großherzogthum, welcher also lautet:

Der schweizerische Bundesrath

und

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden,

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Bedingungen des Aufenthalts, der Niederlaßung, des Gewerbsbetriebes und des Verkehrs mit Liegenschaften und Fahrnissen der Angehörigen der beiden Länder, gleich wie dies schon wegen Feststellung der gegenseitigen Bedingungen über Freizügigkeit von einem Staate zum andern und einiger, mit derselben in Verbindung stehender nachbarlicher Verhältnisse durch den zu Bern am 6. Christmonat 1856 abgeschloßenen Staatsvertrag geschehen ist*), im Wege des Vertrags zu ordnen, haben zu diesem Zweke Bevollmächtigte ernannt, und zwar:

Der schweizerische Bundesrath:

den Herrn Dr. Jakob Dubs, Mitglied des Bundesrathes, Vorstand des eidgenößischen Justiz- und Polizeidepartements,

und

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden:

Höchstihren Ministerresidenten bei der schweizerischen Eidgenoßenschaft, Kammerherrn und Legationsrath Ferdinand von Dusch,

welche nach Auswechslung ihrer, in gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen übereingekommen sind:

*) Siehe eidg. amtliche Sammlung, Band V, Seite 661.

Artikel I.

Die Angehörigen der Schweiz sollen bei ihrer Niederlaßung oder während ihres kürzern oder längern Aufenthaltes im Großherzogthum Baden in Bezug auf Alles, was die Aufenthaltserlaubniß, die Ausübung der erlaubten Berufe, die Steuern und Abgaben, mit einem Worte alle, den Aufenthalt und die Niederlaßung beschlagenden Bedingungen anbelangt, mit Vorbehalt der Bestimmungen des § 7, Absaz 3 – 6 und des §. 8 des badischen Gesezes über Niederlassung und Aufenthalt vom 4. Weinmonat 1862 *), den Inländern gleichgehalten werden.

Auch sollen Schweizerbürger hinsichtlich des Erwerbes und der Veräußerung von Liegenschaften und von Fahrnissen im Großherzogthum Baden nicht anders als die Angehörigen des Großherzogthums selbst behandelt werden.

Artikel II.

Die Angehörigen des Großherzogthums Baden sollen in sämmtlichen, im vorstehenden Artikel erwähnten Beziehungen im

---

*) §. 7, Absaz 3—6 und §. 8 des zitirten badischen Gesezes lauten:

„§. 7, Absaz 3—6.

„Dem Nichtbadener, welcher im Laufe der lezten fünf Jahre „eine Freiheitsstrafe erstanden hat, oder zu einer solchen verurtheilt „ist, kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder Sittlichkeit „die Niederlaßung oder der vorübergehende Aufenthalt unbedingt „versagt werden.

„Ebenso kann derjenige, der kein sicheres Heimatsrecht hat, „selbst wenn die Niederlaßungsgemeinde mit einer Kaution sich be„gnügt, von der Staatspolizeibehörde ausgewiesen werden.

„Die Fristen des §. 3 laufen erst von da an, wo die That„sachen, welche die Versagung der Niederlaßung rechtfertigen, den „betreffenden inländischen Behörden bekannt gemacht werden.

„Wird die Niederlaßung oder der vorübergehende Aufenthalt „an einem Orte versagt, so kann zugleich bestimmt werden, daß sich „die Ausweisung auf das ganze Land erstrekt.“

„§. 8.

„Das Ministerium des Innern kann jederzeit die Ausweisung „solcher Nichtbadener verfügen, welche die innere oder äußere Sicher„heit des Staates gefährden.“

Gebiete der schweizerischen Eidgenoßenschaft, mit Vorbehalt der Bestimmungen der Artikel 41 und 57 der schweizerischen Bundesverfaßung vom 12. Herbstmonat 1848, den Schweizerbürgern gleichgehalten werden.

Artikel III.

Es soll auch jeder Vortheil, den der eine der beiden vertragschließenden Theile einem dritten Staate in Betreff der Niederlaßung seiner Angehörigen und ihres Gewerbebetriebes bereits gewährt hat, oder in Zukunft auf irgend einem Wege noch gewähren möchte, in gleicher Weise dem andern Theile zugestanden sein, beziehungsweise ihm zu gleicher Zeit zugestanden werden, ohne daß hiefür im einzelnen Falle noch eine besondere Vereinbarung erforderlich wäre.

Artikel IV.

Die Dauer des gegenwärtigen Vertrages wird auf zehn Jahre festgesezt, nach deren Ablauf jedem Theile dessen Kündigung mit der Wirkung zusteht, daß der Vertrag ein Jahr nach erfolgter Kündigung außer Kraft tritt.

Artikel V.

Für den gegenwärtigen Vertrag sind die beiderseitigen höchsten Ratifikationen einzuholen. Die Urkunden über erfolgte Ratifikation sollen so bald als möglich ausgewechselt werden und der Vertrag einen Monat nachdem der Austausch dieser Urkunden stattgefunden haben wird, in Kraft treten.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den vorstehenden Vertrag in zwei gleichlautenden Ausfertigungen unter Beidrukung ihrer Siegel unterzeichnet.

Bern, den 31. Weinmonat 1863.

(Gez.) Dr. **Jb. Dubs.** (L. S.)

(Gez.) **F. von Dusch.** (L. S.)

erklärt diesen vorstehenden Vertrag seinem ganzen Inhalte nach als in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der Eidgenoßenschaft, denselben jederzeit, so weit es von lezterer abhangt, zu erfüllen.

Zur Urkunde dessen ist die gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den 24. Christmonat 1863.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,

Der Bundespräsident:
C. Fornerod.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

vorgelegt und von Uns geprüft worden ist, so erklären Wir, daß Wir diesen Vertrag in allen seinen Bestimmungen genehmigen und ratificiren.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unseres beigefügten Staatssiegels.

So geschehen in Unserer Residenzstadt Carlsruhe am dreiundzwanzigsten Dezember des Jahres Eintausend achthundert drei und sechszig, Unserer Regierung des zwölften.

Friedrich.

(L. S.)

Roggenbach.

Note. Die Ratifikationen des vorstehenden Staatsvertrages sind am 27. Christmonat 1863 vom großherzoglich badischen Ministerresidenten Herrn von Dusch, in Stuttgart, und am 31. gleichen Monats vom Bundesrath Herrn Dr. Dubs, in Bern, ausgewechselt worden.

Bundesbeschluß

betreffend

die mit Frankreich abgeschloßene Uebereinkunft über Herabsezung der Telegraphentaxen.

(Vom 18. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht des Bundesgesezes über die Organisation der Telegraphenverwaltung vom 20. Christmonat 1854 (V, 1);

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 7. Christmonat 1863;

nach Kenntnißnahme von der zwischen den Abgeordneten der Schweiz und Frankreichs am 1. Christmonat 1863 zu Paris unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen Deklaration betreffend die Herabsezung der Telegraphentaxen,

beschließt:

Der Bundesrath ist ermächtigt, der erwähnten Deklaration die Ratifikation zu ertheilen.

Also beschloßen vom Ständerathe,
Bern, den 15. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,
Bern, den 18. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Erklärung

zwischen

der Schweiz und Frankreich, betreffend die Telegraphentaxen.

Vereinbart am 1. Christmonat 1863.
Beiderseits ratifizirt am 21. Christmonat 1863.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung der zwischen der Schweiz und Frankreich zum Zweke der Einführung eines gleichmäßigen Tarifs für die Auswechslung der beiderseitigen telegraphischen Depeschen vereinbarten Erklärung, welche am 1. Christmonat 1863 zu Paris von den respektiven Bevollmächtigten unter Ratifikationsvorbehalt abgegeben und sodann vom Ständerathe unterm 15. Christmonat 1863 und vom Nationalrath unterm 18. gleichen Monats genehmigt worden ist, welche Erklärung also lautet:

NAPOLEON,

Par la grâce de Dieu et la Volonté nationale,

EMPEREUR DES FRANÇAIS,

A tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Une Déclaration pour la réduction de la taxe des dépèches ayant été signée, le 1er Décembre 1863, entre la France et la Confédération Suisse;

Déclaration dont la teneur suit:

Erklärung.

Die Regierung der schweizerischen Eidgenoßenschaft und die Regierung Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen, von dem Wunsche beseelt, den beiden Ländern die Vortheile eines einheitlichen Tarifs für die Auswechslung ihrer telegraphischen Depeschen zu sichern und die Zahl der leztern durch eine Ermäßigung der Taxen zu vermehren, haben zu diesem Zweke nachfolgende Bestimmungen im gemeinsamen Einverständniß festgesezt:

Die Taxe der Depesche von zwanzig Worten wird für alle zwischen der Schweiz und Frankreich, Corsika inbegriffen, gewechselten Korrespondenzen, welches auch das Aufgabe- oder Bestimmungsbüreau sei, auf drei Franken festgesezt. Jede Gruppe von zehn Worten, oder jeder Bruchtheil einer Gruppe von zehn Worten mehr, wird mit der Hälfte des Ansazes der einfachen Depesche taxirt.

Der Betrag der Taxe wird im Verhältniß von zwei Dritt-

Déclaration.

Le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français désirant assurer aux deux pays les avantages d'un tarif uniforme pour l'échange de leurs dépèches télégraphiques, et accroître le nombre de celles-ci par une modération de taxes, les dispositions suivantes ont été, dans ce but, arrètées d'un commun accord:

La taxe de la dépèche de vingt mots sera uniformément fixée à trois francs pour toutes les correspondances échangées entre la Suisse et la France, la Corse comprise, quel que soit le bureau de provenance ou le bureau de destination. Chaque série de dix mots ou fraction de série de dix mots en sus sera taxée de moitié du prix de la dépèche simple.

Le montant de la taxe sera partagé dans la proportion de

theilen für Frankreich und einem Dritttheil für die Schweiz vertheilt.

Dabei versteht es sich, daß in dem Falle, wo die Depeschen schweizerischen Ursprungs, in Folge Unterbrechung der direkten unterseeischen Verbindung zwischen Frankreich und Corsika, zu ihrer Beförderung an diese Bestimmung fremde Linien in Anspruch nehmen, diese Depeschen bezüglich der Taxe den allgemeinen Regeln unterworfen sind, welche aus den in Kraft bestehenden internationalen Verträgen entspringen.

Die Taxe der zwischen der Schweiz und Algerien oder Tunis gewechselten Depeschen, sei es, daß dieselben durch das direkte Tau von Port-Vendres nach Algier befördert werden, sei es, daß sie im Falle der Unterbrechung dieser Linie die telegraphische Verbindung zwischen der Schweiz und Marseille einerseits, zwischen Algier und dem Bestimmungsort andererseits und die Postverbindung zwischen Algier und Marseille benutzen, wird aus der nach dem einen oder andern Wege zu berechnenden Taxe der Depeschen fran-

deux tiers pour la France et de un tiers pour la Suisse.

Il est entendu que dans le cas où, par suite d'interruption dans les communications sous-marines directes entre la France et la Corse, les dépêches d'origine suisse emprunteront, pour arriver à cette destination, des lignes étrangères, ces dépêches retomberont, en ce qui concerne la taxe, sous l'empire des règles générales qui résultent des Traités internationaux en vigueur.

La taxe des dépêches échangées entre la Suisse et l'Algérie ou la Tunisie, soit qu'elles suivent la voie du câble direct de Port-Vendres à Alger, soit que, en cas d'interruption de cette communication, elles prennent la voie télégraphique entre la Suisse et Marseille, d'une part, entre Alger et le point de destination, de l'autre, et la voie postale entre Marseille et Alger, se composera de la taxe des dépêches d'origine française, calculée suivant l'une ou l'autre voie, augmentée de la somme de un

zösischen Ursprungs zusammengesezt mit Zuschlag der Summe von einem Franken, welcher der schweizerischen Verwaltung zufällt.

Die gegenwärtige, mit dem 1. Jänner 1864 vollziehbare Uebereinkunft wird für unbestimmte Zeit in Kraft bestehend erklärt, so lange als deren Kündigung nicht durch einen der kontrahirenden Staaten erfolgt; in diesem leztern Falle bleibt sie vom Tage der Kündigung an bis nach Verfluß eines Jahres in Kraft.

Dieselbe soll ratifizirt und die Ratifikationen so bald als möglich ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die respektiven Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Siegel beigesezt.

So geschehen in Paris, den 1. Christmonat 1863.

(Gez.) **Kern.**
(L. S.)

(Gez.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.)

franc, qui formera la part affectée à l'Office suisse.

Le présent Arrangement, exécutoire à partir du 1er Janvier 1864, sera considéré comme étant en vigueur pour un temps indéterminé, tant que la dénonciation n'en sera pas faite par l'un des Etats contractants; dans ce dernier cas, il demeurera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année, à partir du jour où la dénonciation en sera faite.

Il sera ratifié, et les ratifications en seront échangées aussitôt que faire se pourra.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Arrangement et y ont apposé leurs cachets.

Fait à *Paris*, le 1er Décembre 1863.

(Sig.) **Kern.**
(L. S.)

(Sig.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.)

erklärt die vorstehende Uebereinkunft ihrem ganzen Inhalte nach als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, dieselbe, so weit es von ihr abhangt, jederzeit zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterzeichnet und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen zu Bern, den ein und zwanzigsten Christmonat eintausend achthundert drei und sechzig (21. Christmonat 1863).

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

C. Fornerod.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

Nous, ayant vu et examiné la dite Déclaration, l'avons approuvée, acceptée, ratifiée et confirmée, et Promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En foi de quoi, Nous avons donné les présentes signées de notre main et munies de notre Sceau Impérial.

A *Paris*, le vingt et un Décembre de l'an de Grâce Mil huit cent soixante trois.

NAPOLEON.

(L. S.)

Par l'Empereur:

Drouyn de Lhuys.

Note. Die Auswechslung der Ratifikationen der vorstehenden Erklärung hat zwischen dem schweizerischen Minister in Paris, Herrn Dr. Kern, und dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Drouyn de Lhuys, am 28. Christmonat 1863 in Paris stattgefunden.

Bundesbeschluß

betreffend

die Juragewässerkorrektion.

(Vom 22. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer bundesräthlichen Botschaft vom 20. Heumonat 1863, sowie des Bundesbeschlußes vom 3. Augstmonat 1857 (V, 586), betreffend die Juragewäßerkorrektion,

beschließt:

Art. 1. Die Korrektion der Juragewässer auf Grundlage des Planes La Nicca, im Sinne des Gutachtens der bundesräthlichen Experten vom 8. Brachmonat 1863, wird als ein Unternehmen erklärt, welches der Bund, nach Maßgabe von Art. 21 der Bundesverfaßung, zu unterstüzen bereit ist. Es findet auf dasselbe das Gesez über Abtretung von Privatrechten vom 1. Mai 1850 Anwendung.

Art. 2. In das gemeinschaftliche Unternehmen fallen folgende Arbeiten:

a. Ableitung der Aare von Aarberg in den Bielersee durch den Hagenekkanal;

b. Ableitung der im Bielersee vereinigten Aar- Zihlgewäßer durch den Nidau-Bürenkanal nach Büren;

c. Korrektion der obern Zihl zwischen dem Neuenburger- und Bielersee;

d. Korrektion der untern Broye zwischen dem Murtner- und Neuenburgersee;

e. Ausführung derjenigen Korrektionsarbeiten auf der Flußabtheilung Büren-Attisholz, welche in der Folge als nothwendig erachtet werden sollten.

Art. 3. Die Kosten des Unternehmens werden gedekt:

a. durch den Mehrwerth des betheiligten Grundeigenthums, so weit derselbe als Folge der in das gemeinsame Unternehmen fallenden Arbeiten (Art. 2) erscheint; durch den Erlös von verkauftem Strandboden, verlassenen Strombetten u. s. f.;

b. durch Beiträge der betheiligten Kantone;

c. durch einen Bundesbeitrag.

Die Bezeichnung des betheiligten Grundeigenthums und die Abschäzung des Mehrwerthes desselben ist durch eine eidgenößische Kommission vorzunehmen, und zwar die leztere in dem Sinne, daß dabei nach billigen Grundsäzen verfahren und für die Einzahlung möglichst erleichternde Bedingungen gestellt werden sollen.

Der Bund ist bereit, seinerseits den dritten Theil der Gesammtkosten bis zu einem Maximalbetrage von 4,670,000 Franken zu übernehmen, sofern die fest zugesicherten Staatsbeiträge betheiligter Kantone auf wenigstens drei Viertel des Bundesbeitrages ansteigen.

Art. 4. Ein späterer Bundesbeschluß wird, sobald das Zustandekommen des Unternehmens gesichert ist, alles zur Ausführung weiter Erforderliche festsezen.

Art. 5. Der Bundesrath ist eingeladen, von diesem Bundesbeschluße den Regierungen der bei der Korrektion der Juragewäßer betheiligten Kantone Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg Kenntniß zu geben, mit der Aufforderung, sich bis spätestens am 31. Dezember 1864 darüber auszusprechen, ob sie bereit seien, auf Grundlage des gegenwärtigen Bundesbeschlußes das Unternehmen auszuführen.

Von dem Erfolge dieses Schrittes ist sodann der Bundesversammlung bei ihrem ersten Zusammentritte nach dem 31. Christmonat 1864, behufs weiterer Entschließungen, Bericht zu erstatten.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 21. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 30. Christmonat 1863.

Der Bundespräsident: **C. Fornerod.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß**

Bundesbeschluß

betreffend

den Bau und Betrieb einer Bodenseegürtelbahn auf St. Gallischem Gebiet, nebst Zweigbahn von Feldkirch nach Rüthi.

(Vom 22. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines vom Großen Rathe des Kantons St. Gallen am 1. Christmonat 1863 den Herren P. Talabot, Generaldirektor der Eisenbahngesellschaft Paris-Lyon-Méditerranée, Mitglied des französischen gesezgebenden Körpers; Ed. Hentsch von Genf, Banquier in Paris, und Ed. Blount von London, Banquier in Paris, ertheilten Konzession für den Bau und Betrieb einer Bodenseegürtelbahn auf St. Gallischem Gebiet, nebst Zweigbahn von Feldkirch nach Rüthi;

eines sachbezüglichen Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 9. Christmonat 1863;

in Anwendung des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852,

beschließt:

Es wird der Konzession unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes ertheilt:

Art. 1. In Erledigung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finan=

ziellen Einflußes des Unternehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betriebe befindliche Wegstreke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die obgenannte Bahnunternehmung nicht mehr als 4 % nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die genannten Bahnlinien, für deren Bau, beziehungsweise Betrieb, die Konzession der vorerwähnten Gesellschaft am 1. Christmonat 1863 ertheilt worden ist, sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, vom 1. Jänner 1867 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er jeweilen fünf Jahre zum Voraus den Rükkauf erklärt hat.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die leztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesezt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter erwählt und von den leztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreiervorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

a. Im Falle des Rükkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen zehn Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rükkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rükkaufes im 75. Jahre der 22½fache, und im Falle des Rükkaufes im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung,

daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

b. Im Falle des Rükkaufes im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen.

c. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rükkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rükkaufssumme in Abzug zu bringen. Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das vorerwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 14 Monaten, vom Tage der Rechtskraft dieses Beschlußes an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten dieser Eisenbahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung der Bahnunternehmung zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Die Bauarbeiten sind im Verhältnisse zu den in der Konzession festgesezten Vollendungsterminen zu fördern. Sollte dieser Vorschrift zuwider gehandelt werden, ohne daß höhere Gewalt dazu Veranlaßung gegeben, so wird der Bundesrath die erforderlichen Maßregeln ergreifen, um ihr Nachachtung zu verschaffen, und es kann im äußersten Falle die Bundesversammlung die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession als erloschen erklären.

Art. 5. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesezgebung, namentlich das Gesez über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen vom 28. Heumonat 1852, genaue Beachtung finden, und es darf

denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen. Insbesondere soll den Befugnissen, welche den Bundesbehörden gemäß Art. 17 und Art. 19 des erwähnten Bundesgesezes zustehen, durch die im Art. 24 oder in andern Artikeln der Konzession enthaltenen Bestimmungen nicht vorgegriffen sein.

Art. 6. Beim Bau der Linien sollen die nöthigen Maßnahmen getroffen werden, damit in Kriegszeiten die Benuzung der Bahn sofort unterbrochen werden kann.

Art. 7. Die gegenwärtige Konzession darf außer dem im Art. 27 der Konzession vorgesehenen Falle ohne Bewilligung des Bundesrathes nicht abgetreten werden.

Art. 8. Vorstehender Beschluß tritt erst mit der Ratifikation des in der Konzession vorgesehenen Staatsvertrags ins Leben.

Art. 9. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 28. Christmonat 1863.

Der Bundespräsident: **C. Fornerod.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

einen Spezialpunkt bezüglich der Bodenseegürtelbahn auf St. Gallischem Gebiet, nebst Zweigbahn von Feldkirch nach Rüthi.

(Vom 22. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer vom Großen Rathe des Kantons St. Gallen am 1. Christmonat 1863 den Herren P. Talabot, Generaldirektor der Eisenbahngesellschaft Paris-Lyon-Méditerranée, Mitglied des französischen gesezgebenden Körpers; Ed. Hentsch, von Genf, Banquier in Paris, und Ed. Blount, von London, Banquier in Paris, ertheilten Konzession für den Bau und Betrieb einer Bodenseegürtelbahn auf St. Gallischem Gebiet, nebst Zweigbahn von Feldkirch nach Rüthi; und

nach Einsicht eines sachbezüglichen Berichts und Antrags des Bundesrathes vom 9. Christmonat 1863,

beschließt:

Der Bundesrath wird bei den zu pflegenden Unterhandlungen betreffend den in der vorerwähnten Konzession vorgesehenen Staatsvertrag nicht nur die im Art. 24 derselben erwähnten Punkte, sondern auch die im Artikel 13 des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852 enthaltenen Grundsäze im Auge behalten.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: V. Ruffy.
Der Protokollführer: Schieß.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 28. Christmonat 1863.

Der Bundespräsident: C. Fornerod.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

den Zeitpunkt der Budgetberathung.

(Vom 22. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 18. Wintermonat 1863,

beschließt:

Als Fortsezung der ordentlichen Jahressession der eidgenößischen Räthe soll in der Regel alljährlich im Christmonat eine

zweite Sizung angeordnet werden, in welcher die Berathung des Budgets für das folgende Jahr stattfindet.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 11. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 28. Christmonat 1863.

Der Bundespräsident: **C. Fornerod.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Nachtragsgesez

betreffend

die eidgenößische polytechnische Schule.

(Vom 22. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft
beschließt:

Art. 1. Der jährliche Beitrag der Eidgenoßenschaft für die polytechnische Schule wird auf Fr. 250,000 festgesezt.

Art. 2. Gegenwärtiges Gesez tritt mit dem 1. Jänner 1864 in Kraft.

Art. 3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung desselben beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 19. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Nachtragsgesezes.

Bern, den 28. Christmonat 1863.

Der Bundespräsident: **C. Fornerod.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Bewilligung von Nachtragskrediten an den Bundesrath für das Jahr 1863.

(Vom 22. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der Botschaft des Bundesrathes vom 7. Christmonat 1863,

beschließt:

Es werden folgende Nachtragskredite für das Jahr 1863 bewilligt:

Zweiter Abschnitt.

Allgemeine Verwaltungskosten.

Budget-Rubriken. Nr. Litt.		Fr. Rp.	Fr. Rp.
2. A. — —	Nationalrath	19,000. —	
	Bundeskanzlei.		
6. E. b. 1.	Drukkosten und Lithographien .	4,500. —	
			23,500. —
	Uebertrag		23,500. —

Dritter Abschnitt.

Departemente.

Politisches Departement.

Budget-Rubriken. Nr. Litt.		Fr. Rp.	Fr. Rp.
		Uebertrag	23,500. —
8. A. 6. —	Repräsentanten und Kommissarien . . .		4,700. —

Vierter Abschnitt.

Spezialverwaltungen.

Militärverwaltung.

14. A. a. 6.	Inspektoren der Infanterie . .	7,000. —	
" " " 8.	Oberkriegskommissariat . . .	8,000. —	
" " d. 1.	Unterhalt des Kriegsmaterials	6,000. —	
" " e. 1.	Unterhalt der Regiepferde . .	10,500. —	
" " i. —	Druckkosten	11,000. —	
			42,500. —

Zollverwaltung.

15. B. I. B.	Zollgebietsdirektionen . . .	7,050. —	
" " " C.	Zollstätten	13,400. —	
" " VII. 1.	Zollauslösung, Loskauf des Brückengeldes der Arvebrücke bei Genf	40,000. —	
			60,450. —

Postverwaltung.

16. C. I.	Gehalte und Vergütungen . .	3,350 —	
" " II.	Kommissäre und Reisekosten .	4,000. —	
" " V.	Gebäulichkeiten, Lokalmiethen ꝛc.	12,000 —	
" " VI.	Postmaterial	70,000 —	
" " VII.	Transportkosten	30,000. —	
" " VIII.	Verschiedenes	5,000 —	
			124,350. —

Zündkapselnverwaltung.

19. F. c.	Unterhalt und Reparaturen der Gebäulichkeiten und Maschinen	6,100. —	
" " f.	Neubauten	1,300. —	
			7,400. —
		Total	262,900. —

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: V. Ruffy.
Der Protokollführer: Schieß.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: Schenk.
Der Protokollführer: J. Kern-Germann.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 28. Christmonat 1863.

Der Bundespräsident: C. Fornerod.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

weitere Ausdehnung des Systems der gezogenen Geschüze.

(Vom 23. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 23. Wintermonat 1863,

beschließt:

Art. 1. Zu den 12 gezogenen Vierpfünder-Batterien, welche zufolge Bundesbeschlußes vom 24. Heumonat 1861 angeschafft wurden, sind vier fernere anzuschaffen, um diejenigen Artillerie-Kompagnien des Auszugs damit zu versehen, welche bis jezt noch glatte Sechspfünder-Geschüze bedienen.

Art. 2. Von den Batterien der Reserve sollen die 11 Sechspfünder-Batterien ebenfalls mit gezogenen Vierpfünder-Kanonen versehen werden. Zu diesem Behufe sind die 44 glatten Sechspfünder-Kanonen dieser 11 Batterien, so wie noch fernere 22 glatte Geschüze von den Batterien, die im Auszuge disponibel werden, in gezogene Vierpfünder-Kanonen umzuändern.

Art. 3. Die bisher von der Eidgenoßenschaft als Ergänzungsgeschüz gelieferten 24 glatten Sechspfünder-Kanonen sollen ebenfalls in gezogene Vierpfünder-Kanonen umgeändert werden.

Dagegen wird die Verwendung der bisher von der Eidgenoßenschaft als Ergänzungsgeschüz gelieferten 12 Zwölfpfünder-Haubizen einem künftigen Beschluße vorbehalten.

Art. 4. Die 44 Sechspfünder-Kanonen, so wie die 52 Zwölfpfünder-Haubizen, welche in Folge der Erstellung von gezogenen Vierpfünder-Batterien verfügbar geworden sind, sollen dem Positionsgeschüz zugetheilt werden.

Art. 5. An Munition für jede gezogene Vierpfünder-Kanone werden 400 Schüße für jedes Geschüz der bespannten Batterien, so wie für jedes Ergänzungsgeschüz vorgeschrieben.

Art. 6. Für die Durchführung der in den vorigen Artikeln bezeichneten Anschaffungen und Umänderungen wird eine Frist von drei Jahren, vom 1. Jänner 1864 an gerechnet, festgesezt, in der Meinung, daß vor Allem die 4 gezogenen Vierpfünder-Batterien, welche für den Bundesauszug noch fehlen, zu erstellen sind.

Art. 7. Die Kosten der neuen Anschaffungen und der Umänderungen trägt der Bund, mit folgenden Ausnahmen und nähern Bestimmungen:

a. An die Umänderung der Sechspfünder-Batterien der Reserve in gezogene Vierpfünder-Batterien tragen die betreffenden Kantone die Kosten des Umgußes und Ziehens der Geschüzröhren und der Umänderung der Laffetten und Kriegsfuhrwerke.

b. Sämmtliche bisherige Munition der 66 glatten Geschüze, welche nach Art. 2 in gezogene Vierpfünder-Kanonen umgeändert werden, fällt dem Bunde anheim.

Art. 8. Die vom Bunde neu angeschafften sechszehn Vierpfünder-Batterien des Auszuges verbleiben sein Eigenthum; nicht inbegriffen ist jedoch die Munition, welche Eigenthum der Kantone wird. Leztern liegt der Unterhalt des Materiellen der neuen Vierpfünder-Batterien und deren Munition ob.

Art. 9. Das Material der im Art. 2 bezeichneten 11 Reservebatterien bleibt Eigenthum der Kantone. Der Bund trägt die Kosten für die Anschaffung der Munition, welche ebenfalls Eigenthum der Kantone wird.

Art. 10. Bezüglich auf die Bedienung und Bespannung der gezogenen Vierpfünder-Batterien gilt der Bundesbeschluß vom 3. Hornung 1862 (VII, 132).

Art. 11. Für die dem Bunde nach Art. 7 auffallenden Kosten wird ein Kredit von 495,000 Franken ertheilt, welcher auf drei Jahre, von 1864 an gerechnet, zu vertheilen ist.

Art. 12. Der Bundesrath wird eingeladen, mit Beförderung zu untersuchen und darüber zu berichten, wie die beiden Achtpfünder-Batterien der Reserve zu verwenden oder zu ersezen seien; ebenso ob und wie die Umänderung der noch bestehenden glatten Sechspfünder-Geschüze, welche als Positionsgeschüze vorhanden sind, oder in Folge der Einführung der gezogenen Vierpfünder-Geschüze verfügbar werden, zu bewerkstelligen sei.

Art. 13. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 23. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 23. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 28. Christmonat 1863.

Der Bundespräsident: **C. Fornerod.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

zum

Budget für das Jahr 1864.

(Vom 23. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des Budgets für das Jahr 1864,

beschließt:

1. Der Bundesrath wird ermächtigt, die entbehrlich gewordenen Pulvermühlen und die dazu gehörenden Liegenschaften in Altstätten, Langnau und Thun bald thunlich zu veräußern.

2. Der Bundesrath wird eingeladen, die Stelle eines Direktors des statistischen Büreaus zu besezen.

Reg. XI. 115

3. An den Bundesrath ergeht die Einladung, zu untersuchen, ob die Beaufsichtigung der Alpenstraßen nicht besondern Angestellten mit fixer Jahresbesoldung könne übertragen werden.

4. Der Bundesrath wird eingeladen, dem Beschluße der Bundesversammlung vom 12. Heumonat 1862, betreffend Verkauf der Festungswerke bei Eglisau (VII, 295) und der Einladung vom 22/24. Heumonat 1862, betreffend Vorlegung eines Berichtes, „ob und in welchem Maße weitere Ausgaben für die Festungswerke gerechtfertigt seien" (VII, 316, Ziff. 5) nachzukommen.

5. Der Bundesrath erhält den Auftrag, in Revision der Verordnung vom 1. April 1861 (VII, 36), die Reiseentschädigung für Offiziere angemeßener festzustellen.

6. Das Ausgabenbudget des Polytechnikums wird um die Summe von 58,000 Franken erhöht. Die Vertheilung dieses Be=

trages auf die einzelnen Rubriken findet im Sinne des bundesräthlichen Berichtes vom 3. Christmonat 1863 statt.

Der dem Polytechnikum unterm 31. Jänner 1863 für Möblirung des neuen Gebäudes und für die Sternwarte bewilligte Kredit (VII, 423) ist, so weit derselbe nicht bereits im laufenden Jahre verwendet worden ist, auf das Jahr 1864 überzutragen.

7. Der Bundesrath wird eingeladen, der Bundesversammlung Anträge über die Dekung desjenigen Defizits zu hinterbringen, welches durch die bis und mit dem 31. Christmonat d. J. beschloßenen außerordentlichen Verwendungen des Bau- und Militärdepartements verursacht wird.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 23. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 23. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 6. Jänner 1864.

Der Bundespräsident: **Dr. J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Loskauf von Brükengeldern.

(Vom 22. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

auf den Vorschlag des Bundesrathes,

beschließt:

1. Der Bundesrath ist ermächtigt:

a. dem Vertrag mit der Regierung des h. Standes Aargau, betreffend den Loskauf des Brükengeldes auf der Drathbrüke zu Aarburg;

b. dem Vertrage mit den Regierungen der h. Stände Waadt und Wallis, betreffend den Loskauf der Brükengelder auf den Brüken über die Rhone bei Collombey und Chessel;

c. dem Vertrag mit der Regierung des h. Standes Wallis, betreffend den Loskauf des Brükengeldes auf der Brüke von Outre-Rhône;

d. dem Vertrag mit der Regierung des h. Standes Genf, betreffend den Loskauf des Brükengeldes auf der Brüke über die Arve, unterhalb Carouge,

die definitive Genehmigung zu ertheilen, sobald die zuständigen Behörden der betreffenden Kantone die Ratifikation dieser Verträge ihrerseits ausgesprochen haben werden.

2. In dem Voranschlag der Eidgenoßenschaft für 1864 ist unter der Rubrik: „Ausgaben der Zollverwaltung" noch der Ansaz aufzunehmen:

Für den Loskauf des Brükengeldes bei Aarburg, bei Chessel, Colombey und Outre-Rhône Fr. 8500.

3. Für den Loskauf des Brükengeldes über die Arve bei Genf, welcher sofort in einer Aversalsumme zu bezahlen ist, wird ein Nachtragskredit auf das Budget von 1863 von Fr. 40,000 bewilligt.

4. Es sind die obgenannten Uebereinkommen in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft aufzunehmen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Uebereinkunft

zwischen

der schweizerischen Eidgenoßenschaft und dem hohen Stande Aargau,

betreffend

die Ablösung des Brükengeldes auf der Drathbrüke in Aarburg.

In Erwägung:

1) daß die Verkehrsinteressen die Aufhebung der noch bestehenden Brükengelder auf dem Gebiete der schweizerischen Eidgenoßenschaft wünschbar erscheinen laßen;

2) daß der Bundesrath durch Schlußnahme der Schweizerischen Räthe vom 15/16. Jänner 1863 eingeladen worden ist, mit den betreffenden Kantonsregierungen, auf deren Gebiet noch konzessionirte Brükengelder erhoben werden, behufs deren Loskauf in Unterhandlung zu treten und unter Ratifikationsvorbehalt ein Uebereinkommen abzuschließen,

ist heute von den unterzeichneten Abgeordneten folgende

Uebereinkunft

abgeschloßen worden:

Art. 1.

Mit dem 31. Dezember 1863 hört der Bezug des Brükengeldes auf der Drathbrüke zu Aarburg auf, und es ist von diesem

Zeitpunkte hinweg der Uebergang über diese Brüke für jedermann von jeder Abgabe frei.

Art. 2.

Die schweizerische Eidgenoßenschaft verpflichtet sich, kraft des Art. 24 der Bundesverfaßung, dem Kanton Aargau für die Aufhebung dieses Brükengeldes jährlich, vom 1. Jänner 1864 an gerechnet, für so lange, als die unterm 2. August 1839 von der Tagsazung bewilligte Konzession dauert, nämlich bis zum 2. August 1899, die Summe von Franken Eintausend zweihundert in vierteljährlichen Raten zu bezahlen.

Unter Hinweisung auf den Bundesbeschluß vom 17. und 30. April 1850 wird hier ausdrüklich vorbehalten und anerkannt, daß die rechtliche Stellung der beiden Kontrahenten durch diese Uebereinkunft in keiner Weise verändert wird.

Art. 3.

Der h. Stand Aargau übernimmt die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die fragliche Brüke in Aarburg in gutem Stande erhalten bleibe, so daß solche, gleich wie bisher, ohne Gefahr benuzt werden kann. Diese Verbindlichkeit erstrekt sich auf so lange, als die in dem Art. 2 hievor bestimmte Entschädigung durch die Eidgenoßenschaft ausbezahlt wird.

Für den Fall dieser Verbindlichkeit nicht vollständig nachgekommen und die Brüke nicht in sicherm Stande erhalten werden sollte, so hört die Auszahlung der Entschädigung auf.

Art. 4.

Der h. Stand Aargau übernimmt es, sich mit dem Inhaber der Brükengeld-Konzession von Aarburg, so wie allfällig mit dem h. Stande Solothurn, so weit dieser leztere dabei betheiligt sein mag, abzufinden, indem die Eidgenoßenschaft von daher durchaus keine Verpflichtungen, welcher Art es sein möchte, übernimmt.

Art. 5.

Diese Uebereinkunft trittet mit dem 1. Jänner 1864 in Kraft.

Art. 6.

Die Abgeordneten behalten sich die Ratifikation, einerseits der Bundesversammlung, und anderseits des h. Standes Aargau vor.

Bern, den 31. Oktober 1863.

Der eidgenößische Abgeordnete:

F. Frey-Herosee.

Der Abgeordnete des Kantons Aargau:

Hanauer, Finanzdirektor.

Der schweizerische Bundesrath ertheilt hiermit vorstehender Uebereinkunft die Genehmigung.

Bern, den 30. Dezember 1863.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
C. Fornerod.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Der Regierungsrath des Kantons Aargau ertheilt anmit vorstehender Uebereinkunft seine Genehmigung.

Aarau, den 5. Jänner 1864.

Im Namen des Regierungsrathes,
Der Landammann, Präsident:
Dr. Brentano.

Der Rathschreiber:
Wagner.

Reglement

über

die Organisation und Verwaltung der eidgenößischen Eichstätte.

(Vom 6. Jänner 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

in weiterer Ausführung des Gesezes vom 23. Christmonat 1851 (III, 84), der Vollziehungsverordnung vom 6. April 1853 (III, 430) und des Beschlußes vom 19. Herbstmonat 1862 *), betreffend die schweizerische Maß- und Gewichtordnung und die zu deren Handhabung erforderliche eidgenößische Eichstätte;

auf den Vorschlag seines Departementes des Innern,

beschließt:

Art. 1. Die eidgenößische Eichstätte steht unter der Oberaufsicht des Departementes des Innern.

Art. 2. In ihr werden die Muttermaße, d. h. die authentischen Kopien der französischen Urmaße in Paris, die genauen Kopien der schweizerischen Urmaße, die durch Kauf oder Schenkung erworbenen Kopien fremder Maße, so wie alle zu Vergleichungen nothwendigen Maße und Hilfsinstrumente, als: Gewichtsäze, Wagen, Längenkomparatoren u. s. f. aufbewahrt, worüber ein Inventar geführt wird.

Art. 3. Die Verrichtungen der Eichstätte sind folgende:

a. Die durch das Regulativ vom 1. Augstmonat 1860 (VI, 598) vorgeschriebene jährliche Untersuchung der im eidgenößischen Archive aufbewahrten Urmaße.

---

*) S. Bundesblatt v. J. 1862, Band III, Seite 412.

b. Die im Laufe von zehn Jahren zu wiederholende Vergleichung der Kopien der Urmaße mit den leztern selbst und mit den kantonalen Mustermaßen (d. h. den von der Eidgenoßenschaft den Kantonen zugestellten genauen Kopien der eidgenößischen Urmaße), so wie die Besorgung und Verifikation allfällig neu zu erstellender Mustermaße auf Kosten der betreffenden Kantone. Die Mustermaße bestehen aus einem Fuß sammt Matrize von Eisen, einem vergoldeten Pfund von Messing, einer Maß sammt Glasplatte und einem Viertel sammt Glasplatte, alle in passende Etuis verpakt und so justirt, daß die Abweichung vom betreffenden Urmaße beim Fuß und seiner Matrize nicht mehr als $^1/_{20}$ Strich, beim Pfund nicht mehr als 1 Milligramm, bei der Maß nicht mehr als $^1/_{25000}$ derselben und beim Viertel nicht mehr als $^1/_{25000}$ desselben beträgt. Diese Justirung hat hauptsächlich zum Zweke, daß die Mustermaße bei ihrem Gebrauche zur Kontrole der Probemaße als mit den Urmaßen übereinstimmend betrachtet werden können. Ueber die weitern genauern Abweichungen der Mustermaße von den Urmaßen soll ein besonderes Buch geführt werden.

c. Die Prüfung, Ajustirung und Stämpelung der von Regierungen eingesandten Probemaße, d. h. der in den Eichstätten der Kantone zur Verifikation der Verkehrsmaße gebrauchten Normalmaße, so wie beliebiger, von Privaten eingesandter Maße, für welche nur die Genauigkeit dieser Probemaße verlangt wird. Die Probemaße sollen nämlich so justirt werden, daß die Längenmaße bis auf $^1/_{5000}$, Gewichte bis auf $^1/_{50000}$, Hohlmaße bis auf $^1/_{10000}$ mit den Urmaßen genau übereinstimmen. Die Eichstätte-Direktion hat das Recht, schlechte Maße zurükzuweisen.

d. Die Ausführung aller zur sichern Begründung unseres Maß- und Gewichtwesens nothwendig erscheinenden Untersuchungen, so wie anderer in dieses Gebiet einschlagender und von der Aufsichtsbehörde geforderter Arbeiten.

Art. 4. Der Eichstätte ist sodann ferner, so weit dies ihre amtlichen und gesezlichen Verrichtungen zulaßen, übertragen die mit der größten wissenschaftlichen Genauigkeit auszuführende Vergleichung beliebiger, von Behörden oder Privaten eingeschikter Maße mit den schweizerischen Urmaßen oder den französischen Muttermaßen. Die verglichenen Maße werden gestämpelt und Eichscheine über dieselben ausgestellt, welche den Befund der Prüfung enthalten. Auch da hat die Direktion der Eichstätte das Recht, Maße von schlechter Qualität oder solche, die mangelhaft ausgearbeitet sind, zurükzuweisen.

Art. 5. Die Eichstätte steht bis auf weitere Verfügung des Bundesrathes unter der Direktion des eidgenößischen Münzdirektors.

Art. 6. Die Obliegenheiten des Direktors sind:

a. die Leitung der ganzen Anstalt, d. h. die Ueberwachung der im Münzgebäude befindlichen Eichlokale; die Sorge für gute Aufbewahrung der daselbst befindlichen Maße und Instrumente und die Kontrole, Korrespondenz und Rechnungsführung über den Geschäftsgang der Eichstätte;

b. die Ausführung der im Art. 3, Litt. c angegebenen Verrichtungen, so wie auch der im gleichen Artikel unter Litt. d erwähnten;

c. die Ueberwachung der Probe- und Verkehrsmaße in den Kantonen durch Inspektionsreisen, welche im Laufe von zehn Jahren alle Kantone umfaßen sollen; über diese Inspektionen ist dem Departement des Innern jedesmal ein ausführlicher Bericht abzustatten;

d. die Erstattung eines schriftlichen Jahresberichtes, so wie eines Ausweises über Einnahmen und Ausgaben der Eichstätte.

Art. 7. Der Direktor wird ermächtigt, für diejenigen Arbeiten, welche besondere wissenschaftliche Kenntnisse erfordern, einen von dem Vorstande des Departements des Innern zu genehmigenden Experten beizuziehen.

Art. 8. Für die im Art. 4 angeführten genauern Maßvergleichungen werden folgende Taxen bezogen:

a. für Vergleichung der ganzen Länge eines End- oder Streichmaßes des schweizerischen oder französisch-metrischen Systems bei beliebiger Temperatur . . . . Fr. 10

b. für Vergleichung jedes weitern Strichs eines getheilten Maßstabes . . . . „ 2

c. für die Bestimmung der thermischen Längenausdehnung des zu vergleichenden Stabes . „ 40

d. für Vergleichung eines Gewichtstükes des schweizerischen oder französisch-metrischen Systems, dessen spezifisches Gewicht und Ausdehnung bereits gegeben ist, ... „ 15

e. idem, mit Bestimmung des spezifischen Gewichts und der Ausdehnung in der Wärme . . „ 45

f. für Vergleichung von Hohlmaßen bei beliebiger Temperatur:

1) bis zu 1 Maß . . . . „ 15

2) „ „ 1 Viertel . . . . . . „ 30

g. für Vergleichung von Hohlmaßen mit Bestimmung der Ausdehnung durch die Wärme:

1) bis zu 1 Maß . . . . „ 30

2) für größere Maße bis zu 1 Viertel . „ 60

Art. 9. Für die Probemaße hingegen, beziehungsweise die im Art. 3, Litt. c angeführten Maßvergleichungen gelten folgende Taxen:

a. für Vergleichung und Justirung eines Längenmaßes bis 2 Fuß Länge . . . . Fr. 1—2

b. idem, bis zu 10 Fuß Länge . . . . „ 2—4

c. für Vergleichung und Justirung eines Gewichts bis zu 1 Pfund . . . . „ 1

d. idem, von 1 Pfund bis zu 100 Pfund . „ 2

e. für Vergleichung und Justirung eines Hohlmaßes bis zu 1 Maß . . . . . . „ 1

f. idem, von 1 Maß bis 10 Maß . . . . „ 2

Art. 10. Das Departement des Innern ist mit der Vollziehung dieses Reglementes beauftragt, welches in die amtliche Gesetzsammlung der Eidgenoßenschaft aufzunehmen ist.

Bern, den 6. Jänner 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Konkordat

über

gemeinschaftliche polizeiliche Maßregeln gegen Viehseuchen.

(Vom 5. Augstmonat 1852.)

Diesem zwischen den eidgenößischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Zug, Freiburg, Solothurn, Aargau und Neuenburg bestehenden Konkordate (IV, 198) ist auch der h. Stand Schwyz am 2. Christmonat 1863 beigetreten, laut Anzeige der dortigen Regierung vom 11. Jänner 1864.

Bern, den 13. Jänner 1864.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

804

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Ordonnanz über den Bataillonsfourgon.

(Vom 18. Jänner 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht einer neuen Ordonnanz über den Bataillonsfourgon, bestehend aus Text und drei Planchen;

auf den Antrag seines Militärdepartements,

beschließt:

1. Diese Ordonnanz tritt sofort für alle Neuanschaffungen in Kraft.

2. Die Ordonnanz vom 3. Mai 1845 ist dadurch aufgehoben.

Bern, den 18. Jänner 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Ordonnanz für die gezogenen Vierpfünder-Gebirgsbatterien.

(Vom 5. Hornung 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht der Ordonnanz für die gezogenen Vierpfünder-Gebirgsbatterien, bestehend aus Text und zwei Plänchen;

auf den Antrag seines Militärdepartements,

beschließt:

Diese Ordonnanz tritt sofort in Kraft, wovon in der amtlichen Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft Vormerkung zu nehmen ist.

Bern, den 5. Hornung 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Einführung eines Reglements zur Bedienung der Geschüze.

(Vom 17. Hornung 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des vom eidg. Militärdepartement ihm vorgelegten Reglements zur Bedienung der Geschüze,

beschließt:

Es wird dasselbe provisorisch eingeführt.

Die provisorische Anleitung zur Bedienung der Feldgeschüze vom 12. Hornung 1862 tritt dadurch außer Kraft.

Bern, den 17. Hornung 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Erklärung

zwischen

der Schweiz und Frankreich, betreffend die Bereinigung der Dappenthalgränze.

(Vom 18. Hornung 1864.)

Die Unterzeichneten,

der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der schweizerischen Eidgenoßenschaft bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen, und

der Minister Staatssekretär im Departement der auswärtigen Angelegenheiten Ihrer gedachten kaiserlichen Majestät,

zu diesem Zweke mit den gehörigen Vollmachten versehen;

nach Einsicht und Prüfung

1) des Protokolls über die in Vollziehung des Vertrags vom 8. Christmonat 1862, betreffend das Dappenthal (VII, 450), vorgenommene Gränzbereinigung zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und Frankreich; des gedachten Protokolls, bestehend aus zehn Artikeln, so wie aus einem am 12. Christmonat 1863 zu Lausanne von den hiezu Ernannten, nämlich von Seite der Schweiz von Hrn. Pillichody, Artilleriehauptmann, Geometer-Ingenieur, und Hrn. Burnier, Mitglied des Großen Rathes, und von Seite Frankreichs von Hrn. Smet, Stabs-Escadronchef, und Hrn. Berguet, Hauptmann im Generalstabe, unterzeichneten numerischen Tableau sammt beigefügten Karten und einem topographischen Plane;

2) des Protokolls, worin die Verhandlungen der für die Bereinigung der Dappenthalgränze und hauptsächlich für Festsezung der Gränzlinie bei la Cure und in der Gemeinde Bois d'Amont, in Vollziehung des Vertrages vom 8. Christmonat 1862, ernannten Kommission kurz gefaßt enthalten sind; des oberwähnten Protokolls vom 12. Christmonat 1863, das von den vorgedachten Kommissären zu Lausanne unterzeichnet wurde, und welchem Profile und ein topographischer Plan beigegeben sind;

erklären

im Namen ihrer respektiven Regierungen, daß die gedachten Protokolle, Profile und topographischen Plane in allen und jeden Bestimmungen, die sie enthalten, angenommen und genehmigt sind, und daß dieselben ihre vollständige Vollziehung finden sollen.

Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten die vorstehende Erklärung ausgestellt und mit ihrem Wappensiegel versehen.

So geschehen in doppelter Ausfertigung, zu Paris, am 18. Hornung 1864.

(L. S.) **Kern.**

(L. S.) **Drouyn de Lhuys.**

Instruktion
für
den Liegenschaftsverwalter in Thun.

(Vom 18. April 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,
auf den Vorschlag seines Finanzdepartements,

beschließt:

Art. 1. Die Liegenschaftsverwaltung begreift alles dasjenige Grundeigenthum im Amtsbezirke Thun, welches die Eidgenoßenschaft gegenwärtig schon besizt oder in der Folge noch erwerben könnte, sofern dasselbe nicht etwa andern Verwaltungen übertragen worden ist.

Art. 2. Die Verwaltung kann, je nach Umständen, dem Kriegskommissär in Thun oder irgend einer andern Person übertragen werden. Im einen wie im andern Falle gelten folgende Bestimmungen.

Art. 3. Dem Liegenschaftsverwalter liegt im Allgemeinen ob, darüber zu wachen, daß keine Eingriffe in das Besizthum der Eidgenoßenschaft stattfinden; daß Gebäulichkeiten und Anlagen aller Art nicht zerstört, beschädigt oder verunreinigt werden, und daß das Land stets in dem seiner Zwekbestimmung entsprechenden Zustande gut erhalten werde.

Art. 4. Im Speziellen sind ihm folgende Verrichtungen übertragen:

a. Wenn einzelne Objekte in Pacht gegeben werden, so hat er dafür zu sorgen, daß die Pächter genau an die abgeschloßenen Verträge sich halten.

b. Ueber nothwendige Reparaturen an Gebäulichkeiten und Anlagen, mit Ausnahme derjenigen, welche militärischer Natur sind und als solche dem Militärdepartement zufallen, — Herstellungsarbeiten an Schwellen und Zäunen, Erneuerung von Bäumen u. dgl. stattet der Liegenschaftsverwalter jeweilen sofort dem Finanzdepartement Bericht ab, und soll, falls die zu machende Ausgabe 50 Franken übersteigt, dessen Einwilligung einholen.

c. Wenn zu militärischen Uebungen auf der Allmend Landaufbrüche stattgefunden, so sollen dieselben, falls sie außer Gebrauch sind, wieder sorgfältig in der Weise ausgefüllt werden, daß der Kies unten und die gute Erde oben zu liegen kommt.

d. Bei Ausgaben, welche mehr als 200 Franken betragen, sind in der Regel vorher Devise vorzulegen, und je nach den Umständen ist die Arbeit zur Konkurrenz auszuschreiben.

Für jeden Spezialfall wird das Finanzdepartement entscheiden, welches Verfahren alsdann einzuschlagen sei.

e. Nach Ausführung der Arbeit übersendet der Liegenschaftsverwalter die daherigen Rechnungen mit seinem Visum versehen dem Finanzdepartement, welches dieselben nach Richtigfinden dem Kriegskommissär zur Zahlung anweist.

f. Der Liegenschaftsverwalter bestimmt alljährlich mit Genehmigung des Finanzdepartementes die zu beziehende Taxe für den Weidgang auf dem Allmendlande; auch macht er seine Vorschläge über Bestellung und Bezahlung des erforderlichen Hüterpersonals, sofern für jeden Einzelnen eine Ausgabe von mehr als 50 Franken zu machen ist.

g. Er besorgt den Bezug aller Einnahmen und liefert die Gelder an das Kriegskommissariat ab.

h. Wenn die Eidgenoßenschaft die Bearbeitung des nicht verpachteten oder als Allmend benutzten Landes, sei es im Akkord oder in Regie, betreiben lassen will, so hat der Liegen-

schaftsverwalter alle dazu nöthigen Anordnungen zu treffen; im erstern Falle soll er für akkordgemäße Ausführung sorgen, im leztern Falle aber die Arbeiten selbst leiten und beaufsichtigen.

Art. 5. Der Liegenschaftsverwalter wird, sofern Trennung vom Kriegskommissariat stattfindet, je für ein Jahr vom Finanzdepartement bezeichnet, welches auch dessen Entschädigung bestimmt.

Art. 6. Das Kriegskommissariat in Thun besorgt die Rechnungs- und Kassaführung der Liegenschaftsverwaltung; es hat zu diesem Behufe die Gelder vom Verwalter in Empfang zu nehmen, die visirten Rechnungen zu bezahlen und die verfügbaren Gelder an die Bundeskasse abzuliefern.

Art. 7. Ueber Einnahmen und Ausgaben legt es dem Finanzdepartement nach einem festzustellenden Schema vierteljährlich Rechnung ab.

Art. 8. Gegenwärtige Instruktion tritt sofort in Kraft, und diejenige vom 26. Wintermonat 1852 (III, 251), so weit sie auf die Liegenschaftsverwaltung in Thun Bezug hat, wird aufgehoben.

Bern, den 18. April 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Verordnung

über

das Befahren des Gotthardpasses während der Winterszeit.

(Vom 27. April 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

in der Absicht, die Benuzung der Schneebahn über den St. Gotthard angemessen zu regeln,

verordnet:

Art. 1. Das Befahren der Schneebahn im Winter über den St. Gotthard ist nur mit solchen Schlitten gestattet, welche an Stangen gezogen werden und deren Sohlenbreite den im nachstehenden Artikel dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften entspricht.

Art. 2. Die Sohlenbreite der gestatteten Schlitten ist zwischen den Kuchen gemessen folgendermaßen festgesezt:

a. Für die zwischen Amsteg und Ursern fahrenden Schlitten vier Fuß und vier Zoll. Diese Bestimmung findet ihre Anwendung auf alle neuen Anschaffungen, und sie soll innerhalb drei Jahren vollständig durchgeführt sein. Bis dahin werden auch noch ältere Schlitten zugelassen, sofern deren Sohlenbreite nicht weniger als drei Fuß mißt.

b. Für die zwischen Ursern und Airolo fahrenden Schlitten drei Fuß.

Art. 3. Die Waaren sollen auf den Schlitten festgebunden und mit einer darüber befestigten Blache bedekt sein.

Art. 4. Bei schlechter oder unsicherer Witterung ist jeder Fuhrmann verpflichtet, eine Schaufel mit sich zu führen.

Art. 5. Die Abfahrtszeit von Airolo und Andermatt ist auf Morgens 8 Uhr bestimmt. Bis 9 Uhr Morgens müssen alle Fuhrleute abgefahren sein.

Art. 6. Nur in außerordentlichen Fällen und auf Anordnung des Schneebruch-Oberaufsehers darf die Abfahrt später stattfinden.

Art. 7. Auf der Fahrt sollen die Fuhrleute gute Ordnung halten und sich den Weisungen der Weger unterziehen.

Art. 8. Die Postschlitten haben immer den Vorzug, und die übrigen Schlitten sollen ihnen rechtzeitig ausweichen. Bei Umänderung, resp. Umladung derselben, haben die übrigen Fuhrleute stets gehörigen Raum zu lassen.

Der Schlitten, dessen sich der Schneebruch-Oberaufseher bei seinen Inspektionen am Berge bedient, hat vor allen, also auch vor den Postschlitten, den Vorrang.

Allfällige Widerspenstigkeiten von Seite des Postpersonals wird der Schneebruch-Oberaufseher nach Art. 9 sogleich ahnden und gleichzeitig dem Handels- und Zolldepartement mittheilen.

Art. 9. Die Uebertreter dieser Vorschriften werden mit einer Ordnungsbuße von Fr. 2 belegt, welche in Wiederholungsfällen verdoppelt wird. Der Schneebruch-Oberaufseher spricht diese Bußen aus. Deren Ertrag wird jeweilen am Ende des Winters unter die besten Weger vertheilt.

Art. 10. Die Verordnung vom 4. Wintermonat 1850 (II, 71) und diejenige vom 6. Weinmonat 1857 (V, 669) sind aufgehoben.

Art. 11. Das Handels- und Zolldepartement ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Dieselbe soll gehörig bekannt gemacht und in die eidgenößische Gesezsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 27. April 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

den Nachtrag zur Ordonnanz über das Trainpferdgeschirr.

(Vom 27. April 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht eines Gutachtens des Militärdepartements über einen vom Oberst-Artillerie-Inspektor vorgeschlagenen Nachtrag zur Ordonnanz über das Trainpferdgeschirr, vom 1. Brachmonat 1853,

beschließt:

1. Der Nachtrag zur Ordonnanz, bestehend aus Text und einer Tabelle, wird genehmigt und tritt sofort in Kraft.

2. Die einschlägigen Bestimmungen der Ordonnanz vom 1. Brachmonat 1853 treten dadurch außer Kraft; die Veränderungen des Nachtrages sollen jedoch nur bei neuen Anschaffungen ihre Anwendung finden.

Bern, den 27. April 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Reglement
über
die vom Bunde an freiwillige Schießvereine zu verabfolgenden Unterstüzungen.

(Vom 13. Mai 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Ausführung des Art. 11 des Bundesgesezes, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der eidg. Militärorganisation vom 15. Heumonat 1862 (VII, 297), betreffend die vom Bunde an freiwillige Schießvereine zu verabfolgenden Unterstüzungen,

beschließt:

Art. 1. Um zum Bezuge einer eidg. Unterstüzung berechtigt zu sein, hat ein Schießverein folgende Bedingungen zu erfüllen:

1) Er muß jedem in der Miliz eingetheilten und zudem in bürgerlichen Ehren und Rechten stehenden Schweizerbürger den Eintritt in den Verein gestatten.
2) Der Verein muß wenigstens 15 Mitglieder stark sein.
3) Die Schießübungen sollen ausschließlich mit Ordonnanzwaffen und mit Ordonnanzmunition stattfinden.
4) Es soll wenigstens auf drei Distanzen geschoßen werden, unter welchen sich für den Stuzer und das neue Infanteriegewehr (Jägergewehr) die Distanz von 400 Schritten und eine weitere von wenigstens 600 Schritten befinden muß. Für das umgeänderte Infanteriegewehr mögen 400 Schritte als Maximum genügen.

5) Jedes Mitglied hat jährlich wenigstens an drei Uebungen Theil zu nehmen und im Ganzen mindestens 50 Schüße zu thun, angemeßen vertheilt auf verschiedene Distanzen.
6) Es soll nur auf Scheiben nach eidgenößischer Vorschrift (reglementarische Größe und eingezeichnete Mannsfigur) geschoßen werden.
7) Er hat seine Statuten der kantonalen Militärbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 2. Um den Unterstüzungsanspruch des Jahres geltend zu machen, hat jeder Schießverein der Militärbehörde des Kantons bis spätestens den 15. Wintermonat einen Ausweis nach aufgestelltem Formular einzusenden, aus welchem ersichtlich ist:

a. Anzahl und Namen der einzelnen Vereinsmitglieder mit Angabe, ob und bei welcher Waffe sie in der Miliz eingetheilt seien;
b. Art der gebrauchten Schießwaffe (ob Stuzer, Jägergewehr 2c.) und Anzahl der von jedem einzelnen Mitgliede auf die verschiedenen Distanzen gethanen Schüße;
c. Angabe der Trefferzahl, so wie das Verhältniß der Treffer zu den Schüßen, in Prozenten ausgedrükt;
d. die Richtigkeit dieses Ausweises muß vom Präsidenten nebst zwei Mitgliedern des Vorstandes oder des Vereins bescheinigt sein.

Art. 3. Diese Verzeichniße (Schießtabellen) werden von den Kantonalmilitärbehörden geprüft und nach Richtigbefinden mit ihrem Visum versehen dem eidg. Militärdepartemente bis spätestens den 1. Christmonat eingesandt, welches daraufhin die Ausbezahlung der Summen an die Kantonalmilitärbehörden zuhanden der berechtigten Vereine verfügt.

Gleichzeitig mit den Schießtabellen haben die Kantonalmilitärbehörden dem eidg. Militärdepartement ein Verzeichniß der im Kanton bestehenden Schießvereine, deren Statuten sie genehmigt haben, unter Beifügung je eines Exemplars der genehmigten Statuten einzusenden und bei gleichem Anlaße auch die in dem

Kanton bestehenden Verordnungen, Reglemente oder Instruktionen, betreffend die Schüzenvereine und deren Unterstüzung mitzutheilen. Die einmalige Einsendung von Gesellschaftsstatuten, von kantonalen Reglementen u. s. w. genügt, sofern dieselben in der Zwischenzeit keine Abänderungen erlitten haben.

Art. 4. Die Unterstüzung, welche die Eidgenoßenschaft leistet, besteht in der Vergütung von Munition für 25 Schüße für jedes Mitglied eines Vereines, bei welchem die in den Artikeln 1, 2 und 3 aufgestellten Bedingungen erfüllt werden, und insofern der betreffende Kanton die Vergütung für eben so viele Schüße, oder eine dieser gleich kommende Unterstüzung leistet.

Die Vergütung geschieht im Verhältniße von 4,5 Centimen für den Stuzer- und Jägergewehr-, und von 6 Centimen für den Prélat-Burnand-Gewehrschuß, sofern die Eidgenoßenschaft nicht vorzieht, die Munition in Natura zu liefern.

Art. 5. Gegenwärtiges Reglement tritt sofort in Kraft. Dasselbe ist in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft aufzunehmen und den Kantonen in einer angemeßenen Anzahl von Exemplaren mitzutheilen.

Bern, den 13. Mai 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Instruktion
für
den Oberinstruktor der Scharfschüzen.

(Vom 15. Brachmonat 1864.)

Das eidgenößische Militärdepartement

hat in Folge der ihm vom schweiz. Bundesrathe unterm 15. Brachmonat 1864 ertheilten Vollmacht nachstehende Instruktion erlassen:

Art. 1. Der eidg. Oberinstruktor der Scharfschüzen steht unmittelbar unter dem eidg. Obersten der Scharfschüzen, und empfängt von diesem alle auf seinen Geschäftskreis bezüglichen Weisungen und Befehle.

Art. 2. Derselbe leitet und beaufsichtigt den Unterricht, den Dienst und die Disziplin der Scharfschüzenwaffe in ihrer ganzen Ausdehnung, zu welchem Behufe er den Rekrutenschulen der Scharfschüzen selbst als Kommandant vorsteht und bei den Wiederholungskursen eine indirekte Ueberwachung des Unterrichts und Dienstes ausübt (durch Einsicht der Tagesbefehle, Rapporte u. s. w. oder durch Besuch dieser Kurse).

Art. 3. Der Oberinstruktor ist Vorgesezter des Instruktionskorps der Scharfschüzen, und besorgt dessen gehörige Vertheilung auf die Instruktionspläze, zu welchem Behufe er alljährlich im Wintermonat einen Vorschlag für die Vertheilung für das nächste Jahr einreicht und überhaupt die Leistungen und das Betragen jedes Einzelnen überwacht, worüber gehörige Kontrolen zu führen sind.

Art. 4. Er führt die Besoldungskontrole für das gesammte Instruktionskorps, so wie die Kontrole über die den einzelnen Gliedern desselben gebührenden Reiseentschädigungen und außerordentlichen Zulagen, und sezt sich für diesen Zwek, so wie für alles, was die Bekleidung des Unterinstruktorenkorps betrifft, mit dem eidg. Oberkriegskommissariat in direkte Verbindung.

Art. 5. Der Oberinstruktor der Scharfschüzen entwirft alljährlich im Wintermonat den Plan zur Vertheilung der Schulen und Wiederholungskurse der verschiedenen Rekrutendetaschemente und taktischen Einheiten der Scharfschüzen, nebst Angabe des Ortes, so wie des Zeitpunktes dieser Waffenübungen.

Art. 6. Er fertigt die Unterrichtsplane aus, betreffend Eintheilung der Zeit und des Ortes der verschiedenen einzuübenden Unterrichtszweige, und unterwirft solche der Genehmigung des eidg. Obersten der Scharfschüzen und durch denselben derjenigen des eidg. Militärdepartements.

Art. 7. Der Oberinstruktor der Scharfschüzen macht sich zur besondern Aufgabe, den Unterricht und die taktische Ausbildung der Scharfschüzen in allen Richtungen zu fördern und immer mehr zu vervollkommnen, und daher stets auf Verbesserungen aller Art Bedacht zu nehmen, und hierauf bezügliche Vorschläge vorzubringen.

Art. 8. Die Berichte der von ihm direkt geleiteten Schulen verfaßt er selbst jeweilen sofort am Schluße jeder Schule; diejenigen der übrigen Schulen und der Wiederholungskurse werden ihm stets zur Einsicht vorgelegt, um daraus seine Wahrnehmungen zu schöpfen und am Schluße des Jahres in einen allgemeinen Bericht über die Instruktion der Waffe zusammen zu faßen. Namentlich wird er sich bemühen, die Resultate der Schießübungen und Schießversuche in den verschiedenen Schulen und Wiederholungskursen zu sammeln, um daraus am Ende der jährlichen Uebungen deren Hauptergebnisse zusammen zu faßen, welche dem Scharfschüzenkorps bekannt zu machen sind.

Art. 9. Er wird darüber wachen, daß die Budgetansäze für außerordentliche Ausgaben nicht überschritten werden; daß in allen diesen Ausgaben möglichste Oekonomie walte und nach jeder Schule ein genaues Inventar der übrig gebliebenen laborirten Munition und der Schießbedürfniße aufgenommen werde.

Art. 10. Vorzüglich wird er sich auch angelegen sein laßen, einen regen Wetteifer unter den Gliedern des Instruktionskorps zu erhalten und solche zu steter Thätigkeit, zur Vervollkommnung ihrer Kenntniße und praktischen Befähigung anzuspornen, und hauptsächlich ein wachsames Auge auf deren Moralität halten, da solche die Grundbedingung einer ersprießlichen Lösung der Aufgabe des Instruktors ausmacht.

Art. 11. Der Oberinstruktor der Scharfschüzen überwacht strenge die genaue Befolgung der in Kraft bestehenden eidg. Reglemente und trachtet, allfällige Lüken in Vorschriften jeglicher Art durch ergänzende Bestimmungen auszufüllen, wozu er Vorschläge und Entwürfe aussertigt.

Art. 12. Er sorgt für gehörige Rekrutirung des Instruktionspersonals durch sorgfältige Heranbildung allfälliger Aspiranten mit Offiziers- oder Unteroffiziersgrad, während deren Dienstleistungen als Instruktionsgehilfen, und besorgt deren gründliche Prüfung in allen Zweigen der Waffe; auch macht er Vorschläge zu neuen Ernennungen von Instruktoren I. und II. Klasse und Unterinstruktoren.

Bern, den 15. Brachmonat 1864.

Der Vorsteher des eidg. Militärdepartements:

C. Fornerod.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

eine Ordonnanz über die Umänderung des Materials der glatten Kanonen.

(Vom 27. Brachmonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Vollziehung des Bundesbeschlußes vom 23. Christmonat 1863, betreffend weitere Ausdehnung des Systems gezogener Geschüze (Seite 27 hievor);

nach Einsicht der Ordonnanz über die Umänderung des Materials der glatten Sechspfünder-Kanonen für Batterien gezogener Vierpfünder-Kanonen und die Ausrüstung der Batterien gezogener Vierpfünder-Kanonen mit umgeändertem altem Material;

auf den Antrag seines Militärdepartements,

beschließt:

Diese Ordonnanz tritt sofort in Kraft, wovon in der amtlichen Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft Vormerkung zu nehmen ist.

Bern, den 27. Brachmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

Befreiung verschiedener Angestellter der bernischen Staatsbahn vom Militärdienste.

(Vom 7. Heumonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht eines Gesuches des Direktoriums der bernischen Staatsbahn, betreffend Militärdienstenthebung verschiedener Eisenbahnangestellter;

in Anwendung vom Artikel 1 des Bundesbeschlußes vom 20. Heumonat 1853 (III, 547),

beschließt:

1. Die hienach bezeichneten Angestellten der bernischen Staatsbahn sind für die Dauer ihrer Anstellung vom Militärdienste befreit:

a. der Betriebsinspektor und dessen Adjunkt;
b. die Bahnhof-Stations- und Haltstellen-Vorsteher und deren Stellvertreter;
c. die Zugchefs und Kondukteure;
d. der Maschinenmeister und dessen Adjunkt;
e. der Werkführer;
f. die Wagen-Visiteure;

g. die Wagenwärter;
h. die Lokomotivführer und Heizer;
i. der Bahn-Ingenieur;
k. der Bahningenieurgehilfe;
l. die Bahnmeister;
m. die Vorarbeiter, Bahn- und Weichenwärter.

2. Dem Vorstand der bernischen Bahngesellschaft liegt ob, den Militärbehörden der Kantone, in denen die obgenannten Angestellten militärpflichtig sind und, bei Personen des eidgenössischen Stabes, dem schweizerischen Militärdepartement über Alter, Namen, Heimat und Wohnort, so wie über die militärische Stellung der Betreffenden, jeweilen die erforderlichen Mittheilungen zu machen.

Bern, den 7. Heumonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

Verlängerung der Frist für die den schweizerischen Eisenbahngesellschaften auf der Einfuhr verschiedener Eisenbahnmaterialien gewährten Zollvergünstigungen.

(Vom 9. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 17. Brachmonat 1864,

beschließt:

Die durch Bundesbeschluß vom 19. Heumonat 1854 den schweizerischen Eisenbahngesellschaften für die Einfuhr verschiedener Eisenbahnmaterialien, wie solche in den Artikeln 1, 2 und 3 jenes Beschlußes näher bezeichnet sind (IV, 248) gewährten Zollerleichterungen werden auf eine neue Zeitdauer von 10 Jahren, nämlich bis zum 19. Heumonat 1874 verlängert.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 7. Heumonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 9. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 29. Heumonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Kredit für weitere Versuche mit gezogenen Geschüzen.

(Vom 14. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 24. Brachmonat 1864,

beschließt:

Art. 1. Es wird dem Bundesrathe für Vornahme von Versuchen zur Ausdehnung des Systems gezogener Geschüze auf

die schwere Feldartillerie und das Positionsgeschüz ein außerordentlicher Kredit von 80,000 Franken bewilligt.

Art. 2. Dieser Kredit kann, so weit er in einem Jahre nicht verwendet wird, auf das folgende Jahr übertragen werden.

Art. 3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 11. Heumonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 14. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 16. Heumonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Unterstüzung kantonaler Truppenzusammenzüge.

(Vom 14. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der Botschaft des Bundesrathes vom 20. Brachmonat 1864, betreffend die Unterstüzung der kantonalen Truppenzusammenzüge durch den Bund,

beschließt:

1. Zu obigem Zweke werden für das Jahr 1864 folgende Kredite bewilligt:

Fr. 4000 für den beabsichtigten Truppenzusammenzug im Kanton St. Gallen;

" 8000 für allfällig weitere Zusammenzüge ähnlicher Art, welche im Laufe des gegenwärtigen Jahres noch stattfinden dürften.

2. Der Bundesrath wird eingeladen, bezüglich der Unterstüzung derartiger Truppenzusammenzüge einen entsprechenden Ansaz in den Voranschlag für das Jahr 1865 aufzunehmen und denselben durch bestimmtere Nachweise und Berechnungen angemeßen zu begründen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 9. Heumonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 14. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 19. Heumonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Vertrag mit Italien über Herabsezung der Telegraphentaxen.

(Vom 15. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht des Bundesgesezes über die Organisation der Telegraphenverwaltung, vom 20. Christmonat 1854;

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 9. Heumonat 1864;

nach Kenntnißnahme von dem zwischen den Abgeordneten der Schweiz und Italiens am 6. Heumonat 1864 in Bern unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen Vertrage, betreffend die Herabsezung der Telegraphentaxen,

beschließt:

Der Bundesrath ist ermächtigt, dem erwähnten Vertrage die Ratifikation zu ertheilen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 13. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 15. Heumonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Gewährleistung revidirter Artikel zur Staatsverfaßung des Kantons Aargau.

(Vom 16. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 18. Jänner 1864 über die revidirten Artikel zur aargauischen Staatsverfaßung von 1852, angenommen durch die Volksabstimmung vom 15. Christmonat 1863;

in Berüksichtigung:

daß diese Verfaßungsartikel in keiner Weise mit der Bundesverfaßung im Widerspruche stehen;

daß dieselben von der Mehrheit des aargauischen Volkes angenommen worden sind,

beschließt:

1. Den revidirten Artikeln zur aargauischen Staatsverfaßung von 1852, angenommen durch die Volksabstimmung vom 15. Christmonat 1863, wird hiemit die bundesgemäße Garantie ertheilt.

2. Dieser Beschluß ist dem Bundesrathe mitzutheilen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 9. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Heumonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 20. Heumonat 1864.

Der Bundespräsident: **Dr. J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Note. Die im vorstehenden Bundesbeschluße erwähnten Artikel sind 2, 28, 40 und 47; diejenigen, welche der Bundesbeschluß vom 23. Heumonat 1863 (VII, 570) erwähnt, sind 4, 12, 25, 78, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97 und 98.

Bundesbeschluß

betreffend

die nachgesuchte Bewilligung eines Brükengeldes an einer bei Monstein, Kts. St. Gallen, zu erbauenden Brüke.

(Vom 16. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 22. Brachmonat 1864,

beschließt:

Es wird der Regierung des h. Standes St. Gallen die nachgesuchte Bewilligung zum Bezuge eines Brükengeldes an der bei Monstein zu erbauenden Brüke (an der Stelle des jezigen Fährgeldes) nicht ertheilt, indem dieselbe vom Gesichtspunkte des allgemeinen Interesses, wie es der Art. 31 der Bundesverfaßung vorschreibt, nicht gerechtfertigt erscheint

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 13. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Heumonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 27. Heumonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Freundschafts- und Handelsvertrag mit Japan.

(Vom 16. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und Seiner Majestät dem Taikun von Japan unter Ratifikationsvorbehalt am 6. Hornung 1864 abgeschloßenen Handels- und Niederlaßungsvertrags, und nach Prüfung des hierauf bezüglichen Berichts und Antrags des Bundesrathes vom 27. Brachmonat 1864;

in Anwendung von Art. 74, Ziffer 5 der Bundesverfaßung,

beschließt:

1. Der zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und Sr. Maj. dem Taikun von Japan abgeschloßene Handels- und Niederlaßungsvertrag, vom 6. Hornung 1864, ist seinem ganzen Inhalte nach genehmigt.

2. Der Bundesrath ist mit der Auswechslung der Ratifikationen und der Vollziehung beauftragt.

3. Der Bundesrath wird ferner beauftragt, der königlich niederländischen Regierung den Dank der Bundesversammlung auszusprechen für die thatkräftige Unterstützung, welche sie direkt und durch ihre Beamten in Japan unserer Abordnung in so wohlwollender und umfaßender Weise angedeihen ließ.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 13. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Heumonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Geschäftsführung des Bundesrathes und des Bundesgerichts im Jahr 1863, so wie die Staatsrechnung vom gleichen Jahre.

(Vom 16. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der Berichte des Bundesrathes und des Bundesgerichtes über ihre Geschäftsführung während des Jahres 1863, so wie der Staatsrechnung vom gleichen Jahre,

beschließt:

A. Departement des Innern.

1. Der Bundesrath wird eingeladen, beim Entwurf des Reglements für das Archiv darauf Bedacht zu nehmen, daß die bereits im Archiv befindlichen, werthlos gewordenen Akten ausgeschieden werden, und daß künftighin nur Akten von bleibendem Werthe dem Archiv übergeben werden.

2. Der Bundesrath wird eingeladen, den Kanton Unterwalden anzuhalten, die Brünigstraße in gehörigen Zustand herzustellen.

3. Der Bundesrath ist eingeladen, zu untersuchen, ob nicht in Zukunft alle Bauten, welche von dem Bunde ausgeführt werden oder seiner Leitung unterstellt sind, dem Departement des Innern, beziehungsweise dem Baudepartement zuzu-

Reg. II. 85

weisen seien. Derselbe ist überdies eingeladen, den gesezgebenden Räthen Vorlage über die Organisation des Baudepartements zu machen.

4. Der Bundesrath wird eingeladen, das Nöthige vorzukehren, damit die amtliche Sammlung der auf das schweizerische Staatsrecht bezüglichen Geseze und Beschlüße auch in der französischen Ausgabe wieder vollständig bezogen werden könne.

B. Justiz- und Polizeidepartement.

5. Der Bundesrath wird eingeladen, die Kantone, bei denen die vollständige Einbürgerung der heimatrechtlich Zugetheilten (incorporés) und der ewigen Einwohner noch im Rukstande ist, zu veranlaßen, die denselben nach Maßgabe des Heimatlosengesezes vom 3. Christmonat 1850 obliegenden kommunalen Einbürgerungen mit möglichster Beförderung durchzuführen.

C. Finanzdepartement.

6. Der Bundesrath wird eingeladen, dafür zu sorgen, daß künftig die Zündkapselnverwaltung ihre Rechnung nicht mehr mit einem Passiv-Kassarezesse abschließe, sondern der eidgenößischen Kasse ihr effektives Betriebskapital verzinse.

D. Handels- und Zolldepartement.

7. Der Bundesrath wird beauftragt, für den Fall, daß die Unterhandlungen über Revision des Handelsvertrags vom 8. Brachmonat 1851 mit dem Königreich Italien nicht in nächster Zeit beginnen könnten und einen baldigen Abschluß voraussezen ließen, neue Unterhandlungen anzuheben, um dem Art. 9 jenes Vertrages die Anerkennung in dem von ihm bereits interpretirten Sinne zu verschaffen.

E. Postdepartement.

8. Der Bundesrath wird eingeladen, die beförderliche Einführung schweizerischer Eisenbahn-Nachtzüge mit allem Nachdruk anzustreben und darüber den eidgenößischen Räthen geeignete Vorschläge zu hinterbringen.

9. Der Bundesrath wird eingeladen, der Bundesversammlung Bericht und Antrag zu hinterbringen, ob nicht ohne Gefährdung der Postentschädigungen der Kantone weitere Erleichterungen im Briefverkehr eingeführt werden könnten.

10. Der Bundesrath ist eingeladen, den Abschluß eines neuen Postvertrages mit dem deutsch-österreichischen Postverein möglichst zu beschleunigen.

F. Im Allgemeinen.

11. Im Uebrigen wird der Geschäftsführung des Bundesraths und der Staatsrechnung vom Jahr 1863 die Genehmigung ertheilt.

12. Die Geschäftsführung des Bundesgerichts vom Jahr 1863 wird gutgeheißen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 16. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Heumonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 19. Heumonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Bewilligung von Nachtragskrediten an den Bundesrath für das Jahr 1864.

(Vom 16. Heumonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der Botschaft des Bundesrathes vom 4. Heumonat 1864,

beschließt:

Es werden folgende Nachtragskredite für das Jahr 1864 bewilligt:

Dritter Abschnitt.

Departement des Innern.

Budget-Rubriken.

Nr.	Litt.							
9.	B.	a.	2.	Archive	Fr.	2,000		
"	"	"	7.	Maß und Gewicht	"	8,000		
"	"	c.	5.	Mobiliaranschaffung und Unterhalt	"	7,700		
"	"	"	3.	Juragewässerkorrektion	"	6,000		
"	"	"	6.	Verschiedenes, Expertisen, Reisen 2c. 2c.	"	16,800		
							Fr.	40,500
						Uebertrag	Fr.	40,500

Budget-Rubriken. Nr. Litt.					
			Uebertrag	Fr.	40,500
	Finanzdepartement.				
11. D. 2. e.	Verwaltungskosten für Kapitalien und Liegenschaften			„	8,800
	Justiz- und Polizeidepartement.				
13. F. c. —	Fremdenpolizei			„	12,000
	Vierter Abschnitt.				
	Militärverwaltung.				
14. A. a. 6.	Inspektion der Infanterie .	Fr.	8,600		
„ „ h. —	Druckkosten	„	4,000		
				„	12,600
	Postverwaltung.				
16. C. 1. B.	Kreispostdirektionen . . .	Fr.	1,100		
„ „ I. C.	Postbüreaux	„	26,000		
„ „ „ D.	Ablagen, Boten, Briefträger, Büreaudiener 2c. 2c. . . .	„	6,000		
„ IV. — —	Dienstkleidung	„	5,000		
„ VI. — —	Postmaterial	„	61,600		
„ VII. — —	Transportkosten	„	55,000		
				„	154,700
	Polytechnikum.				
22. J. VI. —	Sternwarte	Fr.	20,000		
			Total	Fr.	228,600

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 16. Heumonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Heumonat 1864.

Der Präsident: G. Jäger.
Der Protokollführer: Schieß.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 27. Heumonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Vertrag

zwischen

der schweizerischen Eidgenoßenschaft und dem Königreich Italien über Herabsezung der Telegraphentaxen.

Abgeschloßen am 6. Heumonat 1864.
Ratifizirt von Italien den 25. Heumonat 1864.
" " der Schweiz den 27. Heumonat 1864.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach genommener Einsicht und Prüfung des Vertrags, welcher zwischen der Schweiz und Italien über Herabsezung der Telegraphentaxen von den beidseitigen Bevollmächtigten am 6. Heumonat 1864 in Bern unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßen, vom Ständerath am 13 Heumonat 1864 und vom Nationalrathe am 15. gleichen Monats genehmigt worden ist, und der also lautet:

Vittorio Emanuele II,

per grazia di Dio e per volontà della nazione

Re d'Italia,

A tutti coloro che le presenti vedranno, salute.

Una Convenzione relativa a riduzioni di tasse delle corrispondenze telegrafiche essendo stata conchiusa tra *l'Italia* e *la Svizzera* e sottoscritta in Berna addì sei del mese di Luglio del corrente anno Mille ottocento sessanta quattro, Convenzione del tenore seguente:

Der schweizerische Bundesrath
und
Seine Majestät
der König von Italien,

in der Absicht, den beiden Ländern die Vortheile eines einheitlichen Tarifs für die Auswechslung ihrer telegraphischen Depeschen zu sichern und die Zahl der leztern durch eine Ermäßigung der Taxen zu erhöhen, sind übereingekommen, von dem Vorbehalte im lezten Alinea des Art. 2 des zu Bern am 1. Herbstmonat 1858 abgeschloßenen Telegraphenvertrages Gebrauch zu machen, und haben zu diesem Ende zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der schweizerische Bundesrath:
den Herrn Dr. Naeff, Bundesrath, Vorsteher des Postdepartements der schweizerischen Eidgenoßenschaft;

Seine Majestät der König von Italien:
den Herrn Baron Xaver Fava, Ritter des Ordens der Heiligen Mauritius und Lazarus, seinen Geschäftsträger ad interim bei der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

welche, nach gegenseitiger Anerkennung ihrer, in guter und gehöri-

Le Conseil fédéral suisse
et
Sa Màjesté
le Roi d'Italie,

désirant assurer aux deux Pays les avantages d'un tarif uniforme pour l'échange de leurs dépèches télégraphiques et accroître le nombre de celles-ci par une modération de taxes, sont convenus de profiter de la réserve contenue au dernier alinéa de l'article 2 du traité télégraphique signé à Berne le 1er Septembre 1858, et ont, à cet effet, nommé pour leurs Plénipotentiaires,

Le Conseil fédéral suisse:
Monsieur le Docteur *Næff*, Conseiller fédéral, Chef du Département des Postes de la Confédération suisse;

Sa Majesté le Roi d'Italie:
Monsieur le Baron Xavier *Fava*, Chevalier de l'Ordre des Saints Maurice et Lazare, Son Chargé d'affaires ad interim près la Confédération suisse,

lesquels après s'être communiqué leurs pouvoirs trouvés

ger Form befundenen Vollmachten, die nachfolgenden Bestimmungen vereinbart haben:

Art. 1. Die Taxe der Depesche von zwanzig Worten wird für alle zwischen der Schweiz und Italien gewechselten Korrespondenzen, welches auch das Aufgabe- oder Bestimmungsbüreau sei, auf drei Franken festgesezt. Jede Gruppe von zehn Worten, oder jeder Bruchtheil einer Gruppe von zehn Worten mehr, wird mit der Hälfte des Ansazes der einfachen Depesche taxirt.

Art. 2. Der Betrag der Taxe wird für alle zwischen der Schweiz und den beiden italienischen Telegraphenkreisen von Mailand und Turin, welche die Lombardie, Piemont und Ligurien bis nach Spezzia umfassen, ausgewechselten Depeschen je zur Hälfte unter die beiden Länder vertheilt; für alle zwischen der Schweiz und den übrigen italienischen Telegraphenkreisen gewechselten Depeschen wird derselbe im Verhältniß zu einem Dritttheil für die Schweiz und zu zwei Dritttheilen für Italien getheilt.

Art. 3. Die durch den Vertrag vom 2. Herbstmonat 1858, so wie durch das Uebereinkommen vom 6. Weinmonat 1859 festge-

en bonne et due forme, ont arrêté d'un commun accord les dispositions suivantes:

Art. 1. La taxe de la dépêche de vingt mots sera uniformément fixée à trois francs pour toutes les correspondances échangées entre la Suisse et d'Italie, quel que soit le bureau de provenance ou le bureau de destination. Chaque série de dix mots ou fraction de série de dix mots en sus sera taxée de moitié du prix de la dépêche simple.

Art. 2. Le montant de la taxe sera partagé par moitié entre les deux pays pour toutes les dépêches échangées entre la Suisse et les deux compartiments télégraphiques de Milan et de Turin comprenant la Lombardie, le Piémont et la Ligurie jusqu'à Spezzia; il sera partagé dans la proportion d'un tiers pour la Suisse et des deux tiers pour l'Italie pour toutes les dépêches échangées entre la Suisse et les autres compartiments italiens.

Art. 3. Les dispositions consacrées par la Convention du 2 Septembre 1858 et par l'arrangement du 6 Octobre

sezten Bestimmungen, betreffend die Taxen der zwischen den Gränzbüreaux ausgewechselten Depeschen, werden beibehalten.

Art. 4. Mit Ausnahme dessen, was die Taxation der Depeschen und die Vertheilung des Taxbetreffnisses anbelangt, werden die in dem bestehenden Hauptvertrage enthaltenen Bestimmungen auf die Auswechslung derjenigen Depeschen angewendet, welche Gegenstand dieses Vertrages bilden.

Art. 5. Der gegenwärtige, mit dem 1. Augstmonat 1864 vollziehbare Vertrag wird als auf unbestimmte Zeit in Kraft bestehend erklärt, so lange als dessen Kündigung nicht durch einen der kontrahirenden Staaten erfolgt; in diesem lezteren Falle bleibt er vom Tage der Kündigung an bis nach Verfluß eines Jahres in Kraft.

Art. 6. Der gegenwärtige Vertrag ist unter Vorbehalt der Ratifikation abgeschloßen worden, und es sind die Ratifikationen in möglichst kurzer Frist auszuwechseln.

Zur Urkunde dessen haben die respektiven Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigesezt.

1859, pour la taxe des dépêches échangées entre bureaufrontière, sont maintenues.

Art. 4. A l'exception de ce qui concerne la taxation des dépêches et la répartition des taxes, les dispositions contenues dans la Convention générale en vigueur seront appliquées à l'échange des dépêches qui font l'objet de la présente Convention.

Art. 5. La présente Convention exécutoire à partir du 1. Août 1864, sera considérée comme étant en vigueur pour un temps indéterminé, tant que la dénonciation n'en sera pas faite par l'un des Etats contractants; dans ce dernier cas, elle demeurera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année, à partir du jour où la dénonciation en sera faite.

Art. 6. La présente Convention a été conclue sous réserve de ratification, et les ratifications en seront échangées aussitôt que faire se pourra.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

So geschehen in Bern, den 6. Heumonat 1864.

(L. S.) (Gez.) Naeff.
(L. S.) (Gez.) Fava.

Fait à *Berne*, le 6 Juillet 1864.

(L. S.) (Sig.) **Naeff.**
(L. S.) (Sig.) **Fava.**

erklärt den vorstehenden Vertrag in seinem ganzen Inhalte als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft, so weit es von letzterer abhangt, denselben jederzeit zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenossenschaft unterschrieben und mit dem eidgenössischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den sieben und zwanzigsten Heumonat eintausend achthundert vier und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.
(L. S.)
Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schieß.

Noi avendo veduto ed esaminato la qui sovrascritta Convenzione ed approvandola in ogni e singola sua parte, l'abbiamo accettata, ratificata e confermata, come per le presenti l'accettiamo, ratifichiamo e confermiamo, promettendo di osservarla e di farla inviolabilmente osservare. In fede di che Noi abbiamo firmato di Nostra mano le presenti lettere di ratificazione e vi abbiamo fatto apporre il Nostro Reale Sigillo. Date in *Torino* addì venticinque del mese di Luglio l'anno del Signore Mille ottocento sessantaquattro e del Regno Nostro il Decimosesto.

Vittorio Emanuele.
(L. S.)
Per parte di Sua Maestà il Re,
Il Ministro Segretario di Stato per gli affari esteri:
Visconti - Venosta.

Note. Die Ratifikationen des vorstehenden Vertrages sind zwischen dem Herrn Bundesrath Frey-Herosee und dem k. italienischen Geschäftsträger ad interim, Herrn Baron Fava, am 2. Augstmonat 1864 in Bern ausgewechselt worden.

Bundesbeschluß

betreffend

den Postvertrag mit Spanien.

(Vom 22. Christmonat 1863.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und Ihrer Majestät der Königin von Spanien unter Ratifikationsvorbehalt am 29. Heumonat 1863 abgeschloßenen Postvertrages, und nach Prüfung des hierauf bezüglichen Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 28. Augstmonat 1863;

in Anwendung von Art. 74, Ziffer 5 der Bundesverfaßung,

beschließt:

1. Der zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und Ihrer Majestät der Königin von Spanien abgeschloßene Postvertrag vom 29. Heumonat 1863 ist seinem ganzen Inhalte nach genehmigt.

2. Der Bundesrath ist mit der Auswechslung der Ratifikationen und mit der Vollziehung beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,
Bern, den 15. Christmonat 1863.

Der Präsident: **Schenk.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,
Bern, den 22. Christmonat 1863.

Der Präsident: **V. Ruffy.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Postvertrag

zwischen

der Schweiz und Spanien. *)

Abgeschloßen den 29. Heumonat 1863.
Ratifizirt von der Schweiz am 30. Christmonat 1863.
" " Spanien am 2. Heumonat 1864.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Ihrer Majestät der Königin von Spanien am 29. Heumonat 1863 zu Madrid unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten Postvertrages, welcher vom schweizerischen Ständerath am 15. Christmonat 1863 und vom schweizerischen Nationalrath am 22. gleichen Monats genehmigt worden ist, und der also lautet:

Doña Isabel Segunda
por la gracia de Dios y la Constitucion de la Monarquia Española
Reina de las Españas,
etc. etc. etc.

Por cuanto se ajustó y firmó en Madrid el dia veinte y nueve de Julio del año próximo pasado de mil ochocientos sesenta y tres por Don Manuel Pando, Marqués de Miraflores y el Señor Pablo Chapuy, Plenipotenciarios nombrados al efecto en debida forma un Convenio entre España y Suiza para mejorar las comunicaciones postales entre uno y otro pais, Convenio compuesto de veinte y siete articulos escrito en lengua castellâ[a] y francesa, que palabra por palabra es del tenor siguiente:

*) Das Französische ist Original.

Der schweizerische Bundesrath
und
Ihre Majestät die Königin
von Spanien,

von dem Wunsche beseelt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern noch mehr zu befestigen, und durch einen neuen Vertrag die Postverbindungen zwischen ihren gegenseitigen Staaten zu verbeßern, haben zu diesem Behufe zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der
schweizerische Bundesrath:

Herrn Paul Chapuy, seinen Generalkonsul in Madrid,

und

Ihre Majestät die Königin
von Spanien:

Seine Excellenz Don Manuel Pando Fernandez de Pinedo, Alava y Davila, Marquis von Miraflores 2c., Grande I. Klasse von Spanien, Ritter des goldenen Vließes, Großkreuz des königlichen ausgezeichneten Ordens Karls III., Großkreuz des kaiserlich französischen Ordens der Ehrenlegion, Großkreuz des Ordens Pius IX. vom Kirchenstaat, des portugiesischen Christus-Ordens 2c. 2c.,

Le Conseil fédéral suisse
et
Sa Majesté
la Reine des Espagnes,

animés du désir de resserrer les liens d'amitié qui existent entre les deux pays et d'améliorer, au moyen d'une nouvelle convention, les communications postales entre leurs Etats respectifs, ont à cet effet nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Le Conseil fédéral suisse,

Monsieur Paul *Chapuy*, son Consul général à Madrid,

et

Sa Majesté
la Reine des Espagnes,

Son Excellence Don Manuel Pando Fernandez de Pinedo, Alava y Dávila, Marquis de Miraflores, etc., Grand d'Espagne de 1e classe, Chevalier de l'Ordre Insigne de la Toison d'Or, Grand'Croix de l'Ordre Royal et distingué de Charles III, Grand Cordon de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur de France, Grand'Croix de celui de Pie IX des Etats

Senator des Königreiches, gewesenen Ambassador, Präsidenten des Ministerrathes, ersten Staatssekretär bei dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten 2c.,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in gehöriger Form befundenen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Art. 1. Es soll zwischen der Postverwaltung der Schweiz und der Postverwaltung von Spanien eine regelmäßige und periodische Auswechslung von Briefen, Waarenmustern und Druksachen stattfinden.

Die Korrespondenzen werden zwischen den betreffenden Postverwaltungen in geschlossenen Briefpaketen oder offen, einmal täglich, oder öfter, wenn es die beiden Postverwaltungen angemeßen erachten, ausgewechselt, und zwar schweizerischerseits von den Punkten Basel und Genf, und spanischerseits von den Punkten Irun und La Junquera aus.

Im Falle jedoch, daß die Korrespondenzen von und nach

Pontificaux, de celui du Christ de Portugal, etc., etc., Sénateur du Royaume, ancien Ambassadeur, Président du Conseil des Ministres, Son Premier Secrétaire d'État au Département des Affaires Étrangères, etc.

lesquels après avoir échangé leurs pleins pouvoirs et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Il y aura entre l'Administration des Postes de la Suisse et l'Administration des Postes de l'Espagne un échange périodique et régulier de lettres, d'échantillons de marchandises et d'imprimés.

L'échange des correspondances entre les Offices des Postes respectifs sera effectué en dépêches closes ou à découvert, une fois par jour, ou plus souvent si les deux Administrations le jugent opportun, savoir du côté de la Suisse par les points de Bâle et de Genève et du côté de l'Espagne par les points d'Irun et de la Junquera.

Cependant malgré les dispositions de l'alinéa antérieur

den Hauptplätzen Spaniens entweder über Irun oder Junquera ausschließlich, oder über irgend einen andern Punkt schnellere Beförderung finden könnten, so werden sich die beiden Verwaltungen, ungeachtet der Bestimmungen des vorhergehenden Alineas, über die Benuzung der günstigsten Route verständigen.

Wenn der Versender auf der Adresse nicht eine andere Versendungsweise angibt, so sind die Briefpostgegenstände jeder Art, welche von der Schweiz nach Spanien oder von Spanien nach der Schweiz adressirt werden, in allen Fällen in die geschloßenen Briefpakete, welche die beiderseitigen Postverwaltungen nach Maßgabe des gegenwärtigen Vertrages unterhalten, aufzunehmen.

Art. 2. Die Personen, welche von der Schweiz nach Spanien, den Balearischen Inseln, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika, so wie von Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den

et dans le cas où les correspondances originaires et à destination des principales places de l'Espagne pourraient être transmises plus promptement, soit par Irun ou la Junquera exclusivement, soit encore par tout autre point, les deux Administrations de Suisse et d'Espagne s'entendront pour utiliser d'un commun accord la voie qui leur paraîtrait la plus favorable pour la transmission des correspondances.

A moins qu'une indication contraire ne soit énoncée par l'envoyeur à la suscription, les correspondances de toute nature, adressées de Suisse en Espagne ou d'Espagne en Suisse, seront invariablement comprises dans les dépêches closes que les Offices des Postes des deux pays échangeront en vertu de la présente convention.

Art. 2. Les personnes qui voudront envoyer des lettres ordinaires, c'est-à-dire non chargées, soit de la Suisse pour l'Espagne, les Iles Baléares, les Canaries et les possessions espagnoles de la côte septentrionale d'Afrique, soit

spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika nach der Schweiz, gewöhnliche, d. h. nicht chargirte Briefe versenden wollen, können nach Belieben die Entrichtung des Portos dem Empfänger überlassen, oder das Porto bis an den Bestimmungsort vorausbezahlen.

Art. 3. Das in der Schweiz auf den frankirten Briefen nach Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika, so wie auf den unfrankirten Briefen von Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika zu beziehende Porto wird folgendermaßen festgesezt:

1) Für jeden frankirten Brief achtzig Rappen für je 7½ Gramme oder einen Bruchtheil von 7½ Grammen.

2) Für jeden unfrankirten Brief ein Franken für je 7½ Gramme oder einen Bruchtheil von 7½ Grammen.

Das in Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln

de l'Espagne, des Iles Baléares, des Canaries et des possessions espagnoles de la côte septentrionale d'Afrique pour la Suisse, auront le choix de laisser le port de ces lettres à la charge des destinataires ou de payer le port d'avance jusqu'au lieu de destination.

Art. 3. Le port à percevoir en Suisse sur les lettres affranchies à destination de l'Espagne, des Iles Baléares, des Canaries et des possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique, ainsi que sur les lettres non affranchies originaires de l'Espagne, des Iles Baléares, des Canaries et des possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique, est fixé, savoir:

1) Pour chaque lettre affranchie, quatre-vingt centimes de franc par sept grammes et demi ou fraction de sept grammes et demi.

2) Pour chaque lettre non affranchie, un franc par sept grammes et demi ou fraction de sept grammes et demi.

Réciproquement le port à percevoir en Espagne, dans

und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika auf den frankirten Briefen nach der Schweiz, so wie auf den unfrankirten Briefen von der Schweiz, zu beziehende Porto wird folgendermaßen festgesezt:

1) Für jeden frankirten Brief drei reales de vellon für je vier Adarmes oder einen Bruchtheil von vier Adarmes.
2) Für jeden unfrankirten Brief vier reales de vellon für je vier Adarmes oder einen Bruchtheil von vier Adarmes.

Art. 4. Die schweizerische Postverwaltung kann der spanischen Postverwaltung chargirte Briefe nach Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika überliefern; ihrerseits kann die spanische Postverwaltung der schweizerischen Postverwaltung chargirte Briefe nach der Schweiz überliefern.

Der Versender hat für jeden Chargébrief zum Voraus die Taxe eines gewöhnlichen fran-

les Iles Baléares, les Canaries et les possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique sur les lettres affranchies à destination de la Suisse, ainsi que sur les lettres non affranchies originaires de la Suisse, est fixé, savoir:

1) Pour chaque lettre affranchie, trois réaux de vellon par quatre adarmes ou fraction de quatre adarmes.
2) Pour chaque lettre non affranchie, quatre réaux de vellon par quatre adarmes ou fraction de quatre adarmes.

Art. 4. L'Administration des Postes de la Suisse pourra livrer à l'Administration des Postes de l'Espagne des lettres chargées à destination de l'Espagne, des Iles Baléares, des Canaries et des possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique; de son côté l'Administration des Postes de l'Espagne pourra livrer à l'Administration des Postes de la Suisse des lettres chargées à destination de la Suisse.

L'envoyeur devra payer d'avance pour chaque lettre chargée le port d'une lettre

kirten Briefes von gleichem Gewichte und überdies eine Zuschlagstaxe zu bezahlen. Die Postverwaltung der Schweiz und diejenige von Spanien sind ermächtigt, den Betrag dieser unveränderlichen Chargirungsgebühr, welche jedoch in Spanien zwei Reales und in der Schweiz den entsprechenden Werth nicht übersteigen darf, festzusezen und zu beziehen.

Art. 5. Die Versender von Chargébriefen von der Schweiz nach Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika, so wie von Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika nach der Schweiz, können verlangen, daß ihnen über die Ablieferung dieser Gegenstände an die Adressaten eine Bescheinigung ertheilt werde.

Für die Benuzung der durch gegenwärtigen Artikel ertheilten Befugniß hat der Versender eines Chargébriefes als Entschädigung für die durch die Beförderung des obgenannten Scheines veranlaßten Kosten eine weitere Postgebühr zum Voraus zu entrichten, welche auf zwanzig Rappen in der Schweiz und auf sechs Cuar-

ordinaire affranchie de même poids et en outre une surtaxe additionnelle que les Administrations des Postes de la Suisse et de l'Espagne sont autorisées à fixer et à exiger comme droit invariable de chargement qui cependant ne pourra point s'élever au-dessus de deux réaux en Espagne et de son équivalent en Suisse.

Art. 5. L'expéditeur d'une lettre chargée, soit de la Suisse pour l'Espagne, les Iles Baléares, les Canaries et les possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique, soit de l'Espagne, des Iles Baléares, des Canaries et des possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique pour la Suisse, pourra demander qu'il lui soit donné avis que ces objets ont été reçus par le destinataire.

Pour jouir de l'avantage qui lui est accordé par le présent article, l'expéditeur d'une lettre chargée devra payer d'avance, comme indemnité des frais occasionnés pour la transmission de l'avis ci-dessus indiqué, un nouveau droit de poste de vingt centimes de franc en Suisse, et de six cuartos en Espagne,

tos in Spanien festgesezt wird und die ganz der versendenden Verwaltung zufällt.

Art. 6. Im Falle des Verlorengehens eines Chargébriefes hat diejenige der beiden Verwaltungen, auf deren Gebiet der Verlust stattgefunden hat, dem Versender eine Entschädigung von fünfzig Franken zu bezahlen, und zwar inner der Frist von zwei Monaten, vom Datum der Reklamation an; es bleibt jedoch festgesezt, daß die Reklamationen nur innér der Frist von 6 Monaten, vom Tage der Aufgabe des Chargébriefes an, zuläßig sind; nach Ablauf dieser Frist sind die beiden Verwaltungen einander nicht mehr für irgend eine Vergütung haftbar.

Die Postverwaltung der Schweiz und diejenige von Spanien tragen die Bezahlung der in gegenwärtigem Artikel erwähnten Entschädigung gemeinschaftlich zu gleichen Theilen, wenn der Verlust des Chargébriefes auf dem Gebiete eines derjenigen Länder stattgefunden hat, durch deren Vermittlung die obigen Verwaltungen ihre Briefpakete auswechseln.

Art. 7. Alle Sendungen, welche Journale, Zeitungen,

qui sera acquis entièrement à l'office expéditeur.

Art. 6. Dans le cas où quelque lettre chargée viendrait à être perdue, celle des deux Administrations sur le territoire de laquelle la perte aura eu lieu, payera à l'envoyeur une indemnité de cinquante francs dans le délai de deux mois, à dater du jour de la réclamation; mais il est entendu que les réclamations ne seront admises que dans les six mois qui suivront la date du dépôt des chargements; passé ce terme, les deux Administrations ne seront tenues, l'une envers l'autre, à aucune indemnité.

Les Administrations des Postes de Suisse et d'Espagne supporteront, chacune par moitié, le payement de l'indemnité mentionnée au présent article, lorsque la perte d'une lettre chargée aura eu lieu sur le territoire des pays par l'intermédiaire desquels les dites Administrations échangeront leurs dépêches.

Art. 7. Tout envoi contenant des journaux, des gazettes,

periodische Werke, Broschüren, Kataloge, Prospekte, Ankündigungen und verschiedene gedrukte, lithographirte oder autographirte Anzeigen enthalten und die von der Schweiz nach Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika versandt werden, sind gegen Bezahlung von 8 Rappen für je 20 Gramme oder einen Bruchtheil von 20 Grammen bis zum Bestimmungsorte zu frankiren; andererseits sind die Sendungen gleicher Art, welche von Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika nach der Schweiz gehen, gegen Bezahlung einer Taxe von 10 Maravedis für je 12 Adarmes oder einen Bruchtheil von 12 Adarmes, bis zum Bestimmungsort zu frankiren.

des ouvrages périodiques, des brochures, des catalogues, des prospectus, des annonces et des avis divers imprimés, lithographiés ou autographiés qui sera expédié de la Suisse pour l'Espagne, les Iles Baléares, les Canaries et les possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique, sera affranchi jusqu'à destination moyennant le payement d'une taxe de 8 centimes par vingt grammes ou fraction de vingt grammes; et réciproquement tout envoi contenant des objets de même nature qui sera expédié de l'Espagne, des Iles Baléares, des Canaries et des possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique pour la Suisse, sera affranchi jusqu'à destination moyennant le payement d'une taxe de dix maravedises par douze adarmes ou fraction de douze adarmes.

Art. 8. Die durch den vorhergehenden Artikel eingeräumten Taxermäßigungen sind nur auf diejenigen der daselbst erwähnten Drukſachen anwendbar, welche bis zum Bestimmungsort frankirt und unter Band gelegt werden, und die außer der Adresse des

Art. 8. Pour jouir des modérations de port accordées par l'article précédent, les imprimés mentionnés dans le dit article devront être affranchis jusqu'à destination, être mis sous bandes et ne contenir aucune écriture, chiffre ou

Empfängers, dem Namen des Versenders und dem Datum nichts Geschriebenes, noch irgend welche handschriftliche Ziffern oder Zeichen enthalten.

Druksachen, welche diesen Bedingungen nicht entsprechen, bleiben unbefördert.

Es ist verstanden, daß die im oberwähnten Artikel enthaltenen Bestimmungen den Postverwaltungen der beiden Länder in keiner Weise das Recht schmälern, auf ihren respektiven Gebieten diejenigen der im fraglichen Artikel bezeichneten Gegenstände von der Beförderung auszuschließen, für welche den Gesezen, Verordnungen oder Dekreten, die in der Schweiz wie in Spanien deren Ausgabe und Umlauf bedingen, nicht Genüge geleistet würde.

Art. 9. Die Waarenmuster unterliegen der Taxe der gewöhnlichen Briefe.

Im Falle, daß die Postverwaltung der Schweiz oder diejenige von Spanien von der französischen Postverwaltung für die Waarenmuster einen mäßigeren Transitansaz als den gegenwärtig bestehenden erlangen würde, so werden sich die

signe quelconque à la main, si ce n'est l'adresse du destinataire, le nom de l'envoyeur et la date.

Il ne sera pas donné cours aux imprimés qui ne réuniront pas ces conditions.

Il est entendu que les dispositions contenues dans l'article susmentionné n'infirment en aucune façon le droit qu'ont les Administrations des Postes des deux pays de ne pas effectuer sur leurs territoires respectifs, le transport et la distribution de ceux des objets désignés au dit article à l'égard desquels il n'aurait pas été satisfait aux lois, ordonnances ou décrets qui règlent les conditions de leur publication et de leur circulation tant en Suisse qu'en Espagne.

Art. 9. Les échantillons de marchandises sont soumis à la taxe des lettres ordinaires.

Dans le cas où l'Administration des Postes de la Suisse ou l'Administration des Postes de l'Espagne obtiendrait de l'office des postes de France un prix de transit plus modéré que celui qui existe actuellement pour les envois

Postverwaltungen der beiden Staaten über eine verhältnißmäßige Herabsezung der Taxe dieser Sendungen verständigen.

Die Waarenmuster werden nur insofern befördert, als sie keinen Verkaufswerth haben, bis an den Bestimmungsort frankirt, unter Band gelegt oder so verpakt sind, daß über ihren Inhalt kein Zweifel besteht, und außer der Adresse des Empfängers, einer Fabrik- oder Handelsmarke, fortlaufenden Nummern und Preisansäzen nichts Handschriftliches enthalten.

Art. 10. Der schweizerischen Postverwaltung fallen alle diejenigen Taxen zu, welche in der Schweiz sowol auf den frankirten Korrespondenzen aller Art nach Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika, als auf den unfrankirten Briefen von Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika bezogen werden.

d'échantillons de marchandises, les Administrations des Postes des deux pays s'entendront sur une réduction proportionnelle de la taxe de ces envois.

Il ne sera donné cours aux échantillons de marchandises que pour autant qu'ils n'aient aucune valeur vénale, qu'ils soient affranchis jusqu'à destination, qu'ils soient placés sous bande ou de manière à ne laisser aucun doute sur leur nature et qu'ils ne portent d'autre écriture à la main que l'adresse de leur destinataire, une marque de fabrique ou de marchand, des numéros d'ordre et des prix.

Art. 10. Seront acquises à l'Administration des Postes de Suisse les taxes perçues en Suisse, tant sur les correspondances de toute nature affranchies à destination de l'Espagne, des Baléares, des Canaries et des possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique que sur les lettres non affranchies originaires de l'Espagne, des Iles Baléares, des Canaries et des possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique.

Andererseits fallen der spanischen Postverwaltung alle diejenigen Taxen zu, welche in Spanien, den Balearen, den Canarischen Inseln und in den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika, sowol auf den frankirten Korrespondenzen aller Art nach der Schweiz, als auf den unfrankirten Korrespondenzen aus der Schweiz bezogen werden.

Art. 11. Die Korrespondenzen, welche in Gemäßheit des gegenwärtigen Vertrages zwischen der Postverwaltung der Schweiz und der Postverwaltung von Spanien ausgewechselt werden, sind in geschloßenen Briefpaketen durch Vermittlung der französischen Postverwaltung zu versenden, und zwar nach Maßgabe der zwischen der Schweiz und Frankreich oder zwischen Spanien und Frankreich abgeschloßenen oder noch abzuschließenden Verträge.

Art. 12. Die Kosten für die Beförderung der in den vorhergehenden Artikeln erwähnten Korrespondenzen zwischen der Gränze der schweizerischen Eidgenoßenschaft und der Gränze des Königreichs Spanien werden von der Postverwaltung der Schweiz und

Réciproquement, seront acquises à l'Administration des Postes d'Espagne, les taxes perçues en Espagne, dans les Iles Baléares, les Canaries et les possessions espagnoles de la côte septentrionale de l'Afrique, tant sur les correspondances de toute nature affranchies à destination de la Suisse que sur les lettres non affranchies originaires de la Suisse.

Art. 11. Les correspondances qui seront échangées en vertu de la présente convention entre l'Administration des Postes de la Suisse et l'Administration des Postes de l'Espagne seront acheminées en dépêches closes par l'intermédiaire de l'Office des Postes de France, en vertu des conventions conclues ou à conclure entre la Suisse et la France ou entre l'Espagne et la France.

Art. 12. Les frais résultant du transport entre la frontière de la Confédération suisse et la frontière du Royaume d'Espagne, des correspondances désignées dans les articles précédents, seront supportés par l'Administration des Postes de

von der Postverwaltung von Spanien im Verhältniß ihrer betreffenden Ueberlieferungen getragen.

Art. 13. Es bleibt vereinbart, daß die Kosten für den Transit der geschlossenen Briefpakete über Frankreich, von der Schweiz nach Spanien und umgekehrt, von derjenigen der beiden Verwaltungen entrichtet werden sollen, welche von der französischen Postverwaltung die vortheilhaftesten Bedingungen für den Transit erlangt haben wird, und daß diejenige Verwaltung, welche die Gesammtsumme dieser Kosten ausbezahlt hat, durch die andere Verwaltung, gemäß den Festsetzungen des Art. 12 hievor, für den auf ihre überlieferten Korrespondenzen treffenden Antheil zu entschädigen ist.

Nach Maßgabe des bestehenden Vertrages übernimmt es die Postverwaltung von Spanien, die im Art. 12 erwähnten Transitkosten an Frankreich zu bezahlen, so lange nicht anderweitige Bestimmungen in Kraft treten. Diese Kosten sollen auf keine andere Weise bezahlt werden. Was die Transittaxen

la Suisse et par l'Administration des Postes de l'Espagne proportionnellement à leurs remises respectives.

Art. 13. Il est entendu que les frais de transport des correspondances par la France expédiées en dépêches closes de la part de l'Office suisse pour l'Office de l'Espagne ou vice versa, seront acquittés par celle des deux Administrations qui aura obtenu de l'Administration des Postes de France des conditions de prix de transit plus avantageuses, et que celle des deux Administrations qui aura soldé la totalité de ces frais sera remboursée par l'autre Administration, conformément aux stipulations de l'art. 12 précédent, de la part qui la concerne pour la correspondance qu'elle aurait remise.

En vertu de la convention actuelle, c'est l'Administration des Postes de l'Espagne qui se charge d'acquitter à l'Office des Postes de France, pour aussi longtemps que d'autres dispositions n'entreront pas en vigueur, les frais de transit mentionnés dans l'art. 12. Ces frais ne devront pas être payés

der in beiden Richtungen versandten geschloßenen Briefpakete betrifft, so sind dieselben auf folgende Weise zu entrichten:

Für jeden Kilometer in gerader Linie, vom französischen Eingangspunkt bis zum französischen Ausgangspunkte, 10 Rappen für jedes Kilogramm Nettogewicht Briefe und 1/4 Rappen für jedes Kilogramm Nettogewicht Zeitungen und andere Druksachen.

Art. 14. Die in den Artikeln 3, 4, 7, 9 und 10 hievor erwähnten Taxen sind auf Grundlage der für die dermalige Instradirung über Irun und Junquera gegenwärtig an Frankreich zu zahlenden Transitansäze festgesezt worden. Für den Fall, daß diese Transitgebühr ermäßigt würde, verpflichten sich die beiden Verwaltungen (der Schweiz und von Spanien), die in den oberwähnten Artikeln aufgestellten Taxen einverständlich herabzusezen.

Eine gleiche Ermäßigung hätte auch in dem Falle einzutreten, wenn die Postverwaltungen der beiden Staaten auf die Linie

d'une autre manière, et quant aux taxes de transit pour les dépêches closes expédiées dans les deux directions, elles se règleront de la manière suivante:

Pour chaque kilomètre existant en ligne droite entre les points par lesquels les dépêches closes entreront sur le territoire français et les points par lesquels elles en sortiront, les prix de 10 centimes par kilogramme de lettres, poids net, et un quart de centime par kilogramme de journaux et autres imprimés, poids net.

Art. 14. Les taxes désignées aux articles 3, 4, 7, 9 et 10 ci-dessus, ont été fixées sur la base des prix de transit actuellement payés à la France pour l'acheminement actuel par Irun et par la Junquera, et dans le cas où ce droit de transit subirait une réduction, les deux Administrations des Postes de la Suisse et de l'Espagne s'engagent à réduire d'un commun accord les taxes fixées aux articles précités.

Une pareille réduction devrait aussi avoir lieu dans le cas où les Administrations des Postes des deux pays renonçant à la

Irun-Basel verzichten und eine kürzere Transitlinie wählen, oder die Linie la Junquera-Genf, mit Ausschluß jeder andern, benuzen würden.

Art. 15. Die beiden Postverwaltungen (der Schweiz und von Spanien) nehmen für die Beförderung von einem der beiden Länder in das andere oder nach den Ländern, für welche sie als Vermittlung dienen, keinen Brief an, welcher gemünztes Gold oder Silber, Juwelen oder Pretiosen, oder irgend andere, den Zollgebühren unterworfene Gegenstände enthält.

Art. 16. Um sich den ungeschmälerten Ertrag der von einem der beiden Länder in das andere gehenden Korrespondenzen gegenseitig zu sichern, verpflichten sich die schweizerische und die spanische Regierung, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Korrespondenzen auf keinem andern Wege als vermittelst ihrer Posten versandt werden.

Art. 17. Die schweizerische Regierung verpflichtet sich, der Regierung von Spanien für die Korrespondenzen aus Spanien oder über Spanien nach den

ligne d'Irun-Bâle, choisiraient une ligne de transit plus courte ou la ligne de la Junquera-Genève à l'exclusion de toute autre.

Art. 15. Les deux Administrations des Postes de Suisse et d'Espagne n'admettront, à destination de l'un des deux pays ou des pays qui empruntent leur intermédiaire, aucune lettre qui contiendrait, soit de l'or ou de l'argent monnayé, soit des bijoux ou effets précieux, ou tout autre objet passible des droits de douane.

Art. 16. Afin de s'assurer réciproquement l'intégralité du produit des correspondances adressées de l'un des deux pays dans l'autre, les Gouvernements suisse et espagnol s'engagent à empêcher, par tous les moyens qui sont en leur pouvoir, que ces correspondances ne passent par d'autres voies que par leurs Postes respectives.

Art. 17. Le Gouvernement suisse prend l'engagement d'accorder au Gouvernement espagnol le transit en dépêches closes ou à découvert, sur le

Ländern, für welche die Schweiz als Vermittlung dient oder noch dienen wird, den Transit in geschloßenen Paketen oder stükweise über schweizerisches Gebiet zu gestatten, und zwar zum Ansaze von $2^6/_{10}$ Rappen ($9^1/_2$ hundertstel Real) per Kilogramm Nettogewicht für die Briefe, und von $^{17}/_{10000}$ Franken ($^{62}/_{10000}$ Real) per Kilogramm für Zeitungen und andere Drukſachen für jeden, von dem Briefpaket in gerader Linie durchlaufenen Kilometer.

Die Regierung von Spanien verpflichtet sich ihrerseits, der schweizerischen Regierung für die Korrespondenzen von der Schweiz oder über die Schweiz nach den Ländern, für welche Spanien als Vermittlung dient oder noch dienen wird, den Transit in geschloßenen Paketen oder stükweise über spanisches Gebiet zu gestatten, und zwar zum Ansaze von $9^1/_2$ hundertstel Real ($2^6/_{10}$ Rappen) per Kilogramm für Briefe, und von $^{62}/_{10000}$ Real ($^{17}/_{10000}$ Franken) per Kilogramm für Zeitungen und andere Drukſachen, für jeden von dem Briefpaket in gerader Linie durchlaufenen Kilometer.

territoire suisse, des correspondances originaires de l'Espagne ou passant par l'Espagne, à destination des pays auxquels la Suisse sert ou pourrait servir d'intermédiaire, moyennant les prix de 26 millésimes de franc ($9^1/_2$ centimes de réal) par kilogramme poids net, pour les lettres, et de 17 dix millésimes de franc (62 dix millésimes de réal) par kilogramme pour les journaux et autres imprimés par chaque kilomètre parcouru par la correspondance en ligne droite.

De son côté, le Gouvernement espagnol prend l'engagement d'accorder au Gouvernement suisse le transit en dépèches closes ou à découvert sur le territoire espagnol, des correspondances originaires de la Suisse ou passant par la Suisse, à destination des pays auxquels l'Espagne sert ou pourrait servir d'intermédiaire, moyennant les prix de $9^1/_2$ centimes de réal (26 millésimes de franc) par kilogramme pour les lettres, et de 62 dix millésimes de réal (17 dix millésimes de franc) par kilogramme pour les journaux et les imprimés par chaque kilo-

Der schweizerischen Postverwaltung ist es freigestellt, über Spanien und vermittelst der überseeischen Postpaketboote Spaniens Pakete von frankirten Briefpostgegenständen nach den spanischen Antillen zu befördern, und zwar gegen eine Taxe von 75 Rappen für je 7½ Gramme oder einen Bruchtheil von 7½ Grammen Briefe, und von 10 Rappen für je 40 Gramme oder einen Bruchtheil von 40 Grammen Druksachen. In diesen Ansäzen ist die spanische Transitgebühr, sowie die Transitgebühr der Kolonien und das Seeporto bis an den Bestimmungsort inbegriffen.

Für die auf dem nämlichen Wege nach der Schweiz beförderten unfrankirten Korrespondenzen aus den spanischen Antillen hätte die schweizerische Postverwaltung außer den im vorhergehenden Alinea angegebenen Ansäzen noch die von der spanischen Verwaltung für die Beförderung der fraglichen Korrespondenzen bestrittene französische Transitgebühr zu bezahlen.

mètre parcouru par la correspondance en ligne droite.

L'Administration des Postes de la Suisse aura la faculté d'acheminer par la voie de l'Espagne et de ses paquebots-postes transatlantiques, des paquets de correspondances affranchies à destination des Antilles espagnoles, moyennant une taxe de 75 centimes de franc par 7½ grammes ou fraction de 7½ grammes pour les lettres, et de 10 centimes de franc par 40 grammes d'imprimés ou fraction de 40 grammes. Dans ces prix sont compris le droit de transit espagnol aussi bien que le droit de transit colonial et le port maritime jusqu'à destination.

Quant à la correspondance non affranchie provenant des Antilles espagnoles et transmise par la même voie à destination de la Suisse, l'Administration des Postes fédérales aurait à payer en outre des prix indiqués dans l'alinéa antérieur le droit de transit par la France que l'Administration espagnole aurait payé à l'Administration française pour le transport de la dite correspondance.

Art. 18. Es bleibt mit Rüksicht auf die Gewichtsbestimmungen des vorhergehenden Artikels vorbehalten, daß das Gewicht der unanbringlichen Korrespondenzen jeder Art, sowie der Briefpostkarten und Rechnungsbelege, welche der Austausch der von der einen Verwaltung für Rechnung der andern in geschloßenen Briefpaketen beförderten Korrespondenzen mit sich bringt, beim Abwägen der Briefe und Druksachen, für welche die im besagten Artikel festgesezten Portoansäze anzuwenden sind, nicht mitgerechnet wird.

Art. 19. Die Postverwaltung der Schweiz und die Postverwaltung von Spanien werden, auf Grund der gegenwärtig bestehenden oder später noch abzuschließenden Verträge, die Bedingungen einverständlich festsezen, zu welchen zwischen den betreffenden Auswechslungsbüreaux die Briefe und Druksachen von und nach den Kolonien und fremden Ländern, welche für den Verkehr mit dem einen der beiden kontrahirenden Staaten die Vermittlung des andern in Anspruch nehmen, stükweise ausgewechselt werden können.

Art. 18. Il est entendu que le poids des correspondances de toutes sortes, tombées au rebut, ainsi que celui des feuilles d'avis et autres pièces de comptabilité résultant de l'échange des correspondances transportées en dépêches closes par l'une des deux Administrations pour le compte de l'autre, et qui sont mentionnés dans l'article précédent, ne sera pas compris dans la pesée des lettres et des imprimés sur lesquels devront être assis les prix de transport fixés par le dit article.

Art. 19. L'Administration des Postes de Suisse et l'Administration des Postes de l'Espagne fixeront d'un commun accord, conformément aux conventions actuellement en vigueur, ou qui interviendraient dans la suite, les conditions auxquelles pourront être échangés à découvert, entre les bureaux d'échange respectifs, les lettres et les imprimés originaires ou à destination des colonies et des pays étrangers qui emprunteront l'intermédiaire de l'un des deux pays pour correspondre avec l'autre.

Es ist verstanden, daß die gemäß gegenwärtigen Artikels aufzustellenden Bestimmungen von den beiden Verwaltungen jederzeit, wenn sie übereinstimmend es für nöthig erachten, abgeändert werden können.

Il est entendu que les dispositions qui seront arrêtées en vertu du présent article, pourront être modifiées par les deux Administrations, toutes les fois que, d'un commun accord, ces deux Administrations en reconnaîtront la nécessité.

Art. 20. Die unrichtig adressirten oder irrig geleiteten Briefpostgegenstände jeder Art sind unverzüglich gegenseitig durch die respektiven Auswechslungsbüreaux zurükzusenden. Diese Gegenstände sind mit keiner Taxe oder irgend welcher Gebühr zu belasten.

Art. 20. Les correspondances de toute nature mal adressées ou mal dirigées seront sans aucun délai réciproquement renvoyées par les bureaux d'échange respectifs; les objets ne seront grevés ni d'une taxe ni d'un droit quelconque.

Die Briefpostgegenstände, welche an Adressaten gerichtet sind, die ihren Aufenthalt verändert haben, sind mit demjenigen Porto belastet zurükzusenden, welches der Empfänger zu bezahlen gehabt hätte.

Les correspondances qui auront été adressées à des destinataires ayant changé de résidence seront rendues chargées du port qui aurait dû être payé par le destinataire.

Art. 21. Die aus irgend einem Grunde unanbringlich gewordenen, zwischen der Postverwaltung der Schweiz und derjenigen von Spanien stükweise ausgewechselten, gewöhnlichen oder chargirten Briefe und Druksachen sind beidseitig

Art. 21. Les lettres ordinaires ou chargées et les imprimés échangés à découvert entre les deux Administrations des Postes de Suisse et d'Espagne, qui seront tombés au rebut pour quelque cause que ce soit, devront être renvoyés,

jeweilen am Monatsschluß oder wenn möglich öfter zurückzusenden.

Diese Gegenstände sind ohne Taxe oder Abrechnung zurückzusenden, gleichviel, ob sie frankirt oder unfrankirt befördert und überliefert wurden.

Die von der einen der beiden Verwaltungen auf Rechnung der andern in geschloßenen Briefpaketen beförderten unfrankirten, unanbringlichen Korrespondenzen werden zu dem Gewichte und dem Preise angenommen, wie sie in den Rechnungen der betreffenden Postbehörden angesezt sind, und zwar auf einfache Erklärungen oder Nominallisten hin, welche für die Abrechnung als Belege dienen, falls die Briefe selbst durch diejenige Postverwaltung nicht vorgelegt werden können, welche den Betrag ihres Portos gegenüber der andern Verwaltung ansprechen kann.

Art. 22. Die Postverwaltung der Schweiz und diejenige von Spanien stellen jeden Monat ihre Rechnungen über die gegenseitige Ueberlieferung der Korrespondenzen. Diese Rechnungen

de part et d'autre, à la fin de chaque mois et plus souvent si faire se peut.

Ces correspondances seront renvoyées sans taxe ni décompte, qu'elles aient été expédiées et livrées avec affranchissement ou sans affranchissement.

Quant aux correspondances non affranchies tombées au rebut qui auront été transportées en dépêches closes par l'une des deux Administrations, pour le compte de l'autre, elles seront admises pour le poids et prix pour lesquels elles auront été comprises dans les comptes des Administrations respectives, sur de simples déclarations ou listes nominatives mises à l'appui des décomptes, lorsque les correspondances elles-mêmes ne pourront pas être produites par l'Office qui aura à se prévaloir du montant de leur port vis-à-vis de l'Office correspondant.

Art. 22. Les Administrations des Postes de Suisse et d'Espagne dresseront chaque mois les comptes résultant de la transmission réciproque des correspondances. Ces comp-

umfaßen nur die Rükvergütung der Transitkosten (Art. 12 und 13), die gemäß Art. 20, zweites Alinea, in Rechnung gebrachten Beträge und endlich diejenigen, welche die Postverwaltungen der beiden Länder, laut den Bestimmungen der Artikel 17 und 18, für den Transit über schweizerisches, beziehungsweise spanisches Gebiet, einander gutzuschreiben haben.

Die oberwähnten Rechnungen sind in schweizerischer Münzwährung zu saldiren. Zu diesem Behufe sind die in denselben in spanischer Währung ausgesezten Summen nach dem Verhältniß von 19 reales de vellon = 5 Franken in Schweizerwährung umzuwandeln.

Die Saldi der Rechnungen sind zu bezahlen:

1) in Wechseln auf Bern, wenn sich ein Saldo zu Gunsten der schweizerischen Postverwaltung ergibt;
2) in Wechseln auf Madrid, wenn der Saldo zu Gunsten der spanischen Verwaltung ausfällt.

Art. 23. Die Postverwaltung der Schweiz und diejenige von Spanien werden die Bedingungen für die ungenügend

tes ne comprendront que le remboursement des prix de transit (art. 12 et 13), les sommes mises en compte dans le second alinéa de l'art. 20 et celles que les Administrations des Postes des deux pays devront se créditer pour le transit par les territoires suisse et espagnol en vertu des stipulations des articles 17 et 18.

Les comptes ci-dessus seront soldés en monnaie suisse. A cet effet, les sommes portées dans les dits comptes en monnaie espagnole seront réduites en francs sur le pied de 19 réaux de vellon pour 5 francs.

Les soldes des comptes seront payés, savoir:

1) en traites sur Berne lorsque le solde sera en faveur de l'Administration des Postes de la Suisse;
2) en traites sur Madrid lorsque le solde sera en faveur de l'Administration des Postes de l'Espagne.

Art. 23. Les Administrations des Postes de Suisse et d'Espagne détermineront, d'un commun accord, les conditions

mit Marken frankirten Korrespondenzen von einem der beiden Länder in das andere einverständlich festsezen, die Leitung der gegenseitig überlieferten Korrespondenzen regeln und Alles ordnen, was auf die Form der im vorhergehenden Artikel erwähnten Rechnungen Bezug hat, so wie jede weitere Detail- oder Ordnungsvorschrift aufstellen, welche erforderlich sein sollte, um die Ausführung der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages zu sichern.

Es bleibt bedungen, daß die oberwähnten Verfügungen von den beiden Verwaltungen abgeändert werden können, so oft sie dieß beiderseits für nöthig erachten.

Art. 24. Es wird zwischen den kontrahirenden Theilen ausdrüklich vereinbart, daß die Briefe, Drukfachen und Zeitungen nach den beiden Ländern, welche die Postverwaltung der Schweiz und die Postverwaltung von Spanien sich gegenseitig, nach Maßgabe der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages, bis an den Bestimmungsort frankirt überliefern, unter

auxquelles seront soumises les correspondances de l'un des deux pays pour l'autre insuffisamment affranchies au moyen de timbres-poste; elles règleront la direction des correspondances transmises réciproquement et arrèteront les dispositions relatives à la forme des comptes mentionnés à l'article précédent, ainsi que toute autre mesure de détail ou d'ordre nécessaire pour assurer l'exécution des stipulations de la présente convention.

Il est entendu que les mesures désignées ci-dessus pourront être modifiées par les deux Administrations toutes les fois que, d'un commun accord, ces deux Administrations en reconnaîtront la nécessité.

Art. 24. Il est formellement convenu entre les Parties contractantes que les lettres, les imprimés et les journaux à destination de l'un des deux pays, que l'Administration des Postes de Suisse et l'Administration des Postes d'Espagne se livreront réciproquement affranchis jusqu'à destination, conformément aux dispositions de la présente convention, ne

keinem Vorwande und unter keiner Benennung, in dem Staate, wohin diese Gegenstände bestimmt sind, mit irgend einer Taxe oder irgend einer Gebühr zu Lasten des Adressaten belegt werden dürfen, es wäre denn, daß es sich um eine Gebühr für die Bestellung in die Wohnung des Adressaten handelte, deren Maximum in der Schweiz drei Rappen und in Spanien ein Cuarto zu betragen hätte.

Art. 25. Vom Tage der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages an sind alle frühern Bestimmungen und Vereinbarungen betreffend den Austausch der Korrespondenzen zwischen der Schweiz und Spanien aufgehoben.

Art. 26. Der gegenwärtige Vertrag tritt mit dem Tage in Kraft, welchen die beiden Verwaltungen einverständlich hiefür bezeichnen werden, und verbleibt so lange in Wirksamkeit, bis von Seite eines der hohen vertragschließenden Theile die Aufkündung desselben, zwölf Monate zum Voraus, erfolgt. Während diesen zwölf lezten Monaten bleibt der Vertrag in voller und ungeschmälerter Ausführung, unbeschadet des Abschlusses und der Saldirung der Rechnungen

pourront sous aucun prétexte, et à quelque titre que cé soit, ètre frappés dans le pays de destination d'une taxe ou d'un droit quelconque à la charge du destinataire, à moins toutefois qu'il ne s'agisse d'un droit de distribution à domicile qui serait au maximum de trois centimes de franc en Suisse et d'un cuarto en Espagne.

Art. 25. Seront abrogées, à partir du jour de la mise à exécution de la présente convention, toutes stipulations ou dispositions antérieures concernant l'échange des correspondances entre la Suisse et l'Espagne.

Art. 26. La présente convention commencera à régir depuis le jour dont les deux Administrations des Postes de Suisse et d'Espagne conviendront, et elle restera en vigueur jusqu'à ce que l'une des deux hautes Parties contractantes ait annoncé à l'autre, mais douze mois à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets. Pendant ces douze derniers mois, la convention continuera d'avoir son exécution pleine et entière, sans

zwischen den Postverwaltungen der beiden Staaten nach Verfluß der besagten Frist.

Art. 27. Der gegenwärtige Vertrag ist zu ratifiziren, und die Ratifikationen sind zu Madrid inner vier Monaten, oder wenn möglich früher, auszuwechseln.

Zur Urkunde dessen haben die beidseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigesezt.

In doppeltem Original ausgefertigt und unterzeichnet in St. Ildefons, den 29. Heumonat 1863.

(L. S.) (Gez.) **Paul Chapuy.**
(L. S.) (Gez.) **El Marques de Miraflores.**

erklärt den vorstehenden Vertrag seinem ganzen Inhalte nach als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, denselben, so weit es von ihr abhangt, jederzeit gewissenhaft zu beobachten.

préjudice de la liquidation et du solde des comptes entre les Administrations des Postes des deux pays après l'expiration du dit terme.

Art. 27. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Madrid dans le délai de quatre mois ou plus tôt, si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait en double original et signé à *Saint-Ildephonse*, le 29 Juillet 1863.

(L. S.) (Sig.) **Paul Chapuy.**
(L. S.) (Sig.) **El Marques de Miraflores.**

Por tanto habiendo visto y examinado uno por uno los veinte y siete articulos que comprende el preinserto Convenio, Hemos venido en aprobar y ratificar cuanto en ellos se contiene, como en virtud de la presente lo aprobamos

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den dreißigsten Christmonat eintausend achthundert drei und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
C. Fornerod.
(L. S.)
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

y ratificamos en la mejor y más ámplia forma que podemos, prometiendo en fé de Nuestra palabra Real cumplirlo y observarlo y hacer que se cumpla y observe puntualmente en todas sus partes; y para su mayor validacion y firmeza mandamos expedir la presente firmada de Nuestra mano, sellada con Nuestro sello secreto y refrendada de Nuestro infrascrito Primer Secretario del Despacho de Estado. Dada en el Palacio de *San Ildefonso* á dos de Julio de mil ochocientos sesenta y cuatro.

Jo la Reyna.

(L. S.)

El Ministro de Estado
Joaquin Francisco Pacheco.

Note. Die Auswechslung der Ratifikationen des vorstehenden Vertrags hat zwischen dem schweiz. Generalkonsul in Madrid, Herrn Paul Chapuy, und dem Präsidenten des Ministerraths von Spanien, Ritter Don Joaquin Francisco Pacheco, am 13. Heumonat 1864 in St. Ildefons stattgefunden.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

eine neue Ordonnanz über den Parkwagen.

(Vom 12. Herbstmonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht einer neuen Ordonnanz über den Parkwagen, bestehend aus Text und fünf Planchen;

auf den Antrag des eidg. Militärdepartements,

beschließt:

1. Diese Ordonnanz tritt sofort in Kraft und gilt als Vorschrift für folgende Fuhrwerke:

für den Batteriefourgon,
„ den Vorrathswagen zu den Raketenbatterien und
„ die Feldschmiede der Raketenbatterien.

2. Das Militärdepartement ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Bern, den 12. Herbstmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Reglement

für

das eidgenößische Archiv.

(Vom 14. Herbstmonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath

beschließt:

I. Organisation des Archivs im Allgemeinen, Umfang.

Art. 1. Das eidgenößische Archiv umfaßt:

A. Das helvetische Archiv, oder den Zeitraum von 1798—1803.

B. Das Tagsazungsarchiv, enthaltend den Zeitraum von 1803 bis 1848.

Diese Abtheilung zerfällt:

a. in die Mediationsperiode von 1803—1813;

b. in die sogenannte Restaurations- und Regenerations-periode von 1813—1848.

C. Das neue Bundesarchiv, enthaltend den Zeitraum seit dem 6. Wintermonat 1848.

Art. 2. In das eidgenößische Archiv gehören alle Akten der Bundesverwaltung, worunter auch alle an irgend welche eidgenößischen Behörden, Beamte oder Beauftragten gerichteten amtlichen Akten begriffen sind. Von der vorstehenden Bestimmung sind ausschließlich ausgenommen die von der vorgesezten eidgenößischen Behörde an die derselben unterstellten Beamten oder Beauftragten erlaßenen Befehle, welche den Betreffenden zu ihrer Rechtfertigung zu belassen sind.

Art. 3. Alle außer Gebrauch gekommenen amtlichen Siegelstämpel und Timbres sollen ebenfalls in das Archiv abgeliefert werden.

Art. 4. Die ältern eidgenößischen Archive vor 1798, welche hauptsächlich in Zürich und Luzern, und theilweise in Solothurn, Aarau (früher Baden) und Frauenfeld liegen, werden ferner der Sorgfalt der betreffenden Stände empfohlen. Sie sollen übrigens der Eidgenoßenschaft und jedem Kanton immer offen stehen, womit die Befugniß verbunden ist, sich Auszüge daraus auf eigene Kosten zu verschaffen. Den eidgenößischen Archivaren steht der Zutritt zu denselben jederzeit offen.

Art. 5. Die beiden Abtheilungen A und B des eidgenößischen Archivs von 1798—1848 sind in ihrer gegenwärtigen Anordnung, nämlich nach dem System der Aktenordnung nach Behörden, zu belassen; dagegen sollen die Akten des neuen Bundesarchivs nach dem Materiensystem geordnet werden.

Art. 6. An dem durch den Bundesrath genehmigten Archivplan darf ohne höhere Bewilligung nichts Wesentliches abgeändert werden.

II. Aufsicht; Personal und dessen Pflichten und Verrichtungen.

Art. 7. Das eidgenößische Archiv steht unter der Oberaufsicht des Departements des Innern.

Art. 8. Dem Archive stehen ein Archivar und ein Unterarchivar vor. Der Unterarchivar steht bezüglich seiner Geschäftsthätigkeit unter den Weisungen des Archivars, und vertritt bei des Leztern Abwesenheit dessen Stelle.

Ihnen ist ein Gehilfe für die gewöhnlichen Aushilfsarbeiten beigegeben. Für außerordentliche Arbeiten wird der Bundesrath die nöthige Aushilfe bewilligen.

Art. 9. Wenn dem Archivar das Vorhandensein von Archivalien, die gemäß Art. 2 in das eidgenößische Archiv gehören, sei es bei Behörden oder Privatpersonen, zur Kenntniß kommt, so ist er verpflichtet, hievon dem Departement des Innern Anzeige

zu machen, damit dieses die geeigneten Schritte behufs deren Erlangung ins Archiv thun kann.

Art. 10. Der Archivar beglaubigt alle Abschriften, unter Beisezung des Datums, durch seine Unterschrift und den Archivariatsstämpel. Gehen die Abschriften in das Ausland, so muß seine Unterschrift noch durch die Bundeskanzlei legalisirt sein.

Art. 11. Für Abschriften an Gemeinden, Korporationen und Privatpersonen ist die gesezliche Gebühr zu beziehen. Ueberdies ist das Archivariat berechtigt, für zeitraubende Nachforschungen eine verhältnißmäßige Entschädigung zu erheben, beides zuhanden der Bundeskanzlei.

Art. 12. Die Büreaux beider Archivare sollen in der Regel an den Wochentagen des Morgens von 8 bis 12 Uhr und des Nachmittags von 2 bis 6 Uhr offen stehen. Am Sonntag haben sich die Archivare nach beendigtem Vormittagsgottesdienste in ihren Büreaux einzufinden, um allfällige Aufträge entgegen zu nehmen.

Art. 13. Die Archivare allein besizen die Schlüßel zum Archiv. Die Abwarte dürfen nur Schlüßel zu den Büreaux haben. In Fällen von Abwesenheit hat der eine Archivar die Schlüßel dem andern zu übergeben.

III. Repertorien.

Art. 14. Bezüglich der Anfertigung von Repertorien oder Registern wird Folgendes festgesezt:

a. Ueber die beiden ersten Archivperioden (1798—1803 und 1803—1848) werden außer den bereits erstellten Generalrepertorien, welche eine Uebersicht sämmtlicher Titel der Archivalien bieten und mit alphabetischen Sachregistern versehen sind, vorläufig keine weitern Register angefertigt.

b. Im neuen Bundesarchiv bildet der genau detaillirte Archivplan das Generalrepertorium. Nach Zeitabschnitten von je zwanzig Jahren, oder nach eingetretenen eingreifenden Veränderungen in der Bundesorganisation, die an und für sich einen Zeitabschnitt bilden, werden über diese Periode

Sach-, Lokal- und Personalrepertorien angefertigt, bei welchem Anlaße eine nochmalige durchgreifende Sichtung aller Akten stattzufinden hat.

c. Ueber die Urkunden des Bundesarchivs soll ein chronologisches Repertorium (sogenannte Regessen) geführt werden. Jeder Urkunde ist darin ein besonderes Blatt zu bestimmen, auf welchem das Datum und der Hauptinhalt genau zu verzeichnen ist.

Art. 15. In den Lokal-, so wie in den Personalregistern ist stets die archivalische Bezeichnung oder Signatur gemäß Archivplan anzugeben.

IV. Benuzung des Archivs; Kontrole; Aktenablieferung.

Art. 16. Ueber die dem Archiv enthobenen Akten ist eine genaue Kontrole zu führen. Diese wird dadurch ausgeübt, daß die Akten, welche von eidgenößischen Behörden oder Personen in amtlicher Stellung aus dem Archiv verlangt werden, vor ihrer Aushingabe in das dazu bestimmte Kontrolbuch eingetragen und mit dem Archivtimbre versehen werden, und daß an die Stelle der enthobenen Akten ein Aktenrükweiser mit der Angabe, wem und wann die Akten übergeben worden sind, gelegt wird.

Das gleiche Verfahren ist zu beobachten, wenn Akten an Behörden oder Personen außerhalb der Bundesverwaltung verabfolgt werden, nur daß diese den Empfang der Akten noch besonders zu bescheinigen haben.

Originalurkunden und Protokolle jedoch dürfen, ohne Rüksicht auf den Empfänger, nur gegen Empfangschein verabfolgt werden.

Art. 17. Privatpersonen, welche das eidgenößische Archiv für historische und andere Arbeiten auf längere Zeit benuzen wollen, haben hiefür eine schriftliche Bewilligung beim Departement des Innern einzuholen und diese dem Archivariat zu seiner Legitimation abzugeben. Es darf jedoch die Benuzung in der Regel nicht in den Archivräumen selbst stattfinden, sondern muß in einem der Büreaux der Archivbeamten geschehen.

Art. 18. Ohne Wissen der Archivare und vorherige Kontrolirung darf Niemand Aktenstüke aus dem Archiv wegnehmen. Desgleichen ist Niemandem gestattet, ohne deren besondere Erlaubniß eigenhändig im Archiv nach Akten zu suchen.

Art. 19. Haben sich auf der Bundeskanzlei, so wie auf den Departementen, die Akten von sechs Jahren angesammelt, so sollen jeweilen die ältern drei Jahrgänge an das Archiv abgeliefert werden, und zwar wenigstens nach den Hauptrubriken des Archivplanes geordnet; die Belegbände können nach zwei Jahren abgeliefert werden. Es dürfen aber nur Akten von bleibendem Werthe an das Archiv abgeliefert werden, und es sind demnach zuvor alle werthlosen Papiere, z. B. Empfangsbescheinigungen, Ueberweisungen, Rechargen, Doubletten u. dgl. von den abzuliefernden Akten auszuscheiden. Das Nähere hierüber bestimmt eine besondere Instruktion.

Art. 20. Das Archivariat soll alljährlich im Laufe des Monats März alle ausstehenden Akten, die bis zum verfloßenen 31. Christmonat aus dem Archiv waren enthoben worden, von deren Empfängern zurükverlangen. Werden dieselben auf seine Einladung binnen vierzehn Tagen nicht zurükgestellt, so übergibt es das Verzeichniß der Saumseligen sammt demjenigen der Akten dem Departement des Innern zur weiteren Verfügung.

V. Kassation von Archivalien; Lokale.

Art. 21. Wenn bei Anfertigung der im Art. 14, b vorgeschriebenen Register sich noch Akten vorfinden, die kein staatsrechtliches, privatrechtliches oder historisches Interesse mehr haben oder haben werden, so sind dieselben zu entfernen; ebenso die Minuten der ins Reine geschriebenen Protokolle, überflüßig gewordene Kontrolen u. s. w. Rechnungsbelege dürfen nach einem Zeitraum von zehn Jahren gleichfalls vernichtet werden.

Für Beseitigung von Archivalien in bedeutendem Umfange hat sich der Archivar in einem schriftlichen Berichte an das Departement des Innern zu wenden, und erst, wenn die Bewilligung erfolgt ist, darf die Vernichtung geschehen.

Art. 22. Das Archiv soll so viel möglich nach Außen und nach Innen sicher gestellt werden. Für die erforderliche Reinigung der Luft sollen die Archivare durch fleißige Lüftung sorgen.

Bei eintretender Feuersgefahr im Bundesrathhause oder in dessen nächster Umgebung hat sich das Archivpersonal unverzüglich in das Archiv zu verfügen, um die allfällig nöthigen Vorsorgen und Anordnungen für dessen Sicherstellung oder Rettung zu treffen.

Art. 23. In den Archivräumen darf kein offenes Licht gebrannt werden.

Art. 24. Die Archivräume dürfen zu keinen fremdartigen Zweken oder zum Aufbewahren von Gegenständen, die nicht zum Archiv gehören, verwendet werden.

Art. 25. Durch das gegenwärtige Reglement sind die in der alten offiziellen Sammlung enthaltenen reglementarischen Bestimmungen über das eidgenößische Archiv (Bd. I, S. 235—241 und Bd. II, S. 383 und 384), ferner das Archivreglement vom 7. April 1852 (neue amtliche Gesezsammlung, Bd. III, S. 129 bis 135), der Art. 72 des Kanzleireglements vom 7. Augstmonat 1850, so wie endlich der Plan für das eidgenößische Archiv oder sogenannte leitende Schema vom 28. Mai 1856 aufgehoben, und es tritt das gegenwärtige Reglement sammt dem, diesem beigefügten Archivplane sofort in Kraft.

Bern, den 14. Herbstmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Instruktion
für
die Registraturen der Bundeskanzlei und der Departemente,
betreffend die in das eidg. Archiv abzuliefernden Akten.

(Vom 14. Herbstmonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath
beschließt:

I. Eintheilung und Behandlung der Akten.

Art. 1. Die Akten der Bundeskanzlei und der Departemente sind wenigstens nach den Hauptrubriken des Archivplans geordnet in das Archiv abzuliefern, daher Eintheilungen der Akten nach korrespondirenden Behörden und Faszikel mit der Aufschrift „Verschiedenes" unstatthaft sind.

Art. 2. Originalurkunden, die nicht durch den Druk vervielfältigt sind, müssen in Abschrift zu den sachbezüglichen Akten gelegt werden. Ebenso sollen von allen Drukschriften, die zu einem Geschäft gehören, über das auch andere Akten vorhanden sind, ein oder zwei Exemplare diesen beigegeben werden.

Art. 3. Die Akten der einzelnen Faszikel sind sorgfältig chronologisch zu ordnen. Protokollauszüge und die Minuten ausgehender Schreiben müssen stets den betreffenden Geschäften beigelegt werden.

Art. 4. Aktenstüke, die ihrem Inhalte nach unter verschiedene Rubriken des Archivplans gebracht werden könnten, müssen an den betreffenden Stellen durch Rükweiser ersezt werden, sofern diese verschiedenen Rubriken alle unter die gleiche Hauptrubrik des Planes fallen, d. h. in den eigenen Geschäftskreis der betreffenden Registratur.

Art. 5. Die Akten sollen auf den Registraturen sorgfältig behandelt werden. Mit besonderer Rüksicht und Schonung ist bei solchen Aktenstüken zu verfahren, die in ihrem Format ver-

ändert werden müssen, wie Karten, Plane u. s. w. Ferner dürfen in der Regel keine Aktenstüke, auch wenn sie zum gleichen Geschäfte gehören, zusammengeklebt, sondern höchstens zusammengeheftet werden. Die unüberschriebenen Rükblätter solcher Akten, die zusammen ein Geschäft bilden, können entfernt werden, mit einziger Ausnahme des ersten Aktenstükes, das als ganzer Bogen belassen werden muß, damit die übrigen dazwischen gelegt werden können.

Art. 6. Die Aktenstüke, die nicht schon bei ihrem Einlangen auf den Registraturen mit der Randangabe ihres Inhalts versehen sind, sollen daselbst damit versehen werden. Gleicherweise soll es gehalten werden mit der Datumsangabe bei Akten, auf denen diese fehlt; die Ergänzung geschieht durch Angabe des Empfangsdatums.

Bei Schriften, die in Couverts einlangen und außer auf diesen keine Adresse tragen, ist leztere am Fuße derselben anzuschreiben, während die Couverts zu vernichten sind.

II. Aktenablieferung.

Art. 7. Gemäß Art. 2 des Archivreglements sollen ins eidgenößische Archiv die Akten über alle Zweige der Bundesverwaltung niedergelegt werden, wobei einzig die im genannten Artikel namentlich aufgeführten eine Ausnahme machen.

Art. 8. Die Aktenablieferung ins Archiv geschieht periodisch, und zwar in der Weise, daß jeweilen dann, wenn die Akten von sechs Jahren auf den Registraturen sich angesammelt haben, die der drei ältern Jahrgänge abgeschoben werden sollen. Die Belegbände können nach zwei Jahren abgeliefert werden. Ueber den genauern Zeitpunkt der jedesmaligen Ablieferung wird sich das Archivariat mit den einzelnen Büreauchefs jeweilen verständigen.

Art. 9. Von dieser regelmäßigen Ablieferung machen aber die Originalurkunden nebst den dazu gehörenden Protokollen und Verbalprozessen, Planen rc., so wie die Register, Kontrolen u. dgl. der einzelnen Verwaltungen eine Ausnahme, indem jene sofort nach ihrer Ausfertigung, diese aber erst, nachdem sie außer Gebrauch gekommen sind, dem Archiv einverleibt werden.

Art. 10. Bei der periodischen Ablieferung sollen sämmtliche dannzumal nach Maßgabe der vorstehenden Artikel ins Archiv gehörenden Akten abgegeben werden. Kann dieses bezüglich einzelner, weil noch im Gebrauch befindlich, nicht geschehen, so ist über diese dem Archivariat ein Verzeichniß einzuhändigen und für möglichst baldige Nachlieferung derselben zu sorgen.

Art. 11. Gemäß Art. 19 des Archivreglements sind nur Akten von bleibendem Werthe in das Archiv abzugeben. Zu den minder wichtigen Akten, die nicht ins Archiv gehören, sind unter andern zu zählen: Bloße Ueberweisungsschreiben, Akten erledigter Reklamationen im Post-, Telegraphen-, Militär- und Zollwesen, so wie Aktenstüke, die in mehrfacher Ausfertigung vorhanden sind.

Art. 12. Von allen wichtigern Drukschriften und Lithographien der Bundesverwaltung sind je einige Exemplare ans Archiv abzugeben zur Aufbewahrung beim Drukschriftenvorrath.

Art. 13. Das Archivariat ist nicht verpflichtet, von den Registraturen Akten in das Archiv abzunehmen, die nicht nach den diesfalls bestehenden Vorschriften behandelt und geordnet sind, vielmehr berechtigt, solche Akten zurükzuweisen.

Bern, den 14. Herbstmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Freundschafts-, Niederlaßungs- und Handelsvertrag zwischen der Schweiz und dem König der Hawaiian-Inseln.

(Vom 28. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und Sr. Majestät dem König der Hawaiian-Inseln unter Ratifikationsvorbehalt am 20. Heumonat 1864 abgeschloßenen Freundschafts-, Niederlaßungs- und Handelsvertrags, und nach Prüfung des hierauf bezüglichen Berichts und Antrags des Bundesrathes vom 1. Augstmonat 1864;

in Anwendung von Art. 74, Ziffer 5 der Bundesverfaßung,

beschließt:

1. Der zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und Sr. Majestät dem König der Hawaiian-Inseln abgeschloßene Freundschafts-, Niederlaßungs- und Handelsvertrag vom 20. Heumonat 1864 ist seinem ganzen Inhalte nach genehmigt.

2. Der Bundesrath ist mit der Auswechslung der Ratifikationen, so wie mit der Vollziehung des Vertrages beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 24. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 28. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 10. Weinmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Wahlunruhen in Genf.

(Vom 29. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 23. Herbstmonat 1864,

beschließt:

1. Die vom Bundesrathe zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung in Genf getroffenen Maßregeln werden genehmigt.

2. Dem Bundesrathe wird die Vollmacht ertheilt, das eidgenößische Kommissariat und die Okkupation in Genf für so lange andauern zu laßen, als die Verhältnisse solches nothwendig machen.

3. Dem Bundesrathe wird zu diesem Behufe der nöthige Kredit eröffnet.

4. Der Bundesrath wird eingeladen, der Bundesversammlung auf die Wintersizung neuen sachbezüglichen Bericht und Antrag vorzulegen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 26. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 29. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 30. Herbstmonat 1864.

Der Bundespräsident: **Dr. J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesgesez

betreffend

die Besoldung verschiedener Beamten der Bundeskanzlei und der Departemente.

(Vom 29. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

in theilweiser Abänderung des Art. 1 des Bundesgesezes über die Errichtung und Besoldung der eidgenößischen Beamtungen, vom 30. Heumonat 1858;

auf den Vorschlag des Bundesrathes,

beschließt:

Art. 1. Die hienach bezeichneten Beamten beziehen folgenden Jahresgehalt:

I. Bundeskanzlei.

Der Registrator	Fr.	3600—4000
„ Sekretär für die Druksachen . .	„	3600—4000
„ Kanzleisekretär (Büreauchef) . .	„	3600—4000

II. Politisches Departement.

Ein Sekretär	„	3600—4000

III. Departement des Innern.

Der Kanzleisekretär	„	3600—4000
„ Sekretär für das Bauwesen . .	„	3600—4000
„ Staatsarchivar	„	3600—4000

Der Unterarchivar	Fr.	2500—3000
„ Direktor des statistischen Büreaus .	„	4000—6000
„ Sekretär desselben	„	3000—3600

IV. Justiz- und Polizeidepartement.

Ein Sekretär	Fr.	3600—4000

V. Militärdepartement.

Der erste Sekretär (Büreauchef) . .	„	4000—4600
„ zweite „	„	3000—3200
„ dritte „	„	2500—2800

VI. Finanzdepartement.

a. Finanzbüreau.

Der Chef des Finanzbüreaus, zugleich Departementssekretär	„	4200—4600
„ Adjunkt	„	3000—3200
Die beiden Revisoren, je	„	3000—3200

b. Staatskasse.

Der Staatskassier	„	5000 —
„ Adjunkt	„	3000—3200

VII. Handels- und Zolldepartement.

Zwei Revisionsgehilfen, je	Fr.	2400—3000

VIII. Postdepartement.

1. Zentralpostdirektion.

Der Registrator	„	3000—3600
„ erste Sekretär	„	3000—3600
„ zweite „	„	2500—3000
„ dritte „	„	2200—2700

2. Kontrolbüreau.

Drei Revisoren, je	„	2500—3000
Zwei „ „	„	2200—2700

3. Kursbüreau.

Der Kursinspektor	Fr.	4000—4500
" Adjunkt	"	3300—3600
" erste und zweite Sekretär	"	2500—3000
" dritte und vierte	"	2200—3000
Die Traininspektoren, jeder	"	3000—3600

IX. Militärverwaltung.

Der Verwalter des Materiellen.	"	4000—4500
Pulverkontroleur	"	3000—3600

X. Pulververwaltung.

Der Zentralverwalter	"	4000—4500
" Adjunkt	"	3000—3200
Die Bezirksverwalter, jeder	"	2700—3500

XI. Münzverwaltung.

Der Münzdirektor, nebst freier Wohnung	"	3000—3500
" Verifikator und Buchführer	"	2500—3000

XII. Telegraphenwerkstätte.

Der Chef der Telegraphenwerkstätte, fix	"	3000 —
" Sekretär und Buchführer	"	2100 —

Art. 2. Gegenwärtiges Gesez tritt vom 1. Jänner 1864 an in Kraft.

Der Bundesrath ist mit dessen Vollziehung beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 27. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 29. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.

Bern, den 1. Weinmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Erhöhung der Besoldung von eidgenößischen Angestellten.

(Vom 27. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft
beschließt:

Der Bundesrath ist ermächtigt, die Besoldung der Angestellten, deren Feststellung laut dem Bundesgeseze vom 30. Heumonat 1858 innerhalb der Grenzen des jährlichen Voranschlages dem Bundesrathe überlaßen ist, im Sinne einer billigen Erhöhung

einer Revision zu unterwerfen, die ausgesprochenen Erhöhungen bis zum 1. Jänner 1864 rükwirkend zu erklären und die diesfälligen Auszahlungen vornehmen zu laßen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 21. Herbstmonat 1864.

Der Vizepräsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 27. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 1. Weinmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

'05

I.

Bundesbeschluß

betreffend

die unterm 30. Brachmonat 1864 zwischen der Schweiz und Frankreich abgeschloßenen Verträge.

(Vom 30. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 15. Heumonat 1864,

beschließt:

1. Den zwischen der Schweiz und Frankreich unterm 30. Brachmonat 1864 zu Paris abgeschloßenen Verträgen, als:
   a) Handelsvertrag sammt zugehörigen Tarifen A, B, C, D, E & F;
   b) Reglement in Betreff des Pays de Gex;
   c) Vertrag über die Niederlaßung der Schweizer in Frankreich und der Franzosen in der Schweiz;
   d) Uebereinkunft zum gegenseitigen Schuze des literarischen, künstlerischen und gewerblichen Eigenthums;
   e) Uebereinkunft betreffend nachbarliche Verhältnisse und die Beaufsichtigung der Grenzwaldungen;

wird hiemit insgesammt die vorbehaltene Ratifikation ertheilt.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 28. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 30. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

II.

Bundesbeschluß

aus

Veranlaßung der zwischen der Schweiz und Frankreich unterm 30. Brachmonat 1864 abgeschloßenen Verträge.

(Vom 30. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft
beschließt:

Die Genehmigung der genannten Verträge soll ohne Präjudiz sein für die Rechte, welche durch Art. 32 der Bundesverfaßung den Kantonen zugesichert sind. Diese Rechte sind für die Zukunft ausdrüklich vorbehalten.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 28. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 30. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: G. Jäger.
Der Protokollführer: Schieß.

58

III.

Bundesbeschluß

aus

Veranlaßung der zwischen der Schweiz und Frankreich unterm 30. Brachmonat 1864 abgeschloßenen Verträge.

(Vom 30. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft

beschließt:

1. Der Bundesrath ist eingeladen, der Bundesversammlung so bald möglich Bericht und Antrag zu hinterbringen zu dem Zweke, die in den Artikeln 41 und 48 der Bundesverfaßung gewährleisteten Rechte von dem Glaubensbekenntniß der Bürger unabhängig zu machen.

2. Der Bundesrath ist eingeladen, dahin zu wirken, daß die Einfuhr gemischter Seidenbänder nach Frankreich nicht ungünstiger als bisher behandelt werde.

3. Die Eingabe der Seifenfabrikanten wird dem Bundesrath übermittelt, um zu erwägen, ob es nicht thunlich sei, den Eingangszoll für die zur Seifenfabrikation erforderlichen Rohstoffe, wie Fettwaaren, Oele 2c., von 50 auf 30 Rp. herabzusezen.

4. Der Bundesrath ist eingeladen, dahin zu wirken, daß die im Generaltarif enthaltene Bestimmung über die Einfuhr von gesägtem Holz nach Frankreich in den Zolltarif aufgenommen werde.

5. Der Bundesrath wird eingeladen, zu untersuchen, in wie fern es angemessen wäre, den Niederlaßungsvertrag auch auf Algier auszudehnen und der Bundesversammlung darüber Bericht zu erstatten.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 28. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 30. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung der vorstehenden Bundesbeschlüße.

Bern, den 1. Weinmonat 1864.

Der Bundespräsident: **Dr. J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Uebereinkunft zur Verbesserung des Loses der im Kriege verwundeten Militärs.

(Vom 30. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 21. Herbstmonat 1864,

beschließt:

Der Bundesrath wird ermächtigt, der unterm 22. Augstmonat 1864 zu Genf abgeschloßenen Uebereinkunft, betreffend Linderung des Loses der im Kriege verwundeten Militärs, beizutreten.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 28. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 30. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 1. Weinmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Fristverlängerung für die Eisenbahn Jougne-Massonger.

(Vom 30. Herbstmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht

eines Gesuchs des Staatsrathes des Kantons Waadt vom 26. Augstmonat 1864;

eines bezüglichen Berichtes des Bundesrathes vom 26. Herbstmonat 1864,

beschließt:

1. Die im Art. 3 des Bundesrathsbeschlußes vom 5. März 1858 über Genehmigung der vom Kanton Waadt ertheilten Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Jougne nach Massonger für den Beginn der Erdarbeiten an der Streke von Jougne zum Anschluß an die Linie Yverdon-Morges, so wie für den Ausweis über die Finanzmittel zur gehörigen Ausführung des Unternehmens auf den 2. April 1862 festgesezte (VI, 21) und

durch Bundesbeschluß vom 19. Heumonat 1861 auf den 1. Brachmonat 1865 ausgedehnte Frist (VII, 62) wird bis zum 1. Brachmonat 1867 verlängert.

2. Alle übrigen Bestimmungen des genannten Bundesrathsbeschlußes verbleiben in Kraft, und es soll denselben durch gegenwärtigen Beschluß keinerlei Eintrag geschehen.

3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 29. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 30. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 5. Weinmonat 1864.

Der Bundespräsident: **Dr. J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Uebereinkunft

zwischen

der schweiz. Eidgenoßenschaft und dem Kanton Wallis,

betreffend

die Ablösung des Brükengeldes auf der Brüke von Outre-Rhône.

(Vom 2. Dezember 1863.)

In Erwägung:

1) daß die Aufhebung der auf dem Gebiete der schweizerischen Eidgenoßenschaft noch bestehenden Brükengelder im Interesse des freien Verkehrs liegt;

2) daß am 13. Dezember 1823 für die Brüke von Outre-Rhône von der Tagsazung von Wallis ein Brükengeld bewilligt wurde; daß der Bezug dieses Brükengeldes von der Eidgenoßenschaft genehmigt, und daß dasselbe nicht losgekauft, vielmehr durch den, von der h. Bundesversammlung am 17/30. April 1850 ratifizirten Vertrag über den Loskauf der andern analogen Zölle, vom 29. September 1849, ausdrüklich dem Kanton Wallis vorbehalten worden ist,

ist heute von den unterzeichneten Abgeordneten folgende

Uebereinkunft

abgeschloßen worden:

Art. 1.

Mit dem 1. Januar 1864 hört der Bezug des Brükengeldes auf der Brüke von Outre-Rhône auf, und es ist von diesem Zeit-

punkte hinweg der Uebergang über diese Brüke von jeder Abgabe vollständig frei.

Art. 2.

Die schweizerische Eidgenoßenschaft macht sich verbindlich, gemäß Art. 26 der Bundesverfaßung dem Kanton Wallis für die Aufhebung dieses Brükengeldes, vom 1. Januar 1864 an bis zum 31. Dezember 1880, die jährliche Summe von fünfhundert Franken zu bezahlen, mit der Verpflichtung des besagten Kantons, sich mit den Berechtigten abzufinden.

Von 1880 an hat die Eidgenoßenschaft an dieses Brükengeld nichts mehr zu bezahlen, und es gelten in Bezug auf die fragliche Brüke gegenüber dem besagten Kanton die Bestimmungen von Art. 35 der Bundesverfaßung.

Es wird jedoch, unter Berufung auf den Bundesbeschluß vom 17/30. April 1850, ausdrüklich vorbehalten und bedungen, daß die dem Bunde wie den Kantonen im Sinn und Geist der Bundesverfaßung gesicherte rechtliche Stellung durch gegenwärtige Uebereinkunft keinerlei Aenderung erleiden soll.

Art. 3.

Der Kanton Wallis verpflichtet sich, die Brüke von Outre-Rhône und die dahin führenden Straßen in gutem Stande erhalten zu lassen, mit dem Vorbehalt, bis zum Jahr 1880 diese Unterhaltung denjenigen zu überbinden, denen die Loskaufsumme zu gut kommt, mithin den Bezirken und Gemeinden, denen dieselbe laut der Kantonalgesezgebung obliegt.

Sollte dieser Verpflichtung nicht volles Genüge geleistet werden und der Zustand der Brüke nicht mehr die nöthige Sicherheit für die Darübergehenden darbieten, so würde von Seite der Eidgenoßenschaft die Bezahlung der Loskaufsumme aufhören.

Art. 4.

Im Uebrigen verbleibt der Zollloskaufsvertrag ungeschmälert in Kraft, gleich wie auch der Art. 35 der Bundesverfaßung bezüglich der Vergütung für das Brükengeld von Outre-Rhône zur vollen Anwendung gelangen soll.

Art. 5.

Die beiden Abgeordneten behalten sich die Ratifikation einerseits der Bundesversammlung und andererseits der Regierung von Wallis vor.

So geschehen zu Bern, den 2. Dezember 1863.

Der Abgeordnete des Bundesrathes:	Der Abgeordnete des Kantons Wallis:
F. Frey-Herosee.	**Hyp. Pignat,** Notar.

Der Staatsrath des Kantons Wallis

hat

in seiner Sizung vom 9. Dezember 1863 der vorstehenden Uebereinkunft die Genehmigung ertheilt.

Sitten, den 12. Dezember 1863.

In Abwesenheit des Präsidenten des Staatsrathes,
Der Vizepräsident:
(L. S.) **Ch. L. de Bons.**
Der Staatsschreiber:
C. Barberini.

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht

der von seinem Abgeordneten, Hrn. Bundesrath F. Frey-Herosee und von dem Abgeordneten des Kantons Wallis, Hrn. Notar H. Pignat, unterm 2. Dezember 1863 über den Loskauf des auf der Brüke von Outre-Rhône bezogenen Brükengeldes abgeschloßenen Uebereinkunft;

der Ratifikation dieser Uebereinkunft von Seite des Standes Wallis, datirt vom 12. Dezember 1863 (Erklärung vom 17. Juni 1864 an das Handels- und Zolldepartement);

der Beschlüße des National- und des Ständerathes vom 22. Dezember 1863,

ertheilt hiermit dieser Uebereinkunft die eidgenößische Ratifikation.

Bern, den 12. Oktober 1864.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Uebereinkunft

zwischen

der schweiz. Eidgenoßenschaft und den Kantonen Waadt und Wallis,

betreffend

die Ablösung des Brükengeldes auf den Brüken zu Collombey und Chessel.

(Vom 2. Dezember 1863.)

In Erwägung:

daß die Aufhebung der auf dem Gebiete der schweizerischen Eidgenoßenschaft noch bestehenden Brükengelder im Interesse des freien Verkehrs liegt;

daß den Kantonen Waadt und Wallis von der hohen Tagsazung ein Brükengeld bewilligt wurde, und zwar am 23. Juli 1838 für die Brüke bei Chessel, und am 24. Juli 1840 für die Brüke bei Collombey; und daß im Jahr 1850, als die meisten

Zölle von der Eidgenoßenschaft losgekauft wurden, der Loskauf des besagten Brükengeldes nicht stattgefunden hat;

daß der Bundesrath durch Schlußnahme der eidgenößischen gesezgebenden Räthe vom 15/17. Januar 1863 eingeladen worden ist, mit den Kantonsregierungen, auf deren Gebiet noch konzessionirte Brükengelder erhoben werden, behufs deren Loskauf in Unterhandlung zu treten, und unter Ratifikationsvorbehalt sachbezügliche Uebereinkünfte abzuschließen;

ist heute von den unterzeichneten Abgeordneten Nachfolgendes vereinbart worden:

Art. 1.

Mit dem 1. Januar 1864 hört der Bezug des Brükengeldes auf den Brüken bei Chessel und Collombey auf, und es ist von diesem Zeitpunkte hinweg das Passiren dieser Brüken von jeder Abgabe vollständig frei.

Art. 2.

Die schweizerische Eidgenoßenschaft verpflichtet sich, gemäß Art. 26 der Bundesverfaßung den Kantonen Waadt und Wallis für die Aufhebung dieses Zolles, vom 1. Januar 1864 an bis zum 31. Dezember 1880, für die Brüke bei Collombey die Summe von Fr. 4800 (viertausend achthundert Franken), und für die Brüke bei Chessel die Summe von Fr. 2000 (zweitausend Franken), jährlich in trimesterweisen Raten zu bezahlen. Die besagten Kantone haben sich über ihr Betreffniß an diesen Summen und über deren Vertheilung an die Berechtigten zu verständigen.

Von 1880 an hat die Eidgenoßenschaft an diese Brükengelder nichts mehr zu bezahlen, und es gelten in Bezug auf fragliche Brüken gegenüber den besagten Kantonen die Bestimmungen von Art. 35 der Bundesverfaßung.

Es wird jedoch, unter Berufung auf den Bundesbeschluß vom 17/30. April 1850, ausdrüklich vorbehalten und bedungen, daß die dem Bunde wie den Kantonen im Sinn und Geist der Bundesverfaßung gesicherte rechtliche Stellung durch gegenwärtige Uebereinkunft keinerlei Aenderung erleiden soll.

Art. 3.

Die beiden Kantone verpflichten sich, die fraglichen Brüken und die dahin führenden Straßen auch künftig in gutem Stande erhalten zu lassen, so daß der Uebergang über dieselben wie bis anhin gefahrlos geschehen kann.

Die beiden Kantone sollen jedoch berechtigt sein, den Unterhalt der Brüken bis Ende 1880 den Gesellschaften zu überbinden, denen die Loskaufssumme zu gut kommt, und von jenem Zeitpunkte an diese — jedem Kanton zur Hälfte zufallende — Unterhaltungslast den zunächst gelegenen Bezirken, Kreisen oder Gemeinden, nach Maßgabe der betreffenden Gesezesvorschriften, aufzuerlegen.

Sollte dieser Verpflichtung nicht volles Genüge geleistet werden und der Zustand der Brüke nicht mehr die nöthige Sicherheit für die Darübergehenden darbieten, so würde von Seite der Eidgenoßenschaft die Bezahlung der Loskaufssumme aufhören.

Art. 4.

Im Uebrigen verbleibt der Zolloskaufsvertrag ungeschmälert in Kraft, gleich wie auch der Art. 35 der Bundesverfaßung bezüglich der Vergütung für die Brükengelder von Collombey und Chessel zur vollen Anwendung gelangen soll.

Art. 5.

Die beiden Abgeordneten behalten sich die Ratifikation einerseits der Bundesversammlung und andererseits der Regierungen von Waadt und Wallis vor.

So geschehen zu Bern, den 2. Dezember 1863.

Der Abgeordnete des Bundesrathes:
F. Frey-Herosee.

Der Abgeordnete des Kantons Wallis:
H. Pignat, Notar.

Der Abgeordnete des Kantons Waadt:
Berney.

Der Staatsrath des Kantons Waadt
ertheilt hiermit vorstehender Uebereinkunft die Ratifikation.

Lausanne, den 19. Februar 1864.

Der Präsident:
(L. S.) **P. Cérésole.**
Der Kanzler:
Carey.

Der Staatsrath des Kantons Wallis
hat
in seiner Sizung vom 12. Dezember 1863 die vorstehende Uebereinkunft genehmigt.

Sitten, den 22. Februar 1864.

Der Präsident des Staatsraths:
(L. S.) **Allet.**
Der Staatsschreiber:
C. Barberini.

Der schweizerische Bundesrath,
nach Einsicht

der von seinem Abgeordneten, Herrn Bundesrath Frey-Herosee, von dem Abgeordneten des Kantons Waadt, Herrn Staatsrath Berney, und von demjenigen des Kantons Wallis, Herrn Notar H. Pignat, über den Loskauf der auf den Brüken über die Rhone bei Collombey und Chessel bezogenen Brükengelder unterm 2. Dezember 1863 abgeschloßenen Uebereinkunft;

der Ratifikation dieser Uebereinkunft von Seite des Standes Wallis, datirt vom 9. Dezember 1863 (Erklärung ans eidgenößische Handels- und Zolldepartement vom 17. Juni 1864), und von Seite des Staatsraths von Waadt, vom 19. Februar 1864, so wie des Dekretes des Großen Rathes von Waadt, vom 16. September 1864;

der Beschlüsse des National- und des Ständerathes, vom 22. Dezember 1863,

ertheilt gegenwärtiger Uebereinkunft die eidgenößische Ratifikation.

Bern, den 12. Oktober 1864.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

die Grenzregulirung zwischen der Schweiz (Graubünden) und Italien (Veltlin).

(Vom 5. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Uebereinkunft betreffend Feststellung der Grenze zwischen dem Kanton Graubünden und dem Veltlin, abgeschloßen auf der Grenze zwischen Brusio und Tirano am 27. Augstmonat 1863;

eines Nachtrages zu dieser Uebereinkunft bezüglich des Val di Lei, abgeschloßen zu Andeer (Kts. Graubünden) am 22. Augstmonat 1864,

und eines Berichtes des Bundesrathes vom 24. Herbstmonat 1864,

beschließt:

Der Bundesrath wird ermächtigt, die erwähnten Uebereinkünfte im Namen der Eidgenoßenschaft zu genehmigen und die zur Vollziehung des gegenwärtigen Beschlußes weiter nöthigen Verfügungen zu treffen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 28. Herbstmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 5. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 7. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Ordonnanz für den Feldstuzer.

(Vom 10. Christmonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht der Ordonnanz für den Feldstuzer, welche nach Art. 1 des Bundesbeschlußes betreffend die Bewaffnung und Ausrüstung der Scharfschüzen, vom 1. Augstmonat 1863, durch ihn zu bestimmen ist (VII, 600);

auf den Antrag seines Militärdepartements,

beschließt:

1. Diese Ordonnanz tritt sofort für alle Neuanschaffungen in Kraft.

2. Jedem Kanton, welcher Scharfschüzen zu stellen hat, ist auf dessen Kosten vom eidg. Militärdepartement ein Modellstuzer zuzustellen.

Bern, den 10. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Angelegenheit der Juragewässer-Korrektion.

(Vom 14. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
nach Einsicht

1) eines von der am 28. Wintermonat 1864 stattgehabten Konferenz von Abgeordneten der bei der Juragewässer-Korrektion betheiligten Kantone durch die bernische Abordnung eingereichten Gesuches um Verlängerung der im Art. 5 des Bundesbeschlußes vom 22. Christmonat 1863 festgesezten Frist (VIII, 13);

2) einer sachbezüglichen Botschaft des Bundesrathes vom 7. Christmonat 1864,

beschließt:

1. Die den Kantonen Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg durch Art. 5 des Bundesbeschlußes vom 22. Christmonat 1863 festgesezte Frist für die Abgabe ihrer Erklärungen, betreffend den Beitritt zu den Bestimmungen jenes Bundesbeschlußes, wird bis zum 31. Christmonat 1865 verlängert.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 10. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 14. Christmonat 1864.

Der Präsident: G. Jäger.

Der Protokollführer: Schieß.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 21. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

die Erstellung einer Eisenbahn von Bulle nach Romont oder einem andern noch zu bestimmenden Anschlußpunkte der Eisenbahn Lausanne-Freiburg-Bernergrenze.

(Vom 14. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
nach Einsicht

einer vom Großen Rathe des Kantons Freiburg am 23. Wintermonat 1864 der Gemeinde Bulle ertheilten Konzession für den Bau und Betrieb einer von Bulle nach Romont oder einem andern noch zu bestimmenden Anschlußpunkte der Eisenbahn Lausanne-Freiburg-Bernergrenze führenden Eisenbahn;

eines sachbezüglichen Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 2. Christmonat 1864;

in Anwendung des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852,

beschließt:

Es wird der vorgenannten Konzession unter nachfolgenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes ertheilt.

Art. 1. In Gemäßheit von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einfluße des Unternehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betriebe befindliche Wegstreke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als diese Bahnunternehmung nicht mehr als 4 % nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die hier konzedirte Eisenbahn in ihrer Gesammtheit, so weit sie wirklich erstellt worden ist, sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, vom 1. Mai 1858 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum Voraus hievon benachrichtigt hat.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die leztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesezt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter erwählt und von den leztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreiervorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

a. Im Falle des Rükkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrags derjenigen zehn Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rükkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rükkaufes im 75. Jahre der 22½fache, und im Falle des Rükkaufes im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrags zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

b. Im Falle des Rükkaufes im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen.

c. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rükkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rükkaufssumme in Abzug zu bringen. Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von zehn Monaten, vom Tage dieses Beschlußes an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten dieser Eisenbahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung der Bahnunternehmung zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesezgebung, namentlich das Gesez über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen vom 28. Heumonat 1852, genaue Beachtung finden, und es

darf denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 8. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 14. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 21. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß
betreffend
den Mobiliarkredit für das eidg. Polytechnikum.

(Vom 15. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des Büdgets für das Jahr 1865,

beschließt:

Was von dem am 31. Jänner 1863 bewilligten Mobiliarkredite (VII, 423) des eidgenößischen Polytechnikums am Ende des Jahres 1864 noch übrig bleibt, darf auf das Jahr 1865 übertragen werden.

Also beschloßen vom Nationalrathe,
Bern, den 8. Christmonat 1864.

Der Vizepräsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,
Bern, den 15. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:
Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.
Bern, den 17. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: **Dr. J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Vertrag zwischen der Schweiz und dem Großherzogthum Baden über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern.

(Vom 16. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht des unterm 29. Weinmonat 1864 abgeschloßenen Vertrages zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und dem Großherzogthum Baden über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern;

in Anwendung des Art. 74, Ziffer 5 der Bundesverfaßung,

beschließt:

1. Es wird dem vorliegenden, aus siebzehn Artikeln bestehenden Vertrage die im Art. 16 desselben vorbehaltene Genehmigung ertheilt.

2. Der Bundesrath ist mit der Auswechslung der Ratifikationsurkunden und mit der Vollziehung des gegenwärtigen Vertrages beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 13. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 16. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 19. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Verlängerung des Endtermins für Erstellung der Furkastraße.

(Vom 16. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der Artikel 4, 6 und 11 des Bundesbeschlußes vom 26. Heumonat 1861, betreffend die für Erstellung der Furka-, Oberalp- und Axenstraße zu gewährende Subvention, welcher die Frist der Vollendung auf Ende 1864 festsezt (VII, 71, Ziff. 4);

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 28. Wintermonat 1864,

beschließt:

1. Die Frist für Erstellung der Furkastraße wird auf Ende des Jahres 1866 verlängert.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 14. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 16. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 19. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Loskauf der Brükengelder bei Säkingen und Laufenburg.

(Vom 16. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

auf den Vorschlag des Bundesrathes,

beschließt:

1. Der Bundesrath ist ermächtigt,

a. der Uebereinkunft mit der Regierung des Großherzogthums Baden, betreffend den Loskauf der Brükengelder auf den Rheinbrüken bei Säkingen und Laufenburg, d. d. 5. Herbstmonat 1864, und

b. der Uebereinkunft vom 17/24. Weinmonat 1864 mit der Regierung des h. Standes Aargau, betreffend den Loskauf des Brükengeldantheiles von Groß-Laufenburg,

die definitive Genehmigung zu ertheilen, wenn die Ratifikation von Seite der großherzoglichen Regierung ebenfalls ertheilt wird.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 13. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 16. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 23. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Zollentschädigungen an die Kantone Graubünden und Uri.

(Vom 16. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung der zwischen dem schweizerischen Bundesrathe und den h. Ständen Graubünden am 24. Augstmonat und Uri am 28. Wintermonat 1864 abgeschloßenen Vereinbarungen, betreffend Abänderung der mit diesen Ständen im Jahr 1849 abgeschloßenen Zollauslösungsverträge, und der hier-

auf bezüglichen Botschaft des Bundesrathes vom 30. Wintermonat 1864,

beschließt:

1. Die zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und den hohen Ständen Graubünden am 24. Augstmonat und Uri am 28. Wintermonat 1864 abgeschloßenen Konversionsverträge sind ihrem ganzen Inhalte nach genehmigt.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 12. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 28. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Fristverlängerung für eine Eisenbahn von der zürcherischen Grenze bei Richtersweil durch die March.

(Vom 16. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht

1) eines Schreibens der Regierung des Kantons Schwyz vom 23/29. Wintermonat 1864 und eines Beschlußes des Kantonsrathes des Standes Schwyz vom 17. Wintermonat 1864, wodurch derselbe die unterm 20. Christmonat 1861 ertheilte und durch Bundesbeschluß vom 8. Hornung 1862 genehmigte Konzession für eine Eisenbahn von der zürcherisch-schwyzerischen Grenze über das Gebiet des Kantons Schwyz bis an die schwyzerisch-glanerische, beziehungsweise st. gallische Grenze (VII, 160), auf fernere drei Jahre erneuert hat;

2) eines sachbezüglichen Berichtes des Bundesrathes vom 6. Christmonat 1864,

beschließt:

1. Die im Art. 3 des Bundesbeschlußes vom 8. Hornung 1862 über Genehmigung der vom Kanton Schwyz für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von der zürcherisch-schwyzerischen Grenze auf der linken Seeseite über das Gebiet des Kantons Schwyz bis an die schwyzerisch-glarnerische, beziehungsweise st. gallische Kantonsgrenze ertheilten Konzession festgesezte Frist

für den Beginn der Erdarbeiten und den Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung dieses Unternehmens wird um weitere drei Jahre, nämlich bis zum 8. Hornung 1868 verlängert.

2. Alle übrigen Bestimmungen des genannten Bundesbeschlußes vom 8. Hornung 1862 verbleiben in Kraft, und es soll denselben durch den gegenwärtigen Beschluß keinerlei Eintrag geschehen.

3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 14. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 16. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 21. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Schlußrechnung über die Kosten der Mission nach Japan.

(Vom 17. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 2. Christmonat 1864,

beschließt:

Der vom Bundesrathe verlangte Nachtragskredit von Fr. 43,814. 66 über die bereits früher bewilligten Fr. 100,000 für die schweizerische Mission nach Japan wird genehmigt, und somit

a. die Ausgabe von Fr. 15,196. 96 aus den für das Handels- und Zolldepartement für 1863 und 1864 bewilligten Krediten gutgeheißen, und

b. für 1864 ein Nachtragskredit von Fr. 27,500 bewilligt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 8. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 26. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

Bewilligung von Nachtragskrediten an den Bundesrath für das Jahr 1864.

(Vom 17. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 10. Christmonat 1864,

beschließt:

Es werden folgende Nachtragskredite für das Jahr 1864 bewilligt:

Zweiter Abschnitt.

Allgemeine Verwaltungskosten.

Bundeskanzlei.

Büdget-Rubriken. Nr.	Litt.						
6.	E.	b.	1.	Drukkosten und Lithographien	Fr. 5,000		
"	"	"	2.	Buchbinderrechnungen . .	" 500		
						Fr.	5,500
					Uebertrag	Fr.	5,500

Dritter Abschnitt.

Departemente.

Politisches Departement.

Büdget-Rubriken. Nr. Litt.					
			Uebertrag	Fr.	5,500
8. A. 6. —	Repräsentationskosten			"	3,000
	Handels- und Zolldepartement.				
12. E. b. —	Reisen und Expertisen in Handels- und Zollsachen			"	27,500
	Justiz- und Polizeidepartement.				
13. F. b. —	Justiz: Untersuchungs- und Vollziehungskosten	Fr.	20,000		
" " c. —	Fremdenpolizei	"	35,000		
" " e. —	Unvorhergesehenes	"	3,000		
				"	58,000

Vierter Abschnitt.

Spezialverwaltungen.

Militärverwaltung.

14. A. b. 3.	Artillerie, Instruktionspersonal	Fr.	1,900		
" " " 5.	Scharfschüzen, Instruktionspersonal	"	6,100		
" " c. 7.	Zentralschule	"	16,000		
23. K. V. —	Inventaranschaffungen . .	"	8,000		
				"	32,000
	Zollverwaltung.				
15. B. VIII.	Verschiedenes			"	4,000
	Postverwaltung.				
16. C. III.	Büreaukosten	Fr.	8,000		
" " V.	Gebäulichkeiten (Lokalmiethzinse)	"	9,000		
" " VI.	Postmaterial	"	55,500		
				"	72,500
	Telegraphenverwaltung.				
17. D. I.	Gehalte und Vergütungen			"	3,000
			Total	Fr.	205,500

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 15. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 21. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

das Büdget für das Jahr 1865.

(Vom 17. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
nach Einsicht und Prüfung des Büdgets für das Jahr 1865,

beschließt:

1. Der Bundesrath wird eingeladen, zu untersuchen:

a. ob nicht bezüglich der zu Militärzweken verwendeten Gebäulichkeiten und Liegenschaften eine andere Büdgetirungs- und Verrechnungsweise in dem Sinne stattzufinden habe, daß für die auf den Bau und Ankauf derselben verwendeten Summen die Militärverwaltung belastet und zur Verzinsung derselben angehalten werde, so weit sich nicht ein produktiver Ertrag durch Verpachtung u. s. w. erzeigt;

b. oder ob nicht eine derartige Verzinsung gänzlich, also auch für den Waffenplaz in Thun und die Raketenwerkstätte zu unterbleiben habe.

2. Der Bundesrath ist eingeladen, zu untersuchen, ob nicht aus dem erweiterten Waffenplaz in Thun ein größerer Ertrag, besonders durch eine andere Bewirthschaftung des Mühlemattgutes, zu erzielen sei.

3. Der Bundesrath ist eingeladen, über die Konversion eines unter den Bankdepositen aufgeführten Betrages von Franken 270,000 in ein Hypothekardarleihen von längerer Dauer Bericht zu erstatten.

4. Der Bundesrath ist eingeladen, für die Rükzahlung des unter den „vorübergehenden Darleihen" aufgeführten Kapitals von Fr. 250,000, wofür eine Generalitätsverschreibung, aber keine hypothekarische Versicherung besteht, und für welches die vertragsmäßigen Rükzahlungsfristen abgelaufen sind, Vorsorge zu treffen.

5. Der Bundesrath wird in Anknüpfung an wiederholt gestellte Postulate (vom 19. Heumonat 1854, Bd. IV, S. 247, Ziff. 11; 23. Heumonat 1855, Bd. V, S. 166, Ziff. 10; 26. Heumonat 1856, Bd. V, S. 389, Ziff. 4) neuerdings eingeladen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die der eidg. Staatskasse zur Verfügung stehenden Mittel, insbesondere die, welche vorübergehend in den Spezialverwaltungen des Post- und Zolldepartementes vorhanden sind, in erweitertem Maßstabe, als bisher geschehen ist, nuzbringend gemacht werden können.

6. Der Bundesrath wird eingeladen, Anordnung dafür zu treffen, daß die in der lezten Zeit neu eröffnete Pferderegieanstalt, so wie das Laboratorium und die Reparaturwerkstätte in Thun nach den gleichen Grundsäzen verwaltet, büdgetirt und verrechnet werden, welche für die im Art. 79 des Reglements über das eidgenößische Rechnungswesen vom 31. Christmonat 1861 (VII, 104) bezeichneten Verwaltungszweige vorgeschrieben sind.

7. Der Bundesrath wird eingeladen:

a. in der Büdgetirung und Verrechnung die eigentlichen Verwaltungskosten und die Unterhaltungskosten der Liegenschaften genauer aus einander zu halten;

b. auf möglichste Verminderung der Verwaltungskosten der Kapitalien durch die Beseitigung zur Zeit bestehender außerordentlicher Einrichtungen hinzuwirken.

8. Der Bundesrath wird eingeladen, in Beziehung auf die vom Kanton Waadt wegen der Rhonekorrektion erhobenen Reklamationen bis zur nächsten Session der Bundesversammlung Bericht zu erstatten.

9. Der Bundesrath ist eingeladen, zu prüfen, ob und in welcher Richtung, unbeschadet der Wehrkraft des Landes, Ersparnisse in der Militärverwaltung erzielt werden können, und über das Ergebniß dieser Prüfung Bericht und Antrag zu hinterbringen.

10. Der Bundesrath wird eingeladen, Vorsorge zu treffen, daß die Besoldungsverhältnisse des Oberzolldirektors auf dem Wege der Gesezgebung festgestellt werden.

11. Der Bundesrath wird beauftragt, auf eine gleichmäßigere Besoldung der Postangestellten in den verschiedenen Theilen der Schweiz hinzuwirken.

12. Der Bundesrath wird eingeladen, zu prüfen, ob nicht die bestehenden Einrichtungen in Betreff der Verwaltung des Trainwesens einer Reorganisation unterworfen werden sollten.

13. Dem Bundesrathe wird der Beschluß der Bundesversammlung vom 16. Heumonat 1864 (VIII, 106, Ziff. 8), betreffend die Anstrebung von Nachtkursen auf den Eisenbahnen, in Erinnerung gebracht.

14. Es ist der besondere Ausgabentitel „Vorkurs am Polytechnikum" in Zukunft aus den Voranschlägen und Rechnungen wegzulassen, und es sollen die für den Vorkurs erforderlichen Summen den betreffenden übrigen Rubriken der Ausgaben für das Polytechnikum einverleibt werden.

15. Der Bundesrath wird neuerdings eingeladen, der Bundesversammlung in der nächsten ordentlichen Sizung bestimmte Vorschläge über die Art der Bestreitung der in dem laufenden und in den folgenden Jahren voraussichtlich sich erzeigenden Ausgabenüberschüße zu hinterbringen. (VIII, S. 31, Ziff. 7.)

16. Der Bundesrath wird eingeladen, künftig nicht nur das Büdget, sondern auch eine, die einzelnen Ansäze desselben in

einläßlicher und möglichst verständlicher Weise begründende Botschaft dem Druke übergeben zu lassen und dafür zu sorgen, daß alle Büdgetvorlagen jeweilen spätestens bis zum 1. Wintermonat der Kommission desjenigen der beiden gesezgebenden Räthe, welchem in Sachen die Priorität zusteht, und längstens bis zum 15. Wintermonat den Mitgliedern der Bundesversammlung zur Verfügung gestellt werden können.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 17. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 21. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: **Dr. J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die von der schweizerischen Nordostbahn für das Jahr 1863 an die Postkasse zu entrichtende Konzessionsgebühr.

(Vom 3. Hornung 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des Berichts des Postdepartements vom 1. Hornung 1864;

in Betracht, daß die Gesellschaft der schweizerischen Nordostbahn ihren Aktionären für das Jahr 1863 eine fünf vom Hundert übersteigende Dividende auszahlt;

in Betracht des durch die Erstellung der Eisenbahnen der Postkasse erwachsenden, sehr erheblichen Nachtheiles;

in Anwendung des in den Bundesbeschlüßen über Genehmigung der Konzessionen für die verschiedenen Eisenbahnen gemachten Vorbehaltes,

beschließt:

Die Gesellschaft der schweizerischen Nordostbahn hat für das Jahr 1863 von einer Betriebsstreke von 37 Wegstunden eine Konzessionsgebühr von Fr. 500 für jede Wegstunde mit Fr. 18,500 an die Postverwaltungskasse zu entrichten.

Bern, den 3. Hornung 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die von der schweizerischen Zentralbahn für das Jahr 1863 an die Postkasse zu entrichtende Konzessionsgebühr.

(Vom 3. Hornung 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des Berichts des Postdepartements vom 1. Hornung 1864;

in Betracht, daß die Gesellschaft der schweizerischen Zentralbahn ihren Aktionären für das Jahr 1863 eine fünf vom Hundert übersteigende Dividende auszahlt;

in Betracht des durch die Erstellung der Eisenbahnen der Postkasse erwachsenden, sehr erheblichen Nachtheils;

in Anwendung des in den Bundesbeschlüßen über Genehmigung der Konzessionen für die verschiedenen Eisenbahnen gemachten Vorbehaltes,

beschließt:

Die Gesellschaft der schweizerischen Zentralbahn hat für das Jahr 1863 von einer Betriebsstreke von 51½ Wegstunden eine Konzessionsgebühr von Fr. 400 für jede Wegstunde mit Fr. 20,600 an die Postverwaltungskasse zu entrichten.

Bern, den 3. Hornung 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

Abänderung des Art. 1 im Reglement über die Organisation des statistischen Büreaus.

(Vom 28. Weinmonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

auf den Bericht und Antrag seines Departements des Innern,

beschließt:

Der Artikel 1 des Reglements über die Organisation des statistischen Büreaus vom 13. Jänner 1862 (VII, 110) wird in folgender Weise abgeändert:

Die bleibenden Beamten des Büreaus sind:

1) ein Direktor mit einer Jahresbesoldung von Fr. 4000 bis Fr. 6000;
2) ein Sekretär mit einer Jahresbesoldung von Fr. 3000 bis Fr. 3600.

Der Bundesrath wählt diese Beamten und bestimmt ihre Besoldungen.

Auf den Vorschlag des Direktors des Büreaus ernennt das Departement des Innern die nöthige Anzahl von vorübergehend Angestellten, und bestimmt innerhalb der Grenzen des Büdgets ihre Gehalte.

Bern, den 28. Weinmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Erklärung

betreffend

den Beitritt des Standes St. Gallen zu der mit der königlich bayerischen Regierung abgeschloßenen Uebereinkunft wegen gegenseitiger Verpflegung von Erkrankten und Beerdigung von Verstorbenen.

(Vom 16. Christmonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath

erklärt hiemit,

daß nach einem Schreiben der Regierung des Kantons St. Gallen vom 14. laufenden Monats dieser Kanton der durch Erklärungen vom 28. Heumonat und 1. Herbstmonat 1862 zwischen einer Anzahl eidgenößischer Stände und der königlich bayerischen Regierung abgeschloßenen Uebereinkunft, betreffend die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Angehöriger des einen Staates auf dem Gebiete des andern, in Anwendung der Bestimmung von § 4 gedachter Uebereinkunft nachträglich beigetreten ist und sie für sein Gebiet in Kraft gesezt hat.

Gegeben in Bern, am 16. Christmonat 1864.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

die Revision des Reglements über die eidgenößische Kriegsverwaltung vom 14. Augstmonat 1845.

(Vom 17. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 31. Weinmonat 1864, und des Entwurfes eines Reglements betreffend Abänderung der §§ 62, 63, 64, 65, 66, 73, 76 und 178 des Reglements über die eidgenößische Kriegsverwaltung vom 14. Augstmonat 1845,

beschließt:

Der Entwurf wird an den Bundesrath zurükgewiesen mit der Einladung, das Reglement für die Kriegsverwaltung im Ganzen beförderlich einer Revision zu unterwerfen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 12. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 17. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 19. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.



Bundesbeschluß

betreffend

den Gebrauch der eidgenößischen Flagge.

(Vom 17. Christmonat 1864.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

im Hinblike auf Petitionen einer größern Anzahl von Schweizern in Triest, Smyrna, St. Petersburg und Hamburg um Ermächtigung zum Gebrauch der eidgenößischen Flagge auf dem Meere;

und nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 25. Wintermonat 1864,

beschließt:

1. Die abschließliche Behandlung der Frage wird, mit Rükficht auf die Wichtigkeit der Frage und auf die vorgerükte Zeit der gegenwärtigen Session, auf die nächste Sizung der Bundesversammlung verschoben.

2. Der Bundesrath wird beauftragt, die Zwischenzeit zu sachbezüglichen Verhandlungen mit den Seemächten zu benuzen, und über das Resultat dieser Aktenvervollständigung weitern Bericht zu erstatten.

3. Der Bundesrath wird zugleich eingeladen, bei weitern Verhandlungen von Staatsverträgen über gegenseitige Verkehrserleichterungen diesem Verhältniß die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 14. Christmonat 1864.

Der Präsident: **G. Jäger.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 17. Christmonat 1864.

Der Präsident: **Jules Roguin.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 31. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: **Dr. J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Staatsvertrag

zwischen

der Schweiz und dem Großherzogthum Baden, betreffend gegenseitige Auslieferung von Verbrechern.

Abgeschloßen am 29. Weinmonat 1864.
Ratifizirt von Baden den 19. Wintermonat 1864.
" " der Schweiz den 19. Christmonat 1864.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und der Großherzoglich Badischen Regierung am 29. Weinmonat 1864 in Bern unter Ratifikationsvorbehalt über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern abgeschlossenen Vertrages, welcher vom schweizerischen Nationalrathe unterm 13. Christmonat 1864 und vom schweizerischen Ständerathe unterm 16. gleichen Monats genehmigt worden ist, und welcher wörtlich also lautet:

Friedrich,

von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden,

Herzog von Zähringen.

Nachdem der von Unserm Bevollmächtigten, Unserm Minister-Residenten bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Kammerherrn und Legationsrath **Ferdinand von Dusch**, und dem Bevollmächtigten des Schweizerischen Bundesrathes, Mitglied des Bundesraths und Vorstand des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Herrn **Joseph Martin Knüsel**, am 29. Oktober laufenden Jahres zu **Bern** über Auslieferung von Verbrechern abgeschlossene Vertrag, welcher, aus siebenzehn Artikeln bestehend, also lautet:

Der schweizerische Bundesrath

und

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden,

in der Absicht, gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und dem Großherzogthum in möglichst umfassender Weise eintreten zu lassen, haben zum Zweke einer Revision des unterm 30. Augstmonat 1808 über Auslieferung von Verbrechern zwischen beiden Staaten abgeschloßenen Vertrages *) Bevollmächtigte ernannt, und zwar:

Der schweizerische Bundesrath:

den Herrn Joseph Martin Knüsel, Mitglied des Bundesrathes, Vorstand des eidgenößischen Justiz- und Polizeidepartements,

und

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden:

Höchstihren Minister-Residenten bei der schweizerischen Eidgenoßenschaft, Kammerherrn und Legationsrath Ferdinand von Dusch,

welche, nach Auswechslung ihrer, in gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die schweizerische Eidgenoßenschaft und die Großherzoglich Badische Regierung verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich gegenseitig alle Individuen, mit Ausnahme der eigenen Staatsangehörigen, auszuliefern, welche wegen eines der im Art. 2 aufgezählten Verbrechen von den zuständigen Behörden des einen Staates in Untersuchung gezogen oder verurtheilt worden sind und sich in den andern Staat geflüchtet haben.

Art. 2.

Die Verbrechen, wegen deren die Auslieferung gegenseitig zugestanden wird, sind:

*) Siehe ältere offizielle Sammlung, Band I, Seite 394.

1) Mord, mit Inbegriff des Kindsmords.
2) Todschlag.
3) Vergiftung.
4) Schwere Körperverlezung.
5) Abtreibung der Leibesfrucht, Kindesaussezung.
6) Nothzucht, Blutschande und andere Verbrechen der Unzucht.
7) Brandstiftung.
8) Fälschung von öffentlichen, Handels- oder Privaturkunden, die Fälschung von Banknoten und Papiergeld inbegriffen.
9) Fälschung oder Verfälschung von Münzen.
10) Wissentliches Ausgeben falscher Münzen oder Banknoten oder falschen Papiergeldes im Einverständniß mit dem Fälscher oder Verfälscher.
11) Betrug mit Einschluß des betrüglichen Bankerotts (boshafte Zahlungsflüchtigkeit).
12) Raub, Erpressung, Diebstahl.
13) Unterschlagung, verübt von öffentlichen Beamten, Vormündern, Kuratoren, Verwaltern, Privatrechnungsführern oder sonstigen Bediensteten.
14) Beschädigung fremden Eigenthums, insbesondere an Eisenbahnen und Telegraphen.
15) Meineid, falsches Zeugniß, falsche Anklage in Bezug auf die im vorliegenden Artikel bezeichneten Verbrechen.

Art. 3.

Gleichzeitig mit dem Auszuliefernden sollen alle in dessen Besitz gefundenen, entwendeten oder zum Beweise des Verbrechens dienenden Gegenstände übergeben werden. Ebenso sollen alle derartigen Gegenstände ausgeliefert werden, wenn der Verbrecher dieselben in dem Lande, wohin er sich geflüchtet hat, verborgen oder hinterlegt hatte, und solche später aufgefunden werden.

Vorbehalten bleiben die Rechte dritter, an dem Verbrechen unbetheiligter Personen auf die vorerwähnten Gegenstände, welche ihnen nach gemachtem Gebrauche kostenfrei zurückzustellen sind.

Art. 4.

Die Auslieferung kann verweigert werden, wenn seit Begehung der zur Last gelegten That, seit der lezten Untersuchungshandlung oder seit der Verurtheilung eine Verjährung der Anklage oder der Strafe nach den Gesezen desjenigen Landes eingetreten ist, in welches der Angeschuldigte sich geflüchtet hat.

Art. 5.

Das Auslieferungsbegehren ist unstatthaft, wenn es sich auf dieselben Verbrechen gründet, wegen welcher der Auszuliefernde in dem Lande, wohin er sich geflüchtet hat, gerichtlich verfolgt wurde oder noch verfolgt wird.

Wenn die Person, deren Auslieferung begehrt wird, in dem Lande, wohin sie sich geflüchtet hat, bereits wegen eines eben daselbst begangenen Verbrechens oder Vergehens in Untersuchung gezogen oder verurtheilt ist, so wird die Auslieferung so lange ausgesezt, bis dieselbe rechtskräftig freigesprochen ist oder die ausgesprochene Strafe erstanden hat.

Ist die Person wegen Schulden oder sonstiger zivilrechtlicher Verbindlichkeiten verhaftet, so findet die Auslieferung erst nach aufgehobenem Schuldarreste statt.

Art. 6.

Wenn der Angeschuldigte oder Verurtheilte nicht Angehöriger des Staates ist, welcher seine Auslieferung begehrt, so steht es der angesprochenen Regierung frei, vorerst allfällige Einwendungen gegen die Auslieferung Seitens der Landesregierung des betreffenden Individuums anzuhören.

Es bleibt dem um die Auslieferung angegangenen Staate freigestellt, den Angeschuldigten zur Aburtheilung an die Regierung desjenigen Landes auszuliefern, in welchem das Verbrechen verübt wurde, oder aber an seine Heimatsregierung, sofern diese die Verpflichtung übernimmt, denselben vor Gericht zu stellen.

Art. 7.

Die politischen Verbrechen und Vergehen sind von der gegenwärtigen Uebereinkunft ausgenommen. Es ist ausdrüklich festgesezt, daß ein Individuum, dessen Auslieferung gewährt worden ist, in keinem Falle wegen eines vor seiner Auslieferung begangenen politischen Vergehens, noch wegen irgend einer mit einem solchen Vergehen in Verbindung stehenden Handlung, noch wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das in der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht vorgesehen ist, verfolgt oder bestraft werden darf.

Art. 8.

In denselben Fällen, wo der eine Staat berechtigt ist, die Auslieferung eines Angeschuldigten zu fordern, ist er auch verbunden, die ihm von dem andern Staate angebotene Auslieferung anzunehmen.

Art. 9.

Zur Begründung jedes Auslieferungsbegehrens ist die Beibringung eines Verhaftsbefehls oder einer andern gleich wirksamen, nach den gesezlichen Formen des die Auslieferung begehrenden Staates ausgestellten Urkunde nöthig, welche die wesentlichen Thatsachen, auf denen die Anschuldigung beruht, die Natur und Schwere des Verbrechens und die darauf anwendbare Strafbestimmung bezeichnet.

Die Frage, ob nach diesen Mittheilungen der Thatbestand des bezeichneten Verbrechens vorliegt, ist nach den Gesezen des um die Auslieferung angegangenen Staates zu beurtheilen.

Art. 10.

Es bleibt jedem Theile unbenommen, die Stellung von Auslieferungsbegehren auf den diplomatischen Weg zu verweisen. Jedoch soll immerhin auf direktes Verlangen der zuständigen Behörde der Verfolgte einstweilen in Verhaft genommen werden; derselbe ist aber wieder freizulassen, wenn nicht binnen vier Wochen

ein förmliches Auslieferungsbegehren einkommt und eine demselben entsprechende Verfügung dem Verhafteten eröffnet wird.

Art. 11.

Jeder der beiden Staaten übernimmt in Beziehung auf diejenigen Personen, deren Auslieferung von ihm zugestanden wird, die Kosten ihrer Verhaftung, ihrer Gefangenhaltung und ihres Transportes an die Gränze.

Wenn im Falle des vorigen Artikels die Auslieferung nicht nachgesucht oder nicht bewilligt wird, so hat der Staat, dessen Behörde die einstweilige Verhaftung veranlaßt hat, die Kosten zu ersezen.

Art. 12.

Wenn im Laufe eines Strafverfahrens die zuständige Behörde eines der beiden Staaten die Abhör von Zeugen, welche in dem andern wohnen, oder die Vornahme einer ähnlichen Untersuchungshandlung für nöthig erachtet, so soll dieselbe auf unmittelbares Ersuchen dieser Behörde von der zuständigen Behörde des andern Staates ungesäumt vorgenommen und das Protokoll der ersuchenden Behörde übersendet werden.

Solchen Zeugen ist übrigens unbenommen, von dem ihnen nach den Gesezen ihres Landes zustehenden Rechte zur Ablehnung des Zeugnisses Gebrauch zu machen.

Eine Ablehnung des Ersuchens hat dann Statt zu finden, wenn die Untersuchung gegen einen noch nicht von der ersuchenden Behörde verhafteten Angehörigen des andern Staates gerichtet ist, oder die Anschuldigung der bereits verhafteten Person eine That betrifft, welche nach den Gesezen dieses Staates nicht gerichtlich strafbar ist.

Beide Regierungen verzichten auf Ersaz der Kosten, welche durch den Vollzug derartiger Ersuchen entstehen.

Art. 13.

Ist in einem Strafverfahren das persönliche Erscheinen eines Zeugen vor der zuständigen Behörde des andern Staates noth-

wendig, so wird ihm die Vorladung auf dem üblichen Wege mit dem Bemerken zugestellt, daß ihm freistehe, derselben Folge zu geben oder nicht.

Die Zustellung der Vorladung unterbleibt, wenn der im Absaz 3 des vorigen Artikels bezeichnete Fall vorliegt.

Erscheint der Zeuge vor der Behörde des anderen Staates, so darf er weder an dem Orte seiner Vernehmung, noch während seiner Hin- und Rükreise festgenommen, noch sonst in seinen Rechten beeinträchtigt werden, es sei denn, daß er als Mitschuldiger erkannt, oder daß er während seines Aufenthalts im fremden Lande ein Verbrechen begehen und auf offener That ergriffen würde. In diesen Fällen wäre derselbe an die zuständige Behörde seines Landes zu liefern, um vor seinen ordentlichen Richter gestellt zu werden.

Dem Zeugen werden die Kosten der Reise und des Aufenthalts nach den Bestimmungen des Landes, in welchem er seine Erklärung abzugeben hatte, vergütet, und auf Verlangen zu einem verhältnißmäßigen Theile vorgeschossen.

Art. 14.

Die Behörden beider Staaten werden sich gegenseitig, den im Art. 12, Absaz 3 bezeichneten Fall ausgenommen, alle zu gerichtlichen Zweken erforderlichen Untersuchungsakten mittheilen.

Art. 15.

Der gegenwärtige Vertrag ist auf zehn Jahre abgeschloßen.

Findet sechs Monate vor Ablauf dieser Frist keine Aufkündigung von Seite eines der kontrahirenden Theile statt, so wird der Vertrag für so lange als stillschweigend verlängert angenommen, als nicht eine Aufkündigung erfolgt, in welchem Falle dann die Giltigkeit des Vertrags nach sechs Monaten, vom Kündigungstage an, erlischt.

Art. 16.

Dieser Vertrag soll von beiden Theilen der höchsten Genehmigung unterstellt und es sollen die Ratifikationen innerhalb drei Monaten, vom Tage der Unterzeichnung an oder früher, wenn möglich, ausgewechselt werden.

Art. 17.

Mit dem Vollzuge dieses Vertrages treten die Bestimmungen des am 30. August 1808 zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und dem Großherzogthum Baden wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher abgeschloßenen Staatsvertrages außer Kraft.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den vorstehenden Vertrag in zwei gleichlautenden Ausfertigungen unter Beidrükung ihrer Siegel unterzeichnet.

Bern, den 29. Weinmonat 1864.

Der Bevollmächtigte für die Schweiz:	Der Bevollmächtigte für Baden:
(L. S.) (Gez.) J. M. Knüsel.	(L. S.) (Gez.) F. v. Dusch.

erklärt diesen vorstehenden Vertrag seinem ganzen Inhalte nach als in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der Eidgenoßenschaft, denselben jederzeit, so weit es von lezterer abhangt, zu erfüllen.

Zur Urkunde dessen ist die gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

Uns vorgelegt und von Uns geprüft worden, so erklären Wir, daß Wir diesen Vertrag in allen seinen Bestimmungen genehmigen, auch versprechen, solchen zu erfüllen und getreulich vollziehen zu lassen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedrükten Staatssiegels.

So geschehen in Bern, den 19. Christmonat 1864.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

So geschehen in Unserer Residenzstadt **Carlsruhe** am neunzehnten November des Jahres Eintausend Achthundert vierundsechszig, **Unserer** Regierung des dreizehnten.

Friedrich.

(L. S.)

Roggenbach.

Note. Die Ratifikationen des vorstehenden Vertrages sind am 17/20. Jänner 1865 auf dem Wege der Korrespondenz ausgewechselt werden.

N. VI

Verträge und Uebereinkünfte

zwischen

der Schweiz und Frankreich.

Abgeschloßen den 30. Brachmonat 1864.
Ratifizirt von Frankreich den 21. Herbstmonat 1864.
" " der Schweiz den 3. Weinmonat 1864.

I.

Handelsvertrag

(nebst Reglement, betreffend die Landschaft Gex).

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen am 30. Brachmonat 1864 zu Paris unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen

NAPOLEON,

Par la grâce de Dieu et la Volonté nationale,

EMPEREUR DES FRANÇAIS,

A tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Un Traité de Commerce, suivi de six tarifs et d'un réglement, ayant été conclu, le 30 Juin 1864, entre la France et la Confédération suisse;

und unterzeichneten Handelsvertrags mit beigefügten Tarifen A, B, C, D, E und F, nebst Reglement betreffend die Landschaft Gex, welche Dokumente vom schweizerischen Ständerathe am 28. Herbstmonat 1864 und vom schweizerischen Nationalrathe am 30. gleichen Monats genehmigt worden sind, und die also lauten:

Traité, Tarifs et Réglement dont la teneur suit:

Vertrag.

Traité.

Die Regierung der **schweizerischen Eidgenoßenschaft** und die Regierung Sr. Majestät des **Kaisers der Franzosen**, gleich sehr von dem Wunsche beseelt, die Freundschaftsbande, welche die beiden Völker verbinden, enger zu knüpfen, und in der Absicht, die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Frankreich zu fördern und zu erweitern, haben beschloßen, zu diesem Ende einen Vertrag einzugehen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Die schweizerische Eidgenoßenschaft: Herrn Kern, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister

Le Gouvernement de la **Confédération suisse** et le Gouvernement de Sa Majesté l'**Empereur des Français**, également animés du désir de resserrer les liens d'amitié qui unissent les deux Peuples, et voulant améliorer et étendre les relations commerciales entre la Suisse et la France, ont résolu de conclure un Traité à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

La Confédération suisse, Mr. *Kern,* Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la dite Confédération près

genannter Eidgenoßenschaft bei Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen: Herrn Drouyn de Lhuys, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion 2c. 2c., seinen Minister des Aeußern; und Herrn Rouher, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion 2c. 2c., seinen Staatsminister;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel sich geeinigt haben:

Art. 1. Die Gegenstände schweizerischer Herkunft oder Fabrikation, welche in dem, gegenwärtigem Vertrage beigefügten Tarif A bezeichnet sind, sollen bei ihrer direkten Einfuhr, vom schweizerischen Gebiete aus, in Frankreich zu den durch diesen Tarif festgesezten Gebühren, in welchen alle Zuschlagstaxen inbegriffen sind, zugelassen werden.

Sa Majesté l'Empereur des Français;

Et Sa Majesté l'*Empereur des Français*, Mr. *Drouyn de Lhuys*, Sénateur de l'Empire, Grand'croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc. etc., son Ministre et Secrétaire d'État au Département des affaires étrangères; et Mr. *Rouher*, Sénateur de l'Empire, Grand'croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc. etc., son Ministre d'État;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Les objets d'origine ou de manufacture suisse, énumérés dans le tarif A joint au présent traité, et importés directement du territoire suisse, seront admis en France aux droits fixés par le dit tarif, tous droits additionnels compris.

Art. 2. Die Gegenstände französischer Herkunft oder Fabrikation, welche in dem, gegenwärtigem Vertrage beigefügten Tarif B bezeichnet sind, sollen bei ihrer direkten Einfuhr, vom französischen Gebiete aus, in der Schweiz zu den durch diesen Tarif festgesezten Gebühren zugelassen werden.

Art. 2. Les objets d'origine ou de manufacture française, énumérés dans le tarif B joint au présent traité, et importés directement du territoire français, seront admis en Suisse aux droits fixés par le dit tarif.

Art. 3. Die Gebühren der Ausfuhr aus einem der beiden Länder nach dem andern, und die in der Schweiz erhobenen Durchfuhrgebühren sind durch die dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Tarife C, D und E festgesezt.

Art. 3. Les droits à l'exportation de l'un des deux pays dans l'autre, et les droits perçus en Suisse pour le transit, sont fixés conformément aux tarifs C, D et E, joints au présent traité.

Art. 4. Die Regierung der schweizerischen Eidgenoßenschaft verpflichtet sich ferner, den Erzeugnissen der Landschaft Gex die Begünstigungen zu gewähren, welche in dem, gegenwärtigem Vertrage angeschloßenen Reglement, Litt. G, bezeichnet sind.

Art. 4. Le Gouvernement de la Confédération suisse s'engage, en outre, à accorder aux produits du Pays de Gex le bénéfice des dispositions contenues dans le Réglement annexé au présent traité soûs la lettre G.

Art. 5. Als direkt eingeführt gelten auch diejenigen Waaren schweizerischer Herkunft oder Fabrikation, welche auf ausländischen, die Schweiz berührenden Eisenbahnen nach Frankreich versandt werden, sofern in diesem Falle die Eisenbahnwägen-

Art. 5. Seront considérées comme importées directement les marchandises d'origine ou de fabrication suisse expédiées en France par les chemins de fer étrangers confinant à la Suisse, pourvu que, dans ce dernier cas, les wagons ou les

oder die Colli, welche diese Waaren enthalten, von dem schweizerischen Zollamte verschloßen oder verbleit sind, die Vorlegeschlösser oder Bleie bei der Ankunft in Frankreich unversehrt befunden werden, und die Beförderung nach den, zwischen den hohen vertragschließenden Theilen für den internationalen Eisenbahndienst vereinbarten Normen stattfindet.

colis renfermant ces marchandises soient cadenassés ou plombés par la douane suisse, que les cadenas ou les plombs soient reconnus intacts à l'arrivée en France et que l'expédition ait lieu dans les conditions réglées entre les Hautes Parties contractantes pour le service international des chemins de fer.

Die Waaren französischen Ursprungs oder Fabrikats genießen unter den nämlichen Bedingungen bei der Einfuhr in die Schweiz ganz die gleiche Behandlung.

Les marchandises d'origine ou de fabrication française jouiront, sous les mêmes conditions, à l'entrée en Suisse, d'un traitement exactement semblable.

Art. 6. Es ist zwischen den h. vertragschließenden Theilen vereinbart, daß die von den französischen Produzenten zu tragenden Lasten, sei es an Abgaben, welche ihre Erzeugnisse oder die dazu verwendeten Rohstoffe im Inlande treffen, sei es für Ueberwachung und Kontrolirung ihrer Produktion, oder sonstige Administrativverfügung über dieselbe, durch entsprechende Zuschlagsgebühren auf den gleichartigen Erzeugnissen schweizerischer Herkunft oder Fabrikation kompensirt werden können. Im Falle der Aufhebung, Ermäßi-

Art. 6. Il est convenu entre les Hautes Parties contractantes que les charges qui sont ou seront supportées par les producteurs français, soit pour les droits grevant à l'intérieur leurs produits ou les matières dont leurs produits sont fabriqués, soit pour une surveillance, un contrôle ou un exercice administratif établi sur leur production, pourront être compensées par des surtaxes complémentaires équivalentes sur les produits similaires d'origine ou de manufacture suisse. En cas de suppression, de diminution

gung oder Erhöhung der in diesem Artikel erwähnten Lasten sind die Zuschlagsgebühren ebenfalls aufzuheben, beziehungsweise nach Verhältniß zu ermäßigen oder zu erhöhen.

In Anwendung dieser Grundsäze und zur Compensirung der den französischen Fabrikanten für den Betrieb ihrer Etablissements auferlegten Lasten haben die in der Schweiz mit Verwendung von Salz erzeugten chemischen Produkte bei der Einfuhr in Frankreich außer den im Tarif A, wie er gegenwärtigem Vertrag beigefügt ist, verzeichneten Zollansäzen noch folgende Zuschlagsgebühren zu entrichten:

	Für 100 Kil.	
	Fr.	Rp.
Salmiak (salzsaures Ammoniak)	3.	—
Schwefelsaures Natron, wasserfrei, mehr als 25 % Salz enthaltend, rein	6.	—
unrein	5.	40
Künstliche rohe Soda, im Maximum nicht mehr als dreißig Grade zeigend . . .	4.	35
Sodasalz, kohlensaures Natron, im Maximum nicht mehr als sechszig Grade zeigend . .	11.	—

ou d'augmentation des charges mentionnées dans cet article, les surtaxes seront supprimées, réduites ou augmentées proportionnellement.

Par application de ces principes, et comme compensation des charges que l'exercice de leurs établissements fait peser sur les fabricants français, les produits chimiques à base de sel de fabrication suisse, acquitteront à leur entrée en France, outre les droits de douane inscrits dans le tarif A annexé au présent traité, les surtaxes suivantes :

	Les 100 kil.	
	Fr.	Ct.
Sel ammoniac (hydrochlorate d'ammoniaque)	3.	—
Sulfate de soude anhydre contenant en nature plus de 25 p. % de sel, pur	6.	—
impur	5.	40
Soude artificielle brute, ne titrant pas au minimum 30 degrés .	4.	35
Sel de soude (carbonate de soude), ne titrant pas au minimum 60 degrés . .	11.	—

Für 100 Kil.	Fr. Rp.	Les 100 kil.	Fr. Ct.
Künstliche rohe Soda, wenigstens dreißig Grade zeigend .	—. 40	Soude artificielle brute, titrant au moins 30 degrés	—. 40
Krystallisirte Soda (krystallisirtes kohlensaures Natron)		Cristaux de soude (carbonate de soude cristallisé)	—. 40
Schwefelsaures Natron, unrein:		Sulfate de soude impur:	
Wasserfrei, nicht mehr als 25 % Salz enthaltend . . .	—. 55	Anhydre ne contenant pas en nature plus de 25 p. % de sel	—. 55
Krystallisirt oder wasserhaltend	—. 20	Cristallisé ou hydraté	—. 20
Schwefelsaures Natron, rein:		Sulfate de soude pur:	
Wasserfrei, nicht mehr als 25 % Salz enthaltend . . .	—. 60	Anhydre ne contenant pas en nature plus de 25 p. % de sel	—. 60
Krystallisirt oder wasserhaltend	—. 25	Cristallisé ou hydraté	—. 25
Schwefligsaures Natron	—. 60	Sulfite de soude . . .	—. 60
Sodasalz (kohlensaures Natron), wenigstens sechszig Grade zeigend	1. 10	Sel de soude (carbonate de soude) titrant au moins 60 degrés	1. 10
Chlorwasserstoffsäure (Salzsäure)	—. 30	Acide hydrochlorique (acide muriatique) .	—. 30
Chlorkalk	—. 75	Chlorure de chaux .	—. 75
Chlorsaures Kali . . .	6. 60	Chlorate de potasse .	6. 60
Chlormagnesium . . .	—. 40	Chlorure de magnésium	—. 40
Künstliches Ultramarin	—. 65	Outremer factice . . .	—. 65
Varek-Soda	—. 15	Soude de varech . .	—. 15
Runkelrübenpottasche .	—. 10	Salin de betteraves .	—. 10

	Für 100 Kil. Fr. Rp.
Zinnsalz	—. 30
Aeznatron	1. 40
Doppeltkohlensaures Natron	—. 70
Kieselsaures Natron:	
Wasserfrei	—. 70
Krystallisirt oder wasserhaltend	—. 35
Aluminsaures Natron	—. 70
Unterschwefligtsaures Natron	—. 30
Essigsaures Natron:	
Wasserfrei	—. 50
Krystallisirt oder waserhaltend	—. 30

	Les 100 kil. Fr. Ct.
Sel d'étain	—. 30
Soude caustique	1. 40
Bicarbonate de soude	—. 70
Silicate de soude:	
Anhydre	—. 70
Cristallisé ou hydraté	—. 35
Aluminate de soude	—. 70
Hyposulfite de soude	—. 30
Acétate de soude:	
Anhydre	—. 50
Cristallisé ou hydraté	—. 30

Sodann werden, zur Compensirung der innern Gebühren, welche auf den gleichartigen französischen Erzeugnissen lasten, die folgenden Artikel mit den nachbenannten Zuschlagsabgaben belegt:

D'autre part, pour compenser les droits intérieurs dont sont grevés les produits similaires français, seront assujettis aux surtaxes suivantes:

	Vom Hektol. Fr. Rp.
Reiner Weingeist, Liqueure, Branntwein in Flaschen	90. —
Bier	2. 40
Weingeistfirniß, vom Hektoliter reinen, im Firniß enthaltenen Weingeistes	90. —

	L'hectol. Fr. Ct.
L'alcool pur, liqueurs, eaux-de-vie en bouteilles	90. —
La bière	2. 40
Le vernis à l'esprit-de-vin, par hectolitre d'alcool pur contenu dans le vernis	90. —

Man ist einverstanden, daß der rohe wie der raffinirte Zuker in obiger Aufzählung nicht mit inbegriffen ist, weil in den mit der Einfuhr dieser Erzeugnisse verbundenen Zollgebühren auch die Verbrauchssteuer eingerechnet ist, der dieselben gegenwärtig in Frankreich unterliegen.

Außerdem bleibt vereinbart, daß, wenn Rükzölle auf Erzeugnissen französischer Fabrikation bewilligt werden, die auf den Erzeugnissen schweizerischer Herkunft oder Fabrikation lastenden Abgaben um eine dem Betrag dieser Rükzölle gleichkommende Zuschlagsgebühr erhöht werden dürfen.

Die bei der Ausfuhr französischer Erzeugnisse bewilligten Rükzölle sollen genau nur die Verbrauchssteuern repräsentiren, welche auf den gedachten Erzeugnissen oder auf den Stoffen, aus denen solche verfertigt sind, ruhen.

Art. 7. Der Schweiz stehen die nämlichen Rechte zu, welche durch den vorhergehenden Artikel Frankreich eingeräumt sind.

Art. 8. Wenn einer der h. vertragschließenden Theile es nöthig findet, eine neue Accisen- oder Verbrauchsteuer oder

Il est entendu que les sucres bruts et les sucres raffinés ne sont pas compris dans cette nomenclature, parce que les droits de douane fixés à l'importation de ces produits comprennent l'impôt de consommation dont ils sont grevés actuellement en France.

Il demeure, en outre, convenu que si des drawbacks étaient accordés à des produits de fabrication française, les droits qui grèvent les produits d'origine ou de fabrication suisse pourront être augmentés, s'il y a lieu, d'une surtaxe égale au montant de ces drawbacks.

Les drawbacks qui seraient établis à l'exportation des produits français ne pourront être que la représentation exacte des droits d'accise grevant les dits produits ou les matières dont ils sont fabriqués.

Art. 7. La Suisse jouira des mêmes droits que ceux qui sont réservés à la France par l'article précédent.

Art. 8. Si l'une des Hautes Parties contractantes juge nécessaire d'établir un droit nouveau d'accise ou de con-

eine Supplementartaxe für einen Gegenstand einheimischer Produktion oder Fabrikation einzuführen, der in den diesem Vertrag beigefügten Tarifen genannt ist, so kann der gleichartige ausländische Gegenstand sofort mit einer gleichen Einfuhrgebühr belegt werden.

Art. 9. Die aus einem der beiden Länder herkommenden und in das andere eingeführten Waaren jeder Art dürfen keinen höhern Verbrauchssteuern (für Rechnung des Staates, der Kantone oder der Gemeinden) unterworfen werden, als wie sie die gleichartigen Waaren einheimischer Produktion treffen oder noch treffen könnten, — mit Vorbehalt der Bestimmungen des nachfolgenden Artikels. Jedoch sollen die Einfuhrgebühren um so viel erhöht werden dürfen, als die durch das Verbrauchssteuersystem den einheimischen Produzenten verursachten Kosten betragen.

Art. 10. Die für Weine französischen Ursprungs in Fässern, Doppelfäßern oder in jeder andern Verpakung zu entrichtenden Gebühren sollen, welches auch der Preis oder die Qualität dieser Weine sei, das

sommation ou un supplément de droit sur un article de production ou de fabrication nationale compris dans les tarifs annexés au présent traité, l'article similaire étranger pourra être immédiatement grevé, à l'importation, d'un droit égal.

Art. 9. Les marchandises de toute nature, originaires de l'un des deux pays et importées dans l'autre, ne pourront être assujetties à des droits d'accise ou de consommation perçus pour le compte de l'État, des Cantons ou des Communes, supérieurs à ceux qui grèvent ou qui grèveraient les marchandises similaires de production nationale, sous réserve des dispositions de l'article suivant. Toutefois, les droits à l'importation pourront être augmentés des sommes qui représenteraient les frais occasionnés aux producteurs nationaux par le système de l'accise.

Art. 10. Les droits applicables aux vins d'origine française en fût, double fût ou tout autre mode d'emballage, quel que soit le prix ou la qualité de ces vins, ne pourront excéder le minimum des droits

Minimum der gegenwärtig für ausländische Weine in einfachen Fäßern geltenden und in der Beilage F zu gegenwärtigem Vertrage aufgeführten kantonalen Abgaben nicht übersteigen.

Weine in Flaschen haben die in besagter Beilage angeführten Gebühren für fremde Weine in Flaschen, und zwar gemäß der daselbst aufgestellten Unterscheidungen zu bezahlen.

Man ist einverstanden, daß wenn in Kantonen, wo dermalen keine Verbrauchs- oder Ohmgeldabgaben bestehen, solche eingeführt würden, dieselben auf Weine französischen Ursprungs nicht angewendet werden dürfen.

Ebenso ist man einverstanden, daß, falls der eine oder andere der Kantone, welche Verbrauchs- oder Ohmgeldsteuern vom Weine erheben, die bezügliche Gebühr für schweizerische Erzeugnisse herabsezen würde, diese Ermäßigung in gleichem Verhältnisse auch auf die Weine französischen Ursprungs angewendet werden soll.

Die schweizerische Eidgenoßenschaft verpflichtet sich dahin, daß die in den Kantonen von Branntwein und Liqueuren französischen Ursprungs bezogenen Verbrauchssteuern während der

cantonaux actuellement en vigueur pour les vins étrangers en simple fût et indiqués au tableau F annexé au présent traité.

Les vins en bouteilles supporteront les droits énumérés au dit tableau pour les vins étrangers en bouteilles et conformément aux distinctions qui y sont énoncées.

Il est entendu que, dans les Cantons où il n'existe pas de taxes de consommation ou d'octroi, celles qui viendraient à être établies n'atteindraient pas les vins d'origine française.

Il est également entendu que, dans le cas où l'un des Cantons qui perçoivent des droits de consommation ou d'octroi sur les vins, viendrait à réduire la taxe afférente aux produits suisses, les vins d'origine française seraient dégrevés dans la même proportion.

La Confédération suisse s'engage à ce que les droits de consommation perçus, dans les Cantons, sur les eaux-de-vie et liqueurs de provenance française, ne soient pas élevés

ganzen Dauer des gegenwärtigen Vertrages nicht über ihren gegenwärtigen Ansaz erhöht werden sollen.

Art. 11. Goldschmied- und Bijouterieartikel aus Gold, Silber, Platin oder andern Metallen sollen bei der Einfuhr vom einen der beiden Länder ins andere dem für die gleichartigen Waaren einheimischer Fabrikation geltenden Kontrolverfahren unterliegen, und vorkommendenfalls nach den nämlichen Grundsäzen, wie diese, die Stämpel- und Garantiegebühren bezahlen.

Für die Kontrole und Stämpelung der oben bezeichneten Gegenstände werden zu Bellegarde und zu Pontarlier besondere Büreaux errichtet werden. Man ist einverstanden, daß die Gold- und Silberartikel auch in unfertigem Zustand kontrolirt, und daß die rohen oder ausgearbeiteten Uhrenschalen mit einer verbürgten Submission, welche für die Wiederausfuhr garantirt, den französischen Verifikationsbüreaux zugesendet werden können.

Art. 12. Außer der durch gegenwärtigen Vertrag für Erzeugnisse nichtschweizerischen Ur-

au-dessus du taux actuel, pendant toute la durée du présent traité.

Art. 11. Les articles d'orfèvrerie et de bijouterie en or, en argent, platine ou autres métaux, importés de l'un des deux pays, seront soumis dans l'autre au régime de contrôle établi pour les articles similaires de fabrication nationale, et payeront, s'il y a lieu, sur la même base que ceux-ci, les droits de marque et de garantie.

Des bureaux spéciaux seront établis à Bellegarde et à Pontarlier pour le contrôle et la marque des objets ci-dessus désignés. Il est entendu que les matières d'or et d'argent pourront être contrôlées sur le brut et que les boîtes de montres brutes ou finies pourront être expédiées aux bureaux de vérification en France, moyennant une soumission cautionnée garantissant leur réexportation.

Art. 12. Indépendamment du régime d'entrée établi par le présent traité à l'égard des

sprungs festgesezten Einfuhrbehandlung sollen dergleichen Erzeugnisse den Zuschlagstaxen unterliegen, wie sie die aus andern als den Ursprungsländern, unter französischer Flagge, nach Frankreich eingeführten Erzeugnisse zu entrichten haben, oder in der Folge haben könnten.

produits non originaires de la Suisse, ces mêmes produits seront soumis aux surtaxes dont sont ou peuvent être frappés les produits importés en France, sous pavillon français, d'ailleurs que des pays d'origine.

Art. 13. Um die einheimische Herkunft oder Fabrikation der Erzeugnisse nachzuweisen, hat der Importeur dem Zollamt des andern Landes entweder eine offizielle, vor einer Amtsstelle des Versendungsortes abgegebene Erklärung vorzuweisen, oder ein vom Vorstand des Ausfuhrzollamtes ausgestelltes Zeugniß, oder endlich eine Bescheinigung von einem dem Versendungsorte nahe wohnenden Konsul oder Konsularagenten des Landes, wohin die Waaren eingeführt werden.

Man ist einverstanden, daß für nachstehend bezeichnete Erzeugnisse keine Ursprungszeugnisse verlangt werden sollen:

Eisen und Gußeisen;
Reines oder legirtes Kupfer, gewalzt oder gehämmert, in Stangen oder Platten;
Gewalztes Zink;
Gewalztes Blei;

Art. 13. Pour établir que les produits sont d'origine ou de manufacture nationale, l'importateur devra présenter à la douane de l'autre pays, soit une déclaration officielle faite devant un magistrat siégeant au lieu de l'expédition, soit un certificat délivré par le chef du service des douanes au bureau d'exportation, soit un certificat délivré par les Consuls ou Agents consulaires du pays dans lequel l'importation doit être faite et qui résident dans les lieux d'expédition.

Il est entendu qu'il ne sera pas exigé de certificat pour la justification d'origine des produits ci-après énumérés :

Fer et fonte ;
Cuivre pur ou allié, laminé ou battu, en barres ou en planches ;
Zinc laminé ;
Plomb laminé ;

NI.607

Blei mit Antimonium legirt, in Mulden;	Plomb, allié d'antimoine, en masse;
Zinn mit Antimonium legirt, in Barren;	Étain, allié d'antimoine en lingots;
Zinn, rein oder legirt, gehämmert oder gewalzt;	Étain pur ou allié, battu ou laminé;
Gediegenes Quekfilber;	Mercure natif;
Schwefelspießglanz, gegossener;	Antimoine sulfuré fondu;
Spießglanzkönig;	Antimoine métallique ou régule;
Nikel;	Nickel;
Gußwaaren, von Eisen oder Stahl;	Ouvrages en fonte, fer ou acier;
Messerschmiedwaaren jeder Art;	Coutellerie de toute espèce;
Chirurgische, optische und chemische Instrumente;	Instruments de chirurgie, d'optique et de chimie;
Werkzeuge von Eisen, gestählt;	Outils en fer rechargés d'acier;
Guß- und schmiedeiserne Waaren, roh oder polirt;	Objets en fonte et fer, non polis et polis;
Metallgewebe aus Eisen, Stahl, Kupfer oder Messing;	Toiles métalliques en fer, acier, cuivre ou laiton;
Drukwalzen;	Cylindres pour impression;
Kupferschmiedwaaren;	Chaudronnerie;
Waaren aus reinem oder legirtem Kupfer;	Ouvrages en cuivre pur ou allié;
Bleiwaaren;	Ouvrages en plomb;
Buchdrukerlettern, neue; Clichés und gestochene Drukplatten;	Caractères d'imprimerie neufs, clichés et planches gravées pour impression;
Waaren aus Zinn, Nikel, plattirte Waaren; vergoldete oder versilberte Metallwaaren;	Ouvrages en étain; nickel; plaqué ou métaux dorés et argentés;
Uhren;	Montres;
Maschinen und mechanische Geräthe: vollständige oder einzelne Stüke;	Machines et mécaniques, appareils complets ou pièces détachées;

Wägen;	Carrosserie;
Häute, zugerichtete;	Peaux préparées;
Leere Fässer;	Futailles vides;
Schaufeln, Gabeln u. dgl. von Holz;	Pelles, fourches, etc., en bois;
Ruder;	Avirons;
Schüsseln, Löffel u. dgl. von Holz;	Plats, cuillers, etc., en bois;
Bauholz;	Pièces de charpente;
Wagnerholz;	Pièces de charronnage;
Andere Holzwaaren;	Autres ouvrages en bois;
Möbel;	Meubles;
Verpakungsmaterialien, schon gebrauchte;	Articles d'emballage ayant déjà servi;
Leinen- oder Hanfgespinnst;	Fils de lin ou de chanvre;
Leinene Spizen;	Dentelles de lin;
Jute, gehechelte;	Jute peigné;
" gesponnene;	Fils de jute;
Gewebe von Neuseeländer Flachs u. dgl.;	Tissus de phormium tenax, etc. etc.;
Baumwolle in karbätschten oder gummirten Blättern (Watten);	Coton en feuilles cardées ou gommées;
Baumwollengarn;	Fils de coton;
Baumwollene Spizen und Blonden;	Dentelles et blondes de coton;
Wollengarn, mit Ausnahme der gezwirnten Wollengarne zu Stikereien;	Fils de laine, sauf les fils de laine retors pour tapisserie;
Filze;	Feutres;
Alpaka- und Vigognegarne; Garne aus Ziegen- und andern Haaren;	Fils d'alpaca et de vigogne, de poils de chèvre et d'autres poils;
Gekämmte Ziegenhaare;	Poils de chèvre peignés;
Seide, roh und gesponnen;	Soies gréges et moulinées;

Gefärbte Seide;	Soies teintes;
Floretseide, rohe, gefärbte;	Bourre de soie en masse, teinte;
" rohe, gekämmte;	Bourre de soie en masse, peignée;
Chemische Produkte, ausgenommen:	Produits chimiques, sauf:
Schwefelsäure; Zitronensäure; Zitronensaft; Schwefelarsenik (Rauschgelb); Runkelrübenpottasche; kohlensaures Kali; Kalisalpeter; weinsteinsaures Kali; Natronsalpeter; Erzeugnisse aus Steinkohlentheer; Bleiglätte; Oelsäure; parfümirte Seifen und Schwefelquecksilber (Zinnober);	Acide sulfurique, acide citrique, jus de citron, sulfure d'arsenic, salin de betteraves, carbonate, nitrate et tartrate de potasse, nitrate de soude, dérivés de l'essence de houille, oxyde de plomb, acide oléique, savons de parfumerie et sulfure de mercure:
Flaschen;	Bouteilles:
Fensterglas;	Verres à vitres;
Uhrgläser und optische Gläser;	Verres de montres et d'optique;
Email;	Émaux;
Gemeine Töpferwaaren, irdene, und gemeines Steingut;	Poterie grossière de terre et grès commun;
Gemeine Fayence;	Faïence commune:
Künstliche Blumen;	Fleurs artificielles:
Modewaaren;	Objets de mode;
Musikalische Instrumente;	Instruments de musique;
Kautschuk und Guttapercha, bearbeitet;	Caoutchouc et gutta-percha ouvrés;
Siegellak;	Cire à cacheter:
Wichse;	Cirage;
Schreib- und Zeichnungs-Dinte; Drukerschwärze;	Encre à écrire, à dessiner ou à imprimer;
Süßwasserfische, zubereitete;	Poisson d'eau douce préparé;
Saucen, zubereitete;	Épices préparées;
Schiefer;	Ardoises:

Alkalinische Pflanzen;
Vorgearbeitete Bausteine;
Parfümerien;
Zichorien, geröstete oder gemahlene;
Talgkerzen;
Hausenblase;
Papier;
Pappendekel;
Sonnen- und Regenschirme;
Amlung;
Käse;
Butter;
Milchzuker;
Parqueteriewaaren;
Uhrenwaaren und Uhrenbestandtheile.

Art. 14. Die in Folge gegenwärtigen Vertrages zu bezahlenden Werthzölle sind nach dem Werthe, den der eingeführte Gegenstand am Orte seiner Herkunft oder Fabrikation hat, zu berechnen, unter Zuschlag der zur Einfuhr in das andere Land bis zum Orte der Eingangsabfertigung erforderlichen Transport-, Versicherungs- und Kommissionskosten.

Der Importeur hat, nebst dem Ursprungszeugnisse, seiner schriftlichen Erklärung über den Werth der eingeführten Waare eine von dem Fabrikanten oder Verkäufer ausgehende und den

Plantes alcalines;
Écaussines;
Parfumeries;
Chicorée brûlée ou moulue;
Chandelles;
Colle de poisson;
Papier;
Cartons;
Parasols et parapluies;
Amidon;
Fromage;
Beurre;
Sucre de lait;
Parqueterie;
Horlogerie et fournitures d'horlogerie.

Art. 14. Les droits *ad valorem*, stipulés par le présent traité, seront calculés sur la valeur au lieu d'origine ou de fabrication de l'objet importé, augmentée des frais de transport, d'assurance et de commission nécessaires pour l'importation dans l'un des deux pays jusqu'au lieu d'introduction.

L'importateur devra, indépendamment du certificat d'origine, joindre à sa déclaration écrite, constatant la valeur de la marchandise importée, une facture indiquant le prix réel,

wirklichen Preis angebende Faktur beizufügen.

Art. 15. Wenn die Zollbehörde den deklarirten Werth zu niedrig findet, so ist sie berechtigt, die Waaren selbst zu behalten, gegen Bezahlung des deklarirten Preises, mit einem Zuschlage von fünf vom Hundert, an den Importeur.

Diese Zahlung muß innerhalb der auf die Deklaration folgenden vierzehn Tage bewerkstelligt werden, unter gleichzeitiger Zurükerstattung der allfällig erhobenen Zollgebühren.

Art. 16. Der Importeur, gegen welchen die Zollbehörde des einen der beiden Länder das im vorigen Artikel stipulirte Vorkaufsrecht ausüben will, kann, sofern er es vorzieht, die Schäzung seiner Waare durch Sachverständige verlangen. Dieselbe Befugniß steht der Zollbehörde zu, wenn sie es nicht für angemessen erachtet, sofort von dem Vorkaufsrechte Gebrauch zu machen.

Art. 17. Wenn die Schäzung ergibt, daß der Werth der Waare den vom Importeur deklarirten nicht um fünf vom Hundert übersteigt, so ist der Zoll nach dem deklarirten Ansaz zu erheben.

et émanant du fabricant ou du vendeur.

Art. 15. Si la douane juge insuffisante la valeur déclarée, elle aura le droit de retenir les marchandises, en payant à l'importateur le prix déclaré par lui, augmenté de 5 p. %.

Ce paiement devra être effectué dans les quinze jours qui suivront la déclaration, et les droits, s'il en a été perçu, seront en même temps restitués.

Art. 16. L'importateur contre lequel la douane de l'un des deux pays voudra exercer le droit de préemption stipulé par l'article précédent, pourra, s'il le préfère, demander l'estimation de sa marchandise par des experts. La même faculté appartiendra à la douane, lorsqu'elle ne jugera pas convenable de recourir immédiatement à la préemption.

Art. 17. Si l'expertise constate que la valeur de la marchandise ne dépasse pas de cinq pour cent celle qui est déclarée par l'importateur, le droit sera perçu sur le montant de la déclaration.

Uebersteigt der Werth den deklarirten um fünf vom Hundert, so kann die Zollbehörde – nach ihrer Wahl – zum Vorkauf schreiten oder den Zoll nach dem durch die Sachverständigen ermittelten Werthe erheben.

Zu diesem Zolle kommt dann noch eine Buße im Betrage von fünfzig vom Hundert, wenn die Sachverständigen den Werth um zehn vom Hundert höher als den deklarirten anschlagen. Die Schäzungskosten sind, wenn der durch den schiedsrichterlichen Entscheid ermittelte Werth den deklarirten Werth um fünf vom Hundert übersteigt, vom Deklaranten, im entgegengesezten Falle dagegen von der Zollbehörde zu tragen.

Art. 18. In den durch Art. 16 vorgesehenen Fällen wird der eine der beiden sachverständigen Schiedsrichter von dem Deklaranten, der andere von dem Vorstande der Lokal-Zollstelle ernannt. Im Falle der Meinungsverschiedenheit, oder auch schon bei Niedersezung des Schiedsgerichts, wenn der Deklarant es verlangt, wählen die Sachverständigen einen dritten Sachverständigen; können sie sich hierüber nicht verständigen,

Si la valeur dépasse de cinq pour cent celle qui est déclarée, la douane pourra, à son choix, exercer la préemption ou percevoir le droit sur la valeur déterminée par les experts.

Ce droit sera augmenté de 50 p. % à titre d'amende, si l'évaluation des experts est de 10 p. % supérieure à la valeur déclarée. Les frais d'expertise seront supportés par le déclarant, si la valeur déterminée par la décision arbitrale excède de 5 p. % la valeur déclarée; dans le cas contraire, ils seront supportés par la douane.

Art. 18. Dans les cas prévus par l'article 16, les deux arbitres experts seront nommés, l'un par le déclarant, l'autre par le chef local du service des douanes; en cas de partage, ou même au moment de la constitution de l'arbitrage, si le déclarant le requiert, les experts choisiront un tiers arbitre; s'il y a désaccord, celui-ci sera nommé par le président du tribunal de commerce du ressort. Si

so wird Letzterer von dem Präsidenten des zuständigen Handelsgerichtes bezeichnet. Wenn die Zollstätte, wo die Deklaration erfolgt, mehr als einen Myriameter vom Size des Handelsgerichtes entfernt ist, so kann der dritte Sachverständige von dem Friedensrichter des Cantons ernannt werden. In der Schweiz geschieht diese Wahl durch den Präsidenten des Bezirksgerichts.

Der schiedsrichterliche Entscheid muß innerhalb vierzehn Tagen nach der Niedersezung des Schiedsgerichtes erfolgen.

Art. 19. Die Deklarationen müssen alle, für die Verzollung erforderlichen Angaben enthalten, also außer der Natur, Gattung, Beschaffenheit, Herkunft und Bestimmung der Waare, je nach Umständen auch Gewicht, Zahl, Maß oder Werth derselben angeben.

Wenn es in Folge ausnahmsweiser Verhältnisse dem Deklaranten nicht möglich ist, die zu verzollende Quantität zu bezeichnen, so kann ihm die Zollstelle gestatten, das Gewicht, das Maß oder die Zahl selbst und auf seine Kosten in einem von derselben bezeichneten oder genehmig-

le bureau de déclaration est à plus d'un myriamètre du siége du tribunal de commerce, le tiers arbitre pourra être nommé par le juge de paix du canton. En Suisse, il sera nommé par le président du tribunal du district.

La décision arbitrale devra être rendue dans les quinze jours qui suivent la conclusion de l'arbitrage.

Art. 19. Les déclarations doivent contenir toutes les indications nécessaires pour l'application des droits. Ainsi, outre la nature, l'espèce, la qualité, la provenance et la destination de la marchandise, elles doivent énoncer le poids, le nombre, la mesure ou la valeur, suivant le cas.

Si, par suite de circonstances exceptionnelles, le déclarant se trouve dans l'impossibilité d'énoncer la quantité à soumettre aux droits, la douane pourra lui permettre de vérifier lui-même, à ses frais, dans un local désigné ou agréé par elle, le poids, la mesure

ten Lokal zu ermitteln, worauf er die umständliche Deklaration der Waare binnen den von der Gesezgebung des betreffenden Staates bestimmten Fristen zu bewerkstelligen hat.

Art. 20. In Bezug auf die nach dem Nettogewicht verzollten Waaren hat der Deklarant, wenn er das wirkliche Nettogewicht zu Grunde gelegt wissen will, dieses Gewicht in seiner Deklaration anzugeben. Geschieht dieses nicht, so findet die Verzollung nach dem Bruttogewicht, unter Abzug der gesezlichen Tara, statt.

Art. 21. Es ist zwischen den h. vertragschließenden Theilen vereinbart, daß die durch gegenwärtigen Vertrag festgesezten Zollsäze auf Grund von Havarien oder irgend welcher Verschlechterung der Waaren keinerlei Ermäßigung erleiden sollen.

Art. 22. Die reinen oder gemischten, nach dem Werthe zu verzollenden Gewebe können nur bei den gegenwärtig bestehenden Zollstätten eingeführt werden.

Art. 23. Bei der Untersuchung der Gewebe, für welche der Zollansaz nach der Zahl der auf einem Raume von fünf Millimetern befindlichen Fäden

ou le nombre; après quoi l'importateur sera tenu de faire la déclaration détaillée de la marchandise dans les délais voulus par la législation de chaque pays.

Art. 20. A l'égard des marchandises qui acquittent les droits sur le poids net, si le déclarant entend que la perception ait lieu d'après le *net réel*, il devra énoncer ce poids dans sa déclaration. A défaut, la liquidation des droits sera établie sur le poids brut, sauf défalcation de la tare légale.

Art. **21.** Il est convenu entre les Hautes Parties contractantes que les droits fixés par le présent traité ne subiront aucune réduction du chef d'avarie ou de détérioration quelconque des marchandises.

Art. **22.** Les tissus purs ou mélangés, taxés à la valeur, ne pourront être importés que par les bureaux actuellement ouverts.

Art. **23.** Aucune fraction de fils ne sera comptée, pour la perception des droits, dans la vérification des tissus, dont la taxe est fixée selon le nom-

festgesezt ist, soll jeder Bruchtheil der leztern für die Verzollung unberüksichtigt bleiben.

Art. 24. Wer Maschinen und mechanische Geräthe, seien es vollständige oder nur einzelne Stüke davon, oder irgend andere, im gegenwärtigen Vertrage bezeichnete Waaren einführt, ist nicht gehalten, der Zollbehörde des einen oder andern Landes ein Modell oder eine Zeichnung des eingeführten Gegenstandes vorzulegen.

Art. 25. Die aus der Schweiz kommenden oder dahin gehenden Waaren jeder Art sind frei von jeder Durchfuhrgebühr.

Indessen wird das Verbot der Durchfuhr von Schießpulver aufrecht erhalten, und die beiden hohen vertragschließenden Theile behalten sich vor, die Durchfuhr von Kriegswaffen von besondern Bewilligungen abhängig zu machen.

Die Gleichbehandlung mit der meistbegünstigten Nation wird gegenseitig jedem der beiden Länder für Alles, was die Durchfuhr betrifft, zugesichert.

Art. 26. Die französischen Fabrikanten und Kaufleute, so wie ihre Reisenden, welche in einer dieser Eigenschaften in

bre des fils contenus dans un espace de cinq millimètres.

Art. 24. L'importateur de machines et mécaniques entières ou en pièces détachées, et de toutes autres marchandises énumérées dans le présent traité, est affranchi de l'obligation de produire à la douane de l'un ou de l'autre pays tout modèle ou dessin de l'objet importé.

Art. 25. Les marchandises de toute nature venant de Suisse ou y allant, seront exemptes de tout droit de transit.

Toutefois, la prohibition est maintenue pour la poudre à tirer, et les deux Hautes Parties contractantes se réservent de soumettre à des autorisations spéciales le transit des armes de guerre.

Le traitement de la nation la plus favorisée est réciproquement garanti à chacun des deux pays pour tout ce qui concerne le transit.

Art. 26. Les fabricants et marchands français, ainsi que leurs commis voyageurs, dûment patentés en France dans

Frankreich gehörig patentirt sind, können in der Schweiz, ohne dafür eine Patenttaxe entrichten zu müssen, Einkäufe für das von ihnen betriebene Geschäft machen und — mit oder ohne Muster — Bestellungen aufnehmen, jedoch ohne mit Waaren zu hausiren.

Ebenso soll es in Frankreich mit den Fabrikanten und Kaufleuten aus den schweizerischen Kantonen und mit ihren Reisenden gehalten werden.

Die zur Erlangung dieser Steuerfreiheit erforderlichen Formalitäten werden in beiderseitigem Einverständnisse festgesezt werden.

Art. 27. Eingangszollpflichtige Gegenstände, welche als Muster dienen und von Reisenden französischer Handlungshäuser in die Schweiz, oder von Reisenden schweizerischer Häuser in Frankreich eingeführt werden, sollen beiderseits — unter den zur Sicherung ihrer Wiederausfuhr oder Deponirung in einem Niederlagshaus erforderlichen Zollförmlichkeiten — vorübergehend zollfrei zugelassen werden; diese Förmlichkeiten sollen in Frankreich und in der Schweiz die gleichen sein und zwischen beiden Regierungen einverständlich geregelt werden.

l'une de ces qualités, pourront, dans la Suisse, sans y être soumis à aucun droit de patente, faire des achats pour les besoins de leur industrie et recueillir des commandes avec ou sans échantillons, mais sans colporter des marchandises.

Il y aura réciprocité en France pour les fabricants et marchands des Cantons de la Suisse et leurs commis voyageurs.

Les formalités nécessaires pour obtenir cette immunité seront réglées d'un commun accord.

Art. 27. Les objets passibles d'un droit d'entrée qui servent d'échantillons, et qui sont importés en Suisse par des commis voyageurs de maisons françaises, ou en France par des commis voyageurs de maisons suisses, seront, de part et d'autre, admis en franchise temporaire, moyennant les formalités de douane nécessaires pour en assurer la réexportation ou la réintégration en entrepôt; ces formalités seront les mêmes en France et en Suisse, et elles seront réglées d'un commun accord entre les deux Gouvernements.

Art. 28. Jeder der beiden hohen vertragschließenden Theile übernimmt es, dem andern jede Begünstigung, jedes Vorrecht oder jede Ermäßigung in den Einfuhr- oder Ausfuhrzolltarifen für die im gegenwärtigen Vertrage bezeichneten oder nicht bezeichneten Gegenstände einzuräumen, welche einer dritten Macht zugestanden werden möchten. Sie verpflichten sich im Weitern, gegen einander keinerlei Gebühr oder Verbot der Einfuhr oder Ausfuhr in Kraft zu sezen, welche nicht gleichzeitig auf die andern Nationen Anwendung fänden. Die h. vertragschließenden Theile verpflichten sich jedoch, die Ausfuhr von Steinkohlen weder zu verbieten, noch dieselbe mit einem Zolle zu belegen.

Art. 29. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sind auch auf Algerien anwendbar. Indessen dürfen die aus der Schweiz kommenden Waaren nur durch Frankreich nach jener Besizung eingeführt werden.

Art. 30. Der gegenwärtige Vertrag wird für die Dauer von 12 Jahren, vom Tage der Auswechslung der Ratifikationen an gerechnet, abgeschloßen. Wofern

Art. 28. Chacune des Hautes Parties contractantes s'engage à faire profiter l'autre de toute faveur, de tous priviléges ou abaissement dans les tarifs des droits à l'importation ou à l'exportation des articles mentionnés ou non dans le présent traité, que l'une d'elles pourrait accorder à une tierce puissance. Elles s'engagent, en outre, à n'établir, l'une envers l'autre, aucun droit ou prohibition d'importation ou d'exportation qui ne soit, en même temps, applicable aux autres nations. Toutefois, les Hautes Parties contractantes prennent l'engagement de ne pas interdire l'exportation de la houille et de n'établir aucun droit sur l'exportation de ce produit.

Art. 29. Les dispositions du présent traité sont applicables à l'Algérie. Toutefois, les marchandises originaires de Suisse ne pourront être importées dans cette Possession qu'en transitant par la France.

Art. 30. Le présent traité restera en vigueur pendant douze années, à partir du jour de l'échange des ratifications. Dans le cas où aucune des

keiner der beiden h. vertragschließenden Theile zwölf Monate vor Ablauf des besagten Zeitraumes die Absicht kund geben sollte, vom Vertrag zurücktreten zu wollen, so bleibt derselbe weiter verbindlich bis zum Ablaufe eines Jahres, von dem Tage an gerechnet, an welchem der eine oder andere der h. vertragschließenden Theile ihn gekündigt haben wird.

Die hohen vertragschließenden Theile behalten sich die Befugniß vor, in beiderseitigem Einverständnisse in dem Vertrage und den zugehörigen Tarifen alle die Aenderungen anzubringen, welche mit dem Geiste oder den Grundlagen desselben nicht im Widerspruche stehen und deren Zwekmäßigkeit durch die Erfahrung dargethan werden sollte.

Art. 31. Der gegenwärtige Vertrag und die zugehörigen Tarife sollen in beiden Ländern mit dem 1. Januar 1866 zur Anwendung kommen, oder früher, wofern die hohen vertragschließenden Theile gemeinsam finden sollten, daß diese Inkraftsezung beschleunigt werden könne. Jedenfalls wird gegenwärtiger Vertrag zu gleicher Zeit in Vollziehung

deux Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant la fin de la dite période, son intention d'en faire cesser les effets, il demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncé.

Les Hautes Parties contractantes se réservent la faculté d'introduire, d'un commun accord, dans ce traité et les tarifs y annexés, toutes modifications qui ne seraient pas en opposition avec son esprit ou ses principes et dont l'utilité serait démontrée par l'expérience.

Art. 31. Le présent traité et les tarifs y annexés recevront leur application dans les deux pays, le 1er Janvier 1866, ou plus tôt si les Hautes Parties contractantes reconnaissent, d'un commun accord, que cette date peut être anticipée. En tout cas, ce traité sera exécutoire en même temps que le traité de com-

treten, wie der am 2. Augstmonat 1862 zwischen Frankreich und Preußen abgeschloßene Handelsvertrag.

Die Zulassung der Gazen und Mousselinen in Frankreich zum Zollansaze von zehn vom Hundert des Werthes wird jedoch bis zum 1. Januar 1868 hinausgerükt.

Art. 32. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt, und die Ratifikationsurkunden sollen innerhalb sechs Monaten, oder früher wenn möglich, und zwar gleichzeitig mit denjenigen der Uebereinkünfte betreffend das literarische, künstlerische und gewerbliche Eigenthum, sowie die Niederlaßung der Franzosen in der Schweiz und der Schweizer in Frankreich, in Paris ausgewechselt werden.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihre Wappensiegel beigedrukt.

Geschehen in Paris, am 30. Brachmonat 1864.

(L. S.) (Gez.) **Kern.**
(L. S.) (Gez.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Gez.) **Rouher.**

merce conclu, le 2 Août 1862, entre la France et la Prusse.

L'admission en France des gazes et mousselines au droit de 10 pour cent de la valeur sera, toutefois, ajournée au 1er Janvier 1868.

Art. 32. Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Paris dans le délai de six mois, ou plus tôt si faire se peut, et simultanément avec celles des conventions relatives à la propriété littéraire, artistique et industrielle, — à l'établissement des Français en Suisse et des Suisses en France.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 30 Juin 1864.

(L. S.) (Sig.) **Kern.**
(L. S.) (Sig.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Sig.) **Rouher.**

Tarif A
zum Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich.

Zollsäze für die Einfuhr nach Frankreich. *)

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Metalle.			
Eisen und Eisenguß.			
Eisenerz	. .	Zollfrei.	
Hammerschlag, Eisenfeile, Schmiedeschlaken	. .	"	
Roheisen in Masseln und Ballasteisen	100 Kil.	2	—
Bruchstüke von alter Eisengußwaare	"	2	—
Raffinirtes Roheisen, sogenannte Mazée	"	2	75
Bruchstüke von alter geschmiedeter Eisenwaare	"	2	75
Eisen in Masseln, noch Schlaken enthaltend	"	4	50
Stabeisen, vierekig, rund oder flach, Eisenbahnschienen jeder Form und Größe, Winkeleisen und T Eisen, Eisendrath, vorbehältlich der nachstehenden Ausnahmen	"	6	—
Bandeisen von einem Millimeter Dike oder weniger	"	7	50

*) Bezüglich des Zeitpunktes der Inkrafttretung vergl. Art. 31 des vorstehenden Vertrags.

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Eisenblech, gewalzt oder gehämmert, mehr als ein Millimeter dik, in Platten im Gewicht von 200 Kilogramm oder weniger, und deren Breite 1 Meter 20 Centimeter und deren Länge 4 Meter 50 Centimeter nicht übersteigt . .	100 Kil.	7	50
Eisenblech, gewalzt oder gehämmert, mehr als 1 Millimeter dik, in Platten über 200 Kilogramm schwer, oder aber von mehr als 1 Meter 20 Centimeter Breite oder von mehr als 4 Meter 50 C. Länge . .	"	7	50
Dünnes Eisenblech und Schwarzblech von wenigstens einem Millimeter Dike (Eisenblech und Schwarzblech, eben, ausgeschnitten in irgend eine Form, zahlt den zehnten Theil mehr, als rechtwinklige Platten)	"	10	—
Weißblech, verkupfertes, verzinktes oder verbleites	"	13	—
Eisendrath von $^5/_{10}$ Millimeter Durchmesser oder weniger, gleichviel ob verzinnt, verkupfert oder verzinkt .	"	10	—
Stahl.			
Stahl in Stäben aller Art und Bandstahl	"	13	—
Stahl in Blechen oder Bändern, braun, warm gewalzt:			
Ueber $^1/_2$ Millimeter dik . .	"	18	—
Unter und bis auf $^1/_2$ Millim. dik	"	25	—
Stahl in Blechen oder Bändern, weiß, kalt gewalzt, ohne Unterschied der Dike	"	25	—
Stahldrath, auch versilbert zu Saiten für Instrumente	"	25	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Kupfer.			
Kupfererz	. .	Zollfrei.	
Kupferfeile und Bruch von alten Kupferwaaren	. .	"	
Kupfer, reines oder legirt mit Zink oder Zinn, ersten Gusses, in Masseln, Stäben, Blöken oder Platten	. .	"	
Kupfer, rein oder legirt mit Zink oder Zinn, gewalzt oder gehämmert, in Stäben oder Platten	100 Kil.	10	—
Kupferdrath, reiner oder legirter, von jeder Dike, polirt oder unpolirt .	"	10	—
Vergoldetes oder versilbertes Kupfer, gehämmert, gezogen oder gewalzt, auf Garn oder Seide gesponnen .	"	100	—
Zink.			
Erz, rohes oder geröstetes, ganz oder zerstoßen	. .	Zollfrei.	
Zinkfeile und Bruch von alten Zinkwaaren	. .	"	
Zink, rohes, in Masseln, Blöken, Stäben oder Platten	. .	"	
Zink, gewalzt	"	4	—
Blei.			
Erz und Schlaken aller Art . . .	. .	Zollfrei.	
Bleifeile und Bruch von alten Bleiwaaren	. .	"	
Blei in rohen Mulden, Blöken, Stäben oder Platten	. .	"	
Blei, gewalztes	"	3	—
Blei, mit Antimon legirt, in Mulden	"	3	—
Buchdrukerlettern, alte	"	3	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Zinn.			
Zinnerz	. .	Zollfrei.	
Zinn in rohen Stüken, Blöken, Stäben oder Platten	. .	"	
Zinnfeilspäne und Bruch . . .	. .	"	
Zinn, mit Antimon legirt (Britanniametall), in Barren	100 Kil.	5	—
Zinn, rein oder legirt, gehämmert oder gewalzt	"	6	—
Kadmium, roher	. .	Zollfrei.	
Quekſilber	. .	"	
Bismuth und Staniol	. .	"	
Antimonium.			
Erz	. .	"	
Schwefelspießglanz, gegossener . .	. .	"	
Spießglanzkönig	. .	6	—
Nikel.			
Nikelerz	. .	Zollfrei.	
Nikel, rein oder mit andern Metallen legirt, namentlich mit Kupfer oder Zink (Argentan), in Stangen oder in rohen Stüken	. .	"	
Nikel, rein oder legirt mit andern Metallen, gewalzt oder gezogen .	"	10	—
Braunstein, Erz	. .	Zollfrei.	
Arsenik, Erz	. .	"	
Arsenik, gediegener	. .	"	
Erze, nicht namentlich genannte . .	. .	"	

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Metallwaaren.			
Eisengußwaaren, nicht abgedreht oder polirt:			
1. Klasse. Schienenstühle, Platten oder andere in offener Form gegossene Stüke	100 Kil.	3	—
2. Klasse. Gerade cylinderförmige Röhren, massive und hohle Balken und Säulen, Gasretorten, massive Geländerdoken und Verbandstüke dazu, Gitter und Herdplatten, Transmissionswellen, Gestelle für Maschinen und Gegenstände ohne Verzierung & Zurichtung	"	3	75
3. Klasse. Topfgeschirre und alle andern in den beiden vorhergehenden Klassen nicht genannten Waaren	"	4	50
Eisengußwaaren:			
Polirt oder abgedreht	"	6	—
Verzinnt, emaillirt oder gefirnißt	"	10	—
Waaren aus Schmiedeisen.			
Eisenwerk, als:			
Baustüke	"	8	—
Schiffsrippen und Schiffsbalken .	"	8	—
Beschläge zu Karren und Waggons	"	8	—
Thürangeln, Fensterangeln, große Riegel, Winkelhaken und anderes grobes Eisenwerk zu Thüren oder Fenstern, weder abgedreht noch polirt	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Gitter, massive, Bettstellen, Sessel, Garten- und andere Möbeln mit oder ohne Verzierungen von Gußeisen, Kupfer oder Stahl . . .	100 Kil.	8	—
NB. Die Achsen, Federn und Achsenbänder sind in diesen Benennungen nicht inbegriffen und erscheinen bei „Maschinentheile".			
Schlosserwaaren, als:			
Schlösser und Vorlegeschlösser jeder Art, Fischbänder und Scharnieren von Eisenblech, Klinken, Riegel und alle übrigen Gegenstände von Schmiedeisen und Eisenblech, abgedreht, polirt oder gefeilt zu Beschlägen von Möbeln, Thüren und Fenstern	"	12	—
Nägel mit der Maschine geschmiedet	"	8	—
Nägel mit der Hand geschmiedet .	"	12	—
Holzschrauben, Bolzen, Schraubenmuttern	"	8	—
Anker, Ankerketten und eiserne Ketten	"	8	—
Werkzeuge von Eisen, mit oder ohne Heft	"	10	—
Röhren, gezogene, eiserne, einfach und stumpf zusammengeschweißt:			
von 9 Millimeter innerem Durchmesser und mehr	"	11	—
Dergleichen, von weniger als 9 Millimeter, Verbindungsstüke aller Art	"	20	—
Röhren, gezogene, über den Dorn gearbeitet und übereinander geschweißt	"	20	—
Wirthschaftsgeräthe und andere nicht benannte Waaren:			
von Schmiedeisen oder Eisenblech, polirt oder bemalt	"	14	—
von Schmiedeisen oder Eisenblech, emaillirt, verzinnt oder firnissirt	"	16	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Stahlwaaren.			
Werkzeuge von reinem Stahl (Feilen, Zirkular- und gerade Sägen, Sensen, Sicheln und andere nicht genannte)	100 Kil.	32	—
Nähnadeln: unter fünf Centimetern	"	200	—
Idem: von fünf Centimetern oder länger	"	100	—
Schreibfedern, metallene, mit Ausnahme der goldenen und silbernen	"	100	—
Kleine Gegenstände von Stahl, als: Perlen, Schiebringe, Broschen, Fingerhüte	"	20	—
Wirthschaftsgeräthe und andere nicht namentlich aufgeführte Gegenstände von reinem Stahl	"	32	—
Fischangeln aller Art	"	50	—
Messerschmiedwaaren aller Art . .	vom Werth	20 % und 15 % vom 1. Jan. 1866 an.	
Instrumente, chirurgische, Genauigkeitsinstrumente, physikalische und chemische Instrumente (für Laboratorien)	. .	Zollfrei.	
Waffen im Handel:			
Blanke Waffen	100 Kil.	40	—
Feuerwaffen	"	240	—
Verschiedene Metalle.			
Werkzeuge von Schmiedeisen, verstählte, mit oder ohne Heft . .	"	15	—
Waaren von Guß- & Schmiedeisen —: Nicht polirt, sofern das Gewicht des Schmiedeisens die Hälfte des Gesammtgewichts nicht erreicht . .	"	4	50

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Dieselben, sofern das Gewicht des Schmiedeisens die Hälfte oder mehr des Gesammtgewichts ausmacht .	100 Kil.	8	—
–: Polirt, emaillirt oder lakirt, selbst mit zugehörigen Verzierungen von Schmiedeisen, Kupfer, Messing oder Stahl	"	12	—
Metallgewebe von Eisen oder Stahl	"	10	—
Drukwalzen von Kupfer oder Messing, gravirt oder nicht gravirt . . .	"	15	—
Kupferschmiedwaaren	"	20	—
Gewebe aus Kupfer= oder Messing=drath	"	20	—
Gegenstände der Kunst, Zierrathen und alle übrigen Waaren aus reinem oder mit Zinn oder Zink legirtem Kupfer	"	20	—
Zinkwaaren aller Art	"	8	—
Röhren aus Blei und Bleiwaaren aller Art	"	3	—
Buchdrukerlettern, neue; Clichés und gestochene Platten zum Druk auf Papier	"	8	—
Topfgeschirre und andere Waaren aus reinem oder mit Antimon legirtem Zinn	"	30	—
Waaren aus Legirung von Nikel mit Kupfer oder Zink (Argentan) .	"	100	—
Plattirte Waaren ohne Unterschied des Feingehalts	"	100	—
Metallwaaren, im Feuer oder durch Quekſilber, oder auf galvanischem Wege vergoldet oder versilbert .	"	100	—
Juwelier= und Goldschmiedwaaren aus Gold, Silber, Platin und andern Metallen	"	500	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Uhrenwaaren aller Art	vom Werth	5 %	
Oder nach Auswahl des Zollpflichtigen, der jedoch zum Voraus seine dießfällige Deklaration bei der Mauth zu machen hat —:			
Silberne Uhren	Stük.	1	—
Goldene Uhren	"	5	—
Musikdosen und Carillons . .	"	5	—
Hölzerne Uhren	"	1	—
Uhrenbestandtheile	100 Kil.	50	—
Maschinen und mechanische Geräthe.			
Vollständige.			
Feststehende Dampfmaschinen:			
Mit oder ohne Kessel, mit oder ohne Schwungrad	"	6	—
Für die Schiffahrt, mit oder ohne Kessel	"	12	—
Lokomotive und Lokomobile . . .	"	10	—
Tender, vollständige, zu Lokomotiven	"	8	—
Maschinen für die Spinnerei . .	"	10	—
" zum Reinigen und Auflokern von Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf und andern Faserstoffen . .	"	6	—
" für die Weberei . . .	"	6	—
" für Papierfabriken . .	"	6	—
" für die Buchdrukerei . .	"	6	—
" für die Landwirthschaft .	"	6	—
" für die Krazenfabrikation	"	6	—
Tüllwebstühle	"	10	—
Kupferne Apparate: Zur Destillation	"	10	—
Zur Zukerfabrikation	"	10	—
Zur Heizung	"	10	—
Krazen ohne Besaz	"	10	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Dampfkessel von Eisenblech, cylindrisch oder kugelförmig, mit oder ohne Siede- oder Erwärmungsvorrichtung	100 Kil.	8	—
Idem: röhrenförmige von Eisenblech mit Röhren von Eisen, Kupfer oder Messing, gezogen oder genietet, mit innerem Herd; und alle übrigen Kessel von nicht cylindrischer oder einfacher Kugelform	"	12	—
Idem: von Stahlblech jeder Form	"	25	—
Gazometer, Abdampfpfannen, Oefen, Heizapparate von Gußeisen und Eisenblech	"	8	—
Werkzeugmaschinen und nicht genannte Maschinen, welche 75 % und mehr Gußeisen enthalten	"	6	—
Idem, welche im Gewichte 50 bis (ausschließlich) 75 % Gußeisen enthalten	"	10	—
Idem, welche weniger als 50 % Gußeisen enthalten	"	15	—
Maschinentheile.			
Krazenbeschläge in Leder, Kautschuk oder gemischten oder ungemischten Geweben	"	50	—
Weberblätterzähne aus Eisen oder Kupfer	"	30	—
Weberblätter, Beschläge oder Weberkämme mit Zähnen von Eisen oder Kupfer	"	30	—
Theile von Gußeisen, polirt, abgefeilt und fertig	"	6	—
Theile von Schmiedeisen, polirt, abgefeilt, zum Gebrauch vorgerichtet oder nicht, ohne Rüksicht auf deren Gewicht	"	10	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Stahlfedern zur Wagenfabrikation, für Waggons, Lokomotiven . .	100 Kil.	15	—
Theile von Stahl, polirt, gefeilt, vorgerichtet oder nicht, mehr als ein Kilogramm schwer . . .	"	25	—
Idem, unter und bis 1 Kil. schwer	"	35	—
Theile von reinem oder mit andern Metallen legirtem Kupfer . . .	"	20	—
Platten und Streifen von Leder, Kautschuk und Zeugstoffen, speziell zur Krazenfabrikation bestimmt .	"	20	—
Meerschiffe, in der Schweiz erstellte:	Tonne nach franz. Visirmaße.		
hölzerne		20	—
eiserne		60	—
Meerschiffsgerippe und Barken für Flüsse:			
hölzerne	"	10	—
eiserne	"	40	—
NB. Die Maschinen und Triebwerke, die an solchen Schiffen angebracht sind, werden besonders taxirt nach den Zollansäzen der Rubrik „Maschinen und mechanische Geräthe".			
Spinnerei und Weberei.			
Flachs und Hanf.			
Flachs und Hanf, gehechelter . .	. .	Zollfrei.	
Leinen und Hanfgespinnst, einfaches rohes:			
welches auf das Kilogramm mißt 6,000 Meter oder weniger	100 Kil.	15	—
von 6,000 bis 12,000 Meter	"	20	—
" 12,000 " 24,000 "	"	30	—
" 24,000 " 36,000 "	"	36	—
" 36,000 " 72,000 "	"	60	—
" 72,000 Mtr.	"	100	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Idem, einfaches, gebleicht oder gefärbt:			
6,000 Meter oder weniger	100 Kil.	20	—
von 6,000 bis 12,000 Meter	"	27	—
" 12,000 " 24,000 "	"	40	—
" 24,000 " 36,000 "	"	48	—
" 36,000 " 72,000 "	"	80	—
" 72,000 Mtr.	"	133	—
Idem, gezwirntes, rohes . .	30% mehr als einfaches rohes.		
" " gebleichtes oder gefärbtes	30% mehr als einfaches gefärbtes.		
NB. Leinen- und Hanfgarne, gemischte, werden wie reine Leinen- und Hanfgarne behandelt, sofern das Gewicht des Flachses oder Hanfes überwiegt.			
Leinen- oder Hanfgewebe, glatte oder gemusterte (gebildete), rohe, welche in einem Raum von 5 Quadratmillimetern in der Kette zeigen:			
8 Fäden oder weniger . . .	100 Kil.	28	—
9, 10 und 11 Fäden . . .	"	55	—
12 Fäden	"	65	—
13 und 14 Fäden	"	90	—
15, 16, 17 "	"	115	—
18, 19, 20 "	"	170	—
21, 22, 23 "	"	260	—
24 Fäden und darüber . .	"	400	—
Idem, gebleicht, gefärbt oder bedrukt:			
8 Fäden oder weniger . . .	"	38	—
9, 10 und 11 Fäden . . .	"	70	—
12 Fäden	"	95	—
13 und 14 Fäden	"	120	—
15, 16, 17 "	"	155	—
18, 19, 20 "	"	230	—
21, 22, 23 "	"	350	—
24 Fäden und darüber . .	"	535	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Zwillich, glatt oder gemustert, gebleicht, gefärbt oder bedrukt .	vom Werth	16 %	
Damascirte Tischzeuge	"	16 %	
Batist	Wie glatte Leinwand.		
Linon	" "	"	
Eingefaßte Schnupftücher . . .	" "	"	
Leinener Tüll	vom Werth	15 %	
Leinene Spizen	"	5 %	
" Strumpfwirkerwaaren . .	"	15 %	
" Posamentirwaaren . . .	"	id.	
Bandwaaren aus rohem, gebleichtem oder gefärbtem Leinengarn . .	"	id.	
Ganz oder theilweise fertige Arbeiten aus Flachs oder Leinen . . .	"	id.	
Nichtbenannte Artikel und Kleidungsstüke	"	id.	
Leinen- oder Hanfgewebe, gemischte, sofern das Gewicht des Flachses oder Hanfes vorherrscht . . .	"	id.	
Jute.			
Jute in Stengeln, gebrochen oder gehechelt	. .	Zollfrei.	
Jutegarn, rohes, welches auf ein Kilogramm mißt:			
weniger als 1400 Meter . . .	100 Kil.	5	—
von 1400—3700 " (ausschließlich)	"	6	—
von 3700—4200 " "	"	7	—
von 4200—6000 " "	"	10	—
mehr als 6000 Meter	Gleich Leinengarn.		
gebleichtes oder gefärbtes, das mißt:			
weniger als 1400 Meter . . .	100 Kil.	7	—
von 1400—3700 " (ausschließlich)	"	9	—
von 3700—4200 " "	"	10	—
von 4200—6000 " "	"	14	—
mehr als 6000 Meter	Gleich Leinengarn.		

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Jutegewebe, rohe, welche in einem Raum von fünf Quadratmillimetern in der Kette zeigen:			
1, 2 und 3 glatte Fäden . .	100 Kil.	10	—
1, 2 und 3 gekreuzte Fäden .	"	12	—
4 und 5 Fäden	"	16	—
6, 7 und 8 Fäden . . .	"	24	—
mehr als 8 Fäden	Wie Leinwand.		
gebleichte oder gefärbte:			
1, 2 und 3 glatte Fäden . .	100 Kil.	15	—
1, 2 und 3 gekreuzte Fäden .	"	17	—
4 und 5 Fäden	"	23	—
6, 7 und 8 Fäden . . .	"	35	—
mehr als 8 Fäden	Wie Leinwand.		
Jutenteppiche, glatt oder aufgeschnitten	100 Kil.	24	—
Die mit andern Stoffen gemischten Jutegarne unterliegen der gleichen Behandlung wie Garne aus reiner Jute, vorausgesezt, es sei das Gewicht der Jute vorherrschend.			
Gewebe aus gemischter Jute, wenn diese vorherrscht	vom Werth	15 %	
Vegetabilische Faserstoffe.			
Neuseeländerflachs, Abaka und andere nicht genannte vegetabilische Faserstoffe:			
Fasern, roh oder gehechelt . .	. .	Zollfrei.	
" gekämmte oder gezwirnte	. .	"	
Faserngarne	"	5 %	—
Faserngewebe	"	10 %	—
Roßhaar.			
Roßhaar, rohes aller Art, zubereitet oder gekräuselt	. .	Zollfrei.	
Gewebe und Arbeiten aus Roßhaar, aus Kuhhaaren, rein oder gemischt . .	"	10 %	
Roßhaargeflechte	100 Kil.	160	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze.	
		Fr.	Rp.
Baumwolle.			
Rohe indische Baumwolle . . .	. .	Zollfrei.	
Baumwolle in Kardätschen oder gummirten Platten (Watte) . . .	1 Kil.	—	10
Einfaches Baumwollengarn, rohes, das auf einem halben Kilogramm mißt:			
20,000 Meter oder weniger	"	—	15
von 21,000 bis 30,000 Meter	"	—	20
" 31,000 " 40,000 "	"	—	30
" 41,000 " 50,000 "	"	—	40
" 51,000 " 60,000 "	"	—	50
" 61,000 " 70,000 "	"	—	60
" 71,000 " 80,000 "	"	—	70
" 81,000 " 90,000 "	"	—	90
" 91,000 " 100,000 "	"	1	—
" 101,000 " 110,000 "	"	1	20
" 111,000 " 120,000 "	"	1	40
" 121,000 " 130,000 "	"	1	60
" 131,000 " 140,000 "	"	2	—
" 141,000 " 170,000 "	"	2	50
" 171,000 Meter und darüber	"	3	—
Einfaches Baumwollengarn, gebleichtes	Zuschlag 15 % auf den Zoll des einfachen rohen.		
gefärbtes	Der Zoll des einfachen rohen um 25 Rp. per Kil. erhöht.		
Zweidräthiger Baumwollenzwirn, roher	Zuschlag 30 % auf den Zoll des einfachen.		
gebleichter	Zuschlag 15 % auf den Zoll für 2dräthiges, rohes		
gefärbter	Zum Zoll des 2dräthigen 25 Rp. per Kil.		
Zu Ketten angelegtes Baumwollengarn, rohes	Zoll auf einfachem und 30 % Zuschlag.		
gebleichtes	Zoll des rohen, in Ketten angelegten Garnes mit 15 % Zuschlag.		
gefärbtes	Idem, mit Zuschlag von 25 Rp. per Kil.		

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Drei= und mehrdräthiges rohes, gebleichtes oder gefärbtes Baumwollengarn:			
einmal gezwirnt	1000 Met.	—	06
mehrmals gezwirnt oder Schnüre	"	—	12
Baumwollengewebe, roh, glatt, geköpert und Zwillich:			
I. Klasse: wenn 100 Quadratmeter 11 Kilogramm oder mehr wiegen:			
von 35 Fäden und darunter auf 5 Quadratmillimeter . .	1 Kil.	—	50
von 36 Fäden und darüber auf 5 Quadratmillimeter . .	"	—	80
II. Klasse: 7 bis (ausschließlich) 11 Kilogramm für 100 Quadratmeter wiegend:			
von 35 Fäden und darunter .	"	—	60
" 36 bis 43 " .	"	1	—
" 44 und darüber . . .	"	2	—
III. Klasse: 3 bis (ausschließlich) 7 Kilogramm für 100 Quadratmeter wiegend:			
von 27 Fäden und darunter .	"	—	80
" 28 bis 35 Fäden . .	"	1	20
" 36 " 43 " . .	"	1	90
" 44 Fäden und darüber .	"	3	—
Baumwollene Gewebe: gebleichte .	15% Zuschlag auf rohen.		
gefärbte	25 Rp. per Kilogramm mehr als die rohen.		
bedrukte	vom Werth 15 %		

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Baumwollensammt:			
seidenartiger (Velvets): roh . .	1 Kil.	—	85
gefärbt oder bedrukt . . .	"	1	10
andere (Cords, Moleskin rc.): roh	"	—	60
gefärbt oder bedrukt . . .	"	—	85
Rohe, glatte oder geköperte, baumwollene Gewebe, von denen 100 Quadratmeter weniger als 3 Kilogramm wiegen	vom Werth	15 %	
Piqués, Bazins, façonirte Gewebe, Damast und Brillantes . . .	"	id.	
Baumwollene Deken	"	id.	
Glatter oder gestikter Tüll . . .	"	id.	
Gaze und Mousseline, gestikte und broschirte zu Möbeln, Behängen oder Kleidern	" 1866 & 1867	15 %	
	1. Jan. 1868	10 %	
Kleidungsstüke und ganz oder theilweise fertige Gegenstände . . .	vom Werth	15 %	
Nicht genannte Artikel	"	15 %	
Hand- und Maschinenstikereien . .	"	10 %	
Baumwollene Spizen und Blonden	"	5 %	
NB. Garne von Baumwolle, gemischt mit andern Stoffen, zahlen denselben Zoll, wie Garne von reiner Baumwolle, vorausgesezt, daß die Baumwolle in der Mischung vorherrscht.			
Gewebe aus Baumwolle, gemischt mit andern Stoffen, wenn die Baumwolle in der Mischung vorherrscht	"	15 %	
Wolle.			
Wolle, rohe	. .	Zollfrei.	
Ungekämmte Wolle, gefärbt . . .	100 Kil.	25	—
Gekämmte Wolle, gefärbt oder ungefärbt	"	25	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Ansäze. Rp.
Wollengarn, einfaches, gebleicht oder ungebleicht, welches per Kilogramm mißt:			
30,000 Meter oder weniger	1 Kil.	—	25
von 31,000 bis 40,000 Meter	"	—	35
" 41,000 " 50,000 "	"	—	45
" 51,000 " 60,000 "	"	—	55
" 61,000 " 70,000 "	"	—	65
" 71,000 " 80,000 "	"	—	75
" 81,000 " 90,000 "	"	—	85
" 91,000 " 100,000 "	"	—	95
" 101,000 und darüber . .	"	1	—
Wollengarn, gebleichtes oder ungebleichtes, zum Verweben gezwirnt	Zoll des einfachen, mit Zuschlag von 30 %		
Wollengarn, gebleicht oder nicht, gezwirnt für Tapisserie	Das Doppelte des einfachen Garns.		
Wollengarn, gefärbtes, einfach oder gezwirnt	Zoll von ungefärbtem und 25 Rp. per Kil.		
Wollengewebe	vom Werth	10 %	
Filze jeder Art	"	10 %	
Wollene Deken	"	10 %	
Teppiche jeder Art	"	15 %	
Strumpfwirkerwaaren aus Wolle .	"	10 %	
Posamentirwaaren aus Wolle . .	"	id.	
Bandwaaren aus Wolle	"	id.	
Wollene Spizen	"	id.	
Schuhe von Tuchenden	"	id.	
Indische Caschemir-Shawls und Schärpen	"	5 %	
Nichtgenannte Waaren	"	10 %	
Tuchleisten jeder Art, ganz oder zerschnitten	.	Zollfrei.	

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Kleider und andere verfertigte Artikel:			
neue	vom Werth	10 %	
alte	100 Kil.	20	
Die Garne und Gewebe aus Alpaka, Lama, Vigogne und Kameelhaaren, rein oder mit Schafwolle gemischt, unterliegen demselben Zollsaze wie die schafwollenen Garne und Gewebe, gleichviel welches Verhältniß die Mischung darbiete.			
Garne und Gewebe aus Wolle und den andern vorbenannten Stoffen, gemischt mit Baumwolle oder irgend welchen andern Gespinnsten, zahlen wie Garne und Gewebe von reiner Wolle, vorausgesezt, daß die Wolle in der Mischung überwiegt.			
Garne aus Ziegenhaaren werden gleich wie bisher behandelt.			
Gewebe von Ziegenhaaren unterliegen derselben Zollbehandlung wie die Gewebe aus Wolle.			
Seide.			
Seide, in Cocons	. .	Zollfrei.	
„ Grége oder moulinirte . .	. .	„	
„ gefärbte, Näh-, Stik- und Spizenseide	. .	„	
„ andere gefärbte	. .	„	
Floretseide:			
rohe.	. .	„	
gekämmte	1 Kil.	—	10

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Floretseide: gesponnene, einfache und gezwirnte, rohe, gebleichte, gebläute, gefärbte von:			
80,000 einfachen Metern und darunter auf das Kilogramm	1 Kil.	—	75
81,000 einfachen Metern und darüber auf das Kilogramm .	"	1	20
Gewebe, Strumpfwirkerwaaren und Spizen von reiner Seide . . .	. .	Zollfrei.	
Crep, nach englischer Art, roh, schwarz oder farbig	. .	"	
Tülle, glatte, rohe	. .	"	
appretirte	. .	"	
façonirte, roh oder appretirt	. .	"	
Gewebe von Floretseide, oder Seide und Floretseide, roh, gebleicht, gefärbt, bedrukt	1 Kil.	2	—
Gewebe, Posamenteriewaaren und Spizen von Seide oder Floretseide, in Verbindung mit ächtem Gold oder Silber	"	12	—
Dasselbe, in Verbindung mit halbächtem oder unächtem Gold oder Silber	"	3	50
Gewebe von Seide oder Floretseide, gemischt mit andern Stoffen, wenn die Seide oder Floretseide im Gewicht vorherrscht	"	3	—
Bänder von Seide oder Floretseide:			
sammetene	"	5	—
andere	"	4	—
mit andern Stoffen gemischte .	vom Werth	10 %	
Kleidungsstüke und andere fertige Artikel von Seide werden behandelt wie die Gewebe, welche dem Gewichte nach vorherrschend sind.			

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze.	
		Fr.	Rp.
Chemische Produkte.			
Jod			
Brom			
Schwefelsäure			
Galläpfelsäure			
Salpetersäure			
Weinsteinsäure			
Benzoesäure			
Borsäure			
Citronensäure			
Arsenige Säure			
Citronensaft			
Eisenoxid			
Zinkoxid, graues			
Zinnoxid			
Uranoxid			
Kupferoxid			
Zaffer und andere Kobaltverbindungen	. . . .	Zollfrei.	
Schwefelarsenik (Rauschgelb)			
Salzsaures Kali			
Jodkalium			
Runkelrübenpottasche			
Kohlensaure Pottasche (gewöhnliche Pottasche)			
Kalisalpeter			
Schwefelsaures Kali			
Weinsteinsaures Kali			
Pflanzenasche, natürliche & ausgelaugte			
Weinhefen			
Borax, roher			
Natronsalpeter			
Soda aus Varec			
Beinschwarz			
Knochen, weißgebrannte			

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Phosphorsaure Salze, wie sie in der Natur vorkommen			
Citronensaurer Kali			
Schwefelsaure Magnesia (Bittersalz)			
Kohlensaure Magnesia			
Chlormagnesium			
Eisenbeize (flüssiges, essigsaures Eisen)			
Garancine			
Milchzuker			
Albumin	. . .	Zollfrei.	
Kurkuma, gemahlene			
Lakmuskügelchen			
Berlinerblau			
Carmin aller Art			
Blauasche und Grünasche . . .			
Schellak als Farbe oder in Kugeln			
Berggrün			
Schüttgelb			
Kermes, thierischer, ganz oder pulverisirt			
Steinkohlenöl und daraus hergestellte Produkte (Derivationen) . . .	vom Werth	5 %	
Phosphor, weißer	100 Kil.	40	—
Zinkoxid (Zink, weißes)	"	2	—
Bleioxid und kohlensaures Blei .	"	2	—
Oelsäure	"	5	—
Oxalsäure und oxalsaures Kali . .	"	10	—
Gelbes blausaures Kali	"	20	—
Rothes dito	"	30	—
Farbholzextrakte:			
für Schwarz und Violet . . .	"	20	—
" Roth und Gelb	"	30	—
Hydrochlorsäure (Salzsäure) . . .	"	—	60
Aeznatron	"	5	—
Kohlensaures Natron (Sodasalz) von jedem Gehalte	"	3	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Künstliche Soda, roh	100 Kil.	1	50
Krystallisirtes, kohlensaures Natron (Sodakrystalle)	"	1	50
Schwefeligsaures und schwefelsaures Natron	"	1	20
Schwefeligsaures und krystallisirtes Natron (Glaubersalz)	"	—	70
Doppeltkohlensaures Natron und andere nicht genannte Natronsalze .	"	3	50
Chlorkalk	"	2	80
Chlorsaures Kali	"	25	75
Gewöhnliche Seife aller Art und Parfümerieseife	"	6	—
Ultramarin	"	15	—
Phosphor, rother	vom Werth	10 %	
Aluminium	"	"	
Aluminsäure. Aluminsaures Natron	"	"	
Chloraluminium (salzsaure Thonerde)	"	"	
Chromsaures Kali	"	"	
" Bleioxid	"	"	
Farben, nicht genannte, trokene, in Teigform und flüssig	"	5 %	
Stearinsäure	"	"	
Tischlerleim und Gelatine	"	"	
Firnisse: Oelfirnisse	"	10 %	
Terpentinölfirniß	"	"	
Weingeistfirniß	"	"	
Orseille jeder Art	"	5 %	
Nicht genannte chemische Produkte .	"	id.	
Glas- und Krystallwaaren.			
Spiegel, kleiner als ein Quadratmeter	vom Werth	10 %	
Spiegelglas, rohes	1 □Meter	1	50
" belegtes oder polirtes .	"	4	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Glasflaschen in jeder Form . . .	100 Kil.	1	30
Glas: Fensterglas	"	3	50
Farbiges, geschliffenes oder geschnittenes	vom Werth	10 %	
Uhrengläser und optische Gläser .	"	"	
Becher und Krystallglas, weiß oder farbig	"	"	
Glasflüsse	"	"	
Email	"	"	
Nicht genannte Gegenstände aus Glas	"	"	
Streu- und Scherbenglas	. . .	Zollfrei.	
Roher oder bearbeiteter Bergkrystall	. . .	id.	
NB. Der gefaßte Krystall wird wie Juwelier- und Goldschmiedwaaren verzollt.			
Thonwaaren.			
Grobe Töpferwaaren:			
Fliesen, Backsteine und Ziegelsteine	. . .	Zollfrei.	
Gasretorten, Drainröhren und andere, Tiegel aller Art, einschließlich derjenigen von Graphit und Wasserblei	. . .	"	
Irdene Pfeifen	. . .	"	
Grobe Töpferwaaren: Mit oder ohne Glasur in allen Formen . . .	. . .	"	
Idem: Mit Verzierungen in erhabener Arbeit, einfarbig und mehrfarbig, flaches und hohles Geschirr . .	100 Kil.	5	—
Steingut:			
Utensilien und Apparate für die Fabrikation chemischer Produkte	. . .	Zollfrei.	
Idem, gemeines jeder Art, platt und hohl, einschließlich der Flaschenform, Wasserkrüge, Haus- und Küchengeräthe	100 Kil.	4	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Fayence:			
Mit zinnhaltiger weißer Glasur, aus farbiger Masse	. . .	Zollfrei.	
Idem, mit farbiger Glasur, Majoliken, lakirte, mehrfarbige . .	vom Werth	15 %	
Idem, feine	"	"	
Idem, feines Steingut	"	"	
Porzellan aller Art, weiß oder bemalt, Parian und weißes Biskuit	"	10 %	
Verschiedene Waaren.			
Kutschenmacherarbeiten (Carosserie) .	vom Werth	10 %	
Kunstdrechslerarbeiten und Elfenbeinwaaren	"	id.	
Lederhandschuhe	"	5 %	
Lederarbeiten aller Art	"	10 %	
Leere Fässer, neue und alte; ganz oder zerlegt:			
mit Holzreifen	. . .	Zollfrei.	
mit eisernen Reifen	"	10 %	
Reifholz und Daubenholz . . .	. . .	Zollfrei.	
Schaufeln, Gabeln, Rechen und Handwerkszeughefte, hölzerne, mit oder ohne metallene Ringe	. . .	"	
Ruder	. . .	"	
Schüsseln, Löffel, Näpfe und anderes hölzernes Hausgeräthe	. . .	"	
Bauholz, rohes oder zugerichtetes .	. . .	"	
Wagnerholz, id. id. .	. . .	"	
Andere Holzarbeiten, nicht benannte	"	10 %	
Möbeln	"	id.	
Verpakungsmaterialien, bereits gebrauchte	. . .	Zollfrei.	

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Gold in Blättern	1 Kil.	25	—
Silber in Blättern	"	20	—
Zuker: roher, unter Nr. 13 . . .	100 Kil.	44	—
Von Nr. 13 bis Nr. 20 inbegriffen	"	46	—
Raffinirter oder dem raffinirten gleichgestellter:			
Candis	"	58	—
in Broden oder gestoßen . .	"	55	—
Häute: rohe	"	Zollfrei.	
Firnissirte und marokinirte .	"	80	—
Gefärbte, andere als Schaffelle	"	80	—
Gefärbte Schaffelle . . .	"	45	—
Zubereitete aller Art . . .	"	10	—
Künstliche Blumen	"	Zollfrei.	
Modeartikel	"	id.	
Strohgeflechte (Bänder) aller Art .	"	5	—
Strohhüte	"	10	—
Kurzwaaren aller Art	vom Werth	10 %	
Knöpfe, feine oder gemeine, ausschließlich der vom Posamentierer gefertigten	"	id.	
Bürstenbinderwaaren aller Art . .	"	id.	
Musikalische Instrumente und einzelne Theile solcher Instrumente . . .	"	id.	
Steknadeln aller Art	100 Kil.	50	—
Kautschuk, verarbeiteter: rein oder gemischt	"	20	—
Idem, aufgetragen auf Geweben im Stük oder auf andern Stoffen .	"	100	—
Idem, fertige Kleidungsstüke . . .	"	120	—
Idem, in elastischen Zeugen, Stüke jeder Größe	"	200	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Kautschuk: Schuhwaare	100 Kil.	60	—
Waaren von Guttapercha unterliegen denselben Zollansäzen.			
Wachsleinwand: zur Verpakung . .	"	5	—
Zu Möbeln, für Behänge und zu anderm Gebrauche	"	15	—
Siegellak	"	30	—
Wichse aller Art	"	4	—
Schreib- und Zeichnerdinte, Drukerschwärze	"	20	—
Fischerneze	"	20	—
Süßwasserfische: frische	. . . .	Zollfrei.	
zubereitete . . .	"	10	—
Würzen (Saucen)	"	25	—
Käse: harte	"	4	—
weiche	"	3	—
Bier, außer der Konsumogebühr . .	1 Hektol.	2	—
Obstwein dito . .	"	—	25
Olivenöl	100 Kil.	3	—
Oel, schweizerischer Herkunft oder Fabrikation	"	6	—
Essenz-Oele, flüchtige, aller Art, mit Ausnahme des Rosenöls	1 Kil.	1	—
Pomeranzensaft	. . . .	Zollfrei.	
Manna	100 Kil.	8	—
Melasse:			
Von wenigstens 50 % Zukergehalt	"	14	30
Von über 50 % Zukergehalt . .	Gleich rohem Zuker.		
Zur Destillation eingeführt . .	. . . .	Zollfrei.	
Weingeist, außer der Konsumogebühr, für jede 100 Grad	1 Hektol.	15	—
Branntwein in Flaschen, und Liqueure, ohne Unterschied des Stärkegehaltes (außer der Konsumogebühr) . .	"	15	—
Schiefer: zu Dachbedekungen . . .	1000 Stük	4	—
in Fliesen oder Tafeln, polirt	100 "	10	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Maulthiere und Maulesel	Stük.	5	—
Thierhaare, nicht besonders genannte, roh und gesponnen	. . .	Zollfrei.	
Ziegenhaare, gekämmte	100 Kil.	10	—
Schreibfedern, rohe oder zubereitete	. . .	Zollfrei.	
Bettfedern, Flaum und andere . .	"	50	—
Wachs: rohes, gelbes oder weißes .	"	1	—
verarbeitetes	"	4	—
Milch	. . .	Zollfrei.	
Butter: frische oder gesottene . . .	. . .	id.	
gesalzene	100 Kil.	2	50
Honig	. . .	Zollfrei.	
Thierabfälle	. . .	"	
Fettwaaren aller Art und Degras .	. . .	"	
Wallrath von Wall- und Potfischen	100 Kil.	2	—
Fischbein, rohes	. . .	Zollfrei.	
Korallen, rohe, geschnitten, nicht gefaßt	. . .	id.	
Drogueriewaaren. (Artikel, die unter der Benennung Droguerien tarifirt sind):			
Spanische Fliegen, Zibeth, Moschus, Castoreum, Ambra, Früchte zur Destillation, Storax, Styrax, Sarkokolle, Kino und andere eingetroknete Pflanzensäfte, Arzneiwurzeln aller Art, Medizinalkräuter, Blüthen, Blätter und Rinden, Schwamm zur Zunderbereitung, mineralischer Kermes, Chinaextrakte, Kampher, roher und raffinirter, Tabaksauce, Anis	100 Kil.	2	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Waschschwämme aller Art . . .	100 Kil.	50	—
Knochen, Klauen und Wolfszähne .	. .	Zollfrei.	
Thierhörner: rohe	. .	"	
Vorgearbeitete und in Platten jeder Größe	"	3	—
Harze aller Art, auch destillirte . .	. .	Zollfrei.	
Lakrizensaft	"	4	—
Safran	. .	Zollfrei.	
Sumach, gemahlener	. .	"	
Korkholz:			
Rohes und geschabtes jeder Art .	. .	"	
Verarbeitetes	vom Werth	10 %	
Farbholz, auch gemahlenes . . .	. .	Zollfrei.	
Binsen und Schilfrohr, roh . . .	. .	"	
Gerberrinde aller Art, auch gemahlene	. .	"	
Reis in Korn	100 Kil.	—	50
" in Garben	"	—	25
Teigwaaren, italienische	"	3	—
Runkelrüben	. .	Zollfrei.	
Kartoffeln	. .	"	
Hopfen	100 Kil.	20	—
Sämereien zur Aussaat	. .	Zollfrei.	
Oelfrüchte und Oelsamen . . .	. .	"	
Frische Früchte für die Tafel, Citronen, Pomeranzen und deren Varietäten	"	2	—
Trokene oder eingestampfte Früchte, Pistachen, eingemachte Früchte, Gurken, Oliven, Kapern, eingemachte Früchte ohne Zuker noch Honig	"	8	—
Gemüse, eingesalzene oder in Essig eingemachte	"	3	—
Cichorienwurzeln, frische	"	—	25
" getroknete . . .	"	1	—
Alkalinische Pflanzen	. .	Zollfrei.	

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Marmor und Alabaster aller Art:			
weiß, Statuenmarmor . . .	. .	Zollfrei.	
roh, behauen oder gesägt, von 16 und mehr Centimeter Dike	100 Kil.	1	—
anderer, gesägt, vom Bildhauer behauen, geformt oder polirt .	"	1	50
Ecaussines und andere Bausteine mit Inbegriff der Schiefersteine:			
roh, geschnitten oder gesägt . .	. .	Zollfrei.	
behauen oder polirt	"	—	50
Edelsteine aller Art	. .	Zollfrei.	
Achate und dergleichen Steinarten, verarbeitete	vom Werth	10 %	
Mühlsteine	. .	Zollfrei.	
Schleifsteine aller Art	. .	"	
Kalk und Gyps	. .	"	
Graphit und Wasserblei	. .	"	
Bleistifte:			
Einfache nur von Stein . . .	100 Kil.	1	—
Zusammengesezte mit Holzschäftung	vom Werth	10 %	
Parfümerien: alkoholhaltige . . .	Wie Weingeist.		
andere	100 Kil.	10	—
Senf in Körnern	. .	Zollfrei.	
" flüssiger oder zubereiteter . .	"	5	—
Cichorien, geröstete oder pulverisirte	"	5	—
Kerzen (Bougies) aller Art . . .	vom Werth	10 %	
Unschlittkerzen	"	10 %	
Hauseblase	100 Kil.	40	—
Fleischextrakte	. .	Zollfrei.	
Chokolate und bloßer Cacaoteig . .	"	35	—
Mineralwasser (Krüge inbegriffen) .	. .	Zollfrei.	
Papier aller Art	"	8	—
Pappendekel in Platten, aller Art .	"	8	—
Idem: gepreßt, geschnitten, gegossen	vom Werth	10 %	

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze.	
		Fr.	Rp.
Bücher in französischer Sprache, in fremden oder todten Sprachen, Kupferstiche, Lithographien, Photographien und Zeichnungen aller Art auf Papier	. .	Zollfrei.	
Landkarten	. .	"	
Musikalien	. .	"	
Etiquetten, gedrukte, gestochene und farbige	. .	"	
Gegenstände für Sammlungen außer dem Handelsverkehr	. .	"	
Moderne Statuen: aus Marmor oder Stein	. .	"	
Idem: aus Metall, in mindestens natürlicher Größe	. .	"	
Spielzeug	vom Werth	10 %	
Korbwaaren	"	10 %	
Sonnen- und Regenschirme . . .	"	10 %	
Haararbeiten	. .	Zollfrei.	
Besen, gemeine	. .	"	
Eichen- und Nußbaumholz . . .	. .	"	
Erdharze jeder Art	. .	"	
Amlung (Stärke)	100 Kil.	1	50
Schwefel, roher, gereinigter oder sublimirter	. .	Zollfrei.	
Spielkarten	vom Werth	15 %	
Strike und Taue	100 Kil.	15	—
Blutegel	. .	Zollfrei.	
Eßschwämme und Trüffeln . . .	. .	"	
Wildpret	. .	"	
Frisches Fleisch	. .	"	
Geflügel	. .	"	
Lakrizenwurzeln	. .	"	

(L. S.) (Gez.) **Kern.** **Drouyn de Lhuys.** **Rouher.**

Tarif B
zum Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich.

Zollsäze für die Einfuhr nach der Schweiz.

(Der Schweizerzentner ist gleich 100 Pfund = 50 Kilogramm.)
(Die Zugthierlast ist gleich 15 Zentner = 750 Kilogramm.)

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Ansäze. Rp.
Metalle.			
Eisen und Eisenguß.			
Eisenerz	Last.	—	15
Hammerschlag, Eisenfeile, Schmiede-schlaken: Schlaken	"	—	15
Eisenfeile	Zentner.	—	30
Roheisen in Masseln	"	—	30
Bruchstüke von alter Eisengußwaare	"	—	30
Raffinirtes Roheisen, sogen. Mazée	"	—	30
Bruchstüke von alter geschmiedeter Eisenwaare	"	—	30
Eisen in Masseln, noch Schlaken enthaltend	"	—	30

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Stabeisen, vierekig, rund oder flach, Eisenbahnschienen, Winkeleisen und T Eisen, Eisendrath, als:			
Winkeleisen und T Eisen . .	Zentner.	—	30
Stabeisen	"	1	—
Eisenbahnschienen	"	—	30
Eisendrath	"	1	50
Bandeisen von mindestens einem Millimeter Dike	"	1	50
Eisenblech, gewalzt oder gehämmert, mehr als ein Millimeter dik:			
–: In Platten im Gewicht von 200 Kilogrammen oder weniger, und deren Breite 1 Meter 20 Centimeter und deren Länge 4 Meter 50 Centimeter nicht übersteigt	"	1	50
–: In Platten über 200 Kilogramm schwer, oder solches von größern Dimensionen als die obengenannten, d. h. mindestens 3 Millimeter dik	"	—	30
Dünnes Eisenblech und Schwarzblech von einem Millimeter Dike oder weniger	"	1	50
Weißblech, verkupfertes, verzinktes oder verbleites	"	1	50
Eisendrath von $^{5}/_{10}$ Millimeter Durchmesser oder weniger, gleichviel ob verzinnt, verkupfert oder verzinkt .	"	1	50
Stahl.			
Stahl in Stäben aller Art . . .	"	1	50
" in Blechen über $^{1}/_{2}$ Millimeter dik	"	2	—
" in Blechen von $^{1}/_{2}$ Millimeter Dike oder weniger	"	2	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Stahldrath, auch versilbert zu Saiten für Instrumente	Zentner.	2	—
Kupfer.			
Kupfererz	Last.	—	15
Kupferfeile und Bruch von alten Kupferwaaren	Zentner.	—	75
Kupfer, rein oder legirt mit Zink oder Zinn –: Ersten Gusses in Masseln, Stäben, Blöken oder Platten . .	"	—	75
–: Gewalzt oder gehämmert, in Stäben oder Platten	"	1	50
Vergoldetes oder versilbertes Kupfer, gehämmert, gezogen oder gewalzt, auf Garn oder Seide gesponnen .	"	8	—
Kupferdrath, reiner	"	1	50
Zink.			
Erz, rohes oder geröstet, ganz oder zerstoßen	Last.	—	15
Zinkfeile und Bruch von alten Zinkwaaren	Zentner.	—	75
Zink, rohes, in Masseln, Blöken, Stäben oder Platten	"	—	75
Zink, gewalztes	"	—	75
Blei.			
Erz und Schlaken aller Art . .	Last.	—	15
Bleifeile und Bruch von alten Bleiwaaren	Zentner.	—	30
Blei in rohen Mulden, Blöken, Stäben oder Platten	"	—	30
Blei, gewalztes	"	—	75

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Blei, mit Antimon legirt, in Mulden	Zentner.	1	50
Buchdrukerlettern, alte	"	—	75
Zinn.			
Zinnerz	Last.	—	15
Zinn in rohen Stüken, Blöken, Stäben oder Platten	Zentner.	—	75
Zinnfeilspähne und Bruch . . .	"	—	75
Zinn, mit Antimon legirt (Britanniametall), in Barren	"	1	50
Zinn, rein oder legirt, gehämmert oder gewalzt	"	1	50
Wismuth, roher; Kadmium, rohes; Quekfilber	"	1	50
Antimonium.			
Erz	Last.	—	15
Schwefelspießglanz, gegossener . .	Zentner.	—	75
Spießglanzkönig	"	—	75
Nikel.			
Nikelerz	Last.	—	15
" gegossenes	Zentner.	1	50
Nikel, rein oder mit andern Metallen legirt, namentlich mit Kupfer oder Zink (Argentan), in Stangen oder in rohen Stüken	"	1	50
Nikel, rein oder legirt mit andern Metallen, gewalzt oder gezogen .	"	3	50
Braunstein	"	—	30
Arsenik: Erz und gediegener Arsenik	"	1	50
Erze, nicht namentlich genannte .	Last.	—	15

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Metallwaaren.			
Eisengußwaaren, nicht abgedreht oder polirt.			
1. Klasse. Schienenstühle, Platten oder andere in offener Form gegossene Stüke			
2. Klasse. Gerade cylinderförmige Röhren, massive Balken und Säulen, Gasretorten . .	Zentner.	1	—
3. Klasse. Topfgeschirre und alle andern in den beiden vorhergehenden Klassen nicht genannten Waaren . . .			
Eisengußwaaren: polirt oder abgedreht			
Idem: verzinnt, emaillirt oder gefirnißt			
Waaren aus Schmiedeisen.			
Eisenwerk, als: Baustüke, Schiffsrippen und Schiffsbalken, Beschläge zu Karren und Waggons und Thürangeln, Fensterangeln, große Riegel, Winkelhaken und anderes grobes Eisenwerk zu Thüren oder Fenstern, weder abgedreht noch polirt . .	"	3	50
Gitter, massive, Bettstellen, Sessel, Garten- und andere Möbeln mit oder ohne Verzierungen von Gußeisen, Kupfer oder Stahl, alles roh oder nur übertheert	"	3	50
Dieselben, emaillirt, polirt oder firnissirt	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze.	
		Fr.	Rp.
Schlosserwaaren, als:			
Schlösser und Vorlegeschlösser jeder Art, Fischbänder und Scharniere von Eisenblech, Klinken, Riegel und alle übrigen Gegenstände von Schmiedeisen und Eisenblech, abgedreht, polirt oder gefeilt zu Beschlägen von Möbeln, Thüren und Fenstern:			
gemeine, nur übertheerte, nicht polirt, nicht bemalt, nicht firnissirt	Zentner.	3	50
polirt, bemalt, firnissirt .	"	8	—
Nägel mit der Maschine geschmiedet	"	3	50
" " " Hand geschmiedet .	"	3	50
Holzschrauben, Bolzen, Schraubenmuttern	"	3	50
Anker	"	2	—
Ankerketten und eiserne Ketten . .	"	3	50
Werkzeuge von Eisen, mit oder ohne Heft	"	3	50
Röhren, gezogene, eiserne, einfach und stumpf zusammengeschweißte, von 9 Millim. innerem Durchmesser oder mehr	"	3	50
Röhren von weniger als 9 Millim., Verbindungsstüke aller Art . .	"	3	50
Röhren, gezogene, über den Dorn gearbeitet und übereinander geschweißt	"	3	50
Fischangeln, eiserne, verzinnt oder nicht verzinnt	"	8	—
Wirthschaftsgeräthe und andere nicht benannte Waaren:			
von Schmiedeisen oder Eisenblech, polirt oder bemalt . . .	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Wirthschaftsgeräthe und andere nicht benannte Waaren:			
von Schmiedeisen oder Eisenblech, emaillirt, verzinnt oder firnißirt: ungenietet, wie Pfannen und Schalen, Gebisse u. dgl.	Zentner.	3	50
Idem: genietete oder von Hand gearbeitete	"	8	—
Stahl.			
Werkzeuge von reinem Stahl (Feilen, Sägen, Sensen, Sicheln und andere nicht genannte)	"	3	50
Nähnadeln	"	8	—
Fischangeln, von Stahl, gebläut oder nicht	"	8	—
Schreibfedern, metallene, mit Ausnahme der goldenen und silbernen	"	8	—
Kleine Gegenstände von Stahl, als Perlen, Schiebringe, Broschen, Fingerhüte	"	8	—
Wirthschaftsgeräthe und andere nicht namentlich aufgeführte Gegenstände von reinem Stahl:			
für den Hausgebrauch, nicht polirt	"	3	50
andere	"	8	—
Messerschmiedwaaren aller Art . .	"	8	—
Instrumente, optische, chemische, physikalische und mathematische . .	"	2	—
Blanke Waffen	"	2	—
Feuerwaffen	"	2	—
Verschiedene Metalle.			
Werkzeuge von Schmiedeisen, verstählte, mit oder ohne Heft . .	"	3	50

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Waaren von Guß- und Schmiedeisen, nicht polirt, sofern das Gewicht des Schmiedeisens die Hälfte des Gesammtgewichts nicht erreicht . .	Zentner.	1	—
Dieselben, sofern das Gewicht des Schmiedeisens die Hälfte oder mehr des Gesammtgewichts ausmacht .	"	3	50
Waaren von Guß- und Schmiedeisen, polirt, emaillirt oder lakirt, selbst mit zugehörigen Verzierungen von Schmiedeisen, Kupfer, Messing oder Stahl	"	8	—
Metallgewebe von Eisen oder Stahl	"	3	50
Drukwalzen von Kupfer oder Messing, gravirt oder nicht	"	2	—
Kupferschmiedwaaren	"	8	—
Gewebe aus Kupfer- oder Messingdrath	"	3	50
Gegenstände der Kunst, Zierathen und alle übrigen Waaren aus reinem oder mit Zinn oder Zink legirtem Kupfer	"	8	—
Zinkwaaren:			
nicht polirt, nicht bemalt . . .	"	3	50
polirt, bemalt oder firnissirt . .	"	8	—
Röhren aus Blei und Bleiwaaren aller Art:			
Blei in Röhren, gewalztes, Bleikugeln und Schrot . . .	"	—	75
Bleiwaaren: nicht bemalt, nicht firnissirt . . .	"	3	50
" bemalte, firnissirte	"	8	—
Buchdrukerlettern, neue	"	3	50
Topfgeschirr und andere Waaren aus reinem oder mit Antimon legirtem Zinn: nicht polirt, nicht bemalt .	"	3	50
Dieselben: polirt, bemalt oder firnissirt	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Waaren aus Legirung von Nikel mit Kupfer oder Zink (Argentan) .	Zentner.	8	—
Plattirte Waaren ohne Unterschied des Feingehalts	"	15	—
Metallwaaren, im Feuer oder galvanisch vergoldet oder versilbert .	"	15	—
Juwelier- und Goldschmiedwaaren aus Gold, Silber, Platin und andern Metallen	"	15	—
Uhren: gemeine Wanduhren, mit Ausschluß von Spieluhren und solcher, die in goldene Rahmen oder in Gemälde gefaßt sind . .	"	8	—
Idem: andere, und Pendülen aller Art		15	—
Uhrenbestandtheile	"	8	—
Maschinen und mechanische Geräthe.			
Vollständige.			
Feststehende Dampfmaschinen, mit oder ohne Kessel, mit oder ohne Schwungrad			
Idem, für die Schiffahrt . . .			
Lokomotive und Lokomobile . . .			
Vollständige Tender zu Lokomotiven			
Maschinen für die Spinnerei . .			
" für die Weberei . . .	"	2	—
" für Papierfabriken . .			
" für die Buchdrukerei . .			
" für die Landwirthschaft .			
" für die Krazenfabrikation .			
" zum Reinigen und Auflokern von Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf und andern Faserstoffen .			

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Tüllwebstühle	Zentner.	2	—
Kupferne Apparate zur Destillation, zur Zukerfabrikation, zur Heizung für Pharmazeuten	"	2	—
Idem für den Hausgebrauch (Kupfergeschirr)	"	8	—
Krazen ohne Besaz	"	2	—
Dampfkessel von Eisenblech, cylindrisch oder kugelförmig, mit oder ohne Vorwärmer	"	2	—
Idem röhrenförmige von Eisenblech mit Röhren von Schmiedeisen, Kupfer oder Messing, gezogen oder genietet, und alle übrigen Kessel von nicht cylindrischer oder einfacher Kugelform	"	2	—
Idem von Stahlblech jeder Form .	"	2	—
Gazometer, Abdampfpfannen, Oefen, Heizapparate von Eisenblech oder von Gußeisen und Eisenblech:			
Gazometer	"	2	—
Kessel, Pfannen und Heizapparate von Eisenblech . . .	"	3	50
Oefen und Heizapparate von Eisenguß und Theile von Eisen	"	1	—
Werkzeugmaschinen und nicht genannte Maschinen, welche 75 % und mehr Gußeisen enthalten	"	2	—
Idem, welche 50 bis (ausschließlich) 75 % Gußeisen enthalten . . .	"	2	—
Idem, welche weniger als 50 % Gußeisen enthalten	"	2	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Maschinentheile.			
Krazenbeschläge in Leder, Kautschuk oder in gemischten oder ungemischten Geweben	Zentner.	2	—
Weberblätterzähne aus Eisen oder Kupfer	"	2	—
Weberblätter, Beschläge oder Weberkämme mit Zähnen von Eisen oder Kupfer	"	2	—
Theile von Gußeisen, polirt, abgefeilt und vorgerichtet	"	1	—
Theile von Schmiedeisen, polirt, abgefeilt, zum Gebrauch vorgerichtet oder nicht, ohne Rüksicht auf deren Gewicht:			
nicht polirt, nicht bemalt, nicht firnissirt	"	3	50
polirt, bemalt, firnissirt oder vorgerichtet	"	8	—
Stahlfedern zur Wagenfabrikation, für Waggons, Lokomotiven, weder abgeglättet, noch polirt, noch bemalt	"	3	50
Idem, abgeglättet, polirt, bemalt .	"	8	—
Theile von Stahl, polirt, gefeilt, vorgerichtet oder nicht:			
mehr als ein Kilogramm schwer unter und bis 1 Kilogramm schwer — sind zu tarifiren wie Wagenfedern.	"	3 & 8	50 —
Theile von reinem oder mit einem andern Metalle legirtem Kupfer .	"	8	—
Platten und Streifen von Leder, Kautschuk und Zeugstoffen, speziell zur Krazenfabrikation bestimmt .	"	2	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Verschiedene Artikel.			
Blatt-Gold und Blatt-Silber . .	Zentner.	8	—
Zuker, raffinirter	"	3	50
Kutschenmacherarbeiten	vom Werth	10 %	—
Kunstdrechslerarbeiten und Elfenbeinwaaren:			
Kunstarbeiten, eingelegte u. dgl.	Zentner.	15	—
Drechsler- und andere Elfenbeinarbeiten	"	8	—
Häute, rohe	"	—	30
Leder, lakirtes, gefärbtes oder marokinirtes	"	3	50
Häute in anderer Weise zugerichtet:			
um ausgestopft zu werden . .	"	2	—
gegerbte aber noch mit Haaren, zu Sattlerarbeiten tauglich . .	"	3	50
zubereitete für Kürschnerarbeiten .	"	8	—
Lederwaaren aller Art:			
grobe, namentlich grobe Schuhmacher-, Sattler- und Taschnerarbeiten, gemeine Fuhrgeschirre, Blasbälge, Habersäke und Patrontaschen	"	8	—
feine, von Corduan, Safian, Marokin, brüsseler oder dänischem Leder, von sämisch oder weißgarem Leder, von lakirtem Leder und Pergament, garnirte Reitzeuge und Geschirre, Lederhandschuhe, feine Schuhwaare, Schuhe und Stiefel mit Pelz oder Juchten	"	15	—
Leere Fässer, neue oder alte; ganz oder zerlegt:			
mit Holzreifen	Last.	—	60
" Eisenreifen	Zentner.	2	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Schaufeln, Gabeln, Rechen und Werkzeugstiele von Holz, mit oder ohne metallene Ringe	Zentner.	2	—
Ruder	"	2	—
Schüsseln, Löffel, Näpfe und anderes hölzernes Hausgeräthe: unbemalt und ohne Schnizarbeit . . .	"	2	—
Dieselben: bemalt, polirt, firnissirt oder geschnizt	"	8	—
Bauholz: rohes	Last.	—	60
zugerichtetes	Zentner.	2	—
Wagnerholz: rohes	Last.	—	15
zugerichtetes . . .	Zentner.	2	—
Holzwaaren, andere, nichtbenannte, und Möbeln:			
Drechslerarbeiten von gemeinen Holzarten, nicht bemalt, nicht polirt	"	2	—
Tischlerarbeit von Tannen- und anderm gemeinem Holz, nicht bemalt, nicht polirt und ohne Schlosserarbeit	"	2	—
Möbeln, alte, schon gebrauchte	"	3	50
Leisten zu Rahmen, façonirte, rohe oder begypste	"	3	50
Möbeln, neue (Tischlerarbeit aller Art)	"	8	—
Drechsler- und Holzwaaren, bemalt, polirt, firnissirt oder geschnizelt .	"	8	—
Abgüsse von Gyps, Schwefel oder Steinpappe, bemalt oder unbemalt	"	3	50
Schiffe, Barken und Gerippe zu Schiffen und Barken:			
gewöhnliche für den Transport von Menschen und Waaren .	vom Werth	5 %	—
Luxusschiffe, Gondeln . . .	"	10 %	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Verpakungsmaterialien, bereits gebrauchte:			
Fässer, Fäßchen, Kisten . .	Last.	—	60
Lumpen-, Gyps-, Salz- und Getreidesäke u. dgl. . . .	Zentner.	—	75
Spinnerei und Weberei.			
Flachs und Hanf, gehechelter . .	"	—	30
Leinen und Hanfgespinnst:			
Paktuchgarn	"	—	30
Flachs-, Hanf- und Reistengarn, ungebleicht, ungefärbt und ungezwirnt; Schustergarn . . .	"	2	—
Dasselbe: gebleicht, gefärbt, gezwirnt	"	3	50
Leinen- und Hanfgewebe, glatte oder gemusterte:			
Paktuch, gemeines und rohes von höchstens 25 Fäden auf den Zoll sowohl im Zettel als im Eintrage	"	—	75
Leinenzeug und Zwillich, roh oder halbgebleicht, ungefärbt und unter 40 Zettelfäden auf den Zoll	"	2	—
Leinwand und Leinenband, gebleicht, gefärbt oder appretirt, sowie Leinwand, ungebleichte, aber über 40 Zettelfäden auf den Zoll	"	8	—
Zwillich, glatt oder gemustert, gebleicht, gefärbt oder bedrukt:			
nach den Klassen wie Leinengewebe.			
Damascirte Tischzeuge:			
wie Leinengewebe.			

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze.	
		Fr.	Rp.
Batist	Zentner.	8	—
Linon	"	8	—
Sacktücher, eingefaßte:			
ohne Stickereien	"	8	—
mit Stickereien	"	15	—
Leinener Tüll	"	15	—
Leinene Spizen	"	15	—
Leinene Strumpfwirkerwaaren	"	8	—
Posamentirarbeit von Leinen	"	8	—
Bandwaaren aus rohem Garn, gebleicht oder gefärbt	"	8	—
Ganz oder theilweise fertige Artikel aus Leinen oder Hanf	"	15	—
Artikel, nicht namentlich aufgeführte, und Kleidungsstüke werden analog je nach den Tarifklassen taxirt	"	von: 2—15	—
Leinen- oder Hanfgewebe, gemischte, sofern das Gewicht des Flachses oder Hanfes vorherrscht:			
nach den Klassen wie Leinengewebe	"	2—8	—
Jute: gebrochen oder in Stengeln, aus Indien	"	—	30
gehechelt	"	—	30
Jutegarne: rohe zu Paktuch	"	—	30
andere rohe	"	2	—
gebleichte oder gefärbte	"	3	50
Jutegewebe, rohe	"	von:	75
(nach den Klassen der Leinengewebe)		bis 8	—
Jutegewebe, gebleicht oder gefärbt (id.)	"	8	—
Juteteppiche, glatt oder aufgeschnitten	"	3	50
Neuseeländerflachs	"	—	30
Abaka und andere nicht genannte vegetabilische Faserstoffe:			
roh oder gehechelt	"	—	30
gekämmte oder gezwirnte	"	3	50

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Fasern: Garn	Zentner.	2	—
Gewebe: grobes Paktuch . . .	"	—	75
andere: gleich Leinengewebe	"	von: 2—8	—
Pferdehaare, rohe aller Art . . .	"	1	50
Roßhaare, zubereitet, in Strangen oder gekräuselt	"	3	50
Gewebe und Arbeiten aus Roßhaar, rein oder gemischt	"	8	—
Baumwolle.			
Rohe indische Baumwolle . . .	"	—	30
Baumwollenwatte	"	2	—
Einfaches Baumwollengarn: rohes .	"	2	—
" gebleichtes	"	3	50
" gefärbtes	"	3	50
Zweidräthiges Baumwollengarn: roh	"	2	—
gebleicht, gefärbt und alles andere	"	3	50
Zu Ketten angelegtes Baumwollengarn: roh	"	2	—
gebleicht und gefärbt	"	3	50
Rohes, gebleichtes oder gefärbtes, drei- und mehrdräthiges Baumwollengarn, ein- und mehrfach gezwirnt:			
rohes	"	2	—
anderes	"	3	50
Baumwollengewebe: roh, glatt, geköpert, auch Zwillich	"	2	—
" gebleicht, gefärbt, bedrukt	"	8	—
Baumwollensammt:			
seidenartiger, sog. Velvets: roh .	"	2	—
gefärbt oder bedrukt	"	8	—
andere (Cords, Moleskin x.):			
roh	"	2	—
gefärbt oder bedrukt . . .	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Rohe, glatte oder geköperte, baumwollene Gewebe, im Gewichte unter 3 Kilogramm per 100 Quadratmeter	Zentner.	2	—
Piqués, Bazins, façonirte Gewebe, Damast und Brillantes . . .	"	8	—
Baumwollene Deken:			
gemeine, ohne Näharbeit noch Posamentirarbeit	"	2	—
andere	"	8	—
Baumwollener Tüll, glatter . .	"	8	—
" gestikter . .	"	15	—
Gaze und Mousseline, gestikte zu Möbeln, Behängen oder Kleidungsstüken	"	15	—
Ganz oder theilweise fertige Gegenstände	"	15	—
Nicht genannte Artikel werden analog, je nach nach den Tarifklassen taxirt	"	von: 2—15	—
Handstikereien	"	15	—
Baumwollene Spizen und Blonden	"	15	—
Gewebe aus Baumwolle und andern Materialien, sofern die Baumwolle in der Mischung vorherrscht: Gleichbehandlung mit den Geweben aus reiner Baumwolle	"	von: 2—15	—
Wolle.			
Rohe, australische	"	—	30
Ungekämmte, gefärbte Wolle . .	"	—	30
Gekämmte Wolle, gefärbt oder ungefärbt	"	—	30

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Wollengarn, gebleichtes und ungebleichtes: gebleicht	Zentner.	3	50
ungebleicht	"	2	—
" zum Verweben gezwirnt:			
gebleicht	"	3	50
ungebleicht . . .	"	2	—
Gezwirntes Wollengarn für Tapisserie	"	3	50
Einfaches oder gezwirntes Wollengarn, gefärbtes	"	3	50
Gewebe aus Wolle: roh . . .	"	3	50
Gebleicht, geschwefelt, gefärbt, bedrukt	"	8	—
Filze aller Art: grobe Filzarbeiten .	"	3	50
Stoffe von Filz	"	8	—
Wollene Deken:			
gemeine rohe und graue . . .	"	3	50
gebleicht, geschwefelt, gefärbt .	"	8	—
Teppiche aller Art: grobe, ohne Fransen und ohne Näharbeit . . .	"	3	50
Teppiche: am Stük oder mit grob übernähten Enden	"	8	—
Idem: fertige, aller Art	"	15	—
Wollene Strumpfwirkerwaaren . .	"	8	—
Posamentirwaaren aus Wolle . .	"	8	—
Bandwaaren aus Wolle	"	8	—
Wollene Spizen	"	8	—
Schuhe von Tuchenden	"	8	—
Shawls und Schärpen von Cachemir	"	15	—
Nichtgenannte Waaren: werden analog, je nach den Tarifklassen, taxirt	"	von: 2—15	—
Tuchleisten aller Art, ganz oder zerschnitten	"	3	50
Kleider: verfertigte neue	"	15	—
" alte	"	—	75

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Seide.			
Seide in Cocons und Seidenabfälle	Zentner.	—	30
Floretseide und Seide, roh	"	2	—
Gröge und moulinirte Seide . . .	"	3	50
Seide, gefärbte, Nähseide und Seide zum Stiken und Klöppeln . .	"	3	50
Anderer gefärbter Seidenfaden wird je nach seiner Gattung und per Analogie taxirt	"	von: bis 8	30 —
Floretseide: Abfälle davon . . .	"	—	30
" gekämmte	"	3	50
Seide: gesponnene, einfach und gezwirnt, rohe, gebleichte, gebläute, gefärbte	"	3	50
Gewebe, Strumpfwirkerwaaren und Spizen aus reiner Seide:			
Gewebe & Strumpfwirkerwaaren	"	8	—
Spizen	"	15	—
Crep, nach englischer Art, roher, schwarzer oder farbiger . . .	"	8	—
Tülle: glatte, rohe . . . . . . appretirte . . . . façonirte, roh oder appretirt	"	8	—
Gewebe von Floretseide, oder von Seide und Floretseide, rohe, weiße, gefärbte, bedrukte	"	8	—
Gewebe, Posamenterie und Spizen von Seide oder von Floretseide:			
mit feinem Gold oder Silber .	"	15	—
mit halb oder ganz falschem Gold oder Silber	"	15	—
Gewebe von Seide oder Floretseide, gemischt mit andern Stoffen, wenn die Seide oder Floretseide im Gewicht vorherrscht	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Bänder von Seide oder Floretseide:			
sammetene	Zentner.	8	—
andere	"	8	—
gemischte, in denen die Seide oder die Floretseide im Gewicht vorherrscht	"	8	—
Chemische Produkte.			
Jod	"	3	50
Brom	"	3	50
Säuren: Schwefelsäure	"	—	30
Salpetersäure	"	—	30
Weinsteinsäure	"	2	—
Benzoesäure	"	—	75
Borsäure	"	—	75
Citronensäure	"	2	—
Arsenige Säure	"	—	30
Citronensaft	"	1	50
Oxide; Eisenoxid	"	3	50
Zinkoxid, graues	"	1	50
Zinnoxid	"	—	75
Uranoxid	"	3	50
Kupferoxid	"	—	75
Zaffer und andere Kobaltverbindungen	"	—	75
Schwefelarsenik (Rauschgelb, Realgar)	"	3	50
Salzsaures Kali	"	—	30
Jodkalium	"	3	50
Runkelrübenpottasche	"	—	75
Kohlensaure Potasche (gewöhnliche Pottasche)	"	—	30
Kohlensaures Kali, gereinigt, krystallisirt	"	3	50
Kalisalpeter	"	—	30

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Schwefelsaures Kali	Zentner.	3	50
Weinsteinsaures Kali	"	3	50
Pflanzenasche, natürliche und ausgelaugte	Last.	—	15
Weinhefen	"	—	15
Roher Borax	Zentner.	3	50
Natronsalpeter und Salpeter . .	"	—	30
Soda aus Varec	"	—	30
Beinschwarz	"	1	50
Weißgebrannte Knochen	"	1	50
Phosphorsaure Salze, wie sie in der Natur vorkommen	"	3	50
Citronensaurer Kalk	"	3	50
Schwefelsaure Magnesia (Bittersalz)	"	3	50
Kohlensaure Magnesia	"	3	50
Chlormagnesium	"	3	50
Eisenbeize (flüssiges, essigsaures Eisen)	"	—	75
Garancine	"	1	50
Milchzuker	"	3	50
Albumin (Eiweißstoff)	"	3	50
Phosphor, weißer	"	3	50
Zinkoxid (Zink, weißer)	"	1	50
Bleioxid und kohlensaures Blei . .	"	1	50
Oelsäure	"	3	50
Oxalsaures Kali	"	3	50
Gelbes blausaures Kali	"	1	50
Rothes dito	"	3	50
Farbholzextrakte:			
Für Schwarz und Violet . . .	"	3	50
" Roth und Gelb	"	3	50
Kurkuma, gemahlene	"	—	75
Hydrochlorsäure (Salzsäure) . . .	"	—	30
Aeznatron	"	—	75
Kohlensaures Natron (Sodasalz) von jedem Gehalte	"	—	30

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Künstliche Soda, roh	Zentner.	—	30
Krystallisirtes, kohlensaures Natron (Sodakrystalle)	"	—	30
Schwefeligsaures Natron	"	3	50
Schwefelsaures Natrum, roh, kalzinirt oder krystallisirt (Glaubersalz) .	"	—	30
Doppeltkohlensaures Natron und andere nicht genannte Natronsalze .	"	3	50
Chlorkalk	"	—	30
Chlorsaures Kali	"	3	50
Gewöhnliche Seife aller Art, auch wohlriechende (Parfümerie-) Seife	"	—	75
Ultramarin	"	3	50
Phosphor, rother	"	3	50
Aluminium	"	3	50
Schwefelsaure und essigsaure Thonerde	"	—	75
Aluminsaures Natron	"	3	50
Chloraluminium (salzsaure Thonerde)	"	3	50
Chromsaures Kali	"	1	50
" Bleioxid	"	3	50
Farben, nicht genannte, troken, in Taigform und flüssig:			
chemische, mineralische in Broken, rohe vegetabilische, gerieben, gewaschen oder zubereitet .	"	3	50
vegetabilische, zubereitete, in Schachteln, Flaschen, Muscheln, Töpfchen, Stängeln	"	8	—
Stearinsäure	"	—	75
Tischlerleim und Gelatine, gewöhnliche	"	—	30
Gelatine, gereinigte	"	3	50
Firnisse: Oelfirnisse	"	3	50
Terpentinölfirniß	"	3	50
Weingeistfirniß	"	3	50

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Orseille jeder Art:			
Orseillemoos, roh	Zentner.	—	30
" zubereitet . . .	"	—	75
Persio	"	3	50
Sauerkleesäure	"	2	—
Essigsäure	"	—	75
Holzsäure	"	—	75
Schwefelantimon, roh (Spießglanzerz)	"	—	75
Weißer Arsenik	"	—	30
Nichtgenannte chemische Produkte .	"	3	50
Glas-, Krystall- und Thonwaaren.			
Spiegel unter zwei Quadratfuß, außenher der Rahme gemessen . . .	"	8	—
Spiegel von 2 Quadratfuß und darüber, außenher der Rahme gemessen . .	"	15	—
Spiegelglas, unbelegtes, jeder Größe	"	8	—
Idem, belegtes (gleich den Spiegeln)	"	8 & 15	—
Glasflaschen, gewöhnliche grüne, braune Weinflaschen	"	—	75
Fensterglas	"	3	50
Farbiges, geschliffenes oder geschnittenes Glas	"	8	—
Uhrengläser und optische Gläser . .	"	8	—
Becher & Krystallglas, weiß oder farbig	"	8	—
Glasflüsse	"	2	—
Email	"	2	—
Nicht genannte Gegenstände aus Glas werden, je nach ihrer Gattung, taxirt als:			
Fensterglas oder gemeine Glaswaaren	"	3	50
feine Glas- und Krystallwaaren, geschliffenes Hohlglas . .	"	8	—
gemalte Glasscheiben . . .	"	15	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Ansäze. Rp.
Streu- oder Scherbenglas	Last.	—	60
Roher oder bearbeiteter Bergkrystall:			
roher	Zentner.	2	—
künstlich geschnittener	"	15	—
Gemeine Töpferwaaren:			
Fliesen, Backsteine und Ziegelsteine	Last.	—	60
Gasretorten, Drainröhren & andere	"	—	60
Tiegel jeder Art, einschließlich derer von Graphit und Wasserblei .	Zentner.	—	75
Irdene Pfeifen	"	—	75
Gemeine Töpferwaaren, mit oder ohne Glasur	"	—	75
Idem, glasirte mit Verzierungen in erhabener Arbeit, einfarbig und mehrfarbig, flaches und hohles Geschirr	"	8	—
Steingut:			
Utensilien und Apparate für die Fabrikation chemischer Produkte	"	2	—
gemeines jeder Art, platt und hohl einschließlich der Flaschenform, Wasserkrüge, Hausgeräthe, Küchengeschirr u. s. w.	"	—	75
Fayence:			
Mit zinnhaltiger weißer Glasur, aus farbiger Masse	"	8	—
Idem, mit farbiger Glasur, Majoliken, lakirt, mehrfarbig . . .	"	8	—
Idem, feine	"	8	—
Steingut, feines	"	8	—
Porzellan aller Art, weiß oder bemalt, Parian und weißes Biskuit	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Verschiedene Waaren.			
Künstliche Blumen	Zentner.	15	—
Modewaaren	"	15	—
Kurze Waaren jeder Art (Mercerie)	"	8	—
Feine oder gewöhnliche Knöpfe, ausschließlich der vom Posamentirer gefertigten	"	8	—
Bürstenbinderwaaren jeder Art:			
gemeine, ohne bemaltes, polirtes oder firnissirtes Holz; von Borsten, Binsen oder Metall . .	"	3	50
feine, mit polirtem, bemaltem, firnissirtem Holz, mit Bein- oder Ledertheilen	"	8	—
Posamenterie, nicht besonders benannte	"	8	—
Musikalische Instrumente und einzelne Theile solcher Instrumente . .	"	8	—
Steknadeln aller Art	"	8	—
Kautschuk, verarbeiteter:			
Rein oder gemischt, geschnitten, gesponnen, in Kugeln, Platten oder Blättern, auch Riemen und Röhren	"	3	50
Verschiedene Arbeiten und Kautschuk zum Büreaugebrauch	"	8	—
Aufgetragen auf Gewebe am Stük oder auf andere Stoffe . . .	"	8	—
Kleider, fertige	"	15	—
In elastischen Zeugen, Stüke jeder Größe	"	8	—
Schuhwerk, ohne Näharbeit . .	"	8	—
mit Näharbeit . .	"	15	—
(Waaren von Guttapercha unterliegen denselben Zollansäzen.)			

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Strohgeflechte	Zentner.	2	—
Wachsleinwand:			
zur Verpakung	"	1	50
zu Möbeln, für Behänge und zu anderm Gebrauch	"	8	—
Siegellak	"	8	—
Wichse aller Art	"	3	50
Schreib- und Zeichnerdinte, Drukerschwärze	"	8	—
Strike, Ankertaue	"	1	50
Schnüre, Bindfaden und Seilerarbeiten	"	8	—
Fischerneze	"	8	—
Süßwasserfische, frische	Last.	3	—
Idem, zubereitete; getroknet, gesalzen, marinirt oder geräuchert, in Gefäßen von und über 10 Pfund .	Zentner.	2	—
Idem, zubereitete; in Büchsen oder Gläsern, in Essig oder Oel eingemacht	"	8	—
Meerfische, frische, gesalzene, getroknete oder geräucherte – werden gleichartig behandelt wie die Süßwasserfische.			
Würzen, zubereitete (Saucen) . .	"	8	—
Käse, harte	"	2	—
weiche	"	2	—
Bier in Fässern (außer der Consumogebühr) . .	"	—	75
in Flaschen (außer der Consumogebühr) . .	"	3	50
Wein in Flaschen (außer der Consumogebühr) . .	"	3	50
in Fässern (außer der Consumogebühr) . .	"	1	50
Melassen aller Art	"	3	50
Weingeist (ohne Unterschied des Stärkegehalts) außer der Consumogebühr:			
in Fässern	"	3	50
in Flaschen	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Schiefer: zu Bedachungen . . .	Last.	—	60
in Fliesen oder Tafeln .	Zentner.	1	50
eingerahmt, auch Griffel .	"	8	—
Branntwein in Flaschen und Liqueure, ohne Unterschied des Stärkegehalts (außer der Consumogebühr) . .	"	8	—
Thierhaare, nicht besonders taxirte: roh	"	1	50
gesponnen	"	3	50
Ziegenhaare, gekämmte	"	1	50
Schreibfedern, rohe oder gezogene .	"	8	—
Bettfedern aller Art, Flaum und andere	"	3	50
Wachs, rohes, gelbes oder weißes .	"	—	75
Wachsarbeiten aller Art, Wachskerzen und Wachsrödel	"	8	—
Milch	Last.	—	15
Butter, frische oder gesottene . .	Zentner.	—	50
gesalzene und Schweinefett	"	—	50
Honig	"	1	50
Abfälle aus dem Thierreiche . .	Last.	—	15
Meerkrebse	Zentner.	3	50
Austern, frische	"	3	50
marinirte	"	3	50
Volle Muscheln und andere Meerschalthiere	"	3	50
Fischthran, gemeiner, in Fässern .	"	—	30
gereinigter, in Gefäßen unter 10 ℔	"	3	50
Degras	"	—	30
Talg und gleichartige Fettwaaren .	"	—	50
Wallrath von Wall- und Potfischen, auch Stearin, roh und gereinigt .	"	—	75
Wallrath- und Stearinkerzen . . .	"	8	—
Fischbein, roh	"	2	—
Seehunds- und Seekuhfelle, roh, frisch oder getroknet	"	—	30

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Ansäze. Rp.
Korallen: rohe	Zentner.	2	—
geschnittene, gefaßt oder nicht	"	15	—
Droguerien:			
Cantharideu (Spanische Fliegen)	"	3	50
Zibeth, Moschus, Castoreum	"	3	50
Ambra	"	3	50
Früchte zur Destillation, d. h. gemeine, gedörrte oder getroknete Früchte wie Aepfel, Birnen, Kirschen, Pflaumen, Baumnüsse und Wachholderbeeren	"	—	75
Storax, Styrax	"	3	50
Sarkokolle, Kino und andere eingetroknete Pflanzensäfte	"	3	50
Arzneiwurzeln aller Art	"	3	50
Kräuter, Blüthen, Blätter und Rinden, medizinale	"	3	50
Schwamm zur Zunderbereitung	"	—	30
Mineralischer Kermes	"	3	50
Chinaextrakte	"	3	50
Kampher, roher und raffinirter	"	3	50
Waschschwämme aller Art	"	3	50
Knochen, Klauen, Hufe, Wolfszähne und andere thierische Abfälle	Last.	—	15
Thierhörner: rohe	Zentner.	—	30
Vorgearbeitete und in Platten jeder Größe	"	—	30
Harze aller Art: rohe, nicht destillirte	"	—	30
gereinigte	"	—	75
balsamische	"	3	50
zu Räucherungen	"	8	—
Lakrizensaft (Süßholzsaft)	"	3	50
Korkholz: roh und in rohen Platten	"	2	—
Verarbeitetes, Sohlen, Stöpsel u. dgl.	"	3	50

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
Farbhölzer:			
In unzerkleinertem Zustande . .	Zentner.	—	30
Geraspelt oder gemahlen . . .	"	—	75
Binsen und Schilfrohr, roh . .	Last.	—	15
Meerrohre und Spanischrohre, rohe oder gespaltene	Zentner.	1	50
Gerberrinde aller Art, auch gemahlene	Last.	—	15
Runkelrüben	"	—	60
Kartoffeln	"	—	15
Hopfen	Zentner.	2	—
Sämereien, zur Aussaat	"	—	15
Oelsamen und Oelfrüchte . . .	"	—	15
Gemüse, eingesalzen oder in Essig eingemacht:			
Sauerkraut und andere bloß eingesalzene Gemüse	"	2	—
in Essig, in Gefäßen: über 10 Pfund wiegend	"	3	50
Idem: unter 10 Pfund wiegend	"	8	—
Cichorienwurzeln: frische	"	—	30
getroknete . . .	"	—	30
Alkalinische Pflanzen	Last.	—	60
Bäume, Zierbäume und Ziersträucher, freiwachsend; Glashauspflanzen und Topfgewächse	"	3	—
Marmor und Alabaster aller Art:			
Alabaster und Marmor, roh . .	Zentner.	—	15
Marmor in Platten geschnitten, roh, nicht polirt	"	—	75
Marmor in Platten, polirt . .	"	1	50
Bildhauerarbeiten in Marmor . .	"	8	—

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Ecaussines und andere Bausteine mit Inbegriff der Schiefersteine:			
Bausteine, gemeine, behauene .	Last.	—	15
Schieferplatten	"	—	60
Steinarbeiten, auch polirte in Stüken, über einen Zentner schwer	Zentner.	1	50
Bildhauerarbeit	"	8	—
Edelsteine aller Art:			
Rohe, durchlöcherte, aber nicht geschliffene	"	2	—
Geschliffene, gefaßt oder ungefaßt	"	15	—
Achate und andere Steine gleicher Art, bearbeitete	"	15	—
Mühlsteine	vom Werth	2 %	—
Schleif- und Wezsteine aller Art .	Zentner.	—	15
Schleifsteine, in Schleifstühlen (Maschinen)	"	2	—
Kalk und Gyps	Last.	—	60
Graphit und Wasserblei	Zentner.	—	30
Bleistifte, einfache nur von Stein .	"	8	—
Zusammengesezte mit Holzschäftung	"	8	—
Parfümerien: alkoholhaltige . . .	"	15	—
andere	"	15	—
Senf; reiner, roher und gestoßener	"	—	75
Gemahlener, in Fässern, Gefäßen oder Glas	"	8	—
Cichorien, geröstete oder pulverisirte	"	1	50
Stearin: Stearinkerzen	"	8	—
Kerzen aller Art (Wachs-, Wallrath-, Stearinkerzen)	"	8	—
Unschlittkerzen	"	2	—
Hausenblase	"	3	50

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Fleischextrakte	Zentner.	8	—
Chokolade und Chokoladenteig . .	"	8	—
Cacaopulver	"	3	50
Cacaobohnen	"	1	50
Mineralwasser (Flaschen und Krüge inbegriffen)	"	1	50
Papier: Pak- und Löschpapier, insofern dasselbe nicht Drukpapier ist; Wachs- und Theerpapier . . .	"	1	50
Idem: Druk- und Schreibpapier, geleimt oder ungeleimt, weiß oder farbig, aber nur einfarbig . .	"	3	50
Idem: farbiges aller Art, mehrfarbiges, Gold- und Silberpapier, Glas-, Rost- und Sandpapier, Notenpapier, linirtes und lithographirtes Papier, Papiertapeten aller Art .	"	8	—
Pappendekel aller Art in Tafeln:			
gemeiner grauer	"	1	50
weißer und Preßspähne . . .	"	2	—
Waaren aus Pappe, modellirt, geschnitten und zusammengesezt:			
modellirte (Abgüsse) . . .	"	3	50
Cartonnagearbeiten	"	8	—
Bücher in allen Sprachen, Bilder, Kupferstiche, Lithographien, Photographien, Land- und Seekarten, Musikalien, gestochene Kupfer-, Stahl- oder Holzplatten, Lithographiesteine mit Zeichnungen, Bilder und Schriften zum Ueberdruk auf Papier bestimmt, Gemälde und Zeichnungen	"	—	50

Benennung der Artikel.	Maß.	Ansätze.	
		Fr.	Rp.
Gegenstände, nicht genannte, für Sammlungen, nicht für den Handel bestimmt	Zentner.	2	—
Moderne Statuen in Marmor oder andern Steinen:			
zu öffentlichen Zweken bestimmte	Last.	3	—
Bildhauerarbeiten	Zentner.	8	—
Statuen in Metall, in mindestens natürlicher Größe (gleichbehandelt wie die obigen).			
Statuen in Eisenguß	"	1	—
Spielzeug	"	8	—
Korbwaaren:			
Grobe, aus ungespaltenen Weiden	"	—	75
Feine	"	8	—
Sonnen- und Regenschirme:			
baumwollene	"	8	—
seidene	"	15	—
Haararbeiten	"	15	—
Besen, gewöhnliche, aus Reisig	Last.	—	60
Eichen- und Nußbaumholz:			
zu Faßdauben und Wagnerarbeit, roh-vorgearbeitet	"	—	60
in Blättern zum Fourniren der Möbel	Zentner.	2	—
Ebenistenholz: rohes	Last.	—	60
gesägtes	Zentner.	—	30
Fournirholz	"	2	—
Erdharze jeder Art	"	—	15
Stärkemehl (Amlung)	"	—	30
Schwefel: roher	"	—	30
Gereinigter und Schwefelblüthe	"	—	75
Oele, fette, aller Art, nicht medizinische	"	—	50

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Spielkarten	Zentner.	15	—
Fleisch: frisch geschlachtetes . . .	"	—	50
Gesalzen oder geräuchert, Spek, Würste, todtes Geflügel und Wildpret	"	2	—
Syrup: Roher, braun oder schwarz, von brenzlichtem Geschmak . .	"	1	50
Gereinigter in Fässern	"	3	50
In Form kosmetischer Mittel oder als Arzneimittel	"	15	-
Essig: in Fässern	"	—	75
" Flaschen	"	3	50

Für alle diejenigen Waarenartikel (nebst Vieh), die nicht namentlich in diesem Einfuhrzolltarif aufgeführt sind, bleiben die Ansäze des allgemeinen schweizerischen Zolltarifs, wie sie zur Zeit bestehen, in Kraft.

(L. S.) (Gez.) Kern.
(L. S.) (Gez.) Drouyn de Lhuys.
(L. S.) (Gez.) Rouher.

Tarif C
zum Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich.

Zollsäze für die Ausfuhr aus Frankreich.

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Häute, rohe	. .	Zollfrei.	
Thierabfälle	. .	"	
Knochen aller Art und Thierhörner .	. .	"	
Lohkuchen (Oelsamenkuchen) . . .	. .	"	
Dünger	. .	"	
Seide: Cocons	. .	"	
gefärbte aller Art . . .	. .	"	
Nähseide	. .	"	
Floretseide, gesponnene	. .	"	
Nußbaumholz	. .	"	
Karden, Disteln	. .	"	
Beinschwarz	. .	"	
Mühlsteine	. .	"	
Wollene Lumpen ohne Mischung .	. .	"	
Andere Lumpen und Abfallfäden aller Art:			
vom 1. Januar 1866 an . .	100 Kil.	9	—
" 1. " 1868 " . .	"	6	—
" 1. " 1869 " . .	"	4	—
Papiermasse	"	12	—
Alte Taue, vertheert oder nicht vertheert	"	4	—

(L. S.) (Gez.) **Kern. Drouyn de Lhuys. Rouher.**

Tarif D

zum Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich.

Zollsätze für die Ausfuhr aus der Schweiz.

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Ansätze. Rp.
A. Vom Stücke.			
1) Ziegen und Zicklein	Stück.	—	05
Schafe und Lämmer	"	—	05
Schweine unter 80 Pfd. Gewicht und Spanferkel	"	—	05
Kälber von einem Gewicht bis 80 Pfund	"	—	05
2) Esel	"	—	50
Rindvieh und Kälber über 80 ℔ schwer	"	—	50
Schweine über 80 Pfd. Gewicht	"	—	50
Füllen, bis sie die ersten Milchzähne abgestoßen haben	"	—	50
3) Pferde	"	1	50
Maulthiere und Maulesel	"	1	50

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansätze. Fr.	Rp.
B. Vom Werthe.			
1) Holz, gesägtes oder geschnittenes; vorgearbeitetes Nutzholz . .	Werth.	2 %	
Holzkohlen	"	2 %	
2) Holz: rohes, oder nur ganz roh und nicht in der ganzen Länge ins Gevierte beschlagen; Flößholz, gemeines	"	3 %	
C. Vom Gewichte.			
I. Von der Zugthierlast,			
und zwar von jedem angespannten Zugthier, oder für je fünfzehn Zentner; wenn per Schiff oder Eisenbahn: mit der Bemerkung, daß, wenn die unter dieser Rubrik angeführten Gegenstände auf einem Wagen oder in einer Traglast zusammen das Gewicht von zehn Zentnern nicht übersteigen, dafür nur zwei Drittel, — wenn sie das Gewicht von fünf Zentnern nicht übersteigen, nur ein Drittel, und wenn sie das Gewicht von einem Zentner nicht übersteigen, nur zwei Fünfzehntheile des betreffenden Zollansatzes bezahlt werden:			
1) Schiefer, behauene Steine, Mühl- und Schleifsteine	Last.	—	15
Asphalt	"	—	15
Kalk, Gyps, roh, gebrannt oder gemahlen	"	—	15
Obst, frisches, frische Feld- und Gartengewächse	"	—	15

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
Holzwaaren, gemeine, als: Rechen, Gabeln, Besen u. dgl.	Last.	—	15
Kartoffeln	"	—	15
Töpferwaaren, gemeine	"	—	15
Erde, Thon	"	—	15
Ziegel und Baksteine	"	—	15
Korbwaaren, gemeine	"	—	15
2) Heu und Stroh	"	—	30
Steinkohlen, Braunkohlen	"	—	30
Asphalt-Mastix	"	—	30
Eisenerz	"	—	30
Salz (Koch- und Viehsalz)	"	—	30
Hausrath, alter, offener oder gepakter, bei Uebersiedlungen	"	—	30
Glasscherben	"	—	30
Wein, Obstwein und Bier, schweizerischen Ursprungs, in Fässern oder offenen Kufen	"	—	30
3) Asche	"	—	75
Dünger	"	—	75
II. Vom Schweizerzentner.			
1) Alle nicht genannten Waaren oder Gegenstände	Zentner.	—	10
2) Rinden, gemahlen oder gestoßen	"	—	50
Lohe	"	—	50
Felle und Häute, rohe	"	—	50
Gerberrinde, ganz	"	—	50
3) Lumpen und Makulatur, alte Strike und Taue, Papiermasse	"	2	—

(L. S.) (Gez.) Kern. Drouyn de Lhuys. Rouher.

Tarif E

zum Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich.

Zollsäze für die Durchfuhr durch die Schweiz.

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze.	
		Fr.	Rp.
A. Vom Stüke.			
Vieh aller Art	Stük.	—	02
B. Vom Gewichte.			
I. Von der Zugthierlast:			
Das heißt von jedem angespannten Zugthier oder für je 15 Zentner, wenn per Schiff oder Eisenbahn.			
Bäume, junge, und Sträucher zur Obst- und Waldkultur, nuzbare Bäume überhaupt, Reben . . .	Last.	—	10
Schieferplatten	"	—	10
Besen von Reisig	"	—	10
Holz aller Art	"	—	10
Holzkohlen	"	—	10
Kalk und Gyps, gebrannt und gemahlen	"	—	10
Koke, Torf, Steinkohle, Braunkohle	"	—	10

Benennung der Artikel.	Basis.	Ansäze. Fr.	Rp.
Abfälle aus dem Thier- und Pflanzenreich, wie: Blut, Klauen, Flechsen und Knochen, Abschnitzel von Fellen, Sägspäne, Kleien, Oelkuchen und Oelkuchenmehl, trokener Trester und Träber, trokene oder taigartige Weindruse	Last.	—	10
Gerberrinde und Lohkuchen	"	—	10
Effekten und Geräthe, gebrauchte, von Haushaltungen	"	—	10
Heu und grünes Futter	"	—	10
Obst, frisches; frische Feld- und Gartengewächse	"	—	10
Erze aller Art, rohe	"	—	10
Gegenstände zu Schaustellungen, als: Panoramas, Menagerien, Theatereffekten, Wachsfiguren u. dgl.	"	—	10
Bausteine, gemeine, rohe und behauene	"	—	10
Stroh, Häkerling und Spreu	"	—	10
Kartoffeln	"	—	10
Statuen und Monumente	"	—	10
Lehm, Töpferthon, Hupererde, Walkererde und Porzellanerde; alles roh; Suinter, Schlaken	"	—	10
Dachziegel und Baksteine	"	—	10
Salzfässer und Gypsfässer, gebrauchte Kübel	"	—	10
Geflügel, lebendes; frische Fische u. dgl.	"	—	10
II. Vom Zentner.			
Alle andern transitirenden Waaren und Gegenstände	Zentner.	—	05

(L. S.) (Gez.) Kern. Drouyn de Lhuys. Rouher.

F.

Verzeichniß der kantonalen Gebühren,

wie sie

zur Zeit auf Wein, Weingeist und Branntwein, seien es Erzeugnisse des eigenen oder eines andern Kantons, oder außerschweizerischer Herkunft, erhoben werden.

Beilage zum schweizerisch-französischen Handelsvertrag.

Zürich — bezieht keine Taxe dieser Art.

Bern — erhebt folgende Gebühren:

I. Für Getränke schweizerischen Ursprungs.

a.	Für Wein, Most und Obstwein .	7	Rp.	per Maß.
b.	„ Bier	3	„	„
c.	„ Wein und Bier in Flaschen .	7	„	per Flasche.
d.	„ Wein in Doppelfässern . .	7	„	per Maß.
e.	„ Weingeist und andere geistige Getränke:			

1) Wenn sie mit der Cartier'schen Probe gemessen werden können:

			Per Maß.
Bei der Stärke von	15	Grad Cartier und weniger .	Rp. 22
„	16	„	„ 23
„	17	„	„ 25
„	18	„	„ 26
„	19	„	„ 28
„	20	„	„ 29
„	21	„	„ 30
„	22	„	„ 32

			Per Maß.
Bei der Stärke von	23	Grad Cartier	Rp. 33
"	24	"	" 35
"	25	"	" 36
"	26	"	" 38
"	27	"	" 39
"	28	"	" 40
"	29	"	" 42
"	30	"	" 43
"	31	"	" 45
"	32	"	" 46
"	33	"	" 48
"	34	"	" 49
"	35	"	" 50
"	36	"	" 52
"	37	"	" 54
"	38	"	" 55
"	39	"	" 56
"	40	" oder mehr	" 58

2) Wenn sie mit der Probe nicht gemessen werden können:

f. Für Liqueurs und andere geistige Getränke in Flaschen, von jeder Flasche von gewöhnlicher Größe, ungefähr eine halbe Schweizermaß enthaltend . . . . 15 Rappen.

g. Für versüßte und andere versezte Liqueurs in größeren Geschirren . . . per Maß 29 "

II. Für Getränke nicht schweizerischen Ursprungs.

a. Für Wein, Most und Obstwein . . 8 Rp. per Maß.

b. " Bier . . . . . . 4 " "

c. " Wein und Bier in Flaschen . . 30 " per Flasche.

d. " Wein in Doppelfässern oder verstärktem Emballage . . . . 30 " per Maß.

e. Für Weingeist und andere geistige Getränke:

1) Wenn sie mit der Cartier'schen Probe gemessen werden können:

Gleich dem schweiz. Weingeist mit einem Zuschlag von 10 %.

2) Wenn sie mit der Probe nicht gemessen werden können:

f. Von Liqueurs und andern geistigen Getränken in Flaschen, von jeder Flasche in der gewöhnlichen Größe einer halben Schweizermaß . . . . 29 Rappen.

g. Von versüßten und versezten Getränken in größeren Geschirren . . . per Maß 58 „

Luzern — bezieht:

I. Auf geistigen Getränken fremden Ursprungs.

a.	Wein, gewöhnlicher	16 Rp.	per Maß.
b.	Bier	10 „	„
c.	Luxuswein und Branntwein . . .	30 „	„
d.	Weingeist	50 „	„
e.	Wein und andere geistige Getränke in Flaschen	30 „	per Flasche.

II. Auf Getränken schweizerischen Ursprungs.

a.	Wein	14 Rp.	per Maß.
b.	Bier	7 „	„
c.	Geistige Getränke und Branntwein .	21 „	„
d.	Weingeist	42 „	„
e.	Wein und andere geistige Getränke in Flaschen	21 „	per Flasche.
f.	Obstwein	4 „	per Maß.

III. Der im Kanton erzeugte Wein ist mit einer Verbrauchssteuer belegt; es wird dafür ein vom Tausend vom Werth der Reben, nach Maßgabe der Kadasterschäzung, bezahlt. Auf dem einheimischen Bier, Obstwein und Branntwein beträgt diese Verbrauchssteuer im Minimum Fr. 12 per Jahr.

Uri.

	Per Maß.	
Weingeist schweizerischen Ursprungs . . .	25	Rp.
„ nicht schweizerischen Ursprungs . .	30	„
Wein und Branntwein, schweizerischer . .	$7\frac{1}{2}$	„
„ „ „ nicht schweizerischer . .	$8\frac{1}{2}$	„

Schwyz — erhebt:

	Per Maß.
Auf schweizerischen Weinen	4 Rp.
„ Branntwein, inländischem	21 „
„ „ ausländischem	30 „
„ fremden Weinen in Fässern	9 „
Auf verpakten Weinen und Liqueurs:	
a. Vom Zentner	15 Frkn.
b. Von der Flasche	30 Rp.

Obwalden — bezieht:

Von je 5 Maß schweizerischem Wein . . .	21 Rp.
„ „ fremdem Wein	28 „
Die Luxusweine und Branntwein, die gewöhnlich in Kisten oder Körben verpakt sind, bezahlen für je 5 Pfund Bruttogewicht	23 „
Von je 5 Maß Branntwein, schweizerischer . .	31 „
„ „ „ ausländischer . .	42 „
„ „ Weingeist, schweizerischer . .	65 „
„ „ „ nicht schweizerischer .	90 „
„ „ Obstwein oder Bier	7 „

Nidwalden:

	Per Maß.
Weingeist	15 Rp.
Branntwein	8 „
Wein, schweizerischer	3 „
„ fremder	5 „
Bier	3 „
Obstwein (Most)	2 „
Fremder Wein in Flaschen (je 3 Flaschen für 1 Maß berechnet)	36 „

Glarus:

Wein in Fässern, schweizerischer .	Fr. 2. 20	per Saum.
Gewöhnlicher Tischwein, fremder .	„ 4. 40	„

Feine ausländische Weine, Luxusweine und überhaupt alle geistigen Getränke, seien sie in Fässern oder in Flaschen eingeführt, werden zu Flaschen berechnet und bezahlen . . . Fr. —. 20 die Flasche.
Obstwein (Most)* . . . . . „ —. 30 per Saum.
Aller Branntwein oder Weingeist, sei er eingeführt oder im Kanton fabrizirt, bezahlt, wenn er für den Verbrauch bestimmt ist . . . . . „ —. 22 per Maß.

Zug:

Wein, ausländischer, in Fässern . . 5 Rp. per Maß.
„ „ in Flaschen . 15 „ „ Flasche.
„ schweizerischer . . . . . 2 „ „ Maß.
Auf Weingeist und Branntwein wird keine Steuer erhoben.

Freiburg:

	Per Maß.
Bier, schweizerischen Ursprungs	3 Rp.
Wein und Obstwein	7¼ „
Bier, Wein und Obstwein fremden Ursprungs .	12 „
Branntwein, Kirschenwasser, Enzianwasser und alle einfach destillirten Liqueure, schweizerische .	14½ „
Dieselben, fremden Ursprungs	20 „
Extrait d'Absinthe, Weingeist und zusammengesezte Liqueure, schweizerische	29 „
Dito, fremden Ursprungs und feine Weine .	35 „

Solothurn:

	Per Maß.
Wein und Most jeder Art, nicht schweizerischen Ursprungs	10 Rp.
Dito, schweizerischen Ursprungs	8½ „
Branntwein, Weingeist und andere geistige Getränke nicht schweizerischen Ursprungs: für jeden Geistigkeitsgrad nach der Cartier'schen Probe . .	1 „

	Per Maß.
Wenn obige schweizerischen Ursprungs sind, je 10 % des Ansazes weniger, also	9/10 Rp.
Getränke in geschlossenen Flaschen, die mit der Probe nicht geprüft werden können, als Liqueurs, Extrait d'Absinthe, Rhum, Kirschen- und andere gebrannte Wasser nicht schweizerischen Ursprungs: Von jeder Flasche in der gewöhnlichen Größe von ungefähr 1/2 Maß	15 "
Dito, schweizerischen Ursprungs . . .	10 "
Bier, fremdes	4 "

Geistige Getränke, die auf der Beck'schen Probe mehr als 20 Grade zeigen, sind gleich dem Weingeist zu versteuern.

Basel-Stadt:

	Per Saum.
Wein	Fr. 5. 70
Bier	" 2. —
Wein, ausländischer, ordinärer, welcher bis an die Schweizergrenze nicht höher als Fr. 1 per Maß zu stehen kommt	" 1. —
Bier, ausländisches	" 1. —

Die fremden Luxusweine, deren Kosten Fr. 1 die Maß übersteigt, sowie fremder Branntwein und Liqueure bezahlen eine Konsumosteuer von 10 % vom Betrag der Faktur.

Basel-Landschaft:

Wein und Obstwein schweizerischen Ursprungs sind steuerfrei.

Die Weine nicht schweizerischen Ursprungs bezahlen:

in Fässern	Fr. 1. 50	per Saum.
in Flaschen	" —. 15	" Flasche.
Branntwein schweizerischen Ursprungs	" —. 10	per Maß.
" fremden Ursprungs .	" —. 15	"
Weingeist	" —. 30	"
Extrait d'Absinthe und Rhum in Fässern	" —. 30	"

Rhum, Extrait d'Absinthe und Liqueure in Flaschen . . .	Fr. —. 30	p. Halbmaß.
Schweizerisches Bier . . .	„ —. 75	per Saum.
Fremdes Bier	„ 1. —	„

Schaffhausen:

Bezieht keine Getränkegebühr.

Appenzell Außer-Rhoden:

Besteuert die geistigen Getränke nicht.

Appenzell Inner-Rhoden:

Bezieht keine Konsumogebühr auf Getränken.

St. Gallen:

Ebenso.

Graubünden:

Bezieht keine Gebühr auf den Getränken, die im eigenen Kanton erzeugt sind, noch auf denjenigen aus andern Kantonen, wenn diese ohne Beimischung nicht schweizerischer Bestandtheile eingeführt werden.

	Per Zntr. brutto.
Wein, gemeiner, ausländischer . . .	Fr. 1. 20
Wein, feiner, in Fässern	„ 4. 80
„ „ in Flaschen	„ 7. 40
Weingeist und alle destillirten Spirituosen von über 20 Grad Stärke nach Beaume:	
schweizerischen Ursprungs	„ 4. 90
nicht schweizerischen Ursprungs . . .	„ 6. 75
Branntwein bis einschließlich 20 Grad Stärke:	
schweizerischen Ursprungs	„ 2. 15
nicht schweizerischen Ursprungs . . .	„ 2. 50

Aargau:

Schweizerische Getränke:	Per Maß.
Wein, Obstwein und Bier	1½ Rp.
Gebrannte Wasser aller Art	7 "
Fremde, d. h. nicht schweizerische Getränke:	
Obstwein und Bier	3 "
Wein	6 "
Gebrannte Wasser aller Art mit Inbegriff des Weingeistes	14 "

Thurgau:

Besteuert die Getränke nicht.

Tessin:

Besteuert die Getränke schweizerischen Ursprungs nicht, bezieht dagegen von ausländischem:

	Per Zntr.
Wein	Fr. 1. 30
Branntwein	" 2. 25
Weingeist	" 2. 85

Waadt:

	Per Zntr.
Weine in einfachen Fässern	Fr. 1. 50
Weine in Doppelfaß	" 3. —
Wermuth in Fässern	" 3. —
Wein und Wermuth in Flaschen	" 4. 50
Weine und Liqueure in Fässern oder in Flaschen	" 6. —
Weingeist	" 6. —
Branntwein und Kirschenwasser	" 4. 50
Liqueure in Fässern oder Flaschen	" 6. —
Rhum	" 6. —
Bier	" 3. —

Diesen Abgaben unterliegen nur die Getränke nicht schweizerischen Ursprungs.

Wallis:

Die Weine, das Bier, die Liqueure, der Weingeist, Branntwein und andere geistige Getränke fremden Ursprunges sind taxirt wie folgt:

		Per Zntr. brutto.
Wein in Fässern und Bier	Fr.	2. 20
Branntwein, Liqueure, Wein in Flaschen und andere geistige Getränke	"	10. —
Weingeist	"	20. —

Neuenburg:

Bezieht keine Gebühr auf Getränken.

Genf:

Bezieht keine Gebühr, mit Ausnahme der Octroigebühren der Städte Genf und Carouge.

Auszug aus dem Octroitarif der Stadt Genf:

Weine aus dem Kanton Genf, aus den andern Schweizerkantonen und ab genferischen Liegenschaften in den Zonen von Savoyen und der Landschaft Gex	Fr.	3. 50	per Saum gleich 150 Liter.
Weine, auswärtige	"	4. 90	"
Weine, feine, sogen. Liqueurweine	"	12. 20	"
Weine und Essig in Flaschen:			
in gewöhnlichen Flaschen .	"	—. 12	per Stük.
in halben Flaschen . .	"	—. 06	"
Essig und Weine, verdorbene .	"	3. 50	per Saum.
Weintruse (v. 15. Sept. bis 31. März)	"	3. 50	"
" (v. 1. April bis 15. Sept.)	"	1. 50	"
Bier	"	5. 55	"
Bier in Krügen oder in Flaschen	"	—. 05	per Krug oder Flasche.
Obstwein	"	3. —	per Saum.

Branntwein und Weingeist in Fässern:

Für jeden Saum reinen, in diesen Flüssigkeiten enthaltenen Alkohol . . . . Fr. 30. —

Die Vermessung des Weingeistes geschieht mittelst des Alkoholmeters von Gay-Lussac, bei einer Temperatur von 15 Grad des hunderttheiligen Thermometers.

Liqueurs aller Art in Fässern . Fr. 22. 25 per Saum.
Branntwein und Liqueurs aller Art in Flaschen von und unter 1 Maß „ —. 20 per Flasche.

Auszug aus dem Octroitarif der Stadt Carouge.

Wein, ausländischer	4	Rp.	per Maß.
Branntwein	8	„	„
Weingeist und Liqueure, in Fässern .	15	„	„
Liqueure in Flaschen	15	„	per Flasche.

(L. S.) (Gez.) Kern.
(L. S.) (Gez.) Drouyn de Lhuys.
(L. S.) (Gez.) Rouher.

G.

Reglement
in
Betreff der Landschaft Gex.

Beilage
zum schweizerisch-französischen Handelsvertrage.

Die Regierung der schweizerischen Eidgenoßenschaft verpflichtet sich, den Erzeugnissen der Landschaft Gex neben den Zugeständnissen, wie sie der dem Handelsvertrage beigefügte Tarif B darbietet, im Weitern folgende Zollerleichterungen zu gewähren:

Art. 1. Die längs der Grenze der Landschaft Gex bestehenden eidgenößischen Zollstätten werden außer den schon durch das Gesez von dem Eingangszolle befreiten Gegenständen auch die im gegenwärtigen Artikel erwähnten Erzeugnisse frei von jeder eidgenößischen Eingangsgebühr zulassen, nämlich:

Le Gouvernement de la Confédération suisse s'engage à accorder aux produits du pays de Gex, indépendamment des concessions douanières spécifiées au tarif B annexé au Traité de commerce, les facilités suivantes:

Art. 1er. Les bureaux de péages fédéraux établis sur la frontière du pays de Gex admettront en franchise de tout droit d'entrée fédéral, outre les objets déjà affranchis par la loi, les produits mentionnés dans le présent article, savoir:

Brennholz, roh und in Reiswellen, und Holzkohle;	Le bois à brûler brut et en fagots, et le charbon de bois;
Gras und Laub von Buchen, sowie anderes zur Viehfütterung oder als Streue, Maulbeerbaumlaub und Riedstreue, Heu und Stroh;	Les herbes et les feuilles de hêtre et autres pour fourrage ou litière, les feuilles de mûrier et la litière de roseaux, y compris le foin et la paille;
Hanf und Flachs, roh;	Le lin et le chanvre bruts;
Frische Gemüse und Gartengewächse, Bäume, junge, und Sträucher zur Obst- und Waldkultur, gewöhnliche;	Les légumes frais et le jardinage, les jeunes arbres et les arbrisseaux fruitiers ou de forêts ordinaires;
Obst, frisches;	Les fruits frais;
Getraide in Garben;	Les céréales en gerbes;
Kartoffeln;	Les pommes de terre;
Reps in Garben;	Le colza en gerbes;
Bausteine, gemeine, sowohl grob als mit dem Kronhammer (bouchardo) behauen;	Les pierres à bâtir ordinaires, soit grossièrement taillées, soit taillées à la boucharde;
Dachziegel und Backsteine;	Les tuiles et briques;
Lehm, Töpferthon, Huppererde, Schlaken;	La terre glaise, argile, terre réfractaire, les scories;
Abfälle aus dem Thier- und Pflanzenreiche, wie Dünger, Sägspäne, Kleien; nicht aber Abfälle von Tabakblättern und andere, zu einem besondern Gewerbszweige dienliche;	Les déchets d'animaux et de végétaux ordinaires, comme engrais, sciure de bois, son; mais non les déchets de feuilles de tabac et autres servant pour une branche spéciale d'industrie;
Gerberrinde und Lohkuchen;	L'écorce à tan et les mottes à brûler en provenant;
Milch;	Le lait;
Frische Eier;	Les œufs frais;
Frische Butter;	Le beurre frais;

Bretter, Latten und gemeines gesägtes Holz.

Les planches, lattes et le bois scié ordinaire.

Art. 2. Zu einem Viertheil der eidgenößischen Einfuhrgebühr, wie sie in dem, gegenwärtigem Vertrag beigerükten Tarif B festgesezt ist, sind zuzulassen:

Art. 2. Seront admis au quart du droit fédéral d'entrée fixé par le tarif B, annexé au présent Traité :

	Eidg. Ztr.		Quint. féd.
Wein bis auf . . .	1200	Le vin, jusqu'à concurrence de . .	1,200
Kalk und Gyps;		La chaux et le gypse;	
Marmor von Thoiry, in rohe, nicht polirte Platten geschnitten, bis auf	500	Les marbres de Thoiry, sciés en plaques brutes non polies, jusqu'à concurrence de	500
Gemeine Töpferwaaren	2400	La poterie ordinaire .	2,400
Grobe Eisenwaaren, mit Ausschluß von Schlosserwaaren . . .	400	Les ouvrages grossiers en fer, la serrurerie non comprise . .	400
Paккisten aus Holz .	400	Les caisses de bois pour emballage . . .	400
Korbwaaren und gemeine Siebe für die Landwirthschaft;		La vannerie et les cribles ordinaires pour l'agriculture ;	
Käse jeder Art, bis auf	2000	Les fromages de toute espèce, jusqu'à concurrence de . .	2,000
Honig	50	Le miel	50
Bier und Obstwein .	600	La bière et le cidre .	600
Grobes Leder, bis auf	500	Cuirs gros	500
Kalb-, Schaf- oder Ziegenfelle, gegerbt . .	200	Peaux de veaux, moutons ou chèvres tannées	200
Schreinerarbeiten . .	200	Ébénisterie	200

Man ist ausdrücklich einverstanden, daß die hievor festgesetzte Ermäßigung nur auf die eidgenössischen Gebühren Bezug hat, nicht aber auf die Verbrauchssteuern, deren gegenwärtige Ansäze jedoch nicht erhöht werden dürfen.

Il est expressément entendu que la diminution ci-dessus stipulée s'applique uniquement aux droits fédéraux, et non aux droits de consommation, dont le taux actuel ne pourra toutefois être élevé.

Art. 3. Die Gerbereien der Landschaft Gex dürfen jährlich, frei vom eidgenössischen Ausgangszolle, bis auf 600 rohe (behaarte) Ochsen- oder Kuhhäute, und bis auf 6000 rohe Kalb-, Schaf- oder Ziegenfelle ausführen.

Art. 3. Les tanneries du pays de Gex sont autorisées à exporter annuellement, en franchise du droit de sortie fédéral, jusqu'à concurrence de *six cents peaux brutes (en poils), de bœufs ou de vaches*, et de *six mille peaux brutes de veaux, moutons ou chèvres*.

Art. 4. Von dem Vieh, das die Bewohner der Landschaft Gex in Savoyen kaufen und über schweizerisches Gebiet heimführen, soll kein Transitzoll erhoben werden.

Art. 4. Il ne sera perçu aucun droit de transit pour le bétail que les habitants du pays de Gex achètent en Savoie et amènent dans leur arrondissement à travers le territoire suisse.

Die Schweiz behält sich jedoch in Bezug auf diese Durchfuhr die erforderlichen Kontrole- und Polizeimaßnahmen, sowie die Befugniß vor, bei Viehseuchen den Eintritt oder die Durchfuhr des Viehes gänzlich zu verbieten.

La Suisse se réserve, toutefois, de prendre les mesures nécessaires de contrôle et de police pour ce passage, ainsi que la faculté d'interdire entièrement le transit ou l'entrée du bétail en cas d'épizooties.

Art. 5. Die von den Einfuhrgebühren befreiten Waaren

Art. 5. Les marchandises affranchies des droits d'entrée

dürfen nur auf erlaubten Wegen eingeführt werden; die nicht gänzlich von jeder Einfuhrgebühr befreiten unterliegen einer Kontrole bei den betreffenden Zollstätten. Die Einfuhr der groben Leder und der gegerbten Felle zu einem Viertheil des sonstigen Zollansazes, und die zollfreie Ausfuhr von rohen Häuten und Fellen kann bei den Zollstätten Grand-Sacconnex, Meyrin, Crassier, Chavannes, Sauverny und Chancy stattfinden.

ne pourront être importées que par des chemins permis ; celles qui ne sont pas affranchies de tout droit d'entrée seront soumises à un contrôle aux bureaux de péages respectifs. Les importations des gros cuirs et des peaux tannées et corroyées au quart du taux ordinaire des droits, et les exportations des peaux brutes qui jouissent de la franchise, pourront s'opérer par les bureaux du *Grand Sacconnex*, de *Meyrin*, de *Crassier*, de *Chavannes*, de *Sauverny* et de *Chancy*.

Art. 6. Die eidgenößische Zollverwaltung wird für die, eine Ermäßigung des eidgenößischen Zolles genießenden Waaren Freikarten ausstellen, jedoch nur bis zum Belaufe der hievor festgesezten Quantitäten.

Art. 6. L'administration des péages fédéraux délivrera des billets de crédit pour les marchandises jouissant d'une réduction du droit fédéral, mais seulement jusqu'à concurrence des quantités fixées ci-dessus.

Die im Art. 2 bestimmte Ermäßigung oder Erlassung der Einfuhrgebühren für die daselbst bezeichneten Quantitäten von grobem Leder, gegerbten Fellen, Tischlerwaaren und Wein wird nur auf Zeugnisse hin gewährt, welche die Herkunft dieser Gegenstände aus der Landschaft Gex beweisen.

La réduction ou la suppression des droits d'entrée fixée dans l'article 2 pour les quantités y désignées de gros cuirs, de peaux tannées ou corroyées, d'ébénisterie et de vin, n'est accordée que moyennant des certificats constatant leur origine du pays de Gex.

Art. 7. In der Schweiz zugeschnittene Kleider, welche nach der Landschaft Gex bestimmt sind, um dort genäht zu werden, können aus der Schweiz zollfrei ausgeführt und frei von dem auf fertige Kleider gelegten Einfuhrzoll wieder in die Schweiz eingeführt werden. Die Ein- und Ausfuhr dieser Gegenstände kann nur über die Zollstätten Meyrin, Sacconnex und Vireloup erfolgen.

Die eidgenößische Zollverwaltung behält sich eine diesfällige Kontrolirung mittelst eigener Büchlein vor, die den Personen, welche von dieser Begünstigung Gebrauch machen wollen, zuzustellen und von denselben bei den eidgenößischen Zollstätten vorzuweisen sind.

Art. 8. Es wird vereinbart, daß das Grenzbüreau *des Fourgs*, im Doubs-Departement, wie bisher Käse, Uhrenwaaren, mit Inbegriff der Musikdosen, Uhrenmacherwerkzeuge und Uhrenbestandtheile, und Spizen, sowohl zur Durchfuhr als zur Einfuhr nach Frankreich, wird abfertigen können.

Art. 9. Diese Bestimmungen werden zu gleicher Zeit und

Art. 7. Les vêtements taillés en Suisse et destinés à être cousus dans le pays de Gex, pourront être exportés de Suisse en franchise de droits, et réimportés en Suisse en exemption du droit d'entrée afférent aux vêtements confectionnés. L'importation et l'exportation de ces objets ne pourra s'opérer que par les stations de *Meyrin, Sacconnex* et *Vireloup*.

L'administration des péages fédéraux se réserve d'exercer un contrôle, au moyen de livrets dont seront pourvues les personnes qui profiteront de cette facilité, et qu'elles devront présenter aux bureaux des péages fédéraux.

Art. 8. Il est entendu que le bureau de frontière *des Fourgs*, département du Doubs, pourra, comme jusqu'à présent, expédier, soit pour le transit, soit pour l'entrée en France, les fromages, l'horlogerie, y compris les boîtes à musique, les outils et fournitures d'horlogerie et les dentelles.

Art. 9. Ces dispositions seront mises en vigueur en même

für die gleiche Zeitdauer wie der Handelsvertrag in Kraft treten.

Geschehen in Paris, am 30. Brachmonat 1864.

(L. S.) (Gez.) **Kern.**
(L. S.) (Gez.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Gez.) **Rouher.**

erklärt den vorstehenden Vertrag und die demselben angeschloßenen Tarife nebst Reglement, als ratifizirt und in allen Theilen in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, dieselben, so weit es von ihr abhangt, gewißenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der schweizerischen Eidgenoßenschaft unterzeichnet und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den dritten Weinmonat eintausend achthundert vier und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.
(L. S.)
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

temps et pour la même durée que le traité de commerce.

Fait à *Paris*, le 30 Juin 1864.

(L. S.) (Sig.) **Kern.**
(L. S.) (Sig.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Sig.) **Rouher.**

Nous, ayant vu et examiné le dit Traité, l'avons approuvé et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues; *déclarons* qu'il est accepté, ratifié et confirmé, et *promettons* qu'il sera inviolablement observé.

En foi de quoi, **Nous** avons donné les présentes signées de notre main et scellées de notre Sceau Impérial.

A *St. Cloud*, le vingt et unième jour du mois de Septembre de l'an de grâce mil huit cent soixante-quatre.

NAPOLEON.

(L. S.)

Par l'Empereur:
Drouyn de Lhuys.

II.

Vertrag
über
die Niederlaßung der Schweizer in Frankreich und der Franzosen in der Schweiz.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen am 30. Brachmonat 1864 zu Paris unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten Vertrages über die Niederlaßung der Schweizer in Frankreich und der Franzosen in der Schweiz, welcher Vertrag vom schweizerischen Ständerathe am 28. Herbstmonat 1864 und vom schweizerischen Nationalrathe am 30. gleichen Monats genehmigt worden ist, und also lautet:

NAPOLEON,

Par la grâce de Dieu et la Volonté nationale,

EMPEREUR DES FRANÇAIS,

A tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Un Traité ayant été conclu, le 30 Juin 1864, entre la France et la Confédération suisse, pour régler les conditions de l'établissement des Français en Suisse et des Suisses en France;

Traité dont la teneur suit:

Die Regierung der **schweizerischen Eidgenoßenschaft** und die Regierung Seiner Majestät des **Kaisers der Franzosen,** von dem Wunsche beseelt, die Freundschaftsbande zu befestigen und die freundnachbarlichen Beziehungen zu fördern, welche beide Völker verbinden, haben beschloßen, die Bedingungen für die Niederlaßung der Schweizer in Frankreich und der Franzosen in der Schweiz durch einen besondern Vertrag in beidseitigem Einverständniß zu regeln, und zu diesem Ende zu Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Die schweizerische Eidgenoßenschaft: Herrn Kern, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister genannter Eidgenoßenschaft bei Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen: Herrn Drouyn de Lhuys, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion &c. &c., seinen Minister des Aeußern; und Herrn Rouher, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion &c. &c., seinen Staatsminister;

Le Gouvernement de la **Confédération suisse** et le Gouvernement de S. M. l'**Empereur des Français,** animés du désir de resserrer les liens d'amitié et multiplier les rapports de bon voisinage qui unissent les deux peuples, ont décidé de régler, d'un commun accord et par un traité spécial, les conditions auxquelles sera soumis l'établissement des Suisses en France et des Français en Suisse, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires à cet effet, savoir:

La Confédération suisse, M. Kern, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la dite Confédération près S. M. l'Empereur des Français;

Et S. M. l'Empereur des Français, M. Drouyn de Lhuys, Sénateur de l'Empire, grand'croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc., son Ministre et Secrétaire d'État au département des affaires étrangères; et M. Rouher, Sénateur de l'Empire, grand'croix de son ordre impérial de la Lé-

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich über folgende Artikel geeinigt haben:

Art. 1. Die Franzosen, ohne Unterschied der Religion, sind in jedem Kantone der Eidgenoßenschaft in Bezug auf Person und Eigenthum auf dem nämlichen Fuße und auf die nämliche Weise aufzunehmen und zu behandeln, wie es die christlichen Angehörigen der andern Kantone sind oder noch werden sollten. Sie können daher in der Schweiz ab- und zugehen und sich daselbst zeitweilig aufhalten, wenn sie mit regelmäßigen Päßen versehen sind und den Gesezen und Polizeiverordnungen nachleben. Jede Art von Gewerb und Handel, welche den Angehörigen der verschiedenen Kantone erlaubt ist, wird es auf gleiche Weise auch den Franzosen sein, und zwar ohne daß ihnen eine pekuniäre oder sonstige Mehrleistung überbunden werden darf.

Art. 2. Um in der Schweiz Wohnsiz zu nehmen oder sich dort niederzulaßen, müssen die Fran-

gion d'honneur, etc. etc., son Ministre d'État;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Les Français, sans distinction de culte, seront reçus et traités dans chaque Canton de la Confédération, relativement à leurs personnes et à leurs propriétés, sur le même pied et de la même manière que le sont ou pourront l'être, à l'avenir, les ressortissants chrétiens des autres Cantons. Ils pourront, en conséquence, aller, venir et séjourner temporairement en Suisse, munis de passe-ports réguliers, en se conformant aux lois et règlements de police. Tout genre d'industrie et de commerce permis aux ressortissants des divers Cantons, le sera également aux Français, et sans qu'on puisse en exiger aucune condition pécuniaire ou autre plus onéreuse.

Art. 2. Pour prendre domicile ou former un établissement en Suisse, les Français de-

zosen mit einem, ihre Staatsangehörigkeit bezeugenden Immatrikulationsscheine versehen sein, der ihnen von der französischen Gesandtschaft — auf Vorzeigung von Zeugnissen über sittliche Aufführung und anderer erforderlicher Ausweise — wird ausgestellt werden.

vront être munis d'un acte d'immatriculation constatant leur nationalité, qui leur sera délivré par l'ambassade de France, après qu'ils auront produit des certificats de bonne conduite et de bonnes mœurs, ainsi que les autres attestations requises.

Art. 3. Die Schweizer werden in Frankreich die nämlichen Rechte und Vortheile genießen, wie sie der Art. 1 des gegenwärtigen Vertrags den Franzosen in der Schweiz zusichert.

Art. 3. Les Suisses jouiront, en France, des mêmes droits et avantages que l'article premier ci-dessus assure aux Français en Suisse.

Art. 4. Die Unterthanen oder Angehörigen des einen der beiden Staaten, welche im andern wohnhaft sind, stehen nicht unter den Militärgesezen des Landes, in dem sie sich aufhalten, sondern bleiben denjenigen ihres Vaterlandes unterworfen.

Ebenso sind sie frei von jedem Dienste in der Nationalgarde sowohl, als in den Ortsbürgerwachen.

Art. 4. Les sujets ou ressortissants de l'un des deux États, établis dans l'autre, ne seront pas atteints par les lois militaires du pays qu'ils habiteront, mais resteront soumis à celles de leur patrie.

Ils seront également exempts de tout service, soit dans la garde nationale, soit dans les milices municipales.

Art. 5. Die Unterthanen oder Angehörigen des einen der beiden Staaten, die im andern wohnhaft sind und in die Lage kommen sollten, durch gerichtliches Urtheil oder gemäß den Gesezen oder Verordnungen über die Sitten- und Armenpolizei

Art. 5. Les sujets ou ressortissants de l'un des deux États, établis dans l'autre et qui seraient dans le cas d'être renvoyés par sentence légale ou d'après les lois ou règlements sur la police des mœurs et la mendicité, seront reçus,

weggewiesen zu werden, sollen sammt Familie jederzeit in ihrer ursprünglichen Heimat wieder aufgenommen werden, vorausgesezt, daß sie nach den dortigen Gesezen ihre Heimatrechte beibehalten haben.

en tout temps, eux et leurs familles, dans les pays dont ils sont originaires et où ils auront conservé leurs droits conformément aux lois.

Art. 6. Jeder Vortheil in Bezug auf Niederlaßung und Gewerbsausübung, den der eine der vertragschließenden Theile irgend einer dritten Macht, auf welche Weise es immer sei, gewährt hätte oder in Zukunft noch gewähren sollte, wird in gleicher Weise und zu gleicher Zeit gegenüber dem andern Kontrahenten zur Anwendung kommen, ohne daß hiefür der Abschluß einer besondern Uebereinkunft nöthig wäre.

Art. 6. Tout avantage que l'une des Parties contractantes aurait concédé ou pourrait encore concéder à l'avenir, d'une manière quelconque, à une autre puissance, en ce qui concerne l'établissement et l'exercice des professions industrielles, sera applicable de la même manière et à la même époque à l'autre partie, sans qu'il soit nécessaire de faire une convention spéciale à cet effet.

Art. 7. Der gegenwärtige Vertrag wird in beiden Staaten gleichzeitig mit dem heute abgeschloßenen Handelsvertrage, und für die nämliche Zeitdauer, in Vollziehung treten.

Derselbe ist zu ratifiziren, und die Ratifikationsurkunden binnen sechs Monaten, oder früher wenn möglich, und zwar gleichzeitig mit denjenigen des oben erwähnten Handelsvertrages, in Paris auszuwechseln.

Art. 7. Le présent traité recevra son application dans les deux pays, en même temps que le traité de commerce conclu sous la date de ce jour, et il aura la même durée.

Il sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Paris, dans le délai de six mois, ou plus tôt si faire se peut, et simultanément avec celles du traité de commerce précité.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihre Wappensiegel beigedrukt.

So geschehen in Paris, am 30. Brachmonat 1864.

(L. S.) (Gez.) **Kern.**
(L. S.) (Gez.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Gez.) **Rouher.**

. . . erklärt den vorstehenden Vertrag als ratifizirt und in allen Theilen in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, denselben, so weit es von ihr abhangt, gewißenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der schweizerischen Eidgenoßenschaft unterzeichnet und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den dritten Weinmonat eintausend achthundert vier und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.
(L. S.)
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à *Paris*, le 30 Juin 1864.

(L. S.) (Sig.) **Kern.**
(L. S.) (Sig.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Sig.) **Rouher.**

Nous, ayant vu et examiné le dit Traité, l'avons approuvé et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues; déclarons qu'il est accepté, ratifié et confirmé, et promettons qu'il sera inviolablement observé.

En foi de quoi, **Nous** avons donné les présentes signées de notre main et scellées de notre Sceau Impérial.

A *St. Cloud*, le 21 Septembre de l'an de grâce 1864.

NAPOLEON.

(L. S.)

Par l'Empereur:
Drouyn de Lhuys.

III.

Uebereinkunft

zwischen

der Schweiz und Frankreich zum gegenseitigen Schuze des litterarischen, künstlerischen und gewerblichen Eigenthums.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung der zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen am 30. Brachmonat 1864 zu Paris unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten Uebereinkunft zum gegenseitigen Schuze des litterarischen, künstlerischen und industriellen Eigenthums, welche Uebereinkunft vom schweizerischen Ständerathe am 28. Herbstmonat 1864 und vom

NAPOLEON,

Par la grâce de Dieu et la Volonté nationale,

EMPEREUR DES FRANÇAIS,

A tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Une Convention ayant été conclue, le 30 Juin 1864, entre la France et la Suisse, pour la garantie réciproque de la propriété littéraire, artistique et industrielle;

Convention dont la teneur suit:

schweizerischen Nationalrathe am 30. gleichen Monats genehmigt worden ist, und also lautet:

Die Regierung der **schweizerischen Eidgenoßenschaft** und die Regierung Seiner Majestät des **Kaisers der Franzosen**, in der Absicht, den Schuz des Eigenthums an litterarischen und künstlerischen Erzeugnissen, sowie an Fabrikzeichen und Musterzeichnungen, in der Schweiz und in Frankreich gegenseitig zu sichern, haben beschloßen, zu diesem Ende eine Uebereinkunft einzugehen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Die schweizerische Eidgenoßenschaft: Herrn Kern, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister genannter Eidgenoßenschaft bei Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen: Herrn Drouyn de Lhuys, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion rc. rc., seinen Minister des Aeußern; und Herrn Rouher, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Or-

Le Gouvernement de la **Confédération suisse** et le Gouvernement de S. M. l'**Empereur des Français**, désirant assurer la garantie réciproque, en Suisse et en France, de la propriété des œuvres de littérature et d'art, ainsi que des marques et dessins de fabrique, ont résolu de conclure à cet effet une convention, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir :

La Confédération suisse, M. Kern, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la dite Confédération près S. M. l'Empereur des Français ;

Et S. M. l'Empereur des Français, M. Drouyn de Lhuys, Sénateur de l'Empire, grand'croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc., son Ministre et Secrétaire d'État au département des affaires étrangères ; et M. Rouher, Sénateur de l'Em-

dens der Ehrenlegion rc. rc., seinen Staatsminister;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich über folgende Artikel geeinigt haben:

In Frankreich anzuwendende Bestimmungen.

Art. 1. Die Verfasser von Büchern, Flugschriften oder andern Schriften, musikalischen Kompositionen oder Bearbeitungen, Zeichnungen, Gemälden, Bildhauereien, Stichen, Lithographien und allen andern derartigen Erzeugnissen aus dem Gebiete der Litteratur oder der Künste, welche zum ersten Male in der Schweiz veröffentlicht werden, genießen in Frankreich die Vortheile, welche daselbst durch das Gesez dem Eigenthume litterarischer und künstlerischer Werke eingeräumt sind oder künftig eingeräumt werden sollten, und es kommt ihnen gegen jedweden Eingriff in ihre Rechte der nämliche Schuz und die nämliche gesezliche Rechts-

pire, grand'croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc., son Ministre d'État;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Dispositions applicables en France.

Art. 1er. Les auteurs de livres, brochures ou autres écrits, de compositions musicales ou d'arrangements de musique, d'œuvres de dessin, de peinture, de sculpture, de gravure, de lithographie et de toutes autres productions analogues du domaine littéraire ou artistique, publiés pour la première fois en Suisse, jouiront en France des avantages qui y sont ou y seront attribués par la loi à la propriété des ouvrages de littérature ou d'art, et ils auront la même protection et le même recours légal contre toute atteinte portée à leurs droits, que si cette atteinte avait été commise à l'égard d'auteurs d'ouvrages publiés

hilfe zu Statten, wie wenn dieser Eingriff gegenüber den Verfassern von Werken begangen worden wäre, welche zum ersten Male auf dem Gebiete des Kaiserreiches veröffentlicht wurden.

Indessen sind diese Vortheile den Verfassern solcher Werke nur für so lange, als ihre Rechte im eigenen Lande fortbestehen, zugesichert, und es kann der Genuß derselben in Frankreich nicht auf eine längere als die in der Schweiz eingeräumte Frist beansprucht werden.

Art. 2. Es ist gestattet, in Frankreich Auszüge oder ganze Stüke aus Werken zu veröffentlichen, welche zum ersten Mal in der Schweiz erschienen sind, wofern solche Veröffentlichungen speziell für den Unterricht oder zum Studium bearbeitet und mit erläuternden Anmerkungen, oder Interlinear- oder Randübersezungen versehen sind.

Art. 3. Der Genuß der durch Art. 1 gebotenen Vortheile ist an die in der Schweiz erfolgte gesezliche Erwerbung des Eigenthums litterarischer oder künstlerischer Werke gebunden.

Für die zum ersten Male in der Schweiz veröffentlichten Bücher, Karten, Kupferstiche und

pour la première fois sur le territoire de l'Empire.

Toutefois, ces avantages ne seront assurés aux auteurs des dits ouvrages que pendant l'existence de leurs droits dans leur pays, et la durée de leur jouissance en France ne pourra excéder celle fixée à leur profit en Suisse.

Art. 2. Il est permis de publier en France des extraits ou des morceaux entiers d'ouvrages, ayant paru pour la première fois en Suisse, pourvu que ces publications soient spécialement appropriées à l'enseignement ou à l'étude, et accompagnées de notes explicatives, ou de traductions interlinéaires ou marginales.

Art. 3. La jouissance du bénéfice de l'article 1er est subordonnée à l'acquisition légale de la propriété des ouvrages littéraires et artistiques en Suisse.

Pour les livres, cartes, estampes, gravures, lithographies ou œuvres musicales publiés

Stiche anderer Art, Lithographien oder musikalischen Werke ist die Ausübung des Eigenthumsrechtes in Frankreich überdies an die daselbst vorgängig zu erfüllende Formalität der Einschreibung geknüpft, welche in Paris beim Ministerium des Innern zu geschehen hat. Diese Einschreibung erfolgt auf die schriftliche Anmeldung der Betheiligten, und es kann die leztere entweder an besagtes Ministerium oder an die Kanzlei der französischen Gesandtschaft in Bern gerichtet werden.

Diese Anmeldung muß für die, nach dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft herausgegebenen Werke, innerhalb dreier Monate nach deren Veröffentlichung in der Schweiz, für die früher erschienenen Werke hinwieder binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieser Uebereinkunft bewerkstelligt werden.

Für die Werke, welche lieferungsweise erscheinen, beginnt die dreimonatliche Frist erst von der Herausgabe der lezten Lieferung an zu laufen, wofern nicht der Verfasser gemäß den Vorschriften des Art. 6 erklärt hat, daß er sich das Uebersezungs-

pour la première fois en Suisse, l'exercice du droit de propriété en France sera, en outre, subordonné à l'accomplissement préalable, dans ce dernier pays, de la formalité de l'enregistrement, effectué à Paris, au Ministère de l'intérieur. L'enregistrement se fera sur la déclaration écrite des intéressés, laquelle pourra être adressée, soit au susdit Ministère, soit à la chancellerie de l'Ambassade de France à Berne.

La déclaration devra être faite dans les trois mois qui suivront la publication de l'ouvrage en Suisse, pour les ouvrages publiés postérieurement à la mise en vigueur de la convention, et dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur de la dite convention, pour les ouvrages publiés antérieurement.

A l'égard des ouvrages qui paraissent par livraisons, le délai de trois mois ne commencera à courir qu'à dater de la publication de la dernière livraison, à moins que l'auteur n'ait indiqué, conformément aux prescriptions de l'article 6,

recht vorbehalte, in welchem Falle jede Lieferung als ein besonderes Werk betrachtet wird.

son intention de se réserver le droit de traduction, auquel cas chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé.

Die Einschreibung in besondere, eigens zu diesem Zweke gehaltene Bücher hat ohne Erhebung irgend welcher Gebühren stattzufinden.

La formalité de l'enregistrement sur des registres spéciaux tenus à cet effet, ne donnera ouverture à la perception d'aucune taxe.

Die Betheiligten erhalten eine Bescheinigung der geschehenen Einschreibung; welche Bescheinigung — vorbehältlich der etwaigen Stämpelgebühren — unentgeldlich auszustellen ist.

Les intéressés recevront un certificat authentique de l'enregistrement; ce certificat sera délivré gratis, sauf, s'il y a lieu, les frais de timbre.

Dieses Zeugniß soll genau das Datum tragen, an welchem die Anmeldung erfolgt ist; dasselbe hat Beweiskraft durch das ganze Gebiet des Kaiserreichs und verleiht das ausschließliche Recht des Eigenthums und der Reproduktion für so lange, als nicht ein Anderer sein Recht vor Gericht geltend gemacht haben wird.

Le certificat portera la date précise à laquelle la déclaration aura eu lieu; il fera foi dans toute l'étendue du territoire de l'empire, et constatera le droit exclusif de propriété et de reproduction, aussi longtemps que quelqu'autre personne n'aura pas fait admettre son droit en justice.

Art. 4. Die Bestimmungen des Art. 1 finden ebenfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung dramatischer oder musikalischer Werke, welche nach dem Inkrafttreten gegenwärtiger Uebereinkunft zum ersten Male in der Schweiz veröffentlicht, aufgeführt oder dargestellt werden.

Art. 4. Les stipulations de l'article 1er s'appliqueront également à la représentation ou exécution des œuvres dramatiques ou musicales, publiées, exécutées ou représentées pour la première fois en Suisse, après la mise en vigueur de la présente convention.

Art. 5. Die Uebersezungen einheimischer oder fremder Werke sind den Originalwerken ausdrüklich gleichgestellt. Demgemäß genießen solche Uebersezungen, hinsichtlich ihres unbefugten Nachdrukes in Frankreich, den im Art. 1 zugesagten Schuz. Indessen ist — wohl verstanden — der Zwek gegenwärtigen Artikels nur der, den Uebersezer bei der Uebersezung, die er von dem Originalwerke gegeben hat, zu schüzen, und nicht etwa, das ausschließliche Uebersezungsrecht dem ersten Uebersezer irgend eines in todter oder lebender Sprache geschriebenen Werkes zu gewähren, mit Vorbehalt des im nachfolgenden Artikel vorgesehenen Falles und Umfanges.

Art. 5. Sont expressément assimilées aux ouvrages originaux, les traductions faites d'ouvrages nationaux ou étrangers. Ces traductions jouiront, à ce titre, de la protection stipulée par l'article 1er, en ce qui concerne leur reproduction non autorisée en France. Il est bien entendu, toutefois, que l'objet du présent article est simplement de protéger le traducteur par rapport à la version qu'il a donnée de l'ouvrage original, et non pas de conférer le droit exclusif de traduction au premier traducteur d'un ouvrage quelconque, écrit en langue morte ou vivante, hormis le cas et les limites prévus par l'article ci-après.

Art. 6. Der Verfasser eines jeden in der Schweiz veröffentlichten Werkes, welcher sich das Recht auf die Uebersezung vorbehalten will, genießt — unter den nachfolgenden nähern Bedingungen — die Vergünstigung, daß fünf Jahre lang, vom ersten Erscheinen der von ihm gestatteten Uebersezung seines Werkes an gerechnet, keine von ihm nicht autorisirte Uebersezung desselben im andern Lande herausgegeben werden darf:

Art. 6. L'auteur de tout ouvrage publié en Suisse, qui aura entendu se réserver le droit de traduction, jouira pendant cinq années, à partir du jour de la première publication de la traduction de son ouvrage autorisée par lui, du privilége de protection contre la publication, dans l'autre pays, de toute traduction du même ouvrage non autorisée par lui, et sous les conditions suivantes:

1) Das Originalwerk muß in Frankreich — auf die, binnen drei Monaten nach dem Tage des ersten Erscheinens in der Schweiz erfolgte Anmeldung — gemäß den Bestimmungen des Art. 3 eingeschrieben werden.

2) Der Verfasser muß an der Spize seines Werkes erklären, daß er sich das Recht der Uebersezung vorbehalte.

3) Die betreffende, von ihm autorisirte Uebersezung muß innerhalb Jahresfrist, vom Tage der in soeben vorgeschriebener Weise bewerkstelligten Anmeldung des Originals an gerechnet, wenigstens zum Theil, und binnen drei Jahren nach besagter Anmeldung vollständig erschienen sein.

4) Die Uebersezung muß in einem der beiden Länder veröffentlicht und überdies gemäß den Bestimmungen des Art. 3 eingeschrieben sein.

Bei den in Lieferungen erscheinenden Werken genügt es, wenn die Erklärung des Verfassers, daß er sich das Recht der Reproduktion vorbehalte, auf der ersten Lieferung ausgedrükt ist.

1° L'ouvrage original sera enregistré en France sur la déclaration faite dans un délai de trois mois, à partir du jour de la première publication en Suisse, conformément aux dispositions de l'article 3;

2° L'auteur devra indiquer, en tête de son ouvrage, l'intention de se réserver le droit de traduction;

3° Il faudra que la dite traduction autorisée ait paru, au moins en partie, dans le délai d'un an, à compter de la date de la déclaration de l'original effectuée ainsi qu'il vient d'être prescrit, et, en totalité, dans le délai de trois ans, à partir de la dite déclaration;

4° La traduction devra être publiée dans l'un des deux pays, et être, en outre, enregistrée conformément aux dispositions de l'article 3.

Pour les ouvrages publiés par livraisons, il suffira que la déclaration de l'auteur portant qu'il entend se réserver le droit de reproduction, soit exprimée dans la première livraison.

In Bezug auf die, für die Ausübung des ausschließlichen Uebersezungsrechtes in diesem Artikel eingeräumte fünfjährige Frist soll jedoch jede Lieferung als ein besonderes Werk angesehen werden; jede derselben soll in Frankreich — auf die innerhalb dreier Monate nach ihrem ersten Erscheinen in der Schweiz erfolgte Anmeldung — eingeschrieben werden.

Was die Uebersezung von dramatischen Werken oder die Aufführung dieser Uebersezungen betrifft, so hat der Verfasser, welcher sich das in den Artikeln 4 und 6 stipulirte ausschließliche Recht vorbehalten will, die Uebersezung drei Monate nach der Einschreibung des Originalwerkes erscheinen oder aufführen zu lassen.

Die durch gegenwärtigen Artikel gewährten Rechte sind an die Bedingungen geknüpft, welche durch die Art. 1 und 3 der gegenwärtigen Uebereinkunft dem Verfasser eines Originalwerkes auferlegt sind.

Art. 7. Wenn der französische Verfässer eines der im Art. 1 aufgezählten Werke sein Publikations- oder Reproduktionsrecht einem schweizerischen Verleger mit dem Vorbehalte abgetreten hat,

Toutefois, en ce qui concerne le terme de cinq ans, assigné par cet article pour l'exercice du droit privilégié de traduction, chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé; chacune d'elles sera enregistrée en France, sur la déclaration faite dans les trois mois, à partir de sa première publication en Suisse.

Relativement à la traduction des ouvrages dramatiques ou à la représentation de ces traductions, l'auteur qui voudra se réserver le droit exclusif dont il s'agit aux articles 4 et 6, devra faire paraître ou représenter la traduction trois mois après l'enregistrement de l'ouvrage original.

Les droits conférés par le présent article sont subordonnés aux conditions imposées à l'auteur d'un ouvrage original par les articles 1 et 3 de la présente convention..

Art. 7. Lorsqu'un auteur français d'une œuvre spécifiée dans l'article 1[er] aura cédé son droit de publication ou de reproduction à un éditeur suisse, sous la réserve que les exem-

daß die Exemplare oder Ausgaben dieses also veröffentlichten oder reproduzirten Werkes in Frankreich nicht verkauft werden dürfen, so sind diese Exemplare oder Ausgaben in lezterem Lande als unbefugte Reproduktion zu betrachten und zu behandeln.

plaires ou éditions de cette œuvre ainsi publiés ou reproduits, ne pourront être vendus en France, ces exemplaires ou éditions seront considérés et traités dans ce pays comme reproduction illicite.

Art. 8. Die gesezlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Verfasser, Uebersezer, Komponisten, Zeichner, Maler, Bildhauer, Kupferstecher, Lithographen u. s. w. genießen in jeder Hinsicht die nämlichen Rechte, welche die gegenwärtige Uebereinkunft den Verfassern, Uebersezern, Komponisten, Zeichnern, Malern, Bildhauern, Kupferstechern und Lithographen selbst gewährt.

Art. 8. Les mandataires légaux, ou ayants-cause des auteurs, traducteurs, compositeurs, dessinateurs, peintres, sculpteurs, graveurs, lithographes, etc., jouiront, à tous égards, des mêmes droits que ceux que la présente convention accorde aux auteurs, traducteurs, compositeurs, dessinateurs, peintres, sculpteurs, graveurs et lithographes eux-mêmes.

Art. 9. In Einschränkung der in den Artikeln 1 und 5 der gegenwärtigen Uebereinkunft enthaltenen Bestimmungen dürfen Artikel, welche den in der Schweiz erscheinenden Tagesblättern oder Sammelwerken entnommen sind, in den Tagesblättern oder periodischen Sammelwerken Frankreichs abgedrukt oder übersezt gegeben werden, vorausgesezt, daß die Quelle, aus der sie geschöpft sind, dabei angegeben wird.

Art. 9. Nonobstant les stipulations des articles 1 et 5 de la présente convention, les articles extraits des journaux ou recueils publiés en Suisse pourront être reproduits ou traduits dans les journaux ou recueils périodiques de France, pourvu qu'on y indique la source à laquelle on les aura puisés.

Diese Befugniß erstrekt sich jedoch nicht auf den Wiederabdruk von Artikeln der in der Schweiz erscheinenden Tagesblätter oder periodischen Sammelwerke, wenn die Verfasser in der Zeitung oder dem Sammelwerk selbst, wo die Artikel erschienen sind, ausdrüklich erklärt haben, daß sie deren Abdruk untersagen. In keinem Fall soll aber diese Untersagung auf Artikel politischen Inhalts Anwendung finden.

Toutefois, cette faculté ne s'étendra pas à la reproduction des articles de journaux ou de recueils périodiques publiés en Suisse, lorsque les auteurs auront formellement déclaré, dans le journal ou recueil même où ils les auront fait paraître, qu'ils en interdisent la reproduction. En aucun cas cette interdiction ne pourra atteindre les articles de discussion politique.

Art. 10. Der Verkauf, Umsaz und Verlag von unbefugter Weise reproduzirten Werken und Gegenständen, wie sie in den Artikeln 1, 4, 5 und 6 näher bezeichnet sind, ist – mit Vorbehalt der Bestimmungen des Art. 11 – in Frankreich verboten, mögen nun diese unbefugten Reproduktionen aus der Schweiz, oder aus irgend einem fremden Lande herkommen.

Art. 10. La vente, la circulation et l'exposition en France d'ouvrages ou objets de reproduction non autorisés, définis par les articles 1, 4, 5 et 6, sont prohibés, sauf ce qui est dit à l'article 11, soit que les dites reproductions non autorisées proviennent de Suisse, soit qu'elles proviennent d'un pays étranger quelconque.

Art. 11. Die französische Regierung wird auf dem Weg administrativer Verordnungen die erforderlichen Maßnahmen treffen, um allen Anständen vorzubeugen, welche den französischen Verlegern, Drukern oder Buchhändlern aus dem Besiz und Verkauf von Neuauflagen solcher

Art. 11. Le Gouvernement français prendra, par voie de règlement d'administration publique, les mesures nécessaires pour prévenir toute difficulté à raison de la possession et de la vente par les éditeurs, imprimeurs ou libraires français, de réimpres-

Werke erwachsen möchten, welch — wiewol Eigenthum schweizerischer Bürger und noch nicht zum Gemeingut geworden — von ersteren vor dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft veröffentlicht oder gedrukt worden sind, oder die gegenwärtig ohne Autorisation des Berechtigten veröffentlicht oder wiedergedrukt werden.

sions d'ouvrages constituant la propriété des citoyens suisses et non tombés dans le domaine public, publiés ou imprimés par eux antérieurement à la mise en vigueur de la présente convention, ou actuellement en cours de publication et de réimpression non autorisée.

Diese Verordnungen sollen ebenso auf Clichés, Holzstöke und gestochene Platten jeder Art, sowie auf die lithographischen Steine Anwendung finden, welche bei französischen Verlegern oder Drukern auf Lager sind und die eine unerlaubte Nachbildung schweizerischer Modelle in sich schließen sollten.

Ces règlements s'appliqueront également aux clichés, bois et planches gravées de toute sorte, ainsi qu'aux pierres lithographiques existant en magasin chez les éditeurs ou imprimeurs français, et constituant une reproduction non autorisée de modèles suisses.

Jedenfalls dürfen solche Clichés, Holzstöke und gestochene Platten jeder Art, sowie die lithographischen Steine, nicht länger als vier Jahre, von dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft an gerechnet, benuzt werden.

Toutefois, ces clichés, bois et planches gravées de toute sorte, ainsi que les pierres lithographiques, ne pourront être utilisés que pendant quatre ans, à dater de la mise en vigueur de la présente convention.

Art. 12. Die aus der Schweiz erlaubterweise eingeführten Bücher sollen in Frankreich sowohl zum Eingange als zur direkten Durchfuhr oder zur Niederlage, bei den Zollstätten Belle-

Art. 12. Les livres d'importation licite venant de Suisse seront admis en France, tant à l'entrée qu'au transit direct ou par entrepôt, par les bureaux de *Bellegarde, Pontar-*

garde, Pontarlier, Pont de la Caille, Chambéry, St. Michel und St. Louis angenommen und abgefertigt werden, womit jedoch die künftige Bezeichnung weiterer Büreaux zum nämlichen Zweke nicht ausgeschloßen ist.

Wenn die Betheiligten es wünschen, so sind die zur Einfuhr deklarirten Bücher der Direktion der Buchdrukerei und des Buchhandels auf dem Ministerium des Innern zuzusenden, um daselbst die vorgeschriebenen Verifikationen zu bestehen, welche längstens binnen vierzehn Tagen erfolgen sollen.

Art. 13. Durch die Bestimmungen gegenwärtiger Uebereinkunft soll der französischen Regierung in keiner Weise das Recht geschmälert werden, durch Verfügungen gesezgeberischer Natur oder innerer Polizei die Zirkulation, Aufführung oder Ausstellung von Werken oder Produktionen jeder Art zu gestatten, zu überwachen oder zu verbieten, bezüglich welcher der zuständigen Behörde die Handhabung dieses Rechtes zukommen sollte.

Die gegenwärtige Uebereinkunft läßt das Recht der französischen Regierung intakt, die Einfuhr von solchen Büchern in

lier, Pont-de-la-Caille, Chambéry, Saint-Michel et *Saint-Louis*, sans préjudice, toutefois, des autres bureaux qui pourraient être ultérieurement désignés pour le même effet.

Si les intéressés le désirent, les livres déclarés à l'entrée seront expédiés à la direction de l'imprimerie et de la librairie au Ministère de l'intérieur, pour y subir les vérifications prescrites, qui auront lieu au plus tard dans le délai de quinze jours.

Art. 13. Les dispositions de la présente convention ne pourront porter préjudice, en quoi que ce soit, au droit qui appartient au Gouvernement français, de permettre, de surveiller ou d'interdire, par des mesures législatives ou de police intérieure, la circulation, la représentation ou l'exposition de tout ouvrage ou production à l'égard desquels l'autorité compétente aurait à exercer ce droit.

La présente convention ne portera aucune atteinte au droit du Gouvernement français de prohiber l'importation dans ses

ihre Staaten zu verbieten, welche durch die innere Gesezgebung oder durch Bestimmungen, die mit andern Mächten vereinbart wurden, als Nachmachungen erklärt sind oder es noch werden sollten.

Art. 14. Die Schweizer werden in Frankreich in Allem, was das Eigenthum der Fabrik- oder Handelszeichen, sowie der Fabrikzeichnungen betrifft, den nämlichen Schuz wie die Einheimischen genießen.

Wenn das Fabrik- oder Handelszeichen oder die Fabrikzeichnung in der Schweiz Gemeingut sind, so können dieselben in Frankreich nicht Gegenstand eines ausschließlichen Benuzungsrechtes sein.

Das den schweizerischen Angehörigen zustehende Recht ist in Frankreich nicht an die Verpflichtung geknüpft, daselbst die Musterzeichnungen auszubeuten.

Art. 15. Die Schweizer können in Frankreich das ausschließliche Eigenthum eines Zeichens oder einer Zeichnung nicht beanspruchen, wenn sie nicht: für das Zeichen zwei Exemplare bei dem Sekretariate des Handelsgerichts der Seine, und für die Musterzeichnung eine Skizze oder ein Muster beim Sekretariate des

propres États des livres qui, d'après les lois intérieures ou des stipulations souscrites avec d'autres puissances, sont ou seraient déclarés être des contrefaçons.

Art. 14. Les Suisses jouiront en France de la même protection que les nationaux, pour tout ce qui concerne la propriété des marques de fabrique ou de commerce, ainsi que des dessins de fabrique.

Si la marque de fabrique et de commerce ou le dessin de fabrique appartient au domaine public, en Suisse, il ne pourra être l'objet d'une jouissance exclusive en France.

Les droits des ressortissants suisses ne sont pas subordonnés en France à l'obligation d'y exploiter les dessins de fabrique.

Art. 15. Les Suisses ne pourront revendiquer en France la propriété exclusive d'une marque ou d'un dessin, s'ils n'ont déposé, pour la marque, deux exemplaires au greffe du tribunal de commerce de la Seine, et pour les dessins de fabrique, une esquisse ou un échantillon au secrétariat du

Rathes der Gewebekundigen in Paris niedergelegt haben, welches Sekretariat auch die Uebermittlung derjenigen Zeichnungen, deren Hinterlage es nicht befugt ist, selbst entgegen zu nehmen, an die zuständigen Räthe besorgen wird.

conseil des prud'hommes des tissus à Paris, qui se chargera de transmettre aux conseils compétents ceux des dessins dont il ne serait pas autorisé à conserver le dépôt.

Art. 16. Eine Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen vorstehender Artikel hat die Beschlagnahme der nachgemachten Gegenstände zur Folge, und es werden die Gerichte die gesezlichen Strafen in gleicher Weise zur Anwendung bringen, wie wenn die Uebertretung ein französisches Werk oder Erzeugniß betroffen hätte.

Die Merkmale, durch welche eine Nachmachung bedingt ist, werden von den französischen Gerichten an der Hand der auf dem Gebiete des Kaiserreiches in Kraft bestehenden Gesezgebung festgestellt werden.

Art. 16. En cas de contravention aux dispositions des articles précédents, la saisie des objets de contrefaçon sera opérée, et les tribunaux appliqueront les peines déterminées par la loi, de la même manière que si l'infraction avait été commise au préjudice d'un ouvrage ou d'une production française.

Les caractères constituant la contrefaçon seront déterminés par les tribunaux français, d'après la législation en vigueur sur le territoire de l'Empire.

In der Schweiz anzuwendende Bestimmungen.

Art. 17. Die Bestimmungen der vorstehenden Artikel 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 13, 14, 15 und 16 werden ebenfalls für den Schuz des in Frankreich gehörig erworbenen Eigenthums an

Dispositions applicables en Suisse.

Art. 17. Les dispositions des articles 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 13, 14, 15, 16 précédents recevront également, à titre de réciprocité, leur application en Suisse, pour la protection de

litterarischen oder künstlerischen Erzeugnissen, sowie an Fabrik- oder Handelszeichen und an Fabrikzeichnungen, gegenrechtlich in der Schweiz Anwendung finden.

Art. 18. Die Gerichte, die in der Schweiz, sei es für die Zivilentschädigung, sei es für die Bestrafung der Vergehen zuständig sind, werden auf dem ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft die Bestimmungen des vorstehenden Artikels 17, sowie der nachfolgenden Artikel 19 bis 50, zu Gunsten der französischen Eigenthümer litterarischer und künstlerischer Werke, sowie von Fabrik- oder Handelszeichen und Fabrikzeichnungen, in Anwendung bringen.

Man ist – jedoch mit Vorbehalt der im Art. 50 stipulirten Gewährleistungen – einverstanden, daß diese Bestimmungen durch gesezgeberische Vorschriften ersezt werden können, welche die zuständigen Behörden der Schweiz, immerhin unter Gleichstellung der Ausländer mit den Einheimischen, in Bezug auf das litterarische, künstlerische oder gewerbliche Eigenthum erlassen mögen.

Art. 19. Die im Art. 3 normirte Einschreibung von litterarischen oder künstlerischen Er-

la propriété, dûment acquise en France, des ouvrages d'esprit ou d'art, ainsi que des marques et dessins de fabrique ou de commerce.

Art. 18. Les tribunaux compétents en Suisse, soit pour les réparations civiles, soit pour la répression des délits, appliqueront sur tout le territoire de la Confédération, au profit des propriétaires en France, d'ouvrages littéraires et artistiques, de marques et dessins de fabrique ou de commerce, les dispositions de l'article 17 qui précède et des articles 19 à 50 qui suivent.

Il est entendu, sous réserve toutefois des garanties stipulées à l'article 50, que ces dispositions pourront être remplacées par celles de la législation que les autorités compétentes de la Suisse viendraient à consacrer, en matière de propriété littéraire, artistique ou industrielle, sur la base de l'assimilation des étrangers aux nationaux.

Art. 19. L'enregistrement des œuvres d'esprit ou d'art prescrit par l'article 3 se fera,

zeugnissen hat für Werke, die in Frankreich zum ersten Male veröffentlicht werden, innerhalb der in besagtem Artikel angesetzten Fristen, bei dem eidgenössischen Departement des Innern in Bern, oder bei der Kanzlei der schweizerischen Gesandtschaft in Paris, zu erfolgen.

Die im Art. 15 für die Erwerbung des Eigenthums an Fabrik- oder Handelszeichen und Fabrikzeichnungen vorgeschriebene Hinterlegung hat beim Büreau des eidgenössischen Departements des Innern in Bern zu geschehen.

Art. 20. Den Verfassern von Büchern, Flugschriften oder andern Schriften, musikalischen Kompositionen oder Bearbeitungen, Zeichnungen, Gemälden, Bildhauereien, Stichen, Lithographien und allen andern derartigen Erzeugnissen aus dem Gebiete der Litteratur oder der Künste, welche zum ersten Male in Frankreich veröffentlicht werden, kommen in der Schweiz, zum Schuze ihrer Eigenthumsrechte, die in den nachfolgenden Artikeln angeführten Gewährleistungen zu gute.

Art. 21. Die Verfasser von dramatischen oder musikalischen Werken, welche in Frankreich

pour les ouvrages publiés pour la première fois en France, dans les délais fixés au dit article, au département fédéral de l'intérieur, à Berne, ou à la chancellerie de la Légation suisse, à Paris.

Le dépôt prescrit par l'article 15 pour l'acquisition de la propriété des marques et dessins de fabrique ou de commerce, se fera au bureau du département fédéral de l'intérieur, à Berne.

Art. 20. Les auteurs de livres, brochures ou autres écrits, de compositions musicales ou d'arrangements de musique, d'œuvres de dessin, de peinture, de sculpture, de gravure, de lithographie et de toute autre production analogue du domaine littéraire ou artistique, publiés pour la première fois en France, jouiront en Suisse, pour la protection de leurs droits de propriété, des garanties stipulées dans les articles suivants.

Art. 21. Les auteurs d'œuvres dramatiques ou musicales, publiées ou exécutées pour la

zum ersten Male veröffentlicht oder aufgeführt werden, genießen in der Schweiz in Bezug auf die Darstellung oder Aufführung ihrer Werke den nämlichen Schuz, welchen die Geseze des leztern Staates den schweizerischen Verfassern oder Komponisten für die Darstellung oder Aufführung ihrer Werke gewähren, oder künftighin gewähren werden.

Art. 22. Das in der Schweiz gemäß den Bestimmungen der vorhergehenden Artikel erworbene Eigenthumsrecht an den im Art. 20 erwähnten litterarischen oder künstlerischen Werken dauert für den Verfasser auf Lebenszeit; sofern dieser aber vor Ablauf des dreißigsten Jahres, vom Zeitpunkte der ersten Veröffentlichung an gerechnet, stirbt, so dauert dasselbe für den Rest dieses Zeitraums noch zu Gunsten seiner Rechtsnachfolger fort.

Wenn die Veröffentlichung nicht bei Lebzeiten des Verfassers stattfand, so haben seine Erben oder Rechtsnachfolger während den sechs Jahren, welche auf den Tod des Verfassers folgen, das ausschließliche Recht zur Veröffentlichung des Werkes. Machen sie davon Gebrauch, so dauert die Schuzfrist dreißig Jahre, von diesem Todfalle an gerechnet.

première fois en France jouiront en Suisse, par rapport à la représentation ou à l'exécution de leurs œuvres, de la même protection que les lois accordent ou accorderont par la suite dans ce même pays aux auteurs ou compositeurs suisses pour la représentation ou l'exécution de leurs œuvres.

Art. 22. Le droit de propriété acquis en Suisse, conformément aux dispositions des articles précédents, pour les œuvres littéraires ou artistiques mentionnées dans l'article 20, dure, pour l'auteur, toute sa vie, et s'il meurt avant l'expiration de la trentième année, à dater de la première publication, ce droit continue à subsister pour le reste de ce terme en faveur de ses successeurs.

Si la publication n'a pas eu lieu du vivant de l'auteur, ses héritiers ou ayants-droit ont le privilége exclusif de publier l'ouvrage pendant six ans, à dater de la mort de l'auteur. S'ils en font usage, la protection dure trente ans, à partir de cette mort. Toutefois, la durée du droit de propriété par rapport aux traductions est

Die Dauer des Eigenthumsrechtes auf Uebersezungen hingegen ist gemäß den Bestimmungen des Art. 6 auf fünf Jahre beschränkt.

réduite à cinq années, conformément à la stipulation de l'article 6.

Art. 23. Jede Ausgabe eines in die Kategorie des Art. 20 fallenden litterarischen oder künstlerischen Werkes, welches den Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft zuwider gedrukt oder gestochen ist, soll als Nachdruk bestraft werden.

Art. 23. Toute édition d'une œuvre littéraire et artistique mentionnée dans l'article 20, imprimée ou gravée au mépris des dispositions de la présente convention, sera punie comme contrefaçon.

Art. 24. Wer auf schweizerischem Gebiete Gegenstände, von denen er weiß, daß sie Nachmachungen sind, verkauft, zum Verkauf auslegt oder einführt, verwirkt die auf den Nachdruk gesezten Strafen.

Art. 24. Quiconque aura sciemment vendu, mis en vente ou introduit sur le territoire suisse des objets contrefaits, sera puni des peines de la contrefaçon.

Art. 25. Der Nachdruker ist mit einer Buße von wenigstens hundert Franken bis auf höchstens zweitausend Franken, der Verkäufer hinwieder mit einer solchen von wenigstens fünfundzwanzig Franken bis auf höchstens fünfhundert Franken zu bestrafen; überdieß sind dieselben zur Schadenersazleistung an den Eigenthümer für den ihm verursachten Nachtheil anzuhalten.

Art. 25. Tout contrefacteur sera puni d'une amende de cent francs au moins et de deux mille francs au plus; et le débitant, d'une amende de vingt-cinq francs au moins et de cinq cents francs au plus, et ils seront condamnés, en outre, à payer au propriétaire des dommages-intérêts pour réparation du préjudice à lui causé.

Die Konfiskation der Nachdrukausgabe ist sowohl gegen den Nachdruker als gegen den In-

La confiscation de l'édition contrefaite sera prononcée tant contre le contrefacteur que

troduzenten und den Verkäufer zu erkennen. In jedem Falle können die Gerichte auf Verlangen der Zivilpartei verfügen, daß derselben die nachgemachten Gegenstände, auf Abschlag der ihr zugesprochenen Schadenersatzsumme, zugestellt werden.

contre l'introducteur et le débitant. Dans tous les cas, les tribunaux pourront, sur la demande de la partie civile, ordonner qu'il lui soit fait remise, en déduction des dommages-intérêts à elle alloués, des objets contrefaits.

Art. 26. In den durch die vorigen Artikel vorgesehenen Fällen ist der Erlös der konfiszirten Gegenstände dem Eigenthümer, auf Abschlag der ihm gebührenden Schadenvergütung, zuzustellen; was ihm darüber hinaus an Entschädigung trifft, ist auf dem gewöhnlichen Rechtswege zu bereinigen.

Art. 26. Dans les cas prévus par les articles précédents, le produit des confiscations sera remis au propriétaire pour l'indemniser d'autant du préjudice qu'il aura souffert; le surplus de son indemnité sera réglé par les voies ordinaires.

Art. 27. Der Eigenthümer eines litterarischen oder künstlerischen Werkes kann, mittels Verfügung der zuständigen Behörde, mit oder ohne Beschlagnahme, ein detaillirtes Verzeichniß der Erzeugnisse aufnehmen lassen, von denen er behauptet, sie seien, entgegen den Bestimmungen gegenwärtiger Uebereinkunft, zu seinem Schaden nachgemacht worden.

Art. 27. Le propriétaire d'une œuvre littéraire ou artistique pourra faire procéder, en vertu d'une ordonnance de l'autorité compétente, à la désignation ou description détaillée, avec ou sans saisie, des produits qu'il prétendra contrefaits à son préjudice, en contravention aux dispositions de la présente convention.

Diese Verfügung ist auf einfaches Begehren und Vorweis des die Hinterlegung des litterarischen oder künstlerischen Werkes beurkundenden Verbalprozesses zu

L'ordonnance sera rendue sur simple requête et sur la présentation du procès-verbal constatant le dépôt de l'œuvre littéraire ou artistique. Elle

erlassen. Erforderlichenfalls hat sie einen Sachverständigen zu bezeichnen.

Wird die Beschlagnahme begehrt, so kann der Richter dem Kläger eine zum Voraus zu erlegende Kaution abverlangen.

Dem Inhaber der inventarisirten oder konfiszirten Gegenstände ist eine Abschrift der Verfügung und eventuell der Bescheinigung über Kautionserlegung zuzustellen, Alles bei Strafe der Nichtigkeit und der Entschädigungspflicht.

Art. 28. Unterläßt der Kläger, innerhalb vierzehn Tagen den Rechtsweg zu betreten, so fällt die Inventarisirung oder Beschlagnahme von Rechts wegen dahin, unbeschadet der Entschädigung, welche allfällig verlangt werden möchte.

Art. 29. Als Fabrik- und Handelszeichen sind zu betrachten: die in unterscheidender Form angebrachten Namen, die Benennungen, Abzeichen, Marken, Stämpel, Siegel, Vignetten, Reliefs, Buchstaben, Ziffern, Umschläge und alle andern Zeichen, die zur Unterscheidung von Fabrik-

contiendra, s'il y a lieu, la nomination d'un expert.

Lorsque la saisie sera requise, le juge pourra exiger du requérant un cautionnement, qu'il sera tenu de consigner avant de faire procéder à la saisie.

Il sera laissé copie au détenteur des objets décrits ou saisis, de l'ordonnance et de l'acte constatant le dépôt du cautionnement, le cas échéant, le tout à peine de nullité et de dommages-intérêts.

Art. 28. A défaut par le requérant de s'être pourvu, dans le délai de la quinzaine, la description ou saisie sera nulle de plein droit, sans préjudice des dommages-intérêts qui pourraient être réclamés, s'il y a lieu.

Art. 29. Sont considérés comme marques de fabrique et de commerce les noms sous une forme distinctive, les dénominations, emblèmes, empreintes, timbres, cachets, vignettes, reliefs, chiffres, enveloppes et tous autres signes servant à distinguer les pro-

erzeugnissen oder Handelsartikeln dienen.

Art. 30. Die nach Vorschrift des Art. 19 erfolgte Hinterlegung sichert das Eigenthum an den Fabrikzeichen in der Schweiz nur auf einen Zeitraum von fünfzehn Jahren. Es kann jedoch mittels neuer Hinterlegung jederzeit die Fortdauer dieses Rechtes auf weitere fünfzehn Jahre erwirkt werden.

Art. 31. Mit einer Buße von fünfzig Franken bis auf dreitausend Franken und mit Gefängniß von drei Monaten bis auf drei Jahre, oder mit einer der beiden Strafen allein, ist zu bestrafen:

1) wer ein Zeichen nachmacht oder von einem nachgemachten Zeichen Gebrauch macht;
2) wer auf seinen Erzeugnissen oder Handelsartikeln betrügerischerweise das Zeichen eines Andern anbringt;
3) wer wissentlich ein oder mehrere, mit einem nachgemachten oder in betrügerischer Weise angebrachten Zeichen versehene Erzeugnisse verkauft oder feilbietet.

duits d'une fabrique ou les objets d'un commerce.

Art. 30. Le dépôt effectué conformément à la prescription de l'article 19, n'assurera la propriété des marques de fabrique en Suisse que pour quinze années. Mais la durée de ce droit pourra toujours être prorogée pour une nouvelle période de quinze ans, au moyen d'un nouveau dépôt.

Art. 31. Seront punis d'une amende de cinquante francs à trois mille francs et d'un emprisonnement de trois mois à trois ans, ou de l'une de ces deux peines seulement:

1° Ceux qui auront contrefait une marque ou fait usage d'une marque contrefaite;
2° Ceux qui auront frauduleusement apposé sur leurs produits ou les objets de leur commerce une marque appartenant à autrui;
3° Ceux qui auront sciemment vendu ou mis en vente un ou plusieurs produits revêtus d'une marque contrefaite ou frauduleusement apposée.

Art. 32. Mit einer Buße von fünfzig Franken bis auf zweitausend Franken und mit Gefängniß von einem Monat bis auf ein Jahr, oder mit der einen dieser Strafen allein, ist zu bestrafen:

1) wer — ohne ein Zeichen nachzumachen — eine betrügerische, zur Täuschung des Käufers führende Nachahmung desselben verfertigt, oder von einem betrügerischerweise nachgeahmten Zeichen Gebrauch macht;

2) wer von einem Zeichen Gebrauch macht, das Angaben an sich trägt, welche geeignet sind, den Käufer über die Beschaffenheit des Erzeugnisses zu täuschen;

3) wer ein oder mehrere Erzeugnisse verkauft oder feil geboten hat, von denen er weiß, daß sie mit einem betrüglich nachgeahmten oder mit einem solchen Zeichen versehen sind, welches Angaben an sich trägt, die geeignet sind, den Käufer über die Beschaffenheit des Erzeugnisses zu täuschen.

Art. 33. Die Konfiskation der Erzeugnisse, deren Zeichen den Bestimmungen der Art. 31 und 32

Art. 32. Seront punis d'une amende de cinquante francs à deux mille francs et d'un emprisonnement d'un mois à un an, ou de l'une de ces deux peines seulement:

1º Ceux qui, sans contrefaire une marque, en auront fait une imitation frauduleuse de nature à tromper l'acheteur, ou auront fait usage d'une marque frauduleusement imitée;

2º Ceux qui auront fait usage d'une marque portant des indications propres à tromper l'acheteur sur la nature du produit;

3º Ceux qui auront sciemment vendu ou mis en vente un ou plusieurs produits revêtus d'une marque frauduleusement imitée ou portant des indications propres à tromper l'acheteur sur la nature du produit.

Art. 33. La confiscation des produits dont la marque serait reconnue contraire aux

zuwiderlaufend befunden werden, kann selbst im Falle der Freisprechung vom Gerichte erkannt werden, gleichwie auch diejenige der Werkzeuge und Geräthe, die zur Ausführung des Vergehens besonders gedient haben.

Das Gericht kann verfügen, daß die konfiszirten Erzeugnisse dem Eigenthümer des Originalzeichens zugestellt werden, welches zum Gegenstand der Nachmachung oder der betrügerischen Beisezung oder Nachahmung gemacht wurde, mit Vorbehalt allfälligen weitern Schadenersazes.

In jedem Falle wird dasselbe die Vernichtung der, den Bestimmungen der besagten Artikel zuwiderlaufend befundenen Zeichen anordnen.

Art. 34. Alle auf die Fabrik- und Handelszeichen bezüglichen Bestimmungen sind auch anwendbar auf Weine, Branntweine und andere Getränke, auf Vieh, Sämereien, Mehl und überhaupt auf alle Erzeugnisse der Landwirthschaft.

Art. 35. Die Bestimmungen der Artikel 26, 27 und 28 sind ebenfalls anwendbar auf die Fabrik- und Handelszeichen.

Art. 36. Für die Hinterlegung jedes Fabrik- und Han-

dispositions des articles 31 et 32 pourra, même en cas d'acquittement, être prononcée par le tribunal, ainsi que celle des instruments et ustensiles ayant spécialement servi à commettre le délit.

Le tribunal pourra ordonner que les produits confisqués soient remis au propriétaire de la marque contrefaite ou frauduleusement apposée ou imitée, indépendamment de plus amples dommages-intérêts, s'il y a lieu.

Il prescrira, dans tous les cas, la destruction des marques reconnues contraires aux dispositions des dits articles.

Art. 34. Toutes les dispositions relatives aux marques de fabrique et de commerce sont applicables aux vins, eaux-de-vie et autres boissons, aux bestiaux, graines, farines et généralement à tous les produits de l'agriculture.

Art. 35. Les dispositions des articles 26, 27 et 28 sont aussi applicables aux marques de fabrique et de commerce.

Art. 36. Il est perçu un droit fixe de cinq francs pour

delszeichens wird eine fixe Gebühr von fünf Franken bezogen.

le dépôt de chaque marque de fabrique et de commerce.

Art. 37. Die gemäß Art. 19 erfolgte Hinterlegung der Musterzeichnungen sichert das Eigenthum des Hinterlegers je nach seiner Deklaration auf ein, zwei oder drei Jahre, vom Tage der Hinterlegung an gerechnet; es kann jedoch mittelst einer neuen Hinterlegung jederzeit die Fortdauer dieses Rechtes auf weitere drei Jahre erwirkt werden.

Art. 37. Le dépôt des dessins de fabrique, effectué conformément à l'article 19, assurera la propriété des déposants pour un, deux ou trois ans, suivant leur déclaration et à compter de sa date, mais la durée de ce droit pourra toujours être prorogée pour une nouvelle période de trois ans, au moyen d'un nouveau dépôt.

Art. 38. Die Hinterlegung kann entweder offen, mit Unterschrift und Siegel des Hinterlegers versehen, oder unter versiegeltem Umschlag erfolgen. Im leztern Falle darf der, die Zeichnung oder das Muster enthaltende Umschlag nicht früher, als ein Jahr nach geschehener Hinterlegung geöffnet werden.

Art. 38. Le déposant pourra faire son dépôt, soit ouvertement, certifié de sa signature et de son cachet, soit sous enveloppe cachetée. Dans ce dernier cas, l'enveloppe contenant le dessin ou l'échantillon ne pourra être ouverte qu'un an après l'acte de son dépôt.

Nach dieser Frist kann von den hinterlegten Zeichnungen oder Mustern Einsicht genommen werden. Der Umschlag kann auf Begehren des Hinterlegers zu jeder Zeit, im Falle der Bestreitung aber auf richterliche Verfügung hin geöffnet werden.

Après ce terme, il sera permis de prendre inspection des dessins ou échantillons déposés. L'enveloppe pourra, à toute époque, et sur la réquisition du déposant, être ouverte, ou, en cas de contestation, en vertu d'une ordonnance judiciaire.

Art. 39. Die Hinterlegung ist in folgenden Fällen als nicht geschehen zu betrachten:

Art. 39. Le dépôt sera considéré comme non avenu dans les cas suivants:

1) wenn die Zeichnung nicht neu ist;

2) wenn Erzeugnisse, die mit Benuzung der hinterlegten Zeichnung verfertigt sind, schon vor der Hinterlegung in den Handel gelangt sind.

1° Si le dessin n'est pas nouveau;

2° Si, antérieurement au dépôt, des produits fabriqués sur le dessin déposé ont été livrés au commerce.

Art. 40. Der Hinterleger, der im Laufe der zwei auf die Hinterlegung folgenden Jahre die hinterlegte Zeichnung in Frankreich nicht zum Betrieb benuzt, geht des aus der Hinterlegung herfließenden Rechtes verlustig.

Art. 40. Sera déchu du droit résultant du dépôt, le déposant qui n'aura pas exploité en France le dessin faisant l'objet du dépôt, dans le cours des deux années qui auront suivi le dit dépôt.

Art. 41. Wissentliche Nachmachung, Verkauf oder Einfuhr nachgemachter Fabrikzeichnungen unterliegen den im Art. 25 für litterarische und künstlerische Werke festgesezten Bußen.

Art. 41. La contrefaçon, ainsi que le débit ou l'importation de dessins de fabrique contrefaits, sciemment opérés, sont punis des amendes édictées par l'article 25 pour les œuvres littéraires et artistiques.

Art. 42. Die Bestimmungen der Artikel 26, 27 und 28 sind auch auf die Fabrikzeichnungen anwendbar.

Art. 42. Les dispositions des articles 26, 27 et 28 sont aussi applicables aux dessins de fabrique.

Art. 43. Für die Hinterlegung jeder Fabrikzeichnung wird eine fixe Gebühr von höchstens einem Franken bezogen.

Jede Abtretung einer Fabrikzeichnung muß, unter Erlegung einer Gebühr von einem Franken, eingeschrieben werden.

Art. 43. Il sera perçu un droit fixé au maximum à un franc pour le dépôt de chaque dessin de fabrique.

Tout acte de cession d'un dessin de fabrique sera enregistré moyennant un droit de un franc.

Die für die Hinterlegung wie für die Abtretung festgesetzte Gebühr schließt alle weitern Kosten aus.

Pour le dépôt, comme pour la cession, la taxe fixée est exclusive de tous autres frais.

Art. 44. Die Verfolgung der in gegenwärtiger Uebereinkunft bezeichneten Vergehen vor den schweizerischen Gerichten findet nur auf Begehren des geschädigten Theiles oder seiner Rechtsnachfolger statt.

Art. 44. La poursuite devant les tribunaux suisses pour les délits définis dans cette convention n'aura lieu que sur la demande de la partie lésée ou de ses ayants-droit.

Art. 45. Die Klagen wegen Nachmachung litterarischer oder künstlerischer Werke, von Fabrikzeichen und Fabrikzeichnungen, sind in der Schweiz bei dem Gerichte des Bezirkes anzubringen, in welchem die unbefugte Nachbildung oder der Verkauf stattgefunden hat.

Die Zivilklagen sind summarisch abzuwandeln.

Art. 45. Les actions relatives à la contrefaçon des œuvres littéraires ou artistiques, ainsi que des marques et dessins de fabrique, seront portées, en Suisse, devant le tribunal du district dans lequel la contrefaçon ou la vente illicite aura eu lieu.

Les actions civiles seront jugées comme matières sommaires.

Art. 46. Die durch gegenwärtige Uebereinkunft festgesetzten Strafen dürfen nicht cumulirt werden. Es hat demnach für alle der ersten Strafeinleitung vorangegangenen Handlungen einzig je die schwerste Strafe in Anwendung zu kommen.

Art. 46. Les peines établies par la présente convention ne peuvent être cumulées. La peine la plus forte sera seule prononcée pour tous les faits antérieurs au premier acte de poursuite.

Art. 47. Das Gericht kann den Anschlag des Urtheils an den von ihm zu bestimmenden Orten und seine vollständige oder

Art. 47. Le tribunal pourra ordonner l'affiche du jugement dans les lieux qu'il déterminera, et son insertion intégrale ou

auszugsweise Einrükung in die von ihm zu bezeichnenden Zeitungen anordnen; Alles auf Kosten des Verurtheilten.

Art. 48. Die in den obigen Artikeln bezeichneten Strafen können bei Rükfällen verdoppelt werden. Ein Rükfall ist vorhanden, wenn in den fünf vorangegangenen Jahren eine Verurtheilung des Angeklagten wegen eines gleichartigen Vergehens erfolgt ist.

Art. 49. Bei mildernden Umständen können die Gerichte die gegen die Schuldigen ausgesprochenen Strafen auch unter das vorgeschriebene Minimum ermäßigen und selbst die Gefängnißstrafe in eine Buße umwandeln, in keinem Falle jedoch unter die einfachen Polizeistrafen herabgehen.

Art. 50. Die hohen vertragschließenden Theile haben sich dahin verständigt, die gegenwärtige Uebereinkunft einer Revision zu unterwerfen, wenn dieselbe wegen etwaiger Neugestaltung der hieher gehörigen Gesezgebung im einen oder andern, oder in beiden Staaten, wünschenswerth erscheinen sollte, wobei jedoch die Bestimmungen der gegen-

par extrait dans les journaux qu'il désignera, le tout aux frais du condamné.

Art. 48. Les peines portées aux articles ci-dessus pourront être élevées au double en cas de récidive. Il y a récidive lorsqu'il a été prononcé contre le prévenu, dans les cinq années antérieures, une condamnation pour un délit de la même nature.

Art. 49. Les tribunaux pourront, s'il existe des circonstances atténuantes, réduire les peines prononcées contre les coupables, au-dessous du minimum prescrit, et même substituer l'amende à l'emprisonnement, sans qu'en aucun cas elle puisse être au-dessous des peines de simple police.

Art. 50. Les Hautes Parties contractantes sont convenues de soumettre la présente convention à une révision, si une nouvelle législation sur les matières y traitées, dans l'un ou l'autre pays ou dans les deux pays, la rendait désirable; mais il est entendu que les stipulations de la présente convention continueront à être obli-

wärtigen Uebereinkunft für beide Länder so lange verbindlich bleiben, bis sie in beiderseitigem Einverständniß abgeändert sind.

Sollten die gegenwärtig in Frankreich zum Schuze des litterarischen, künstlerischen und gewerblichen Eigenthums eingeräumten Garantien während der Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft Aenderungen erleiden, so ist die schweizerische Regierung berechtigt, die Bestimmungen dieses Vertrages durch die neuen, von der französischen Gesezgebung aufgestellten Vorschriften zu ersezen.

Art. 51. Die gegenwärtige Uebereinkunft tritt zu gleicher Zeit und für die nämliche Dauer in Kraft, wie der am heutigen Tage zwischen der Schweiz und Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag.

Dieselbe ist zu ratifiziren und die Ratifikationsurkunden innerhalb sechs Monaten, oder früher wenn möglich, gleichzeitig mit denen des oben erwähnten Handelsvertrags, in Paris auszuwechseln.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft

gatoires pour les deux pays jusqu'à ce qu'elles soient modifiées d'un commun accord.

Si les garanties accordées actuellement en France à la protection de la propriété littéraire, artistique et industrielle, devaient être modifiées pendant la durée de la présente convention, le Gouvernement suisse serait autorisé à remplacer les stipulations de ce traité par les nouvelles dispositions édictées par la législation française.

Art. 51. La présente convention entrera en vigueur à la même époque et elle aura la même durée que le traité de commerce conclu à la date de ce jour entre la Suisse et la France.

Elle sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Paris dans un délai de six mois, ou plus tôt si faire se peut, en même temps que celles du traité de commerce précité.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y

kunft unterzeichnet und derselben ihre Wappensiegel beigedrukt.

Geschehen in Paris, am 30. Brachmonat 1864.

(L. S.) (Gez.) **Kern.**
(L. S.) (Gez.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Gez.) **Rouher.**

erklärt diese Uebereinkunft als ratifizirt und in allen Theilen in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, dieselbe, so weit es von ihr abhangt, gewißenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der schweizerischen Eidgenoßenschaft unterzeichnet und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den dritten Weinmonat eintausend achthundert vier und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.
(L. S.)
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 30 Juin 1864.

(L. S.) (Sig.) **Kern.**
(L. S.) (Sig.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Sig.) **Rouher.**

Nous, ayant vu et examiné la dite Convention, l'avons approuvée et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues; déclarons qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée, et promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En foi de quoi, **Nous** avons donné les présentes signées de notre main et scellées de notre Sceau Impérial.

A *St. Cloud*, le 21 Septembre de l'an de grâce 1864.

NAPOLEON.

(L. S.)

Par l'Empereur:
Drouyn de Lhuys.

IV.

Uebereinkunft

zwischen

der Schweiz und Frankreich über nachbarliche Verhältnisse und Beaufsichtigung der Grenzwaldungen.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung der zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen am 30. Brachmonat 1864 zu Paris unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten Uebereinkunft über nachbarliche Verhältnisse und Beaufsichtigung der Grenzwaldungen, welche Uebereinkunft vom schweizerischen Ständerathe am 28. Herbstmonat 1864 und vom schweizerischen Nationalrathe am 30. gleichen Monats genehmigt worden ist, und also lautet:

NAPOLEON,

Par la grâce de Dieu et la Volonté nationale,

EMPEREUR DES FRANÇAIS,

A tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Une Convention, concernant les rapports de voisinage et la surveillance des forêts limitrophes, ayant été conclue, le 30 Juin 1864, entre la France et la Suisse;

Convention dont la teneur suit:

Die Regierung **der schweizerischen Eidgenoßenschaft** und die Regierung Seiner Majestät des **Kaisers der Franzosen**, in der Absicht, zwischen der Schweiz und Frankreich die freundnachbarlichen Beziehungen und die Beaufsichtigung der Grenzwaldungen zu sichern und zu regeln, haben beschloßen, zu diesem Ende eine besondere Uebereinkunft einzugehen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Die schweizerische Eidgenoßenschaft: Herrn Kern, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister genannter Eidgenoßenschaft bei Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen: Herrn Drouyn de Lhuys, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion 2c. 2c., seinen Minister des Aeußern; und Herrn Rouher, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion 2c. 2c., seinen Staatsminister;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in guter und ge-

Le Gouvernement de la **Confédération suisse** et le Gouvernement de S. M. l'**Empereur des Français** désirant assurer et régler entre la Suisse et la France les rapports de bon voisinage et la surveillance des forêts limitrophes, ont résolu de conclure dans ce but une convention spéciale, et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

La Confédération suisse, M. Kern, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la dite Confédération près S. M. l'Empereur des Français;

Et S. M. l'Empereur des Français, M. Drouyn de Lhuys, Sénateur de l'Empire, grand' croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc., son Ministre et Secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères; et M. Rouher, Sénateur de l'Empire, grand' croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc., son Ministre d'Etat;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs

höriger Form befundenen Vollmachten, sich über folgende Artikel geeinigt haben:

Art. 1. Um die Bewirthschaftung der an der Grenze liegenden Güter und Wälder zu erleichtern, werden von allen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrgebühren befreit: Getreide in Garben oder in Aehren, Heu, Stroh und Grünfutter, die Roherzeugnisse der Wälder, Holz, Kohlen und Pottasche, sowie im Fernern Dünger, Sämereien, Pflanzen, Stangen, Rebsteken, Thiere und Werkzeuge jeder Art, die zur Bewirthschaftung der innerhalb eines Umkreises von zehn Kilometern auf beiden Seiten der Grenze gelegenen Güter dienen, vorbehältlich der in beiden Ländern zur Verhütung von Defraudationen bestehenden reglementarischen Kontrole.

Art. 2. In dem, im vorhergehenden Artikel angegebenen Umkreise und unter den daselbst angeführten Garantien sind ebenfalls von allen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrgebühren befreit: Korn und Holz, welches von Bewohnern des einen der beiden Länder in eine auf dem Gebiete des andern gelegene

trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Pour faciliter l'exploitation des biens-fonds et forêts limitrophes des frontières, sont affranchis de tous droits d'importation, d'exportation ou de circulation, les céréales en gerbes ou en épis, les foins, la paille et les fourrages verts, les produits bruts des forêts, bois, charbons ou potasse, ainsi que les engrais, les semences; plantes, perches, échalas, animaux et instruments de toute sorte servant à la culture des propriétés situées dans une zone de dix kilomètres, de chaque côté de la frontière, sous réserve du contrôle réglementaire existant dans chaque pays pour la répression de la fraude.

Art. 2. Dans le rayon et sous les garanties énoncées à l'article précédent, sont également affranchis de tous droits d'importation, d'exportation ou de circulation, les grains ou bois envoyés, par les habitants de l'un des deux pays, à un moulin ou à une scierie situés sur le territoire de l'autre, ainsi

Mühle oder Sägemühle geführt wird, sowie die daherigen Produkte: Mehl und Bretter.

Die gleiche Begünstigung wird den Angehörigen beider Länder gewährt für die Gewinnung des Oels aus den auf ihren Gütern gezogenen Sämereien und für das Bleichen der rohen Garne und Leinwand, welche aus den Erzeugnissen der von ihnen bebauten Grundstüke hergestellt werden.

Art. 3. Die Feld- oder Walderzeugnisse sind auf den öffentlichen Wegen zu transportiren, ohne einer weitern Entschädigung zu unterliegen, als wie sie die Landesgeseze den Ortsbewohnern auflegen.

Die längs der Grenze hinlaufenden oder je nach der Bodenbeschaffenheit von einem Gebiet ins andere übergehenden Grenzwege dürfen in keinem Falle für die Zirkulation besagter Erzeugnisse gesperrt oder geschloßen werden.

Art. 4. Bei enclavirten Waldungen oder andern Liegenschaften, welche von einem Nichtlandesangehörigen bewirthschaftet werden, soll in jedem der beiden Länder gegen Entschädigung eine Durchfahrt über die umliegenden Grundstüke geöffnet

que les farines ou planches en provenant.

La même faculté est accordée aux nationaux des deux pays pour l'extraction de l'huile des semences recueillies sur leurs biens-fonds, le blanchiment des fils et toiles écrus, fabriqués avec les produits de la terre qu'ils cultivent.

Art. 3. Les produits agricoles ou forestiers seront transportés sur les chemins publics, sans autre indemnité que celles imposées par les lois du pays aux habitants de la localité.

Les chemins limitrophes qui suivent la frontière ou qui passent, suivant la configuration du terrain, d'un territoire à l'autre, ne pourront, dans aucun cas, être barrés ou fermés à la circulation des dits produits.

Art. 4. Dans chacun des deux pays, lorsqu'une forêt, ou tout autre immeuble exploité par un étranger, se trouvera à l'état d'enclave, un passage sera ouvert sur les propriétés voisines, à charge d'une indemnité qui sera réglée par

werden. Diese Entschädigung ist, falls die Parteien sich nicht gütlich verständigen sollten, durch die Gerichte zu bestimmen.

Art. 5. Die französischen Eigenthümer oder Bebauer von Grundstüken in der Schweiz, und umgekehrt die schweizerischen Eigenthümer oder Bebauer von Grundstüken in Frankreich, genießen in Bezug auf die Bewirthschaftung ihrer Güter insgesammt die nämlichen Vortheile, wie die Landesangehörigen des gleichen Ortes, unter der Bedingung, daß sie sich allen für die Landesangehörigen geltenden Verwaltungs- oder Polizeiverordnungen unterziehen.

Art. 6. Durch die vorstehenden Bestimmungen soll keine der Uebereinkünfte, welche zwischen den Grenzmunizipalitäten über die verschiedenen Punkte bestehen könnten, alterirt werden.

Art. 7. Wenn eine – schweizerischerseits – dem Staat, oder einer Gemeinde, oder einer öffentlichen Anstalt, oder einem Privatmann gehörende Waldung auf französischem Gebiete gelegen ist, oder umgekehrt, so können von den Eigenthümern Waldhüter zur Beaufsichtigung solcher Waldungen bestellt werden.

les tribunaux, si les parties ne se sont pas entendues à l'amiable.

Art. 5. Les propriétaires ou cultivateurs français en Suisse, et réciproquement, les propriétaires ou cultivateurs suisses en France, jouiront généralement, quant à l'exploitation de leurs biens, des mêmes avantages que les nationaux habitant la même localité, à la condition qu'ils se soumettront à tous les règlements administratifs ou de police applicables aux ressortissants du pays.

Art. 6. Les dispositions précédentes ne dérogent à aucune des conventions qui pourraient exister sur les divers points entre les municipalités frontières.

Art. 7. Lorsqu'une forêt appartenant, soit à l'Etat, soit à une commune, soit à un établissement public, soit à un particulier suisses, sera située sur le territoire français, ou réciproquement, des gardes pourront être désignés par les propriétaires pour la surveillance des dites forêts.

Diese Waldhüter haben in Bezug auf Staatsangehörigkeit und Qualifikation den Bedingungen zu genügen, welche durch die Geseze oder Verordnungen des Landes, wo der Wald gelegen ist, vorgeschrieben sind; sie werden von der zuständigen Behörde dieses nämlichen Landes angestellt und beeidigt.

Ces gardes devront remplir les conditions de nationalité et de capacité exigées par les lois et règlements du pays où la forêt sera située; ils seront commissionnés par l'autorité compétente de ce même pays et assermentés.

Ihre Befugnisse und Obliegenheiten sind die gleichen, wie diejenigen der Waldhüter für Waldungen, deren Eigenthümer nicht Ausländer sind.

Leurs pouvoirs et leurs obligations seront les mêmes que ceux des gardes des forêts dont les propriétaires ne sont pas étrangers.

Die durch ihre Ernennung und durch die Ausübung ihrer Funktionen veranlaßten Kosten sind von den Eigenthümern der Waldungen zu tragen.

Les frais nécessités par leur nomination et l'exercice de leurs fonctions seront à la charge des propriétaires des forêts.

Art. 8. Um den Vergehen und Uebertretungen, welche in den Waldungen an der Grenze begangen werden, wirksamer entgegenzutreten, verpflichten sich die beiden hohen vertragschließenden Theile, gegen diejenigen ihrer Angehörigen einzuschreiten, welche solche Vergehen oder Uebertretungen auf dem andern Gebiete begangen hätten, und zwar in gleicher Weise und unter Anwendung der nämlichen Geseze, wie wenn jene in den Wäldern des eigenen Landes stattgefunden hätten.

Art. 8. Pour mieux assurer la répression des délits et contraventions qui se commettent dans les forêts, sur la frontière, les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à poursuivre ceux de leurs ressortissants qui auraient commis ces infractions sur le territoire étranger, de la même manière et par application des mêmes lois, que s'ils s'en étaient rendus coupables dans les forêts de leur pays même.

Die Strafeinleitung erfolgt, wofern nicht bereits ein Urtheil in dem Lande gefällt worden ist, wo die Uebertretung begangen wurde, nachdem der betreffende Verbalprozeß durch die zuständige Behörde des leztern Landes an die Behörde desjenigen Landes, welchem der Beschuldigte angehört, amtlich übermittelt worden ist.

La poursuite aura lieu sous la condition qu'il n'y ait pas eu jugement rendu dans le pays où l'infraction a été commise, et sur transmission officielle du procès-verbal, par l'autorité compétente de ce pays, à celle du pays auquel appartient l'inculpé.

Der Staat, in welchem das Urtheil gefällt wird, bezieht allein den Betrag der Bußen und Kosten; die Entschädigungen hingegen sind an die Kassen des Staates einzuzahlen, wo die Uebertretungen stattfanden.

L'Etat où la condamnation sera prononcée, percevra seul le montant des amendes et des frais, mais les indemnités seront versées dans les caisses de l'Etat où les infractions auront été commises.

Die von den beeidigten Waldhütern in einem der beiden Länder vorschriftgemäß gefertigten Verbalprozesse sind bis zur Erbringung des Gegenbeweises vor den Gerichten des andern Landes beweiskräftig.

Les procès verbaux dressés régulièrement par les gardes assermentés dans chaque pays, feront foi, jusqu'à preuve contraire, devant les tribunaux étrangers.

Art. 9. Behufs erfolgreicherer Beaufsichtigung der Waldbesitzungen können die Waldhüter, wenn ihnen auf dem ihnen angewiesenen Revier ein Vergehen oder Frevel vorkommt, die entwendeten Gegenstände – selbst über die Grenze hinaus, also auf Gebiet des Nachbarstaates – bis an den Ort, wohin sie gebracht worden,

Art. 9. Pour donner plus d'efficacité à la surveillance des propriétés forestières, tous les gardes forestiers qui constateront un délit ou une contravention dans la circonscription confiée à leur surveillance, pourront suivre les objets enlevés, même de l'autre côté de la frontière, sur le terri-

verfolgen und deren Beschlagnahme bewerkstelligen.

Sie dürfen jedoch Häuser, Gebäude, Hofräume und Einfriedungen nur im Beisein eines öffentlichen Beamten betreten, welcher hiefür durch die Geseze des Landes, wo die Durchsuchung stattfinden soll, bezeichnet ist.

Die zuständigen, mit der Ortspolizei betrauten Behörden sind verpflichtet, den Waldhütern in ihren Aufsuchungen beizustehen, ohne daß hiefür die Erlaubniß eines obern Beamten eingeholt werden muß.

Die zuständigen Behörden jedes der beiden Staaten werden einander gegenseitig die Namen der mit der Beaufsichtigung der Grenzwaldungen beauftragten Angestellten mittheilen.

Art. 10. Sollten in der Strafgesezgebung des einen oder des andern Staates Aenderungen nöthig erscheinen, um die Ausführung der Artikel 8 und 9 zu sichern, so verpflichten sich die beiden hohen vertragschließenden Theile, so bald als möglich das behufs Einführung dieser Reformen Erforderliche vorzukehren.

toire de l'Etat voisin, jusque dans les lieux où ils auraient été transportés, et en opérer la saisie.

Ils ne pourront, toutefois, s'introduire dans les maisons, bâtiments, cours adjacentes et enclos, si ce n'est en présence d'un fonctionnaire public, désigné à cet effet par les lois du pays dans lequel la perquisition aura lieu.

Les autorités compétentes, chargées de la police locale, sont tenues d'assister les gardes dans leurs recherches, sans qu'il soit nécessaire de réclamer la permission d'un fonctionnaire supérieur.

Les administrations compétentes de chacun des Etats se feront connaître réciproquement les noms des agents forestiers chargés de la surveillance des forêts limitrophes.

Art. 10. Dans le cas où des modifications dans la législation criminelle de l'un ou de l'autre Etat seraient jugées nécessaires pour assurer l'exécution des articles 8 et 9, les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre, aussitôt que faire se pourra, les mesures nécessaires à l'effet d'opérer ces réformes.

Art. 11. Die gegenwärtige Uebereinkunft verbleibt für die Dauer von zwölf Jahren, vom Tage der Auswechslung der Ratifikationen an gerechnet, in Kraft. Falls keiner der hohen vertragschließenden Theile zwölf Monate vor Ablauf des besagten Zeitraumes den Rüktritt von derselben erklärt, so bleibt sie verbindlich bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der hohen vertragschließenden Theile sie in der Folge gekündigt haben wird.

Die hohen vertragschließenden Theile behalten sich die Befugniß vor, in beiderseitigem Einverständnisse an dieser Uebereinkunft alle die Aenderungen vorzunehmen, welche mit dem Geist und den Grundsäzen derselben nicht im Widerspruche stehen und deren Wünschbarkeit die Erfahrung darthun sollte.

Die Bestimmungen des Art. 7 im Vertrage vom 18. Heumonat 1828 sind hiermit aufgehoben.

Art. 12. Die gegenwärtige Uebereinkunft tritt in beiden Ländern gleichzeitig mit dem am heutigen Tage abgeschloßenen Handelsvertrage in Wirksamkeit.

Art. 11. La présente convention restera en vigueur pendant douze ans, à partir du jour de l'échange des ratifications. Dans le cas où aucune des deux Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant la fin de la dite période, son intention d'en faire cesser les effets, elle demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année, à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncée.

Les Hautes Parties contractantes se réservent la faculté d'introduire, d'un commun accord, dans cette convention, toutes les modifications qui ne seraient pas en opposition avec son esprit ou ses principes, et dont l'utilité serait démontrée par l'expérience.

Les dispositions de l'article 7 du traité du 18 Juillet 1828 sont et demeurent abrogées.

Art. 12. La présente convention recevra son application dans les deux pays, en même temps que le traité de commerce conclu sous la date de ce jour.

Dieselbe ist zu ratifiziren, und die Ratifikationsurkunden sind binnen sechs Monaten, oder früher wenn möglich, und zwar gleichzeitig mit denjenigen des oben erwähnten Handelsvertrages, in Paris auszuwechseln.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und derselben ihre Wappensiegel beigedrukt.

Geschehen in Paris, am 30. Brachmonat 1864.

(L. S.) (Gez.) **Kern.**
(L. S.) (Gez.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Gez.) **Rouher.**

erklärt die vorstehende Uebereinkunft als ratifizirt und in allen Theilen in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, dieselbe, so weit es von ihr abhangt, gewißenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der schweizerischen Eidgenoßenschaft unterzeichnet und

Elle sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Paris, dans le délai de six mois, ou plus tôt si faire se peut, et simultanément avec celles du traité de commerce précité.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 30 Juin 1864.

(L. S.) (Sig.) **Kern.**
(L. S.) (Sig.) **Drouyn de Lhuys.**
(L. S.) (Sig.) **Rouher.**

Nous, ayant vu et examiné la dite Convention, l'avons approuvée et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues; déclarons qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée, et promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En foi de quoi, **Nous** avons donné les présentes signées de notre main et scellées de notre Sceau Impérial.

mit dem eidgenössischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den dritten Weinmonat eintausend achthundert vier und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,

Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schieß.

A *St. Cloud*, le 21 Septembre de l'an de grâce 1864.

NAPOLEON.

(L. S.)

Par l'Empereur:
Drouyn de Lhuys.

V.

Schlußprotokoll.

Herr Kern, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der schweizerischen Eidgenoßenschaft, in Paris;

und die Bevollmächtigten Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen: Herr Drouyn de Lhuys, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion rc. rc., sein Minister des Aeußern; und Herr Rouher, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion rc. rc., sein Staatsminister;

sind übereingekommen, den Sinn gewisser Bestimmungen, welche in der heute unterzeichneten Uebereinkunft zwischen der Schweiz und Frankreich zum gegenseitigen Schuze des litterarischen,

M. Kern, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la Confédération suisse, à Paris;

et les Plénipotentiaires de S. M. Napoléon III, Empereur des Français: M. Drouyn de Lhuys, Sénateur de l'Empire, grand'croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc., son Ministre et Secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères; et M. Rouher, Sénateur de l'Empire, grand'croix de son ordre impérial de la Légion d'honneur, etc. etc., son Ministre d'Etat;

sont convenus de fixer, dans un protocole final, le sens de certaines dispositions contenues dans la convention signée ce jourd'hui, pour la garantie réciproque de la propriété littéraire,

künstlerischen und gewerblichen Eigenthums enthalten sind, in einem Schlußprotokolle dahin festzustellen:

1) Die französische Regierung verpflichtet sich, dem gesezgebenden Körper in dessen nächster Session einen Gesezentwurf vorzulegen, wornach das Wiedergeben von musikalischen Compositionen durch den Mechanismus der Musikdosen oder ähnlicher Instrumente nicht als eine Nachmachung des betreffenden Musikstükes zu gelten hat.

Ihrerseits erklärt die schweizerische Regierung, daß sie die am heutigen Tage zwischen den beiden hohen vertragschließenden Theilen abgeschloßene Uebereinkunft in diesem Sinne auslegt.

2) Man ist einverstanden, daß der den Fabrikzeichnungen gewährte Schuz kein ausschließliches Eigenthumsrecht auf das, was im Allgemeinen durch den Ausdruk Modeartikel (genre, modes ou nouveautés) bezeichnet wird, sichert, sondern nur auf die Original-

artistique et industrielle, entre la France et la Suisse:

1° Le Gouvernement français s'engage à présenter au Corps législatif, dans sa prochaine session, un projet de loi, qui déclare que la reproduction de compositions musicales par le mécanisme des boîtes à musique ou d'instruments analogues, ne constitue pas la contrefaçon d'une pareille composition.

De son côté, le Gouvernement suisse déclare que c'est dans ce sens qu'il interprète la convention intervenue à la date de ce jour entre les deux Hautes Parties contractantes.

2° Il est entendu que la protection accordée aux dessins de fabrique n'assure aucun droit exclusif de propriété à ce qui est en général désigné par l'expression: *genre*, *modes* ou *nouveautés*, mais seulement aux dessins originaux d'un caractère déterminé et dé-

zeichnungen von einem bestimmten Charakter, welche gemäß den Vorschriften des Art. 15 hinterlegt werden.

3) Ebenso wird von den hohen vertragschließenden Theilen anerkannt, daß durch die Hinterlegung einer Fabrikzeichnung ein ausschließliches Eigenthum nicht erworben werden kann, sei es für die Erfindung neuer industrieller Erzeugnisse oder diejenige neuer Mittel, resp. einer neuen Anwendung schon bekannter Mittel zur Erzielung eines industriellen Resultates oder Erzeugnisses, — indem ein diesfälliger ausschließlicher Besitz in Frankreich nur durch Erfindungspatente begründet werden kann.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll nach geschehener Verlesung unterzeichnet, zu Paris, im Ministerium des Auswärtigen, am 30. Brachmonat 1864.

(L. S.) (Gez.) **Kern.**

(L. S.) (Gez.) **Drouyn de Lhuys.**

(L. S.) (Gez.) **Rouher.**

posés conformément aux prescriptions de l'article 15.

3° Il est reconnu aussi par les Hautes Parties contractantes qu'on ne peut acquérir une propriété exclusive par le dépôt d'un dessin de fabrique, ni pour l'invention de nouveaux produits industriels, ni pour l'invention de nouveaux moyens ou l'application nouvelle de moyens connus pour l'obtention d'un résultat ou d'un produit industriel, lesquels ne peuvent être l'objet d'une possession exclusive en France que par la prise des brevets d'invention.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent protocole, après lecture faite, à Paris, au Ministère des affaires étrangères, le 30 Juin 1864.

(L. S.) (Sig.) **Kern.**

(L. S.) (Sig.) **Drouyn de Lhuys.**

(L. S.) (Sig.) **Rouher.**

VI.

Erklärung

betreffend

die Reisepässe.

Die Bevollmächtigten Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen,

in Berücksichtigung der von dem Bundesrathe bezüglich der Aufenthaltsbewilligungen gegebenen Zusicherung (deren Wortlaut im Protokoll der einundzwanzigsten Konferenzsitzung aufgenommen ist) erklären, daß, wenn der Bundesrath, namentlich zu Gunsten der Arbeiter, erhebliche Ermäßigungen auf den, in gewissen schweizerischen Kantonen für Aufenthaltsbewilligungen bezogenen hohen Gebühren zu erwirken vermag, die Regierung des Kaisers geneigt ist, gegenüber den Einwohnern der Schweiz die nämlichen Grundsäze zur Anwendung zu bringen,

Les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur des Français,

prenant en considération l'assurance donnée par le Conseil fédéral relativement aux permis de séjour (assurance dont les termes sont insérés au procès-verbal de la vingt-et-unième conférence), déclarent que, si le Conseil fédéral réussit à obtenir des réductions sérieuses, spécialement au profit des ouvriers, sur les taxes élevées perçues dans certains Cantons suisses pour permis de séjour, le Gouvernement de l'Empereur est disposé à appliquer aux habitants de la Suisse les mêmes règles que celles qui ont été adoptées à l'égard de l'Angle-

welche bezüglich des Paßwesens gegenüber England und Belgien angenommen worden sind.

Der schweizerische Bevollmächtigte nimmt Akt von dieser Erklärung.

Paris, den 30. Brachmonat 1864.

(L. S.) (Gez.) Kern.
(L. S.) (Gez.) Drouyn de Lhuys.
(L. S.) (Gez.) Rouher.

terre et de la Belgique en matière de passeport.

Le Plénipotentiaire suisse prend acte de cette Déclaration.

Paris, le 30 Juin 1864.

(L. S.) (Sig.) Kern.
(L. S.) (Sig.) Drouyn de Lhuys.
(L. S.) (Sig.) Rouher.

Note. Die Auswechslung der Ratifikationen der vorstehenden Verträge und Uebereinkünfte hat zwischen dem schweizerischen Minister in Paris, Herrn Dr. Kern, und Herrn Drouyn de Lhuys, Minister des Aeußern von Frankreich, am 24. Wintermonat 1864 in Paris stattgefunden.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

eine Ordonnanz für die neue Ausrüstung der Pferde des Bundesheeres.

(Vom 31. Christmonat 1864.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Vollziehung vom Art. 7 des Bundesgesezes vom 23. Jänner 1863, betreffend Einführung einer neuen Ausrüstung für die Pferde des Bundesheeres (VII, 408);

nach Einsicht einer bezüglichen Ordonnanz;

auf den Antrag des eidg. Militärdepartements,

beschließt:

1. Diese Ordonnanz tritt sofort in Kraft. Bei der neuen Ausgabe des Reglements über Bekleidung und Bewaffnung wird sie in dasselbe eingeschaltet.

2. Das eidg. Militärdepartement ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Bern, den 31. Christmonat 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die von der schweizerischen Nordostbahn für das Jahr 1864 an die Postkasse zu entrichtende Konzessionsgebühr.

(Vom 30. Jänner 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des Berichts des Postdepartements vom 30. Jänner 1865;

in Betracht, daß die Unternehmung der schweizerischen Nordostbahn für das Jahr 1864 einen Reinertrag von mehr als 4 % abwirft;

in Betracht des durch die Erstellung der Eisenbahnen der Postkasse erwachsenden, sehr erheblichen Nachtheils;

in Anwendung des in den Bundesbeschlüßen über Genehmigung der Konzessionen für die verschiedenen Eisenbahnstreken gemachten Vorbehaltes,

beschließt:

Die Gesellschaft der schweizerischen Nordostbahn hat für das Jahr 1864 von ihrer gesammten Betriebsstreke eine Konzessionsgebühr von Fr. 500 für jede Wegstunde mit Fr. 18,500 an die Postverwaltungskasse zu entrichten.

Bern, den 30. Jänner 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die von der schweizerischen Zentralbahn für das Jahr 1864 an die Postkasse zu entrichtende Konzessionsgebühr.

(Vom 30. Jänner 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des Berichts des Postdepartements vom 30. Jänner 1865;

in Betracht, daß die Unternehmung der schweizerischen Zentralbahn für das Jahr 1864 einen Reinertrag von mehr als 4 % abwirft;

in Betracht des durch die Erstellung der Eisenbahnen der Postkasse erwachsenden, sehr erheblichen Nachtheils;

in Anwendung des in den Bundesbeschlüßen über Genehmigung der Konzessionen für die verschiedenen Eisenbahnstreken gemachten Vorbehaltes,

beschließt:

Die Gesellschaft der schweizerischen Zentralbahn hat für das Jahr 1864 von ihrer gesammten Betriebsstreke eine Konzessionsgebühr von Fr. 400 für jede Wegstunde mit Fr. 20,600 an die Postverwaltungskasse zu entrichten.

Bern, den 30. Jänner 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Erklärungen

zwischen

dem schweiz. Bundesrathe und der k. k. österreichischen Regierung, betreffend gegenseitige Verpflegung von Erkrankten und Beerdigung von Verstorbenen.

(Vom 20. und 31. Jänner 1865.)

Erklärung des Bundesrathes.

Der schweizerische Bundesrath

ist Namens des Kantons Bern mit der Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Regierung übereingekommen, in Bezug auf die Verpflegung erkrankter, einschließlich Geisteskranker und Irrsinniger, und die Beerdigung verstorbener Angehöriger des andern kontrahirenden Theils die nachfolgenden Grundsäze in Anwendung treten zu lassen:

§ 1. Jede der kontrahirenden Regierungen verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß in ihrem Gebiete denjenigen hilfsbedürf-

Ministerialerklärung von Oesterreich.

Die Kaiserlich Königlich Oesterreichische Regierung

ist mit dem Schweizerischen Bundesrathe Namens des Kantons Bern übereingekommen, in Bezug auf die Verpflegung erkrankter, einschließlich geisteskranker (irrsinniger) und auf die Beerdigung verstorbener Angehöriger des andern kontrahirenden Theiles, die nachfolgenden Grundsätze in Anwendung treten zu lassen:

§ 1. Jede der kontrahirenden Regierungen verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß in ihrem Gebiete denjenigen hülfsbedürf-

tigen Angehörigen des andern kontrahirenden Theils, welche der Kur und Verpflegung benöthigt sind, diese nach denselben Grundsäzen wie bei eigenen Staatsangehörigen bis dahin zu Theil werde, wo ihre Rükkehr in den Heimatstaat ohne Nachtheil für ihre oder Anderer Gesundheit geschehen kann.

§ 2. Ein Ersaz der hiebei (§ 1) oder durch die Beerdigung erwachsenden Kosten kann gegen die Staats-, Gemeinde- oder andere öffentliche Kassen desjenigen Staates, welchem der Hilfsbedürftige angehört, nicht beansprucht werden.

§ 3. Für den Fall, daß der Hilfsbedürftige oder daß andere privatrechtlich Verpflichtete zum Ersaz der Kosten im Stande sind, bleiben die Ansprüche an leztere vorbehalten.

Die kontrahirenden Regierungen sichern sich auch wechselseitig zu, auf Antrag der betreffenden Behörde die nach der Landesgesezgebung zuläßige Hilfe zu leisten, damit denjenigen, welche die Kosten bestritten haben, diese nach billigen Ansäzen erstattet werden.

tigen Angehörigen des andern kontrahirenden Theils, welche der Kur und Verpflegung benöthigt sind, diese nach denselben Grundsätzen, wie bei eigenen Staatsangehörigen, bis dahin zu Theil werde, wo ihre Rückkehr in den Heimatstaat ohne Nachtheil für ihre oder Anderer Gesundheit geschehen kann.

§ 2. Ein Ersatz der hiebei (§ 1) oder durch die Beerdigung erwachsenden Kosten kann gegen die Staats-, Gemeinde- oder andere öffentliche Kassen desjenigen Staates, welchem der Hülfsbedürftige angehört, nicht beansprucht werden.

§ 3. Für den Fall, daß der Hülfsbedürftige oder daß andere privatrechtlich Verpflichtete zum Ersatz der Kosten im Stande sind, bleiben die Ansprüche an Letztere vorbehalten.

Die kontrahirenden Regierungen sichern sich auch wechselseitig zu, auf Antrag der betreffenden Behörde die nach der Landesgesetzgebung zuläßige Hülfe zu leisten, damit denjenigen, welche die Kosten bestritten haben, diese nach billigen Ansätzen erstattet werden.

§ 4. Durch vorstehende Uebereinkunft werden alle frühern, den nämlichen Gegenstand betreffenden Vereinbarungen des Kantons Bern mit der Kaiserlichen Staatsregierung aufgehoben, so weit dieselben mit der jezigen Uebereinkunft im Widerspruche stehen.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende Erklärung des Kaiserlich Königlichen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten ausgewechselt worden, im Kanton Bern Giltigkeit haben und daselbst öffentlich bekannt gemacht werden.

Bern, den 20. Jänner 1865.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

§ 4. Durch vorstehende Uebereinkunft werden alle frühern, den nämlichen Gegenstand betreffenden Vereinbarungen des Kantons Bern mit der Kaiserlichen Staatsregierung aufgehoben, so weit dieselben mit der jetzigen Uebereinkunft im Widerspruche stehen.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende Erklärung des schweizerischen Bundesrathes, d. d. Bern, 20. Jänner 1865, ausgewechselt worden, in allen Königreichen und Ländern des österreichischen Kaiserstaates Gültigkeit haben und daselbst öffentlich bekannt gemacht werden.

Wien, am 31. Jänner 1865.

Vom K. K. Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Aeußern:

Alexander Graf Mensdorff-Pouilly.

(L. S.)

Linth-Schifffahrts- und Reker-Ordnung.

(Vom 12. Jänner 1865.)

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Schifffahrt auf dem Linthkanal steht unter der Aufsicht der Linthkommission, welche dieselbe durch den Linthingenieur und einen besondern Linthschifffahrtsaufseher ausüben läßt.

Der Linthingenieur hat insbesondere darüber zu wachen, daß die Linthwerke durch die Schifffahrt und die Rekerei keinen Schaden leiden.

Der Schifffahrtsaufseher, welcher seinen Wohnsiz in Grynau hat, besorgt die Bestellung der Rekzüge und prüft das Gewicht der Schiffsladungen. Wenn zwischen Schiffer und Reker Widersprüche über lezteres walten, so schäzt er sie ab und bestimmt darnach die Rekertaxe.

§ 2. Bei Uebertretungen der gegenwärtigen Verordnung, welche mit Geldbußen belegt sind, sezt der betreffende Beamtete den Betrag der Buße fest, fordert denselben beim Fehlbaren ein und läßt ihn, wenn nicht binnen acht Tagen Bezahlung erfolgt oder Rekurs an die Linthkommission ergriffen wird, durch die kompetente Amtsstelle des Kantons, in dessen Gebiet die Uebertretung stattgefunden, einziehen.

Der Betrag der Buße fällt in die Linthkasse.

§ 3. Beschädigungen, welche in Folge der Schifffahrt und der Rekerei an den Linthwerken eintreten, hat der Linthingenieur sofort abzuschäzen und für den Betrag derselben den Fehlbaren in gleicher Weise, wie für die Bußen (§ 2) zu belangen.

§ 4. Der Linthkommission ist jeweilen auf jede Sizung von den bis dahin nach §§ 2 und 3 getroffenen Verfügungen ihrer Beamteten Kenntniß zu geben. Sie behandelt gleichzeitig die allfällig an sie gelangenden Rekurse.

II. Abschnitt.

Von der Schifffahrt.

§ 5. Die Schifffahrt und das Flößen auf dem Linthkanal ist Jedermann unter den nachfolgenden Bedingungen freigegeben.

§ 6. Die auf dem Linthkanal benuzten Schiffe dürfen nicht über 18 Fuß breit sein.

§ 7. Flöße von Bauholz dürfen nur aus drei, und solche von Sägeblöken nur aus vier Gliedern (Gleiche) bestehen. Das Zusammenbinden von zwei Holzflößen neben einander ist untersagt.

§ 8. Den Schiffern und Flößern wird untersagt:

a. mit den Haken an den Sporrenköpfen zu stoßen oder zu reißen, oder Schiffe oder Flöße an die Sporren anzubinden;
b. Pfähle an den Ufern einzurammen;
c. an andern als den angewiesenen Landungspläzen bei der Grynau-, Gießen-, Rothen-, Ziegel- und Biäschen-Brüke und bei Weesen zu landen.

Eine Ausnahme von dieser Regel ist nur im äußersten Nothfalle und zum Einladen von Landeserzeugnissen gestattet.

§ 9. Jedes am Rektau hängende Schiff, mag es geladen oder ungeladen sein, ist verpflichtet, den herabfahrenden Schiffen auszuweichen und am Ufer stille zu halten, bis leztere vorübergefahren sind.

§ 10. Die Schiffer sind nicht befugt, die Rekzüge selbst aufzubieten, sondern haben sich diesfalls an den Linthschifffahrtsaufseher zu wenden, und zwar jeweilen bis spätestens Abends $8^1/_2$ Uhr.

§ 11. Ueber das Gewicht der Schiffsladung hat sich der Schiffer durch Frachtbriefe oder andere glaubwürdige Dokumente auszuweisen.

Ein Sak Getreide von fünf Vierteln Schweizermaß wird gleich ein Zentner, 100 Maß Wein sammt Faßung gleich 3¹/₅ Zentner, ein Faß Erdäpfel gleich vier Zentner gerechnet.

§ 12. Sollte der Schiffer den im streitigen Fall vom Linthschifffahrtsaufseher (§ 1) festgesezten Betrag der Rekertaxe nicht anerkennen wollen, so hat er den leztern bei jenem zu deponiren und an die Linthkommission Rekurs zu nehmen, welche abschließlich entscheiden wird.

Schiffer, welche den ausgemittelten Rekerlohn nach richtiger Vollziehung der Rekerfahrt nicht bezahlen, wird kein weiterer Rekzug bewilligt, bis die Schuld berichtigt ist.

§ 13. Die zum Reken bestimmte Schiffsladung soll in der Regel nicht mehr als 200 Zentner betragen. Doch sind nach Maßgabe des Wasserstandes und unter der Bedingung, daß die Linthwerke nicht gefährdet werden, stärkere Ladungen gegen Vergütung der tarifmäßigen Gebühr gestattet. Auch dürfen unter den gleichen Voraussezungen einer vollen Ladung bis Gießen zwei und von dort ein leeres Schiff angehängt werden.

Das Futter für die Rekpferde, der Schlitten oder Rekerweidling und das unentbehrliche Rekergeschirr sind ohne besondere Vergütung an die Schiffer von denselben mitzunehmen.

§ 14. Uebertretungen der in den §§ 6, 7, 8, 9 und 10 enthaltenen Vorschriften werden mit Fr. 5 bis Fr. 25 gebüßt.

III. Abschnitt.

Von der Rekerei.

§ 15. Wer am Linthkanal die Rekerei betreiben will, hat hiefür bei der Linthkommission die Bewilligung einzuholen, welche dieselbe je nach Bedürfniß und unter den in den nachfolgenden Paragraphen enthaltenen Bedingungen ertheilen wird.

§ 16. Jeder Reker hat bei der Linthkommission eine annehmbare Real- oder Personalbürgschaft im Betrage von Fr. 1000 zu hinterlegen und haftet zudem über diesen Betrag hinaus für allen Schaden, der aus seiner Fahrläßigkeit oder üblem Willen

für die gerekten Schiffe und deren Ladung oder für die Linthwerke entsteht.

§ 17. Der Reker ist verpflichtet, sechs zum Reken taugliche Pferde, so wie alles hiezu nöthige Geschirr zu halten.

Er soll für schnelle Abfuhr und Beförderung der Schiffe stets bereit sein. Sind mehrere Reker angestellt, so haben sie die Reihenfolge, in der sie zum Dienste gelangen, unter sich festzustellen.

§ 18. Ein Rekzug besteht in der Regel aus fünf, bei hohem Wasserstand aus sechs Pferden.

Der Reker ist nicht verpflichtet, außer dem im § 13 vorgesehenen Falle eine stärkere Ladung als 200 Zentner in einem Schiff zu reken.

§ 19. Der Reker ist pflichtig, ein geladenes Schiff so weit unterhalb der Grynauerbrüke abzuholen, als er mit den Pferden gelangen kann. Auf jeder Fahrt stromaufwärts soll er zum Füttern der Pferde nie einen 3/4 Stunden überdauernden Aufenthalt machen.

§ 20. Der Reker soll nach Abends zuvor erhaltenem Aufgebot zur Abfahrt bereit sein:

vom 1. Wintermonat	bis	28. Hornung	Morgens	7	Uhr.
„ 1. März	„	30. April	„	5½	„
„ 1. Mai	„	31. Augstmonat	„	4½	„
„ 1 Herbstmonat	„	31. Weinmonat	„	5½	„

Vom 1. Mai bis 30. Herbstmonat darf nach 5 Uhr Abends und vom 1. Weinmonat bis 30. April nach 4 Uhr Abends mit dem Rekzug nicht mehr von der Grynauerbrüke abgefahren werden.

In dringenden Fällen sind die Reker gehalten, auch an Sonn- und Festtagen zu reken.

§ 21. Der Reker soll entweder persönlich fahren oder einen vertrauten und kundigen Rekknecht als Führer bestellen und in beiden Fällen dem Rekzuge einen tüchtigen Gehülfen beigeben.

§ 22. Beim Reken sind die Pferde stets auf den angewiesenen rechtseitigen Rekwegen zu halten. Für die stromabwärts

leer gehenden Rekerpferde muß auf Verlangen des Linthingenieurs von der rothen Brüke bis nach Grynau der linkseitige Damm benuzt werden.

§ 23. Der Tarif für die Rekertaxen wird folgendermaßen festgestellt:

a. Für leere Schiffe bis auf 62' Länge und unter 15' Breite:

1) von Grynau bis Mitte Gießen	. .	Fr. 2. —	Rp.
2) „ „ „ Gießen	. . . . .	„ 3. 50	„
3) „ „ „ rothe Brüke	. . .	„ 6. —	„
4) „ „ „ Windek und Ziegelbrüke		„ 8. —	„
5) „ „ „ Weesen	. . . . .	„ 9. —	„

b. Für leere Schiffe über 62' Länge oder über 15' Breite:

1) von Grynau bis Mitte Gießen	. .	Fr. 3. —	Rp.
2) „ „ „ Gießen	. . . . .	„ 4. 50	„
3) „ „ „ rothe Brüke	. .	„ 8. —	„
4) „ „ „ Windek und Ziegelbrüke		„ 11. —	„
5) „ „ „ Weesen	. . . . .	„ 14. —	„

c. Beladene Schiffe bezahlen außer obigen, sub Litt. a und b erwähnten Taxen noch 7 Rp. von jedem Zentner.

Außer diesen Taxen darf der Reker keine andere Entschädigung und keine Trinkgelder beanspruchen.

§ 24. Die Reker bestellen einen Bieter oder G'heißer, der beim Schloße Grynau abwarten und für die daselbst eintreffenden Schiffe auf die im § 20 angegebene Zeit die Rekzüge aufbieten soll.

Derselbe erhält für seine Verrichtungen von den Schiffern für jedes Schiff 40 Rp. Bieterlohn.

§ 25. Wegen Uebertretung der in den §§ 17, 19, 20, 21 und 22 enthaltenen Vorschriften, so wie wegen Ueberschreitung der im § 23 vorgeschriebenen Taxen, ist der Reker mit Fr. 5 bis Fr. 25 zu büßen. In wichtigern Fällen oder bei wiederholten Uebertretungen kann demselben überdies die Bewilligung zum Reken von der Linthkommission wieder entzogen werden.

Schlußartikel.

§ 26. Gegenwärtige Verordnung soll, nachdem sie die Genehmigung des Bundesrathes erhalten haben wird, den Regierungen der Kantone Zürich, Schwyz, Glarus und St. Gallen zur Publikation übermittelt werden.

§ 27. Durch gegenwärtige Verordnung wird diejenige für die Schifffahrt und das Reken auf der Linth vom 20. Brachmonat 1850 nebst den bezüglichen Nachträgen aufgehoben.

Also beschloßen Zürich, den 12. Jänner 1865.

Im Namen der Linthkommission,
Der Präsident:
C. Kappeler.

Der schweizerische Bundesrath

ertheilt vorstehender Linth-Schifffahrts- und Reker-Ordnung die Genehmigung.

Bern, den 3. Hornung 1865.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Erklärungen

zwischen

dem schweiz. Bundesrathe und der königlich sächsischen Regierung, betreffend gegenseitige Freihaltung vom Militärdienste.

(Vom 27. Jänner und 4. Hornung 1865.)

Erklärung des Bundesrathes.

Der Bundesrath
der
schweizerischen Eidgenoßenschaft

gibt im Namen der Kantone Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (beide Theile), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (beide Theile), Schaffhausen, Appenzell (beide Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf die Erklärung ab, daß Angehörige des Königreichs

Ministerial-Erklärung von Sachsen.

Nachdem zwischen der Königlich Sächsischen Regierung und dem Bundesrathe der schweizerischen Eidgenossenschaft eine Vereinbarung dahin getroffen worden ist, daß einerseits Angehörige des Königreichs Sachsen, welche in den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, beide Theile, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, beide Theile, Schaffhausen, Appenzell, beide Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt,

Sachsen, sofern sie nicht im Besize des Schweizerbürgerrechtes sind, in den genannten Kantonen weder zum Militärdienste, noch zu einem Geldersaze für Nichtleistung der Militärpflicht angehalten werden sollen, so lange im Königreich Sachsen auf die Bürger der erwähnten Kantone die nämlichen Grundsäze zur Anwendung kommen.

Gegeben in Bern, den 27. Jänner 1865.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

Wallis, Neuenburg und Genf,

so wie andrerseits Angehörige dieser vorgenannten 22 Schweizerischen Kantone, welche im Königreiche Sachsen aufhältlich sind,

in den gegenseitigen Landen weder zum Militärdienste, noch zu einem Geld-Ersatze für Nichtleistung der Militärpflicht angehalten werden dürfen, und diese Uebereinkunft so lange währen soll, als nicht andere Grundsätze in den betreffenden Landen zur Anwendung kommen;

so ist hierüber, mit Genehmigung Seiner Majestät des Königs von Sachsen, die gegenwärtige Ministerial-Erklärung mit dem Versprechen, dieselbe genau befolgen zu lassen, ausgestellt worden.

Gegeben zu Dresden am 4. Februar Ein Tausend Acht Hundert Fünf und Sechzig.

Königlich Sächsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten:

(L. S.) **Freiherr von Beust.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

Abänderung der Militärorganisation des Kantons Basel-Stadt.

(Vom 13. Hornung 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Prüfung des aus sechs Paragraphen bestehenden, vom Großen Rathe des Kantons Basel-Stadt unterm 6. Hornung 1865 erlassenen Gesezes, betreffend Abänderung der §§ 38, 39, 40, 48, 49 und 54 der Militärorganisation vom 5. Christmonat 1853 und des Nachtragsgesezes vom 3. März 1862;

auf den Bericht des schweizerischen Militärdepartements,

und in Anwendung von Artikel 20, Ziffer 4 der Bundesverfaßung und Artikel 134 der eidgenößischen Militärorganisation,

anerkennt:

Daß dieses Gesez nichts enthält, was der eidgenößischen Militärorganisation vom 8. Mai 1850 und den dem Kanton Basel-Stadt obliegenden bundesgemäßen Verpflichtungen entgegen ist; weßhalb dasselbe sofort in Vollziehung gesezt werden kann.

Bern, den 13. Hornung 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß
betreffend
die Uebertragung der tessinischen Eisenbahnen Chiasso-Biasca-Locarno an die limitirte Central-Europäische Eisenbahngesellschaft.

(Vom 17. Hornung 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,
nach Einsicht

einer Zuschrift der European Central Railway Company limited, d. d. Bern (Hôtel Bernerhof) 16. Hornung 1865, und unterzeichnet William Young, Sekretär, betreffend den Ausweis über genügende Mittel zur Fortführung des Unternehmens;

einer zweiten Zuschrift derselben Compagnie vom gleichen Datum und unterzeichnet Tho. Cave, Direktor, und William Young, Sekretär, betreffend die Erledigung allfälliger Ansprüche des Hrn. Ingenieur Wetli vor schweizerischem Gericht;

auf den Antrag seines Departements des Innern,

beschließt:

1. Der Uebertragung der unterm 12. Brachmonat 1863 den Herren Hallett und Comp. ertheilten Konzession für Eisenbahnen im Kanton Tessin an die limitirte Central-Europäische Eisenbahngesellschaft in London wird gemäß Art. 7 des Bundesbeschlußes vom 31. Heumonat 1863 die Genehmigung ertheilt.

2. Gegenwärtiger Beschluß ist der Regierung von Tessin, den Herren Hallett und Comp., der European Central Railway Company limited, dem Hrn. Fürsprecher Riggeler in Bern, zuhanden des Hrn. Wetli mitzutheilen, und soll in die amtliche Gesezsammlung, so wie in die Eisenbahnaktensammlung aufgenommen werden.

Bern, den 17. Hornung 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Erklärung

des

Bundesrathes, betreffend die zwischen den eidg. Ständen Zürich, Glarus, St. Gallen, Graubünden und Thurgau abgeschloßenen Verträge wegen Verpfändung von Eisenbahnen.

(Vom 18. Hornung 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht

1) einer Uebereinkunft zwischen den Kantonen Zürich, Glarus, St. Gallen, Graubünden und Thurgau, betreffend Verpfändung von Eisenbahnen, d. d. 14. April 1864;

2) eines Vertrags zwischen den Kantonen Zürich und St. Gallen, betreffend Ausübung des ihnen mit Beziehung auf die Eisenbahn von Wallisellen bis zum Anschluß an die Eisenbahnlinie Weesen-Rapperschwyl zustehenden Rükkaufsrechtes, ratifizirt vom Großen Rathe des Kantons Zürich am 10. Weinmonat 1864 und vom Großen Rathe des Kantons St. Gallen unterm 22. Wintermonat 1864;

3) eines Vertrags zwischen den Kantonen Zürich, St. Gallen und Thurgau, betreffend Ausübung des ihnen mit Beziehung auf die Eisenbahn von Winterthur über Wyl nach Rorschach zustehenden Rükkaufsrechtes, welcher Vertrag am 10. Weinmonat 1864 die Genehmigung des Großen Rathes von Zürich, am 22. Wintermonat 1864 jene des Großen Rathes von St. Gallen und am 5. Weinmonat/20. Christmonat 1864 diejenige des Großen Rathes von Thurgau erhalten hat;

in Anwendung vom Art. 7 der Bundesverfaßung,

erklärt:

Daß diese drei Verträge nichts enthalten, was dem Bunde oder den Rechten anderer Kantone zuwiderläuft, und daß daher dem Inkrafttreten derselben von Seite des Bundes kein Bedenken entgegensteht. Diese Erklärung geschieht jedoch ausdrüklich in dem Sinne, daß dadurch den in der Bundesgesezgebung und in Bundesbeschlüßen dem Bunde gewahrten Rechten in keinerlei Weise irgend welcher Eintrag geschehe.

Bern, den 18. Hornung 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Konzession für Telegraphenleitungen der schweiz. Nordostbahn.

(Vom 24. Hornung 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht eines Gesuches der Direktion der schweizerischen Nordostbahn, vom 24. Wintermonat 1864;

auf den Antrag seines Postdepartements,

beschließt:

Der schweizerischen Nordostbahngesellschaft wird, in Anwendung des Art. 1 des Bundesgesezes über die Organisation der

schweiz. Telegraphenverwaltung, vom 20. Christmonat 1854, die Konzession zur Erstellung einer Telegraphenleitung mit einem Drath und mit den nöthigen Telegraphenbüreaux in den Bahnhöfen und Bahnstationen längs der Eisenbahn von Zürich nach Oerlikon und von da nach Bülach, mit Abzweigung nach Dielsdorf, so wie zur Erstellung einer telegraphischen Signalvorrichtung mit zwei Dräthen zwischen dem Bahnhof Zürich und dem ersten Schacht des Wipkinger-Tunnels, und mit einem Drathe von da bis zur Station Oerlikon, unter folgenden Bedingungen ertheilt:

1. Die konzedirte Telegraphenlinie darf von Seite der Bahnverwaltung ausschließlich nur für die Dienstkorrespondenz des Bahnbetriebes benuzt werden.

2. Zwischen Zürich und Oerlikon ist dieselbe auf der den bestehenden Telegraphenleitungen entgegengesezten Seite der Bahn anzubringen. Die für diese Streke nöthigen Eisenstangen werden von der eidgenößischen Telegraphenverwaltung unentgeldlich geliefert, welcher das Recht zusteht, an denselben eine beliebige Anzahl Dräthe zu befestigen. Die Lieferung der entsprechenden Anzahl Sokelsteine und das Befestigen der Stangen in denselben liegt der Verwaltung der Nordostbahn ob.

3. Die Telegraphenleitung von Oerlikon bis Bülach und Dielsdorf kann einstweilen durch die Bahnverwaltung mit Winkel-Eisenstangen erstellt werden. Sollte aber die eidg. Telegraphenverwaltung früher oder später von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch machen wollen, auf dieser Linie einen oder mehrere Dräthe anzubringen, so sind auf ihr Verlangen die Winkel-Eisenstangen durch unentgeldlich von ihr zu liefernde und nach ihrem Konstruktionssystem angefertigte Eisenstangen zu ersezen, wogegen die Bahnverwaltung unentgeldlich die nöthige Zahl Sokelsteine an Ort und Stelle zu liefern und die Stangen in dieselben zu befestigen hat.

4. Im Uebrigen ist bezüglich der Ausführung dieser Leitungen das bei der eidg. Telegraphenverwaltung eingeführte Konstruktionssystem zu beobachten.

5. Gegenwärtige Konzession wird auf unbestimmte Zeit ertheilt, und es bleibt dem Bundesrathe das Recht vorbehalten, dieselbe jederzeit zurükzuziehen.

Bern, den 24. Hornung 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

theilweise Abänderung der Militärorganisation für den Kanton Waadt.

(Vom 27. Hornung 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Prüfung des vom Großen Rathe des Kantons Waadt unterm 30. Jänner 1865 erlassenen, aus 4 Artikeln bestehenden Dekrets, durch welches das Gesez vom 16. Christmonat 1862 über die Militärorganisation des gedachten Kantons (VII, 396) theilweise abgeändert wird;

auf den Bericht des schweizerischen Militärdepartements;

in Anwendung von Art. 20, Ziffer 4 der Bundesverfaßung und von Art. 134 der eidgenößischen Militärorganisation vom 8. Mai 1850,

erklärt:

Daß dieses Dekret nichts enthält, was der eidg. Militärorganisation vom 8. Mai 1850, beziehungsweise 15. Heumonat

1862, und den dem Kanton Waadt obliegenden bundesgemäßen Verpflichtungen entgegen ist; weßhalb dasselbe sofort in Vollziehung gesezt werden kann.

Bern, den 27. Hornung 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Korrektion der Linth von Grynau bis zur Einmündung in den Zürichsee.

(Vom 27. Hornung 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht eines Berichtes der eidg. Linthkommission und eines sachbezüglichen Antrages des eidg. Departements des Innern,

beschließt:

1. Dem von der eidg. Linthkommission vorgeschlagenen Projekte der Fortsezung der Linthkorrektion von Grynau bis zur Einmündung in den Zürichsee wird nach Maßgabe des Art. 3 des Bundesbeschlusses betreffend die Reorganisation der Linthverwaltung vom 27. Januar 1862 (VII, 119) die Genehmigung in dem Sinne ertheilt, daß zu dessen Ausführung eine Inanspruchnahme des Linthfonds bis auf das Maximum von 150,000 Franken gestattet wird.

2. Ebenso wird dem von der Linthkommission vorgeschlagenen Reglemente über die Mehrwerthsschäzung der Liegenschaften die Genehmigung ertheilt.

3. Dieser Beschluß ist sammt dem Reglemente über die Mehrwerthsschäzung in die eidg. Gesezsammlung aufzunehmen und der eidg. Linthkommission, so wie den Regierungen der vier Linthkantone, zur besondern Kenntniß zu bringen.

Die eidg. Linthkommission wird mit dessen weiterer Ausführung beauftragt, zu welchem Behufe ihr die Plane und technischen Gutachten zurükzustellen sind.

Bern, den 27. Hornung 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Reglement

über

die Mehrwerthsschäzung.

§ 1. Die Schäzungskommission besteht aus fünf Mitgliedern, von denen jede Regierung der vier Linthkantone ein Mitglied und der schweizerische Bundesrath den Obmann wählt.

§ 2. Die Mitglieder werden vom Präsidenten der eidgenößischen Linthkommission für getreue Erfüllung ihres Auftrages ins Handgelübd genommen, und entschziden ohne Weiterzug.

§ 3. Der Linthingenieur wird die Schäzungskommission an Ort und Stelle begleiten und an der Hand der von ihm aufgenommenen Situations- , und Niveauplane alle nöthige Auskunft ertheilen.

§ 4. Ebenso sollen die Vorstände der betreffenden Linthgenossamen und der Gemeinde Schmerikon zum Begleit und Auskunftgeben avisirt werden.

§ 5. Als höchster Ausgangspunkt der Mehrwerthsschäzung wird das Niveau von 15 Fuß über Null des alten Stadthauspegels in Zürich angenommen, so wie andererseits ein so niedriger Seestand, bei dem noch einiger Bodenertrag erreichbar ist, mit Uebertragung auf den Pegel in Schmerikon, indem der Wasserspiegel des Sees bei ruhiger Witterung als horizontal angenommen werden kann.

§ 6. Das Eigenthum der Linthunternehmung fällt nicht in die Mehrwerthsschäzung. Eben so wenig der von Abzugskanälen eingenommene Raum.

§ 7. Die Schäzungskommission hat zu bestimmen, wie viele Steuerklassen sein und in welchem Verhältniß diese besteuert werden sollen. Als Maßstab gilt einzig der durch die Entwässerung erreichbare größere oder geringere Grad der Kulturfähigkeit ohne Rüksicht auf gegenwärtige Benuzungsart. Ferner bei den Schmerikoner Liegenschaften insbesondere noch die zu gewinnende Sicherheit gegen Ufereinbrüche.

Der Perimeter der Schäzungsgrenzen ergibt sich aus dem Plane des Linthingenieurs mit den eingetragenen Horizontalkurven von zwei zu zwei Fuß Vertikalabstand und aus den alten Mehrwerthregistern.

§ 8. In den Gebieten jeder Linthgenossame und der Gemeinde Schmerikon, in so weit diese noch nicht den Linthgenossamen zugetheilt ist, werden je besondere tabellarisch eingerichtete Protokolle geführt, in welche die einzelnen Grundstüke nach Klassen eingetragen werden und deren Taxation vorzumerken ist. In dieser Tabelle sind Namen und Wohnort des Eigenthümers, Katasternummern, Flächeninhalt, Gattung des Grundstüks einzutragen, nebst dem Datum der geschehenen Taxation.

§ 9. Nach Vollendung ihrer Verrichtung wird die Kommission diese Protokolle gesöndert und in guter Ordnung nebst

beleuchtendem Bericht über das bei der Klassifikation und Taxation eingehaltene Verfahren und über dessen Ergebniß dem Präsidenten der eidgenößischen Linthkommission übergeben. Der Bericht ist von sämmtlichen Mitgliedern zu unterzeichnen.

§ 10. Ueber Entschädigung der Kommissionsmitglieder wird die Linthkommission das Angemessene verfügen.

§ 11. Die Linthkommission wird das Ergebniß der Schäzung in Kopie den Vorständen der Linthgenossamen rechtseitig und linkseitig Benken und der Gemeinde Schmerikon zur Kenntniß bringen, welche pro rata der jährlichen Kosten die Abrechnung mit den betreffenden Gemeinden und Partikularen zu besorgen haben.

Verordnung

über

den Viehtransport auf den schweizerischen Eisenbahnen.

(Vom 1. März 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht eines Vorschlages vom eidg. Departement des Innern;

in Ausführung des Artikels 59 der Bundesverfaßung,

verordnet:

§ 1. Thiere, welche an ansteckenden Krankheiten leiden, wie Milzbrand (Anthrax), Wuth, Pferderoz und Wurm, Rinderpest, Lungenseuche, Maul- und Klauenseuche und Schafpoken, sind vom öffentlichen Verkehr ausgeschloßen. Dieselben dürfen mit Aus-

nahme der im § 7 näher bezeichneten Fälle nicht vermittelst Eisenbahnen transportirt werden.

§ 2. Jedes Stük Rindvieh, welches auf eine Eisenbahn verladen werden soll, muß mit einem gesezlichen Gesundheitsschein begleitet sein, welcher konstatirt, daß das Thier aus einer Ortschaft komme, wo eine anstekende Krankheit weder herrscht, noch kürzlich geherrscht hat.

§ 3. Kann ein solcher Gesundheitsschein nicht beigebracht werden, so muß das betreffende Stük Rindvieh am Orte der Verladung oder, wenn dasselbe vom Ausland kommt, auf der nächsten schweizerischen Station, sofern nicht von der betreffenden Kantonalbehörde eine andere Station angewiesen wird, durch einen patentirten Thierarzt untersucht werden, und es darf die Verladung, beziehungsweise der Weitertransport desselben nur dann stattfinden, wenn der Thierarzt bezeugt hat, daß die Untersuchung die Gesundheit des Thieres unzweifelhaft nachgewiesen habe.

§ 4. Für Ziegen-, Schaf- und Schweineherden (Truppen von mehr als 10 Stüken) sind gesezliche Gesundheitsscheine erforderlich, durch welche dargethan wird, daß die betreffende Herde aus einer Ortschaft komme, wo eine anstekende Krankheit weder herrscht, noch kürzlich geherrscht hat. Vom Ausland eingeführte Thiere dieser Gattungen sind, ob sie einzeln oder herdenweise transportirt werden, bei ihrem Uebergang auf hiesige Bahnen von einem schweizerischen Thierarzt zu untersuchen. Wenn solches nicht möglich sein sollte, muß die Untersuchung bei der Ausladung stattfinden.

§ 5. Die Waggons, welche zur Aufnahme von Schweinen und Schafen dienen, dürfen nicht gleichzeitig zum Transport für Rindvieh verwendet werden.

§ 6. Die zum Transport und Verladen von Vieh dienenden Waggons und Rampen müssen fleißig gereinigt werden. Bevor die Waggons von den Exkrementen früher transportirter Thiere gereinigt sind, dürfen in denselben keine neuen Viehtransporte eingeladen werden.

§ 7. Die Sanitätsbehörden können sich der Eisenbahnen bedienen zum Transporte verseuchten Viehes, insbesondere zur Schlachtbank. Es soll dieses jedoch unter schüzenden Anordnungen geschehen, die sich nach den Verhältnissen des einzelnen Falles richten.

§ 8. Wenn Eisenbahnmaterial durch Thiere verunreinigt wurde, die an einer anstekenden Krankheit leiden, so muß eine sorgfältige Desinfektion desselben, wo möglich unter Aufsicht eines Thierarztes, stattfinden, ehe es wieder zu seinem Zweke verwendet werden darf.

Die Waggons und Rampen müssen mit kochendem Wasser gut gewaschen, hernach mit heißer Lauge abgebrüht und abgerieben werden. Sie dürfen erst nach vollständiger Austroknung wieder zum Viehtransport verwendet werden.

§ 9. Für die Kosten dieser Desinfektion haftet der Eigenthümer der Thiere, durch welche die Infektion stattgefunden hat.

§ 10. In außerordentlichen Fällen, namentlich bei größerer Annäherung der Rinderpest, bei Ein- oder Durchfuhr von Vieh aus den von dieser Krankheit heimgesuchten Staaten wird der Bundesrath besondere Schuzmaßregeln vorschreiben.

§ 11. Für die Vollziehung dieser Vorschriften sind die Eisenbahnverwaltungen verantwortlich. Die Uebertretung derselben wird mit Buße bis auf 100 Franken bestraft.

Die Ueberwachung der Handhabung dieser Vorschriften und die Bestrafung ist Sache der Kantone.

§ 12. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft und soll in die eidg. Gesezsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 1. März 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Reglement

über

die Erfordernisse für die Brevetirung von Artillerie-Unteroffizieren zu Artillerie-Offizieren.

(Vom 20. März 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

in weiterer Ausführung und theilweiser Abänderung vom § 50, lezter Passus, des allgemeinen Reglements vom 25. Wintermonat 1857 über Abhaltung der eidg. Militärschulen für die Spezialwaffen (V, 671), und unter dem Vorbehalt einer durchgreifenden Revision dieses Reglements, beschließt über die Beförderung von Artillerie-Unteroffizieren zu Offizieren dieser Waffe folgendes Reglement:

§ 1. Artillerie-Unteroffiziere, welche von den Kantonen zu Offizieren befördert werden wollen, haben über ihre Befähigung eine Prüfung nach folgenden Bestimmungen zu bestehen.

§ 2. Die Prüfung wird in einem Umfange, welcher dem in den eidgenößischen Schulen ertheilten Unteroffiziersunterricht entspricht, theils praktisch, theils mündlich, theils schriftlich über hienach bezeichnete Fächer abgenommen.

A. Kanonier-Unteroffiziere.

Soldatenschule mit Gewehr- und Säbel-Exerziren.
Organisation der Artillerie; innerer Dienst; Wach- und Felddienst.
Kenntniß des Materiellen und der Ausrüstung.
Kenntniß der Munition, ihrer Anfertigung und Verpakung.
Kenntniß und Behandlung der Handfeuerwaffen.

Geschüzbedienung; Lastenbewegungen und Herstellungsarbeiten.
Geschüzrichtung und Wirkung der Geschoße.
Batteriebau.
Pelotons- und Kompagnieschule.

B. Train-Unteroffiziere.

Soldatenschule mit Säbelhandgriffen.
Organisation der Artillerie; innerer Dienst; Stalldienst, Feldsdienst.
Kenntniß des Pferdes, der Beschirrung und Bepakung, des Hufbeschlages.
Kenntniß und Behandlung der Reiterpistole.
An- und Abschirren, An- und Abspannen, Anpassen der Geschirre.
Reiten, Fahren; Batterieschule.
Herstellungsarbeiten.

Die höhern Artillerie-Unteroffiziere, als Adjutanten, Feldweibel und Fouriere, werden in den nämlichen Fächern wie die Kanonier-Unteroffiziere geprüft.

§ 3. Anmeldungen von Unteroffizieren zum Offiziersexamen sind von Seite der Kantone bis spätestens den 13. Hornung eines jeden Jahres dem eidg. Militärdepartement einzureichen.

§ 4. Um zum Offiziersexamen zugelassen zu werden, muß der Betreffende wenigstens den Grad eines Kanonierwachtmeisters oder eines Trainkorporals bekleiden, von dem Kommandanten seiner taktischen Einheit und in Kantonen, wo ein besonderes Waffenkommando der Artillerie besteht, auch von leztern eine bezügliche Empfehlung beibringen und sich ausweisen, daß er als Unteroffizier besagten Grades bereits einen Wiederholungskurs und eine Rekrutenschule, oder statt der leztern eine Zentralschule vollständig mit sehr gutem Erfolg (Note 1) in Bezug auf Leistungen und Betragen durchgemacht habe.

§ 5. Die Prüfung solcher Offiziersaspiranten wird durch eine Kommission, bestehend aus dem Oberinstruktor der Waffe, als Präsidenten, und je zwei vom eidg. Militärdepartement zu bezeichnenden Offizieren jeweilen im Monat März vorgenommen.

Ueber das Prüfungsergebniß hat die Kommission an den eidg. Oberst Artillerie-Inspektor, zuhanden des eidg. Militärdepartements, einen Bericht einzureichen, welches auf Grund desselben entscheidet, ob der betreffende Offiziersaspirant als Offizier brevetirt werden könne oder nicht.

§ 6. Die auf solche Weise ernannten Offiziere haben als II. Unterlieutenants noch im nämlichen Jahre zu ihrer ferneren Ausbildung eine vom eidg. Militärdepartement zu bezeichnende Artillerie-Rekrutenschule zu besuchen, und zwar die frühern Kanonier-Unteroffiziere mit vorzugsweiser Verwendung zum Traindienst, die frühern Train-Unteroffiziere mit derjenigen zum Kanonierdienst.

§ 7. Die Kosten der Prüfung sowol, als diejenigen des im § 6 bezeichneten Unterrichts übernimmt der Bund.

Bern, den 20. März 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Konzession für eine Telegraphenleitung der schweiz. Zentralbahn.

(Vom 20. März 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht eines Gesuches des Direktoriums der schweizerischen Zentralbahn vom 30. Jänner 1865;

auf den Antrag seines Postdepartements,

beschließt:

Der schweizerischen Zentralbahngesellschaft wird in Anwendung des Art. 1 des Bundesgesezes über die Organisation der schweizerischen Telegraphenverwaltung vom 20. Christmonat 1854 die Konzession für Anbringung eines zweiten Drathes auf der Telegraphenlinie zwischen Läufelfingen und Olten behufs Erstellung einer elektrischen Signalvorrichtung unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

1. Die konzedirte Telegraphenlinie darf von Seite der Bahnverwaltung ausschließlich nur für die oben erwähnte elektrische Signalvorrichtung benuzt werden.

2. Die Verwaltung der schweizerischen Zentralbahn hat alle Kosten für Anbringung dieses Drathes und für allfällig dadurch nothwendig werdende Aenderungen zu tragen.

3. Der neue Drath ist an einem von der Bahnverwaltung zu liefernden Träger zu befestigen, welcher auf der entgegengesezten Seite unter dem noch freistehenden Träger anzubringen ist, gemäß näherer Verständigung zwischen der Telegrapheninspektion Bern und dem Bahningenieur.

4. Gegenwärtige Konzession wird auf unbestimmte Zeit ertheilt. Dem Bundesrathe bleibt das Recht vorbehalten, dieselbe jederzeit zurükzuziehen.

Bern, den 20. März 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Pferde-Eisenbahn Genf-Chêne.

(Vom 22. März 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

um die Verhältnisse der Pferdebahn zwischen Genf und Chêne (Moillesulaz) zur schweizerischen Postverwaltung zu ordnen;

in Anwendung der Bestimmung im Art. 3 des Bundesbeschlußes vom 28. Jänner 1863 (VII, 416), betreffend die Pferdebahn Genf-Carouge,

beschließt:

Die Unternehmung der Pferdebahn zwischen Genf und Chêne (Moillesulaz) ist verpflichtet, die Postsendungen, so wie die im Dienste reisenden Beamten und Bediensteten der Postverwaltung unentgeldlich zu transportiren, wogegen diese Unternehmung der Entrichtung einer Postkonzessionsgebühr enthoben wird.

Bern, den 22. März 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Uebereinkunft

zwischen

der schweiz. Eidgenoßenschaft und dem Kanton Genf,

betreffend

den Loskauf des Brükengeldes auf der hölzernen Brüke über die Arve.

(Vom 20. Wintermonat 1863.)

In Erwägung:

1) daß die Aufhebung der auf dem Gebiete der schweizerischen Eidgenoßenschaft noch bestehenden Brükengelder im Interesse des freien Verkehrs liegt;

2) daß der Bundesrath durch Beschluß der gesezgebenden Räthe vom 15/16. Jänner 1863 beauftragt worden ist, mit den Regierungen derjenigen Kantone, auf deren Gebiet konzessionirte Brükengelder noch bestehen, über den Loskauf dieser leztern in Unterhandlung zu treten und zu diesem Zweke Uebereinkünfte unter Ratifikationsvorbehalt abzuschließen,

ist heute folgende Uebereinkunft zwischen den unterzeichneten Abgeordneten vereinbart worden:

Art. 1. Der Bezug des Brükengeldes auf der hölzernen Brüke über die Arve hört mit dem 1. Jänner 1864 auf. Von diesem Tage an ist der Verkehr über dieselbe von jeder Gebühr befreit.

Art. 2. Gemäß Art. 24 der Bundesverfaßung verpflichtet sich die Eidgenoßenschaft, dem Kanton Genf für die Aufhebung dieses Brükengeldes, und zwar auf die Dauer von dreizehn Jahren, vom 1. Jänner 1864 an, die Summe von fünftausend Franken per Jahr in vierteljährlichen Zahlungen zu entrichten. Nach Verfluß dieser dreizehn Jahre hört jede weitere Zahlung der Eidgenoßenschaft für das erwähnte Brükengeld auf. Es wird jedoch, mit Bezugnahme auf den Bundesbeschluß vom 17/30. April 1850, ausdrüklich vorbehalten und bedungen, daß die nach Sinn und Geist der Bundesverfaßung der Eidgenoßenschaft und dem Kanton Genf gesicherte rechtliche Stellung durch die gegenwärtige Uebereinkunft in keiner Weise verändert werde.

Art. 3. Der Kanton Genf verpflichtet sich, die Brüke in gutem Stande unterhalten zu lassen, damit dieselbe ohne Gefahr, wie bisanhin, benuzt werden kann.

Sollte der Kanton Genf dieser Verpflichtung nicht vollständig nachkommen, und der Zustand der Brüke nicht mehr die nöthige Sicherheit für den Verkehr über dieselbe darbieten, so würde von Seite der Eidgenoßenschaft die Bezahlung der Loskaufsumme aufhören.

Art. 4. Falls die Eidgenoßenschaft vorzöge, die Loskaufsumme auf einmal, anstatt in dreizehn Jahreszahlungen zu entrichten, so würde dieselbe, zahlbar auf 1. Jänner 1864, auf Franken vierzigtausend in baar festgesezt, und es käme sodann die Brüke unter die Bestimmungen des Art. 35 der Bundesverfaßung für den Kanton Genf zu stehen.

Art. 5. Der Kanton Genf wird sich mit den Eigenthümern der Brüke über deren Abtretung ins Einverständniß sezen, und es übernimmt die Eidgenoßenschaft in dieser Beziehung keinerlei Verpflichtung.

Art. 6. Gegenwärtige Uebereinkunft tritt mit dem 1. Jänner 1864 in Kraft.

Art. 7. Die Abgeordneten behalten die Ratifikation einerseits der Bundesversammlung und andererseits des Kantons Genf vor.

Bern, den 20. Wintermonat 1863.

Der Abgeordnete des Bundesrathes:
F. Frey-Herosée.

Der Abgeordnete der Regierung von Genf:
A. Schneh.

Eingesehen und genehmigt vom Staatsrath der Republik und des Kantons Genf, mit folgenden Einschaltungen:

1) Im Art. 3 nach den Worten: „die Brüke in gutem Stande unterhalten zu lassen," beizufügen: „während dreizehn Jahren, vom 1. Jänner 1864 an".

2) Am Schluße des Art. 4 beizufügen: „während der oben festgesezten Dauer von dreizehn Jahren".

Genf, den 27. Wintermonat 1863.

(L. S.)

Im Namen des Staatsrathes,
Der Kanzler:
Elie Ducommun.

Der Staatskanzler der Republik und des Kantons Genf bezeugt durch gegenwärtige Erklärung, daß der Große Rath dieses Kantons durch Beschluß vom 30. Christmonat 1863 vorstehender Uebereinkunft über den Loskauf des Brükengeldes auf der Brüke über die Arve, unter Vorbehalt der zwei von dem Staatsrathe in seiner Sizung vom 27. Wintermonat 1863 beschloßenen Einschaltungen, die definitive Genehmigung von Seite des Kantons Genf ertheilt hat.

Genf, den 14. Jänner 1864.

(L. S.)

Der Staatskanzler:
Elie Ducommun.

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des Beschlußes der Bundesversammlung vom 22. Christmonat 1863,

ertheilt vorstehender Uebereinkunft über den Loskauf des auf der hölzernen Brüke über die Arve bezogenen Brükengeldes seine Genehmigung, unter dem im Art. 4 enthaltenen Vorbehalte.

Bern, den 20. Jänner 1864.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schieß.

Uebereinkunft

zwischen

dem schweiz. Bundesrathe und der Regierung von Graubünden, betreffend Zollauslösung.

(Vom 24. August 1864.)

Zwischen dem unterzeichneten Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes, Herrn Oberst F. Frey-Herosee, einerseits, und Herrn F. Wassali, Präsident der Regierung des h. Standes Graubünden, anderseits, ist unter heutigem Datum folgende Uebereinkunft, Namens ihrer hohen Comittenten, getroffen worden:

Art. 1. Der schweizerische Bundesrath verpflichtet sich, nach Anleitung des Art. 26 der Bundesverfassung, dem Kanton Grau-

bünden für die Aufhebung aller seiner Zölle, Weg- und Brüken-gelder und übrigen Gebühren, wie dieselben durch den Zollaus-lösungsvertrag vom 9. August 1849 und den Nachtrag zu demselben vom 28. November 1849 beseitigt worden sind, jährlich die Summe von Fr. 260,000 (zweimalhundert und sechszigtausend Franken) jeziger eidg. Währung in vier Terminen und gesezlichen Geldsorten zu bezahlen.

Art. 2. Der Art. 2 des Zollloskaufsvertrages vom 9. August und die Vergütungsbestimmung im Art. 1 des Nachtrags vom 28. November, beides 1849, sind aufgehoben; die übrigen Bestimmungen jener Aktenstüke bleiben dagegen in voller Kraft.

Art. 3. Der Bundesbeschluß vom 23. Januar 1860 über Bewilligung des Fortbezugs, während zehn Jahren, einer Zollentschädigungssumme von Fr. 63,971. 43 tritt außer Kraft.

Art. 4. Die gegenwärtige Uebereinkunft unterliegt der ausdrüklich vorbehaltenen Ratifikation einerseits der schweizerischen Bundesversammlung, anderseits der Standeskommission des h. Standes Graubünden. Auf erfolgte Ratifikation hin tritt sie mit dem 1. Januar 1865 in Vollziehung.

So geschehen in Bern, den 24. August 1864.

Der Abgeordnete des Bundesrathes:
F. Frey-Herosee.

Der Abgeordnete von Graubünden:
Fried. Wassali.

Am 5. September 1864 hat die Standeskommission des Kantons Graubünden, Namens des leztern, die vorstehende Uebereinkunft ratifizirt.

Chur, den 7. September 1864.

Der Präsident des Kleinen Raths:
P. Albrici.

(L. S.)

Namens des Kleinen Raths,
Der Kanzleidirektor:
J. B. Tscharner.

Der schweizerische Bundesrath

ertheilt der vorstehenden Uebereinkunft in Gemäßheit des Bundesbeschlußes vom 12/16. Dezember 1864 die Genehmigung.

Bern, den 28. Dezember 1864.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Uebereinkunft

zwischen

dem schweiz. Bundesrathe und der Regierung von Uri, betreffend Zollauslösung.

(Vom 29. November 1864.)

Zwischen dem endsunterzeichneten Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes, Herrn Oberst F. Frey-Herosee, einerseits, und den Bevollmächtigten der h. Regierung des Kantons Uri, den Herren Landesstatthalter Joseph Arnold und Landeshauptmann Jost Muheim, anderseits, ist unter heutigem Datum, Namens ihrer Committenten, folgende Uebereinkunft abgeschloßen worden:

Art. 1. Der schweizerische Bundesrath verpflichtet sich, nach Anleitung des Art. 26 der schweizerischen Bundesverfaßung, dem Kanton Uri für die Aufhebung aller seiner Zölle, Weg- und Brükengelder und übrigen Gebühren, wie dieselben durch den Zollauslösungsvertrag vom 17. Dezember 1849 beseitigt worden sind, jährlich die Summe von Fr. 72,500, in Worten zwei und siebenzigtausend fünf hundert Franken jeziger eidgenößischer Währung, in vier Terminen und in gesezlichen Geldsorten zu bezahlen.

Art. 2. Die Artikel 2 und 3 des Zolloskaufsvertrags vom 17. Dezember 1849 sind aufgehoben; die übrigen Bestimmungen jenes Aktenstükes bleiben dagegen in voller Kraft.

Art. 3. Die gegenwärtige Uebereinkunft unterliegt der ausdrücklich vorbehaltenen Ratifikation einerseits der schweizerischen Bundesversammlung, anderseits der kompetenten Landesbehörde des h. Standes Uri.

Auf erfolgte Ratifikation hin tritt sie vom 1. Januar 1865 an in Vollziehung.

So geschehen in Bern, den 29. November 1864.

Der Abgeordnete des Bundesrathes:
F. Frey-Herosee.

Die Abgeordneten von Uri:
J. Arnold.
J. Muheim.

Daß vorstehende Uebereinkunft hierorts vom Landrathe mit Zustimmung der Landesgemeinde genehmigt worden sei, beurkunden.

Altdorf, den 23. Mai 1865.

Namens Landammann und Regierungsrath des Kantons Uri,
Der Landesstatthalter:
J. Arnold.

(L. S.)

Der Landschreiber:
Gisler.

Der schweizerische Bundesrath

ertheilt der vorstehenden Uebereinkunft in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 12/16. Dezember 1864 die Genehmigung.

Bern, den 2. Juni 1865.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schieß.

Erklärung

von

Oesterreich gegenüber Zürich, die Freihaltung vom Militärdienste betreffend.

(Vom 18. Dezember 1864.)

In Anbetracht des von der Tit. Militärdirektion der hohen Regierung des Kantons Zürich unterm 19. Juli 1864 an das Bezirkskommando II auf das Gesuch eines österreichischen Staatsbürgers erlassenen Bescheides und gemäß der Seitens des hohen Schweizerischen Bundesrathes unterm 13. Dezember 1864, auf eine dießfällige Anfrage der Kaiserlich österreichischen Gesandtschaft vom 2. Dezember 1864 ertheilten Antwort, erklärt der unterzeichnete außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister bei der Schweizerischen Eidgenoßenschaft, im Auftrage des hohen Kaiserlichen Staats-Ministeriums und im Namen seiner Allerhöchsten Regierung, daß die in den K. K. österreichischen Staaten niedergelassenen sowohl als auch daselbst sich aufhaltenden Schweizer weder zu persönlichen Militär-Leistungen, noch zu Bezahlung irgend einer Militär-Steuer verhalten werden.

Bern, am 18. Dezember 1864.

Der K. K. wirkliche geheime Rath
und Kämmerer, außerordentliche Gesandte
und bevollmächtigte Minister:

Frhr. Menßhengen.

Erklärungen
zwischen
dem schweiz. Bundesrathe und der Großherzoglich Badischen Regierung, betreffend gegenseitige Verpflegung von Erkrankten und Beerdigung von Verstorbenen.

(Vom 24. Mai und 12. Brachmonat 1865.)

Erklärung des schweiz. Bundesrathes.

Der schweizerische Bundesrath,

Namens der schweizerischen Kantone Zürich, Bern, Luzern, Schwyz, Glarus, Basel-Landschaft, Appenzell (Innerrhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und Neuenburg, ist mit der Großherzoglich Badischen Regierung übereingekommen, in Bezug auf die Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Angehöriger des andern kontrahirenden Theiles die nachstehenden Grundsäze in Anwendung zu bringen:

Ministerial-Erklärung von Baden.

Die Großherzoglich Badische Regierung

ist mit dem Schweizerischen Bundesrathe, Namens der Schweizerischen Cantone Zürich, Bern, Luzern, Schwyz, Glarus, Basel-Landschaft, Appenzell J. Rh., St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und Neuenburg übereingekommen, in Bezug auf die Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Angehöriger des andern contrahirenden Theiles die nachstehenden Grundsätze in Anwendung zu bringen:

§ 1. Jede der kontrahirenden Regierungen verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß in ihrem Gebiete denjenigen hilfsbedürftigen Angehörigen des andern kontrahirenden Theiles, welche der Kur und Verpflegung benöthigt sind, diese nach denselben Grundsäzen wie bei eigenen Staatsangehörigen bis dahin zu Theil werde, wo ihre Rükkehr in den Heimatstaat ohne Nachtheil für ihre oder Anderer Gesundheit geschehen kann.

§ 2. Ein Ersaz der hierbei (§ 1) oder durch die Beerdigung erwachsenden Kosten kann gegen die Staats-, Gemeinde- oder andere öffentliche Kassen desjenigen Staats, welchem der Hilfsbedürftige angehört, nicht beansprucht werden.

§ 3. Für den Fall, daß der Hilfsbedürftige oder daß andere privatrechtlich Verpflichtete zum Ersaze der Kosten im Stande sind, bleiben die Ansprüche an leztere vorbehalten.

Die kontrahirenden Regierungen sichern sich auch wechselseitig zu, auf Antrag der betreffenden Behörde die nach der Landesgesezgebung zuläßige Hilfe zu leisten, damit denjenigen, welche die Kosten bestritten haben, diese

§ 1. Jede der contrahirenden Regierungen verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß in ihrem Gebiete denjenigen hülfsbedürftigen Angehörigen des andern contrahirenden Theiles, welche der Kur und Verpflegung benöthigt sind, diese nach denselben Grundsätzen wie bei eigenen Staatsangehörigen bis dahin zu Theil werde, wo ihre Rückkehr in den Heimathsstaat ohne Nachtheil für ihre oder Anderer Gesundheit geschehen kann.

§ 2. Ein Ersatz der hierbei (§ 1) oder durch die Beerdigung erwachsenen Kosten kann gegen die Staats-, Gemeinde- oder andere öffentliche Kassen desjenigen Staats, welchem der Hülfsbedürftige angehört, nicht beansprucht werden.

§ 3. Für den Fall, daß der Hülfsbedürftige oder daß andere privatrechtlich Verpflichtete zum Ersatze der Kosten im Stande sind, bleiben die Ansprüche an letztere vorbehalten.

Die contrahirenden Regierungen sichern sich auch wechselseitig zu, auf Antrag der betreffenden Behörde die nach der Landesgesetzgebung zuläßige Hülfe zu leisten, damit denjenigen, welche die Kosten be-

nach billigen Ansäzen erstattet werden.

§ 4. Allen Kantonen der Schweiz, welche die gegenwärtige Uebereinkunft nicht mit abgeschloßen haben, steht der Beitritt zu derselben offen.

Dieser Beitritt wird durch eine, die Uebereinkunft genehmigende und durch den schweizerischen Bundesrath der Großherzoglich Badischen Regierung mitzutheilende Erklärung bewirkt.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende Erklärung des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ausgewechselt worden ist, in den vorbenannten Kantonen der schweizerischen Eidgenoßenschaft Giltigkeit haben und daselbst öffentlich bekannt gemacht werden.

Bern, den 12. Brachmonat 1865.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.

(L. S.)
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

stritten haben, diese nach billigen Ansäzen erstattet werden.

§ 4. Allen Cantonen der Schweiz, welche die gegenwärtige Uebereinkunft nicht mit abgeschlossen haben, steht der Beitritt zu derselben offen.

Dieser Beitritt wird durch eine, die Uebereinkunft genehmigende und durch den Schweizerischen Bundesrath der Großherzoglich Badischen Regierung mitzutheilende Erklärung bewirkt.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende Erklärung des Schweizerischen Bundesraths ausgewechselt worden ist, in dem Großherzogthum Baden Gültigkeit haben und daselbst öffentlich bekannt gemacht werden.

So gegeben Carlsruhe, den 24. Mai 1865.

Großherzoglich Badisches Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten:

(L. S.) Roggenbach.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die der Polizeikommission der Stadt Zürich ertheilte Konzession für Telegraphenleitungen.

(Vom 9. Brachmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht eines Gesuchs der Polizeikommission der Stadt Zürich, vom 4. Mai 1865;

auf den Antrag seines Postdepartements,

beschließt:

Die Polizeikommission der Stadt Zürich wird ermächtigt,

I. zur Erstellung von drei Telegraphenlinien behufs Verbindung des Polizeikommissariats und Wachtlokals beim Fraumünster
   a. mit dem Wachtlokal am Gräbli;
   b. mit den drei Hochwachten auf dem St. Peter-Kezerthurm und Großmünster, und
   c. mit der Wohnung des Kommandanten des Flüchterkorps im Schönenberg;

II. zur Aufstellung von Telegraphenapparaten
   a. auf dem Polizeikommissariat beim Fraumünster;
   b. auf der Hochwacht St. Peter;
   c. auf der Hochwacht Kezerthurm;
   d. auf dem städtischen Wachtlokal am Gräbli;
   e. in der Wohnung des Kommandanten des Flüchterkorps im Schönenberg;
   f. auf der Hochwacht Großmünster.

An diese Bewilligung werden nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Diese Telegraphenlinien dürfen jedoch nur für Mittheilungen betreffend den Polizeidienst der Stadt Zürich und unter keinen Umständen zu anderweitigen Mittheilungen irgend welcher Art benuzt werden.

2. Für jede Abänderung oder Verlängerung der Linie in Folge von Lokal- oder Wohnungswechsel, oder auch anderweitiger Ursachen, ist eine neue Bewilligung einzuholen.

3. Der Bundesrath behält sich das Recht vor, die gegenwärtige Konzession jederzeit ohne alle Entschädigung zurükzuziehen.

Bern, den 9. Brachmonat 1865.

Der Bundespräsident: Schenk.
Der Kanzler der Eidgenossenschaft: Schieß.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Militärorganisation für den Kanton Solothurn.

(Vom 9. Brachmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Prüfung des vom Kantonsrathe des Kantons Solothurn unterm 5. März 1865 erlassenen, aus 116 Artikeln und 2 Artikeln Uebergangs- und Schlußbestimmungen bestehenden Gesezes über die Militärorganisation des Kantons Solothurn;

auf den Bericht des schweizerischen Militärdepartements;
in Anwendung von Art. 20, Ziffer 4 der Bundesverfassung und von Art. 134 der eidgenössischen Militärorganisation,

erklärt:

Daß dieses Gesez nichts enthält, was der eidg. Militärorganisation vom 8. Mai 1850, beziehungsweise 15. Heumonat 1862, und den dem Kanton Solothurn obliegenden bundesgemäßen Verpflichtungen entgegen ist; weßhalb dasselbe sofort in Vollziehung gesezt werden kann.

Bern, den 9. Brachmonat 1865.

Der Bundespräsident: Schenk.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Vollziehungsverordnung

zur

Uebereinkunft zwischen der Schweiz und Frankreich über den gegenseitigen Schuz des literarischen, künstlerischen und industriellen Eigenthums.

(Vom 14. Brachmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Ausführung der zwischen der Schweiz und Frankreich am 30. Brachmonat 1864 abgeschloßenen Uebereinkunft über den gegen-

seitigen Schuz des literarischen, künstlerischen und industriellen Eigenthums,

beschließt:

Art. 1. Die Verfasser von literarischen oder künstlerischen Werken, die zum ersten Male in der Schweiz veröffentlicht worden sind, oder deren Rechtsnachfolger haben, sofern sie auf deren Schuz gegen Nachbildung in Frankreich Anspruch machen, die betreffenden Werke auf die im Art. 3 der Uebereinkunft bezeichnete Weise einschreiben zu lassen.

Ebenso haben diejenigen Schweizer, welche in Frankreich das ausschließliche Eigenthum eines Handels- oder Fabrikzeichens oder einer Musterzeichnung beanspruchen, die im Art. 15 der Uebereinkunft vorgesehenen Depositionen der zu schüzenden Objekte zu machen.

Art. 2. Um allen Anständen vorzubeugen, welche den schweizerischen Verlegern, Drukern oder Buchhändlern aus dem Besize und Verkaufe von Nachdrüken solcher Werke erwachsen möchten, welche — wiewohl Eigenthum französischer Bürger und noch nicht zum Gemeingut geworden — von ersteren vor dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft veröffentlicht oder gedrukt worden sind, wird durch eine von jeder Kantonsregierung zu bezeichnende Amtsstelle bei allen auf dem Gebiete des Kantons wohnhaften Buchhändlern, Herausgebern und Drukern ein Inventar erhoben, in welchem von jedem nachgedrukten Werke, welches schon veröffentlicht oder noch im Erscheinen begriffen ist, die Anzahl der vorräthigen oder im Abzug befindlichen Exemplare vorgemerkt wird.

Inner drei Monaten, vom Tage der Veröffentlichung der gegenwärtigen Verordnung an gerechnet, soll, sofern diese Frist nicht wegen sachlicher Unmöglichkeit vom eidg. Departement des Innern verlängert wird, allen vorgenannten Exemplaren von der betreffenden kantonalen Stelle ein Stempel aufgedrükt werden.

Sofern ein Herausgeber vorziehen sollte, statt der Stempelung en bloc diese nur in kleinern Partien vornehmen zu lassen, so kann diesem Begehren gegen Anordnung der nöthigen Kontrole

entsprochen werden, worüber im Spezialfalle die Weisung des Departements des Innern einzuholen ist.

Art. 3. Nach Ablauf der im Art. 2 für die Stempelung vorgesehenen Frist kann jeder unbefugte, zum Verkaufe gebrachte oder vom Herausgeber versandte Nachdruk französischer Bücher, wenn nicht gestempelt, mit Beschlag belegt werden. Im Kleinverkauf darf jeder unbefugte ungestempelte Nachdruk, der nach Ablauf besagter Frist noch vorgefunden würde, mit Beschlag belegt und weggenommen werden.

Art. 4. Jede Nachahmung, Fälschung oder betrügliche Anwendung des Stempels wird nach den Vorschriften der kantonalen Geseze bestraft.

Art. 5. Hinsichtlich der im Erscheinen begriffenen Werke sind die schweizerischen Herausgeber gehalten, innerhalb 10 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrags beim Ministerium des Innern in Paris oder bei der Kanzlei der französischen Gesandtschaft in Bern ein Exemplar aller schon erschienenen Bände oder Lieferungen fraglicher Werke zu hinterlegen. Diese Hinterlage ist mit einer Erklärung über die Stärke der Auflage jeden Bandes oder jeder Lieferung, sei es in einer oder mehreren Ausgaben, zu begleiten. Die noch erscheinenden Bände oder Lieferungen dürfen nur nach gehöriger Erfüllung der Vorschriften über Hinterlage und Stempelung zum Verkaufe gebracht werden.

In keinem Falle darf die Auflage der noch zu veröffentlichenden Bände oder Lieferungen stärker sein, als diejenige der bereits erschienenen Bände oder Lieferungen.

Art. 6. Abklatsche, Holzstüke und gestochene Platten jeder Art, so wie Lithographie-Steine, die bei schweizerischen Herausgebern oder Drukern vorhanden sind und eine unbefugte Nachbildung französischer Modelle bilden, sollen ebenfalls besonders inventarisirt werden. Sie dürfen nur noch während vier Jahren, von dem Inkrafttreten der Uebereinkunft an, gebraucht werden.

Art. 7. Abdrüke, Stiche oder Lithographien, welche vereinzelt oder als Theile von Sammlungen oder als zu Werken

gehörig mittelst Clichés, Holzstöken oder gestochenen Platten oder Lithographie-Steinen, wie sie im vorhergehenden Paragraphen bezeichnet sind, erzeugt oder abgezogen werden, dürfen erst zum Verkaufe gebracht werden, nachdem sie mit dem besondern Stempel versehen worden sind.

Art. 8. Troz der vorgenommenen Stempelung ist der Verkauf von Nachdrüken französischer Werke aus der Schweiz nach Frankreich nur mit Bewilligung der interessirten französischen Verfasser und Verleger gestattet, sofern das betreffende Werk noch nicht zum Gemeingut geworden ist.

Das Gleiche gilt hinwiederum von Nachdrüken schweizerischer Werke, die in Frankreich erfolgt und für die Schweiz bestimmt sind.

Art. 9. Das Departement des Innern wird drei getrennte Bücher führen, worin

a. im ersten die literarischen und artistischen Werke,
b. im zweiten die Fabrik- und Handelszeichen, und
c. im dritten die Musterzeichnungen

jeweilen unter fortlaufenden Nummern und in tabellarischer Form eingetragen werden, für welche französischer Seits in der Schweiz Schuz gegen Nachahmung beansprucht wird. In den unter b und c bezeichneten Büchern soll eine besondere Kolonne die für die Einregistrirung und Deposition bezogene Gebühr enthalten, welche für die Fabrik- und Handelszeichen nach Art. 36 der Uebereinkunft je 5 Franken und für die Musterzeichnungen je 50 oder 75 Rp. oder 1 Franken für die Nummer betragen soll, je nachdem der Schuz für 1, 2 oder drei Jahre bezahlt wird.

Die diesfälligen Einnahmen werden vom Departement des Innern allmonatlich an die Staatskasse abgeliefert.

Art. 10. Die deponirten Fabrik- und Handelszeichen und Musterzeichnungen werden mit der Nummer ihres Büchereintrags versehen und in zwei verschloßenen Schränken gesondert aufbewahrt.

Alljährlich soll im Monat Januar eine Durchsicht der deponirten Gegenstände stattfinden, und es sollen diejenigen, deren

Rechte nach Art. 30 und Art. 37 der Uebereinkunft erloschen sind, beseitigt und deren Nummern in den Hauptbüchern gelöscht werden.

Einsichtnahme der deponirten Fabrik- und Handelszeichen und der Musterzeichnungen (Art. 38 der Uebereinkunft) wird nur auf ausdrükliche Bewilligung des Vorstandes vom Departement des Innern gestattet.

Art. 11. Das Departement des Innern wird im Uebrigen mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt, welche im Bundesblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht und in die eidg. Gesezsammlung aufgenommen werden soll.

Bern, den 14. Brachmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Uebereinkunft

zwischen

der Schweiz und Italien, betreffend Feststellung der Grenze zwischen dem Kanton Graubünden und dem Veltlin.

Abgeschloßen am 27. August 1863 und 22. August 1864.
Ratifizirt von Italien den 27. April 1865.
" " der Schweiz den 1. Mai 1865.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach genommener Einsicht und Prüfung der Uebereinkunft betreffend die Feststellung der Grenze zwischen dem Kanton Graubünden und Italien, welche in Tirano am 27. August 1863, mit einem Nachtrag d. d. Andeer 22. August 1864, unter Ratifikationsvorbehalt zwischen den Bevollmächtigten der schweizerischen Eidgenoßenschaft und des Königreichs Italien abgeschloßen, vom Nationalrathe am

Vittorio Emanuele II,

per grazia di Dio e per volontà della Nazione

Re d'Italia,

A tutti coloro che le presenti vedranno, salute.

Ad oggetto di addivenire ad una transazione di questioni di confine nel tratto Italiano attiguo al Cantone Grigioni essendo stato conchiuso dai rispettivi plenipotenziarii una Convenzione sottoscritta in Tirano addi ventisette Agosto Mille ottocento sessantatre, ed un Protocollo addizionale sottoscritto in Andeer, Canton Grigioni, addi ventidue Agosto Mille ottocento sessantaquattro,

28. September 1864 und vom Ständerathe am 5. Dezember gleichen Jahres genehmigt worden ist, und die also lautet:

Heute, am sieben und zwanzigsten August eintausend achthundert und drei und sechzig, sind zusammengetreten in der Provinz Sondrio, bei Tirano, an der italienisch-schweizerischen Grenze, im Thal und am Bache Poschiavino, in einem von der italienischen Regierung erstellten, gegenwärtig einem Piket Bersaglieri als Wachtposten und den Zollbeamten als Wohnung dienenden Gebäude bei den Ruinen des in frühern Jahrhunderten von Ludwig dem Mohren erbauten und von den Graubündnern zerstörten Schloßes Piattamala,

die schweizerischen Kommissarien in der Person der Herren:

Louis Henri Delarageaz, eidg. Artillerie-Oberst und Nationalrath, und

Peter Conradin Planta, vom Kanton Graubünden abgeordneter Ständerath;

und die italienischen Kommissarien in der Person der Herren:

Convenzione e Protocollo del tenore seguente:

Oggi ventisette Agosto Mille ottocento sessantatre nella Provincia di Sondrio presso Tirano e sul limite del confine Italo-Elvetico, nella valle e rivo di Poschiavino, nel fabbricato costruito dal Governo Italiano, inserviente attualmente di posto di guardia ad un pichetto di Bersaglieri e di alloggio ai Doganieri, elevato presso alle rovine del castello di Piattamala, nei secoli scorsi costruito da *Lodovico il Moro* ed abbattuto dai Grigioni,

si sono riuniti i Commissarii *Elvetici* nella persona dei Signori:

Luigi Enrico *Delarageaz*, Colonnello Federale d'Artiglieria e Consigliere Nazionale;

Pietro Corradino *Planta*, Deputato del Cantone dei Grigioni al Consiglio degli Stati;

i Commissarii *Italiani* nella persona dei Signori:

Ritter und Advokat Carlo Brunet, Parlamentsabgeordneter, Bürgermeister der Stadt Cuneo;

Marquis Carlo Colli di Felizzano, Oberst des Generalstabs;

Giovanni Nicolao, Sekretär I. Klasse beim Finanzministerium.

Dieselben haben, nach Auswechslung der hier abschriftlich beigelegten Vollmachten und nachdem sie in Erledigung des ihnen von den betreffenden Regierungen gewordenen Auftrags die Streitpunkte im Interesse der beidseitigen Parteien geprüft haben, gegenwärtigen Akt vereinbart, als Ergebniß ihrer Unterhandlungen und Gesammtregulirung, resp. endgültige Festsezung der italienisch-schweizerischen Grenze im Kanton Graubünden.

Die Gründe, welche die genannten Kommissarien zur Eingehung dieser Vertragsbedingungen veranlaßten, werden von jeder Partei ihrer betreffenden Regierung dargelegt.

Gemäß stattgehabter Verabredung fanden sich die italienischen und schweizerischen Kom-

Cavaliere Avvocato Carlo *Brunet*, Deputato al Parlamento, Sindaco della città di Cuneo;

Marchese Carlo *Colli di Felizzano*, Colonnello di Stato Maggiore;

Giovanni *Nicolao*, Segretario di prima classe al Ministero delle Finanze.

I quali dopo essersi scambiati i pieni poteri, qui in copia alligati, e dopo di avere in adempimento dell' incarico loro conferito dai rispettivi Governi, esaminate le questioni nell' interesse di ciascuna delle parti, vennero d'accordo alla stipulazione del presente atto che sarà considerato come esposizione del risultato delle loro pratiche, come patto complessivo di una transazione d'accordo stabilita e come la definitiva determinazione del confine Italo-Elvetico col Canton Grigioni.

I motivi poi che hanno indotto i detti Commissarii ad accedere ai patti, ciascuna delle parti li esporrà al proprio Governo.

Secondo le intelligenze avute i Commissarii Italiani e Svizzeri si trovarono addì 19 del

missarien am 19. laufenden Monats August in Mailand, im Gasthof Albergo Reale ein, und es wurden in der ersten Konferenz die beidseitigen Vollmachten anerkannt, unter Ansezung einer zweiten Sizung auf den folgenden Tag. In dieser besprachen die Kommissarien die Streitpunkte, um die gegenseitigen Ansichten darüber kennen zu lernen, und kamen sodann überein, in der folgenden Ordnung die verschiedenen, im Streite liegenden Oertlichkeiten zu begehen:

Splügnerberg, Bergeller-Thal bei Castasegna, Stelvio, Tirano und Brusio.

Am 21. brachen die drei italienischen und die zwei schweizerischen Kommissarien auf und befanden sich Abends in Cleven.

Tags darauf, am 22. um 2 Uhr Nachmittags, waren sie auf der Höhe des Splügen.

Erster Streitpunkt.

Auf der Höhe des Splügen.

Die Streitfrage beruht darauf, daß in einer Entfernung von ungefähr zweihundert Metern vom

corrente Agosto in Milano, all' Albergo Reale, e nella prima conferenza riconobbero i vicendevoli poteri, fissando pel giorno seguente una seconda riunione. In questa essi esaminarono le questioni in modo da potersi conoscere il concetto che rispettivamente ne avevano. Stabilirono intanto di recarsi sui vari punti contestati nell' ordine seguente:

Allo Spluga – alla Valle Bregaglia presso Castasegna – allo Stelvio – a Tirano e Brusio.

Il giorno 21 i tre Commissarii Italiani e i due Svizzeri partirono e furono a sera a Chiavenna.

L'indomani 22 alle 2 pomeridiane essi erano alla sommità dello Spluga.

Questione I.

Sulla vetta dello Spluga.

La questione consiste in che esistono alcuni ruderi di muro ad una distanza di circa du-

eigentlichen Höhepunkte, auf der italienischen Seite des Berges, einige Mauertrümmer bestehen, welche schweizerischerseits als Grenze erklärt wurden.

Die Oertlichkeiten wurden genau in Augenschein genommen und unter Berücksichtigung aller Umstände die Forderung der italienischen Kommissarien, daß eine Grenzscheide auf dem Gipfel festgesezt werde, als berechtigt anerkannt.

Nachdem hierauf die Kommissarien sich wieder im Gasthof auf dem Splügen versammelt hatten, während an der streitigen Stelle ein heftiger Wind herrschte, unterzeichneten sie einen Akt, durch welchen Folgendes festgesezt wurde, und welcher als eine Bestimmung gegenwärtiger Uebereinkunft bestätigt und bekräftigt wird:

1. Als italienisch-schweizerische Grenze auf dem Splügen wird der Mittelpunkt des auf dem Gipfel (2117 Meter über dem Meere) befindlichen Kreises festgesezt. Rechts von dem Kreise, von Italien aus, steht ein Stein, auf welchem die Zahl der vorerwähnten Bergeshöhe angegeben ist. Gegenüber diesem Steine, linker Hand von Italien

gento metri dal punto veramente culminante del Monte, verso il versante Italiano, e che secondo gli Svizzeri queste mura segnavano il confine.

Si esaminarono attentamente le località e tenuto conto di ogni circostanza si riconobbe giusta l'istanza dei Commissarii Italiani per la fissazione di un limite divisorio sul culmine.

Riunitisi quindi i Commissarii nell' osteria sullo Spluga, mentre sul luogo della questione dominava un gran vento, firmarono un atto col quale fu stabilito quanto segue, il quale atto come dispositivo del presente confermano e stabiliscono:

1. Il confine Italo-Elvetico sullo Spluga è fissato al centro del circolo esistente sulla sommità (altezza sul livello del mare 2117 metri). A destra del circolo venendo dall' Italia esiste una pietra sulla quale havvi il numero indicante la detta altezza. Di fronte a questa pietra, a sinistra venendo da Italia, sarà piantato un termine

aus, soll ein Grenzzeichen aufgestellt werden, mit der Inschrift, auf der einen Seite: Schweiz, auf der andern: Italien.

2. Vom Mittelpunkte des kreisförmigen Raumes an, wo der Grenzstein hinkommt, laufen die Grenzen der beiden Staaten rechts und links über die Kämme des Berges bis zur Vereinigung mit den nicht bestrittenen Grenzen.

Zweiter Streitpunkt.

Bergeller-Thal gegen Castasegna.

Am 23. begaben sich die Kommissarien von Cleven ins Bergeller-Thal, an die Grenze zwischen Villa (italienisch) und Castasegna (schweizerisch).

Nach Untersuchung der Oertlichkeit vereinigte man sich zu einer Konferenzsizung im italienischen Zollhaus, und es wurde der Anstand vollständig erledigt, indem man festsezte, was folgt:

1. Die italienisch-schweizerische Grenze im Bergeller-Thal wird gebildet durch das Strombett der Cornagina, welche in die linke Seite der Maira ausmündet.

Von da an eine kurze Streke weit durch die Maira bis zu dem

di confine avente scritto da un lato: *Helvetia*, dall' altro: *Italia*.

2. A partire dal centro dello spazio circolare, ove sarà collocato il termine, i confini dei due Stati si dirigono a destra e sinistra sulle creste delle montagne per riprendere i limiti non contestati.

Questione II.

Valle Bregaglia verso Castasegna.

Il giorno 23 i Commissarii da Chiavenna si recarono nella Valle Bregaglia, alla frontiera tra Villa (Italia) e Castasegna (Svizzera).

Essi, esaminata la località, si sono riuniti a conferenza nella casa doganale Italiana, e d'accordo si terminò ogni questione, e si stabili quanto segue:

1. Il confine Italo-Elvetico nella Valle Bregaglia è formato dall' asse del torrente Cornagina che si scarica nella sponda sinistra del Mera.

Quindi da un breve tratto del Mera sino al punto ove

Punkte, wo derselben auf der rechten Uferseite der Lovero zufließt, und hierauf durch das Strombett des Lovero bis zur nichtstreitigen Grenze.

2. In der Mitte der Brüke über den Lovero, in der Brustwehr oder am Schlüssel des Bogens, soll ein Stein angebracht werden, mit der Inschrift, auf der einen Seite: Schweiz, und auf der andern Seite: Italien.

Dritter Streitpunkt.

Auf dem Stelvio.

Am 24. früh verließen die Kommissarien Cleven und langten Abends spät in Bormio (Bäder) an, um Tags darauf den Stelvioberg besteigen zu können, dessen Uebergang sich 2814 Meter über das Meer erhebt.

Am 25. befanden sich die Kommissarien um 1 Uhr Nachmittags auf der streitigen Stelle, nämlich bei der lezten Wendung der Straße, einem Punkte, der nur ungefähr 500 Meter Weges vom Höhepunkte entfernt ist, wo sich der, das Tyrol von Italien scheidende, im Jahr 1828 angebrachte Grenzstein befindet, der die An=

sbocca sulla sponda destra il torrente Lovero. Poscia il confine è formato dall' asse del torrente Lovero sino al confine non contestato.

2. Sul centro del ponte sul Lovero, nel parapetto o alla chiave dell' arco sarà apposta una pietra, avente da un lato scritto: *Helvetia,* e dall' altro: *Italia.*

Questione III.

Sullo Stelvio.

Il giorno 24 i Commissarii partirono da Chiavenna di buon mattino e giunsero a sera tardi a Bormio (Bagni) per poter salire nel giorno seguente il monte Stelvio, il cui passaggio è a 2814 metri sopra il livello del mare.

Alle ore 1 pomeridiana del giorno 25 i Commissarii si trovarono sul luogo della questione, cioè all' ultimo risvolto della strada, ad un punto distante soltanto 500 metri circa di via dal culmine, ove sta il termine che divide il Tirolo dall' Italia, collocato nel 1828, e sul quale sta indicata l'elevazione sul livello del mare.

gabe der Höhe über dem Meere trägt.

Die Streitfrage beruht auf der Vermuthung, daß die lezte Biegung der Straße auf dem Stelvio von der lombardischen Regierung in einer, auf schweizerisches Gebiet übergreifenden Weise ausgeführt wurde.

Nach Besichtigung der Oertlichkeiten, sowie des bereits schneebedekten Gipfels, kamen die Kommissarien im Wirthshaus zur lezten Lawinenwehre nahe beim Joche zusammen, und sezten, mit Berüksichtigung der gegenseitigen Bemerkungen, in einem sachbezüglichen, unterzeichneten Akte fest, wie sie nun mit Gegenwärtigem festsezen und bestimmen, was folgt:

1. Die italienische Straße auf den Stelvio läuft gänzlich auf italienischem Boden.

2. Am äußersten Punkte der lezten Krümmung und, aufwärts steigend, auf der linken Seite der Straße, soll an dem Felsen ein Grenzstein eingesezt und durch die Inschrift: „Italienisch-schweizerische Grenze" bezeichnet werden, daß durch diesen Punkt die italienisch-schweizerische Grenze durchgeht.

La questione consiste in che si supponeva che l'ultimo risvolto della strada allo Stelvio si fosse dal Governo Lombardo eseguito in modo da essersi addentrato nel confine Elvetico.

Dopo esaminate le località non che la sommità, già coperta di neve, i Commissarii si riunirono nell' osteria dell' ultima cantoniera presso il giogo. Tenuto conto delle vicendevoli osservazioni esposte, essi con apposito atto firmato stabilirono, ed ora col presente stabiliscono e definiscono quanto segue:

1. La strada Italiana che ascende allo Stelvio scorre intieramente sul suolo Italiano.

2. Al punto estremo dell' ultimo risvolto ed a sinistra salendo la strada, contro la roccia sarà piantato un termine e sovra di esso sarà indicato, che per tal punto passa il confine Italo-Elvetico, con la parola: *Confine Italo-Elvetico.*

Vierter Streitpunkt.

Das Lei-Thal.

Das Lei-Thal gehört zu Italien, bildet jedoch einen Theil des schweizerischen Gebirgsabhanges. Dasselbe läuft in das größere Averser-Thal aus. Gegen Abend *) ist dieses Thal von dem Mädris-Thal durch einen Gebirgszug geschieden, welcher an dem, das Averser-Thal durchfließenden Bache endigt; auf der Morgenseite *) hinwieder ist das Val di Lei von dem Emet-Thal durch einen Gebirgszug getrennt, welcher ebenfalls beim Averser-Bach ausläuft.

Nach Erörterung der Streitfrage an der Hand der Urkunden und Karten fanden die Kommissarien, daß wiewohl die zu behandelnden Streitfragen vereinzelt aufgefaßt werden können, dieselben dennoch bis zu einem gewissen Punkte im Zusammenhange mit einander stehen, und daß gegenseitige Zugeständnisse der Parteien bei der Behandlung von Streitfragen deren Erledigung zu erleichtern geeignet sind, mit Rücksicht worauf übereinstimmend anerkannt und festgesezt wurde:

Questione IV.

Valle di Lei.

Appartiene all' Italia la Valle di Lei, la quale forma però parte del versante Svizzero. Questa valle mette nella valle maggiore denominata di Avers. Da un punto a ponente *) questa valle è separata dalla valle di Madris da una cresta montuosa, che finisce col rivo scorrente la valle di Avers. Dall' altra a levante *) è separata dalla valle di Emet, da una cresta montuosa, la quale si protende anche sino al rivo stesso dell' Avers.

Dopo esaminata la questione con la guida dei documenti e carte, scorgendo i Commissarii che sebbene le questioni a trattarsi possono considerarsi isolate, ma che però sino a un certo punto si collegano e che le vicendevoli adesioni delle parti, quando si trattano questioni, non possono a meno di agevolarne lo scioglimento, riconobbero e stabilirono d'accordo:

*) Siehe die Berichtigung am Schluße dieser Uebereinkunft.

Daß die italienisch-schweizerische Grenze beim Ausgang des Val di Lei durch die oben bezeichneten, östlich und westlich verlaufenden Gebirgszüge und durch die Mittellinie des Averser-Baches, gegen den die genannten Gebirgszüge auslaufen, gebildet werde.

Che il confine Italo-Svizzero all' estremità della Valle di Lei è formato dalle due creste montuose sopra indicate, a levante e ponente e dall' asse centrale del rivo dell' Avers, contro al quale terminano le creste suddette.

Die linke Uferstreke des Averser-Baches jedoch, auf welcher der thalaufwärts führende Averser-Weg hinläuft, wird, und zwar auch im Fall der Kanton Graubünden denselben zum Zwek der Fahrbarmachung erweitern oder umbauen würde, als schweizerischer Boden anerkannt, so daß auf dieser Streke die Grenze, thalabwärts steigend, durch den linkseitigen Straßenrand gebildet wird.

Il tratto però di sponda sinistra del rivo Avers, sul quale scorre la strada, quale si trova e quale occorrendo il caso, il Cantone vorrà allargare e ricostruire per renderla praticabile ai carri, la quale strada va alla valle superiore, è riconosciuta come suolo Svizzero; cosichè per tale tratto il confine è formato dallo stesso lembo sinistro della strada discendendo.

Damit erscheint jeder Anstand wegen irgend eines Grenzzeichens beseitigt, auf welches frühere Akten und Streitfragen Bezug haben könnten.

Sarà cessata cosi qualsiasi questione per qualunque segno di confine, cui possono aver avuta relazione gli atti e questioni che seguirono pel passato.

Genannte Grenzscheide, wie sie aus diesen Verhandlungen hervorging, bildet nunmehr die endgültige Grenze.

Tale limite di confine costituisce il risultato delle trattative e forma il confine definitivo.

Fünfter Streitpunkt.

Puschlaver-Thal bei Tirano.

Dieser Streitpunkt, der in den Akten drei Punkte umfaßt, nämlich: die Frage der Bestimmung der italienisch-schweizerischen Grenze auf der Straße nahe beim Schloß Piattamala; die Frage bezüglich der Pescia-Alp, und die Frage wegen des äußersten Theiles des Bianzone-Thales, läßt sich eigentlich nur als ein einziger auffassen, nämlich: Bestimmung der Grenzlinie zwischen dem italienisch-schweizerischen Gebiete im Puschlaver-Thal.

Die italienischen und schweizerischen Kommissarien durchgingen alle auf diese Gesammtfrage bezüglichen Schriften, besichtigten mehrmals die Oertlichkeiten und vervollständigten ihre bezügliche Orientirung durch Befragen von Leuten vom Orte.

Bei der Besichtigung der Oertlichkeit konstatirte man, daß sich gegenwärtig eine staatliche Grenzscheide links von der Straße, aufwärts, etwas unterhalb der Ruinen des Schlosses Piattamala befindet.

Questione V.

Valle di Poschiavo presso Tirano.

Questa questione che nei documenti venne divisa in tre, cioè: questione sulla determinazione del confine Italo-Svizzero sulla strada vicina al castello di Piattamala; questione dell' Alpe Pescia, e questione all' estremità della valle Bianzone, propriamente non può aversi che come una questione sola, cioè: determinazione della linea di confine fra il territorio Italo-Elvetico nella valle di Poschiavo.

I Commissarii Italiani e Svizzeri esaminarono tutte le carte relative a questa questione complessa; esaminarono ripetutamente le località e completarono le cognizioni loro circa alla questione, interrogando persone del luogo.

Nell' esame della località si riconobbe come esista attualmente un termine di confine di Stato sulla sinistra della strada salendo, alquanto inferiormente alle rovine del castello di Piattamala.

Dieser Grenzstein ist zwei Meter hoch und 0,54 Meter breit; inmitten einer ausgehauenen Krone steht geschrieben: Schweizergrenze, und weiter unten: 1809.

Unterhalb dieses Grenzsteins, gegen Italien, steht ein hölzerner Gatter, der sich mit zwei Flügeln schließt; daneben ist ein Häuschen mit drei Gemächern, mit Wetterdach; darin befindet sich ein Wachtposten Bersaglieri und das Eingangszollbüreau mit den Zollbeamten.

Auf der schweizerischen Seite steht, einige hundert Meter entfernt, und auf einem erhöhten Punkte der Straße, eine als schweizerisches Zollhaus dienende Gebäulichkeit, nebst einigen Häusern, genannt Campo-Cologno.

Nach Besichtigung dieser Oertlichkeiten schritt man zur Prüfung darüber, welche Richtung man der Grenzlinie rechts und links von dem obbezeichneten Grenzstein aus zu geben habe. Ohne hier alle Punkte der Streitfrage und die Gründe aufzuzählen, welche die Kommissarien zu ihrer diesfälligen Schluß-

Questo termine è dell' altezza di metri 2,00, di larghezza metri 0,54, ed in mezzo ad una corona scolpita havvi scritto: *Confine Svizzero*, e più sotto: 1809.

Inferiormente a questo termine, verso Italia, havvi una cancellata in legno, la quale si chiude in due parti. Presso a tale cancellata havvi un casotto di tre camere con tettoja; nel quale vi è un posto di sentinella di Bersaglieri, e l'Ufficio di entrata della Dogana coi Doganieri.

Dalla parte della Svizzera alla distanza di qualche centinaja di metri, e sopra un punto della strada più elevato, havvi un fabbricato appositamente costrutto per la Dogana Svizzera, e vi hanno ancora alcune case denominate Campo-Cologno.

Dopo esaminate così queste località, si esaminò quale fosse la direzione della linea di confine che a destra e sinistra del termine sovraindicato si sarebbe dovuto stabilirè. Senza entrare a numerare tutti i punti della questione, e i motivi che determinarono i Commissarii ad adottare una

nahme veranlaßten, und die von den Parteien bei der Berichterstattung an ihre Regierungen weiter aus einander gesezt werden mögen, gelangte man zu folgender Festsezung, und kam dahin überein:

Der oben bezeichnete Grenzstein, mit der Inschrift: Schweizergrenze, 1809, ist gegen schweizerisches Gebiet weiter hinauf, bis zu dem von den Kommissarien nunmehr gewählten und festgesezten Punkte zu rüken und so aufzustellen, daß die Ruinen des Schlosses Piattamala auf italienisches Gebiet zu liegen kommen.

Dieser in solcher Weise versezte Grenzstein hat auf der einen Seite die Bezeichnung: Italien, und auf der andern: Schweiz, 1863, zu tragen.

Von dieser Grenzmarke aus rechter Hand, aufwärts steigend, wird als Grenzlinie festgesezt eine gerade Linie bis zum Sasso del Gallo, einem auf der linken Seite des Poschiavino-Baches sichtbaren Punkte. Von diesem Punkte del Gallo aus läuft die Grenzlinie bis zu ihrer Vereinigung mit der nicht bestrittenen fort.

risoluzione a tale riguardo, lasciando che nella relazione, la quale sarà dalle due parti presentata ai loro Governi, vengano tali motivi sviluppati e dimostrati, si addiviene alla seguente determinazione, e si è convenuto:

Il termine di confine sopraccennato, avente scritto: *Confine Svizzero, 1809*, sarà trasportato superiormente verso il territorio Svizzero, al punto stato dai Commissarii in ora scelto, e fissato per modo da lasciare al territorio Italiano le rovine del Castello di Piattamala.

Questo termine che sarà così trasportato avrà l'indicazione da un lato: *Italia*, e dall' altro: *Helvetia*, 1863.

Da un tale termine a destra, salendo la strada, la linea di confine viene stabilita da una linea diretta al Sasso del Gallo, punto visibile sulla sinistra del rivo Poschiavino. Da quel punto del Gallo la linea di confine va a collegarsi alla linea di confine, sulla quale non esiste contestazione.

Auf der linken Seite, thalaufwärts steigend, soll die Grenzlinie von obigem Grenzstein aus direkt zum Fels della Guna oder Lughina, einem dort sichtbaren Punkte, fortlaufen. Von da an nimmt die Grenze die Richtung dem Gipfel folgend bis zum Punkte Combolo, wo die Grenze nicht beanstandet ist.

Mit Vorstehendem sind alle Streitpunkte ausgetragen und erledigt, und es erscheint darnach die Grenze der beiden Staaten als endgültig festgesezt.

Die obbezeichneten Streitpunkte sind mit gegenwärtigem Akte beigelegt und entschieden, und es bleibt vereinbart, daß die, wenn auch vereinzelt sich darstellenden Fragen dennoch von den Parteien in gegenwärtigem Akte als Ganzes zusammengefaßt wurden und daß die Ratifikation sich auf dieses Gesammte zu beziehen habe.

Die Beschaffung und Einsezung der in gegenwärtigem Akte bezeichneten Grenzsteine geschieht auf gemeinschaftliche Kosten, nach stattgehabter Verständigung zwischen den Parteien. Die besagte Einsezung ist innerhalb zehn Monaten, vom

A sinistra, salendo la valle, la linea di confine partirà dal termine suddetto e andrà direttamente al Sasso della Guna o Lughina, punto visibile. Da quel punto il confine si dirige, seguendo la sommità, al punto Combolo, confine non contestato.

Con quanto sopra sono transatte e terminate tutte le questioni, e risulta così fissato definitivamente il limite divisorio dei due Stati.

Le sovra esposte questioni vennero, come vengono col presente atto, transatte e definite, e rimane inteso, che sebbene sianvi questioni che si potrebbero considerare isolatamente, tuttavia le parti ritengono il presente atto complessivamente, e che al complesso totale debba riferirsi la ratifica.

La provvista dei termini di confine indicati nel presente atto e l'impiantamento loro si farà a comuni spese, previa intelligenza fra le parti. Tale piantamento dovrà eseguirsi entro dieci mesi dalla data delle ratifiche dei due Governi.

Datum der Ratifikationen der beiden Regierungen an, vorzunehmen.

Mit gegenwärtiger Uebereinkunft bezwekt man lediglich die Austragung von Grenzanständen zwischen Staat und Staat, ohne damit im Geringsten irgend welche Rechtsfragen, betreffend Privateigenthum oder Vermögen von Korporationen u. dgl., zu berühren. Die italienischen und schweizerischen Kommissarien hatten bei der Behandlung dieser Streitfragen und der Eingehung gegenwärtiger Uebereinkunft zum Zweke, den Absichten der beiden Regierungen durch Erledigung der gegenwärtigen Anstände und Verhütung aller zukünftigen zu entsprechen. Ferner behielten sie im Auge, die Gränzen, so weit die Unregelmäßigkeiten des Bodens und die bestehenden Uebereinkommen es zuließen, in möglichst zwekmäßiger Weise und gemäß den von der Wissenschaft an die Hand gegebenen und von Fachkundigen bei staatlichen Grenzbestimmungen in Anwendung gebrachten Grundsäzen festzustellen.

Gegenwärtige, in doppeltem Original gefertigte Uebereinkunft tritt erst nach erfolgter Ratifikation von Seite der beiden Regierungen in Kraft.

Con la presente Convenzione si ha per iscopo di risolvere soltanto questioni di confine tra Stato e Stato, e non si entra con essa ad influire menomamente su nessuna questione di diritto di proprietà privata, o di beni appartenenti a corpi morali e simili. J Commissarii Jtaliani e Svizzeri nel trattare le questioni, e nello stipulare la presente Convenzione ebbero per iscopo di assecondare le intenzioni dei loro Governi, risolvendo le questioni presenti ed impedendo ogni questione avvenire. Ebbero inoltre per iscopo di far si che i confini (per quanto lo consentono le accidentalità del suolo ed i patti esistenti) fossero stabiliti in modo per quanto è possibile razionale e conforme ai principii dalla scienza suggeriti, e dalle persone esperte praticate nella delimitazione degli Stati.

La presente Convenzione fatta a doppio originale non sarà valida se non dopo la ratifica dei due Governi.

Die Parteien sind übereingekommen, daß diese Ratifikation binnen acht Monaten, vom Datum der gegenwärtigen, vom Präsidenten der Kommission redigirten und von allen Mitgliedern unterzeichneten Uebereinkunft an, stattzufinden habe.

Die schweizerischen Kommissarien:

(Gez.) L. H. **Delarageaz**, eidg. Oberst.

Dr. P. C. **Planta**, Ständerath.

Die italienischen Kommissarien:

(Gez.) Adv. **Brunet**, Carlo, Deputirter, Präsident der Kommission.

Carlo **Colli**, Oberst im Generalstab.

Giovanni **Nicolao**, Sekretär I. Klasse im Finanzministerium.

È convenuto fra le parti, che questa ratifica debba aver luogo entro lo spazio di mesi otto a datare dal presente redatto dal Presidente della Commissione e da tutti i componenti sottoscritto.

I Commissarii Svizzeri:

(Firmati) L. H. **Delarageaz**, Colonel fédéral.

Dr. P. C. **Planta**, membre du Conseil des Etats.

I Commissarii Jtaliani:

(Firmati) A. **Brunet**, Carlo, Deputato al Parlamento, Presidente della Commissione.

Carlo **Colli**, Colonnello di Stato Maggiore.

Giovanni **Nicolao**, Segretario di 1ª classe al Ministero delle Finanze.

Augenschein-Protokoll und Erläuterung des Art. 4 der Uebereinkunft vom 27. August 1863 in Betreff der Grenze des Val di Lei, im Kanton Graubünden.

Protocollo di visita e redazione spiegativa dell' articolo 4⁰ della Convenzione 27 Agosto 1863, relativo al confine della Valle di Lei, Canton Grigioni.

Im Jahr eintausend achthundert vier und sechzig, am zwei und zwanzigsten August, zu Andeer, Kantons Graubünden.

Anwesend die schweizerischen Herren Kommissarien:

Herr Louis Henri Delarageaz, eidgenössischer Artillerieoberst und Nationalrath;

Herr Peter Conradin Planta, Abgeordneter des Kantons Graubünden zum Ständerath.

Anwesend die italienischen Herren Kommissarien:

Ritter und Adv. Carlo Brunet, Parlaments-Abgeordneter, Bürgermeister (sindaco) der Stadt Cuneo, Präsident der Kommission;

L'anno mille ottocento sessantaquattro, addì ventidue Agosto in Andeer, Cantone Grigione.

Presenti i Signori Commissarii Elvetici:

Sig^{r}. Luigi Enrico *Delarageaz*, Colonnello federale di Artiglieria e Consigliere nazionale;

Sig^{r}. Pietro Corradino *Planta*, Deputato del Cantone dei Grigioni al Consiglio degli Stati.

Presenti i Signori Commissarii Italiani:

Sig^{r}. Cavaliere Avvocato Carlo *Brunet*, Deputato al Parlamento, Sindaco della città di Cuneo, Presidente della Commissione;

Marquis Carlo Colli di Felizzano, Oberst des Generalstabs;

Nicolao, Giovanni, Zentralzollinspektor beim Ministerium der Finanzen.

Alle versehen mit Vollmachten seitens der betreffenden Regierungen, von welchen Vollmachten der am 27. August 1863 zu Tirano abgeschloßenen Uebereinkunft Abschrift beigefügt ist.

Die vorgenannten Kommissarien schloßen im verfloßenen Jahre 1863 am 27. August bei Tirano eine Uebereinkunft zur Erledigung verschiedener, in derselben näher bezeichneten Anstände bezüglich der Grenze zwischen Italien und der Schweiz (Kanton Graubünden).

Diese Uebereinkunft bezwekte die endgültige und vollständige Vereinigung sämmtlicher, auf jene Gränze bezüglicher Streitfragen.

Unter Nummer vier jener Urkunde wurde der Anstand bezüglich des Val di Lei in folgender Faßung ausgetragen und beigelegt:

Das Lei-Thal gehört zu Italien, bildet jedoch einen Theil des schweizerischen Gebirgsabhanges. Dasselbe läuft in

Marchese Carlo *Colli di Felizzano,* Colonnello di Stato Maggiore;

Nicolao, Giovanni, Ispettore Centrale delle Gabelle presso il Ministero delle Finanze.

Tutti muniti dei pieni poteri loro conferiti dai rispettivi Governi, dei quali pieni poteri esiste copia unita alla Convenzione 27 Agosto 1863, stipulata a Tirano.

I suddetti Commissarii nell' anno scorso 1863 addì 27 Agosto stipularono presso Tirano una Convenzione di transazione per varie questioni nell' atto stesso indicate relative al confine Jtaliano corrispondente allo Svizzero, Cantone Grigioni.

Tale Convenzione fu stipulata come transazione definitiva e complessiva di tutte le questioni relative a quel limite.

Al numero quarto di quell' atto la questione della Valle di Lei era definita e transatta nei termini seguenti:

Appartiene all' Jtalia la Valle di Lei, la quale forma però parte del versante Svizzero. Questa valle mette nella valle

das größere Averser=Thal aus. Gegen Abend ist dieses Thal von dem Mädris=Thal durch einen Gebirgszug geschieden, welcher an dem, das Averser=Thal durchfließenden Bache endigt. Auf der Morgenseite hinwieder ist das Val di Lei von dem Emet=Thal durch einen Gebirgszug getrennt, welcher ebenfalls beim Averser=Bach ausläuft.

maggiore denominata di Avers. Da un punto a ponente questa valle è separata dalla valla Madris da una cresta montuosa che finisce col rivo scorrente la valle di Avers. Dall' altra a levante è separata dalla valle di Emet da una cresta montuosa, la quale si protende anche sino al rivo stesso dell' Avers.

Nach Erörterung der Streitfrage, an der Hand der Urkunden und Karten, fanden die Kommissarien, daß wiewohl die zu behandelnden Streitfragen vereinzelt aufgefaßt werden können, dieselben dennoch bis zu einem gewißen Punkte im Zusammenhang mit einander stehen, und daß gegenseitige Zugeständnisse der Parteien bei der Behandlung von Streitfragen deren Erledigung zu erleichtern geeignet sind, mit Rüksicht worauf übereinstimmend anerkannt und festgesezt wurde:

Dopo esaminata la questione con la guida dei documenti e carte, scorgendo i Commissarii che sebbene le questioni a trattarsi possono considerarsi isolate, ma che però sino ad un certo punto si collegano, e che le vicendevoli adesioni delle parti quando si trattano questioni, non possono a meno di agevolarne lo scioglimento, riconobbero e stabilirono d'accordo:

„Daß die italienisch=schweizerische Grenze beim Ausgang des „Val di Lei durch die oben „bezeichneten, östlich und westlich verlaufenden Gebirgszüge „und durch die Mittellinie des

„Che il confine Jtalo-Svizzero all' estremità della Valle „di Lei è formato dalle due „creste montuose sovraindicate „a levante e ponente e dall' „asse centrale del rivo dell'

„Averser-Baches, gegen den die „genannten Gebirgszüge auslau„fen, gebildet werde.

„Die linke Uferstreke des Aver„ser-Baches jedoch, auf welcher „der thalaufwärts führende Aver„ser-Weg hinläuft, wird, und „zwar auch im Fall der Kanton „Graubünden denselben zum „Zwek der Fahrbarmachung er„weitern oder umbauen würde, „als schweizerischer Boden an„erkannt, so daß auf dieser „Streke die Grenze, thalabwärts „steigend, durch den linkseitigen „Straßenrand gebildet wird.

„Damit erscheint jeder An„stand wegen irgend eines Grenz„zeichens beseitigt, auf welches „frühere Akten und Streitfra„gen Bezug haben könnten.

„Genannte Grenzscheide, wie sie „aus diesen Verhandlungen her„vorging, bildet nunmehr die „endgültige Grenze."

Die eidgenößische Regierung erklärte ihre Geneigtheit zur Ratifikation dieser Uebereinkunft, mit Ausnahme jedoch des Punktes betreffend das Val di Lei, von der Ansicht ausgehend, es könnte der im oben angeführten Artikel aufgestellte allgemeine Grenzbereinigungs-Grundsaz, mit Rük-

«Avers, contro al quale termi«nano le creste suddette.

«Il tratto però di sponda «sinistra, del rivo Avers sul quale «scorre la strada, quale si trova «e quale, occorrendo il caso, il «Cantone vorrà allargare e ricos«truire per renderla praticabile «ai carri, la quale strada va «alla valle superiore, è rico«nosciuto come suolo Svizzero, «cosicchè per tale tratto il con«fine è formato dallo stesso «lembo sinistro della strada «discendendo.

«Sarà cessata così qualsiasi «questione per qualunque segno «di confine cui possono aver «relazione gli atti e ques«tioni che seguirono pel pas«sato.

«Tale limite di confine cos«tituisce il risultato delle «trattative e forma il confine «definitivo.»

Il Governo federale osservò essere disposto a ratificare tale convenzione, salvo pella parte della Valle di Lei pel motivo ch'egli credeva come il principio generale di delimitazione stabilito nell' articolo sovra riferito, attese le accidentalità straordinarie del suolo, avrebbe

sicht auf die obwaltenden außerordentlichen Bodenverhältnisse, bei der Grenzsteinsetzung zu Zweifeln und daherigen Anständen Anlaß geben.

Die italienischen Kommissäre, denen diese Erklärung der schweizerischen Regierung durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt wurde, sprachen sich für den Verschub dieser unvollständigen Ratifikation, so wie dafür aus, es sollten die Kommissarien vielmehr sich an Ort und Stelle verfügen und sofort über die Ausführung der Grenzsteinsetzung sich verständigen, da hiedurch am besten jedem Anstand über Auslegung des oben angeführten Art. 4 vorgebeugt werden könnte.

Dieser Antrag wurde angenommen, und so fanden sich denn am 20. August die italienischen und schweizerischen Kommissarien in Andeer zusammen. Am Morgen des 21. brachen sie nach Canicül auf, einem nahe am Ausgang des Val di Lei gelegenen Orte, und besichtigten die Oertlichkeit an der Hand der von den frühern Kommissarien entworfenen Plane. Diese Besichtigung wurde Tags darauf, am 22. beendigt. Am Nachmittag kehrten die Kommissarien

potuto nell' occasione dell' operazione del piantamento dei termini dar luogo a dubbii e quindi a questioni.

I Commissarii Italiani ai quali dal Ministro degli affari esteri venne trasmessa questa osservazione del Governo Elvetico, proposero che questa ratifica incompleta venisse differita, e che piuttosto dovessero i Commissarii recarsi sul luogo e intendersi bene fin d'ora sull' operazione materiale del piantamento dei termini, essendo questo il miglior mezzo di antivenire ogni questione d'interpretazione dell' articolo 4. sopra riferito.

Simile proposta venne accettata, e addì 20 Agosto i Commissarii Italiani e Svizzeri si trovarono in Andeer. Partiti la mattina del 21 per Canicul, sito vicino all' estremità della Valle di Lei, esaminarono la località colla scorta dei piani stessi compilati dai Commissarii precedenti. Tale esame compierono poi l'indomani giorno 22. Dopo di che ritornarono nel pomeriggio ad Andeer, previa redazione sul sito della nota seguente spiegativa dell'

nach Andeer zurük, nachdem an Ort und Stelle folgende Erläuterung des Art. 4 der Uebereinkunft vom 27. August 1863 redigirt worden war:

Nach Kenntnißnahme von der Bodengestaltung bei der Vereinigung des Lei-Thales mit dem Averser-Thal, hat man sich dahin verständigt und erklärt, daß in Ausführung der am 27. August 1863 zwischen den Unterzeichneten zu Tirano (Piattamala) abgeschloßenen Uebereinkunft die Grenzlinie zwischen den beiden Staaten am nördlichen Ende des Thales über die Kämme des Vorberges (Contrefort) zwischen dem Averser- und Lei-Thal zu ziehen ist, ausgehend von der Brüke über den Lei-Bach, bis zum Gipfel, genannt Cimalmotta oder Pizzo della Motta, der die Grenze zwischen besagtem Lei-Thal und dem Emet-Thal bildet.

Die Kommissarien beider Theile halten hiemit diesen Anstand als im Interesse beider Regierungen zwekmäßig beigelegt und die obigen Erklärungen als übereinstimmend und analog mit dem durch die gedachte Uebereinkunft Vereinbarten.

articolo 4. della Convenzione 27 Agosto 1863:

Dopo presa cognizione della configurazione del terreno al congiungimento della Valle di Lei colla valle di Avers, rimane inteso e dichiarato, che in esecuzione della Convenzione conchiusa tra i sottoscritti a Tirano (Piattamala) addì 27 Agosto 1863 la linea di confine fra i due Stati all' estremità nord della valle deve passare pella cresta del contrafforte tra la valle di Avers e quella di Lei partendo dal ponte sopra il Leibach fino alla sommità detta *Cimalmotta* o *Pizzo della Motta,* faciente limite tra la sudetta Valle di Lei e quella di Emet.

I Commissarii d'ambe le parti credono ragionevolmente nell' interesse dei due Governi risolta questa divergenza, e credono le dichiarazioni sovraestese conformi ed analoghe a quanto erasi d'accordo nella Convenzione stabilito.

Im Hinblik auf die oben entwikelten Erläuterungen, welche bei Vornahme der Grenzsteinsezung zur Richtschnur zu dienen haben, erklären die Kommissarien, die volle und gänzliche Ratifikation der am 27. Augstmonat 1863 zu Tirano abgeschloßenen Uebereinkunft befürworten zu wollen, wie dies hiemit geschieht.

(Gez.) L. H. **Delarageaz**, schweizerischer Kommissär.

Dr. P. C. **Planta**, schweizerischer Kommissär.

(Gez.) Carlo **Colli**, italienischer Kommissär.

Giovanni **Nicolao**, italienischer Kommissär.

Adv. **Brunet**, Carlo, Parlamentsabgeordneter, Präsident der Kommission.

erklärt die vorstehende Uebereinkunft ihrem ganzen Inhalte nach als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, so weit es von lezterer abhangt, dieselbe jederzeit gewissenhaft zu beobachten.

Ritenuto quindi le sovra esposte spiegazioni, le quali serviranno di norma all' operazione del piantamento dei termini, i Commissarii dichiarano che appoggieranno come col presente appoggiano presso i loro Governi la piena e completa ratifica della Convenzione 27 Agosto 1863, stipulata a Tirano.

(Firmati) L. H. **Delarageaz**, Commissaire Suisse.

Dr. P. C. **Planta**, Députè au Conseil des Etats, Commissaire Suisse.

(Firmati) Carlo **Colli**, Commissario Italiano.

Giovanni **Nicolao**, Commissario Italiano.

Av. **Brunet**, Carlo, Deputato al Parlamento, Presidente della Commissione.

Noi avendo veduto ed esaminato la Convenzione ed il Protocollo qui sovrascritti, ed approvandoli in ogni e singola parte loro, li abbiamo accettati, confermati e ratificati, come per le presenti li accettiamo, confermiamo e ratifichiamo,

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den ersten Mai eintausend achthundert fünf und sechzig.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

promettendo di osservarli e di farli inviolabilmente osservare. In fede di che abbiamo firmato di Nostra mano le presenti lettere di ratificazione e vi abbiamo fatto apporre il Nostro Reale Sigillo. Date in *Torino* addì ventisette del mese di Aprile l'anno del Signore Mille ottocento sessantacinque e del Regno Nostro il Decimosettimo.

Vittorio Emanuele.

(L. S.)

Per parte di Sua Maestà il Re,

Il Presidente del Consiglio Ministro Segretario di Stato per gli affari esteri:

Alf°. La Marmora.

Berichtigung.

Im Original zum vorstehenden Vertrage hat sich ein Irrthum eingeschlichen, indem es im „vierten Streitpunkte" heißt:

(S. 438, Z. 8 von oben) Abend (ponente) statt Morgen (levante).

(„ 438, „ 13 „ „) Morgenseite (levante) statt Abendseite (ponente).

Das Gleiche ist der Fall im „Augenschein-Protokoll", Seite 448, Zeile 2 und 7 von oben.

Note. Die Auswechslung der Ratifikationen der vorstehenden Uebereinkunft hat zwischen dem schweizerischen Minister in Florenz, Herrn G. B. Pioda, und dem königl. italienischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Alf. La Marmora, am 18. Juni 1865 in Florenz stattgefunden.

Erklärung

zwischen

der Schweiz und Frankreich, betreffend die Inkraftsezung des zwischen beiden Ländern abgeschloßenen Handelsvertrages.

(Vom 29. Juni 1865.)

Da die Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft und die Regierung Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen beabsichtigen, die Inkraftsezung des am 30. Juni 1864 zwischen der Schweiz und Frankreich abgeschloßenen Handelsvertrags in beidseitigem Einverständniß zu sichern, so haben die hiefür gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten folgende Bestimmungen festgesezt:

1. Die zwischen Frankreich und Preußen gemeinsam getroffenen und in dem von den Bevollmächtigten dieser beiden Mächte am 2. August 1862 unterzeichneten Protokoll angeführten Maßnahmen zur Sicherung der Wiederausfuhr der zollfrei zugelassenen Waarenmuster sollen auch für den Ver-

Le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français, désirant assurer, d'un commun accord, la mise à exécution du Traité de commerce, conclu le 30 juin 1864, entre la Suisse et la France, les soussignés duement autorisés, ont arrêté les dispositions suivantes:

1. Les mesures communes adoptées par la France et par la Prusse et consignées au protocole signé par les Plénipotentiaires de ces deux Puissances, le 2 août 1862, pour assurer la réexportation des échantillons de commerce admis en franchise temporaire, seront appliquées au règlement

kehr zwischen der Schweiz und Frankreich ihre Anwendung finden.

2. Die Fabrikanten, Kaufleute und Handelsreisenden werden sowohl in der Schweiz als in Frankreich die Befreiung von Patentgebühren genießen und in beiden Ländern die Berechtigung erhalten, Einkäufe zu machen und Bestellungen aufzunehmen, unter der einzigen Verpflichtung, daß sie sich über ihre Nationalität durch ein authentisches Aktenstük, wie z. B. durch einen Reisepaß oder irgend einen andern, die Heimathörigkeit beurkundenden Schein ausweisen.

3. Die Einführer von französischen und schweizerischen Waaren werden gegenseitig der Verpflichtung enthoben, Ursprungszeugnisse oder Fakturen, die in den Artikeln 13 und 14 des Vertrages vorgesehen sind, vorzuweisen. Die Vorweisung solcher Zeugnisse kann jedoch ausnahmsweise von den Schweizerkantonen verlangt werden für Wein in Doppelfässern oder Dessertwein, wofür die Versender die im Vertrage stipulirten Zollermäßigungen ansprechen.

des rapports de la Suisse et de la France.

2. Les fabricants, marchands et commis-voyageurs jouiront, tant en Suisse qu'en France, de l'immunité du droit de patente, et ils obtiendront, dans les deux pays, l'autorisation de faire des achats et de recueillir des commandes, sous la seule obligation de justifier de leur nationalité, au moyen d'une pièce authentique, telle qu'un passe-port ou tout autre acte établissant leur origine.

3. Les importateurs de marchandises françaises ou suisses seront réciproquement dispensés de l'obligation de produire les certificats d'origine ou les factures prévus par les articles 13 et 14 du Traité; toutefois la production de semblables certificats pourra être exceptionnellement exigée par les Cantons suisses pour les vins en double fût ou de dessert, dont les expéditeurs réclameront le bénéfice des réductions de droits stipulées au Traité.

Dessen zur Urkunde haben die Unterzeichneten die gegenwärtige Erklärung ausgestellt und derselben ihr Wappensiegel beigedrukt.

Also geschehen zu Paris, in doppelter Ausfertigung, den 29. Juni 1865.

(L. S.) **Kern.**
(L. S.) **Drouyn de Lhuys.**

En foi de quoi, les soussignés ont dressé la présente Déclaration et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à *Paris*, en double expédition, le 29 juin 1865.

(L. S.) **Kern.**
(L. S.) **Drouyn de Lhuys.**

Bundesbeschluß

betreffend

Ausdehnung des mit Frankreich abgeschloßenen Niederlaßungsvertrages auf Algier und die französischen Kolonien.

(Vom 14. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der Botschaft des Bundesrathes vom 19. Brachmonat 1865,

beschließt:

Dem Bundesrathe wird die Vollmacht ertheilt, mit der französischen Regierung eine Erklärung auszuwechseln, des Inhalts, daß der zwischen der Schweiz und Frankreich am 30. Brachmonat

1864 abgeschloßene Niederlaßungsvertrag auch für die französischen Kolonien und für Algier Geltung haben solle, und in diese Erklärung die Bestimmung aufzunehmen, daß von Seite der Schweiz nichts dagegen eingewendet werde, wenn die schweizerischen Bürger, welche in Algier niedergelaßen sind, in Fällen der Noth für Vertheidigung ihres Herdes zu den Waffen gerufen werden, wobei sie jedoch in keinerlei Weise mobilisirt werden sollen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 10. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 14. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 15. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Loskauf des Brükengeldes bei Laufenburg.

(Vom 15. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

auf den Antrag des Bundesrathes vom 26. Brachmonat 1865,

beschließt:

1. Der Bundesrath ist ermächtigt,

a. der Uebereinkunft mit der Regierung des Großherzogthums Baden, betreffend den Loskauf des Brükengeldes auf der Rheinbrüke bei Laufenburg, d. d. 5. Herbstmonat 1864, und

b. der Uebereinkunft vom 17/24. Weinmonat 1864 mit der Regierung des h. Standes Aargau, betreffend den Loskauf des Brükengeldantheils von Groß-Laufenburg,

die definitive Genehmigung zu ertheilen, wenn die Ratifikation von Seite der großherzoglichen Regierung ebenfalls ertheilt sein wird.

2. Der Bundesrath ist beauftragt, seine Verwendung bei der großherzoglich badischen Regierung fortzusezen, damit auch das Brükengeld bei Säkingen beseitigt werde, und zwar in Beachtung der Erklärung der erwähnten Regierung vom 22. Mai 1865.

3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 15. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 15. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. J. Rüttimann.

Der Protokollführer: J. Kern-Germann.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 20. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: Schenk.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

die Einführung von Nachtzügen auf den schweiz. Eisenbahnen.

(Vom 17. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft
beschließt:

Der Bundesrath wird eingeladen, die Verhandlungen über Einführung von Nachtzügen auf den Eisenbahnen der Schweiz mit den verschiedenen Eisenbahnverwaltungen neuerdings aufzunehmen,

und die ihm zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen, um dieselben zu einem möglichst ersprießlichen Ziele zu führen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 11. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 17. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 7. Augstmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Genehmigung der Postverträge mit Frankreich.

(Vom 18. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 17. Mai 1865;

nach Kenntnißnahme der zwischen der Schweiz und Frankreich abgeschloßenen Postverträge;

in Anwendung von Art. 74, Ziffer 5 der Bundesverfaßung,

beschließt:

1. Es wird den nachbezeichneten, zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und S. M. dem Kaiser der Franzosen unterm 22. März 1865 in Paris abgeschloßenen zwei Postverträgen, nämlich:

a. dem allgemeinen Vertrage, betreffend den Briefpostverkehr zwischen der Schweiz und Frankreich;

b. dem besondern Vertrage, betreffend die Einführung und Auswechslung der postamtlichen Geldanweisungen zwischen der Schweiz und Frankreich,

die vorbehaltene Genehmigung ertheilt.

2. Der Bundesrath ist mit der Auswechslung der Ratifikationen und mit der Vollziehung beauftragt.

Also beschlossen vom Ständerathe,

Bern, den 13. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschlossen vom Nationalrathe,

Bern, den 18. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, am 28. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die provisorische Inkraftsezung eines Konventionaltarifs gegenüber dem deutschen Zollverein und Italien.

(Vom 18. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 1. Heumonat 1865,

beschließt:

Der mit dem 1. Heumonat 1865 erfolgten Anwendung des durch den Vertrag vom 30. Brachmonat 1864 mit Frankreich vereinbarten Zolltarifs, wie sie vom Bundesrath provisorisch dem deutschen Zollverein, so wie dem Königreich Italien gegenüber in Kraft gesezt worden ist, wird hiemit im Sinne von Art. 33 des Gesezes über das Zollwesen die Genehmigung ertheilt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 13. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 24. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: Schenk.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesgesez

betreffend

die Vornahme einer schweiz. Viehzählung.

(Vom 18. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht des Berichtes und Antrags des Bundesrathes vom 1. Heumonat 1865,

beschließt:

Art. 1. Es soll im laufenden oder im folgenden Jahre, und künftighin je nach 10 Jahren, eine allgemeine schweizerische Viehzählung stattfinden.

Art. 2. Der Bundesrath stellt das Schema fest, nach welchem die Zählung vorgenommen werden soll; ebenso bestimmt er das Nähere über den Zeitpunkt der Zählung.

Art. 3. Die Kosten der allgemeinen Anordnungen werden vom Bunde, diejenigen der speziellen Ausführung der Zählung von den Kantonen getragen.

Art. 4. Der Bundesrath hat dieses Gesez unter Mitwirkung der Kantone zu vollziehen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 14. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.

Bern, den 20. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Pruntrut bis zur schweizerisch-französischen Grenze bei Delle.

(Vom 18. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht:

einer vom Großen Rathe des Kantons Bern unterm 3. Brachmonat 1865 der Burger- und Munizipalgemeinde Pruntrut ertheilten Konzession für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Pruntrut nach Delle, beziehungsweise nach der schweizerisch-französischen Grenze;

eines sachbezüglichen Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 13. Heumonat 1865;

in Anwendung des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852,

beschließt:

Es wird der genannten Eisenbahnkonzession unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes ertheilt.

Art. 1. In Anwendung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einflusse des Unternehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede

im Betriebe befindliche Wegstreke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternehmung nicht mehr als 4% nach erfolgtem Abzug der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die konzedirte Eisenbahn sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90 und 99 Jahres, von dem Zeitpunkte der Eröffnung ihres Betriebes auf der ganzen Bahnstreke an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum Voraus hievon benachrichtigt hat.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die leztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesezt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter erwählt und von den leztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreiervorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichtes.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

a. Im Falle des Rükkaufes im 30., 45. und 60 Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen zehn Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rükkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rükkaufes im 75. Jahre der $22^1/_2$fache, und im Falle des Rükkaufes im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu

Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

b. Im Falle des Rükkaufes im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen.

c. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rükkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rükkaufssumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 18 Monaten, von dem Tage dieses Beschlußes an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung des Baues zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Die Konzessionäre sind verpflichtet, auf ihre Kosten an geeigneter Stelle im Bahnkörper, oder neben demselben, eine Minenkammer in der Weise anzulegen, daß durch deren Sprengung die Bahn augenbliklich unterbrochen werden kann, und es sind dieselben gegenüber dem Bunde zu keiner Entschädigungsforderung berechtigt, wenn in Fällen von Krieg oder Kriegsgefahr die Militärbehörden der Eidgenoßenschaft eine Unterbrechung der Bahn und ihres Betriebes wirklich anordnen.

Das Bahntracé ist mit Rükſicht hierauf der Genehmigung des Bundesrathes zu unterstellen, zu welchem Ende demselben ein Detailplan in größerem Maßstabe vorzulegen ist, auf welchem die Konstruktion der Minenkammer zu verzeichnen ist.

Art. 5. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesezgebung, namentlich des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen, vom 28. Heumonat 1852, genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen.

Insbesondere wird gegenüber Art. 36 der Konzession der Grundsaz festgehalten, daß die eidgenößischen Geseze unbedingt für die Unternehmung maßgebend sein sollen.

Im Fernern soll durch die Bestimmung des Art. 9, zweites Lemma, betreffend die Erstellung von Kommunikationswegen u. s. w., und Art. 33, betreffend den Vorrang für die Verlängerung der Bahn, denjenigen Befugnissen nicht vorgegriffen sein, welche das Bundesgesez vom 1. Mai 1850 und Art. 17 desjenigen vom 28. Heumonat 1852 den Bundesbehörden einräumen.

Ebenso soll durch Art. 26 der Konzession dem Geseze vom 2. Brachmonat 1849 über das Postregal, nach welchem die Ertheilung von Konzessionen für Omnibusdienste der Postverwaltung zusteht, kein Eintrag geschehen.

Gegenüber dem Art. 31 der Konzession wird der Vorbehalt gemacht, daß die Militärdienst-Enthebungsgesuche nach dem Bundesbeschluße vom 20. Heumonat 1853 dem Bundesrathe vorzulegen sind.

Hinsichtlich der zollfreien Einfuhr von Eisenbahnbestandtheilen wird gegenüber dem Art. 32, Lemma 2 bedungen, daß der Bundesbeschluß vom 9. Heumonat 1864, resp. 19. Heumonat 1854 maßgebend sein solle.

Endlich werden gegenüber dem Art. 39 der Konzession die Hoheitsrechte der Bundesbehörden verwahrt.

Art. 6. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. J. Rüttimann.

Der Protokollführer: J. Kern-Germann.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 20. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: Schenk.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

die Rhonekorrektion im Kanton Waadt.

(Vom 20. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 30. Brachmonat 1865,

beschließt:

1. Auf das Begehren der Regierung des h. Standes Waadt um Verabreichung einer Entschädigung von einer Million Franken für die ihr auffallenden Korrektionsarbeiten am waadtländischen Ufer der Rhone wird grundsätzlich nicht eingetreten.

2. Dagegen erklärt sich die Bundesversammlung bereit, dem h. Stande Waadt für die bezeichneten Arbeiten eine Subvention zu gewähren, welche nach den nämlichen Grundsäzen wie diejenige für die Korrektionsarbeiten auf dem gegenüberliegenden Walliser Rhoneufer zu bemeßen ist, und mit Bezug auf deren definitive Bestimmung weitere Vorlagen gewärtigt werden.

3. Der Bundesrath wird mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 20. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 24. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Vertrag über den telegraphischen Verkehr zwischen der Schweiz und verschiedenen Staaten Europas.

(Vom 20. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht des Bundesgesezes über die Organisation der Telegraphenverwaltung vom 20. Christmonat 1854;

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 10. Heumonat 1865,

nach Kenntnißnahme

1) von dem internationalen Telegraphenvertrag, unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßen zu Paris den 17. Mai 1865, zwischen den Bevollmächtigten der Schweiz, von Oesterreich, Baden, Bayern, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Hamburg, Hannover, Italien, den Niederlanden, von Portugal, Preußen, Rußland, Sachsen, Schweden und Norwegen, der Türkei und von Württemberg;

2) der Spezialübereinkunft, unterzeichnet zu Bern den 22. April 1865 zwischen den Abgeordneten der Schweiz und Oesterreichs;

3) des Spezialvertrages, unterzeichnet zu Florenz den 5. Heumonat 1865 zwischen den Abgeordneten der Schweiz und Italiens,

beschließt:

1. Der Bundesrath ist ermächtigt, den erwähnten Verträgen die eidgenößische Ratifikation zu ertheilen.

2. Der Bundesrath wird überdies ermächtigt, den später abzuschließenden Ergänzungs-Verträgen und Verkommnissen mit andern Staaten Europas die eidgenößische Ratifikation zu ertheilen, insofern dieselben in dem Sinne und inner den Schranken der in den erwähnten Verträgen enthaltenen Bestimmungen abgefaßt sind.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 20. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 2. Augstmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**



Bundesbeschluß

betreffend

die Geschäftsführung des Bundesrathes und des Bundesgerichts im Jahr 1864, so wie die Staatsrechnung vom gleichen Jahre.

(Vom 21. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht des Berichtes des Bundesrathes vom 19. Mai 1865 und desjenigen des Bundesgerichtes vom 21. Jänner 1865 über die Geschäftsführung während des Jahres 1864, so wie der Staatsrechnung vom gleichen Jahre,

beschließt:

A. Politisches Departement.

1. Der Kredit, welcher bisher unter der Rubrik „Departement des Innern, Auswanderungswesen" eröffnet zu werden pflegte, ist in Zukunft unter den Ausgabentitel „Politisches Departement", wo bereits die Beiträge an schweizerische Konsulate sich verrechnet finden, zu versezen. Ebenso ist der Kreditposten „Unterstüzung an schweizerische Hilfsgesellschaften im Auslande" dem politischen Departement zu übertragen.

Im Weitern ist der Bundesrath eingeladen, zu untersuchen, ob die Fürsorge für ausgewanderte Schweizerbürger in Zukunft nicht dem politischen Departemente zuzutheilen sei.

2. Der Bundesrath ist eingeladen, zu prüfen, ob nicht neuerdings Schlußnahmen, betreffend die Art der Veröffentlichung der Verhandlungen des Bundesrathes gefaßt werden sollen.

B. Departement des Innern.

3. Der Bundesrath wird eingeladen, zu begutachten, ob nicht für die Geseze, Verordnungen und Beschlüsse der Bundesbehörden eine zwekmäßigere Publikationsweise einzuführen sei.

C. Justiz- und Polizeidepartement.

4. Der Bundesrath wird eingeladen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die in einigen Kantonen noch übliche Strafe der Landesverweisung, so weit sie gegenüber von Kantonsbürgern ausgesprochen wird, als mit den Vorschriften der Bundesverfaßung unvereinbar zu erklären, so wie ob nicht die Strafe der Landesverweisung aus der eidgenößischen Strafgesezgebung zu beseitigen sei.

5. Der Bundesrath wird eingeladen, darüber einen Bericht zu erstatten, ob und in welcher Weise im Sinne der Anregung der Regierung von Basel-Stadt Bestimmungen über die interkantonalen Zeugenrequisitionen aufgestellt werden könnten.

6. Der Bundesrath ist eingeladen, über den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der polnischen Flüchtlinge so bald als möglich einen besondern Bericht zu erstatten.

7. Der Bundesrath wird eingeladen, den bei ihm angeregten Abschluß eines neuen Konkordates über die Formalitäten, welche bei der Eingehung von Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Kantone zu erfüllen sind, nach Kräften zu fördern.

D. Militärdepartement.

8. Der Bundesrath wird eingeladen, so weit an ihm, allzuhäufige Veränderungen der bestehenden Militärreglemente zu vermeiden.

9. Der Bundesrath wird eingeladen, zu prüfen, ob nicht eine Reduktion des Verkaufspreises der Blätter des schweizerischen Atlases thunlich sei.

E. Finanzdepartement.

10. Der Bundesrath ist eingeladen, ferner vorzusorgen, daß vorräthige Gelder, welche müßig in den Kassen der Spezialverwaltungen, namentlich in den Zoll- und Postkassen liegen, auf sichere Weise nuzbringend gemacht werden.

11. Der Bundesrath wird eingeladen, die Angelegenheit betreffend das Postgebäude in St. Gallen, in welcher Beziehung der Bundesrath die Ratifikation einer Verständigung mit dem Herrn Architekten Simon in St. Gallen vom 22. Hornung 1864 beantragt, während die Prüfungskommission diese Genehmigung nicht ertheilen will, neuerdings zu prüfen, und darüber Bericht und Antrag zu hinterbringen.

F. Handels- und Zolldepartement.

12. Der Bundesrath wird eingeladen, die Unterhandlungen betreffend die Schiffahrt auf dem Bodensee möglichst zu fördern.

13. Der Bundesrath wird eingeladen, dafür zu sorgen, daß grundsäzliche Entscheidungen der Behörden, betreffend Ansaz und Bezug von Zöllen, jeweilen sämmtlichen Zollstätten sogleich mitgetheilt und daß überhaupt Weisungen und Bescheide derselben, welche die Interessen des Handelsstandes nahe berühren, auf angemessene Weise veröffentlicht werden.

G. Postdepartement.

14. Der Bundesrath wird ermächtigt, die geeigneten Anordnungen zum Behufe einer wirksamen und umfassenden Kontrolle des Postwesens zu treffen.

15. Der Bundesrath wird eingeladen, auf Vermehrung der Bahnpostwägen Bedacht zu nehmen und, sofern mit den

Bahngesellschaften über Lieferung des benöthigten Wagenmaterials kein befriedigendes Abkommen getroffen werden könnte, der Bundesversammlung die nöthigen Vorlagen auf Grundlage der Beschaffung dieses Materials durch die Eidgenoßenschaft zu machen.

H. Im Allgemeinen.

16. Der Bundesrath wird eingeladen, in Vollziehung von Art. 16 des Bundesgesezes über den Geschäftsverkehr zwischen beiden Räthen, vom 22. Christmonat 1849, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit der Geschäftsbericht des Bundesrathes jeweilen am 1. Mai in seinem ganzen Umfange gedrukt vorliege.

17. Im Uebrigen wird der Geschäftsführung des Bundesrathes und der Staatsrechnung vom Jahr 1864 die Genehmigung ertheilt.

18. Die Geschäftsführung des Bundesgerichts vom Jahr 1864 wird gutgeheißen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 20. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 21. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 15. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Bewilligung von Nachtragskrediten an den Bundesrath für das Jahr 1865.

(Vom 22. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 11. Heumonat 1865,

beschließt:

Es werden folgende Nachtragskredite für das Jahr 1865 bewilligt:

Zweiter Abschnitt.

Allgemeine Verwaltungskosten.

Bundeskanzlei.

Büdget-Rubriken. Nr.	Litt.					
6.	E.	b.	1.	Druckkosten und Lithographien	Fr. 10,000	
„	„	„	2.	Buchbinderrechnungen . . .	„ 1,000	
„	„	„	3.	Literarische Anschaffungen . .	„ 1,400	
						Fr. 12,400
					Uebertrag	Fr. 12,400

Dritter Abschnitt.

Departemente.

Politisches Departement.

Büdget-Rubriken. Nr. Litt.			
	Uebertrag		Fr. 12,400
8. A. — 4.	Gesandtschaft in Turin		„ 14,000
	Departement des Innern.		
9. B. a. 2 b.	Gehilfe des Bundesarchivs .	Fr. 2,000	
„ „ — 7 —	Unvorhergesehenes (Ausstellung in Paris)	„ 2,000	
			„ 4,000
9. B. b. 2 —	Statistisches Büreau (Drukarbeiten) . .		„ 2,500
	Finanzdepartement.		
11. D. — 2 —	Wasserleitung zur neuen Kaserne und der Allmend in Thun		„ 16,000

Vierter Abschnitt.

Spezialverwaltungen.

	Militärverwaltung.		
— A. d. 5.	Versuche mit Hinterladungsgewehren . .		„ 10,000
	Zollverwaltung.		
15. B. IV. —	Bauten		„ 35,000
	Postverwaltung.		
	Gehalte und Vergütungen.		
16. C. I. B. 2.	Kreispostkontroleur: . . .	Fr. 200	
„ „ „ „ 4.	Kommis der Kreispostdirektionen	„ 12,000	
„ „ „ C. —	Postbüreaux	„ 32,000	
„ „ „ D. —	Postablagen, Boten, Briefträger, Paker ꝛc.	„ 15,000	
„ „ „ E. —	Kondukteure	„ 9,000	
16. IV. — —	Dienstkleidung	„ 7,000	
„ V. — —	Gebäulichkeiten	„ 15,000	
			„ 90,200
	Polytechnikum.		
22. J. III. —	Sammlungen		„ 15,000
	Total		Fr. 199,100

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 21. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. J. Rüttimann.
Der Protokollführer: J. Kern-Germann.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Heumonat 1865.

Der Präsident: A. R. Planta.
Der Protokollführer: Schieß.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 28. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: Schenk.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.



Bundesbeschluß

betreffend

die Eisenbahn Chiasso-Biasca-Locarno.

(Vom 22. Heumonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft
beschließt:

Der Bundesrath wird eingeladen, den gegenwärtigen Stand der Eisenbahnarbeiten im Kanton Tessin untersuchen zu lassen, die Ansichten der Regierung dieses Kantons darüber einzuholen und in der nächsten Oktober-Sizung der Bundesversammlung Bericht zu erstatten, welch' leztere sich vorbehält, nöthigenfalls die Zurükziehung der Konzessionsgenehmigung auszusprechen.

Inzwischen wird der Bundesrath einer allfälligen Uebertragung der Konzession seine Zustimmung nicht ertheilen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Heumonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 22. Heumonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 28. Heumonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Konzession eines Privattelegraphen für die Herren B. Rittmeyer und Komp. in St. Gallen.

(Vom 4. Augstmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des Gesuches der Regierung von St. Gallen, vom 23. Mai 1864, und der Schreiben der Herren B. Rittmeyer und Komp. in St. Gallen, vom 15. Jänner und 7. Heumonat 1865;

nach Einsicht des Berichts des schweiz. Postdepartements, vom 31. Heumonat 1865;

in Anwendung des Art. 1 des Bundesgesezes betreffend die Organisation der Telegraphenverwaltung, vom 20. Christmonat 1854,

beschließt:

Den Herren B. Rittmeyer und Komp. in St. Gallen wird eine Konzession für den ausschließlichen Gebrauch einer Telegraphenlinie mit einem Drathe zwischen ihrem Comptoir in St. Gallen und ihrer Fabrik in Bruggen unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

1. Die zur Verbindung der beiden oben bezeichneten Punkte bestimmte Telegraphenlinie soll durch die schweiz. Telegraphenverwaltung und auf deren Kosten erstellt, überwacht, unterhalten und reparirt werden, und verbleibt Eigenthum der Leztern.

Den Konzessionären fallen jedoch die Ueberwachung und die Besorgung der laufenden Reparaturen der zu erstellenden Linienstreke von der Eisenbahn weg bis zur Fabrik in Bruggen zur Last.

Für den ausschließlichen Gebrauch dieser Linie zahlen die Konzessionäre jährlich die Summe von einhundert Franken als Miethzins.

2. Die auf den beiden Endpunkten der Telegraphenlinie funktionirenden Telegraphenapparate, mit Inbegriff der Verbindungen im Innern der Gebäude und von da zur Erde, fallen gänzlich den Konzessionären zur Last.

Auf ausdrükliches Begehren dieser Leztern werden jedoch die nöthigen Apparate nebst Zugehör von der eidg. Telegraphenverwaltung und auf deren Kosten geliefert und aufgestellt, unterhalten und reparirt, und bleiben deren Eigenthum. Die Konzessionäre können jedoch keine Apparate eines andern Systems oder Modells fordern als solche, welche die genannte Verwaltung zur Verfügung haben wird.

Dieselben bezahlen für den ausschließlichen Gebrauch der erwähnten Apparate und Zugehör jährlich die Summe von einhundert Franken als Miethzins.

3. Die erwähnte Linie darf nur für geschäftliche Mittheilungen der Herren B. Rittmeyer und Komp. gebraucht werden, welche als Konzessionsgebühr für diesen ausschließlichen Gebrauch jährlich die Summe von zweihundert Franken zu bezahlen haben.

Wenn jedoch die Konzessionäre in dringlichen Fällen Telegramme für dritte Personen auf dieser Linie befördern, so sind sie verpflichtet, das Original des auf diese Weise beförderten Telegrammes sammt dem Betrag der reglementarischen Taxe der Telegrapheninspektion in St. Gallen zuzustellen.

4. Für jede Abänderung oder Verlängerung der Linie, welche in Folge von Veränderungen der Lokalitäten oder der Wohnungen, oder aus andern Ursachen nothwendig geworden, soll eine neue Bewilligung nachgesucht werden.

5. Der Bundesrath behält sich das Recht vor, die gegenwärtige Konzession jederzeit und ohne irgend welche Entschädigung zurükzuziehen.

Nach Ablauf des zehnten Jahres können die Konzessionäre ebenfalls jederzeit und ohne Entschädigung auf die Vortheile gegenwärtiger Konzession Verzicht leisten. Verzichten sie vor diesem Zeitpunkte darauf, so haben sie der Telegraphenverwaltung ein für alle Male als Entschädigung für deren Erstellungskosten die Summe von einhundert Franken für jedes Jahr zu entrichten, welches bis zur Erfüllung der zehn Jahre noch übrig bleibt.

6. Die nach den obigen Artikeln 1 und 3 von den Konzessionären jährlich zu entrichtenden Summen werden von dem Tage an berechnet, an welchem die erwähnte Linie in gutem dienstfähigem Zustande ihnen übergeben worden ist, und sind halbjährlich, den 30. Brachmonat und 31. Christmonat, jedes Jahr bei der Telegrapheninspektion in St. Gallen zahlbar. Die im Art. 2 eventuell vorgesehene Summe soll unter den gleichen Bedingungen von dem Zeitpunkte an bezahlt werden, an welchem die Apparate übergeben wurden.

7. Zur Sicherheit für die pünktliche Erfüllung der ihnen durch gegenwärtige Konzession auferlegten Verpflichtungen sollen die Herren B. Rittmeyer und Komp. eine Personalkaution im Betrag von Fr. 1000 der genannten Inspektion in St. Gallen einhändigen.

Im Fernern wird der Vorbehalt gemacht, daß durch die gegenwärtige Konzession allfällig später über diesen Gegenstand zu erlassenden gesezlichen Bestimmungen kein Eintrag geschehen soll, und daß die Herren B. Rittmeyer und Komp. stets deren Wohlthat für sich in Anspruch nehmen können.

Bern, den 4. Augstmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Stellvertreter des Kanzlers
der Eidgenoßenschaft:
J. Kern-Germann.

Postvertrag

zwischen

der Schweiz und Frankreich.

Abgeschloßen den 22. März 1865.
Ratifizirt von Frankreich am 31. März 1865.
" " der Schweiz am 28. Heumonat 1865.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen am 22. März 1865 in Paris unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten Postvertrages, welcher vom schweizerischen Ständerathe am 13. Heumonat 1865 und vom schweizerischen Nationalrathe am 18. gleichen Monats genehmigt worden ist, und der also lautet:

NAPOLEON,

Par la grâce de Dieu et la Volonté nationale,

EMPEREUR DES FRANÇAIS,

A tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Une Convention de poste ayant été conclue le 22 mars 1865, entre la France et la Confédération Suisse;

Convention dont la teneur suit:

Der Bundesrath der **schweizerischen Eidgenoßenschaft** und Seine Majestät der **Kaiser der Franzosen**, von dem Wunsche beseelt, die zwischen beiden Ländern bestehenden freundnachbarlichen Verhältnisse noch mehr zu befestigen und durch einen neuen Vertrag den Postdienst der Korrespondenzbeförderung zwischen Frankreich und der Schweiz zu verbessern, haben zu diesem Zweke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenoßenschaft: Herrn Kern, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister dieser Eidgenoßenschaft bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen; und

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen: Herrn Edouard Drouyn de Lhuys, Senator der Kaiserreiches, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion 2c. 2c., seinen Minister und Staatssekretär im Departement der auswärtigen Angelegenheiten;

welche, nach erfolgter gegenseitiger Mittheilung ihrer, in

Le Conseil fédéral de la **Confédération suisse**, et Sa Majesté l'**Empereur des Français**, également animés du désir de resserrer les liens d'amitié et de bon voisinage qui unissent les deux pays, et d'améliorer, au moyen d'une nouvelle convention, le service des correspondances entre la France et la Suisse, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires à cet effet, savoir :

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse, M. *Kern*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la dite Confédération près Sa Majesté l'Empereur des Français; et

Sa Majesté l'Empereur des Français, M. Edouard *Drouyn de Lhuis*, Sénateur de l'Empire, Grand' Croix de Son Ordre Impérial de la Légion d'honneur, etc., etc., etc., Son Ministre et Secrétaire d'Etat au Département des Affaires étrangères;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs

guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel sich geeinigt haben.

Art. 1. Zwischen der Postverwaltung von Frankreich und der Postverwaltung der schweizerischen Eidgenoßenschaft soll eine ununterbrochene, regelmäßige Auswechslung von Briefen, Geschäftspapieren, Waarenmustern und Drukſachen aller Art vermittelst der zu diesem Zweke errichteten oder noch zu errichtenden gewöhnlichen oder besondern Transportdienste zwischen denjenigen Grenzpunkten der beiden Länder stattfinden, welche von den beiden Verwaltungen im gemeinsamen Einverständniß dazu bezeichnet werden.

Die auf den gewöhnlichen Routen bereits bestehenden oder noch herzustellenden Verbindungen werden durch die den beiden Verwaltungen zu Gebote stehenden Transportmittel unterhalten, und die Kosten dieser Kurse werden von den beiden Verwaltungen im Verhältniß der auf dem betreffenden Gebiete zurükgelegten Wegstreke getragen.

Zu diesem Behufe hat diejenige der beiden Verwaltungen, welche den Gesammtbetrag der Kosten für einen dieser Trans-

respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Il y aura entre l'administration des postes de France et l'administration des postes de la Confédération suisse un échange périodique et régulier de lettres, de papiers d'affaires, d'échantillons de marchandises et d'imprimés de toute nature, au moyen des services ordinaires ou spéciaux établis ou à établir pour cet objet, entre les points de la frontière des deux pays qui seront désignés, d'un commun accord, par ces deux administrations.

Les services établis ou à établir sur les routes ordinaires seront exécutés par les moyens dont disposent les deux administrations, et les frais résultant de ces services seront supportés par ces administrations proportionnellement à la distance parcourue sur leurs territoires respectifs.

A cet effet, celle des deux administrations qui acquittera la totalité de ces frais, sur un point quelconque, devra fournir

portdienste bestreitet, der andern Verwaltung ein Doppel der mit den Unternehmern abgeschloßenen Verträge mitzutheilen. Im Falle der Aufkündung dieser Verträge werden die deßhalb zu leistenden Entschädigungen im nämlichen Verhältniß getragen.

Die Kosten, welche durch die Beförderung der Briefpakete mit den Eisenbahnen etwa entstehen könnten, werden ausschließlich von derjenigen Verwaltung getragen, auf deren Gebiet die Beförderung stattgefunden hat.

Art. 2. Den Personen, welche sowohl aus Frankreich und Algerien nach der Schweiz, als aus der Schweiz nach Frankreich und Algerien gewöhnliche, d. h. nicht chargirte Briefe senden wollen, steht es frei, die Bezahlung des Portos dieser Briefe den Adressaten zu überlassen, oder das Porto bis an den Bestimmungsort vorauszubezahlen.

Art. 3. Die für die Frankirung eines, sowohl von Frankreich und Algerien nach der Schweiz, als von der Schweiz nach Frankreich oder Algerien versandten Briefes zu beziehende Taxe ist auf dreißig Rappen für je 10 Gramme oder den

à l'autre un double des marchés conclus pour cet objet avec les entrepreneurs. En cas de résiliation de ces marchés, les indemnités de résiliation seront supportées dans la même proportion.

Quant aux frais que pourra entraîner le transport des dépêches par les chemins de fer, ils seront supportés exclusivement par l'administration sur le territoire de laquelle ce transport aura eu lieu.

Art. 2. Les personnes qui voudront envoyer des lettres ordinaires, c'est-à-dire non chargées, soit de la France et de l'Algérie pour la Suisse, soit de la Suisse pour la France et l'Algérie, pourront, à leur choix, laisser le port des dites lettres à la charge des destinataires ou payer ce port d'avance jusqu'à destination.

Art. 3. La taxe à percevoir pour l'affranchissement de toute lettre expédiée, soit de la France ou de l'Algérie pour la Suisse, soit de la Suisse pour la France ou l'Algérie, sera de trente centimes par dix grammes ou fraction de dix grammes.

Bruchtheil dieses Gewichts festgesezt.

Auf jedem von Frankreich und Algerien nach der Schweiz und von der Schweiz nach Frankreich oder Algerien versandten unfrankirten Briefe wird eine Taxe von fünfzig Rappen für je zehn Gramme oder den Bruchtheil dieses Gewichts bezogen.

Art. 4. Als Ausnahme von den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels wird die Taxe der von einem der beiden Staaten in den andern beförderten Briefe auf zwanzig Rappen für je zehn Gramme oder den Bruchtheil dieses Gewichts, im Frankofalle, und auf dreißig Rappen für je zehn Gramme oder den Bruchtheil, im Portofalle, ermäßigt, so oft das Postbüreau der Aufgabe von demjenigen des Bestimmungsortes nicht weiter als dreißig Kilometer in gerader Linie entfernt ist.

Art. 5. Diejenigen Briefe, welche sowohl von den in der Tabelle A zum gegenwärtigen Vertrage angegebenen Ländern nach der Schweiz, als von der Schweiz nach diesen Ländern

Quant à la taxe à percevoir sur toute lettre non affranchie expédiée, soit de la France ou de l'Algérie pour la Suisse, soit de la Suisse pour la France ou l'Algérie, elle sera de cinquante centimes par dix grammes ou fraction de dix grammes.

Art. 4. Par exception aux dispositions de l'article précédent, la taxe des lettres adressées de l'un des deux Etats dans l'autre, sera réduite à vingt centimes par dix grammes ou fraction de dix grammes, en cas d'affranchissement, et à trente centimes aussi par dix grammes ou fraction de dix grammes, en cas de non-affranchissement, toutes les fois que la distance existant, en ligne droite, entre le bureau d'origine et le bureau de destination ne dépassera pas trente kilomètres.

Art. 5. Les lettres expédiées à découvert, par la voie de la France, soit des pays mentionnés au tableau A, annexé à la présente convention, pour la Suisse, soit de la Suisse pour

stückweise über Frankreich befördert werden, sind zwischen der Postverwaltung von Frankreich und der Postverwaltung der schweizerischen Eidgenoßenschaft zu den in genannter Tabelle angegebenen Bedingungen auszuwechseln. Falls die dem Verkehre Frankreichs mit den in der Tabelle A aufgeführten fremden Ländern gegenwärtig zu Grunde liegenden Verträge Abänderungen erfahren sollten, welche die Bedingungen des Austausches, wie sie für die durch Frankreich übermittelten Korrespondenzen im gegenwärtigen Vertrage festgestellt sind, verändern würden, so sollen diese Abänderungen jedenfalls auf besagte Korrespondenzen ihre volle und rechtmäßige Anwendung finden.

Art. 6. Die französische Postverwaltung kann der eidgenößischen Postverwaltung Briefe nach der Schweiz chargirt überliefern.

Ihrerseits kann die schweizerische Postverwaltung der französischen Postverwaltung chargirte Briefe nach Frankreich und Algerien und, so weit möglich, nach den Ländern, für welche

ces mêmes pays, seront échangées entre l'administration des postes de France et l'administration des postes de la Confédération suisse aux conditions énoncées dans le dit tableau. Il est convenu que, dans le cas où les conventions qui règlent les relations postales de la France avec les pays désignés dans le tableau A susmentionné viendraient à être modifiées de manière à influer sur les conditions d'échange fixées par la présente convention pour les correspondances transmises par la voie de la France, ces modifications seront appliquées de plein droit aux dites correspondances.

Art. 6. L'administration des postes de France pourra livrer à l'administration des postes fédérales des lettres chargées à destination de la Suisse.

De son côté, l'administration des postes fédérales pourra livrer à l'administration des postes de France des lettres chargées à destination de la France et de l'Algérie, et, autant que pos-

Frankreich als Vermittlung dient, überliefern.

Das Porto der chargirten Briefe muß stets, und zwar bis an den Bestimmungsort, vorausbezahlt werden.

Jeder Chargébrief, welcher von dem einen Staat in den andern versandt wird, unterliegt beim Abgang, außer der Taxe eines gewöhnlichen, frankirten Briefes von gleichem Gewicht, einer fixen Gebühr von vierzig Rappen.

Die Postverwaltung von Frankreich und die Postverwaltung der schweiz. Eidgenoßenschaft werden im gemeinsamen Einverständniß und auf Grundlage der gegenwärtig bestehenden oder noch abzuschließenden Verträge die Taxen und Gebühren für diejenigen Chargébriefe festsezen, welche von der Schweiz nach den Ländern, für welche Frankreich als Vermittlung dient, versandt werden.

Art. 7. Der Versender eines Chargébriefes, welcher auf den Inhaber lautende Werthpapiere (valeurs au porteur) enthält und von Frankreich oder Algerien nach der Schweiz, oder von der Schweiz nach Frankreich oder Algerien befördert wird, kann

sible, à destination des pays auxquels la France sert d'intermédiaire.

Le port des lettres chargées devra toujours être acquitté d'avance jusqu'à destination.

Toute lettre chargée, adressée de l'un des deux pays dans l'autre, supportera au départ, en sus de la taxe applicable à une lettre ordinaire affranchie du même poids, un droit fixe de quarante centimes.

Quant aux taxes ou droits applicables aux lettres chargées expédiées de la Suisse pour les pays auxquels la France sert d'intermédiaire, ils seront fixés, d'un commun accord, entre l'administration des postes de France et l'administration des postes de la Confédération suisse conformément aux conventions actuellement en vigueur ou qui interviendraient dans la suite.

Art. 7. L'envoyeur de toute lettre chargée contenant des valeurs-papiers payables au porteur, qui sera expédiée, soit de la France ou de l'Algérie pour la Suisse, soit de la Suisse pour la France ou l'Algérie, pourra obtenir, jusqu'à con-

im Fälle Verlusts oder Spoliation, wie im Art. 10 hienach vorgesehen ist, die Rükvergütung des Werthes bis auf den Betrag von zweitausend Franken verlangen, sofern er den Werth des Inhaltes deklarirt und, außer den durch die Artikel 3 und 4 des gegenwärtigen Vertrages festgesezten Taxen und Gebühren, eine Gebühr von zwanzig Rappen für je hundert Franken oder den Bruchtheil von hundert Franken des deklarirten Werthes zum Voraus entrichtet.

currence de deux mille francs, le remboursement de ces valeurs, en cas de perte ou de spoliation prévue par l'article 10 ci-après, en faisant la déclaration du montant des dites valeurs et en payant d'avance, indépendamment des taxes et droits fixés par les articles 3 et 4 de la présente convention, un droit proportionnel de vingt centimes par chaque cent francs ou fraction de cent francs déclarés.

Art. 8. Der Versender hat den Betrag der in einem Briefe enthaltenen Werthpapiere auf der Adreßseite des Umschlages, an der obern linken Eke, zu deklariren, und zwar ohne Ausradirung noch Abänderung, selbst wenn sie genehmigt wäre.

Diese Deklaration hat in Worten, und zwar in französischer Sprache, und in Franken und Rappen den Betrag der deklarirten Werthpapiere anzugeben. Andere Angaben sind nicht zuläßig.

Der Betrag der auf einem einzigen Briefe deklarirten Werthpapiere darf zweitausend Franken nicht übersteigen.

Art. 8. La déclaration du montant des valeurs contenues dans une lettre devra être faite, par l'expéditeur, du côté de la suscription de l'enveloppe, à l'angle gauche supérieur et sans rature ni surcharge même approuvée.

Cette déclaration énoncera, en langue française, en francs et en centimes et en toutes lettres, le montant des valeurs déclarées, sans autre indication.

Le montant des valeurs déclarées pour une seule lettre, ne devra pas excéder deux mille francs.

Art. 9. Die betrügerische, den Werth des wirklichen Inhalts übersteigende Deklaration von Werthpapieren wird nach der innern Gesezgebung desjenigen Landes bestraft, in welchem der Brief bei der Post aufgegeben wurde.

Art. 10. Falls ein Brief mit deklarirtem Werthinhalt, sei es auf französischem Gebiet unter Umständen, welche nach französischen Gesezen die Verantwortlichkeit der französischen Posten nach sich ziehen, sei es auf schweizerischem Gebiet unter Umständen, welche nach schweizerischen Gesezen die Verantwortlichkeit der eidgenößischen Posten nach sich ziehen, verloren ginge oder spolirt würde, so hat die verantwortliche Postverwaltung dem Versender, oder in dessen Ermanglung dem Adressaten, inner dem Termin von zwei Monaten, vom Tage der Reklamation an, die deklarirte Summe, für welche die im Art. 7 vorgesehene Gebühr bezahlt worden ist, zu bezahlen oder bezahlen zu lassen; solche Reklamationen sind jedoch nur inner sechs Monaten, vom Datum der Aufgabe des Briefes an, zuläßig; nach Ablauf dieser Frist

Art. 9. Le fait d'une déclaration frauduleuse de valeurs supérieures aux valeurs réellement insérées dans une lettre sera puni conformément à la législation intérieure du pays où la lettre aura été remise à la poste.

Art. 10. Dans le cas où une lettre contenant des valeurs déclarées viendrait à être perdue ou spoliée, soit sur le territoire français, dans des conditions entraînant responsabilité pour l'administration des postes de France, d'après la législation française, soit sur le territoire suisse, dans des conditions entraînant responsabilité pour l'administration des postes fédérales, d'après la législation suisse, l'administration responsable paiera ou fera payer à l'envoyeur, et, à son défaut, au destinataire, dans un délai de deux mois, à dater du jour de la réclamation, la somme qui aura été déclarée et pour laquelle le droit prévu en l'article 7 aura été acquitté; mais il est entendu que la réclamation ne sera admise que dans les six mois qui suivront la date de l'envoi de la dite lettre; passé ce terme, le récla-

ist der Reklamant zu keiner Entschädigung mehr berechtigt.

Art. 11. Die Postverwaltung, welche den Betrag der deklarirten Werthpapiere zurückvergütet hat, tritt in alle Rechte des Eigenthümers ein.

Zu diesem Behufe hat der Empfänger der rückvergüteten Summe bei Empfang derselben diejenigen Angaben schriftlich einzureichen, welche die Nachforschungen nach den verlornen Werthpapieren erleichtern können, und der betreffenden Verwaltung alle seine Rechte abzutreten.

Art. 12. Sobald der Adressat oder sein Bevollmächtigter den Empfang eines Briefes mit deklarirtem Werth bescheinigt hat, so hört die Verantwortlichkeit der beiden Verwaltungen für die in diesem Briefe enthaltenen Werthpapiere auf.

Art. 13. Aus dem Verlust eines Chargébriefes, welcher außer den durch die Artikel 7 und 8 hievor festgesetzten Bedingungen befördert wird, erwächst der Postverwaltung, auf deren Gebiet der Verlust stattgefunden hat, lediglich die Ver-

mant n'aura droit à aucune indemnité.

Art. 11. L'administration qui opérera le remboursement du montant de valeurs déclarées non parvenues à destination, sera subrogée à tous les droits du propriétaire.

A cet effet, la partie prenante devra, au moment du remboursement, consigner par écrit les renseignements propres à faciliter la recherche des valeurs perdues et subroger à tous ses droits la dite administration.

Art. 12. Les deux administrations des postes de France et de la Confédération suisse cesseront d'être responsables des valeurs déclarées contenues dans toute lettre dont le destinataire ou son fondé de pouvoirs aura donné reçu.

Art. 13. La perte d'une lettre chargée transmise en dehors des conditions déterminées par les articles 7 et 8 précédents, n'entraînera pour l'administration sur le territoire de laquelle la perte aura eu lieu, que l'obligation de payer à l'en-

pflichtung, dem Versender eine Entschädigung von fünfzig Franken zu bezahlen. Diese Zahlung hat inner der Frist von zwei Monaten, vom Tage der Reklamation an, zu erfolgen.

voyeur une indemnité de cinquante francs. Ce paiement sera effectué dans le délai de deux mois, à dater du jour de la réclamation.

Die auf den Verlust eines Chargébriefes bezügliche Reklamation ist inner sechs Monaten, vom Tage der Aufgabe an, zulässig; nach Ablauf dieser Frist hat der Reklamant auf keine Entschädigung mehr Anspruch.

La réclamation résultant de la perte d'une lettre chargée sera admissible pendant six mois, à dater du jour qui suivra la date du dépôt de la dite lettre; passé ce terme, le réclamant n'aura droit à aucune indemnité.

Art. 14. Der Versender eines Chargébriefes, enthalte derselbe deklarirte Werthpapiere oder nicht, welcher sowohl von Frankreich oder Algerien nach der Schweiz, als von der Schweiz nach Frankreich oder Algerien versandt wird, kann bei der Aufgabe verlangen, daß ihm über den Empfang des Briefes durch den Adressaten eine Bescheinigung zugestellt werde.

Art. 14. L'envoyeur de toute lettre chargée contenant ou non des valeurs déclarées, et expédiée, soit de la France ou de l'Algérie pour la Suisse, soit de la Suisse pour la France ou l'Algérie, pourra demander, au moment du dépôt de la lettre, qu'il lui soit donné avis de sa réception par le destinataire.

In diesem Falle hat der Versender für die Beförderung des Scheines eine gleichmäßige Taxe von zwanzig Rappen vorauszubezahlen.

Dans ce cas, il paiera d'avance, pour le port de l'avis, une taxe uniforme de vingt centimes.

Art. 15. Die Korrespondenz in reinen Staatsdienst-Angelegenheiten aus dem einen Staate

Art. 15. La correspondance exclusivement relative aux différents services publics, adres-

nach dem andern wird ohne alle Portoberechnung überliefert, wenn deren portofreie Beförderung auf dem Gebiete desjenigen Staates gestattet ist, welchem der Beamte oder die Behörde, von der diese Korrespondenz ausgeht, angehört.

Genießt der Beamte oder die Behörde, an welche die Korrespondenz gerichtet ist, ebenfalls die Portofreiheit, so findet die Abgabe ohne Taxerhebung statt; im entgegengesezten Falle wird die Korrespondenz nur mit der internen Taxe des Landes belegt, welchem der Bestimmungsort angehört.

Art. 16. Die von Frankreich und Algerien nach der Schweiz und umgekehrt versandten Korrekturdrukbogen, Geschäftspapiere und übrigen Schriftstüke, welche nicht den Charakter einer wirklichen und persönlichen Korrespondenz haben, sind zu fünfzig Rappen für je zweihundert Gramme oder den Bruchtheil dieses Gewichts bis an den Bestimmungsort zu frankiren.

Um diese Taxermäßigung genießen zu können, müssen die oben bezeichneten Gegenstände

sée d'un Etat dans l'autre, et dont la circulation en franchise aura été autorisée sur le territoire de l'Etat auquel appartient le fonctionnaire ou l'autorité de qui émane cette correspondance, sera transmise exempte de tout prix de port.

Si l'autorité ou le fonctionnaire à qui elle est adressée jouit pareillement de la franchise, elle sera délivrée sans taxe; dans le cas contraire, cette correspondance ne sera passible que de la taxe territoriale du pays de destination.

Art. 16. Les épreuves corrigées, les papiers d'affaires et les autres documents manuscrits n'ayant pas le caractère d'une correspondance actuelle et personnelle, qui seront expédiés de la France et de l'Algérie pour la Suisse, et vice-versâ, seront affranchis jusqu'à destination, à raison de cinquante centimes par chaque deux cents grammes ou fraction de deux cents grammes.

Pour jouir de cette modération de taxe, les objets ci-dessus désignés devront être

unter Band gelegt werden und dürfen keinen Brief oder eine Notiz enthalten, welche den Charakter einer Korrespondenz hat, oder als solche dienen könnte.

Die Korrekturbogen und Schriftensendungen, welche diesen Bedingungen nicht entsprechen oder nicht frankirt worden sind, werden als Briefe betrachtet und in entsprechender Weise taxirt.

Art. 17. Der Ertrag der, in Gemäßheit der Artikel 3, 4, 6, 7, 14 und 16 hievor, auf den gewöhnlichen Briefen, den chargirten Briefen mit oder ohne Werthdeklaration, den Rükempfangscheinen für diese Briefe, den Korrekturbogen und Schriftensendungen, welche sowohl von Frankreich und Algerien nach der Schweiz, als von der Schweiz nach Frankreich und Algerien versandt werden, bezogenen Taxen wird zwischen den Postverwaltungen der beiden Länder im Verhältniß von zwei Drittheilen zu Gunsten der französischen Postverwaltung und von einem Drittheil zu Gunsten der schweizerischen Postverwaltung vertheilt.

placés sous bande et ne contenir aucune lettre ou note ayant le caractère d'une correspondance ou pouvant en tenir lieu.

Les épreuves corrigées et les manuscrits qui ne rempliront pas ces conditions ou dont le port n'aura pas été payé d'avance, seront considérés comme lettres et taxés en conséquence.

Art. 17. Le produit des taxes à percevoir, en vertu des articles 3, 4, 6, 7, 14 et 16 précédents, sur les lettres ordinaires, les lettres chargées avec ou sans déclaration de valeurs, les avis de réception des dites lettres, les épreuves corrigées et les manuscrits expédiés, soit de la France et de l'Algérie pour la Suisse, soit de la Suisse pour la France et l'Algérie, sera réparti entre les administrations des postes des deux pays, dans la proportion de deux tiers au profit de l'administration des postes de France et d'un tiers au profit de l'administration des postes de la Confédération suisse.

Art. 18. Jede Sendung von Waarenmustern ohne verkäuflichen Werth, von gestochenen, lithographirten oder autographirten Journalen, Zeitungen, periodischen Werken, broschirten oder gebundenen Büchern, Flugschriften, geographischen Karten, Planen, Kupferstichen, Photographien, Visitenkarten, Musikalien, Katalogen, Prospektus, Ankündigungen und Anzeigen verschiedener Art, welche von Frankreich oder Algerien nach der Schweiz und umgekehrt befördert wird, ist gegen Bezahlung einer Taxe von fünf Rappen für je vierzig Gramme oder den Bruchtheil dieses Gewichts bis an den Bestimmungsort zu frankiren.

Der Postverwaltung von Frankreich fallen diejenigen Taxen zu, welche in Gemäßheit des gegenwärtigen Artikels auf den von Frankreich und Algerien nach der Schweiz versandten Gegenständen der obbezeichneten Art bezogen werden, und hinwieder fallen der Postverwaltung der Schweiz diejenigen Taxen zu, welche nach dem

Art. 18. Tout paquet contenant, soit des échantillons de marchandises n'ayant par eux-mêmes aucune valeur vénale, soit des journaux, des gazettes, des ouvrages périodiques, des livres brochés, des livres reliés, des brochures, des cartes géographiques, des plans, des gravures, des photographies, des cartes de visite, des papiers de musique, des catalogues, des prospectus, des annonces et des avis divers imprimés, gravés, lithographiés ou autographiés, qui sera expédié de la France ou de l'Algérie pour la Suisse, et vice-versâ, sera affranchi jusqu'à destination moyennant le paiement d'une taxe de cinq centimes par quarante grammes ou fraction de quarante grammes.

Seront acquises à l'administration des postes de France les taxes perçues en vertu du présent article sur ceux des objets ci-dessus désignés qui seront expédiés de la France et de l'Algérie pour la Suisse; et, réciproquement, seront acquises à l'administration des postes de la Confédération suisse, les taxes perçues en vertu du

nämlichen Artikel auf den von der Schweiz nach Frankreich und Algerien versandten Gegenständen dieser Art erhoben werden.

Art. 19. Die stükweise über Frankreich versandten Druksachen aller Art von den in der Tabelle B zum gegenwärtigen Vertrage erwähnten Ländern nach der Schweiz und von der Schweiz nach diesen Ländern werden zwischen der Postverwaltung von Frankreich und der Postverwaltung der schweizerischen Eidgenoßenschaft zu den in oberwähnter Tabelle angegebenen Bedingungen ausgewechselt.

Falls die dem Verkehre Frankreichs mit den in besagter Tabelle aufgeführten fremden Ländern gegenwärtig zu Grunde liegenden Verträge Abänderungen erfahren sollten, welche die Bedingungen des Austausches, wie sie für die durch Frankreich übermittelten Journale und sonstigen Druksachen im gegenwärtigen Vertrage festgestellt sind, verändern würden, so sollen diese Abänderungen auf besagte Journale und Druksachen jedenfalls ihre volle und rechtmäßige Anwendung finden.

même article, sur ceux des dits objets qui seront expédiés de la Suisse pour la France et l'Algérie.

Art. 19. Les imprimés de toute nature, expédiés par la voie de la France, soit des pays mentionnés au tableau B, annexé à la présente convention, pour la Suisse, soit de la Suisse pour les dits pays, seront échangés entre l'administration des postes de France et l'administration des postes de la Confédération suisse aux conditions énoncées dans le dit tableau.

Il est convenu que, dans le cas où les conventions qui règlent les relations de la France avec les pays étrangers désignés au dit tableau, viendraient à être modifiées de manière à influer sur les conditions d'échange fixées par la présente convention pour les journaux et autres imprimés transmis par la voie de la France, ces modifications seront appliquées de plein droit aux dits journaux et imprimés.

Art. 20. Den Waarenmustern wird die durch Art. 18 hievor bewilligte Taxermäßigung nur dann zu Theil, wenn dieselben an sich selbst keinen verkäuflichen Werth haben, bis an den Bestimmungsort frankirt sind, unter Band oder so verpakt sind, daß über ihren Inhalt kein Zweifel bestehen kann und außer der Adresse des Empfängers, einer Fabrik- oder Verkaufsmarke, fortlaufenden Nummern und Preisangaben keinen handschriftlichen Zusaz enthalten.

Die übrigen, im nämlichen Artikel bezeichneten Gegenstände, so wie die im Artikel 19 erwähnten Drukſachen genießen nur insofern die durch die genannten Artikel bewilligten Taxermäßigungen, als sie bis zu den betreffenden, durch diese Artikel festgesezten Gränzen frankirt werden, unter Band gelegt sind, und außer der Adresse des Empfängers, der Unterschrift des Versenders und dem Datum keine handschriftlichen Zusäze, Zahlen oder Zeichen enthalten.

Die Waarenmuster und andern oberwähnten Gegenstände, welche den hievor aufgestellten

Art. 20. Les échantillons de marchandises ne seront admis à jouir de la modération de taxe qui leur est accordée par l'artcle 18 précédent, qu'autant qu'ils n'auront par eux-mêmes aucune valeur vénale, qu'ils seront affranchis jusqu'à destination, qu'ils seront placés sous bandes ou de manière à ne laisser aucun doute sur leur nature, et qu'ils ne porteront d'autre écriture à la main que l'adresse du destinataire, une marque de fabrique ou de marchand, des numéros d'ordre et des prix.

Quant aux autres objets désignés dans le même article, et aux imprimés mentionnés dans l'article 19, ils devront, pour jouir des modérations de port accordées par les dits articles, être affranchis jusqu'aux limites respectivement fixées par ces articles, être mis sous bandes et ne porter aucune écriture, chiffre ou signe quelconque à la main, si ce n'est l'adresse du destinataire, la signature de l'envoyeur et la date.

Les échantillons et autres objets susmentionnés qui ne réuniront pas les conditions ci-

Bedingungen nicht entsprechen, sind als Briefe zu betrachten und demgemäß zu behandeln.

Art. 21. Es bleibt vorbehalten, daß die in den Artikeln 16, 18 und 19 hievor enthaltenen Bestimmungen den Postverwaltungen der beiden Länder in keiner Weise das Recht benehmen, auf ihren betreffenden Gebieten diejenigen der in den fraglichen Artikeln bezeichneten Gegenstände nicht zu befördern, für welche den Gesezen, Verordnungen oder Dekreten, welche in Frankreich wie in der Schweiz die Bedingungen ihrer Veröffentlichung und Verbreitung festsezen, nicht Genüge geleistet worden ist.

Art. 22. Es wird zwischen den beiden kontrahirenden Theilen ausdrüklich vereinbart, daß diejenigen der in den Artikeln 2, 3, 4, 6, 7, 14, 16 und 18 des gegenwärtigen Vertrages bezeichneten Gegenstände, welche bis an den Bestimmungsort richtig frankirt worden sind, unter keinem Vorwande und unter keinem Namen im Lande der Bestimmung mit irgend einer Taxe oder Gebühr zu Lasten des Adressaten belegt werden dürfen.

dessus exprimées, seront considérés comme lettres et traités en conséquence.

Art. 21. Il est entendu que les dispositions contenues dans les articles 16, 18 et 19 précédents, n'infirment en aucune manière le droit qu'ont les administrations des postes des deux pays de ne pas effectuer sur leurs territoires respectifs le transport et la distribution de ceux des objets désignés aux dits articles, à l'égard desquels il n'aurait pas été satisfait aux lois, ordonnances ou décrets qui règlent les conditions de leur publication et de leur circulation tant en France qu'en Suisse.

Art. 22. Il est formellement convenu entre les deux Parties contractantes que ceux des objets désignés dans les articles 2, 3, 4, 6, 7, 14, 16 et 18 de la présente convention qui auront été régulièrement affranchis jusqu'à destination, ne pourront, sous aucun prétexte et à quelque titre que ce soit, être frappés, dans le pays de destination, d'une taxe ou d'un droit quelconque à la charge des destinataires.

Art. 23. Die französische Regierung verpflichtet sich, der eidgenößischen Regierung den Transit in geschloßenen Paketen für diejenigen Korrespondenzen zu gestatten, welche von der Schweiz oder über die Schweiz nach schweizerischem oder fremdem Gebiete, wohin Frankreich als Vermittlung dient oder noch dienen könnte, und umgekehrt, versandt werden.

Die schweizerische Postverwaltung bezahlt der französischen Postverwaltung für jeden Kilometer in gerader Linie von dem Eingangspunkt der geschloßenen Pakete auf französisches Gebiet bis zum Ausgangspunkt den Betrag von fünf Rappen für jedes Kilogramm Nettogewicht Briefe und von einem Viertelsrappen für jedes Kilogramm Nettogewicht Waarenmuster und Drukſachen, welche in diesen Briefpaketen enthalten sind.

Jedoch werden die Briefpakete, welche auf Schweizergebiet gelegene Postbüreaux mit andern auf Schweizergebiet gelegenen Postbüreaux oder mit badischen Postbüreaux durch Vermittlung der französischen Postverbindun-

Art. 23. Le Gouvernement français prend l'engagement d'accorder au Gouvernement fédéral le transit, en dépêches closes, sur le territoire français, des correspondances originaires de la Suisse ou passant par la Suisse, à destination des territoires suisses ou étrangers auxquels la France sert ou pourrait servir d'intermédiaire et vice-versâ.

L'administration des postes fédérales paiera à l'administration des postes de France pour chaque kilomètre existant, en ligne droite, entre le point par lequel les dépêches closes entreront sur le territoire français et le point par où elles en sortiront, la somme de cinq centimes par kilogramme de lettres, poids net, et d'un quart de centime par kilogramme d'échantillons de marchandises et d'imprimés, aussi poids net, qui seront contenus dans ces dépêches.

Toutefois les dépêches que les bureaux de poste établis sur le territoire suisse pourront avoir à échanger par l'intermédiaire des services de poste français, avec d'autres bureaux de poste également établis sur le

gen auswechseln sollten, mit diesen leztern unentgeldlich befördert.

Art. 24. Die Regierung der schweizerischen Eidgenoßenschaft verpflichtet sich, der französischen Regierung den Transit in geschloßenen Paketen für diejenigen Korrespondenzen zu gestatten, welche von Frankreich oder über Frankreich nach französischem oder fremdem Gebiete, wohin die Schweiz als Vermittlung dient oder noch dienen könnte, versandt werden, und umgekehrt.

Die Postverwaltung von Frankreich bezahlt der Postverwaltung der Eidgenoßenschaft für jeden Kilometer, in gerader Linie, von dem Eingangspunkt der geschloßenen Pakete auf Schweizergebiet bis zum Ausgangspunkt den Betrag von fünf Rappen für jedes Kilogramm Nettogewicht Briefe und von einem Viertelsrappen für jedes Kilogramm Nettogewicht Druksachen, welche in diesen Briefpaketen enthalten sind.

Jedoch werden die Briefpakete, welche auf französischem Gebiet

territoire suisse, ou avec des bureaux de poste badois, seront transportées gratuitement par les dits services.

Art. 24. Le Gouvernement de la Confédération suisse prend l'engagement d'accorder au Gouvernement français le transit, en dépêches closes, sur le territoire suisse, des correspondances originaires de la France ou passant par la France, à destination des territoires français ou étrangers auxquels la Suisse sert ou pourrait servir d'intermédiaire, et vice-versâ.

L'administration des postes de France paiera à l'administration des postes fédérales, pour chaque kilomètre existant, en ligne droite, entre le point par lequel les dépêches closes entreront sur le territoire suisse et le point par où elles en sortiront, la somme de cinq centimes par kilogramme de lettres, poids net, et d'un quart de centime par kilogramme d'échantillons de marchandises et d'imprimés, aussi poids net, qui seront contenus dans ces dépêches.

Toutefois, les dépêches que les bureaux de poste établis

gelegene Postbüreaux mit andern auf französischem Gebiet gelegenen Postbüreaux oder mit badischen durch Vermittlung der schweizerischen Postverbindungen auswechseln, mit diesen leztern unentgeldlich befördert.

sur le territoire français pourront avoir à échanger, par l'intermédiaire des services de poste suisses, soit avec d'autres bureaux de poste également établis sur le territoire français, soit avec des bureaux de poste badois, seront transportées gratuitement par les dits services.

Art. 25. Um die in den Artikeln 23 und 24 hievor bewilligte Taxermäßigung genießen zu können, dürfen die Waarenmuster an sich selbst keinen verkäuflichen Werth haben; sie müssen überdies bis an den Bestimmungsort frankirt werden, unter Band oder so verpakt sein, daß über den Inhalt kein Zweifel bestehen kann, und es darf denselben kein anderer schriftlicher Zusaz beigegeben werden, als die Adresse des Empfängers, eine Fabrik- oder Verkaufsmarke, fortlaufende Nummern und Preisangaben.

Art. 25. Pour jouir du bénéfice de la modération de port de transit français ou suisse qui leur est accordée par les articles 23 et 24 précédents, les échantillons de marchandises ne devront avoir par eux-mêmes aucune valeur vénale; ils devront, en outre, être affranchis jusqu'à destination, être placés sous bandes ou de manière à ne laisser aucun doute sur leur nature, et ne porter d'autre écriture à la main que l'adresse du destinataire, une marque de fabrique ou de marchand, des numéros d'ordre et des prix.

Die Drukfachen genießen die nämliche Taxermäßigung nur insofern, als sie ebenfalls bis an den Bestimmungsort frankirt, unter Band gelegt sind und außer der Adresse des Empfängers, der Unterschrift des Ver-

Les imprimés ne seront admis à jouir de la même modération de port de transit, qu'autant qu'ils seront également affranchis jusqu'à destination, qu'ils seront mis sous bandes et qu'ils ne porteront aucune écri-

senders und dem Datum keinerlei Handschrift, Ziffern oder irgend ein Schriftzeichen enthalten.

Die Waarenmuster und Druksachen, welche den oben festgesezten Bedingungen nicht entsprechen, werden wie die gewöhnlichen Briefe behandelt.

Art. 26. Es wird vereinbart, daß das Gewicht der unanbringlichen Korrespondenzen jeder Gattung, so wie der Postkarten und andern Rechnungsgegenstände, welche in den von der einen Verwaltung auf Rechnung der andern beförderten, in den Art. 23 und 24 hievor erwähnten, geschloßenen Paketen enthalten sind, bei dem Abwägen der Briefe, Zeitungen und Drukſachen, welche der Berechnung der durch obige Artikel festgesezten Transitgebühr zu Grunde gelegt wird, nicht mitgerechnet werden soll.

Art. 27. Die Postverwaltungen von Frankreich und der schweizerischen Eidgenoßenschaft stellen jeden Monat die Rechnungen über die nach Maßgabe der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags erfolgte gegensei-

ture, chiffre ou signe quelconque à la main, si ce n'est l'adresse du destinataire, la signature de l'envoyeur et la date.

Les échantillons de marchandises et les imprimés qui ne rempliront pas les conditions ci-dessus exprimées, seront assimilés aux lettres ordinaires.

Art. 26. Il est entendu que le poids des correspondances de toute nature tombées en rebut, ainsi que celui des feuilles d'avis et autres pièces de comptabilité résultant de l'échange des correspondances transportées en dépêches closes par l'une des deux administrations pour le compte de l'autre, et qui sont mentionnées dans les articles 23 et 24 précédents, ne sera pas compris dans les pesées de lettres, journaux et imprimés de toute nature, sur lesquelles devront être assis les prix de transport fixés par les dits articles.

Art. 27. Les administrations des postes de France et de la Confédération suisse dresseront chaque mois les comptes résultant de la transmission des correspondances et des dépêches closes que les deux adminis-

tige Ueberlieferung von Korrespondenzen und geschloßenen Briefpaketen auf; und diese Rechnungen werden, nachdem sie durch die Verwaltungen geprüft und gegenseitig festgestellt worden, durch diejenige Verwaltung, welche der andern gegenüber als zahlungspflichtig anerkannt wird, saldirt, und zwar inner drei Monaten, von dem auf die Rechnung bezüglichen Monat an.

Wenn der Saldo einer Rechnung nicht inner der hievor festgesezten Frist bezahlt wird, so wird der Betrag dieses Saldo zinstragend vom Tage des Ablaufs der Frist bis zum Tage der Abzahlung. Der Zins wird zu fünf vom Hundert per Jahr berechnet, und die im Rükstande befindliche Verwaltung wird mit dem Betrag desselben in der Rechnung desjenigen Monats belastet, in welchem die zinstragende Summe bezahlt worden ist.

Art. 28. Die unrichtig adressirten oder irrig geleiteten gewöhnlichen oder chargirten Briefe, Korrekturdrukbogen, Geschäftspapiere, Waarenmuster und Druksachen aller Art sollen

trations se livreront réciproquement en vertu des dispositions de la présente convention; et ces comptes, après avoir été débattus et arrêtés contradictoirement, seront soldés par l'administration qui sera reconnue redevable envers l'autre, dans les trois mois qui suivront le mois auquel le compte se rapportera.

En cas de non-paiement du solde d'un compte dans le délai ci-dessus fixé, le montant de ce solde sera productif d'intérêts à dater du jour de l'expiration du dit délai et jusqu'au jour où le paiement aura lieu. Ces intérêts seront calculés à raison de cinq pour cent l'an, et devront être portés au débit de l'administration retardataire, sur le compte du mois pendant lequel la somme productive d'intérêts aura été soldée.

Art. 28. Les lettres ordinaires ou chargées, les épreuves corrigées, les papiers d'affaires, les échantillons de marchandises et les imprimés de toute nature, mal adressés ou

... oder St. Kitts, St. Vincent, Tabago, Tortola, ... Bahama, Britisch=Honduras, Bermudas=Inseln, ... Castle, Accra, St. Helena, Sierra=Leone, Turk=Inseln, ... Canada, Neu=Braunschweig, Neu=Schottland, Prinz=... Insel, Neufundland, Aden, Britisch=Ostindien, Ceylon, ... Singapore, Hong=Kong, Mauritius=Insel, Neu=Süd... Victoria, Queensland, West=Australien, Neu=Seeland, ... Inseln (Iles Basses), Marquesas=Insel, Gesellschafts=I...	90	—	10
Brasilien, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Dänemark	—	—	10
Spanien, Portugal, Gibraltar	40	—	—
Süd=Australien, Tasmanien oder Vandiemensland (über Su...	90	—	—
Ueberseeische Länder ohne Unterschied: mit den französischen Postpaketbooten ... dern von und nach den französisch... gehenden Schiffen . .	90	—	—
über England und mit britischen P... booten oder Handelsschiffen .	90	—	—
über Suez	90	—	—
Sandwich=Inseln	—	—	—
Cuba und Mexiko: mit den franz. Paketbooten oder über	90	—	—
über die Vereinigten Staaten .	20	—	—
Westküste von Neu=Granada, Republik Aequator, Peru, Chili (via Panama)	20	—	—

gegenseitig ohne Verzug durch Vermittlung der betreffenden Auswechslungsbüreaux zurükgesandt werden, und zwar zu dem Gewicht und Preis, wie sie von der absendenden Postverwaltung der empfangenden Postverwaltung angerechnet worden sind.

Die Gegenstände gleicher Art, deren Adressaten mittlerweile ihren Aufenthalt verändert haben, sind gegenseitig mit dem Porto zu überliefern oder zurükzugeben, welches die Adressaten zu bezahlen gehabt hätten.

Die gewöhnlichen Briefe, die Korrekturdrukbogen, Geschäftspapiere, Waarenmuster und Druksachen aller Art, welche ursprünglich den französischen oder schweizerischen Posten durch andere Postverwaltungen überliefert worden waren und, infolge Aufenthaltsveränderung der Adressaten, von einem der beiden Länder in das andere weiter spedirt werden müssen, sind gegenseitig mit demjenigen Porto belastet zu überliefern, welches am frühern Bestimmungsorte zu erheben gewesen wäre.

Art. 29. Die zwischen den beiden Postverwaltungen Frankreichs und der Schweiz stükweise

mal dirigés, seront, sans aucun délai, réciproquement renvoyés par l'intermédiaire des bureaux d'échange respectifs pour les poids et prix auxquels l'office envoyeur aura livré ces objets en compte à l'autre office.

Les objets de même nature qui auront été adressés à des destinataires ayant changé de résidence, seront respectivement livrés ou rendus chargés du port qui aurait dû être payé par les destinataires.

Les lettres ordinaires, les épreuves corrigées, les papiers d'affaires, les échantillons de marchandises et les imprimés de toute nature qui auront été primitivement livrés à l'administration des postes de France ou à l'administration des postes de la Confédération suisse par d'autres administrations et qui, par suite du changement de résidence des destinataires, devront être réexpédiés de l'un des deux pays pour l'autre, seront réciproquement livrés chargés du port exigible au lieu de la précédente destination.

Art. 29. Les correspondances de toute nature échangées à découvert entre les deux

ausgewechselten Korrespondenzen, welche aus irgend einem Grunde unanbringlich geworden sind, sollen beidseitig am Ende jedes Monats, und wenn es möglich ist, noch öfter zurükgesandt werden.

Diejenigen dieser Korrespondenzen, welche unter Anrechnung überliefert worden waren, sind mit dem Betrag zurükzugeben, welcher ursprünglich von der versendenden Postanstalt angerechnet worden war.

Die bis an die Bestimmung oder bis zur Grenze der jenseitigen Postverwaltung frankirten Korrespondenzen sind ohne Taxe und ohne Abzug zurükzusenden.

Die unanbringlichen unfrankirten, in geschloßenen Paketen durch die eine der beiden Verwaltüngen auf Rechnung der andern versandten Korrespondenzen werden zu dem Gewichte und der Gebühr angenommen, zu welchen sie in den Rechnungen der betreffenden Postbehörden angesezt sind, und zwar auf einfache Erklärungen oder Nominallisten hin, welche als Belege der Abrechnung dienen, falls die Korrespondenzen selbst durch diejenige Verwaltung nicht vor-

administrations des postes de France et de Suisse, qui seront tombées en rebut, pour quelque cause que ce soit, devront être renvoyées de part et d'autre, à la fin de chaque mois, et plus souvent si faire si peut.

Celles de ces correspondances qui auront été livrées en compte, seront rendues pour le prix pour lequel elles auront été originairement comptées par l'office envoyeur.

Celles qui auront été livrées affranchies jusqu'à destination ou jusqu'à la frontière de l'office correspondant, seront renvoyées sans taxe ni décompte.

Quant aux correspondances non affranchies tombées en rebut qui auront été transportées en dépêches closes par l'une des deux administrations pour le compte de l'autre, elles seront admises pour les poids et prix pour lesquels elles auront été comprises dans les comptes des administrations respectives, sur de simples déclarations ou listes nominatives mises à l'appui des décomptes, lorsque les correspondances elles-mêmes ne pourront pas être produites par

gewiesen werden können, welche den daherigen Betrag von der anderseitigen korrespondirenden Verwaltung zu fordern hat.

Art. 30. Die beiden Postverwaltungen Frankreichs und der Schweiz nehmen für die Beförderung von einem der beiden Länder in das andere oder nach den Ländern, für welche sie als Vermittlung dienen, keine Sendung und keinen Brief an, welcher gemünztes Gold oder Silber, Edelsteine oder Pretiosen, oder irgend andere, den Zollgebühren unterworfene Gegenstände enthält.

Art. 31. Um sich gegenseitig den vollen und ungeschmälerten Ertrag der zwischen den beiden Ländern ausgewechselten Korrespondenzen zu sichern, verpflichten sich die französische und die schweizerische Regierung, durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu verhindern, daß diese Korrespondenzen auf anderm Wege als durch ihre betreffenden Posten befördert werden.

Art. 32. Die französische und die schweizerische Postverwaltung werden gemeinschaftlich die Postbüreaux bezeichnen, welche die Auswechslung der betreffenden Korrespondenzen zu besorgen

l'office qui aura à se prévaloir du montant de leur port vis-à-vis de l'office correspondant.

Art. 30. Les deux administrations des postes de France et de Suisse n'admettront, à destination de l'un des deux pays, ou des pays qui empruntent leur intermédiaire, aucun paquet ou lettre qui contiendrait, soit de l'or ou de l'argent monnayé, soit des bijoux ou effets précieux, soit tout autre objet passible de droits de douane.

Art. 31. Afin de s'assurer réciproquement l'intégralité du produit des correspondances échangées entre les deux pays, les Gouvernements français et suisse s'engagent à empêcher par tous les moyens qui sont en leur pouvoir, que ces correspondances ne passent par d'autres voies que par leurs postes respectives.

Art. 32. L'administration des postes de France et l'administration des postes de la Confédération suisse désigneront, d'un commun accord, les bureaux par lesquels devra avoir

haben; sie werden die Bedingungen festsezen, nach welchen die mit Marken ungenügend frankirten Briefe von einem der beiden Länder nach dem andern zu behandeln sind; sie werden ferner die Leitung der gegenseitig überlieferten Korrespondenzen regliren, die Form der im Art. 27 hievor erwähnten Rechnungen feststellen und alles dasjenige ordnen, was für die Ausführung der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages nothwendig ist.

lieu l'échange des correspondances respectives; elles règleront les conditions auxquelles seront soumises les correspondances de l'un des deux pays pour l'autre, insuffisamment affranchies au moyen de timbres-poste; elles règleront également la direction des correspondances transmises réciproquement, et arrèteront les dispositions relatives à la forme des comptes mentionnés à l'article 27 précédent, ainsi que toute autre mesure de détail ou d'ordre nécessaire pour assurer l'exécution des stipulations de la présente convention.

Die oben bezeichneten Vorschriften können durch die beiden Verwaltungen so oft abgeändert werden, als dieselben es im gemeinsamen Einverständniß nothwendig erachten.

Il est entendu que les mesures désignées ci-dessus pourront être modifiées par les deux administrations, toutes les fois que, d'un commun accord, ces deux administrations en reconnaîtront la nécessité.

Art. 33. Vom Tage der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages an treten alle frühern Vereinbarungen oder Bestimmungen betreffend die Korrespondenz-Auswechslung zwischen Frankreich und der Schweiz außer Wirksamkeit.

Art. 33. Seront abrogées, à partir du jour de la mise à exécution de la présente convention, toutes stipulations ou dispositions antérieures concernant l'échange des correspondances entre la France et la Suisse.

Art. 34. Der gegenwärtige Vertrag tritt mit dem Tage,

Art. 34. La présente convention aura force et valeur

welchen die beiden Kontrahenten bestimmen werden, und sobald dessen Veröffentlichung nach den besondern Gesezen jedes Landes stattgefunden haben wird, in Kraft, und er bleibt so lange von Jahr zu Jahr verbindlich, bis einer der beiden kontrahirenden Theile dem andern, und zwar ein Jahr zum Voraus, seine Absicht, dessen Wirksamkeit aufzuheben, mitgetheilt haben wird.

Während dieses lezten Jahres bleibt der Vertrag im vollen und ungeschmälerten Vollzug, unbeschadet des Abschlußes und der Saldirung der Rechnungen zwischen den Postverwaltungen der beiden Länder nach Ablauf des genannten Termins.

Art. 35. Der gegenwärtige Vertrag ist zu ratifiziren, und die Ratifikationen sind so bald als möglich auszuwechseln.

Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihr Wappensiegel beigedrukt.

Doppelt ausgefertigt in Paris, den 22. März im Jahre des Heils 1865.

(L. S.) (Gez.) **Kern.**

(L. S.) (Gez.) **Drouyn de Lhuys.**

à partir du jour dont les deux Parties conviendront, dès que la promulgation en aura été faite d'après les lois particulières à chacun des deux Etats, et elle demeurera obligatoire, d'année en année, jusqu'à ce que l'une des deux Parties contractantes ait annoncé à l'autre, mais un an à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

Pendant cette dernière année, la convention continuera d'avoir son exécution pleine et entière, sans préjudice de la liquidation et du solde des comptes entre les administrations des postes des deux pays, après l'expiration du dit terme.

Art. 35. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées aussitôt que faire se pourra

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à *Paris*, en double original, le 22 mars de l'an de grâce 1865.

(L. S) (Sig) **Kern.**

(L. S.) (Sig.) **Drouyn de Lhuys.**

erklärt den vorstehenden Vertrag seinem ganzen Inhalte nach als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, denselben, so weit es von ihr abhangt, gewissenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den acht und zwanzigsten Heumonat eintausend achthundert fünf und sechzig.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

Nous, ayant vu et examiné la dite Convention, l'avons approuvée et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues, Déclarons qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée et Promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En foi de quoi, Nous avons donné les présentes, signées de notre main et scellées de notre Sceau Impérial.

A *Paris*, le 31 Mars de l'an de grâce 1865.

NAPOLEON.

(L. S.)

Par l'Empereur:

Drouyn de Lhuys.

Note. Die Auswechslung der Ratifikationen des vorstehenden Postvertrages hat zwischen dem schweizerischen Minister in Paris, Herrn Dr. Kern, und dem Minister des Aeußern von Frankreich, Herrn Drouyn de Lhuys, am 14. August 1865 in Paris stattgefunden.

Vertrag
zwischen
der Schweiz und Frankreich, betreffend die postamtlichen Geldanweisungen.

Abgeschloßen den 22. März 1865.
Ratifizirt von Frankreich am 31. März 1865.
" " der Schweiz am 28. Heumonat 1865.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen am 22. März 1865 in Paris unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten Vertrags, betreffend die postamtlichen Geldanweisungen, welcher vom schweizerischen Ständerathe am 13. Heumonat 1865 und vom schweizerischen Nationalrathe am 18. gleichen Monats genehmigt worden ist, und der also lautet:

NAPOLÉON,

Par la grâce de Dieu et la Volonté nationale,

EMPEREUR DES FRANÇAIS,

A tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Une Convention relative à l'échange des Mandats de poste ayant été conclue, le 22 Mars 1865, entre la France et la Confédération Suisse;

Convention dont la teneur suit:

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenoßenschaft und **Seine Majestät der Kaiser der Franzosen,** wünschend, daß Geldsummen von einem Lande in das andere mittelst postamtlicher Anweisungen befördert werden können, haben beschloßen, zu diesem Zweke einen Vertrag abzuschließen, und diesfalls als ihre Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenoßenschaft: Herrn Kern, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister genannter Eidgenoßenschaft bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen; und

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen: Herrn Edouard Drouyn de Lhuys, Senator des Kaiserreiches, Großkreuz seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion 2c. 2c. 2c., seinen Minister und Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich über folgende Artikel verständigt haben:

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse et **Sa Majesté l'Empereur des Français**, désirant que des sommes d'argent puissent être adressées d'un pays dans l'autre au moyen de mandats de poste, ont résolu d'assurer ce résultat par une convention et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires à cet effet, savoir:

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse: M. *Kern,* Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la dite Confédération près Sa Majesté l'Empereur des Français, et

Sa Majesté l'Empereur des Français: M. Edouard *Drouyn de Lhuys,* Sénateur de l'Empire, Grand' Croix de son ordre Impérial de la Légion d'honneur etc., etc., etc., son Ministre et Secrétaire d'Etat au Département des Affaires étrangères,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Durch Vermittlung der Post können sowohl von Frankreich und Algerien nach der Schweiz, als von der Schweiz nach Frankreich und Algerien Geldsendungen befördert werden.

Diese Sendungen werden durch besondere, mit **Mandats d'articles d'argent sur l'étranger** bezeichnete Geldanweisungen vermittelt, welche von Büreaux der französischen Postverwaltung auf Büreaux der schweizerischen Postverwaltung, und umgekehrt, ausgestellt werden.

Diese Geldanweisungen können durch Indossement an einen Andern übertragen werden.

Sie sind in französischer Sprache auszustellen.

Keine Geldanweisung darf die Summe von zweihundert Franken übersteigen.

Art. 2. Auf jeder nach Maßgabe des vorhergehenden Artikels beförderten Geldsendung wird eine Taxe von zwanzig Rappen für je zehn Franken oder den Bruchtheil von zehn Franken bezogen, welche Taxe stets der Versender zu bezahlen hat.

Der Ertrag der hievor festgesetzten Taxe wird zwischen der

Art. 1. Des envois de fonds pourront être faits par la voie de la poste, tant de la France et de l'Algérie pour la Suisse, que de la Suisse pour la France et l'Algérie.

Ces envois s'effectueront au moyen de mandats spéciaux dits: ***Mandats d'articles d'argent sur l'étranger,*** tirés par des bureaux de l'administration des postes de France sur des bureaux de l'administration des postes de la Confédération suisse, et réciproquement.

La propriété de ces mandats sera transmissible par voie d'endossement.

Ils seront rédigés en langue française.

Aucun mandat ne pourra excéder la somme de deux cents francs.

Art. 2. Il sera perçu sur chaque envoi de fonds, effectué en vertu de l'article précédent, une taxe de vingt centimes par dix francs ou fraction de dix francs, laquelle taxe devra toujours être payée par l'envoyeur.

Le produit de la taxe ci-dessus fixée sera partagé par

Postverwaltung von Frankreich und der Postverwaltung der schweizerischen Eidgenoßenschaft zu gleichen Theilen getheilt.

Art. 3. Es wird zwischen den beiden kontrahirenden Theilen ausdrüklich vereinbart, daß die in Ausführung des Art. 1 hievor von französischen oder schweizerischen Postbüreaux ausgestellten Geldanweisungen und die bezüglichen Quittungen unter keinem Vorwande und unter keinem Namen, außer der durch Art. 2 hievor festgesezten Taxe, mit einer Gebühr oder Taxe irgend welcher Art belegt werden dürfen.

Art. 4. Die Postverwaltung von Frankreich und die Postverwaltung der schweizerischen Eidgenoßenschaft stellen, an den durch dieselben gemeinsam festzusezenden Terminen, die Rechnungen über die durch ihre betreffenden Büreaux ausbezahlten Summen und auf denselben bezogenen Taxen auf; und diese Rechnungen sind, nach erfolgter gegenseitiger Prüfung und Richtigstellung, durch diejenige Verwaltung, welche der andern gegenüber als zahlungspflichtig anerkannt wird, inner der im gemeinsamen Einverständniß festzusezenden Frist zu saldiren.

moitié entre l'administration des postes de France et l'administration des postes de la Confédération suisse.

Art. 3. Il est formellement convenu entre les deux Parties contractantes que les mandats délivrés par les bureaux de poste français ou suisse, en exécution de l'article 1er, et les acquits donnés sur ces mandats ne pourront, sous aucun prétexte et à quelque titre que ce soit, être soumis à un droit ou à une taxe quelconque en sus de la taxe fixée par l'article 2.

Art. 4. L'administration des postes de France et l'administration des postes de la Confédération suisse dresseront, aux époques qui seront fixées par elles, d'un commun accord, les comptes sur lesquels seront récapitulés toutes les sommes payées par leurs bureaux respectifs, ainsi que les taxes perçues sur les dites sommes, et ces comptes, après avoir été débattus et arrêtés contradictoirement, seront soldés par l'administration qui sera reconnue redevable envers l'autre, dans le délai dont les deux administrations conviendront.

Art. 5. Die von jeder der beiden Verwaltungen gegen Ausstellung von Geldanweisungen, deren Betrag von den Berechtigten inner acht Jahren, vom Datum der Einzahlung an, nicht erhoben worden ist, einkassirten Summen fallen definitiv derjenigen Verwaltung zu, welche diese Anweisungen ausgestellt hat.

Art. 6. Die Postverwaltung von Frankreich und die Postverwaltung der schweizerischen Eidgenoßenschaft werden im gemeinsamen Einverständniß die Büreaux, welche infolge der vorstehenden Bestimmungen Geldanweisungen auszustellen und zu bezahlen haben, bezeichnen, die Form der oberwähnten Geldanweisungen und der im Artikel 4 bezeichneten Rechnungen festsezen und alles dasjenige ordnen, was für die Ausführung der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags nothwendig ist.

Die oben erwähnten Ausführungsbestimmungen können jedoch so oft abgeändert werden, als es die beiden Verwaltungen im gemeinsamen Einverständniß nothwendig erachten.

Art. 5. Les sommes encaissées par chacune des deux administrations, en échange de mandats d'articles d'argent dont le montant n'aura pas été réclamé par les ayants-droit dans le délai de huit années, à partir du jour du versement des fonds, seront définitivement acquises à l'administration qui aura délivré ces mandats.

Art. 6. L'administration des postes de France et l'administration des postes de la Confédération suisse désigneront, d'un commun accord, les bureaux qui devront délivrer et payer les mandats à émettre, en vertu des articles précédents; elles règleront la forme des mandats susmentionnés et celle des comptes désignés à l'article 4, ainsi que toute autre mesure de détail ou d'ordre nécessaire pour assurer l'exécution des stipulations de la présente convention.

Il est entendu que les mesures susdites pourront être modifiées par les deux administrations toutes les fois que, d'un commun accord, ces deux administrations en reconnaîtront la nécessité.

Art. 7. Der gegenwärtige Vertrag tritt mit dem durch die beiden Kontrahenten gemeinsam festzusezenden Tage und nach erfolgter Veröffentlichung, gemäß der für jeden Staat bestehenden Geseze, in Vollzug und bleibt von drei zu drei Monaten so lange verbindlich, bis einer der kontrahirenden Theile dem andern, aber drei Monate zum Voraus, die Absicht mitgetheilt hat, den Vertrag aufzuheben.

Während diesen drei lezten Monaten bleibt der Vertrag in vollem und ungeschmälertem Vollzug, unbeschadet des Abschlußes und der Saldirung der Rechnungen nach Ablauf des genannten Termins.

Art. 8. Der gegenwärtige Vertrag ist zu ratifiziren, und die Ratifikationen sind so bald als möglich auszuwechseln.

Zur Urkunde dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihr Wappensiegel beigedrukt.

Doppelt ausgefertigt in Paris, den 22. März 1865.

(L. S.) (Gez.) **Kern.**

(L. S.) (Gez.) **Drouyn de Lhuys.**

Art. 7. La présente convention sera mise à exécution à partir du jour dont les deux Parties conviendront, dès que la promulgation en aura été faite d'après les lois particulières à chacun des deux Etats, et elle demeurera obligatoire de trois mois en trois mois, jusqu'à ce que l'une des deux Parties contractantes ait annoncé à l'autre, mais trois mois à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

Pendant ces trois derniers mois, la convention continuera d'avoir son exécution pleine et entière, sans préjudice de la liquidation et du solde des comptes, après l'expiration du dit terme.

Art. 8. La présente convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées aussitôt que faire se pourra.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à *Paris,* en double expédition, le **22** mars **1865.**

(L. S.) (Sig) **Kern.**

(L. S.) (Sig) **Drouyn de Lhuys.**

erklärt den vorstehenden Vertrag seinem ganzen Inhalte nach als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, denselben, so weit es von ihr abhangt, gewißenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den acht und zwanzigsten Heumonat eintausend achthundert fünf und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.
(L. S.)
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Nous, ayant vu et examiné la dite Convention, l'avons approuvée et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues; Déclarons, qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée, et Promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En foi de quoi, Nous avons donné les présentes signées de notre main et scellées de notre Sceau Impérial.

A *Paris,* le 31 Mars de l'an de grâce 1865.

NAPOLÉON.

(L. S.)

Par l'Empereur:
Drouyn de Lhuys.

Note. Die Auswechslung der Ratifikationen des vorstehenden Vertrages hat zwischen dem schweizerischen Minister in Paris, Herrn Dr. Kern, und dem Minister des Aeußern von Frankreich, Herrn Drouyn de Lhuys, am 14. August 1865 in Paris stattgefunden.

Uebereinkunft

zur

Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs.

Abgeschloßen am 22. August 1864.

Ratifizirt von der	Schweiz	den	1. Oktober	1864.
„ „	Baden	„	16. Dezember	„
„ „	Belgien	„	14. Oktober	„
„ „	Dänemark	„	15. Dezember	„
„ „	Spanien	„	5. „	„
„ „	Frankreich	„	22. September	„
„ „	Italien	„	4. Dezember	„
„ „	den Niederlanden den 29. November 1864.			
„ „	Preußen den 4. Januar 1865.			

Die schweizerische Eidgenoßenschaft, Seine königliche Hoheit der Großherzog von Baden, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der König von Dänemark, Ihre Majestät die Königin von Spanien, Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der König der

La Confédération suisse, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, Sa Majesté la Reine d'Espagne, Sa Majesté l'Empereur des Français; Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves,

Niederlande, Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien, Seine Majestät der König von Preußen, Seine Majestät der König von Württemberg, gleich sehr von dem Wunsche beseelt, so viel an ihnen, die vom Kriege unzertrennlichen Uebel zu mildern, nuzlose Härte zu verhüten und das Loos der auf dem Schlachtfelde verwundeten Krieger zu lindern, haben beschloßen, zu diesem Ende eine Uebereinkunft abzuschließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Die schweizerische Eidgenoßenschaft:

den Herrn Wilhelm Heinrich Dufour, Großoffizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, General der eidgenößischen Armee, Mitglied des Ständerathes;

den Herrn Gustav Moynier, Präsident des internationalen Hilfskomites für die verwundeten Soldaten und der genferischen gemeinnüzigen Gesellschaft, und

den Herrn Samuel Lehmann, eidgenößischer Oberst, Oberfeldarzt der eidgenößischen Armee, Mitglied des Nationalrathes;

Sa Majesté le Roi de Prusse, Sa Majesté le Roi de Wurtemberg, — également animés du désir d'adoucir autant qu'il dépend d'eux, les maux inséparables de la guerre; de supprimer les rigueurs inutiles et d'améliorer le sort des militaires blessés sur les champs de bataille, ont résolu de conclure une convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

La Confédération suisse:

le Sieur Guillaume-Henri *Dufour*, Grand-Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, Général en chef de l'armée fédérale, Membre du Conseil des Etats;

le Sieur Gustave *Moynier*, Président du Comité international de secours pour les militaires blessés et de la Société genevoise d'utilité publique;

et le Sieur Samuel *Lehmann*, Colonel fédéral, Médecin en chef de l'armée fédérale, Membre du Conseil national;

Seine königliche Hoheit der Großherzog von Baden:

den Herrn Robert Volz, Ritter des Ordens vom Zähringer-Löwen, Med. Doctor, Medizinalrath bei der Direktion der Sanitätsangelegenheiten, und

den Herrn Adolf Steiner, Ritter des Ordens vom Zähringer-Löwen, Regimentsarzt;

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade:

le Sieur Robert *Volz*, Chevalier de l'Ordre du Lion de Zæhringen, Docteur en médecine, Conseiller médical à la Direction des Affaires médicales,

et le Sieur Adolphe *Steiner*, Chevalier de l'Ordre du Lion de Zæhringen, Médecin-major;

Seine Majestät der König der Belgier:

den Herrn August Visschers, Offizier des Leopold-Ordens, Mitglied des Minen-Raths;

Sa Majesté le Roi des Belges:

le Sieur Auguste *Visschers*, Officier de l'Ordre de Léopold, Conseiller au Conseil des Mines;

Seine Majestät der König von Dänemark:

den Herrn Karl Emil Fenger, Commandeur des Danebrog-Ordens, Inhaber des silbernen Kreuzes des nämlichen Ordens, Großkreuz des belgischen Leopold-Ordens ꝛc. ꝛc., Seinen Staatsrath;

Sa Majesté le Roi de Danemark:

le Sieur Charles-Emile *Fenger*, Commandeur de l'Ordre de Danebrog, décoré de la croix d'argent du même Ordre, Grand-Croix de l'Ordre de Léopold de Belgique, etc., etc., Son Conseiller d'Etat;

Ihre Majestät die Königin von Spanien:

den Herrn José Heriberto Garcia de Quevedo, dienstthuender Kammerherr, Großkreuz des Ordens Isabellens der Katholischen, Commandeur des Ordens Karls III., Ritter I.

Sa Majesté la Reine d'Espagne:

le Sieur Don José Heriberto *Garcia de Quevedo*, Gentilhomme de Sa Chambre avec exercice, Chevalier-Grand-Croix d'Isabelle-la-Catholique, Commandeur numéraire de l'Or-

Klasse des königlichen Militär-Ordens des hl. Ferdinand, Offizier der französischen Ehrenlegion, Ihrer Majestät Minister-Resident bei der schweizerischen Eidgenoßenschaft;

dre de Charles III, Chevalier de première classe de l'Ordre Royal et Militaire de St. Ferdinand, Officier de la Légion d'Honneur de France, Son Ministre-Résident auprès de la Confédération suisse;

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen:

den Herrn Georg Karl Jagerschmidt, Offizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, Offizier des belgischen Leopolds-Ordens, Ritter des preußischen Rothen Adler-Ordens III. Klasse ꝛc. ꝛc., Unterdirektor im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten;

den Herrn Heinrich Eugen Séguineau de Préval, Ritter des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, Inhaber des kaiserlichen Medschidije-Ordens IV. Klasse, Ritter des italienischen Ordens der Heiligen Maurizius und Lazarus ꝛc. ꝛc., Unter-Militär-intendant I. Klasse, und

den Herrn Martin Franz Boudier, Offizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, Inhaber des kaiserlichen Medschidije-Ordens IV. Klasse, der

Sa Majesté l'Empereur des Français:

le Sieur Georges-Charles *Jagerschmidt*, Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, Officier de l'Ordre de Léopold de Belgique, Chevalier de l'Ordre de l'Aigle rouge de Prusse de troisième classe, etc., etc., Sous-Directeur au Ministère des Affaires Etrangères;

le Sieur Henri-Eugène-Séguineau *de Préval*, Chevalier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, décoré de l'Ordre Impérial du Medjidié de quatrième classe, Chevalier de l'Ordre des Saints Maurice et Lazare d'Italie, etc., etc., Sous-intendant militaire de première classe,

et le Sieur Martin-François *Boudier*, Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, décoré de l'Ordre Impérial du Medjidié de quatrième

italienischen Militär-Verdienstmedaille rc. rc., Hauptarzt II. Klasse;

Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen:

den Herrn Karl August Brodrück, Ritter des Ordens Philipps des Großmüthigen, des bayerischen Ordens vom hl. Michael, Offizier des königlichen Erlöser-Ordens rc., Bataillons-Chef im Generalstabe;

Seine Majestät der König von Italien:

den Herrn Johann Capello, Ritter des Ordens der Heiligen Mauritius und Lazarus, Seinen Generalkonsul in der Schweiz, und

den Herrn Felix Baroffio, Ritter des Ordens der Heiligen Mauritius und Lazarus, Divisionsarzt;

Seine Majestät der König der Niederlande:

den Herrn Bernhard Ortuinus Theodor Heinrich Westenberg, Offizier Seines Ordens der Eichenkrone, Ritter des spanischen Ordens Karls III., des preußischen Kronen-Ordens, des Ordens Adolf von Nassau, Dok-

classe, décoré de la médaille de la valeur militaire d'Italie, etc., etc., Médecin principal de deuxième classe;

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse:

le Sieur Charles Auguste *Brodrück,* Chevalier de l'Ordre de Philippe le Magnanime, de l'Ordre de St. Michel de Bavière, Officier de l'Ordre Royal du St. Sauveur, etc., etc., Chef de bataillon d'état-major;

Sa Majesté le Roi d'Italie:

le Sieur Jean *Capello,* Chevalier de l'Ordre des Saints Maurice et Lazare, Son Consul général en Suisse,

et le Sieur Félix *Baroffio,* Chevalier de l'Ordre des Saints Maurice et Lazare, Médecin de division;

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas:

le Sieur Bernard-Ortuinus-Théodore-Henri *Westenberg,* Officier de Son Ordre de la Couronne de Chêne, Chevalier des Ordres de Charles III d'Espagne, de la Couronne de Prusse, d'Adolphe de Nassau,

tor der Rechte, Seinen Legationssekretär in Frankfurt;

Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien:

den Herrn José Antonio Marques, Ritter des Christus-Ordens, des Ordens unserer lieben Frauen von der Empfängniß von Villa-Viçosa, des Ordens des hl. Benedikt von Aviz, des belgischen Leopold-Ordens ꝛc., Doktor der Medizin und Chirurgie, Brigadearzt, Unter-Direktor des Gesundheitswesens im Kriegsministerium;

Seine Majestät der König von Preußen:

den Herrn Karl Albert von Kamptz, Ritter des rothen Adler-Ordens II. Klasse ꝛc. ꝛc. ꝛc., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenoßenschaft, Geheimer Legationsrath;

den Herrn Gottfried Friedrich Franz Loeffler, Ritter des rothen Adler-Ordens III. Klasse ꝛc. ꝛc., Med. Doctor, Generalarzt beim IV. Armeekorps, und

den Herrn Georg Hermann Julius Ritter, Ritter des Kro-

Docteur en droit, Son Secrétaire de Légation à Francfort;

Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves:

le Sieur José-Antonio *Marques*, Chevalier de l'Ordre du Christ, de Notre-Dame de la Conception de Villa-Viçosa, de Saint-Benoit d'Aviz, de Léopold de Belgique, etc., Docteur en médecine et chirurgie, Chirurgien de brigade, Sous-Chef du Département de santé au Ministère de la Guerre;

Sa Majesté le Roi de Prusse:

le Sieur Charles-Albert *de Kamptz*, Chevalier de l'Ordre de l'Aigle rouge de seconde classe, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près la Confédération suisse, Conseiller intime de Légation,

le Sieur Godefroi-Frédéric-François *Lœffler*, Chevalier de l'Ordre de l'Aigle rouge de troisième classe, etc., etc., Docteur en médecine, Médecin général du quatrième corps d'armée,

et le Sieur Georges-Hermann-Jules *Ritter*, Chevalier de l'Or-

nenordens III. Klasse 2c. 2c., Geheimrath beim Kriegsministerium;

dre de la Couronne de troisième classe, etc., etc., Conseiller intime au Ministère de la Guerre;

Seine Majestät der König von Württemberg:

den Herrn Christoph Ulrich Hahn, Ritter des Ordens der Heiligen Maurizius und Lazarus 2c., Doktor der Philosophie und Theologie, Mitglied der königlichen Zentraldirektion für Wohlthätigkeitsanstalten,

Sa Majesté le Roi de Wurtemberg:

le Sieur Christophe-Ulric *Hahn*, Chevalier de l'Ordre des Saints Maurice et Lazare, etc., Docteur en philosophie et théologie, Membre de la Direction centrale et Royale pour les établissements de bienfaisance,

welche, nach Auswechslung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Artikel sich geeinigt haben:

Lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Die Ambülancen und Militärspitäler werden als neutral anerkannt und demgemäß von den Kriegführenden geschützt und respektirt werden, so lange sich Kranke oder Verwundete darin befinden.

Die Neutralität würde aufhören, wenn solche Ambülancen oder Spitäler mit Militär besezt wären.

Art. 1. Les ambulances et les hôpitaux militaires seront reconnus neutres, et, comme tels, protégés et respectés par les belligérants aussi longtemps qu'il s'y trouvera des malades ou des blessés.

La neutralité cesserait, si ces ambulances ou ces hôpitaux étaient gardés par une force militaire.

Art. 2. Das Personal der Spitäler und Ambülancen für die Aufsicht und den Gesund-

Art. 2. Le personnel des hôpitaux et des ambulances, comprenant l'intendance, les ser-

heits=, Verwaltungs= und Kran=
kentransportdienst, so wie die
Feldprediger haben, so lange sie
ihren Verrichtungen obliegen und
Verwundete aufzuheben oder zu
verpflegen sind, Theil an der
Wohlthat der Neutralität.

Art. 3. Die im vorgehen=
den Artikel bezeichneten Per=
sonen können auch nach der Be=
sitznahme durch den Feind in den
von ihnen besorgten Spitälern
oder Ambülancen ihrem Amte
obliegen oder sich zu dem Korps
zurükziehen, dem sie angehören.

Wenn diese Personen unter
solchen Umständen ihre Verrich=
tungen einstellen, so sind sie den
feindlichen Vorposten von Seite
des den Plaz inne habenden Hee=
res zuzuführen.

Art. 4. Das Material der
Militärspitäler unterliegt den
Kriegsgesezen, und die denselben
zugetheilten Personen dürfen da=
her bei ihrem Rükzug nur die
ihr Privateigenthum bildenden
Sachen mitnehmen.

Dagegen verbleibt den Ambü=
lancen unter gleichen Umständen
ihr Material.

vices de santé, d'administration,
de transport des blessés, ainsi
que les aumôniers, participera
au bénéfice de la neutralité lors-
qu'il fonctionnera, et tant qu'il
restera des blessés à relever ou
à secourir.

Art. 3. Les personnes dé-
signées dans l'article précédent
pourront, même après l'occu-
pation par l'ennemi, continuer
à remplir leurs fonctions dans
l'hôpital ou l'ambulance qu'elles
desservent, ou se retirer pour
rejoindre le corps auquel elles
appartiennent.

Dans ces circonstances, lors-
que ces personnes cesseront
leurs fonctions, elles seront re-
mises aux avant-postes ennemis,
par les soins de l'armée occu-
pante.

Art. 4. Le matériel des hô-
pitaux militaires demeurant sou-
mis aux lois de la guerre, les
personnes attachées à ces hôpi-
taux ne pourront, en se reti-
rant, emporter que les objets
qui sont leur propriété parti-
culière.

Dans les mêmes circonstan-
ces, au contraire, l'ambulance
conservera son matériel.

Art. 5. Die Landesbewohner, welche den Verwundeten zu Hilfe kommen, sollen geschont werden und frei bleiben. Die Generäle der kriegführenden Mächte sind verpflichtet, die Einwohner von dem an ihre Menschlichkeit ergehenden Rufe und der daraus folgenden Neutralität in Kenntniß zu sezen.

Jeder in einem Hause aufgenommene und verpflegte Verwundete soll diesem als Schuz dienen. Wer Verwundete bei sich aufnimmt, soll mit Truppeneinquartierungen und theilweise mit allfälligen Kriegskontributionen verschont werden.

Art. 6. Die verwundeten oder kranken Krieger sollen, gleichviel, welchem Volke sie angehören, aufgehoben und verpflegt werden.

Den Oberkommandanten soll gestattet sein, die während des Kampfes Verwundeten sofort den feindlichen Vorposten zu übergeben, wenn die Umstände es erlauben und beide Theile zustimmen.

Diejenigen, welche nach ihrer Genesung dienstuntüchtig befunden werden, sind heimzuschiken.

Art. 5. Les habitants du pays qui porteront secours aux blessés, seront respectés, et demeureront libres. Les généraux des Puissances belligérantes auront pour mission de prévenir les habitants de l'appel fait à leur humanité, et de la neutralité qui en sera la conséquence.

Tout blessé recueilli et soigné dans une maison y servira de sauvegarde. L'habitant qui aura recueilli chez lui des blessés, sera dispensé du logement des troupes, ainsi que d'une partie des contributions de guerre qui seraient imposées.

Art. 6. Les militaires blessés ou malades seront recueillis et soignés, à quelque nation qu'ils appartiendront.

Les Commandants en chef auront la faculté de remettre immédiatement aux avant-postes ennemis, les militaires blessés pendant le combat, lorsque les circonstances le permettront et du consentement des deux parties.

Seront renvoyés dans leur pays ceux qui, après guérison, seront reconnus incapables de servir.

Die Andern können ebenfalls nach Hause entlassen werden unter der Bedingung, daß sie für die Dauer des Krieges die Waffen nicht mehr tragen.

Die Evacuationen und das sie leitende Personal werden durch unbedingte Neutralität gedeckt.

Art. 7. Eine auszeichnende und überall gleiche Fahne wird für die Spitäler, Ambülancen und Evacuationen angenommen. Ihr soll unter allen Umständen die Landesfahne zur Seite stehen.

Desgleichen wird für das neutralisirte Personal ein Armband angenommen, dessen Verabfolgung jedoch der Militärbehörde überlassen bleibt.

Fahne und Armband tragen das rothe Kreuz auf weißem Grund.

Art. 8. Die Vollziehungsdetails zur gegenwärtigen Uebereinkunft sind von den Oberbefehlshabern der kriegführenden Heere nach den Weisungen der betreffenden Regierungen und in Gemäßheit der in dieser Uebereinkunft ausgesprochenen allgemeinen Grundsäze zu ordnen.

Les autres pourront être également renvoyés, à la condition de ne pas reprendre les armes pendant la durée de la guerre.

Les évacuations, avec le personnel qui les dirige, seront couvertes par une neutralité absolue.

Art. 7. Un drapeau distinctif et uniforme sera adopté pour les hôpitaux, les ambulances et les évacuations. Il devra être, en toute circonstance, accompagné du drapeau national.

Un brassard sera également admis pour le personnel neutralisé, mais la délivrance en sera laissée à l'autorité militaire.

Le drapeau et le brassard porteront croix rouge sur fond blanc.

Art. 8. Les détails d'exécution de la présente Convention seront réglés par les Commandants en chef des armées belligérantes, d'après les instructions de leurs Gouvernements respectifs, et conformément aux principes généraux énoncés dans cette Convention.

Art. 9. Die hohen vertragschließenden Theile sind übereingekommen, gegenwärtige Uebereinkunft den Regierungen, welche keine Bevollmächtigten zur internationalen Konferenz in Genf abordnen konnten, mitzutheilen und sie zum Beitritte einzuladen, zu welchem Ende das Protokoll offen gehalten wird.

Art. 10. Gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen innerhalb vier Monaten, oder früher wenn möglich, in Bern ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben sie die betreffenden Bevollmächtigten unterzeichnet und derselben ihre Wappensiegel beigedrukt.

So geschehen zu Genf, am zwei und zwanzigsten August des Jahres eintausend achthundert vier und sechzig.

Art. 9. Les hautes Puissances contractantes sont convenues de communiquer la présente Convention aux Gouvernements qui n'ont pu envoyer des Plénipotentiaires à la Conférence internationale de Genève, en les invitant à y accéder; le protocole est à cet effet laissé ouvert.

Art. 10. La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Berne, dans l'espace de quatre mois, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à *Genève,* le vingt-deuxième jour du mois d'Août de l'an mil-huit cent soixante-quatre.

(L. S.) (Sig.) **Général G. H. Dufour.**
„ „ **G. Moynier.**
„ „ **Dr. Lehmann.**
„ „ **Dr. Robert Volz.**
„ „ **Steiner.**
„ „ **Visschers.**
„ „ **Fenger.**
„ „ **J. Heriberto Garcia de Quevedo.**
„ „ **Ch. Jagerschmidt.**

(L. S.) (Sig.) **S. de Préval.**
„ „ **Boudier.**
„ „ **Brodrück.**
„ „ **Capello.**
„ „ **F. Baroffio.**
„ „ **Westenberg.**
„ „ **José Ant. Marques.**
„ „ **de Kamptz.**
„ „ **Loeffler.**
„ „ **Ritter.**
„ „ **Dr. Hahn.**

Die vorstehende Uebereinkunft wurde ratifizirt wie folgt:

a. Von der Schweiz.

Le Conseil fédéral
de la
Confédération suisse,

après avoir vu et examiné la Convention pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, conclue par les Plénipotentiaires respectifs et sous réserve de ratification à Genève le 22 Août 1864 entre la Confédération suisse, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, Sa Majesté la Reine d'Espagne, Sa Majesté l'Empereur des Français, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de Wurtemberg, Convention qui a été approuvée par le Conseil national le 28 Septembre 1864 et par le Conseil des Etats le 30 du même mois *) et dont la teneur suit:

(voir ci-dessus)

déclare que la Convention ci-dessus est ratifiée et a force de loi dans toutes ses parties, promettant au nom de la Confédération suisse, de l'observer consciencieusement et en tout temps, pour autant que cela dépend d'elle.

En foi de quoi la présente ratification a été signée par le Président et le Chancelier de la Confédération et munie du sceau fédéral.

---

*) Voir Recueil officiel fédéral, tome VIII, page 164.

Ainsi fait à *Berne*, le premier Octobre mil huit-cent soixante-quatre.

Au nom du Conseil fédéral suisse,
Le Président de la Confédération:
Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Le Chancelier de la Confédération:
Schiess.

---

b. Vom Großherzogthum Baden.

FRÉDÉRIC,

par la grâce de Dieu,

GRAND-DUC DE BADE,

Duc de Zæhringen.

Une Convention ayant été conclue à Genève le 22 Août dernier entre le Grand-Duché de Bade et la Confédération Suisse, le Royaume de Belgique, le Royaume de Danemark, le Royaume d'Espagne, l'Empire Français, le Grand-Duché de Hesse, le Royaume d'Italie, le Royaume des Pays-Bas, le Royaume de Portugal, le Royaume de Prusse et le Royaume de Wurtemberg pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, Convention dont la teneur suit:

(voir ci-dessus)

Nous ayant vu et examiné la dite Convention et en ayant trouvé la teneur conforme à *Notre* volonté en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues, déclarons qu'elle est approuvée, confirmée et ratifiée, en réservant toutefois la position obligatoire qui est faite au Gouvernement Grand-Ducal Badois en la qualité de membre de la Confédération Germanique.

En foi de quoi, Nous avons signé les présentes et y fait apposer *Notre* sceau d'Etat.

Donné à *Carlsruhe*, le seize Décembre de l'an de grâce mil huit-cent soixante-quatre, de *Notre* règne le treizième.

FRÉDÉRIC.

(L. S.)

Roggenbach.

Par Ordre de Son Altesse Royale:
Reck.

---

c. Von Belgien.

LÉOPOLD,

Roi des Belges,

à tous présens et à venir,

SALUT.

Ayant vu et examiné la Convention signée à Genève, le **22** Août **1864**, entre *la Belgique, le Grand-Duché de Bade, le Danemark, l'Espagne, la France, le Grand-Duché de Hesse, l'Italie, les Pays-Bas, le Portugal, la Prusse, la Confédération Suisse et le Wurtemberg,* pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, Convention dont la teneur suit:

(voir ci-dessus)

Nous, ayant pour agréable la Convention qui précède, l'approuvons, ratifions et confirmons, promettant de la faire observer selon sa forme et teneur, sans permettre qu'il y soit contrevenu en aucune manière que ce soit.

En foi de quoi, *Nous* avons signé les présentes lettres de ratification et y avons fait apposer *Notre* Sceau Royal.

Donné à *Laeken* le quatorzième jour du mois d'Octobre de l'an de grâce mil huit-cent soixante-quatre.

LÉOPOLD.

(L. S.)

Par le Roi:

Le Ministre des Affaires Etrangères,

Ch. Rogier.

---

d. **Von Dänemark.**

Vi Christian den Niende,

af Guds Naade Konge til Danmark, de Venders og Gothers, Hertug til Slesvig, Holsteen, Stormarn, Ditmarsken, Lauemborg og Oldenborg,

gjöre vitterligt: at Vi, efterat have laest og overveiet den imellem Os og det Schweizerske Edsforbund, Hans Kongelige Höched Storhertugen af Baden, Hans Majestæt Belgiernes Konge, Hendes Majestæt Dronningen af Spanien, Hans Majestæt de Eranskes Keiser, Hans Kongelige Höched Storhertugen af Hessen, Hans Majestæt Kongen af Italien, Hans Majestæt Kongen af Nederlandene, Hans Majestæt Kongen af Portugal, Hans Majestæt Kongen af Preussen samt Hans Majestæt Kongen af Würtemberg under 22[de] August d. A. af de gjensidigen Befuldmægtigede i Genf undertegnede Convention om en Forbedring i Behandlingen af Militaire, saarede paa Valpladsen, hvilken Convention Ord til andet lyder saaledes som fölger:

(voir ci-dessus)

saa have Ui bifaldet, stadfæstet og ratificeret ovennævnte Convention, ligesom Vi og herved samme paa bedste og kraftigste Maade, som skee kan, for Os og Vore Efterfolgere bi-

falde, stadfæste og ratificere, ved Vort Kongelige Ord lovende for Os og Dem nöiagtigen at overholde og fuldbyrde den naevnte Convention i alle dens Ord og Punkter. Til yderligere Vished have Vi denne Ratification egenhændigen underskrevet og ladet samme Vort store Kongelige Segl paatrykke. Givet i Vor Hoved-og Residentsstad Kjöbenhavn den 15[de] December, Aar efter Christi Byrd Eet Tusinde, Otte Hundrede og Fire og Tresindstyve, Vor Regjerings det andet.

CHRISTIAN.

(L. S.)

Bluhme.

---

e. **Von Spanien.**

Doña Isabel Secunda

por la gracia de Dios y la Constitucion de la Monarquia Española

Reina de las Españas.

Por cuanto se ajustó concluyó y firmó en *Ginebra* el dia veinte y dos de Agosto del presente año de mil ochocientos sesenta y cuatro por *Don José Heriberto Garcia de Quevedo,* el General *Guillermo Enrique Dufour,* el Señor *Gustavo Moynier,* el Coronel *Samuel Lehmann,* los Señores *Roberto Volz, Adolfo Steiner, Augusto Visschers, Cárlos Emilio Fenger, Jorge Cárlos Jagerschmidt, Enrique Eugenio Seguineau de Preval, Martin Francisco Boudier, Cárlos Augusto Brodrück, Juan Capello, Felix Baroffio, Bernardo Ortuino Teodoro Enrique Westenberg, Jose Antonio Marques, Cárlos Alberto de Kamptz, Godofredo Federico Francisco Loeffler, Jorge Hermann Julio Ritter* y el Señor

Cristobel Ulrico Hahn, Plenipotenciarios nombrados al efecto en debida forma, un *Convenio* para mejorar la suerte de los militares heridos en campaña, celebrado entre Nos, la Confederacion Suiza, el Gran Duque de Baden, el Rey de los Belgas, el de Dinamarca, el Emperador de los Franceses, el Gran Duque de Hesse, el Rey Victor Manuel, el Rey de los Paises Bajos, el de Portugal, el de Prusia y el de Wurtemberg, Convenio compuesto de diez articulos en lengua francesa, que palabra par palabra es del tenor siguiente:

(voir plus haut)

Por tanto, habiendo visto y examinado uno por uno los diez articulos que comprende el preinserto *Convenio*, Hemos venido en aprobar y ratificar cuanto en ellos se contiene, como en virtud de la presente lo aprobamos y ratificamos en la mejor y más ámplia forma que podemos, prometiendo en fé de Nuestra palabra Real cumplirlo y observarlo y hacer que se cumpla y observe puntualmente en todas sus partes, y para su mayor validacion y firmeza mandamos espedir la presente firmada de Nuestra mano, sellada con Nuestro sello secreto y refrendada de Nuestro Infrascrito Primer Secretario del Despacho de Estado. Dada en el Palacio de *Madrid* á cinco de Diciembre de mil ochocientos sesenta y cuatro.

Yo la Reyna.

(L. S.)

Alejandro Llorente.

f. Von Frankreich.

NAPOLÉON,

par la grâce de Dieu et la Volonté nationale

Empereur des Français,

à tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Une Convention internationale pour l'amélioration du sort des militaires blessés sur les champs de bataille, ayant été signée à Genève, le 22 Août 1864;

Convention dont la teneur suit:

(voir ci-dessus)

Nous, ayant vu et examiné la dite Convention, l'avons approuvée et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues; *Déclarons* qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée et promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En foi de quoi, Nous avons donné les présentes signées de notre main et scellées de notre Sceau Impérial.

A *St. Cloud,* le 22 Septembre de l'an de grâce 1864.

NAPOLÉON.

(L. S.)

Par l'Empereur:

Drouyn de Lhuys.

---

g. Von Italien.

VITTORIO EMANUELE II.

per grazia di Dio e per volontà della Nazione

Re d'Italia.

A tutti coloro che le presenti vedranno, salute.

Una Convenzione internazionale per migliorare la sorte dei militari feriti in guerra essendo stata conchiusa e sottoscritta a Ginevra addì ventidue del mese di Agosto del corrente anno Mille ottocento sessantaquattro,

Convenzione del tenore seguente:

(voir ci-dessus)

Noi avendo veduto ed esaminato la qui sovrascritta Convenzione internazionale ed approvandola in ogni e singola sua parte, l'abbiamo accettata, ratificata e confermata, come per le presenti l'accettiamo, ratifichiamo e confermiamo, promettendo di osservarla e di farla osservare inviolabilmente. In fede di che Noi abbiamo firmato le presenti lettere di ratificazione e vi abbiamo fatto apporre il Nostro Reale Sigillo. Date in *Torino* addì quattro del mese di Dicembre l'anno del Signore Mille ottocento sessantaquattro, e del Regno Nostro il decimosesto.

VITTORIO EMANUELE.

(L. S.)

Per parte di Sua Maestà il Re,
Il Presidente del Consiglio,
Ministro Segretario di Stato per gli affari esteri:
Alf. La Marmora.

h. Von den Niederlanden.

GUILLAUME III.,

par la grâce de Dieu,

ROI DES PAYS-BAS,

Prince d'Orange, Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, etc. etc. etc.

Ayant vu et examiné la Convention pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, conclue et signée à *Genève*, le vingt-deux Août mil huit-cent soixante-quatre, par Notre Plénipotentiaire et les Plénipotentiaires de la Confédération Suisse, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, Sa Majesté la Reine d'Espagne, Sa Majesté l'Empereur des Français, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, Sa Majesté le Roi d'Jtalie, Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, Sa Majesté le Roi de Prusse, et de Sa Majesté le Roi de Wurtemberg, respectivement nommés et désignés à cet effet, — de laquelle Convention la teneur suit ici mot à mot:

(voir ci-dessus)

Approuvons la Convention ci-dessus dans toutes les dispositions qui y sont contenues, *déclarons* qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée, et *promettons* qu'elle sera exécutée et observée selon sa forme et teneur.

En foi de quoi Nous avons donné les présentes, signées de Notre main et scellées de Notre sceau Royal à *la Haye*, le vingt-neuvième jour du mois de Novembre de l'an de grâce mil huit-cent soixante-quatre.

GUILLAUME.

(L. S.)

Le Ministre des Affaires Etrangères,
E. Cremers.

---

i. Von Preußen.

Nous

GUILLAUME

Par la Grâce de Dieu

Roi de Prusse,

Savoir faisons par les présentes:

Comme Nous sommes convenu avec la Confédération Suisse, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, Leurs Majestés le Roi des Belges, le Roi de Danemark, la Reine d'Espagne, l'Empereur des Français, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, Leurs Majestés le Roi d'Jtalie, le Roi des Pays-Bas, le Roi du Portugal et des Algarves, et Sa Majesté le Roi de Wurtemberg d'arrêter des principes d'une nature internationale pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en compagne; et Nos plénipotentiaires ayant conclu, signé et échangé avec les plénipotentiaires des Etats susmentionnés à Genève le 22 Août 1864 la convention suivante:

(voir ci-dessus)

Nous, après avoir lu et examiné la dite convention, l'avons trouvée, en tout point, conforme à Notre volonté.

En conséquence de quoi Nous l'avons approuvée, confirmée et ratifiée, comme Nous l'approuvons, la confirmons et la ratifions par les présentes, pour Nous et Nos successeurs, en promettant en foi et parole de Roi d'en faire accomplir scrupuleusement toutes les stipulations, sans y contrevenir, ni permettre qu'il y soit contrevenu.

En foi de quoi Nous avons signé le présent acte de ratification de Notre main et l'avons fait munir de Notre sceau royal.

Fait à *Berlin* le quatre Janvier de l'an mil huit-cent soixante et cinq et de Notre règne le cinquième.

(L. S.)

GUILLAUME.

v. Bismarck.

Note. Die vorstehenden Ratifikationen sind zwischen den Bevollmächtigten der erwähnten Staaten am 22. Juni 1865 in Genf ausgewechselt worden.

Der Uebereinkunft zur Verbesserung des Loses der im Kriege verwundeten Militärs sind nachträglich noch folgende Staaten beigetreten:

Schweden am 13. Dezember 1864.
Griechenland am 5/17. Januar 1865.
Großbritannien am 18. Februar 1865.
Mecklenburg-Schwerin am 9. März 1865.
Die Türkei am 5. Juli 1865.

a. Beitrittserklärung von Schweden.

Nous

CHARLES,

par la grâce de Dieu

ROI DE SUÈDE ET DE NORVÈGE,

des Goths et des Vandales,

savoir faisons: que la Confédération Suisse ayant, en vertu de l'article 9 de la Convention générale conclue à Genève le 22 Août dernier pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, invité Notre Gouverne-

ment à adhérer à la dite Convention dont la teneur est, mot à mot, la suivante:

(voir ci-dessus)

à ces causes Nous avons accepté et confirmé la dite Convention avec tous ses articles, points et clauses, comme par le présent acte d'accession Nous l'acceptons, confirmons et ratifions de la manière la plus efficace que faire se peut; voulant et promettant de remplir loyalement et sincèrement la dite Convention avec tous ses articles, points et clauses. En foi de quoi Nous avons signé la présente de Notre main et l'avons fait munir de Notre sceau royal. Donné au Château de Stockholm le 13 Décembre de l'an de grâce mil huit-cent soixante et quatre.

CHARLES.

(L. S.)

Manderström.

---

b. Beitrittserklärung von Griechenland.

Athènes, le 5/17 Janvier 1865.

Ministère
des
Affaires Etrangères.

Monsieur le Président,

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre en date du 14 Novembre dernier par laquelle, en me transmettant un exemplaire de la Convention conclue à Genève entre la Confédération Helvétique et plusieurs autres Etats pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne,

A Son Excellence
Monsieur le Président de la Confédération Helvétique.

ainsi que du protocole des conférences qui ont eu lieu à cet effet, Votre Excellence a bien voulu m'adresser en même temps l'invitation faite au Gouvernement de Sa Majesté, mon Auguste Souverain, d'adhérer supplémentairement à la susdite Convention.

Le Gouvernement du Roi ayant pris connaissance du contenu de ces documents, et appréciant le but bienfaisant de l'instrument international conclu à Genève le 22 Août 1864 par la noble initiative de la Confédération Helvétique, n'a point hésité à s'y associer, dans la conviction qu'un accord unanime à ce sujet entre les Etats Européens ne manquera pas, en effet, de contribuer puissamment au soulagement des maux et des souffrances qui sont généralement produits par la guerre.

J'ai, en conséquence, l'honneur de vous déclarer, Monsieur le Président, en vertu d'une Ordonnance Royale en date du 31 Décembre 1864 / 12 Janvier 1865, que le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique adhère entièrement à la Convention ci-dessus mentionnée.

Veuillez bien agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma très-haute considération.

Le Ministre
des Affaires Etrangères
de Sa Majesté
le Roi des Hellènes:
D. S. Boudouris.

---

c. Beitrittserklärung von Großbritannien.

The President and Federal Council of the Swiss Confederation having communicated to the Government of Her Majesty The Queen of the United Kingdom of Great Britain and Jreland a Convention signed at Geneva on the 22[d] of August 1864

between the Swiss Confederation, His Royal Highness The Grand Duke of Baden, His Majesty The King of the Belgians, His Majesty The King of Denmark, Her Majesty The Queen of Spain, His Majesty The Emperor of the French, His Royal Highness The Grand Duke of Hesse, His Majesty The King of Jtaly, His Majesty The King of the Netherlands, His Majesty The King of Portugal and the Algarves, His Majesty The King of Prussia, and His Majesty The King of Wurtemberg, for the amelioration of the condition of the wounded in Armies in the field, which Convention is word for word, as follows:

(voir ci-dessus)

And the Swiss Confederation having, in virtue of Article IX of the said Convention, invited the Government of Her Britannic Majesty to accede thereto;

The Undersigned, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, duly authorized for that purpose, hereby declares that the Government of Her Britannic Majesty fully accedes to the Convention aforesaid.

In Witness whereof he has signed the present Act of Accession, and has affixed thereto the seal of his Arms.

Done at *London,* the Eighteenth day of February, in the Year of our Lord one Thousand Eight Hundred and Sixty Five.

(L. S.) RUSSELL.

d. Beitrittserklärung von Mecklenburg-Schwerin.

Nous

FRÉDÉRIC FRANÇOIS,

par la grâce de Dieu Grand-Duc de Mecklembourg,

Prince des Vandales, de Schwerin et de Ratzebourg, Comte de Schwerin, Seigneur de Rostock, de Stargard etc.

Ayant pris connaissance de la Convention qui à l'effet d'améliorer le sort des militaires blessés dans les armées en campagne, a été conclue à Genève entre les Plénipotentiaires de plusieurs Puissances Européennes le 22 Août 1864, portant mot pour mot ce qui suit:

(voir ci-dessus)

Nous, désirant de contribuer, quant à Nous, à l'accomplissement du but charitable qui fait l'objet de cette Convention, Nous sommes déterminés d'accéder, et par les présentes accédons formellement à la dite Convention, voulons que tous et chacun de ses articles aient la même force et vertu à Notre égard que si elle avait été conclue et signée par Notre Plénipotentiaire en Notre nom, et promettons de n'y faire ni permettre qu'il y soit fait aucun empêchement, mais au contraire de les accomplir fidèlement, à la réserve cependant de nous conformer à toutes les décisions qui pourront être prises par la Diète Germanique relativement à l'exécution de cette Convention.

En foi de quoi Nous avons signé le présent Acte d'accession de Notre main et y avons fait apposer Notre Sceau Grand-Ducal.

Donné à *Schwerin*, le 9 Mars 1865.

FRÉDÉRIC FRANÇOIS.

(L. S.)

W. v. Oertzen.



e. Beitrittserklärung der Türkei.

Le 5 Juillet 1865.

Sublime Porte.

Ministère des Affaires Etrangères.

Le Conseil fédéral suisse ayant bien voulu communiquer au Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan la Convention signée à Genève le 22 Août 1864 entre la Confédération Suisse, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, Sa Majesté la Reine d'Espagne, Sa Majesté l'Empereur des Français, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de Wurtemberg, pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, Convention dont la teneur suit:

(voir ci-dessus)

Et le Conseil fédéral Suisse ayant en vertu de l'article IX de la susdite Convention, invité le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan à y donner Son adhésion;

Le soussigné Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan dûment autorisé à cet effet, par Son Auguste Souverain, déclare par les présentes que la Sublime Porte accède complètement à la susdite Convention.

En foi de quoi il a signé le présent Acte d'accession et y a apposé le sceau de ses armes.

Fait à *Constantinople* le cinq Juillet mil huit-cent soixante-cinq.

(L. S.) AALI.

Erklärung

zwischen

der Schweiz und Frankreich, betreffend die Ausdehnung des Niederlaßungsvertrags auf Algier und die französischen Kolonien.

(Vom 24. Heumonat 1865.)

Die Regierung der **schweizerischen Eidgenoßenschaft** und die Regierung Seiner Majestät des **Kaisers der Franzosen**, in der Absicht, den in Algier oder in den französischen Kolonien niedergelaßenen Schweizern die Wohlthat des am 30. Brachmonat 1864 zwischen beiden Staaten abgeschloßenen Niederlaßungsvertrages zu sichern, haben in beidseitigem Einverständniß die nachstehenden Bestimmungen festgesezt:

1. Die Stipulationen des Niederlaßungsvertrags vom 30. Brachmonat 1864 werden auf die Schweizer, welche in Algier oder in den französischen Kolonien niedergelaßen sind, oder sich dort niederlaßen werden, ausgedehnt.

Le Gouvernement de la **Confédération suisse** et le Gouvernement de Sa Majesté l'**Empereur des Français**, désirant assurer aux Suisses, tant en Algérie que dans les Colonies françaises, le bénéfice du traité d'établissement conclu, le 30 juin 1864, entre les deux Pays, les dispositions suivantes ont été arrêtées d'un commun accord :

1. Les stipulations du traité d'établissement du 30 juin 1864 sont étendues aux Suisses établis ou qui s'établiront, soit en Algérie, soit dans les Colonies françaises.

328.

2. Mit Rücksicht auf die eigenthümliche Lage jedoch, in welcher sich Algier befindet, wird von Seite der Regierung der schweizerischen Eidgenoßenschaft nichts dagegen eingewendet, daß die schweizerischen Bürger, welche dort niedergelaßen sind, in Fällen der Noth, mit Erlaubniß der französischen Behörde, zur Vertheidigung ihres Herdes die Waffen zu ergreifen haben; sie dürfen jedoch in keinerlei Weise mobilisirt werden.

3. Die gegenwärtige Erklärung tritt mit dem 1. Herbstmonat 1865 in Vollzug, und wird so lange in Kraft verbleiben, als der Niederlaßungsvertrag vom 30. Brachmonat 1864.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Erklärung unterzeichnet und derselben ihr Wappensiegel beigedruft.

So geschehen zu Paris, den 24. Heumonat 1865.

(L. S.) (Gez.) Kern.
(L. S.) (Gez.) Drouyn de Lhuys.

2. Toutefois, attendu la situation spéciale où se trouve l'Algérie, le Gouvernement de la Confédération suisse ne s'opposera pas à ce que les citoyens suisses, qui y sont établis, prennent les armes daus les cas urgents, avec la permission de l'autorité française, pour la défense de leurs foyers; mais ils ne pourront en aucune manière être mobilisés.

3. La présente Déclaration recevra son exécution à partir du 1er septembre prochain, et elle aura la même durée que le traité d'établissement du 30 juin 1864.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Déclaration, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à *Paris*, le 24 juillet 1865.

(L. S.) (Sig.) Kern.
(L. S.) (Sig.) Drouyn de Lhuys.

Internationaler
Telegraphenvertrag von Paris.

Abgeschlossen den 17. Mai 1865.
Ratifizirt von Frankreich am 12. Juli 1865. *)
" " der Schweiz am 2. August 1865.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen der Schweiz, Oesterreich, Baden, Bayern, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Hamburg, Hannover, Italien, Niederlande, Portugal und Algarbien, Preußen, Rußland, Sachsen, Schweden und Norwegen, Türkei, Württemberg, am 17. Mai 1865 in Paris unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten internationalen Telegraphenvertrages, welcher vom schweizerischen Ständerathe am 18. Juli 1865 und vom schweizerischen Nationalrathe am 20. gleichen Monats genehmigt worden ist, und der also lautet:

NAPOLÉON,

Par la grâce de Dieu et la Volonté nationale,

EMPEREUR DES FRANÇAIS,

à tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Une Convention télégraphique internationale ayant été signée à Paris, le 17 mai 1865, entre la France, la Suisse, l'Autriche, le Grand-Duché de Bade, la Bavière, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la Grèce, la Ville libre de Hambourg, le Hanovre, l'Italie, les Pays-Bas, le Portugal, la Prusse, la Russie, la Saxe, la Suède et la Norwège, la Turquie, le Wurtemberg;

Convention dont la teneur suit:

*) Frankreich ratifizirte für sich und, in Folge allseitigem Einverständniß, für alle im Vertrage erwähnten auswärtigen Staaten.

Die schweizerische Eidgenoßenschaft, Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der König von Dänemark, Ihre Majestät die Königin von Spanien, Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, Seine Majestät der König von Griechenland, die freie Stadt Hamburg, Seine Majestät der König von Hannover, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der König der Niederlande, Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien, Seine Majestät der König von Preußen, Seine Majestät der Kaiser aller Reußen, Seine Majestät der König von Sachsen, Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen, Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen, Seine Majestät der König von Würtemberg, – gleich sehr von dem Wunsche beseelt, dem telegraphischen Verkehr zwischen ihren respektiven Staaten die Vortheile eines einfachen und ermäßigten Tarifs zu sichern, die bestehen-

La Confédération suisse, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, Son Altesse Royale le Grand Duc de Bade, Sa Majesté le Roi de Bavière, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, Sa Majesté la Reine des Espagnes, Sa Majesté l'Empereur des Français, Sa Majesté le Roi des Hellènes, la Ville libre de Hambourg, Sa Majesté le Roi de Hanovre, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, Sa Majesté le Roi de Prusse, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, Sa Majesté le Roi de Saxe, Sa Majesté le Roi de Suède et de Norwège, Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Sa Majesté le Roi de Wurtemberg, – également animés du désir d'assurer aux correspondances télégraphiques, échangées entre leurs Etats respectifs, les avantages d'un tarif simple et réduit, d'améliorer les conditions actuelles de la télégraphie internationale, et d'établir une entente permanente entre leurs Etats, tout en conservant leur liberté d'action pour les me-

den Verhältnisse der internationalen Telegraphie zu heben und ein fortwährendes Einverständniß zwischen ihren Staaten zu erzielen, ohne auf ihre Freiheit des Handelns bezüglich der die Gesammtheit des Dienstes nicht beschlagenden Maßregeln zu verzichten, sind übereingekommen, zu diesem Zweke einen Vertrag abzuschließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Die schweizerische Eidgenossenschaft: Herrn Kern, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der genannten Eidgenoßenschaft bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen: den Herrn Fürsten Richard von Metternich-Winneburg, Herzog von Portella, Graf von Königswart, Seinen Kammerherrn und wirklichen geheimen Rath, Grande von Spanien erster Klasse, Großkreuz Seines kaiserlichen Leopoldsordens, des sächsischen Albrechtordens, Großoffizier des belgischen Leopoldsordens, Ritter des kaiserlichen Ordens der

sures qui n'intéressent point l'ensemble du service, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leur Plénipotentiaires, savoir :

La Confédération suisse: M. *Kern*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la dite Confédération près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême: M. le Prince Richard de *Metternich-Winneburg*, Duc de Portella, Comte de Königswart, Son Chambellan et Conseiller intime actuel, Grand d'Espagne de 1re classe, Grand' Croix de Son Ordre Impérial de Léopold, de l'Ordre d'Albert de Saxe, Grand Officier de l'Ordre de Léopold de Belgique, Chevalier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Hon-

Ehrenlegion ꝛc. ꝛc. ꝛc., Seinen außerordentlichen Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden: Seinen wirklichen geheimen Rath, Herrn Baron Ferdinand Alesina von Schweizer, Großkreuz des Zähringer Löwenordens, Großoffizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion ꝛc. ꝛc. ꝛc., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der König von Bayern: den Herrn Baron August von Wendland, Seinen Kammerherrn, Großcomthur des Verdienstordens der Krone, Großkreuz Seines Ordens vom heiligen Michael, Großoffizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion ꝛc. ꝛc. ꝛc., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der König der Belgier: den Herrn Baron Eugen Beyens, Offizier Seines Leopoldsordens, Commandeur des kaiserlichen Ordens der Ehren-

neur, etc., etc., etc., Son Ambassadeur extraordinaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Son Altesse Royale le Grand Duc de Bade: Son Conseiller intime actuel, M. le Baron Ferdinand Alesina *de Schweizer*, Grand' Croix de l'Ordre du Lion de Zæhringen, Grand Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté le Roi de Bavière: M. le Baron Auguste *de Wendland*, Son Chambellan, Grand Commandeur de l'Ordre du Mérite de la Couronne, Grand' Croix de Son Ordre de Saint-Michel, Grand Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté le Roi des Belges M. le Baron Eugène *Beyens*, Officier de Son Ordre de Léopold, Commandeur de l'Ordre Impérial de la Légion d'Hon-

legion, überzähliger Commandeur der spanischen Orden Karls III. und Isabella's der Katholischen 2c. 2c. 2c., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der König von Dänemark: den Herrn Grafen Leo von Moltke-Hvitfeldt, Seinen Kammerherrn, Commandeur des Danebrog-Ordens und Inhaber des silbernen Kreuzes, Großkreuz des griechischen Erlöserordens, des portugiesischen Ordens U. L. Fr. v. Empfängniß von Villa Viçosa, des spanischen Ordens Isabella's der Katholischen, Commandeur des portugiesischen Ordens vom Thurm und Schwert, Offizier des belgischen Leopoldsordens 2c. 2c. 2c., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Ihre Majestät die Königin von Spanien: den Herrn Alexander Mon, gewesenen Präsidenten des Ministerrathes und der Kammer der Abgeordneten, Abgeordneter zu den Cortes, Großkreuz des königlichen Or-

neur, Commandeur du nombre extraordinaire des Ordres de Charles III et d'Isabelle la Catholique d'Espagne etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté le Roi de Danemark: M. le Comte Léon *de Moltke-Hvitfeldt*, Son Chambellan, Commandeur de l'Ordre du Danebrog et décoré de la Croix d'Argent, Grand' Croix des Ordres du Sauveur de Grèce, de la Conception de Villa Viçosa de Portugal, d'Isabelle la Catholique d'Espagne, Commandeur de l'Ordre de la Tour et de l'Epée du Portugal, Officier de l'Ordre de Léopold de Belgique, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté la Reine des Espagnes: M. Alexandre *Mon*, ancien Président du Conseil des Ministres et de la Chambre des Députés, Député aux Cortès, Grand' Croix de l'Ordre Royal de Charles III, de l'Ordre

dens Karls III., des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion rc. rc. rc., Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Impérial de la Légion d'Honneur, etc., etc., etc., Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen: den Herrn Eduard Drouyn de Lhuys, Senator des Kaiserreichs, Großkreuz Seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, des österreichischen St. Stephanordens, des dänischen Danebrogordens, des spanischen Ordens Karls III., des griechischen Erlöserordens, des italienischen Ordens der heiligen Moriz und Lazarus, des Ordens des niederländischen Löwen, des portugiesischen Ordens der Empfängniß von Villa Viçosa, des schwedischen Seraphinenordens, Inhaber des kaiserlichen Medjidié-Ordens 1. Klasse rc. rc. rc., Seinen Minister und Staatssekretär des Departements der auswärtigen Angelegenheiten;

Sa Majesté l'Empereur des Français: M. Edouard *Drouyn de Lhuys*, Sénateur de l'Empire, Grand' Croix de Son Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, des Ordres de St-Etienne d'Autriche, du Danebrog de Danemark, de Charles III d'Espagne, du Sauveur de Grèce, des Saints Maurice et Lazare d'Italie, du Lion Néerlandais, de la Conception de Villa Viçosa de Portugal, des Séraphins de Suède, décoré de l'Ordre Impérial du Medjidié de 1re classe, etc., etc., etc., Son Ministre et Secrétaire d'Etat au Département des Affaires Etrangères;

Seine Majestät der König von Griechenland: den Herrn Phocion Roque, Seinen Bevollmächtigten, Offizier Seines königlichen Erlöserordens und des Ordens der kaiserlichen Ehrenlegion rc. rc. rc.;

Sa Majesté le Roi des Hellènes: M. Phocion *Roque*, Son Plénipotentiaire, Officier de Son Ordre Royal du Sauveur et de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, etc., etc., etc.;

Die freie Stadt Hamburg: den Herrn Johann Hermann Heeren, Doktor der Rechte, Minister der freien deutschen Städte bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

La Ville libre de Hambourg: M. Jean Hermann *Heeren*, Docteur en Droit, Ministre Résident des Villes libres d'Allemagne près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Seine Majestät der König von Hannover: den Herrn Baron Karl von Linsingen, Seinen geheimen Legationsrath, Offizier Seines königlichen Guelphenordens, Commandeur des Ordens des niederländischen Löwen 2c. 2c. 2c., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Sa Majesté le Roi de Hanovre: M. le Baron Charles *de Linsingen*, Son Conseiller intime de Légation, Officier de Son Ordre Royal des Guelphes, Commandeur de l'Ordre du Lion Néerlandais, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Seine Majestät der König von Italien: den Herrn Ritter Constantin Nigra, Großkreuz Seines Ordens der heiligen Mauritius und Lazarus, Großoffizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion 2c. 2c. 2c., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Sa Majesté le Roi d'Italie: M. le Chevalier Constantin *Nigra*, Grand' Croix de Son Ordre des Saints Maurice et Lazare, Grand Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Seine Majestät der König der Niederlande: den Herrn Leonhard Anton Lightenvelt, Großkreuz des Ordens des niederländischen Löwen, Groß-

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas: M. Léonard Antoine *Lightenvelt*, Grand' Croix de l'Ordre du Lion Néerlandais, Grand Officier de l'Ordre Impérial de

offizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion ꝛc. ꝛc. ꝛc., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien: den Herrn Vicomte von Païva, Pair des Königreichs, Großkreuz des Ordens U. L. Fr. v. Empfängniß von Villa Viçosa, Großoffizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion ꝛc. ꝛc. ꝛc., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der König von Preußen: den Herrn Grafen Heinrich Ludwig Robert von Goltz, Ritter des königlichen Rothen Adlerordens 1. Klasse und des königlichen Johanniterordens, Großkreuz des russischen Ordens des Weißen Adlers, des kaiserlich türkischen Medjidié-Ordens, des königlich griechischen Erlöserordens ꝛc. ꝛc. ꝛc., Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

la Légion d'Honneur, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves: M. le Vicomte *de Païva,* Pair du Royaume, Grand' Croix de l'Ordre de N^e^ D^e^ de la Conception de Villa Viçosa, Grand Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté le Roi de Prusse: M. le Comte Henri Louis Robert *de Goltz,* Chevalier des Ordres Royaux de l'Aigle Rouge de 1re classe et de Saint-Jean de Jérusalem, Grand' Croix de l'Ordre de l'Aigle Blanc de Russie, de l'Ordre Impérial du Medjidié de Turquie, de l'Ordre Royal du Sauveur de Grèce, etc., etc., etc., Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Seine Majestät der Kaiser aller Reußen: den Herrn Baron Andreas von Budberg, Seinen geheimen Staatsrath, Großkreuz der kaiserlichen Orden: des heiligen Alexander Newsky und des Weißen Adlers; Ritter des St. Wladimir-Ordens 2. Klasse, Großkreuz des kaiserlichen Ordens der heiligen Anna und der Orden: der Ehrenlegion, des preußischen Rothen Adlers, des österreichischen Ordens der eisernen Krone, des dänischen Danebrogordens, des hannoverschen Guelphen-Ordens 2c. 2c. 2c., Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der König von Sachsen: den Herrn Baron Albin Leo von Seebach, Seinen geheimen Rath und Kammerherrn, Großkreuz Seines königlichen Verdienstordens, Großoffizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, Inhaber des österreichischen Ordens der eisernen Krone 1. Klasse, des preußischen Rothen Adlerordens 2. Klasse, Großkreuz des Sachsen-Ernestinischen Hausordens, der russischen Orden des

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: M. le Baron André *de Budberg*, Son Conseiller Privé, Grand' Croix des Ordres Impériaux de Saint Alexandre Newsky et de l'Aigle Blanc, Chevalier de l'Ordre de Saint-Wladimir de 2e classe, Grand' Croix de l'Ordre Impérial de Sainte-Anne et des Ordres de la Légion d'Honneur, de l'Aigle Rouge de Prusse, de la Couronne de Fer d'Autriche, du Danebrog de Danemark, des Guelphes de Hanovre, etc., etc., etc., Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté le Roi de Saxe: M. le Baron Albin Léo *de Seebach*, Son Conseiller intime et Chambellan, Grand' Croix de Son Ordre Royal du Mérite, Grand Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, décoré de l'Ordre de la Couronne de Fer d'Autriche de 1re classe, de l'Ordre de l'Aigle Rouge de Prusse de 2e classe, Grand' Croix de l'Ordre de la Branche Ernestine de Saxe, des Ordres de l'Aigle Blanc

Weißen Adlers und der heiligen Anna, Inhaber des Medjidié-Ordens 2. Klasse rc. rc. rc., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen: den Herrn Georg Niklaus Baron von Adelswärd, Großkreuz des schwedischen Nordstern-Ordens, des norwegischen St. Olaf-Ordens, Großoffizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion rc. rc. rc., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen: den Esseid Muhammed Djemil, Pascha, Muschir und Mitglied des Großen Rathes des Kaiserreichs, Inhaber des kaiserlichen Medjidié-Ordens 1. Klasse und des k. Osmanié Ordens 2. Klasse, Groß-Cordon des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, des spanischen Ordens Isabella's der Katholischen, des österreichischen Ordens der eisernen Krone, des russischen Ordens des Weißen

et de Sainte-Anne de Russie, décoré de l'Ordre du Medjidié de 2e classe, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté le Roi de Suède et de Norwège: M. Georges-Nicolas Baron *Adelswärd*, Grand' Croix de l'Ordre de l'Etoile Polaire de Suède, Grand' Croix de l'Ordre de St. Olaf de Norwège, Grand Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans: Esseïd Mouhammed *Djémil*, Pacha, Muchir et Membre du Grand Conseil de l'Empire, décoré des Ordres Impériaux du Medjidié de 1re classe, de l'Osmanié de 2e classe, Grand Cordon de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, des Ordres d'Isabelle la Catholique d'Espagne, de la Couronne de Fer d'Autriche, de l'Aigle Blanc de Russie, des Saints Maurice et Lazare d'Italie,

Adlers, des italienischen Ordens der heiligen Moriz und Lazarus, des schwedischen Nordstern-Ordens, des belgischen Leopolds-ordens und des Ordens des niederländischen Löwen rc. rc. rc., Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen und bei Ihrer Majestät der Königin von Spanien;

de l'Etoile Polaire de Suède, de Léopold de Belgique, du Lion Néerlandais, etc., etc., etc., Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français et près Sa Majesté la Reine des Espagnes;

Seine Majestät der König von Württemberg: den Herrn Baron Johann August von Waechter, Seinen Staatsrath und Kammerherrn, Commandeur Seines Ordens der württemberg'schen Krone, Großkreuz des königlichen Friedrichs-Ordens rc. rc. rc., Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

Sa Majesté le Roi de Wurtemberg: M. le Baron Jean Auguste *de Wæchter,* Son Conseiller d'Etat et Chambellan, Commandeur de Son Ordre de la Couronne, Grand' Croix de Son Ordre Royal de Frédéric, etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français;

welche nach erfolgter Auswechslung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten übereingekommen sind, in Betreff des telegraphischen Verkehrs zwischen den kontrahirenden Staaten die nachstehenden Bestimmungen anzuwenden:

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus d'appliquer aux correspondances télégraphiques des Etats contractants les dispositions ci-après:

Erster Titel.

Vom internationalen Neze.

Art. 1. Die hohen kontrahirenden Theile verpflichten sich, für den internationalen Telegraphendienst Spezialdräthe in hinreichender Zahl zu verwenden, um eine rasche Uebermittlung der Depeschen zu sichern.

Diese Dräthe sollen in der durch die Dienstpraxis am meisten bewährten Weise erstellt werden.

Diejenigen Städte, zwischen welchen ein beständiger oder sehr lebhafter Austausch von Telegrammen stattfindet, sollen nach und nach und so weit als möglich durch direkte Dräthe größern Durchmessers verbunden werden, deren Dienst von den Funktionen der Zwischenbüreaux unabhängig ist.

Art. 2. Zwischen den bedeutendern Städten der kontrahirenden Staaten findet, so weit möglich, permanenter Dienst, Tag und Nacht, ohne irgend welche Unterbrechung statt.

Die gewöhnlichen Büreaux mit vollem Tagdienst sind dem Publikum geöffnet:

TITRE PREMIER.

Du réseau international.

Art. 1er. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à affecter au service télégraphique international des fils spéciaux en nombre suffisant pour assurer une rapide transmission des dépêches.

Ces fils seront établis dans les meilleures conditions que la pratique du service aura fait connaître.

Les villes entre lesquelles l'échange des correspondances est continu ou très-actif seront successivement et autant que possible, reliées par des fils directs, de diamètre supérieur, et dont le service demeurera dégagé du travail des bureaux intermédiaires.

Art. 2. Entre les villes importantes des Etats contractants, le service est, autant que possible, permanent, le jour et la nuit, sans aucune interruption.

Les bureaux ordinaires, à service de jour complet, sont ouverts au public:

Vom 1. April bis 30. September: von 7 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends;

Vom 1. Oktober bis 31. März: von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends.

Die Zeit der Eröffnung der Büreaux mit beschränktem Dienst wird durch die respektiven Verwaltungen der kontrahirenden Staaten festgesezt.

Die Zeit aller Büreaux des nämlichen Staates wird nach der mittleren Zeit seiner Hauptstadt bestimmt.

Art. 3. Als Apparat wird für den Dienst der internationalen Dräthe provisorisch wie bisher der Morse'sche verwendet.

Du 1 Avril au 30 Septembre, de 7 heures du matin à 9 heures du soir;

Du 1 Octobre au 31 Mars, de 8 heures du matin à 9 heures du soir.

Les heures d'ouverture des bureaux à service limité sont fixées par les administrations respectives des Etats contractants.

L'heure de tous les bureaux d'un même Etat est celle du temps moyen de la capitale de cet Etat.

Art. 3. L'appareil *Morse* reste provisoirement adopté pour le service des fils internationaux.

Zweiter Titel.

Von der Korrespondenz.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften.

Art. 4. Die hohen kontrahirenden Theile räumen Jedermann das Recht ein, mittelst der internationalen Telegraphen zu korrespondiren.

Art. 5. Sie verpflichten sich, alle nothwendigen Maßregeln zu

TITRE II.

De la correspondance.

SECTION PREMIÈRE.

Conditions générales.

Art. 4. Les Hautes Parties contractantes reconnaissent à toutes personnes le droit de correspondre au moyen des télégraphes internationaux.

Art. 5. Elles s'engagent à prendre toutes les dispositions

treffen, um das Geheimniß der Depeschen und deren gehörige Ausfertigung zu sichern.

nécessaires pour assurer le secret des correspondances et leur bonne expédition.

Art. 6. Die hohen kontrahirenden Theile erklären jedoch, daß sie in Bezug auf den internationalen Telegraphendienst keinerlei Verantwortlichkeit übernehmen.

Art. 6. Les Hautes Parties contractantes déclarent toutefois n'accepter, à raison du service de la télégraphie internationale, aucune responsabilité.

Zweiter Abschnitt.

Von der Aufgabe.

Art. 7. Die telegraphischen Depeschen zerfallen in drei Kategorien:

1) Staatsdepeschen, d. h. Depeschen, welche vom Staatsoberhaupte, von den Ministern, den Oberbefehlshabern der Land- oder Seemacht und den diplomatischen oder Konsular-Agenten der kontrahirenden Regierungen ausgehen.

Die Depeschen derjenigen Konsularagenten, welche Handel treiben, werden nur dann als Staatsdepeschen behandelt, wenn sie Dienstsachen betreffen.

2) Dienstdepeschen, d. h. Depeschen, welche von den Telegraphenverwaltungen der kontrahirenden Staaten ausgehen, und die sich entweder auf den inter-

SECTION II.

Du dépôt.

Art. 7. Les dépêches télégraphiques sont classées en trois catégories:

1º Dépêches d'Etat: celles qui émanent du Chef de l'Etat, des ministres, des commandants en chef des forces de terre ou de mer et des agents diplomatiques ou consulaires des Gouvernements contractants.

Les dépêches des agents consulaires qui exercent le commerce, ne sont considérées comme dépêches d'Etat que lorsqu'elles traitent d'affaires de service.

2º Dépêches de service: celles qui émanent des administrations télégraphiques des Etats contractants, et qui sont relatives soit au service de la

nationalen Telegraphendienst oder auf Gegenstände von öffentlichem Interesse beziehen, über deren Bezeichnung sich die genannten Verwaltungen zu verständigen haben.

3) Privatdepeschen.

Art. 8. Die Staatsdepeschen werden als solche nur angenommen, wenn sie mit dem Siegel oder Petschaft der Behörde, welche sie aufgibt, versehen sind.

Der Aufgeber einer Privatdepesche kann stets angehalten werden, die Aechtheit der Unterschrift derselben zu beweisen.

Art. 9. Jede Depesche kann in irgend einer der auf dem Gebiete der kontrahirenden Staaten gebräuchlichen Sprachen abgefaßt sein.

Es steht jedem Staate frei, unter den auf seinem Gebiete gebräuchlichen Sprachen diejenigen zu bezeichnen, welche er zur telegraphischen Korrespondenz für geeignet erachtet.

Die Staats- und Dienstdepeschen können ganz oder theilweise aus Ziffern oder geheimen Buchstaben bestehen.

télégraphie internationale, soit à des objets d'intérêt public déterminés de concert par les dites administrations.

3° Dépêches privées.

Art. 8. Les dépêches d'Etat ne sont admises comme telles que revêtues du sceau ou du cachet de l'autorité qui les expédie.

L'expéditeur d'une dépêche privée peut toujours être tenu d'établir la sincérité de la signature dont la dépêche est revêtue.

Art. 9. Toute dépêche peut être rédigée en l'une quelconque des langues usitées sur le territoire des Etats contractants.

Chaque Etat reste libre de désigner, parmi les langues usitées sur son territoire, celles qu'il considère comme propres à la correspondance télégraphique.

Les dépêches d'Etat et de service peuvent être composées en chiffres ou en lettres secrètes, soit en totalité, soit en partie.

Auch die Privatdepeschen dürfen in Ziffern oder geheimen Buchstaben abgefaßt sein, wenn sie zwischen zwei Staaten gewechselt werden, welche diese Art der Korrespondenz gestatten, und wenn die durch das im Art. 54 hiernach erwähnte Dienstreglement festgesetzten Bedingungen erfüllt werden.

Der im vorstehenden Paragraphen erwähnte Vorbehalt bezieht sich nicht auf Transitdepeschen.

Depeschen in gewöhnlicher Sprache dürfen keine ungebräuchlichen Wortverbindungen, Konstruktionen oder Abkürzungen enthalten.

Art. 10. Das Original der Depesche muß leserlich und in Zeichen geschrieben sein, die in der reglementarischen Tabelle der telegraphischen Zeichen vertreten und in dem Lande, wo die Depesche aufgegeben wurde, üblich sind.

Vor dem Texte muß die Adresse und nach demselben die Unterschrift stehen.

Die Adresse muß alle nöthigen Angaben enthalten, um die Uebermittlung der Depesche an ihre Bestimmung zu sichern.

Les dépêches privées peuvent aussi être composées en chiffres ou en lettres secrètes, lorsqu'elles sont échangées entre deux Etats contractants qui admettent ce mode de correspondance, et dans les conditions déterminées par le règlement de service dont il est fait mention à l'article 54 ci-après.

La réserve mentionnée dans le paragraphe ci-dessus ne s'applique pas aux dépêches de transit.

Les dépêches en langage ordinaire ne peuvent contenir ni combinaisons de mots, ni constructions, ni abréviations inusitées.

Art. 10. La minute de la dépêche doit être écrite lisiblement, en caractères qui aient leur équivalent dans le tableau réglementaire des signaux télégraphiques et qui soient en usage dans le pays où la dépêche est présentée.

Le texte doit être précédé de l'adresse et suivi de la signature.

L'adresse doit porter toutes les indications nécessaires pour assurer la remise de la dépêche à destination.

Jede Einschaltung, Verweisung, Streichung oder Ueberschreibung soll von dem Aufgeber der Depesche oder seinem Beauftragten bescheinigt werden.

Tout interligne, renvoi, rature ou surcharge doit être approuvé du signataire de la dépêche ou de son représentant.

Dritter Abschnitt.

Von der Beförderung.

Art. 11. Die Beförderung der Depeschen hat in nachstehender Reihenfolge stattzufinden:

1. Staatsdepeschen.
2. Dienstdepeschen.
3. Privatdepeschen.

Die begonnene Telegraphirung einer Depesche kann nur bei absoluter Dringlichkeit unterbrochen werden, um einer Mittheilung von höherm Range Plaz zu machen.

Die Depeschen gleichen Ranges werden durch das Aufgabebüreau in der Reihenfolge ihrer Aufgabe und durch die Zwischenbüreaux in der Reihenfolge ihres Empfanges befördert.

Zwischen zwei mit einander in direkter Verbindung stehenden Büreaux werden die Depeschen gleichen Ranges in abwechselnder Ordnung befördert.

Von dieser Regel darf jedoch im Interesse schnellerer Beförderung auf solchen Linien abge-

SECTION III.

De la transmission.

Art. 11. La transmission des dépêches a lieu dans l'ordre suivant :

1° Dépêches d'Etat ;
2° Dépêches de service ;
3° Dépêches privées.

Une dépêche commencée ne peut être interrompue pour faire place à une communication d'un rang supérieur qu'en cas d'urgence absolue.

Les dépêches de même rang sont transmises par le bureau de départ dans l'ordre de leur dépôt, et, par les bureaux intermédiaires, dans l'ordre de leur réception.

Entre deux bureaux en relation directe, les dépêches de même rang sont transmises dans l'ordre alternatif.

Il peut être toutefois dérogé à cette règle, dans l'intérêt de la célérité des transmissions,

gangen werden, welche fortwährend in Thätigkeit oder die mit Spezialapparaten bedient sind.

Art. 12. Die Büreaux, welche keinen permanenten Dienst haben, können erst dann geschloßen werden, wenn sie alle ihre internationalen Depeschen an ein permanentes Büreau abgegeben haben.

Diese Depeschen werden sofort in der Reihenfolge ihres Empfanges, zwischen den permanenten Büreaux der verschiedenen Staaten ausgewechselt.

Art. 13. Jeder Regierung bleibt gegenüber dem Aufgeber anheimgestellt, die Instradation der Depeschen, sowohl im ordentlichen Dienste als bei Unterbrechung oder Ueberhäufung der gewöhnlich eingeschlagenen Wege, zu bestimmen.

Art. 14. Wenn bei Beförderung einer Depesche eine Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen eintritt, so befördert das Büreau, bei welchem die Unterbrechung begann, die Depesche sofort per Post oder auf schnellerm Wege, falls ein solcher zur Verfügung steht. – Je nach den Umständen adressirt

sur les lignes dont le travail est continu ou qui sont desservies par des appareils spéciaux.

Art. 12. Les bureaux dont le service n'est point permanent, ne peuvent prendre clôture avant d'avoir transmis toutes leurs dépêches internationales à un bureau permanent.

Ces dépêches sont immédiatement échangées, à leur tour de réception, entre les bureaux permanents des différents Etats.

Art. 13. Chaque Gouvernement reste juge, vis-à-vis de l'expéditeur, de la direction qu'il convient de donner aux dépêches, tant dans le service ordinaire, qu'au cas d'interruption ou d'encombrement des voies habituellement suivies.

Art. 14. Lorsqu'il se produit, au cours de la transmission d'une dépêche, une interruption dans les communications télégraphiques, le bureau, à partir duquel l'interruption s'est produite, expédie immédiatement la dépêche par la poste ou par un moyen de transport plus rapide, s'il en

es dieselbe entweder an das nächste Büreau, welches im Stande ist, sie weiter zu telegraphiren, oder an das Bestimmungsbüreau oder an den Adressaten selbst. – Sobald die Verbindung hergestellt ist, wird die Depesche neuerdings auf telegraphischem Wege befördert, insofern nicht vorher die Bescheinigung des Empfanges erfolgte.

dispose. — Il l'adresse, suivant les circonstances, soit au premier bureau télégraphique en mesure de la réexpédier par le télégraphe, soit au bureau de destination, soit au destinataire même. — Dès que la communication est rétablie, la dépêche est de nouveau transmise par la voie télégraphique, à moins qu'il n'en ait été précédemment accusé réception.

Art. 15. Jeder Aufgeber, der sich als solcher ausweist, kann die Beförderung der von ihm aufgegebenen Depesche zurükhalten, wenn es noch Zeit ist.

Art. 15. Tout expéditeur peut, en justifiant de sa qualité, arrêter, s'il en est encore temps, la transmission de la dépêche qu'il a déposée.

Vierter Abschnitt.

Von der Zustellung an den Adressaten.

SECTION IV.

De la remise à destination.

Art. 16. Die telegraphischen Depeschen können adressirt werden an die Wohnung oder poste restante oder Telegraphenbüreau restant.

Diefelben werden nach der Reihenfolge ihres Empfanges an ihre Bestimmung übermittelt oder expedirt.

Die an die Wohnung oder poste restante in einer Ortschaft mit Telegraphenbüreau

Art. 16. Les dépêches télégraphiques peuvent être adressées, soit à domicile, soit *poste restante,* soit *bureau télégraphique restant.*

Elles sont remises ou expédiées à destination dans l'ordre de leur réception.

Les dépêches adressées à domicile ou poste restante, dans la localité que le bureau télé-

adressirten Depeschen werden sofort an ihre Adresse vertragen.

Die an die Wohnung oder poste restante außerhalb der bedienten Ortschaft adressirten Depeschen werden auf das Begehren des Aufgebers sofort per Post an ihre Bestimmung gesandt oder auf noch schnellerem Wege, wenn die Verwaltung des Bestimmungsbüreaus einen solchen zur Verfügung hat.

Art. 17. Jeder der kontrahirenden Staaten behält sich vor, soweit möglich für die Ortschaften ohne telegraphische Verbindung einen schnellern Transportdienst zu errichten als die Post, und jeder Staat verpflichtet sich gegenüber den andern, jeden Aufgeber in den Stand zu sezen, von den durch irgend einen der übrigen Staaten diesfalls getroffenen und mitgetheilten Verfügungen für seine Korrespondenz Gebrauch zu machen.

Art. 18. Wenn eine Depesche in die Wohnung des Adressaten getragen wurde, und dieser abwesend ist, so kann dieselbe seinen erwachsenen Familiengliedern, seinen Angestellten, Miethsleuten oder Gastgebern behändigt werden, insofern nicht der Adressat

graphique dessert, sont immédiatement portées à leur adresse.

Les dépêches adressées à domicile ou poste restante, hors de la localité desservie, sont, suivant la demande de l'expéditeur, envoyées immédiatement à leur destination par la poste, ou par un moyen plus rapide, si l'administration du bureau destinataire en dispose.

Art. 17. Chacun des Etats contractants se réserve d'organiser, autant que possible, pour les localités non desservies par le télégraphe, un service de transport plus rapide que la poste; et chaque Etat s'engage, envers les autres, à mettre tout expéditeur en mesure de profiter, pour sa correspondance, des dispositions prises et notifiées, à cet égard, par l'un quelconque des autres Etats.

Art. 18. Lorsqu'une dépêche est portée à domicile et que le destinataire est absent, elle peut être remise aux membres adultes de sa famille, à ses employés, locataires ou hôtes, à moins que le destinataire n'ait désigné, par écrit, un dé-

schriftlich einen Spezialbevollmächtigten bezeichnet oder der Aufgeber verlangt hat, daß die Zustellung nur in die Hände des Adressaten stattfinden solle.

légué spécial, ou que l'expéditeur n'ait demandé que la remise n'ait lieu qu'entre les mains du destinataire seul.

Wenn die Depesche bureau restant adressirt ist, so wird dieselbe nur dem Adressaten oder seinem Bevollmächtigten übergeben.

Lorsque la dépêche est adressée bureau restant, elle n'est délivrée qu'au destinataire ou à son délégué.

Kann die Depesche nicht an ihre Bestimmung abgegeben werden, so wird hievon Anzeige in der Wohnung des Adressaten hinterlassen, die Depesche auf das Büreau zurükgetragen und dann dem Adressaten auf seine Reklamation zugestellt.

Si la dépêche ne peut être remise à destination, avis est laissé au domicile du destinataire, et la dépêche est rapportée au bureau pour lui être délivrée sur sa réclamation.

Wenn die Depesche nach Verfluß von sechs Wochen nicht abgefordert worden ist, so wird sie vernichtet.

Si la dépêche n'a pas été réclamée au bout de six semaines, elle est anéantie.

Das Gleiche gilt für Depeschen, welche bureau restant adressirt sind.

La même règle s'applique aux dépêches adressées bureau restant.

Fünfter Abschnitt.

Von der Kontrole.

Art. 19. Die hohen kontrahirenden Theile behalten sich das Recht vor, die Beförderung jeder Privatdepesche stillzustellen, welche für die Sicherheit des Staates gefährlich erscheint, oder die sich

SECTION V.

Du contrôle.

Art. 19. Les Hautes Parties contractantes se réservent la faculté d'arrêter la transmission de toute dépêche privée qui paraîtrait dangereuse pour la sécurité de l'Etat, ou qui

gegen die Landesgeseze, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstößt; doch ist hievon dem Aufgeber sofort Kenntniß zu geben

Diese Kontrole wird von den End- oder Zwischenbüreaux ausgeübt, unter Vorbehalt des Rekurses an die Zentralverwaltung, welche endgültig entscheidet.

Art. 20. Jede Regierung behält sich ferner das Recht vor, den internationalen Telegraphendienst für unbestimmte Zeit zu suspendiren (wenn sie es nothwendig erachtet), sei es des Gänzlichen oder nur auf gewissen Linien und rüksichtlich gewisser Arten von Korrespondenzen; doch hat sie hievon sofort jeder der übrigen kontrahirenden Regierungen Kenntniß zu geben.

serait contraire aux lois du pays, à l'ordre public ou aux bonnes mœurs, à charge d'en avertir immédiatement l'expéditeur.

Ce contrôle est exercé par les bureaux télégraphiques extrêmes ou intermédiaires, sauf recours à l'administration centrale, qui prononce sans appel.

Art. 20. Chaque Gouvernement se réserve aussi la faculté de suspendre le service de la télégraphie internationale pour un temps indéterminé, s'il le juge nécessaire, soit d'une manière générale, soit seulement sur certaines lignes et pour certaines natures de correspondances, à charge par lui d'en aviser immédiatement chacun des autres Gouvernements contractants.

Sechster Abschnitt.

Von den Archiven.

Art. 21. Die Originale und Kopien der Depeschen, die Papierstreifen mit den Zeichen oder ähnliche Belege sollen, von ihrem Datum an gerechnet, wenigstens ein Jahr lang in den Archiven der Büreaux, unter Beobachtung

SECTION VI.

Des archives.

Art. 21. Les originaux et les copies des dépêches, les bandes de signaux ou pièces analogues sont conservés dans les archives des bureaux au moins pendant une année, à compter de leur date, avec

aller nöthigen Vorsicht rücksichtlich des Geheimnisses, aufbewahrt werden.

Nach Verfluß dieses Zeitraums können dieselben vernichtet werden.

Art. 22. Die Originale und Kopien von Depeschen dürfen nur dem Aufgeber oder dem Adressaten, nach Konstatirung ihrer Identität, verabfolgt werden.

Der Aufgeber und der Adressat sind berechtigt, sich beglaubigte Abschriften der von ihnen aufgegebenen oder empfangenen Depeschen ausfertigen zu lassen.

Siebenter Abschnitt.

Von gewissen besondern Depeschen.

Art. 23. Jeder Aufgeber kann die seinem Korrespondenten abverlangte Antwort frankiren.

Er kann sich diese Antwort nach irgend einem Orte des Gebietes der kontrahirenden Staaten adressiren lassen.

Bei mangelnder Angabe in der Depesche selbst oder in einer folgenden rechtzeitig angelangten Depesche wird die Antwort dem Ausgangsbüreau übermittelt, damit sie durch dasselbe an ihre Bestimmung befördert werde.

toutes les précautions nécessaires au point de vue du secret.

Passé ce délai, on peut les anéantir.

Art. 22. Les originaux et les copies des dépêches ne peuvent être communiqués qu'à l'expéditeur ou au destinataire, après constatation de son identité.

L'expéditeur et le destinataire ont le droit de se faire délivrer des copies certifiées conformes de la dépêche qu'ils ont transmise ou reçue.

SECTION VII.

De certaines dépêches spéciales.

Art. 23. Tout expéditeur peut affranchir la réponse qu'il demande à son correspondant.

Il peut se faire adresser cette réponse sur un point quelconque du territoire des Etats contractants.

Faute d'indication fournie dans la dépêche même ou par une dépêche ultérieure arrivée en temps utile, la réponse est transmise au bureau d'origine, pour être remise à destination par les soins de ce bureau.

Wenn die Antwort innerhalb acht Tagen seit Aufgabe der ursprünglichen Depesche nicht erfolgt, so gibt das Bestimmungsbüreau dem Aufgeber hievon durch eine Depesche Kenntniß, welche als Antwort gilt. Jede nach dieser Frist aufgegebene Antwort wird wie eine neue Depesche angesehen und behandelt.

Art. 24. Jeder Aufgeber einer Depesche hat das Recht, dieselbe zu rekommandiren.

Wird eine Depesche rekommandirt, so übermittelt das Bestimmungsbüreau dem Aufgeber telegraphisch eine vollständige Kopie der dem Adressaten zugestellten Depesche mit der doppelten Angabe, einerseits des genaueren Zeitpunkts der Zustellung, und anderseits der Person, welcher die Depesche übergeben wurde.

Wenn die Zustellung nicht erfolgen konnte, so wird diese doppelte Anzeige durch die Mittheilung der Umstände, welche die Zustellung verhinderten und durch die nöthigen Angaben ersezt, damit der Aufgeber seine Depesche eventuell weiter befördern lassen kann.

Lorsque la réponse n'a pas été présentée dans les huit jours qui suivent la date de la dépêche primitive, le bureau destinataire en informe l'expéditeur par une dépêche qui tient lieu de réponse. Toute réponse présentée après ce délai, est considérée et traitée comme une nouvelle dépêche.

Art. 24. L'expéditeur de toute dépêche a la faculté de la *recommander*.

Lorsqu'une dépêche est recommandée, le bureau de destination transmet par la voie télégraphique, à l'expéditeur même, la reproduction intégrale de la copie envoyée au destinataire, suivie de la double indication de l'heure précise de la remise et de la personne entre les mains de laquelle cette remise a eu lieu.

Si la remise n'a pu être effectuée, ce double avis est remplacé par l'indication des circonstances qui se sont opposées à la remise et par les renseignements nécessaires pour que l'expéditeur puisse faire suivre sa dépêche, s'il y a lieu.

Der Beförderung einer Retourdepesche steht gegenüber andern Depeschen gleichen Ranges die Priorität zu.

Der Aufgeber einer rekommandirten Depesche kann sich die Retourdepesche nach irgend einem Orte des Gebietes der kontrahirenden Staaten adressiren lassen, wenn er die nöthigen Angaben macht; wie bei bezahlten Antworten.

Art. 25. Die Rekommandation ist obligatorisch für chiffrirte oder mit geheimen Buchstaben geschriebene Depeschen.

Art. 26. Wenn eine Depesche den Zusaz: nachzusenden, ohne weitere Angabe enthält, so wird das Bestimmungsbüreau dieselbe, nach erfolgter Zustellung an die angegebene Adresse, eintretendenfalls sofort an die neue, ihm in der Wohnung des Adressaten mitgetheilte Adresse weiterbefördern; dasselbe ist jedoch nur verpflichtet, diese Weiterbeförderung innerhalb desjenigen Staates zu bewerkstelligen, dem es angehört, und in diesem Falle behandelt es die Depesche als eine interne Depesche.

La transmission de la *dépêche de retour* s'effectue par priorité sur les autres dépêches de même rang.

L'expéditeur d'une dépêche recommandée peut se faire adresser la dépêche de retour sur un point quelconque du territoire des Etats contractants, en fournissant les indications nécessaires, comme en matière de réponse payée.

Art. 25. La recommandation est obligatoire pour les dépêches composées en chiffres ou en lettres secrètes.

Art. 26. Lorsqu'une dépêche porte la mention *faire suivre*, sans autre indication, le bureau de destination, après l'avoir présentée à l'adresse indiquée, la réexpédie immédiatement, s'il y a lieu, à la nouvelle adresse qui lui est désignée au domicile du destinataire; il n'est toutefois tenu de faire cette réexpédition que dans les limites de l'Etat auquel il appartient, et il traite alors la dépêche comme une dépêche intérieure.

Wird ihm keine Angabe gemacht, so bewahrt es die Depesche auf. Wurde dieselbe weiter befördert, und konnte das zweite Büreau den Adressaten mit der neuen Adresse nicht auffinden, so wird die Depesche durch dieses Büreau aufbewahrt.

Wenn der Zusaz: nachzusenden, von successiven Adressen begleitet ist, so wird die Depesche successive an jede der angegebenen Bestimmungen befördert, eintretendenfalls bis zur lezten, und das lezte Büreau verfährt nach den Bestimmungen des vorhergehenden Paragraphen.

Jedermann, der die hiezu nöthigen Ausweise beibringt, kann verlangen, daß die auf einem Telegraphenbüreau ankommenden Depeschen, welche ihm innerhalb des Zustellungsrayon des leztern zu übermitteln wären, ihm an eine weiters bezeichnete Adresse oder nach den Bestimmungen der vorhergehenden Paragraphen nachgesandt werden.

Art. 27. Die telegraphischen Depeschen können adressirt werden:

entweder an mehrere Adressaten in verschiedenen Orschaften;

Si aucune indication ne lui est fournie, il garde la dépêche en dépôt. Si la dépêche est réexpédiée, et que le second bureau ne trouve pas le destinataire à l'adresse nouvelle, la dépêche est conservée par ce bureau.

Si la mention *faire suivre* est accompagnée d'adresses successives, la dépêche est successivement transmise à chacune des destinations indiquées, jusqu'à la dernière, s'il y a lieu, et le dernier bureau se conforme aux dispositions du paragraphe précédent.

Toute personne peut demander, en fournissant les justifications nécessaires, que les dépêches qui arriveraient à un bureau télégraphique, pour lui être remises dans le rayon de distribution de ce bureau, lui soient réexpédiées à l'adresse qu'elle aura indiquée ou dans les conditions des paragraphes précédents.

Art. 27. Les dépêches télégraphiques peuvent être adressées :

Soit à plusieurs destinataires dans des localités différentes;

oder an mehrere Adressaten in der nämlichen Ortschaft;

oder an den nämlichen Adressaten in verschiedenen Ortschaften oder an mehrere Wohnungen in der nämlichen Ortschaft.

In den beiden ersten Fällen darf jedes Exemplar der Depesche nur die ihm zukommende Adresse tragen, es wäre denn, daß der Aufgeber das Gegentheil verlangt hätte.

Die nach mehreren Staaten bestimmten Depeschen müssen in so vielen Originalien, als verschiedene Staaten sind, aufgegeben werden.

Soit à plusieurs destinataires dans une même localité;

Soit à un même destinataire dans des localités différentes, ou à plusieurs domiciles dans la même localité.

Dans les deux premiers cas, chaque exemplaire de la dépêche ne doit porter que l'adresse qui lui est propre, à moins que l'expéditeur n'ait démandé le contraire.

Les dépêches à destination de plusieurs Etats doivent être deposées en autant d'originaux qu'il y a d'Etats différents.

Art. 28. Bei Anwendung der vorstehenden Artikel sollen die dem Publikum für die frankirten Antworten, für die rekommandirten, die nachzusendenden und die zu vervielfältigenden Depeschen eingeräumten Erleichterungen kombinirt werden.

Art. 28. Dans l'application des articles précédents, on combinera les facilités données au public pour les réponses payées, les dépêches recommandées, les dépêches à faire suivre et les dépêches multiples.

Art. 29. Die hohen kontrahirenden Theile verpflichten sich, die geeigneten Maßnahmen für Beförderung derjenigen Depeschen an ihre Bestimmung zu treffen, welche vom Meer aus vermittelst der Seetelegraphen spedirt werden, die auf dem Littorale eines der an gegenwärtigem Vertrage Theil

Art. 29. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre les mesures que comportera la remise à destination des dépêches expédiées, de la mer, par l'intermédiaire des sémaphores établis ou à établir sur le littoral de l'un quelconque des Etats qui auront

nehmenden Staaten erstellt sind oder noch erstellt werden.

pris part à la présente Convention.

Dritter Titel.

Von den Taxen.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze.

Art. 30. Die hohen kontrahirenden Theile erklären, für die Aufstellung der internationalen Tarife nachstehende Grundlagen annehmen zu wollen:

Die Taxe für alle zwischen den Büreaux von je zwei der kontrahirenden Staaten auf dem nämlichen Wege gewechselten Depeschen soll eine einheitliche sein. Jedoch kann ein und derselbe Staat, hinsichtlich der Anwendung der einheitlichen Taxe, in (höchstens) zwei große Gebietstheile ausgeschieden werden. Die kontrahirenden Staaten behalten sich übrigens bezüglich ihrer außereuropäischen Besitzungen oder Kolonien volle Freiheit vor.

Das Minimum der Taxe findet auf Depeschen Anwendung, welche nicht mehr als zwanzig Worte zählen. Die auf Depeschen von zwanzig Worten

TITRE III.

Des taxes.

SECTION PREMIÈRE.

Principes généraux.

Art. 30. Les Hautes Parties contractantes déclarent adopter, pour la formation des tarifs internationaux, les bases ci-après:

La taxe applicable à toutes les correspondances échangées par la même voie entre les bureaux de deux quelconques des Etats contractants sera uniforme. Un même Etat pourra, toutefois, être subdivisé, pour l'application de la taxe uniforme, en deux grandes divisions territoriales au plus. Les Etats contractants se réservent d'ailleurs toute liberté d'action à l'égard de leurs possessions ou de leurs colonies situées hors d'Europe.

Le minimum de la taxe s'applique à la dépêche dont la longueur ne dépasse pas vingt mots. La taxe applicable à la dépêche de vingt mots s'accroît

anwendbare Taxe wird für jede untheilbare Serie von zehn Worten über zwanzig Worte hinaus, um die Hälfte erhöht.	de moitié par chaque série indivisible de dix mots au-dessus de vingt.
Der Franken bildet die Münzeinheit für Aufstellung der internationalen Tarife.	Le franc est l'unité monétaire qui sert à la composition des tarifs internationaux.
Der Tarif für die zwischen zwei beliebigen Punkten der kontrahirenden Staaten gewechselten Depeschen soll in der Weise festgesezt werden, daß die Taxe der Depesche von zwanzig Worten immer eine Multiplikation des halben Franken bildet.	Le tarif des correspondances échangées entre deux points quelconques des Etats contractants doit être composé de telle sorte que la taxe de la dépêche de vingt mots soit toujours un multiple du demi-franc.
Für einen Franken werden berechnet:	Il sera perçu pour un franc:
In Oesterreich 40 Kreuzer (österreichische Währung);	En Autriche, 40 Kreuzer (valeur autrichienne);
Im Großherzogthum Baden, in Bayern und in Württemberg 28 Kreuzer;	Dans le Grand-Duché de Bade, en Bavière et en Wurtemberg, 28 Kreuzer;
In Dänemark 35 Schillinge;	En Danemark, 35 skillings;
" Spanien 0,40 Thaler;	« Espagne, 0,40 écu;
" Griechenland 1,11 Drachmen;	« Grèce, 1,11 drachme;
" Hannover, Preußen und Sachsen 8 Silbergroschen;	« Hanovre, Prusse, Saxe, 8 silbergros;
" den Niederlanden 50 Cents;	Dans les Pays-Bas, 50 cents;
" Portugal 192 Reis;	En Portugal, 192 reis;
" Rußland 25 Kopeken;	„ Russie, 25 copeks;
" Schweden 72 Oere;	« Suède, 72 œres;
" Norwegen 22 Schillinge.	« Norwège, 22 skillings.

Art. 31. Der Ansaz der Taxe wird von Staat zu Staat, im Einverständniß zwischen den extremen und den intermediären Regierungen, festgestellt.

Der auf den telegraphischen Verkehr zwischen den kontrahirenden Staaten sofort anwendbare Tarif wird gemäß den, gegenwärtigem Vertrage beigegebenen Tabellen festgesezt. Die in diesen Tabellen aufgeführten Taxen können immer und zu jeder Zeit im Einverständniß zwischen einzelnen der betheiligten Regierungen ermäßigt werden; jede Abänderung im Ganzen oder Einzelnen kann jedoch erst nach wenigstens einem Monat, von deren Notifikation an gerechnet, in Vollziehung gesezt werden.

Art. 31. Le taux de la taxe est établi d'Etat à Etat de concert entre les Gouvernements extrêmes et les Gouvernements intermédiaires.

Le tarif immédiatement applicable aux correspondances échangées entre les Etats contractants est fixé conformément aux tableaux annexés à la présente Convention. Les taxes inscrites dans ces tableaux pourront, toujours et à toute époque, être réduites d'un commun accord entre tel ou tel des Gouvernements intéressés; mais toute modification d'ensemble ou de détail ne sera exécutoire qu'un mois au moins après sa notification.

Zweiter Abschnitt.

Von der Anwendung der Taxen.

Art. 32. Alles, was der Aufgeber in das Original seiner Depesche zum Zweke der Beförderung schreibt, wird bei der Berechnung der Taxe mitgezählt, mit Ausnahme dessen, was im § 7 des folgenden Artikels erwähnt ist.

Art. 33. Das Maximum für die Länge eines Wortes wird auf

SECTION II.

De l'application des taxes.

Art. 32. Tout ce que l'expéditeur écrit sur la minute de sa dépêche, pour être transmis, entre dans le calcul de la taxe, sauf ce qui est dit au paragraphe 7 de l'article suivant.

Art. 33. Le maximum de longueur d'un mot est fixé à

sieben Silben festgesezt und der Ueberschuß für ein Wort gezählt.

Die durch einen Bindestrich verbundenen Ausdrüke zählen für so viele Wörter als zu ihrer Bildung dienen.

Die durch einen Apostroph getrennten Wörter werden für eben so viele einzelne Wörter gezählt.

Die Eigennamen von Städten und Personen, die Namen von Orten, Pläzen, Boulevards ꝛc., die Titel, Vornamen, Partikeln und Qualifikationen werden nach der Anzahl der zur Bezeichnung derselben gebrauchten Wörter berechnet.

Die in Ziffern geschriebenen Zahlen werden für so viele Wörter gezählt, als sie Gruppen von fünf Ziffern enthalten, nebst einem Wort mehr für den Ueberschuß.

Jedes einzelne Schriftzeichen, Buchstabe oder Ziffer, wird für ein Wort gezählt. Das Nämliche gilt für die Unterstreichung.

Die Zeichen, welche die Apparate mit einem einzigen Signal geben (Interpunktionszeichen, Bindestriche, Apostrophe, Anführungszeichen, Parenthesen und Alinea) werden nicht gezählt.

sept syllabes, l'excédant est compté pour un mot.

Les expressions réunies par un trait d'union sont comptées pour le nombre de mots qui servent à les former.

Les mots séparés par une apostrophe sont comptés comme autant de mots isolés.

Les noms propres de villes et de personnes, les noms de lieux, places, boulevards, etc., les titres, prénoms, particules et qualifications, sont comptés pour le nombre de mots employés à les exprimer.

Les nombres écrits en chiffres sont comptés pour autant de mots qu'ils contiennent de fois cinq chiffres, plus un mot pour l'excédant.

Tout caractère isolé, lettre ou chiffre, est compté pour un mot; il en est de même du souligné.

Les signes que les appareils expriment par un seul signal (signes de ponctuation, traits d'union, apostrophes, guillemets, parenthèses, alinéas) ne sont pas comptés.

Jedoch werden die Punkte, Kommata und Trennungsstriche, welche zur Bildung der Zahlen gebraucht werden, für eine Ziffer gezählt.

Art. 34. Bei chiffrirten oder Geheimschrift-Depeschen wird die Wortzählung auf folgende Weise vorgenommen:

Alle im chiffrirten Texte gebrauchten Buchstaben, Ziffern oder Schriftzeichen werden zusammengezählt. Die durch 5 dividirte Summe gibt als Quotient die entsprechende Wortzahl; der Ueberschuß zählt für ein Wort.

Um die Gesammtwortzahl der Depesche zu erhalten, fügt man die in gewöhnlicher Sprache geschriebenen Worte der Adresse, der Unterschrift und eventuell des Textes bei. Die Zählung derselben geschieht nach den Regeln des vorhergehenden Artikels.

Art. 35. Der Name des Aufgabebüreaus, das Datum, die Stunde und Minute der Aufgabe werden dem Adressaten von Amtes wegen mitgetheilt.

Art. 36. Jede berichtigende oder ergänzende Depesche, und

Sont toutefois comptés pour un chiffre : les points, les virgules et les barres de division qui entrent dans la formation des nombres.

Art. 34. Le compte de mots s'établit de la manière suivante pour les dépêches en chiffres ou en lettres secrètes :

Tous les caractères, chiffres, lettres ou signes, employés dans le texte chiffré sont additionnés. Le total divisé par cinq donne pour quotient le nombre de mots qu'ils représentent; l'excédant est compté pour un mot.

On y ajoute, pour obtenir le nombre total des mots de la dépêche, les mots en langage ordinaire de l'adresse, de la signature et du texte, s'il y a lieu. Le compte en est fait d'après les règles de l'article précédent.

Art. 35. Le nom du bureau de départ, la date, l'heure et la minute du dépôt sont transmis d'office au destinataire.

Art. 36. Toute dépêche rectificative, complétive, et géné-

überhaupt jede wegen einer beförderten oder in Beförderung begriffenen Depesche stattfindende Mittheilung an ein Telegraphenbüreau wird gemäß den Bestimmungen gegenwärtigen Vertrages taxirt, wofern diese Mittheilung nicht in Folge eines Dienstfehlers nothwendig geworden ist.

ralement toute communication échangée avec un bureau télégraphique à l'occasion d'une dépêche transmise ou en cours de transmission, est taxée conformément aux règles de la présente Convention, à moins que cette communication n'ait été rendue nécessaire par une erreur de service.

Art. 37. Die Taxe wird nach dem billigsten Wege von dem Aufgabeort bis zum Bestimmungsort der Depesche berechnet.

Die hohen kontrahirenden Theile verpflichten sich, den von der Unterbrechung der unterseeischen Leitungen herrührenden Veränderungen der Taxe so weit als möglich vorzubeugen.

Art. 37. La taxe est calculée d'après la voie la moins coûteuse entre le point de départ de la dépêche et son point de destination.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à éviter, autant qu'il sera possible, les variations de taxe qui pourraient résulter des interruptions de service des conducteurs sous-marins.

Dritter Abschnitt.

Von besondern Taxen.

Art. 38. Die Taxe für die Rekommandirung ist die gleiche wie diejenige der Depesche selbst.

Art. 39. Die Taxe der bezahlten Antworten und der Retourdepeschen, welche nach einem andern Punkte, als nach dem Aufgabeort der ursprünglichen Depesche zu übermitteln sind,

SECTION III.

Des taxes spéciales.

Art. 38. La taxe de recommandation est égale à celle de la dépêche.

Art. 39. La taxe des réponses payées et dépêches de retour, à diriger sur un point autre que le lieu d'origine de la dépêche primitive, est calculée d'après le tarif qui est

wird nach dem Tarife berechnet, wie er für die Depeschen gilt, welche zwischen dem Orte, wo die Antwort oder Retourdepesche aufgegeben wird, und dem Orte, wohin sie bestimmt ist, gewechselt werden.

applicable entre le point d'expédition de la réponse ou de la dépêche de retour, et son point de destination.

Art. 40. Depeschen, die an mehrere Adressaten, oder zwar an den nämlichen Adressaten, aber nach Orten gerichtet sind, welche von verschiedenen Telegraphenbüreaux bedient sind, werden als eben so viele besondere Depeschen taxirt.

Art. 40. Les dépêches adressées à plusieurs destinataires ou à un même destinataire, dans des localités desservies par des bureaux différents, sont taxées comme autant de dépêches séparées.

Die (nach der nämlichen Ortschaft) an mehrere Adressaten oder an mehrere Wohnungen eines und desselben Adressaten gerichteten Depeschen werden, ob eine Weiterbeförderung per Post stattfinde oder nicht, nur für eine einzige Depesche taxirt; jedoch wird, außer allfälligen Postgebühren, eine Kopiegebühr von so viel Mal einem halben Franken erhoben, als Adressen vorhanden sind, weniger eine.

Les dépêches adressées, dans une même localité à plusieurs destinataires, ou à un même destinataire à plusieurs domiciles, avec ou sans réexpédition par la poste, sont taxées comme une seule dépêche; mais il est perçu, à titre de droit de copie, outre les droits de poste, s'il y a lieu, autant de fois un demi-franc qu'il y a de destinations moins une.

Art. 41. Es wird für jede gemäß Art. 22 zugefertigte Abschrift eine fixe Gebühr von einem halben Franken erhoben.

Art. 41. Il est perçu, pour toute copie délivrée conformément à l'article 22, un droit fixe d'un demi-franc par copie.

Art. 42. Die rekommandirten, mit der Post zu befördernden oder poste restante zu depo-

Art. 42. Les dépêches recommandées, à envoyer par la poste ou à déposer poste res-

nirenden Depeschen werden von dem Ankunftsbüreau als chargirte Briefe frankirt.

Das Ausgangsbüreau erhebt die nachfolgenden Zuschlagsgebühren:

Einen halben Franken für jede Depesche, welche poste restante in einer telegraphisch bedienten Ortschaft zu deponiren, oder innert den Grenzen des Staates, welcher die Beförderung besorgt, per Post zu versenden ist.

Einen Franken für jede über diese Grenzen hinaus auf dem Gebiet der kontrahirenden Staaten zu befördernde Depesche.

Zwei und einen halben Franken für jede weiter zu versendende Depesche.

Die nicht rekommandirten Depeschen werden von dem Ankunftsbüreau wie gewöhnliche Briefe befördert. Die Postgebühren werden eintretendenfalls von dem Adressaten entrichtet, da das Ausgangsbüreau keine Zuschlagstaxe erhebt.

Art. 43. Die Taxe der Depeschen, welche durch die Seetelegraphen mit den auf dem Meere befindlichen Schiffen auszuwechseln sind, wird gemäß den allgemeinen Bestimmungen

tante, sont affranchies, comme lettres chargées, par le bureau télégraphique d'arrivée.

Le bureau d'origine perçoit les taxes supplémentaires suivantes :

Un demi-franc par dépêche à déposer poste restante, dans la localité desservie, ou à envoyer par la poste, dans les limites de l'Etat qui fait l'expédition ;

Un franc par dépêche à envoyer, hors de ces limites, sur le territoire des Etats contractants ;

Deux francs et demi par dépêche à envoyer au delà.

Les dépêches non recommandées sont expédiées comme lettres ordinaires par le bureau télégraphique d'arrivée. Les frais de poste sont acquittés, s'il y a lieu, par le destinataire, aucune taxe supplémentaire n'étant perçue par le bureau d'origine.

Art. 43. La taxe des dépêches à échanger avec les navires en mer, par l'intermédiaire des sémaphores, sera fixée conformément aux règles générales de la présente Con-

des gegenwärtigen Vertrages festgestellt, unter Vorbehalt des Rechtes derjenigen der kontrahirenden Staaten, welche diesen Korrespondenzmodus organisirt haben, die für die Vermittlung zwischen den Seetelegraphen und den Schiffen zu entrichtende Taxe angemessen zu bestimmen.

vention, sauf, pour ceux des Etats contractants qui auront organisé ce mode de correspondance, le droit de déterminer, comme il appartiendra, la taxe afférente à la transmission entre les sémaphores et les navires.

Vierter Abschnitt.

Von der Taxerhebung.

Art. 44. Die Erhebung der Taxen findet bei der Aufgabe statt.

Es werden jedoch von dem Adressaten am Bestimmungsort erhoben:

1) die Taxe der durch die Seetelegraphen vom Meere her beförderten Depeschen;

2) die Ergänzungstaxe der nachzusendenden Depeschen;

3) die Ergänzungstaxe für bezahlte Antworten, deren Länge die frankirte Wortzahl überschreitet;

4) die Kosten für schnellere Beförderung als per Post, über die Telegraphenbüreaux hinaus: in denjenigen Ländern, wo ein solcher Dienst organisirt ist.

SECTION IV.

De la perception.

Art. 44. La perception des taxes a lieu au départ.

Sont toutefois perçus à l'arrivée sur le destinataire :

1° La taxe des dépêches expédiées, de la mer, par l'intermédiaire des sémaphores;

2° La taxe complémentaire des dépêches à faire suivre;

3° La taxe complémentaire des réponses payées dont l'étendue excède la longueur affranchie;

4° Les frais de transport, au delà des bureaux télégraphiques, par un moyen plus rapide que la poste, dans les Etats où un service de cette nature est organisé.

Jedoch kann der Aufgeber einer rekommandirten Depesche diese Beförderung durch Deponirung einer vom Aufgabebüreau zu bestimmenden Summe frankiren, spätere Liquidation vorbehalten. Der Betrag der Auslagen wird durch die Retourdepesche angegeben.

In allen Fällen, wo eine Gebührenerhebung bei der Uebergabe stattfinden soll, wird die Depesche dem Adressaten nur gegen Bezahlung der schuldigen Taxe zugestellt.

Toutefois, l'expéditeur d'une dépêche recommandée peut affranchir ce transport moyennant le dépôt d'une somme qui est déterminée par le bureau d'origine, sauf liquidation ultérieure. La dépêche de retour fait connaître le montant des frais déboursés.

Dans tous les cas où il doit y avoir perception à l'arrivée, la dépêche n'est délivrée au destinataire que contre paiement de la taxe due.

Fünfter Abschnitt.

Von der Taxfreiheit.

Art. 45. Die auf den internationalen Telegraphendienst der kontrahirenden Staaten bezüglichen Depeschen werden auf dem ganzen Neze der genannten Staaten taxfrei befördert.

SECTION V.

Des franchises.

Art. 45. Les dépêches relatives au service des télégraphes internationaux des Etats contractants sont transmises en franchise sur tout le réseau des dits Etats.

Sechster Abschnitt.

Von den Tax-Rükzahlungen.

Art. 46. Dem Aufgeber wird die Taxe jeder Depesche, deren telegraphische Beförderung nicht stattgefunden hat, von demjenigen Staate zurükbezahlt, welcher

SECTION VI.

Des détaxes et remboursements.

Art. 46. Est restituée à l'expéditeur, par l'Etat qui l'a perçue, sauf recours contre les autres Etats, s'il y a lieu, la taxe de toute dépêche dont la

dieselbe erhoben hat, entsprechendenfalls mit Rükgriffsrecht auf die übrigen Staaten.

transmission télégraphique n'a pas été effectuée.

Art. 47. Dem Aufgeber wird die ganze Taxe jeder rekommandirten Depesche, welche in Folge bedeutender Verspätung oder wichtiger Irrthümer in der Uebermittlung ihren Zwek offenbar nicht erfüllen konnte, von demjenigen Staate, welcher dieselbe erhoben hat (vorbehältlich des Rükgriffs auf die andern Staaten), zurükerstattet, es wäre denn, daß die Verspätung oder der Irrthum einem Staate oder einer Privatgesellschaft zur Last fiele, welche die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages nicht angenommen haben sollten.

Art. 47. Est remboursée à l'expéditeur, par l'Etat qui l'a perçue, sauf recours contre les autres Etats, s'il y a lieu, la taxe intégrale de toute dépêche recommandée qui, par suite d'un retard notable ou de graves erreurs de transmission, n'a pu manifestement remplir son objet, à moins que le retard ou l'erreur ne soit imputable à un Etat ou à une compagnie privée qui n'aurait pas accepté les dispositions de la présente Convention.

Art. 48. Jede Reklamation muß, bei sonstiger Verwirkung, innerhalb dreier Monate, vom Tage der Erhebung der Taxe an gerechnet, angebracht werden.

Art. 48. Toute réclamation doit être formée, sous peine de déchéance, dans les trois mois de la perception.

Für die Korrespondenz mit außereuropäischen Ländern wird diese Frist auf zehn Monate ausgedehnt.

Ce délai est porté à dix mois pour les correspondances échangées avec des pays situés hors d'Europe.

Vierter Titel.

Von der internationalen Comptabilität.

Art. 49. Die hohen kontrahirenden Theile sind sich gegenseitig über die von jedem derselben erhobenen Taxen Rechnung schuldig.

Die Taxen für Kopien und für Beförderung über die Telegraphenlinien hinaus fallen demjenigen Staate zu, welcher die Kopien angefertigt oder die Beförderung besorgt hat.

Jeder Staat schreibt dem Nachbarstaate den Betrag der Taxen aller ihm übermittelten Depeschen zu gut, welche von der Grenze der beiden Staaten bis an Bestimmung berechnet werden.

Diese Taxen können in gegenseitigem Einverständniß nach der Anzahl der Depeschen berechnet werden, welche diese Grenze überschritten, abgesehen von der Wortzahl und den Nebengebühren. In diesem Falle werden die Antheile des Nachbarstaates und eines jeden der etwa nachfolgenden Staaten durch gegenseitig festzusezende Durchschnittsquoten bestimmt.

TITRE IV.

De la comptabilité internationale.

Art. 49. Les Hautes Parties contractantes se doivent réciproquement compte des taxes perçues par chacune d'elles.

Les taxes afférentes aux droits de copie et de transport au delà des lignes sont dévolues à l'Etat qui a délivré les copies ou effectué le transport.

Chaque Etat crédite l'Etat limitrophe du montant des taxes de toutes les dépêches qu'il lui a transmises, calculées depuis la frontière de ces deux Etats jusqu'à destination.

Ces taxes peuvent être réglées de commun accord, d'après le nombre des dépêches qui ont franchi cette frontière, abstraction faite du nombre des mots et des frais accessoires. Dans ce cas, les parts de l'Etat limitrophe et de chacun des Etats suivants, s'il y a lieu, sont déterminées par des moyennes établies contradictoirement.

Art. 50. Die zum voraus erhobenen Taxen für bezahlte Antworten und Rekommandationen werden unter die verschiedenen Staaten gemäß den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels vertheilt, wobei die Antworten und die Retourdepeschen in den Rechnungen wie gewöhnliche, von dem Staate, der die Taxen erhoben, expedirte Depeschen behandelt werden

Wenn die Uebermittlung nicht stattgefunden hat, so fällt die Taxe, vorbehältlich der Rechte des Aufgebers, derjenigen Verwaltung zu, welche dieselbe erhoben hat.

Art. 51. Wenn irgend eine Depesche auf einem andern Wege befördert wurde, als auf demjenigen, welcher der Berechnung der Taxen zur Grundlage diente, so wird die Taxdifferenz von derjenigen Verwaltung getragen, welche den Umweg der Depesche veranlaßte.

Art. 52. Die gegenseitige Ausgleichung der Rechnungen findet am Ende eines jeden Monats statt.

Die Abrechnung und die Liquidation des Saldo erfolgen am Ende eines jeden Vierteljahrs.

Art. 50. Les taxes perçues d'avance pour réponses payées et recommandations sont réparties, entre les divers Etats, conformément aux dispositions de l'article précédent, les réponses et les dépêches de retour étant traitées, dans les comptes, comme des dépêches ordinaires qui auraient été expédiées par l'Etat qui a perçu.

Lorsque la transmission n'a pas eu lieu, la taxe est acquise à l'office qui l'a perçue, sauf les droits de l'expéditeur.

Art. 51. Lorsqu'une dépêche, quelle qu'elle soit, a été transmise par une voie différente de celle qui a servi de base à la taxe, la différence de taxe est supportée par l'office qui a détourné la dépêche.

Art. 52. Le règlement réciproque des comptes a lieu à l'expiration de chaque mois.

Le décompte et la liquidation du solde se font à la fin de chaque trimestre.

Art. 53. Der aus der Liquidation sich ergebende Saldo wird in gangbarer Münze desjenigen Staates bezahlt, dem dieser Saldo heraustrifft.

Art. 53. Le solde résultant de la liquidation est payé en monnaie courante de l'Etat au profit duquel ce solde est établi.

Fünfter Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

Erster Abschnitt.

Ergänzende Bestimmungen.

Art. 54. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages werden hinsichtlich der Detail-Regulirung des internationalen Dienstes durch ein gemeinsames, von den Telegraphenverwaltungen der kontrahirenden Staaten einverständlich aufzustellendes Reglement ergänzt.

Die Bestimmungen dieses Reglementes treten gleichzeitig mit gegenwärtigem Vertrage in Kraft; dieselben können von den genannten Verwaltungen jederzeit durch Einverständniß abgeändert werden.

Art. 55. Mit den Vollziehungsmaßregeln betreffend die einverständlich vorzunehmenden Abänderungen des Reglements

TITRE V.

Dispositions générales.

SECTION PREMIÈRE.

Des dispositions complémentaires.

Art. 54. Les dispositions de la présente Convention seront complétées, en ce qui concerne les règles de détail du service international, par un règlement commun qui sera arrêté de concert entre les administrations télégraphiques des Etats contractants.

Les dispositions de ce règlement entreront en vigueur en même temps que la présente Convention; elles pourront être, à toute époque, modifiées d'un commun accord par les dites administrations.

Art. 55. L'administration de l'Etat où, en vertu de l'article 56 ci-après, aura eu lieu la dernière conférence, sera

wird die Verwaltung desjenigen Staates beauftragt, in welchem gemäß dem folgenden Art. 56 die lezte Konferenz stattgefunden hat.

Alle Abänderungsbegehren werden an diese nämliche Verwaltung gerichtet, welche alle andern darüber zu Rathe zieht und bei einstimmiger Beipflichtung derselben die angenommenen Abänderungen promulgirt und das Datum ihres Infrafttretens bestimmt.

chargée des mesures d'exécution relatives aux modifications à apporter, d'un commun accord, au règlement.

Toutes les demandes de modifications seront adressées à cette administration, qui consultera toutes les autres, et, après avoir obtenu leur assentiment unanime, promulguera les changements adoptés, en fixant la date de leur application.

Zweiter Abschnitt.

Konferenzen und gegenseitige Mittheilungen.

Art. 56. Der gegenwärtige Vertrag soll periodischen Revisionen unterworfen werden, wobei alle Mächte, welche daran Theil genommen haben, vertreten sein werden.

Zu diesem Zweke sollen successive je in der Hauptstadt eines jeden der kontrahirenden Staaten Konferenzen zwischen Abgeordneten der genannten Staaten abgehalten werden.

Der erste Zusammentritt findet zu **Wien** im Jahr 1868 statt.

SECTION II.

Conférences et communications réciproques.

Art. 56. La présente Convention sera soumise à des révisions périodiques, où toutes les Puissances qui y ont pris part seront représentées.

A cet effet, des conférences auront lieu successivement dans la capitale de chacun des Etats contractants, entre les délégués des dits Etats.

La première réunion aura lieu en 1868, à Vienne.

Art. 57. Um die gute Verwaltung des gemeinsamen Dienstes durch Austausch regelmäßiger Mittheilungen zu sichern, verpflichten sich die hohen kontrahirenden Theile, sich gegenseitig alle auf ihre innere Verwaltung bezüglichen Dokumente zu übermitteln und jede allfällig eingeführte Vervollkommnung einander zur Kenntniß zu bringen.

Jede derselben wird allen übrigen direkt zusenden:

1) Durch den Telegraphen:

Sofortige Anzeige von Unterbrechungen, welche auf ihrem eigenen Gebiete oder auf den Linien derjenigen Staaten oder Privatgesellschaften eintreten, deren Korrespondenz mit den übrigen kontrahirenden Staaten durch sie vermittelt wird;

2) Durch die Post:

Anzeige aller Verfügungen betreffend Eröffnung neuer und Aufhebung alter Linien; Eröffnung, Aufhebung oder Dienständerung von Büreaux, die auf ihrem eigenen Gebiete oder auf den Telegraphenlinien der im vorhergehenden Paragraphen be-

Art. 57. Les Hautes Parties contractantes, afin d'assurer, par un échange de communications régulières, la bonne administration de leur service commun, s'engagent à se transmettre réciproquement tous les documents relatifs à leur administration intérieure et à se communiquer tout perfectionnement qu'elles viendraient à y introduire.

Chacune d'elles enverra directement à toutes les autres:

1° Par le télégraphe:

La notification immédiate des interruptions qui se seraient produites sur son territoire, ou sur les lignes des Etats et des compagnies privées auxquels elle servira d'intermédiaire, pour leur correspondance avec chacun des Etats contractants;

2° Par la poste:

La notification de toutes les mesures relatives à l'ouverture de lignes nouvelles, à la suppression de lignes existantes, aux ouvertures, suppressions et modifications de service des bureaux compris sur son territoire ou sur le parcours des

zeichneten Staaten und Gesellschaften liegen;

Je zu Anfang eines Jahres eine statistische Tabelle über den Depeschenverkehr auf ihrem Neze während des Vorjahres, und die Karte dieses Nezes, angefertigt und festgestellt auf den 31. Dezember lezthin;

Endlich ihre Kreisschreiben und Dienstinstruktionen je nach ihrer Veröffentlichung.

Art. 58. Eine offizielle Karte der telegraphischen Verbindungen soll durch die französische Verwaltung angefertigt und veröffentlicht, und periodisch revidirt werden.

Dritter Abschnitt.

Von den Vorbehalten.

Art. 59. Die hohen kontrahirenden Theile behalten sich gegenseitig das Recht vor, abgesondert unter sich besondere Uebereinkünfte jeder Art über solche Theile des Dienstes abzuschließen, wobei nicht die Gesammtheit der Staaten interessirt ist, namentlich:

über die Aufstellung der Tarife;

lignes télégraphiques des Etats et compagnies désignés au paragraphe précédent;

Au commencement de chaque année, un tableau statistique du mouvement des dépêches, sur son réseau, pendant l'année écoulée, et la carte de ce réseau, dressée et arrêtée au 31 Décembre de la dite année,

Enfin ses circulaires et instructions de service, au fur et à mesure de leur publication.

Art. 58. Une *Carte officielle des relations télégraphiques* sera dressée et publiée par l'administration française et soumise à des révisions périodiques.

SECTION III.

Des réserves.

Art. 59. Les Hautes Parties contractantes se réservent respectivement le droit de prendre, séparément entre elles, des arrangements particuliers de toute nature, sur les points du service qui n'intéressent pas la généralité des Etats, notamment:

Sur la formation des tarifs;

über die Anwendung besonderer Apparate oder Wörterverzeichnisse zwischen gewissen Punkten und in gewissen Fällen;

über die Anwendung des Systems der Depeschenmarken;

über die Erhebung der Taxen bei der Ankunft;

über die Vertragung der Depeschen in die Wohnung;

über die Ausdehnung der Taxfreiheit auf Dienstdepeschen betreffend Meteorologisches oder andere Dinge von öffentlichem Interesse.

Vierter Abschnitt.

Von den Beitritten.

Art. 60. Denjenigen Staaten, welche an dieser Uebereinkunft nicht Theil genommen haben, wird auf ihr Begehren der Beitritt gestattet.

Dieser Beitritt wird demjenigen der kontrahirenden Staaten, in welchem die lezte Konferenz stattgefunden hat, auf diplomatischem Wege, und durch diesen Staat allen übrigen notifizirt.

Er schließt von Rechts wegen die Zustimmung zu allen Klauseln und die Zulassung zu allen Vortheilen in sich, welche in diesem Vertrage stipulirt worden sind.

Sur l'adoption d'appareils ou de vocabulaires spéciaux, entre des points et dans des cas déterminés;

Sur l'application du système des timbres-dépêche;

Sur la perception des taxes à l'arrivée;

Sur le service de la remise des dépêches à destination;

Sur l'extension du droit de franchise aux dépêches de service qui concernent la météorologie et tous autres objets d'intérêt public.

SECTION IV.

Des adhésions.

Art. 60. Les Etats qui n'ont point pris part à la présente Convention seront admis à y adhérer sur leur demande.

Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique à celui des Etats contractants au sein duquel la dernière conférence aura été tenue, et, par cet Etat, à tous les autres.

Elle emportera, de plein droit, accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par la présente Convention.

Art. 61. Die hohen kontrahirenden Theile verpflichten sich, so viel als möglich die Vorschriften des gegenwärtigen Vertrages den Gesellschaften aufzuerlegen, denen Land- oder unterseeische Telegraphenlinien konzedirt sind, und erforderlichenfalls mit den bestehenden Gesellschaften eine gegenseitige Ermäßigung der Tarife zu negoziren.

Es sollen in keinem Falle in den internationalen Tarif aufgenommen werden:

1) die Telegraphenbüreaux derjenigen Staaten und Privatgesellschaften, welche die reglementarischen einheitlichen und obligatorischen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages nicht angenommen haben;

2) die Telegraphenbüreaux der Eisenbahngesellschaften oder anderer Privatunternehmungen auf dem kontinentalen Gebiete der kontrahirenden oder beitretenden Staaten, für welche eine Zuschlagsgebühr zu entrichten ist.

Art. 61. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à imposer, autant que possible, les règles de la présente Convention aux compagnies concessionnaires de lignes télégraphiques terrestres ou sous-marines, et à négocier, avec les compagnies existantes, une réduction réciproque des tarifs, s'il y a lieu.

Ne seront compris, en aucun cas, dans le tarif international:

1° Les bureaux télégraphiques des Etats et des compagnies privées qui n'auront point accepté les dispositions réglementaires uniformes et obligatoires de la présente Convention;

2° Les bureaux télégraphiques des compagnies de chemins de fer ou autres exploitations privées, situés sur le territoire continental des Etats contractants ou adhérents, et pour lesquels il y aurait une taxe supplémentaire.

Fünfter Abschnitt.

Von der Vollziehung.

Art. 62. Gegenwärtiger Vertrag tritt mit dem 1. Januar 1866 in Wirksamkeit und bleibt

SECTION V.

De l'exécution.

Art. 62. La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1er Janvier 1866,

auf unbestimmte Zeit, bis nach Verfluß eines Jahres, vom Tage der Aufkündung an gerechnet, in Kraft.

et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé et jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en serait faite.

Art. 63. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikationen in möglichst kurzer Frist in Paris ausgewechselt werden.

Art. 63. La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris dans le plus bref délai possible.

Zur Urkunde dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Wappensiegel beigedrukt.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

So geschehen, in zwanzigfacher Ausfertigung, zu Paris, den 17. Mai 1865.

Fait à *Paris* en vingt expéditions, le 17 Mai 1865.

(L. S.)	**Kern.**	(L. S.)	**Linsingen.**
«	**Metternich.**	«	**Nigra.**
«	**Schweizer.**	«	**Lightenvelt.**
«	**Wendland.**	«	**Païva.**
«	**Beyens.**	«	**Goltz.**
«	**Moltke-Hvitfeldt.**	«	**Budberg.**
«	**Mon.**	«	**Seebach.**
«	**Drouyn de Lhuys.**	«	**Adelswærd.**
«	**Phocion Roque.**	«	**Djémil.**
«	**Heeren.**	«	**Wæchter.**

Beilagen.

Tabellen der den internationalen Tarifen zu Grunde zu legenden Taxen, festgesetzt in Ausführung des Art. 31 des unter heutigem Tage zu Paris unterzeichneten Vertrages.

A.

Terminaltaxen.

(Unter Terminaltaxe versteht man diejenige Taxe, welche einem jeden Staate für die Korrespondenzen von und nach seinen Büreaux zu gut kommt.)

Staaten.	Bezeichnung der Depeschen.	Taxe.	Bemerkungen.
		Fr. Rp.	
Oesterreich.	Für die mit den kontrahirenden Staaten gewechselten Depeschen	3. —	Für jede durch die Staaten des deutsch-österreichischen Vereins gehende Depesche ist diese Taxe eine mit jenen Staaten gemeinsame.
Baden.	Für die durch die Staaten des deutsch-österreichischen Vereins gehenden Depeschen . . .	3 —	Idem.
	Für alle andern	1. —	
Bayern.	Für die durch die Staaten des deutsch-österreichischen Vereins gehenden Depeschen . . .	3. —	Idem.
	Für alle andern	1. —	
Belgien.	Für die mit Dänemark, Norwegen, Rußland und Schweden gewechselten Depeschen . .	1. 50	
	Für alle andern	1. -	
Dänemark.	Für alle seine Depeschen . .	1. 50	

Staaten.	Bezeichnung der Depeschen.	Taxe.	Bemerkungen.
		Fr. Rp.	
Spanien.	Für die mit Dänemark, Italien, Norwegen, Schweden und den Staaten des deutsch-österreichischen Vereins, Preußen ausgenommen, gewechselten Depeschen	3. —	
	Für alle andern	2. 50	
Frankreich	Für die mit Dänemark, Griechenland, Norwegen, Rußland, Schweden, der europäischen Türkei und den Staaten des deutsch-österreichischen Vereins gewechselten Depeschen . .	3. —	
	Für alle andern, inbegriffen die mit den Niederlanden und Württemberg gewechselten .	2. —	
Griechenland.	Für alle seine Depeschen . .	1. —	
Hannover.	Für alle seine Depeschen . .	3. —	Mit den andern Staaten des Vereins gemeinsame Taxe.
Italien.	Für alle seine Depeschen . .	3. —	
Norwegen.	Für alle seine Depeschen . .	2. —	
Niederlande.	Für die durch die Vereinsstaaten gehenden Depeschen . . .	3. —	Idem
	Für die mit Italien und der Schweiz über Belgien und Frankreich gewechselten Depeschen	0. 50	
	Für alle andern	1. —	
Portugal.	Für alle seine Depeschen . .	1. —	
Preußen.	Für die durch die Vereinsstaaten gehenden Depeschen . . .	3. —	Idem.
	Für alle andern	2. 50	

Staaten.	Bezeichnung der Depeschen.	Taxe.	Bemerkungen.
		Fr. Rp.	
Europäisches Rußland.	Für alle mit den kontrahirenden Staaten, die Türkei ausgenommen, gewechselten Depeschen	5. —	Für die Stationen des Kaukasus wird die Taxe auf Fr. 8 erhöht.
Sachsen.	Für alle seine Depeschen . .	3. —	Mit den andern Staaten des Vereins gemeinsame Taxe.
Schweden.	Für alle seine Depeschen . .	3. —	
Schweiz.	Für alle ihre Depeschen . .	1. —	
Europ. Türkei	Für alle mit den kontrahirenden Staaten, Rußland ausgenommen, gewechselten Depeschen .	4. —	Die Fürstenthümer Serbien und Moldau-Wallachei nicht inbegriffen.
Württemberg und Hohenzollern.	Für die durch die Vereinsstaaten gehenden Depeschen . . .	3. —	Mit den andern Staaten des Vereins gemeinsame Taxe.
	Für die mit Frankreich, Italien und der Schweiz gewechselten Depeschen	1. —	Die Taxe für Frankreich von Fr. 1 ist eine mit den andern Vereinsstaaten gemeinsame.

B.

Transit-Taxen.

(Unter Transit-Taxe versteht man diejenige Taxe, welche einem jeden Staat für die durch sein Gebiet gehenden Depeschen zukommt.)

Staaten.	Bezeichnung der Depeschen.	Taxe.	Bemerkungen.
		Fr. Rp.	
Oesterreich.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen	3. —	Für alle durch die Staaten des deutsch-österreichischen Vereins gehenden Depeschen ist diese Taxe eine mit jenen Staaten gemeinsame.
Baden.	Für die durch die Staaten des deutsch-österreichischen Vereins gehenden Depeschen in allen Richtungen	3. —	Idem.
	Für alle andern	1. —	
Bayern.	Für die durch die Staaten des Vereins gehenden Depeschen, in allen Richtungen . . .	3. —	Idem.
	Für alle andern	1. —	
Belgien.	Für die zwischen den Niederlanden einerseits und Italien und der Schweiz andererseits über Frankreich gewechselten Depeschen .	–. 50	
	Für alle andern Depeschen, in allen Richtungen	1. —	
Dänemark.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen, unterseeische Linien inbegriffen	1. 50	
Spanien.	Für die Depeschen von und nach Dänemark, Italien, Norwegen, Schweden und den Staaten des deutsch-österreichischen Vereins, Preußen ausgenommen . . .	3. —	

Staaten.	Bezeichnung der Depeschen.	Taxe.	Bemerkungen.
		Fr. Rp.	
(Spanien.)	Für die zwischen Frankreich und Portugal gewechselten Depeschen	2. —	
	Für alle andern Depeschen . .	2. 50	
Frankreich.	Für die 1) zwischen Italien einerseits, Spanien und Portugal andererseits; 2) zwischen Belgien und den Niederlanden einerseits, und allen andern Staaten andererseits über die Grenzen von Deutschland, Italien und der Schweiz gewechselten Depeschen . .	2. —	
	Für alle andern Depeschen, in allen Richtungen	3. —	Die Taxe des Transits über Corsica beträgt Fr. 1. —
Griechenland.	. . . .	.	Kein Transit.
Hannover.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen	3. —	Mit den andern Staaten des Vereins gemeinsame Taxe.
Italien.	Für alle zwischen den Grenzen Oesterreichs, Frankreichs & der Schweiz gewechselten Depeschen	1. —	
	Für alle Depeschen zwischen den nämlichen Grenzen und der ottomanischen Grenze (die unterseeischen Linien inbegriffen) .	3. —	
Norwegen.	. . . .	.	Kein Transit.
Niederlande.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen	3. —	Mit den andern Staaten des Vereins gemeinsame Taxe.
Portugal.	. . . .	.	Kein Transit.
Preußen.	Für die durch die Vereinsstaaten gehenden Depeschen . . .	3. —	Mit den andern Staaten des Vereins gemeinsame Taxe.
	Für alle andern Depeschen, in allen Richtungen	2. 50	

Staaten.	Bezeichnung der Depeschen.	Taxe.	Bemerkungen.
		Fr. Rp.	
Europäisches Rußland.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen, ausgenommen die europäische Türkei	5. —	Da sich der Vertrag nur auf Europa bezieht, so wird des Transites nach Asien nicht erwähnt.
Sachsen.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen	3. —	Mit den übrigen Staaten des Vereins gemeinsame Taxe.
Schweden.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen (die unterseeischen Linien inbegriffen)	3. —	
Schweiz.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen	1. —	
Europ. Türkei	Für die Depeschen von und nach Griechenland	3. —	Die Fürstenthümer Serbien und Moldau-Wallachei nicht inbegriffen.
Württemberg und Hohenzollern.	Für alle Depeschen, in allen Richtungen	3. —	Mit den übrigen Staaten des Vereins gemeinsame Taxe.

(L. S.)	Kern.	(L. S.)	Linsingen.
"	Metternich.	"	Nigra.
"	Schweizer.	"	Lightenvelt.
"	Wendland.	"	Paiva.
"	Beyens.	"	Goltz.
"	Moltke-Hvitfeldt.	"	Budberg.
"	Mon.	"	Seebach.
"	Drouyn de Lhuys.	"	Adelswärd.
"	Phocion Roque.	"	Djemil.
"	Heeren.	"	Wächter.

erklärt den vorstehenden Vertrag in allen Theilen als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, denselben, so weit es von ihr abhangt, gewißenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden; welche Ratifikation in Paris aufbewahrt und für jeden der kontrahirenden Staaten Geltung haben soll.

So geschehen in Bern, den zweiten August Eintausend achthundert fünf und sechzig.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:
Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Nous, ayant vu et examiné la dite Convention, l'avons approuvée et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues, Déclarons qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée, et Promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En foi de quoi, Nous avons donné les présentes, signées de notre main et scellées de Notre Sceau Impérial.

A *Paris*, le 12 Juillet de l'an de grâce 1865.

NAPOLÉON.

(L. S.)

Par l'Empereur:
Drouyn de Lhuys.

Note. Die Auswechslung der Ratifikationen des vorstehenden Vertrags hat am 14. August 1865 zwischen dem schweizerischen Minister in Paris, Herrn Kern, und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Frankreich, Herrn Drouyn de Lhuys, in Paris stattgefunden.

Mit Note vom 20. November 1865 zeigte der kaiserlich französische Botschafter an, daß obiger Vertrag von allen dabei betheiligten Staaten, mit Ausnahme von Portugal, Griechenland und der Türkei, ratifizirt worden sei, und daß im Weitern demselben beigetreten sei: das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

Uebereinkunft

betreffend

die Einverleibung des alten Kantonstheiles Bern in das Bisthum Basel.

Abgeschloßen am 11. Juni 1864.
Ratifizirt vom Großen Rathe des Kantons Bern am 22. Juni 1864.
" " heil. Stuhl am 16. Juli 1864.

Nachdem der Stand Bern durch Vermittlung des h. Bundesrathes beim heil. Stuhl das Gesuch gestellt hat, daß der ganze Theil des Kantons Bern, welcher zur Zeit der Reorganisation des Bisthums Basel im Jahr 1828 diesem Bisthum nicht zugetheilt worden ist, demselben einverleibt werde, und nachdem der heil. Stuhl dieses Gesuch, welches die Zustimmung aller hohen Diöcesanstände erhalten hatte, günstig aufgenommen, sind als Abgeordnete ernannt worden, mit dem Auftrage, über diese Vereinigung zu unterhandeln:

durch den h. Stand Bern: Herr Migy, Präsident des Regierungsrathes des Kantons Bern, und Herr Stockmar, Mitglied des Regierungsrathes;

durch den heil. Stuhl: Herr Bovieri, Geschäftsträger des heil. Stuhles bei der Eidgenoßenschaft und apostolischer Protonotarius.

Da jedoch Herr Migy durch den h. Bundesrath zufolge Delegation vom 10. Juni und Mittheilung an den Herrn päpstlichen Abgeordneten vom gleichen Tag zum Präsidenten der Konferenz ernannt und in seiner Eigenschaft als Abgeordneter der Regierung durch Herrn Regierungsrath Kummer ersezt worden ist, so hat sich Herr Bovieri hierüber auf die Noten bezogen, welche er am 19. Januar und 25. Februar dieses Jahres an den Bundesrath gerichtet hat.

Hierauf haben die Herren Abgeordneten unter dem Präsidium des vorgenannten Herrn Migy in seiner Eigenschaft, wie oben erwähnt worden ist, als Abgeordneter des Bundesrathes ihre Vollmachten ausgetauscht und nachdem dieselben in gehöriger Form erfunden worden, unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer hohen Vollmachtgeber die nachfolgende Uebereinkunft abgeschlossen:

Art. 1. Der ganze Theil des Kantons Bern, welcher im Jahr 1828 nicht dem Bisthum Basel zugetheilt worden ist, ist von nun an diesem Bisthum einverleibt, so daß dasselbe den ganzen Kanton Bern umfaßt, so weit es seine katholische Bevölkerung betrifft. Die Bestimmungen der Uebereinkunft vom 26. März 1828, betreffend die Reorganisation des Bisthums Basel und diejenige der Bulle Leo des XII., inter præcipua, vom 7. Mai 1828, nach welchen der Bischof seine geistliche Gerichtsbarkeit in diesem Bisthum ausübt, erstreken sich daher auch auf diesen mit dem Bisthum also vereinigten Gebietstheil.

Art. 2. Der Stand Bern wird den Pfarrern des neuen Theils des Bisthums eine angemessene jährliche Besoldung festsezen und Bedacht darauf nehmen, diejenige des Pfarrers der Stadt Bern auf einen Betrag zu bringen, welcher den Bedürfnissen seiner Stellung entspricht, so wie im fernern ihn mit hinlänglichen Gehaltsanweisungen für ein Vikariat zu versehen.

Er wird auch fernerhin in unparteiischer Würdigung die Verbesserungen im Auge behalten, welche die Zukunft in diesem neuen Theil des Bisthums erfordern könnte.

Also abgeschloßen in Bern, den eilften Juni eintausend acht hundert vier und sechszig.

Der Präsident:
P. Migy.

Die Abgeordneten des Kantons Bern:
X. Stockmar.
J. J. Kummer.

Der Abgeordnete des apostolischen Stuhles:
J. Bovieri, Geschäftsträger des heil. Stuhles, apost. Protonotarius.

Der Große Rath des Kantons Bern
ertheilt hiermit vorstehender Uebereinkunft seine Genehmigung
Bern, den 22. Juni 1864.

Namens des Großen Rathes:
Der Präsident,
Ed. Carlin.
Der Staatsschreiber,
M. v. Stürler.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:
Aufnahme der vorstehenden Uebereinkunft in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.
Bern, den 9. Juli 1864.

Der Bundespräsident: Dr. **J. Dubs.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Note. Mit Schreiben vom 1. August 1864 hat Herr Geschäftsträger Bovieri dem Regierungsrathe des Kantons Bern zur Kenntniß gebracht, daß Se. Eminenz der Kardinal Antonelli ihm unterm 16. Juli gl. J. die Genehmigung vorstehender Uebereinkunft durch den heil. Stuhl angezeigt habe.

Uebereinkunft

zwischen

dem schweizerischen Bundesrathe, vertreten durch Herrn Oberzolldirektor Meyer, einer-

und

der hohen Regierung von Aargau, vertreten durch ihren Finanzdirektor, Herrn Regierungsrath Hanauer, anderseits,

betreffend

die Aufhebung des Brükengeldes auf der Rheinbrüke zwischen Groß- und Klein-Laufenburg.

(Vom 17/24. Oktober 1864.)

Im Interesse eines erleichterten Verkehrs über die Brüke zwischen Groß- und Klein-Laufenburg und im Hinblik auf den Umstand, daß alle übrigen Brükengelder auf schweizerischem Gebiet losgekauft worden sind, ist in Ausführung der mit der Regierung des Großherzogthums **Baden** vereinbarten Uebereinkunft vom 5. September 1864 zwischen den obgenannten Contrahenten folgende **Uebereinkunft** abgeschlossen worden:

Artikel 1.

Die Erhebung des Brükengeldes auf der Rheinbrüke bei Laufenburg soll aufhören, sobald auch eine desfallsige Verständigung zwischen allen Betheiligten eingetreten sein wird, und es ist von diesem Zeitpunkt hinweg der Gebrauch dieser Brüke für Jeder=

mann frei. Die Pflicht der Unterhaltung der Brüke bleibt, nach wie vor, dem h. Stande Aargau, resp. der Stadtgemeinde Groß-Laufenburg, so weit sie ihr bisher auffiel.

Artikel 2.

Der h. Stand Aargau übernimmt die Verpflichtung, sich mit der Stadtgemeinde Groß-Laufenburg, so weit es diese betrifft, über eine angemessene Entschädigung wegen Wegfall dieses Brükengeldes zu verständigen.

Artikel 3.

Von dem Tage an, an welchem der Bezug des Brükengeldes aufhört, wird der Bundesrath der Regierung des Kantons Aargau eine jährliche Entschädigung von fünfzehnhundert Franken, in vierteljährlichen Raten, als Zollloskaufsumme ausbezahlen lassen.

Diese Entschädigung wird so lange bezahlt, als die fragliche Brüke existirt und in gehörigem Stande unterhalten wird.

Artikel 4

Die Bestimmung des Zeitpunktes, von welchem an die Erhebung des Brükengeldes aufhören soll, bleibt dem Bundesrathe vorbehalten.

Artikel 5.

Für diese Uebereinkunft wird einerseits die Genehmigung des Bundesrathes und anderseits diejenige der Regierung des Kantons Aargau vorbehalten.

Diese Uebereinkunft ist doppelt ausgefertigt und von den beiden Abgeordneten unterzeichnet worden. Jeder derselben hat ein Doppel davon zu Handen genommen.

Abgeschlossen in Aarau und Bern, den 17/24. Oktober 1864.

J. Meyer, als Bevollmächtigter
des Bundesrathes.

Hanauer, Finanzdirektor.

Der Regierungsrath des Kantons Aargau hat vorstehende Uebereinkunft genehmigt.

Aarau, den 26. Oktober 1864.

Im Namen des Regierungsrathes,
Der Landammann, Präsident:
S. Schwarz.

(L. S.)

Der Staatsschreiber:
Ringier.

Der schweizerische Bundesrath
ertheilt,

in Anwendung des Bundesbeschlußes vom 15. Heumonat 1865,*) der vorstehenden Uebereinkunft die Genehmigung.

Bern, den 18. August 1865.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.

(L. S.)

Der Stellvertreter des Kanzlers
der Eidgenoßenschaft:
J. Kern-Germann.

---

*) Siehe Seite 458 hievor.

Uebereinkunft

zwischen

der Schweiz und dem Großherzogthum Baden, betreffend die Aufhebung der Brükengelder auf den Brüken bei Säkingen und Laufenburg.

Abgeschloßen am 5. September 1864.
Ratifizirt von der Schweiz den 18. August 1865.
" " Baden " 25. " "

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung der Uebereinkunft, welche zum Zweke der Aufhebung der Brükengelder auf den Brüken bei Säkingen und Laufenburg zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Großherzogthum Baden durch die beiderseits hiezu Bevollmächtigten am 5. September 1864 unter Ratifikationsvorbehalt zu Säkingen abgeschloßen worden ist, und welche folgendermaßen lautet:

Ministerial-Erklärung.

Das Großherzoglich Badische Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten,

nach Einsicht und Prüfung der Uebereinkunft, welche zum Zwecke der Aufhebung der Brückengelder auf den Brücken bei Säckingen und Laufenburg zwischen dem Großherzogthum Baden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft durch die beiderseitigen hiezu Bevollmächtigten am 5. September 1864 unter Ratifikationsvorbehalt zu Säckingen abgeschlossen worden ist, und welche also lautet:

Von der Ueberzeugung geleitet, daß es im Interesse des gegenseitigen Verkehrs und demjenigen eines freundnachbarlichen Verhältnisses liegen müsse, die an der schweizerisch-badischen Grenze einzig noch bestehenden Brükengelder in Säkingen und Laufenburg verschwinden zu sehen, sind zum Abschluß einer dahin zielenden Uebereinkunft zu Kommissarien bezeichnet worden:

Vom schweizerischen Bundesrath:
Herr Oberst und Oberzolldirektor Johann Karl Meyer;
von der großherzoglich badischen Regierung:
Herr Ministerialrath Nicolai,

welche sich nach vorausgegangener Anerkennung ihrer Vollmachten über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

Artikel 1.

Der Bezug der Brükengelder auf den Brüken bei Säkingen und Laufenburg hört mit dem ersten des auf die Ratifikation dieser Uebereinkunft folgenden Monats auf, und es ist von diesem Zeitpunkt hinweg der Gebrauch dieser beiden Brüken für Jedermann frei.

Artikel 2.

Die beiden kontrahirenden Theile werden sich mit den Brükengeldberechtigten über eine angemessene Entschädigung wegen Wegfalls dieser Brükengelder verständigen. Die Entschädigung wird in der Weise übernommen und geleistet, daß die großherzoglich badische Regierung die badischen Berechtigten in Säkingen und Kleinlaufenburg und der schweizerische Bundesrath die schweizerischen Berechtigten in Großlaufenburg entschädigen.

Artikel 3.

Der schweizerische Bundesrath und die großherzoglich badische Regierung verpflichten sich bloß für so lange zur Entrichtung der im Artikel 2 vorgesehenen Entschädigung, als die beiden Brüken bei Säkingen und Laufenburg existiren und in gutem Stande erhalten werden.

Artikel 4.

Die Genehmigung dieser Uebereinkunft durch die beiderseitigen Regierungen bleibt vorbehalten. Dieselbe wird erst ausgesprochen, wenn die im Artikel 2 vorgesehene Verständigung mit den sämmtlichen brükengeldberechtigten Gemeinden eingetreten sein wird.

Also abgeschloßen durch die beiderseitigen Kommissarien, welche diese Uebereinkunft in zwei Exemplaren unter Beidrukung ihrer Siegel eigenhändig unterzeichnet und von welchen jeder ein Exemplar zu Handen genommen hat.

Geschehen zu Säkingen, den 5. September 1864.

(Gez.) J. C. Meyer.
(L. S.)

(Gez.) Nicolai.
(L. S.)

in Anwendung des Bundesbeschlußes vom 15. Juli 1865, durch welchen mit Rüksicht auf die Erklärungen der großherzoglichen Regierung, betreffend das Brükengeld bei Säkingen, vorstehende Uebereinkunft, in so weit sie das Brükengeld zu Laufenburg zum Gegenstande hat, von den gesezgebenden Räthen der Eidgenoßenschaft genehmigt worden ist, erklärt diese Uebereinkunft bezüglich der Aufhebung des Brükengeldes bei Laufenburg als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, dieselbe, so weit es von lezterer abhangt, jederzeit gewissenhaft zu beobachten.

erklärt nach eingeholter Allerhöchster Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden diese Uebereinkunft bezüglich der Aufhebung des Brückengeldes bei Laufenburg als angenommen und in Vollzug zu setzen, und verspricht Namens der Großherzoglichen Regierung, diese Uebereinkunft jederzeit gewissenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist die gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Stellvertreter des Kanzlers der Eidgenoßenschaft unterzeichnet und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den achtzehnten August achtzehnhundert fünf und sechzig (18. August 1865).

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.

(L. S.)

Der Stellvertreter des Kanzlers der Eidgenoßenschaft:
J. Kern-Germann.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Erklärung ausgefertigt und mit dem größern Staatssiegel versehen worden.

So geschehen Carlsruhe, den fünf und zwanzigsten August Eintausend Achthundert fünf und sechszig.

Großherzoglich Badisches Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten:

Roggenbach.

(L. S.)

Note. Nach einer Mittheilung der großherzoglich badischen Regierung vom 5. Februar 1865 hat sie sich mit der Gemeinde Säkingen bis zum gedachten Tage wegen Ablösung des Brükengeldes auf der Brüke bei Säkingen nicht verständigen können.

Telegraphenvertrag

zwischen

der Schweiz und Italien.

Abgeschloßen den 5. Juli 1865.
Ratifizirt von der Schweiz am 2. August 1865.
" " Italien " 30. " "

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Seiner Majestät des Königs von Italien am 5. Heumonat 1865 in Florenz unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten Telegraphenvertrags, betreffend die Ausführung des internationalen Telegraphenvertrags von Paris, welcher vom schweizerischen Ständerathe am 18. Juli 1865 und vom schweizerischen Nationalrathe am 20. gleichen Monats genehmigt worden ist, *) und der also lautet:

Vittorio Emanuele II,

per grazia di Dio e per volontà della Nazione

Re d'Italia,

A tutti coloro che le presenti vedranno, salute.

Una Convenzione telegrafica tra l'*Italia* e la *Confederazione Svizzera* essendo stata conchiusa e sottoscritta dai rispettivi plenipotenziarii in Firenze addì cinque del mese di Luglio del corrente anno Mille ottocento sessantacinque;

Convenzione del tenore seguente:

*) Siehe Seite 472 hievor.

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenoßenschaft und **Seine Majestät der König von Italien,** in der Absicht, von den im Artikel 59 des am 17. Mai 1865 zu Paris unterzeichneten internationalen Telegraphenvertrages erwähnten Vorbehalten Gebrauch zu machen und den beiden Ländern die Vortheile eines ermäßigten Tarifs für die Auswechslung ihrer telegraphischen Depeschen zu sichern, sind übereingekommen, zu diesem Zweke einen Vertrag abzuschließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenoßenschaft: den Herrn Johann Baptist Pioda, seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem König von Italien; und

Seine Majestät der König von Italien: den Herrn Ritter Stephan Jacini, Großoffizier Seines Ordens der Heiligen Mauritius und Lazarus, Abgeordneten zum Parlament, Seinen Minister Staatssekretär für die öffentlichen Bauten,

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse et **Sa Majesté le Roi d'Italie** désirant profiter des réserves contenues à l'article 59 du Traité télégraphique international signé à Paris le 17 mai 1865, et assurer aux deux pays les avantages d'un tarif modéré pour l'échange de leurs dépêches télégraphiques, ont résolu de conclure une convention à cet effet et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse: M. Jean-Baptiste *Pioda*, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi d'Italie; et

Sa Majesté le Roi d'Ialie: M. le Chevalier Etienne *Jacini*, Grand-Officier de Son Ordre des Saints Maurice et Lazare, Député au Parlement, Son Ministre Secrétaire d'Etat pour les travaux publics,

welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart haben.

Art. 1. Die Taxe für eine telegraphische Depesche von zwanzig Worten soll einheitlich festgesezt werden, nemlich:

a. auf zwei Franken für alle gewechselten Korrespondenzen zwischen den schweizerischen Büreaux und den Büreaux des Königreichs Italien, welche in einem Rayon von hundert Kilometern, von irgend einem Punkte der schweizerisch-italienischen Grenze an gerechnet, gelegen sind, wobei der Betrag der Taxe zwischen beiden Staaten zur Hälfte getheilt wird;

b. auf drei Franken für alle gewechselten Korrespondenzen zwischen den schweizerischen Büreaux und den übrigen Büreaux des Königreichs Italien, wobei der Betrag der Taxe im Verhältniß zu einem Drittheil für die Schweiz und zu zwei Drittheilen für Italien getheilt wird.

Die auf die Depesche von zwanzig Worten anwendbare Taxe wird um die Hälfte ge-

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté les dispositions suivantes :

Art. 1er. La taxe de la dépêche télégraphique de vingt mots sera uniformément fixée, savoir :

a. à deux francs pour toutes les correspondances échangées entre les bureaux suisses et les bureaux du Royaume d'Italie situés dans un rayon de cent kilomètres, à partir d'un point quelconque de la frontière suisse-italienne, le montant de la taxe étant partagé par moitié entre les deux Etats ;

b. à trois francs pour toutes les correspondances échangées entre les bureaux suisses et les autres bureaux du Royaume d'Italie, le montant de la taxe étant partagé dans la proportion d'un tiers pour la Suisse et de deux tiers pour l'Italie.

La taxe applicable à la dépêche de vingt mots s'accroît de moitié par chaque série in-

steigert für jede untheilbare Serie von zehn Worten über zwanzig Worte hinaus.

Art. 2. Die italienische Regierung verpflichtet sich, auf den Transit aller zwischen den schweizerischen und den päpstlichen Büreaux gewechselten Korrespondenzen die dem am meisten begünstigten Staate gestattete Taxe anzuwenden und unter den nemlichen Bedingungen.

Art. 3. Die in dem allgemeinen in Kraft bestehenden Vertrage enthaltenen Bestimmungen sollen mit Ausnahme dessen, was die Taxation der Depeschen und die Vertheilung der Taxen betrifft, auf die Auswechslung der Depeschen angewendet werden, welche Gegenstand dieser Uebereinkunft bilden.

Art. 4. Die in dem Vertrage vom 6. Juli 1864, sowie in demjenigen vom 2. September 1858 und in der Uebereinkunft vom 6. Oktober 1859 enthaltenen Bestimmungen fallen mit dem Tage dahin, an welchem der gegenwärtige Vertrag in Kraft tritt.

Art. 5. Der gegenwärtige Vertrag, welcher vom 1. September 1865 an in Vollziehung

divisible de dix mots au-dessus de vingt.

Art. 2. Le Gouvernement italien s'engage à appliquer au transit pour toutes les correspondances échangées entre les bureaux suisses et les bureaux pontificaux la taxe accordée à l'Etat le plus favorisé et aux mêmes conditions.

Art. 3. A l'exception de ce qui concerne la taxation des dépêches et la répartition des taxes, les dispositions contenues dans la convention générale en vigueur seront appliquées à l'échange des dépêches qui font l'objet de la présente convention.

Art. 4. Les dispositions contenues dans la convention du 6 juillet 1864, de même que dans celle du 2 septembre 1858 et dans l'arrangement du 6 octobre 1859 seront abrogées à dater du jour de l'entrée en vigueur de la présente convention.

Art. 5. La présente convention, exécutoire à partir du 1er septembre 1865, sera con-

treten kann, wird für unbestimmte Zeit als in Kraft bestehend erklärt, so lange als dessen Kündigung nicht durch einen der kontrahirenden Staaten erfolgt; in diesem lezteren Falle bleibt er vom Tage der Kündigung an bis nach Verfluß eines Jahres in Kraft.

Derselbe soll ratifizirt und die Ratifikationen sobald als möglich ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die beidseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigesezt.

So geschehen zu Florenz, in doppelter Ausfertigung, den fünften Juli eintausend achthundert fünf und sechzig.

(L. S.) (Gez.) **J. B. Pioda.**
(L. S.) (Gez.) **E. Jacini.**

sidérée comme étant en vigueur pour un temps indéterminé, tant que la dénonciation n'en sera pas faite par l'un des Etats contractants; dans ce dernier cas elle demeurera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en sera faite.

Elle sera ratifiée et les ratifications seront échangées aussitôt que faire se pourra.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à *Florence* en double expédition le cinq juillet mille huit-cent soixante-cinq.

(L. S.) (Sig.) **J. B. Pioda.**
(L. S.) (Sig.) **E. Jacini.**

erklärt den vorstehenden Vertrag seinem ganzen Inhalte nach als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, denselben, so weit es von ihr abhangt, gewissenhaft zu beobachten.

Noi avendo veduto ed esaminato la qui sovrascritta Convenzione ed approvandola in ogni e singola sua parte, l'abbiamo accettata, ratificata e confermata, come per le presenti l'accettiamo, ratifichiamo e confermiamo, promettendo di osser-

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenossenschaft unterschrieben und mit dem eidgenössischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den zweiten August eintausend achthundert fünf und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

varla e di farla osservare inviolabilmente. In fede di che Noi abbiamo firmato le presenti lettere di ratificazione e vi abbiamo fatto apporre il Nostro Reale Sigillo. Date in *Torino* addì ventisette del mese di Agosto l'anno del Signore Mille ottocento sessantacinque e del Regno Nostro il Decimosettimo.

Vittorio Emanuele.

(L. S.)

Per parte di Sua Maestà il Re,

Il Presidente del Consiglio, Ministro Segretario di Stato per gli affari esteri:

Alf°. La Marmora.

Note. Die Ratifikationen des vorstehenden Vertrages sind zwischen dem schweizerischen Minister in Florenz, Herrn Pioda, und dem Minister des Aeußern von Italien, Herrn La Marmora, am 30. August 1865 in Florenz ausgewechselt worden.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Militärorganisation für den Kanton Appenzell A. Rh.

(Vom 5. Herbstmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Prüfung der aus 134 Artikeln bestehenden Militärorganisation des Kantons Appenzell der äußern Rhoden, erlassen vom dortigen Großen Rathe am 24. April und 26. Brachmonat 1865;

auf den Bericht seines Militärdepartements,

erklärt:

Daß diese Verordnung nichts enthält, was der eidg. Militärorganisation vom 8. Mai 1850 und den dem Kanton Appenzell A. Rh. obliegenden bundesgemäßen Verpflichtungen entgegen ist; weßhalb dieselbe sofort in Vollziehung gesezt werden kann.

Bern, den 5. Herbstmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

Herabsezung des Preises für das Sprengpulver.

(Vom 29. Herbstmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

auf den Antrag seines Finanzdepartements,

beschließt:

1. Der Preis des Sprengpulvers ist vom 15. Weinmonat d. J. an auf einen Franken per Pfund festgesezt.

2. Das Finanzdepartement ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Bern, den 29. Herbstmonat 1865.

Der Vizepräsident des Bundesrathes:
J. M. Knüsel.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Militärorganisation des Kantons Unterwalden ob dem Wald.

(Vom 9. Weinmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Anhörung eines Berichtes des eidg. Militärdepartements,

ertheilt der von der h. Landsgemeinde des Kantons Unterwalden ob dem Wald unterm 30. April 1865 genehmigten Militärorganisation hiemit unter den nachstehenden Bedingungen seine Genehmigung:

1. Daß die Vorschriften der Artikel 36, 37 und 40 so gehandhabt werden, daß sowohl Auszug als Reserve jederzeit so viel Ueberzählige aufweisen, um den sich ergebenden Abgang ersezen zu können.

2. Daß die Zielschießübungen gemäß Art. 9 des Bundesgesezes vom 15. Heumonat 1862 (VII, 290), betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der eidg. Militärorganisation vom 8. Mai 1850, stattfinden, und daß daher die im Art. 81 der Militärorganisation von Obwalden erwähnten Schießübungen nicht an die Stelle der vom Bundesgeseze vorgeschriebenen Schießübungen treten.

Bern, den 9. Weinmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Uebereinkunft

zwischen

dem schweiz. Bundesrathe und der päpstlichen Regierung, betreffend den telegraphischen Verkehr zwischen der Schweiz und dem Kirchenstaate.

(Vom 14/20. Weinmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath und die päpstliche Regierung haben auf dem Wege der Korrespondenz in Betreff des telegraphischen Verkehrs zwischen der Schweiz und dem Kirchenstaate die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

1. Die Taxe für eine telegraphische Depesche von zwanzig Worten wird für alle zwischen der Schweiz und dem Kirchenstaate über die schweizerisch-italienischen Grenzpunkte gewechselten Korrespondenzen, welches auch das Aufgabe- und Bestimmungsbüreau sei, einheitlich auf vier Franken festgesezt. Diese Taxe wird um die Hälfte erhöht für jede untheilbare Serie von zehn Worten über zwanzig Worte hinaus.

1. La taxe de la dépêche télégraphique de vingt mots sera uniformément fixée à quatre francs pour toutes les correspondances échangées entre les Etats de l'Eglise et la Suisse par les frontières suisses-italiennes, quels que soient le bureau de provenance et le bureau de destination. Cette taxe s'accroît de moitié par chaque série indivisible de dix mots au-dessus de vingt.

2. Der Betrag der Taxe soll im Verhältniß zu einem Viertheil für die schweizerische Verwaltung, zu einem Viertheil für die päpstliche Verwaltung und zu zwei Viertheilen für die italienische Verwaltung getheilt werden.

2. Le montant de la taxe sera réparti dans la proportion d'un quart pour l'administration pontificale, d'un quart pour l'administration suisse, et de deux quarts pour l'aministration italienne.

3. Die Bestimmungen des Vertrags von Bern, welche durch die gegenwärtige Uebereinkunft in keiner Weise abgeändert werden, sind für den Moment auf die zwischen der Schweiz und dem Kirchenstaate gewechselten Korrespondenzen noch anzuwenden. Diese Bestimmungen sollen durch diejenigen des internationalen Vertrages, welcher den 17. Mai 1865 zu Paris abgeschloßen wurde, von dem Tage an ersezt werden, an welchem derselbe zwischen den kontrahirenden Staaten in Kraft tritt.

3. Les dispositions du traité de Berne qui ne sont point modifiées par le présent arrangement continueront pour le moment à être appliquées à la correspondance échangée entre la Suisse et les Etats de l'Eglise. Ces dispositions seront remplacées par celles du traité international conclu à *Paris* le 17 Mai 1865, à dater du jour de sa mise en vigueur entre les Etats contractants.

Ferner wird vereinbart, daß die also festgesezten Bestimmungen vom 1. Wintermonat 1865 an zur Anwendung kommen sollen.

Il est convenu en outre que les dispositions ainsi arrêtées seront appliquées à dater du 1er Novembre 1865.

Der Bundesrath verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, so weit es von lezterer abhangt, die obge-

Par l'organe du Soussigné le Gouvernement pontifical promet, en tant qu'il dépend de lui, d'observer fidèlement et

bachten Bestimmungen jederzeit treu zu beobachten.

Bern, den 20. Weinmonat 1865.

Der Bundespräsident:
Schenk.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

en tout temps les susdites dispositions.

Lucerne, le 14 Octobre 1865.

Le Chargé d'Affaires du St. Siége:
Ange Bianchi.

Note. Der Bundesrath hat die vorstehende Uebereinkunft in Anwendung der durch Art. 2 des Bundesbeschlußes vom 20. Heumonat 1865 (VIII, 473) erhaltenen Ermächtigung abgeschloßen.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Reiseentschädigung für den Obersten der Kavallerie.

(Vom 10. Wintermonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht eines Berichtes des eidg. Militärdepartements,

beschließt:

1. Der Oberst der Kavallerie wird bezüglich der Berechnung der Reiseentschädigung und der Vergütung für den Pferdetransport den übrigen Inspektoren gleichgestellt.

2. Die damit im Widerspruch stehenden Bestimmungen der Beschlüsse vom 10. Christmonat 1856 (V, 500) und 22. April 1862 (VII, 277) treten außer Kraft.

Bern, den 10. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesgesez

betreffend

die Errichtung eines eidgenößischen Stabsbüreaus.

(Vom 13. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 9. Wintermonat 1864,

beschließt:

Art. 1. Unter der Verwaltung des eidgenößischen Militärdepartements wird ein Stabsbüreau errichtet.

Art. 2. Das Stabsbüreau hat die Aufgabe:

a. die eidgenößischen Militärarchive und Sammlungen zu erhalten, zu klassifiziren und zu vervollständigen;
b. die zu den Plänen der Landesvertheidigung nöthigen Materialien zu sammeln;
c. den Offizieren des eidgenößischen Stabes die Gelegenheit zu geben, die Hilfsmittel für die militärische Landeskunde und Landesvertheidigung kennen zu lernen.

Art. 3. Das Stabsbüreau begreift in sich: das topographische Büreau mit der Aufgabe, die Sammlung der topographischen Aufnahmsblätter zu vervollständigen; die Produktion des nöthigen Bedarfs an gedrukten Karten zu besorgen; den Kantonalbehörden auf ihr Verlangen hin Kopien zu verabfolgen und Aufschlüsse zu ertheilen, und von stattgefundenen lokalen Aenderungen Notiz zu nehmen, sowie den Atlas nach den seit der Aufnahme erfolgten Veränderungen fortzuführen.

Art. 4. An der Spize des Stabsbüreaus steht ein Chef, dem die gesammte Verwaltung der Archive übertragen ist.

Er bezieht eine jährliche Besoldung von 4000 bis 4500 Franken.

Art. 5. Das Stabsbüreau soll namentlich folgende Sammlungen enthalten:

1. die Militärbibliothek;
2. die Kartensammlung;
3. das Archiv der Denkschriften über militärische Landeskunde und Landesvertheidigung;
4. die Sammlung der militärstatistischen Notizen über die Nachbarländer und deren Kriegsmittel;
5. das Archiv für die Kriegsgeschichte des Landes;
6. das spezielle Archiv der Artillerie;
7. die topographischen Originalien und eventuell die Reliefsammlung.

Art. 6. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Gesezes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,
Bern, den 6. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,
Bern, den 13. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:
Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.
Bern, den 20. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Gleichstellung verschiedener Artikel des Zolltarifs von 1851 mit dem Konventionaltarif vom 1. Heumonat 1865.

(Vom 15. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
auf den Bericht des Bundesrathes vom 11. Weinmonat 1865,
beschließt:

1. Der Beschluß des Bundesrathes vom 25. Augstmonat d. J., betreffend die Gleichstellung des Einfuhrzolles im Zolltarif

von 1851 mit demjenigen im provisorischen, seit dem 1. Heumonat 1865 in Kraft bestehenden eidgenößischen Konventionaltarif für ungenießbare fette Oele und Fettwaaren, so wie für unverarbeitete Eisengußwaaren wird genehmigt. *)

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 11. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 15. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

---

*) Der Einfuhrzoll per Zentner beträgt nunmehr:

50 statt bloß 30 Rpn. für Oel, gemeines, fettes, ungenießbares, zu industriellen Zweken, zum Brennen oder Schmieren, so wie

50 „ „ 30 „ „ Talg (Unschlitt), roh, und andere nicht genannte rohe Fettwaaren.

Fr. 1 „ „ 75 „ „ Eisenguß, ganz unverarbeiteter, wie Platten, Oefen, Räder, Kochgeschirr u. dgl.

Unverändert bleiben hingegen, da wo der Tarif von 1851 fortbesteht, die Ansäze von

Fr. 3. 50 Rpn. für Oele, zum Tischgebrauche und für die Küche tauglich, ferner

„ Gußeisen, verarbeitetes, abgedrehte oder genietete Eisengußstüke, zusammengepaßte Stüke, geschliffenes oder emaillirtes Gußeisen, und zusammengefügte gußeiserne Möbeltheile.

„ –. 75 „ „ Butter, süße, gesottene oder gesalzene; ebenso

„ Schweineschmalz, genießbares.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 20. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesgesez

betreffend

die Besoldung des Oberzolldirektors.

(Vom 15. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

in Ergänzung der Besoldungsgeseze vom 1. Augstmonat 1863 (VII, 604), und 29. Herbstmonat 1864 (VIII, 155);

nach Einsicht der Botschaft des Bundesrathes vom 11. Herbstmonat 1865,

beschließt:

Art. 1. Die Jahresbesoldung des Oberzolldirektors ist auf 5000 Franken festgesezt.

Art. 2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Gesezes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 11. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 15. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. J. Rüttimann.

Der Protokollführer: J. Kern-Germann.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.

Bern, den 20. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: Schenk.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

Freilaßung der Bürgen für die im Jahr 1858 der Gesellschaft der Eisenbahn durch den industriellen Jura geliehenen Million.

(Vom 15. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Kenntnißnahme von einer Eingabe des Kantonalkomites, d. d. Neuenburg den 16. Heumonat 1865;

nach Einsicht des Berichts des Bundesrathes vom 25. Weinmonat 1865,

beschließt:

1. Der Bundesrath ist ermächtigt, mit dem neuenburgischen Subskriptionskomite für die Ablösung des Darleihens der Jura

Industriel-Gesellschaft im Betrage von einer Million zweimalhundert zwei und fünfzigtausend und vier und fünfzig Franken und achzig Rappen (Fr. 1,252,054. 80) mittelst Entrichtung einer Summe von zweimalhunderttausend (Fr. 200,000) Franken in Unterhandlung zu treten.

2. Die Unterhandlungen sind in der Weise zu führen, daß sie bis spätestens am 31. Christmonat nächsthin zum Abschluß gelangen, in der Meinung, daß wenn bis zu dieser Zeit die Summe von 200,000 Franken nicht bezahlt wäre, der Rechtstrieb gegen die Bürgen unmittelbar wieder aufgenommen werden soll.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 13. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 15. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 20. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**



Bundesgesez
betreffend
die internen postamtlichen Geldanweisungen.

(Vom 15. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

in Revision des Art. 30 des Posttaxengesezes vom 6. Hornung 1862, Alinea 3, betreffend die Festsezung der Maximalbeträge der internen postamtlichen Geldanweisungen (VII, 146);

nach Einsicht einer bezüglichen Botschaft des Bundesrathes vom 27. Weinmonat 1865,

beschließt:

1. Für diejenigen Geldanweisungen, die bei einem Büreau der Kreispostdirektionen und bei denjenigen Postbüreaux, welche das Postdepartement zu bezeichnen hat, zahlbar sind, wird das Maximum auf Fr. 500, für die Geldanweisungen, die bei allen übrigen Büreaux ausbezahlt werden können, auf Fr. 200 festgesezt.

2. Die Bestimmung des Alinea 3 im Art. 30 des Posttaxengesezes vom 6. Hornung 1862 wird hiemit außer Kraft gesezt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 13. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 15. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.

Bern, den 6. Christmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Fristverlängerung in Sachen der Juragewässerkorrektion.

(Vom 16. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung

der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 23. Weinmonat 1865,

beschließt:

1. Die den Kantonen Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg durch Art. 5 des Bundesbeschlußes vom 22. Christmonat 1863 (VIII, 14) festgesezte, durch Bundesbeschluß vom 14. Christmonat 1864 (VIII, 177) bis 31. Christmonat 1865 verlängerte Frist für die Abgabe ihrer Erklärungen, betreffend den Beitritt zu den Bestimmungen des ersterwähnten Bundesbeschlußes, wird um ein weiteres Jahr, also bis 31. Christmonat 1866 verlängert.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 3. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 20. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Garantie verschiedener Verfaßungsgeseze des Kantons Zürich vom 28. und 29. Augstmonat 1865 über Abänderung der dortigen Staatsverfaßung.

(Vom 16. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes über die Revision der Verfaßung des Kantons Zürich vom 10. März 1831 mittelst sieben verschiedener Verfaßungsgeseze, welche durch die Volksabstimmung vom 15. Weinmonat 1865 angenommen worden sind;

In Berüksichtigung:

daß diese Verfaßungsartikel in keiner Weise mit der Bundesverfaßung im Widerspruche stehen;

daß dieselben von der Mehrheit des zürcherischen Volkes angenommen worden sind,

beschließt:

1. Den revidirten Artikeln der Verfaßung des Kantons Zürich vom Jahr 1831, wie sie in sieben Verfaßungsgesezen durch Volksabstimmung vom 15. Weinmonat 1865 angenommen worden sind, wird hiemit die bundesgemäße Garantie ertheilt.

2. Dieser Beschluß ist dem Bundesrathe mitzutheilen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 7. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 20. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Bewilligung von Nachtragskrediten an den Bundesrath für das Jahr 1865.

(Vom 17. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 3. Wintermonat 1865,

beschließt:

Es werden folgende Nachtragskredite für das Jahr 1865 bewilligt:

Justiz- und Polizeidepartement.

Büdget-Rubriken. Nr.	Litt.					
13.	F.	c.	Fremdenpolizei		Fr. 40,000	
"	"	e.	Unvorhergesehenes:			
			1. Entwurf eines schweiz. Handelsrechts . .	Fr. 12,000		
			2. Dappenthaler-Einbürgerung	" 8,000		
					" 20,000	
						Fr. 60,000

Militärverwaltung.

14.	A.	—	Ausgaben für das topographische Büreau .		" 10,800

Postverwaltung.

16.	G.	II.	Kommissäre und Reisekosten .	Fr. 5,000	
"	"	III.	Büreaukosten	" 31,000	
					" 36,000
			Uebertrag		Fr. 106,800

Telegraphenverwaltung.

Büdget-Rubriken.

Nr.	Litt.					
					Uebertrag	Fr. 106,800
17.	D.	I.	Gehalte und Vergütungen . .	Fr. 6,000		
"	"	II.	Expertisen und Reisekosten . .	" 2,000		
"	"	III.	Büreaukosten	" 5,000		
						" 13,000

Zollverwaltung.

15.	B.	VIII.	Verschiedenes	" 2,500

Departement des Innern.

9.	B.	7.	Unvorhergesehenes	" 2,000
			Total	Fr. 124,300

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 8. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 20. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Rorschach nach Romanshorn auf St. Gallischem Gebiete.

(Vom 18. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht

einer zwischen dem Regierungsrathe des Kantons St. Gallen und der Direktion der schweizerischen Nordostbahngesellschaft vereinbarten, vom Großen Rathe des Kantons St. Gallen unterm 8. Brachmonat 1865 genehmigten Konzession für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Rorschach nach Romanshorn auf St. Gallischem Gebiete;

und einer bezüglichen Botschaft des Bundesrathes vom 30. Weinmonat 1865;

in Anwendung des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852,

beschließt:

Es wird dieser Konzession unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes ertheilt.

Art. 1. In Erledigung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einfluße des Unternehmens auf den Postertrag, eine jähr-

liche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betriebe befindliche Wegstreke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternehmung nicht mehr als 4 % nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die hier konzessionirte Eisenbahn sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, vom 1. Mai 1858 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er jeweilen 5 Jahre zum Voraus den Rükkauf erklärt hat.

Von diesem Rükkaufsrechte darf jedoch nur Gebrauch gemacht werden, falls die ganze Bahn Rorschach-Romanshorn-Winterthur-Zürich-Aarau-Wöschnau sammt der Abzweigung Turgi-Koblenz (Mitte Rhein) der Nordostbahngesellschaft abgenommen wird.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die leztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesezt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter erwählt und von den leztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreiervorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichtes.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

a. Im Falle des Rükkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der fünfundzwanzigfache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen 10 Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rükkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rükkaufes im 75. Jahre der zweiundzwanzig und ein halbfache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immer-

hin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

b. Im Falle des Rükkaufes im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen.

c. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rükkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rükkaufssumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 15 Monaten, von dem Tage des Inkrafttretens dieses Beschlußes an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung der Bahnunternehmung zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesezgebung über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen vom 28. Heumonat 1852 genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen. Im Besondern soll den Befugnissen, welche der Bundesversammlung gemäß Art. 17 des erwähnten Bundesgesezes zustehen, durch die im Art. 3 der Konzession enthaltenen Bestimmungen über die Errichtung von Eisenbahnen in gleicher Richtung nicht vorgegriffen sein.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 17. Wintermonat 1865.

Der Vizepräsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 18. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 27. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

das Büdget für das Jahr 1866.

(Vom 18. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des Büdgets für das Jahr 1866 nebst Botschaft des Bundesrathes vom 13. Weinmonat 1865,

beschließt:

1. Der Bundesrath wird eingeladen, bei Anlaß der Erledigung der Stelle eines Adjunkten für das Personelle und Oberinstruktors der Infanterie zu untersuchen, ob es nicht der Fall wäre, in der diesfälligen Organisation eine Aenderung vorzunehmen, wobei etwa die Funktionen eines Oberinstruktors der Infanterie mit denen eines Oberinstruktors der Scharfschüzen vereinigt würden.

2. Der Bundesrath wird eingeladen, den durch Beschluß des Ständerathes vom 22. Christmonat 1863 verlangten Bericht bezüglich des Schneebruchs am St. Gotthard mit thunlicher Beförderung abzugeben.

3. Der Bundesrath ist eingeladen, zu untersuchen und Bericht zu erstatten, ob eine, namentlich in so kurzen Zeiträumen sich wiederholende eidgenößische Subventionirung schweizerischer Industrieausstellungen im Auslande im wirklichen und nachhaltigen Interesse der schweizerischen Industrie, so wie des Handels und der Landwirthschaft liege, oder ob die Unterstüzung internationaler Ausstellungen in der Schweiz volkswirthschaftlich nicht weit mehr gerechtfertigt wäre.

4. Der Bundesrath wird eingeladen, näher zu prüfen, ob nicht auf den Telegraphenbüreaux, ohne unverhältnißmäßige Kostenvermehrung, der Nachtdienst in ausgedehnterer Weise in Anwendung gebracht werden könne und solle, und hierüber allfällige Verfügungen zu treffen, oder Bericht und Antrag zu hinterbringen.

5. Für die internationale Ausstellung in Paris wird ein Gesammtkredit von 200,000 Franken bewilligt, wovon auf das Büdget für das Jahr 1866 Fr. 40,000 zu nehmen sind.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 18. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Wintermonat 1865.

Der Vizepräsident: **Welti.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 1. Christmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesgesez
betreffend
die Revision der Bundesverfaßung.

(Vom 19. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

in Anwendung der Artikel 111, 112 und 114, so wie des Artikels 74, Ziffer 1 der Bundesverfaßung,

beschließt:

Artikel 1. Es wird dem schweizerischen Volke und den Kantonen die nachfolgende veränderte Faßung der Artikel 37, 41, 42, 44 und 48 der Bundesverfaßung, so wie die Aufnahme dreier neuer Artikel: 54 a, 59 a und 59 b, zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt.

Artikel 37.

Die Festsezung von Maß und Gewicht ist Bundessache.

Artikel 41.

5. Der Bund gewährleistet allen Schweizern das Recht der freien Niederlaßung im ganzen Umfange der Eidgenoßenschaft nach folgenden nähern Bestimmungen:

1. Keinem Schweizer kann die Niederlaßung in irgend einem Kanton verweigert werden, wenn er folgende Ausweisschriften besizt:

a. einen Heimatschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift;

b. ein Zeugniß sittlicher Aufführung;
c. eine Bescheinigung, daß er in bürgerlichen Rechten und Ehren stehe.

2. Der Niedergelaßene darf von Seite des die Niederlaßung gestattenden Kantons mit keiner Bürgschaft und mit keinen andern besondern Lasten behufs der Niederlaßung belegt werden.

3. Ein Bundesgesez wird die Dauer der Niederlaßungsbewilligung, so wie das Maximum der zur Erlangung derselben an den Kanton zu entrichtenden Kanzleigebühren bestimmen.

4. Der Niedergelaßene genießt alle Rechte der Bürger des Kantons, in welchem er sich niedergelaßen hat, mit Ausnahme des Mitantheils an Gemeinds- und Korporationsgütern. In Betreff des Stimmrechtes in Gemeindeangelegenheiten ist er dem niedergelaßenen Kantonsbürger gleich zu halten.

Dem Niedergelaßenen wird insbesondere freie Gewerbsausübung und das Recht der Erwerbung und Veräußerung von Liegenschaften zugesichert, nach Maßgabe der Geseze und Verordnungen der Kantone, welche in allen diesen Beziehungen den Niedergelaßenen dem eigenen Bürger gleich halten sollen.

5. Den Niedergelaßenen anderer Kantone können von Seite der Gemeinde keine größeren Leistungen an Gemeindelasten auferlegt werden, als den Niedergelaßenen des eigenen Kantons.

6. Der Niedergelaßene kann aus dem Kanton, in welchem er niedergelaßen ist, weggewiesen werden:

a. durch gerichtliches Strafurtheil;
b. durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er die bürgerlichen Rechte und Ehren verloren hat, oder sich eines unsittlichen Lebenswandels schuldig macht, oder durch Verarmung zur Last fällt, oder schon oft wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften bestraft werden mußte.

7. Der Bundesgesezgebung wird vorbehalten, zu bestimmen, ob die Geseze des Heimat- oder diejenigen des Niederlaßungskantons für die Besteurung, so wie für die Regelung der zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelaßenen maßgebend sein sollen.

Artikel 42.

Jeder Bürger eines Kantons ist Schweizerbürger.

Der niedergelaßene Schweizerbürger genießt in den eidgenößischen und kantonalen Angelegenheiten alle Rechte der Bürger des Kantons, in welchem er niedergelaßen ist.

Niemand darf in mehr als einem Kanton politische Rechte ausüben.

Artikel 44.

Die Glaubensfreiheit ist unverlezlich.

Um des Glaubensbekenntnisses willen darf Niemand in den bürgerlichen oder politischen Rechten beschränkt werden.

Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Konfessionen, so wie innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung auch jeder andern Religionsgenoßenschaft im ganzen Umfange der Eidgenoßenschaft gewährleistet

Den Kantonen, so wie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen und Religionsgenoßenschaften die geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Artikel 48.

Sämmtliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger in der Gesezgebung sowohl, als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleich zu halten.

Artikel 54 a (neuer Artikel).

Der Bundesgesezgebung bleibt es anheimgestellt, einzelne Strafarten als unzuläßig zu erklären.

Artikel 59 a (neuer Artikel).

Der Bund ist befugt, gesezliche Bestimmungen zum Schuze des schriftstellerischen, künstlerischen und industriellen Eigenthums zu erlaßen.

Artikel 59 b (neuer Artikel).

Dem Bund steht das Recht zu, gesezliche Bestimmungen gegen den gewerbsmäßigen Betrieb von Lotterie- und Hazardspielen auf dem Gebiete der Eidgenoßenschaft zu erlaßen.

Artikel 2. Der Bundesrath hat für beförderliche und genügende Bekanntmachung der in Vorschlag gebrachten Abänderungen der Bundesverfaßung zu sorgen.

Artikel 3. Es soll über jede der beantragten Abänderungen der Bundesverfaßung besonders abgestimmt werden.

Demgemäß haben neun getrennte Abstimmungen zu erfolgen, nemlich:

1) über Art. 37 (Maß und Gewicht);
2) über Art. 41, Eingang und Ziffer 1, so wie über Art. 48 (Gleichstellung der Schweizer aller Glaubensbekenntnisse mit Beziehung auf das Niederlaßungsrecht, die Gesezgebung und das gerichtliche Verfahren; Gleichstellung der naturalisirten mit den andern Schweizern in Betreff des Niederlaßungsrechtes; Aufhebung des Erfordernisses eines Ausweises über die erforderlichen Mittel zur Ernährung behufs Erwerbung des Niederlaßungsrechtes);
3) über Art. 41, Ziffer 4 (Stimmrecht der Niedergelaßenen in Gemeindeangelegenheiten);
4) über Art. 41, Ziffer 7 (Besteurung und zivilrechtliche Verhältnisse der Niedergelaßenen);
5) über Art. 42 (Stimmrecht der Niedergelaßenen in kantonalen Angelegenheiten);
6) über Art. 44 (Glaubens- und Kultusfreiheit;
7) über Art. 54 a (Ausschließung einzelner Strafarten);
8) über Art. 59 a (Schuz des schriftstellerischen, künstlerischen und industriellen Eigenthums);
9) über Art. 59 b (Verbot des gewerbsmäßigen Betriebes von Lotterie- und Hazardspielen).

Artikel 4. Eine vorgeschlagene Abänderung der Bundesverfaßung ist als angenommen zu betrachten, wenn die Mehrheit

der stimmenden Schweizerbürger und zugleich die Mehrheit der Kantone sich dafür ausspricht.

Artikel 5. Die Stimmgebung des schweizerischen Volkes erfolgt auf dem ganzen Gebiete der Eidgenoßenschaft an einem und demselben Tage. Dieser Tag wird durch den Bundesrath festgesezt. Es darf jedoch die Abstimmung nicht früher als vier Wochen nach geschehener Bekanntmachung der vorgeschlagenen Abänderungen der Bundesverfaßung stattfinden.

Artikel 6. Zur Theilnahme an dieser Abstimmung ist jeder Schweizerbürger berechtigt, welcher bei den Wahlen in den schweizerischen Nationalrath stimmfähig ist.

Es ist jedoch den Kantonen gestattet, mit Bezug auf das für die Stimmberechtigung erforderliche Alter die Vorschriften ihrer kantonalen Gesezgebung zur Anwendung zu bringen, sofern nach denselben das Stimmrecht schon vor zurükgelegtem zwanzigsten Altersjahre beginnt.

Artikel 7. Jeder Kanton ordnet die Abstimmung auf seinem Gebiete an. Dieselbe ist gemeinde- oder kreisweise vorzunehmen. Den Kantonen bleibt es überlaßen, zu bestimmen, ob die Abstimmung offen oder geheim erfolgen soll. Im Uebrigen finden auf dieselbe die in jedem Kanton für Abstimmungen in Verfaßungsangelegenheiten bestehenden Vorschriften Anwendung.

Artikel 8. Ueber die Abstimmung ist in jeder Gemeinde, beziehungsweise in jedem Kreise ein Protokoll aufzunehmen, in welchem genau anzugeben ist, wie viele Stimmende jede einzelne der vorgeschlagenen Verfaßungsänderungen angenommen und wie viele sie verworfen haben.

Artikel 9. Die Kantone als solche geben ihre Stimme durch die nach ihrer Verfaßung hiezu befugten Organe ab.

Jedoch bleibt es den kantonalen Oberbehörden unbenommen, einfach das Ergebniß der eidgenößischen Abstimmung im Kanton (Art. 5 bis 8 hievor) als Votum desselben zu erklären.

Artikel 10. Die Kantone haben ihre Stimmen spätestens 14 Tage nach der schweizerischen Abstimmung abzugeben.

Artikel 11. Die Kantonsregierungen haben die Stimmgebung ihres Kantons, so wie die Protokolle über die eidgenößische Abstimmung, dem Bundesrathe zuhanden der Bundesversammlung zu übersenden.

Die Bundesversammlung wird auf Grundlage derselben das Ergebniß der Abstimmungen erwahren und, falls sich dabei ergibt, daß einzelne oder alle vorgeschlagenen Verfaßungsänderungen angenommen worden sind, die demgemäß revidirte Bundesverfaßung in Kraft erwachsen erklären.

Artikel 12. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Gesezes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 18. Wintermonat 1865.

Der Vizepräsident: **Welti.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 19. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath

beschließt:

Art. 1. Das vorstehende Bundesgesez, betreffend die Revision der Bundesverfaßung, soll in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft aufgenommen und den Kantonsregierungen zur beförderlichen Bekanntmachung zugestellt werden.

Art. 2. Die in diesem Geseze enthaltenen Revisionspunkte sollen dem Schweizervolke zur Abstimmung vorgelegt werden am zweiten Sonntage des künftigen Januars, also am 14. Januar 1866.

Bern, den 22. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**



44.

Verordnung

für

Vollziehung des Bundesgesezes vom 15. Wintermonat 1865, betreffend die internen postamtlichen Geldanweisungen.

(Vom 6. Christmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

zur Ausführung des Bundesgesezes vom 15. Wintermonat 1865, betreffend die internen postamtlichen Geldanweisungen, und in Revision der bezüglichen Verordnung vom 24. April 1862 (VII, 279),

beschließt:

§ 1. Einführung der Geldanweisungen.

Die Postbüreaux übernehmen es, Baarzahlungen, welche ihnen zu diesem Zweke eingeliefert werden, mittelst Anweisung durch ein anderes Postbüreau an die von dem Einzahler bezeichnete Person (Adressat) in der Schweiz auszahlen zu laßen.

§ 2. Betrag der Anweisungen.

Für diejenigen Geldanweisungen, die bei einem Büreau der Kreispostdirektionen und bei denjenigen Postbüreaux, welche das Postdepartement zu bezeichnen hat, zahlbar sind, wird das Maximum auf 500 Franken, — für die Geldanweisungen, die bei allen übrigen Büreaux ausbezahlt werden können, auf 200 Franken festgesezt.

§ 3. Ausstellung der Anweisung.

Zu diesem Zweke wird dem Einzahler ein Briefumschlag zugestellt, auf welchem er den Betrag der Anweisung und die Adresse des Empfängers aufzuschreiben hat.

§ 4. Ausschluß besonderer Bedingungen.

Irgend welche, auf die Auszahlung bezügliche Bedingungen über Münzsorten, Zeitpunkt, Zwek der Zahlung u. s. w. werden von der Postverwaltung nicht angenommen.

§ 5. Taxen.

Die Taxe von Anweisungen wird nach dem Fahrposttarife für Werthstüke berechnet. Für den Briefumschlag sind dem Einzahlungsbüreau 5 Rappen zu entrichten.

Diese Gebühren sind vom Einzahler zum Voraus zu bezahlen.

§ 6. Empfangschein.

Auf Verlangen des Einzahlers wird das Postbüreau demselben für die Einzahlung eine Empfangsbescheinigung gegen eine im Artikel 32 des Posttaxengesezes für eine Werthaufgabbescheinigung bestimmte Gebühr ausstellen.

Das Postdepartement bestimmt diejenigen Fälle, in welchen die Lösung der Empfangscheine obligatorisch ist.

§ 7. Beförderung der Anweisung.

Das Postbüreau der Einzahlung besorgt auf dem ordentlichen Postwege die Uebersendung der Anweisung an das Postbüreau des Bestimmungsortes.

Andere Anweisungen als solche, die von dem Postbüreau der Einzahlung übersendet werden, hat das Postbüreau des Bestimmungsortes nicht anzuerkennen.

§ 8. Gleichzeitige weitere Mittheilungen.

Der Einsender kann unentgeldlich mit der Anweisung gleichzeitig einen Brief an den nemlichen Adressaten befördern, indem er denselben in den Briefumschlag der Anweisung einschließt.

§ 9. Auszahlung.

Das Postbüreau des Bestimmungsortes wird sofort nach Eingang einer richtigen Anweisung dem Adressaten, wenn derselbe im eigenen Bestellbezirke wohnt, den Baarbetrag gegen die auf der Anweisung zu ertheilende Empfangsbescheinigung einhändigen, und sofern der Adressat in einem andern Bestellbezirke wohnt, die Anweisung und den Baarbetrag an die betreffende Postablage zur Bestellung und Beibringung der Empfangsbescheinigung übermachen. Von persönlich unbekannten Adressaten kann das Postbüreau oder die Postablage zu ihrer Sicherheit vor der Auszahlung einen Personalausweis verlangen.

§ 10. Baarschaftszuschuß.

Das Postbüreau des Bestimmungsortes wird die Anweisung dem Adressaten sofort nach Empfang auszahlen. Wenn jedoch dasselbe für die Auszahlung von Anweisungen die genügende Baarschaft nicht besitzt, so kann es einen Aufschub in Anspruch nehmen, der aber nicht über 5 Tage ausgedehnt werden darf, und bei der Kreispostkasse Zuschuß verlangen, zu dessen erforderlicher Verabfolgung die Kreispostkassiere ermächtigt sind.

§ 11. Nichtbestellung, Rüksendung.

Kann wegen Abwesenheit, Nichtauffindung des Adressaten u. s. w. binnen 30 Tagen, von dem Eintreffen der Anweisung an gerechnet, die Auszahlung nicht erfolgen, so wird die Anweisung als erloschen betrachtet und der Betrag dem Einzahler wieder zugestellt.

Diese Bestimmung kommt auch bei poste restante-Anweisungen zur Anwendung.

§ 12. Postablagen.

Das Postdepartement kann, so weit es nothwendig ist, auch den Postablagen die Annahme von Einzahlungen und die Ausstellung und Versendung von Geldanweisungen, so wie die Auszahlung derselben und die bezügliche Verrechnung nach dem Maßstabe der kleinern Postbüreaux übertragen.

§ 13. Ausland.

Die Ausstellung von Geldanweisungen auf Postbüreaux auswärtiger Staaten, so wie die Einlösung solcher Anweisungen darf nur in so weit stattfinden, als hiefür besondere Staatsverträge bestehen und den Postbüreaux bezügliche Weisungen ertheilt worden sind.

§ 14. Portofreiheit.

Für Geldanweisungen findet die Portobefreiung in gleicher Weise statt, wie sie für Geldsendungen im Artikel 35 des Bundesgesezes über die Posttaxen vom 6. Hornung 1862 vorgesehen ist (VII, 129).

§ 15. Garantie.

Die Postverwaltung leistet für die Auszahlung der Anweisungsbeträge in gleicher Weise gesezliche Garantie, wie für die Versendung von Geldern. Reklamationen sind binnen der für Reklamationen wegen verlorner Werthgegenstände festgesezten Frist (Postregalgesez vom 2. Juni 1849, I, 98) zu stellen.

§ 16. Anweisung durch Telegramm.

Wenn der Einzahler die Geldanweisung durch den Telegraphen befördern lassen will, so hat er, unter Entrichtung der Taxen nach Artikel 5, die Einzahlung an das Postbüreau einer Ortschaft, wo sich ein eidgenössisches Telegraphenbüreau befindet, zu leisten.

Das Postbüreau behändigt die Anweisung dem Einzahler, welcher dieselbe dem Telegraphenbüreau zur Beförderung an das

Telegraphenbüreau des Bestimmungsortes zuzustellen und die Telegraphentaxe zu entrichten hat.

Leztere wird dem Adressaten das Telegramm übersenden und gleichzeitig dem Postbüreau des Bestimmungsortes vom Eingange der Anweisung Kenntniß geben, welches sodann gegen Quittung, in Gemäßheit der gegenwärtigen Verordnung, Zahlung leistet.

Die Bestimmungen über die Geldanweisungen durch Telegramm finden bei den Telegraphenbüreaux der Eisenbahnen keine Anwendung.

§ 17. Ausführung.

Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Jänner 1866 in Kraft; dagegen werden die Bestimmungen der Verordnung vom 24. April 1862 außer Anwendung gesezt.

Das Postdepartement wird für die Ausführung dieser Verordnung die erforderlichen Instruktionen und Weisungen erlaßen.

Bern, den 6. Christmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Instruktion

für

den Adjunkten des eidg. Militärdepartements für das Personelle und Oberinstruktor der Infanterie.

(Vom 13. Christmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsichtnahme des Gesezes vom 5. Augstmonat 1857 und desjenigen vom 13. Wintermonat 1865, betreffend Errichtung eines Stabsbüreaus;

auf den Vortrag des eidg. Militärdepartements,

beschließt:

Art. 1. Der Adjunkt des Militärdepartements und Oberinstruktor der Infanterie wird vom Bundesrathe je auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt.

Seine Besoldung ist im Geseze bestimmt; für Reisen wird er wie die übrigen Bundesbeamten entschädigt.

Art. 2. Er steht unmittelbar unter dem eidg. Militärdepartemente und vollzieht die von diesem bezüglich auf seine Amtsverrichtungen erhaltenen Aufträge.

Art. 3. Es liegt ihm die Anregung, Prüfung und Vorbereitung zuhanden des Departements alles dessen ob, was auf die Organisation, Bekleidung, persönliche Ausrüstung und die Instruktion des Generalstabes und der Infanterie Bezug hat.

Insbesondere liegt ihm ob:

a. Die Leitung und Besorgung des Unterrichts der Infanterie, so weit derselbe von dem Bunde übernommen ist, so wie des Unterrichts für den eidg. Generalstab. Er macht die Vorschläge für die in den diesfälligen Schulen und Kursen nöthigen Hilfsinstruktoren.

In Bezug auf den Unterricht der Infanterie wird er namentlich trachten, die Beweglichkeit der Infanterie möglichst auszubilden, die angehenden Offiziere und Aspiranten zu guten und brauchbaren Offizieren heranzubilden, dann die Instruktoren mehr und mehr zu befähigen, ihrer Aufgabe gewachsen zu sein, und endlich die Stabsoffiziere der Infanterie weiter auszubilden.

Er wird bezüglich auf den Unterricht des Generalstabes eine möglichst praktische Richtung befolgen und sein Hauptbestreben darnach richten, gute Offiziere heranzubilden und sie zur ferneren Ausbildung aufzumuntern und anzuregen.

b. Ueberwachung des Unterrichts in den Kantonen; Prüfung, zum Zweke der Antragstellung ans Departement, der Instruktionspläne der Kantone und der bezüglichen Vorberichte der Kreis-Inspektoren, so wie der von den leztern erstatteten Inspektionsberichte; Vorschläge zu allen auf die Instruktion und Inspektion bezüglichen Weisungen und Mittheilungen an die Inspektoren und die Kantonalmilitärbehörden; ferner zu Verbesserungen im Unterrichts-, Bekleidungs- und Ausrüstungswesen.

Er überwacht das Infanterie-Instruktionspersonal der Kantone und macht die Vorschläge über dessen Einberufung in die eidgenößischen Instruktorenschulen.

Er führt einen Namens- und Dienstetat der Infanterie-Instruktoren der Kantone.

c. Anregung und Vorschläge für alles, was den höhern Militärunterricht der Armee überhaupt betrifft, wie die Truppen-

zusammenzüge u. s. w., unbeschadet der jedem Chef der Spezialwaffen zustehenden Kompetenzen.

d. Anregung und Vorschläge ans Departement für alles, was auf die Besezung des Generalstabes, auf die dahin einschlagenden Ernennungen und Beförderungen, auf die Unterrichtskurse, so wie auf die Dienstaufgebote der Generalstabsoffiziere Bezug hat.

e. Prüfung, zum Zweke der Antragstellung ans Departement, der Militärorganisationen der Kantone und Anregung von nothwendigen oder nüzlichen Reformen in den kantonalen und der eidgenößischen Militärorganisation.

f. Beobachtung der Entwiklung und Fortschritte in den Militärverhältnissen auswärtiger Staaten; Anregung zu allen für unsere Verhältnisse wünschenswerthen Verbesserungen.

g. Entwurf des Ausgabenvoranschlages für diejenigen eidgenößischen Kurse, welche in seinen Bereich fallen.

h. Erstattung des auf seinen Geschäftsbereich bezüglichen Jahresberichtes.

i. Allfällige weitere administrative Arbeiten, die ihm vom Departement übertragen werden.

Art. 4. Dem Oberinstruktor der Infanterie kann auch, insofern der Vorsteher des Departements, als Chef des Personellen, es für zwekmäßig erachtet, die Kontrolle der Etats für das Personelle des eidg. Stabes und der Truppen des Auszuges, der Reserve und der Landwehr übertragen werden.

Art. 5. Die mit seiner Stellung verbundenen Büreauarbeiten werden von der Kanzlei des Militärdepartements besorgt.

Die Registrirung, Sammlung und Ordnung der auf seinen Geschäftsbereich bezüglichen Akten geschieht auf der Militärkanzlei.

Art. 6. Diese Instruktion, welche sofort in Kraft tritt, ist in die eidg. Gesezsammlung aufzunehmen und wird dem Militärdepartement zur Vollziehung überwiesen.

Art. 7. Mit dem Erlaß gegenwärtiger Instruktion tritt diejenige vom 22. Brachmonat 1863 (VII, 536) außer Kraft.

Bern, den 13. Christmonat 1865.

Der Bundespräsident: Schenk.
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: Schieß.

Bundesbeschluß

betreffend

den Staatsvertrag mit Oesterreich und Bayern über die Erstellung einer Bodenseegürtelbahn und einer Zweigbahn Rüthi-Feldkirch.

(Vom 15. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 11. Weinmonat 1865,

beschließt:

1. Dem zwischen der Schweiz, Oesterreich und Bayern unterm 5. Augstmonat 1865 in München abgeschloßenen Staatsvertrage über die Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen, so wie von Rüthi nach Feldkirch, wird hiemit die vorbehaltene Ratifikation ertheilt.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

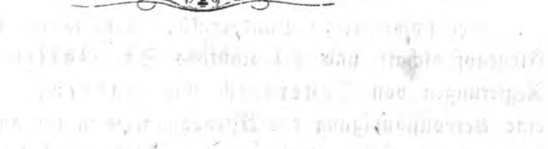
Bern, den 11. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 15. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**



Staatsvertrag

zwischen

der Schweiz, Oesterreich und Bayern über die Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen, so wie von Rüthi nach Feldkirch.

(Vom 5. Augstmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath, Namens der schweizerischen Eidgenoßenschaft und des Kantons St. Gallen, so wie die Regierungen von Oesterreich und Bayern, in der Absicht, eine Vervollständigung des Eisenbahnnezes in den an dem Bodensee gelegenen Gebietstheilen zu bewerkstelligen, haben zum Zweke einer hierüber zu treffenden Vereinbarung Bevollmächtigte ernannt, nemlich:

Der schweizerische Bundesrath, Namens der Eidgenoßenschaft und des Kantons St. Gallen:

den Regierungsrath Herrn Franz Hagenbuch, von Zürich,
den Landammann Herrn Arnold Otto Aepli, von St. Gallen;

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich:

den Ministerialrath im kaiserlich königlichen Ministerium für Handel und Volkswirthschaft, Herrn Dr. Vinzenz Ritter von Maly;

Seine Majestät der König von Bayern:

den Ministerialrath im königlichen Staatsministerium des königlichen Hauses und des Äußern, Herrn Wilhelm Weber, und

den Ministerialrath im königlichen Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Herrn Michael Suttner;

welche nach geschehener Mittheilung und gegenseitiger Anerkennung ihrer Vollmachten über folgende Punkte übereingekommen sind.

Artikel 1.

Es soll

a. eine Eisenbahn von Lindau nach Bregenz und von da nach St. Margarethen zur Verbindung mit den Vereinigten Schweizerbahnen,

b. eine Bahn von Feldkirch gegen Rüthi, gleichfalls zum Anschluß an die Vereinigten Schweizerbahnen hergestellt werden.

Artikel 2.

Die ad a erwähnte Bahn soll sowohl in Lindau als an ihrem anderen Endpunkte auf schweizerischem Gebiete mit den dort mündenden Eisenbahnen in unmittelbare Verbindung gesezt und daher in die bereits bestehenden oder noch zu errichtenden Bahnhöfe eingeführt werden.

Im Falle auf österreichischem Gebiete Eisenbahnen mit der Richtung auf Bregenz erbaut werden, sollen diese mit der Bahn Lindau-Bregenz-St. Margarethen vereinigt werden.

Artikel 3.

Die königlich bayerische Regierung wird dem Konzessionär der Bahn die Mitbenuzung des Bahnhofes Lindau unter angemessenen Bedingungen gestatten.

Dieselbe Mitbenuzung wird dem Konzessionär in den Bahnhöfen zu St. Margarethen und bei Rüthi von Seiten der schweizerischen Bahnverwaltung gestattet werden, und es wird die Regierung von St. Gallen hiefür nöthigenfalls die geeignete Vorsorge treffen.

Artikel 4.

Die Bestimmung der speziellen Bahnlinie, sowie der Stationsplätze bleibt jeder Regierung auf ihrem Gebiete vorbehalten, jedoch soll, so viel möglich, die kürzeste Linie zwischen den im Artikel 1 genannten Hauptpunkten der Bahn eingehalten werden.

Der unmittelbare Anschluß der einzelnen Bahnabtheilungen an der Landesgrenze in horizontaler wie vertikaler Linie bleibt einer nachträglichen Vereinbarung auf Grund technischer Untersuchung vorbehalten.

Zu diesem Ende sollen die Detailpläne der Grenzstreken vor Beginn der Ausführung gegenseitig mitgetheilt werden, auch die bauführenden Techniker während des Baues dieser Streken sich in fortwährendes Benehmen sezen.

Artikel 5.

Der Bau der im Artikel 1 ad a erwähnten Bahn wird auf der bayerischen Streke von der königlich bayerischen Staatsregierung übernommen werden.

Der Bau der Bahnabtheilung auf schweizerischem Gebiete ist von der Regierung des Kantons St. Gallen und beziehungsweise von der Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenoßenschaft bereits im Jahre 1863 den Herren P. Talabot, Ed. Hentsch und Ed. Blount übertragen worden.

Die k. k. österreichische Regierung beabsichtigt, den Bau der Bahnstreke auf österreichischem Gebiete demselben Consortium zu übertragen, und wird seinerzeit von der ertheilten Konzession den beiden mitkontrahirenden Regierungen Mittheilung machen.

Artikel 6.

Der Bau der genannten Bahnstreken soll in der Art betrieben werden, daß dieselben längstens innerhalb 3 Jahren, von dem Tage der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages, resp. der Ertheilung der Konzession für die österreichische Bahnstreke,

falls leztere später erfolgen sollte, an gerechnet, dem regelmäßigen Betriebe übergeben werden können.

Artikel 7.

Um den Betrieb der ganzen Bahnstreke von Lindau bis St. Margarethen so einheitlich wie möglich zu machen, soll derselbe nur einer einzigen Betriebsverwaltung übertragen werden.

Zu diesem Ende erklärt sich die königlich bayerische Regierung bereit, den Betrieb auf der Bahnstreke von Lindau bis zur bayerisch österreichischen Grenze den Konzessionären, und beziehungsweise im Falle der Uebertragung der Betriebsrechte an die Vereinigten Schweizerbahnen, diesen lezteren gegen eine angemessene Pachtrente zu überlassen. Die näheren Bestimmungen hierüber, sowie überhaupt über die Verhältnisse des gemeinschaftlichen Bahndienstes im Bahnhofe zu Lindau werden durch einen besonderen Vertrag der beiderseitigen Betriebsverwaltungen geregelt werden.

Artikel 8.

Die gesammten Bahnstreken sollen gleichmäßig eine Spurweite von 4 Fuß 8½ Zoll englischen Maßes im Lichten der Schienen enthalten.

Das für den durchgehenden Verkehr bestimmte Transportmaterial soll so eingerichtet sein, daß es ohne alle Behinderung sowohl auf die königlich bayerische Staatsbahn, als auch auf die Vereinigten Schweizerbahnen, sowie auf die von Lautrach in der Folge über Dornbirn oder Feldkirch hinaus zu erbauende österreichische Eisenbahn übergehen kann.

Die sonstigen Betriebseinrichtungen sollen ebenfalls so viel möglich in Uebereinstimmung mit den bereits bestehenden gebracht werden. Die von einer der kontrahirenden Regierungen in Betreff ihrer Betriebsfähigkeit gehörig geprüften Lokomotiven und Waggons sollen ohne weiters auch auf die in dem Gebiete der andern Staaten liegenden Streken der im Artikel 1 erwähnten Bahnen übergehen können.

Artikel 9.

In Bezug auf die zu erbauenden Rheinbrüken wird festgesezt, daß die Ueberbrükung des Rheines auf der Linie St. Margarethen-Bregenz-Lindau bei Brugg, jene auf der Linie Rüthi-Feldkirch in thunlichster Nähe bei der Station Rüthi zu geschehen hat.

Diese Brükenbauten sind mit den Rhein-Korrektionsbauten in beiderseitg entsprechende Uebereinstimmung zu bringen und nach den von den Regierungen der Schweiz und Oesterreichs einverständlich zu genehmigenden Plänen zu konstruiren, wobei diese Regierungen gegenseitig die Anbringung von Trottoirs von 1½ Meter Breite für Fußgänger gestatten.

Es geben ferner die k. k. österreichische und die Regierung des Kantons St. Gallen, leztere unter Vorbehalt der Genehmigung der Bundesbehörde, ihre Zustimmung, daß die gedachten beiden Rheinbrüken entweder gleich ursprünglich dermaßen konstruirt oder in der Folge erbreitert werden dürfen, daß dieselben auch für gewöhnliche Fuhrwerke benuzt werden können.

Artikel 10.

Die volle Landeshoheit (also auch die Ausübung der Justiz- und Polizeigewalt) bleibt jeder Regierung für die auf ihrem Gebiete befindlichen Bahnstreken unbedingt und ausschließlich vorbehalten.

Artikel 11.

Die Ausübung der Bahnbetriebs-Polizei soll unter Aufsicht der dazu in jedem Staatsgebiete kompetenten Behörden und in Gemäßheit der für jedes Gebiet geltenden Vorschriften zunächst durch die Beamten der Eisenbahn-Betriebsverwaltung gehandhabt werden, welchen sowohl in Oesterreich als in Bayern und der Schweiz diejenigen Befugnisse eingeräumt werden, welche dort im Allgemeinen für die Beamten anderer Privatbahnen Geltung haben.

Artikel 12.

Die Ernennung des Betriebspersonals steht vorbehältlich der hierüber in den Konzessions-Urkunden getroffenen Bestimmungen der Betriebsverwaltung zu.

Das gesammte Beamten-, Diener- und Arbeiter-Personal untersteht den Gesezen und Polizei-Verordnungen desjenigen Staates, in welchem sie sich befinden.

Bei allenfallsigen Verhaftnahmen soll jedoch in Fällen, in welchen ein Verzug mit keinerlei Gefahr verbunden ist, auf die Erfordernisse des Dienstes billige Rüksicht genommen und auch die Oberbetriebsbehörde hievon in Kenntniß gesezt werden.

Artikel 13.

Personen, welche wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen, wegen Schleichhandels oder schwerer Gefälls-Uebertretungen rechtskräftig verurtheilt worden sind, dürfen auf den im gegenwärtigen Vertrage genannten Bahnstreken nicht verwendet werden.

Artikel 14.

Die Festsezung der Tarife und Fahrordnungen bleibt, insofern es die von Oesterreich und der Schweiz ertheilten Konzessionen oder die in den drei kontrahirenden Staaten bestehenden Geseze und Verordnungen über den Betrieb von Eisenbahnen vorschreiben, der Genehmigung der betreffenden Regierungen bezüglich ihrer Bahnstreken vorbehalten.

Es soll sowohl hinsichtlich der Beförderungspreise, als der Zeit der Abfertigung kein Unterschied zwischen den Bewohnern der kontrahirenden Staaten gemacht werden; namentlich sollen die aus dem Gebiete des einen Staates in das Gebiet eines andern Staates übergehenden Transporte weder in Beziehung auf die Abfertigung, noch rüksichtlich der Beförderungspreise ungünstiger behandelt werden, als die aus dem betreffenden Staate abgehenden oder darin verbleibenden Transporte.

Artikel 15.

Die Unternehmung der im Artikel 1 erwähnten Bahnen ist verpflichtet, anderen schweizerischen Bahnunternehmungen den Betriebsanschluß in der Weise zu gestatten, daß, so weit solches im Interesse eines zusammenhängenden Betriebes nothwendig erscheint, durchgehende Wagen für den Güterverkehr (wobei die Wagen der fahrenden Postbüreaux inbegriffen sind), und direkte Personen-, Gepäk- und Waaren-Expeditionsscheine zugelassen werden; sowie daß die Tarifsäze nicht zu Ungunsten der einmündenden Bahnlinien ungleich gehalten werden.

Der eingangs erwähnten Bahnunternehmung wird hinwieder die gleiche Berechtigung in allen vorgenannten Beziehungen gegenüber den schweizerischen Bahnunternehmungen zugesichert.

Artikel 16.

Die Bahn zwischen Lindau und St. Margarethen, sowie jene von Feldkirch über Rüthi nach St. Margarethen werden in allen drei betreffenden Gebieten als allgemeine Zollstraße erklärt und auf denselben allen, nicht einem für alle Straßenzüge jener Gegend giltigen Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbote unterliegenden Waaren der Ein- und Austritt sowohl bei Tag als bei Nacht, ohne Unterschied der Wochen-, Sonn- oder Festtage, für den vorschriftsmäßigen Bahnbetrieb gestattet.

Für Gegenstände, welche in den kontrahirenden Staaten zu den Staatsmonopolien gehören, bleiben bei der Einfuhr die einschlägigen, in jedem Staate bestehenden gesezlichen Bestimmungen maßgebend.

Die Durchfuhr solcher Gegenstände unterliegt lediglich den allgemeinen zollordnungsmäßigen Kontrolen.

Artikel 17.

Für den Gütertransit auf den vorgenannten Bahnstreken tritt Freiheit von allen Durchgangsabgaben ein, und es soll der Verkehr auf denselben, bezüglich der Zollbehandlung, in jeder zuläßigen Weise begünstigt werden.

Die Regierung der Schweiz gestattet daher insbesondere den aus Oesterreich kommenden Gütern, welche mit Begleitschein im Strekenzuge aus Bayern in Bregenz eintreffen, den freien Durchzug auf der Streke St. Margarethen-Feldkirch, und ebenso denjenigen Gütern, welche umgekehrt von Feldkirch über Bregenz durch Bayern nach Oesterreich transitiren.

Auch sollen die aus dem deutschen Zollverein über die gedachte Streke nach Oesterreich und umgekehrt von Oesterreich nach dem deutschen Zollvereine gehenden Güter dieselben Begünstigungen genießen, als wenn dieselben unmittelbar aus dem Zollverein in Oesterreich und beziehungsweise von Oestereich in den Zollverein einteten würden.

Artikel 18.

Die Zollbehandlung an der bayerisch österreichischen Grenze hat bayerischer Seits in Lindau, österreichischer Seits in Bregenz stattzufinden, wobei jedoch, wenn die Bedürfnisse des Verkehrs in der Folge eine andere Einrichtung erfordern sollten, weitere Verabredungen der Regierungen von Bayern und Oesterreich vorbehalten bleiben.

An der schweizerisch österreichischen Grenze sollen für die Zollbehandlung vereinigte (schweizerisch-österreichische) Zollämter zu Lautrach und auf der Station Rüthi mit den erforderlichen Befugnissen errichtet werden.

An den gleichen Orten hat auch die Paßrevision und überhaupt die Handhabung der Paß- und Fremdenpolizei stattzufinden.

Die Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, auf den genannten Stationen die für den Zoll-, Post-, Telegraphen- und Polizeidienst von den betheiligten Regierungen erforderlich anerkannten Lokalitäten den gedachten Aemtern zur unentgeldlichen Benuzung zur Verfügung zu stellen.

Jeder der betreffenden Zollbehörden steht es frei, die Züge innerhalb des Landes und bis zur nächsten Station des Nachbarlandes durch Zollbedienstete begleiten zu lassen. Die Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, für dieses Personal das erforder-

liche Unterkunftslokal herzustellen und demselben die nöthigen Sizpläze auf einem der Wagen in der Art, daß der ganze Zug übersehen werden kann, und den von der Begleitung zurükkehrenden Bediensteten in einem der Personenwagen mittlerer Klasse die unentgeldliche Rükreise zu gewähren.

Auch wird diesem Begleitungspersonal das Recht zum Eintritte und angemessenen Verweilen in allen Klassen der Personenwagen zugestanden.

Artikel 19.

Waaren, welche in vorschriftsmäßig mit Plomben oder Schlössern geschlossenen Coulissenwagen oder in plombirten Blachenwagen untergebracht sind, werden von Bayern aus direkt an alle Stationspläze Oesterreichs und der Schweiz, die an Eisenbahnen liegen, und an welchen sich eine kompetente Zollabfertigungsstelle befindet, und ebenso umgekehrt von Oesterreich und der Schweiz aus nach allen dergleichen Stationspläzen des Zollvereines befördert, ohne daß an den Landesgrenzen oder Zwischenpläzen eine Umladung oder Waarenrevision eintritt, sofern die in den Wagen befindlichen Güter für einen und denselben Bestimmungsort gehören, und so weit nicht ein dringender Verdacht eines Unterschleifes vorliegt; jedoch unterliegen diese Waaren bei den Zollämtern an den bayerischen, beziehungsweise schweizerischen Grenzübertritts-Punkten dem zollamtlichen Ansage-Verfahren, wogegen der unmittelbare Transit dieser Güter durch Oesterreich von jeder zollamtlichen Behandlung daselbst unberührt und nur der nöthigen Aufsicht zur Verhütung von Defraudationen unterstellt bleibt.

Jede Zollbehörde respektirt hiebei den von den Zollbehörden eines der kontrahirenden Staaten angelegten Zollverschluß, so lange derselbe den vorschriftsmäßigen Bedingungen entspricht, und unter dem Vorbehalte, den eigenen Verschluß beizufügen, wenn sie es für angemessen erachtet. Die Verschlußanlage der Zollbehörden anderer mit Bayern oder Oesterreich zollgeeinigter Staaten wird jener der Zollbehörden Bayerns oder Oesterreichs gleichgeachtet.

Artikel 20.

Jeder Wagenzug mit Gütern muß mit einem nach dem Bestimmungsorte ausgeschiedenen Ladungsverzeichnisse in doppelter Ausfertigung begleitet werden, welches die richtige Benennung der Waaren, die Zahl und Bezeichnung der Colli und das Bruttogewicht nebst den Frachtbriefen und anderen Belegen zu enthalten hat, und von der Eisenbahnverwaltung, welche die Güter übernimmt, nach demjenigen Formulare auszustellen ist, welches die Zollverwaltungen der betheiligten Regierungen im wechselseitigen Einverständnisse festsezen werden.

Artikel 21.

Die näheren Förmlichkeiten der zollamtlichen Abfertigung der ein- und ausgehenden Güter, der Passagiereffekten und des Reisegepäkes, sowie die Bestimmungen über die Beschaffenheit der Transportmittel und die Behandlung etwa vorkommender Verschlußverlezungen, sollen von den Zollverwaltungen der betheiligten Staaten einverständlich festgesezt werden, wobei im Interesse der Förderung des Verkehrs jede nach den Gesezen der kontrahirenden Staaten zuläßige Erleichterung und Vereinfachung stattfinden soll.

Artikel 22.

Die im Artikel 1 erwähnten Bahnen sollen auch zur Beförderung der Postsendungen benuzt werden. Zu diesem Zweke werden die Postverwaltungen von Bayern, Oesterreich und der Schweiz das Einverständniß pflegen, um für einen von jeder Hauptstation täglich abgehenden Zug die Abfahrtstunden und dessen Geschwindigkeit zu bestimmen.

Längs der erwähnten Bahnen soll eine Telegraphenleitung für den Bahnbetrieb angelegt werden. Insofern rüksichtlich der Manipulation des Post- und des Telegraphendienstes noch besondere Verfügungen nothwendig sein sollten, werden dieselben von den Post- und Telegraphenverwaltungen der betheiligten Staaten verabredet werden.

Artikel 23.

Reisende, welche auf der durch gegenwärtigen Vertrag bestimmten Eisenbahn durch Oesterreich ohne Aufenthalt transitiren, sollen während ihres Verweilens in den Bahnhöfen, sofern sie dieselben nicht verlassen, keiner speziellen Paßkontrole unterzogen werden.

Im Uebrigen bleibt die polizeiliche Fremdenkontrole jeder Regierung auf ihrem Gebiete vorbehalten.

Artikel 24.

Im Falle die gedachten, auf österreichischem oder schweizerischem Gebiete gelegenen Eisenbahnstreken durch Einlösung (Rükkauf) oder Heimfall von den bezüglichen Regierungen erworben werden sollten, wird für die entsprechende Fortführung des Betriebes auf diesen Streken durch ein besonderes Uebereinkommen geeignete Vorsorge getroffen werden.

Artikel 25.

Gegenwärtiger Vertrag soll in Oesterreich und Bayern der landesherrlichen, in der Schweiz der Genehmigung der Bundesbehörden unterstellt werden.

Die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden wird innerhalb vier Monaten zu Wien vorgenommen werden.

So geschehen München, den 5. August 1865.

(Gez.) **Hagenbuch.** (L. S.) (Gez.) **Maly.** (L. S.) (Gez.) **Weber.** (L. S.)

(Gez.) **Aepli.** (L. S.) (Gez.) **Suttner.** (L. S.)

Ratifikationen des vorstehenden Vertrages.

a. Von der Schweiz.

Der Bundesrath
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, Sr. K. K. Apostolischen Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Bayern durch hiezu Bevollmächtigte am 5. Augstmonat 1865 in München abgeschloßenen Staatsvertrages, betreffend die Erstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen, so wie von Rüthi nach Feldkirch, welcher Vertrag vom schweizerischen Nationalrathe unterm 11. Wintermonat 1865 und vom schweizerischen Ständerathe unterm 15. gleichen Monats genehmigt worden ist, und welcher wörtlich also lautet:

(siehe den Wortlaut hievor)

erklärt den vorstehenden Staatsvertrag nach seinem ganzen Inhalte als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, denselben, so weit es von lezterer abhangt, jederzeit gewissenhaft zu erfüllen.

Zur Urkunde dessen ist die gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den zwanzigsten Wintermonat eintausend achthundert sechzig und fünf (20. Wintermonat 1865).

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

b. Von Oesterreich.

Wir
Franz Joseph
der Erste
von Gottes Gnaden
Kaiser von Oesterreich;
König von Hungarn und Böhmen,
König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien; Erzherzog von Oesterreich; Großherzog von Krakau; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steyer, Kärnthen, Krain, der Bukowina, Ober- und Nieder-Schlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; gefürsteter Graf von Habsburg und Tyrol,
thun kund und bekennen hiemit:

Nachdem zwischen Unserem Bevollmächtigten und jenen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Seiner Majestät des Königs von Bayern zum Zwecke der Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen, sowie von Rüthi nach Feldkirch am 5. August laufenden Jahres zu München ein Vertrag abgeschlossen und unterzeichnet worden ist, welcher von Wort zu Wort lautet wie folgt:

(siehe den Wortlaut hievor)

so haben Wir nach Prüfung sämmtlicher Bestimmungen dieses aus XXV Artikeln bestehenden Vertrages denselben gutgeheißen und genehmigt, und versprechen auch mit Unserem Kaiserlichen Worte für Uns und Unsere Nachfolger, solchen seinem ganzen Inhalte nach getreu zu beobachten und beobachten zu lassen.

Zu dessen Bestätigung haben Wir gegenwärtige Urkunde eigenhändig unterzeichnet und selber Unser kaiserliches Insiegel beidrücken lassen.

So geschehen, in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien am 20. November 1865.

Franz Joseph.

Alexander Graf Mensdorf-Pouilly,
F. M. L.

(L. S.)

c. Von Bayern.

Wir
Ludwig II.
von Gottes Gnaden
König von Bayern,
Pfalzgraf bei Rhein,
Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc.
Urkunden und bekennen hiemit:

Wir haben von dem Vertrage Einsicht genommen, welcher durch Unsere Bevollmächtigten in Unserem Auftrage mit den Bevollmächtigten Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich und des Schweizerischen Bundesrathes über Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen, so wie von Rüthi nach Feldkirch verhandelt und am 5. August dieses Jahres in München abgeschlossen und unterzeichnet worden ist, welcher Vertrag wörtlich also lautet:

(siehe den Wortlaut hievor)

Vorstehenden Vertrag genehmigen und ratifiziren Wir und versprechen, denselben getreulich in Erfüllung zu bringen und beobachten zu lassen.

Dessen zur Urkunde haben Wir gegenwärtige Erklärung eigenhändig unterzeichnet und mit Unserm Siegel versehen lassen.

So geschehen Hohenschwangau am 19. November 1865.

Ludwig.

(L. S.) **Freiherr v. d. Pforten.**

Note. Die Auswechslung der Ratifikationen zum vorstehenden Staatsvertrage hat zwischen dem schweizerischen Geschäftsträger in Wien, Herrn L. E. Steiger, dem k. k. österreichischen Minister des Aeußern, Herrn Feldmarschall Graf v. Mensdorff, und dem k. bayerischen Staatsrath, Herrn Graf v. Bray-Steinburg am 13. Dezember 1865 zu Wien stattgefunden.

Schluß-Protokoll

zu

dem Staatsvertrage zwischen der Schweiz, Oesterreich und Bayern über Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen und von Rüthi nach Feldkirch.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten haben bei dem heute vorgenommenen Abschlusse und der Unterzeichnung eines Staatsvertrages zwischen der Schweiz, Oesterreich und Bayern über die Herstellung einer Eisenbahn von Lindau über Bregenz nach St. Margarethen, sowie von Rüthi nach Feldkirch, nachfolgende Erläuterungen und nähere Bestimmungen in gegenwärtiges Schlußprotokoll aufgenommen.

I. ad Art. 1.

Da die in der österreichischen Konzessionsertheilung vorgesehene Bahn von Lautrach nach Dornbirn bloß österreichisches Gebiet berührt, so wird selbe als eine ausschließend österreichische Bahnabtheilung betrachtet, und die Bestimmungen des vorliegenden Vertrages finden nur in so weit auf selbe Anwendung, als dies entweder ausdrüklich erwähnt oder durch den Zusammenhang mit den im Artikel 1 genannten Bahnstreken bedingt ist.

II. ad Art. 3 und 7.

Es wird vorausgesezt, daß die königlich bayerische Regierung mit dem Konzessionär der Bahn sowohl wegen der Mitbenuzung des Bahnhofes Lindau, als auch wegen der gemäß Artikel 7 ein=

tretenden Ueberlassung des Betriebes auf der Bahnstreke von Lindau bis zur Grenze seinerzeit ein Uebereinkommen treffe, welches mit den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages in Ueberstimmung steht.

Was die Höhe der von dem Konzessionär für diese Mitbenuzung des Bahnhofes und für den Pacht der Bahnstreke von da bis zur Grenze zu entrichtenden Entschädigung betrifft, so wird von Seite der bayerischen Regierung bemerkt, daß sie beabsichtige, bei der Bestimmung dieses Pachtgeldes 2c. denjenigen Aufwand zu Grunde zu legen, welchen sie selbst gesezmäßig für die Aufbringung und Verzinsung der auf die fraglichen Bauobjekte zu verwendenden Summen zu machen verpflichtet ist.

III. ad Art. 4.

Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß die Vereinbarung über den unmittelbaren Anschluß an der Grenze nicht in der Form eines neuen Vertrages, sondern lediglich durch eine Verständigung der hiebei unmittelbar betheiligten Regierungen in beliebiger Form zu geschehen habe.

IV. ad Art. 6.

Im Falle durch Krieg oder andere außerordentliche politische Ereignisse eine wesentliche Behinderung der Vollendung der Bahn innerhalb des vertragsmäßigen Termins herbeigeführt werden sollte, werden die kontrahirenden Staaten sich über eine angemessene Verlängerung desselben verständigen.

V. ad Art. 9.

Die Zustimmung zur eventuellen Anlage von Fahrbahnen für gewöhnliches Fuhrwerk an den beiden im Artikel 9 genannten Rheinbrüken soll in keinem Falle eine Verpflichtung der betheiligten Regierungen zu einer Beitragsleistung begründen.

In Betreff der den Konzessionären für die Kosten der Herstellung der Trottoirs zu gewährenden Entschädigung wird weitere Verständigung vorbehalten.

VI. ad Art. 14.

Die Absicht des zweiten Absazes dieses Artikels ist nur dahin gerichtet, einer allenfallsigen tendentiösen Begünstigung oder Benachtheiligung des Verkehrs der Angehörigen des einen oder andern der kontrahirenden Staaten vorzubeugen. Es sollen daher Minderungen im Tarife, oder sonstige Transporterleichterungen weder für gewisse Waarenklassen oder Waarenmengen, noch auch für gewisse Streken ausgeschlossen werden, sofern solche nur für alle Angehörigen der kontrahirenden Staaten, welche sich in der Lage befinden, davon Gebrauch machen zu können, in gleicher Weise in Anwendung gebracht werden. Auch wird anerkannt, daß die Bestimmungen über Tarifirung, welche in der Fassung der Artikel 9 und 10 der von österreichischer Seite vorgelegten Konzessionsurkunde enthalten sind, mit der Bestimmung des Artikel 14 des Staatsvertrages nicht im Widerspruche stehen.

VII. ad Art. 15.

Es besteht Einverständniß darüber, daß im Verkehr der Unternehmung der im Artikel 1 des Staatsvertrages erwähnten Bahnen mit den schweizerischen Eisenbahnen und umgekehrt die Anwendung der sogenannten Differenzialtarife, wie solche auch im schweizerischen Eisenbahnrechte anerkannt werden, nicht ausgeschlossen sein soll.

VIII. ad Art. 18.

Die Verpflichtung der Eisenbahnverwaltung zur unentgeldlichen Herstellung und Ueberlassung von Lokalitäten für den Zoll-, Post-, Telegraphen- und Polizeidienst erstrekt sich nur auf die eigentlichen Amtslokale.

Wird von der betheiligten Regierung die Nothwendigkeit anerkannt, daß außer diesen Amtslokalen auch noch Wohnungen für Bedienstete hergestellt werden, so soll die Eisenbahnverwaltung zwar zu deren Herstellung verpflichtet sein, es wird aber derselben der hiefür gemachte Aufwand von den betreffenden Verwaltungsbehörden mit 5% in Form eines Miethzinses vergütet werden, so lange der Reinertrag der im Artikel 1 des Vertrages genann-

ten Bahnstreken nicht mindestens 4 ½ % des Anlagekapitals erreicht.

Die Kosten der innern Einrichtung, Erhaltung, Beleuchtung und Reinigung werden auf Rechnung der die Lokalitäten benuzenden Verwaltungsbehörden übernommen.

Die k. k. österreichische Regierung behält sich vor, nach Ermessen die polizeilichen Amtshandlungen auf der Streke Feldkirch-Rüthi anstatt an lezterem Orte in Feldkirch vornehmen zu lassen, in welchem Falle die Eisenbahnunternehmung die dazu erforderliche Lokalität selbstverständlich in der Station Feldkirch zur Verfügung zu stellen hat.

IX. ad Art. 19.

Zur Ausführung der im Artikel 19 des Vertrags getroffenen Bestimmungen erklärt die schweizerische Regierung sich bereit:

a. sowohl mit Bayern und resp. dem Zollverein, als auch mit Oesterreich über die Zollabfertigung auf den Eisenbahnen eine ähnliche Vereinbarung zu treffen, wie solche zwischen dem Zollverein und Frankreich unterm 2. August 1862 geschlossen worden ist. Die näheren Verhandlungen hierüber werden vorbehalten, wobei die bayerische Regierung es übernehmen wird, die Zustimmung der übrigen Zollvereinsregierungen zu erholen.

b. Mit Oesterreich und Bayern bezüglich der gegenseitigen Bestrafung der Nachahmung und Fälschung oder Verlezung von amtlichen Siegeln, Marken und Papieren, welche den zollamtlichen Waarenverschluß oder Sicherung der Zollgefälle bezweken, eine ähnliche Vereinbarung zu schließen, wie solche zwischen Oesterreich und Bayern in ausgedehnterem Maße bereits besteht.

X. ad Art. 23.

Zu Artikel 23 erklärt der österreichische Bevollmächtigte, daß die Vertragsbestimmung, die auf der Bodensee-Gürtelbahn die

österreichischen Gebietstheile bloß transito Durchreisenden einer paßamtlichen Kontrole nicht unterziehen zu lassen, an die Bedingung geknüpft werde, daß durch entsprechende Einrichtung der Bahnhöfe Vorsorge gegen eigenmächtige Entfernung der Reisenden von der Bahn getroffen wird.

XI.

Die k. bayerische Regierung erklärt sich in Gemäßheit ihrer bereits im Korrespondenzwege gegebenen Zusicherung bereit, so bald als möglich nach Abschluß des gegenwärtigen Vertrages, insbesondere nach getroffener Entscheidung über die lokalen Verhältnisse des Bahnhofes Lindau, mit der k. württembergischen Regierung über eine Verbindung zwischen den beiderseitigen Bahnen in der Richtung von Friedrichshafen nach Lindau in Verhandlung zu treten und eine solche Verbindung im Allgemeinen unter angemessenen Bedingungen zu gestatten; auch, so viel an ihr liegt, diese Verhandlungen in der Art zu beschleunigen, daß die Vollendung dieser Verbindungsbahn noch innerhalb des im Artikel 6 bezeichneten Termins oder bald hernach möglich erscheint.

Die näheren Bestimmungen dieses Uebereinkommens zwischen Bayern und Württemberg bleiben jedoch ausschließlich der Verhandlung dieser Regierungen vorbehalten.

München, den 5. August 1865.

(Gez.) Hagenbuch. (L. S.)
(Gez.) Maly. (L. S.)
(Gez.) Weber. (L. S.)
(Gez.) Aepli. (L. S.)
(Gez.) Suttner. (L. S.)



Freundschafts- und Handelsvertrag

zwischen

dem schweizerischen Bundesrathe und Seiner Majestät dem Taïkun von Japan.

Abgeschlossen den 6. Februar 1864.
Ratifizirt von der Schweiz den 27. Juli 1864.
" " Japan im Juli 1864.

Der schweizerische Bundesrath und **Seine Majestät der Taïkun von Japan**, vom aufrichtigen Wunsche beseelt, freundschaftliche Verbindungen zwischen beiden Ländern zu gründen, sind zur Befestigung derselben übereingekommen, einen Freundschafts- und Handelsvertrag abzuschließen, welcher den Bürgern und den Unterthanen der beiden hohen kontrahirenden Theile wechselseitige Vortheile darbietet.

Sie haben daher zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Der schweizerische Bundesrath:

Herrn Aimé Humbert, gewesenen Präsident des schweizerischen Ständerathes, rc. rc., und

Zyne Majesteit de Taikoen van Japan en de **Bondsraad van het Zwitsersche Bondgenootschap**, van den opregten Wensch bezield om vriendschappelyke betrekkingen tusschen beide Landen daar te stellen, hebben besloten die een Traktaat van Vriendschap en handel, wederzydsche voordeelen aan de onderdanen en burgers der beide Hooge Contrakterende Partyen aanbiedende, te bevestigen.

Dien ten gevolge tot Hunne Gevolmagtigden benoemd, te weten:

de **Bondsraad** *van het* **Zwitsersche Bondgenootschap:**

Aimé Humbert, oud President van den Raad der Zwitsersche Staten enz-enz, en

Seine Majestät der Taikun von Japan:

Hrn. Takemoto Kaino kami,
„ Kikoetsi Jyono kami,
„ Hosino Kingo,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel sich geeinigt haben:

Zyne Majesteit de Taikoen van Japan:

Takemoto Kaino kami,
Kikoetsi Jyono kami
en *Hosino Kingo*,

welke, nadat zy elkander hunne volmagten hebben medegedeeld en in goeden en behoorlyken vorm hebben bevonden, de volgende Artikelen zyn overeengekomen:

Artikel 1.

Zwischen dem schweizerischen Bundesrathe und Seiner Majestät dem Taïkun von Japan soll beständig Friede und Freundschaft bestehen, wie auch zwischen ihren Nachfolgern und den Bürgern und Unterthanen beider Länder.

Artikel 1.

Er zal voortdurende vrede en vriendschap zyn tusschen den Bondsraad van het Zwitsersche Bondgenootschap, en Zyne Majesteit den Taikoen van Japan en Hunne Opvolgers, als ook tusschen de onderdanen en burgers van beide Landen.

Artikel 2.

Der schweizerische Bundesrath hat das Recht, einen diplomatischen Agenten zu ernennen, der in der Stadt Yedo seinen Aufenthalt nehmen wird, falls er es für nöthig erachtet. Er hat ferner das Recht, für diejenigen Häfen, welche dem schweizerischen Handel geöffnet werden, Konsularbeamte zu ernennen.

Artikel 2.

De Bondsraad van het Zwitsersche Bondgenootschap kan een diplomatieken Agent benoemen welke in de stad *Jedo* verblyf zal houden, wanneer hy zulks noodig oordeelt. Hy zal daarenboven te regt hebben Consulaire beambten te benoemen voor de havens welke voor den Zwitserschen handel zullen worden geopend.

Der vom Bundesrathe ernannte diplomatische Agent, und ebenso der Generalkonsul haben das Recht, in allen Theilen des japanesischen Reiches frei und ungehindert herum zu reisen.

Seine Majestät der Taïkun von Japan kann einen diplomatischen Agenten in der Bundesstadt und Konsularbeamte in allen Städten der schweizerischen Eidgenoßenschaft ernennen.

Der diplomatische Agent und der Generalkonsul von Japan haben das Recht, in der ganzen Schweiz frei herum zu reisen.

De diplomatieke Agent benoemd door den Bondsraad, en de Consul Generaal zullen het regt hebben vry en ongehinderd in alle gedeelten van het Keizerryk rond de reizen.

Zyne Majesteit de Taikoen van Japan kan een diplomatieke Agent benoemen in de Bondstad, en Consulaire beambten in al de steden van Zwitsersche Bondgenootschap.

De diplomatieke Agent en Consul Generaal van Japan zullen te regt hebben vry en ongehinderd in eenig gedeelte van Zwitserland te reizen.

Artikel 3.

Von dem Tage an, wo der gegenwärtige Vertrag in Kraft tritt, werden die Städte und Meerhäfen, welche dem auswärtigen Handel geöffnet sind, den Schweizerbürgern und ihrem Handel auch geöffnet.

Sie haben alsdann das Recht, in diesen Städten und Häfen Grund und Boden zu miethen, daselbst bleibend zu wohnen und Häuser zu kaufen, auch dürfen sie darin Wohnungen und Magazine bauen. Hingegen dürfen daselbst keinerlei Festungswerke oder ein

Artikel 3.

De steden en havens die voor den vreemden handel opengesteld zyn, zullen van den dag af, dat dit Traktaat in werking treedt, voor burgers en handel van Zwitserland opengesteld worden.

In die steden en havens zullen de Zwitsersche burgers voortdurend kunnen wonen. Zy zullen het regt hebben er grond te huren en huizen te koopen, en zy zullen er woon- en pakhuizen mogen oprigten. Maar geene fortificatie of ves-

starker militärischer Plaz unter dem Vorwande der Erstellung von Schuppen oder Wohnhäusern aufgeführt werden. Um sich zu versichern, daß diesem Vorbehalt getreu nachgekommen werde, haben die kompetenten japanesischen Behörden das Recht, von Zeit zu Zeit jedes Gebäude, das neu aufgeführt, verändert oder reparirt werden sollte, in Augenschein zu nehmen.

Der Plaz, den die Schweizerbürger einnehmen und auf welchem sie bauen können, wird vom schweizerischen Konsularbeamten, im Einverständniß mit den kompetenten japanesischen Behörden jedes Ortes bestimmt; das Gleiche ist der Fall bei Hafenreglementen; und wenn der Konsul und die Ortsbehörden darüber sich nicht verständigen können, so wird die Sache dem schweizerischen diplomatischen Agenten und der japanesischen Regierung zur Entscheidung vorgelegt.

Um die Orte herum, wo die Schweizerbürger wohnen werden, darf von den Japanesen weder eine Mauer, noch ein Gatterthor, noch eine Einzäunung,

tingwerken zullen onder voorwendsel van woon- of pakhuizen te bouwen, door hun worden opgerigt, en ten einde zich de getrouwe uitvoering dezer bepaling te verzekeren, zullen de bevoegde Japansche Overheden het regt hebben, opgerigt, veranderd of hersteld wordende gebouwen van tyd tot tyd na te zien.

De plaats, die Zwitsersche burgers zullen bewonen en op welke zy kunnen oprigten, zal door de Zwitsersche Consulaire beambten in verband met de bevoegde Japansche plaatselyke Autoriteiten worden aangewezen, en de havenreglementen zullen op dezelfde wyze worden vastgesteld, en indien de Japansche Overheden en de Zwitsersche Consulaire beambten niet daaromtrent overeen kunnen komen, zal de zaak aan de Japansche Regering en den diplomatieken Agent ter schikking worden verwezen.

De Japanners zullen om de plaats waar Zwitsersche burgers zullen verblyf houden, geen muur, schutting of poort noch eenige andere afsluiting oprig-

noch irgend etwas Anderes, das den freien Zu- und Fortgang dieser Orte beeinträchtigen könnte, aufgeführt oder angebracht werden.

In den von Japan geöffneten Häfen sind die Gränzen, innerhalb welcher die Schweizerbürger frei sich bewegen können, die nämlichen, wie für die Angehörigen der andern Nationen.

Artikel 4.

Die Schweizerbürger in Japan haben das Recht zur freien Ausübung ihrer Religion, zu welchem Zweke sie in den ihnen zum Wohnen angewiesenen Pläzen ihrem Kultus entsprechende Gebäude aufführen können.

Artikel 5.

Alle Streitigkeiten, welche zwischen Schweizerbürgern, die in Japan niedergelaßen sind, hinsichtlich ihrer Person oder ihres Eigenthums entstehen könnten, werden der Jurisdiktion der in Japan eingesezten schweizerischen Behörde unterstellt.

Falls ein Schweizerbürger über einen Japanesen sich zu bekla-

ten, die den vryen in- of uitgang dezer plaats mogt verhinderen.

In de opengestelde havens van Japan zullen de grenzen om vry te gaan voor de Zwitsersche burgers dezelfde zyn, als voor andere vreemde natien.

Artikel 4.

De zich in Japan ophoudende Zwitsers zullen het regt van vrye Godsdienst oefening hebben. Tot dat einde zullen zy op den voor hunne verblyfplaats bestemden grond, gebouwen tot het uitoefenen hunner Godsdienstige gebruiken, kunnen oprigten.

Artikel 5.

Alle regt van eigendom of persoon betreffende geschillen die tusschen de in Japan zich ophoudende Zwitsers mogten voorvallen, zullen aan de beslissing van de in Japan geconstitueerde Zwitsersche Overheden onderworpen zyn.

Indien een Zwitser eene klagt of bezwaar tegen eenen

gen hätte, wird die japanesische Behörde entscheiden.

Dagegen hat die schweizerische Behörde zu entscheiden, wenn ein japanesischer Unterthan über einen Schweizer Klage führt.

Falls irgend ein Japanese einem Schweizer nicht bezahlen wollte, was er ihm schuldig ist, oder sich betrügerischerweise verbergen sollte, so werden die japanesischen kompetenten Behörden Alles thun, was von ihnen abhängt, um ihn der richterlichen Behörde zu überliefern und von ihm die Bezahlung seiner Schuld zu erwirken.

Wenn hingegen irgend ein Schweizerbürger sich betrügerisch verbergen oder einem Japanesen seine Schulden nicht bezahlen sollte, so werden die schweizerischen Behörden gleichfalls Alles thun, was von ihnen abhängt, um den Schuldigen vor Gericht zu bringen und ihn zur Bezahlung dessen, was er schuldet, zu zwingen.

Weder die schweizérischen, noch die japanesischen Behörden sind verantwortlich für Bezahlung

Japanner heeft, zoo zullen de Japansche Autoriteiten in deze zaak uitspraak doen.

Indien daarentegen een Japanner eene klagt of bezwaar tegen eenen Zwitser heeft, zoo zal door de Zwitsersche Autoriteiten daarin uitspraak gedaan worden.

Indien een Japanner eene met eenen Zwitser aangegane schuld niet mogt afdoen, of zich op eene bedriegelyke wyze zoek mogt maken, zullen de bevoegde Japansche Autoriteiten alles doen wat in hunne magt is, om hem voor het geregt te brengen en de betaling der schuld van hem te bekomen.

En indien een Zwitser zich op eene bedriegelyke wyze mogt zoek maken en zyne schulden aan Japanners niet betalen, zullen de Zwitsersche Autoriteiten alles doen, wat in hunne magt is, om den schuldige voor het geregt te brengen, en hem tot de betaling der schuld te verpligten.

De Japansche noch de Zwitsersche Autoriteiten zullen voor de betaling van door Japansche

von Schulden, die ihre Angehörigen unter sich gemacht haben.

Artikel 6.

Die Schweizerbürger, welche eine verbrecherische Handlung gegen japanesische Unterthanen oder Angehörige anderer Nationen begehen sollten, werden vor die schweizerischen Konsularbeamten gestellt und nach ihren Gesezen bestraft.

Die japanesischen Unterthanen hinwieder, welche sich eines Verbrechens gegen Schweizerbürger schuldig machen sollten, werden den japanesischen Behörden überwiesen und nach den Gesezen Japans bestraft.

Artikel 7.

Alle Beschwerden über Geldstrafen oder Konfiskationen, welche in Folge von Uebertretungen des gegenwärtigen Vertrages oder der demselben beigefügten Handelsreglemente auferlegt wurden, werden zur gerichtlichen Verfolgung den schweizerischen Konsularbehörden zugewiesen. Die von diesen ausgesprochenen Geldbußen oder

onderdanen of Zwitsersche-burgers aangegane schulden verantwoordelyk zyn.

Artikel 6.

Zwitsersche burgers, overtredingen begaande tegen Japansche onderdanen of tegen de onderdanen en burgers van eenige andere natien, zullen voor de Zwitsersche Consulaire beambten gebragt worden en volgens de Zwitsersche wetten worden gestraft.

Japansche onderdanen overtredingen begaande tegen Zwitsersche burgers zullen voor de Japansche Autoriteiten gebragt worden en volgens de Japansche wetten worden gestraft.

Artikel 7.

Alle vorderingen voor Geldstraffen of verbeurdverklaringen voor schending van dit Traktaat of van het hierby gaande handelsreglement zullen voor de Zwitsersche Consulaire beambten ter geregtelyke vervolging gebragt worden, en al de door deze laatste toegekende geldstraffen of verbeurdverklaringen zullen aan

Gütereinziehungen kommen der japanesischen Regierung zu.

de Japansche Regering behooren.

Artikel 8.

In allen dem Handel geöffneten Häfen Japans haben die Schweizerbürger das Recht, jegliche Waare, die nicht Contrebande ist, vom schweizerischen Gebiete und aus fremden Häfen einzuführen und solche zu verkaufen, ferner Waaren einzukaufen und nach fremden Häfen auszuführen. Dafür haben sie keine andern Gebühren zu entrichten als diejenigen, welche in dem, dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Tarife festgesezt sind, auch haben sie deßhalb keine andere Last zu tragen.

Die Schweizerbürger können von den Japanesen alle Arten von Handelsartikeln frei kaufen oder ihnen verkaufen, ohne daß ein japanesischer Beamter sich in diese Käufe und Verkäufe mischen oder die Zahlungen ausrichten oder in Empfang nehmen darf.

Alle Volksklassen in Japan dürfen alle von Schweizerbürgern verkauften Waaren kaufen, aufbewahren, gebrauchen oder wieder verkaufen.

Artikel 8.

In alle den handel te openen havens van Japan zal het aan Zwitsersche burgers vry staan, om uit het Zwitsersche gebied, of uit vreemde havens, alle soorten van koopwaren die geen contrabande zyn, in te voeren en te verkoopen alsook te koopen en naar andere vreemde havens uit te voeren. Zy zullen slechts de regten, zoo als dezelve in de by het tegenwoordige Traktaat gevoegde Tarief vervat zyn, betalen en vry van alle andere uitgaven zyn.

Zwitsersche burgers zullen alle soorten van artikelen van de Japanners koopen en aan hen verkoopen kunnen, zonder de tusschenkomst van eenig Japansche Ambtenaar by het koopen of verkoopen, noch by de betaling of ontvangst van den kooprys.

Het zal aan alle Japanners veroorloofd zyn alle soorten van artikelen van Zwitsersche burgers te koopen, en het door hen gekochte te behouden, te gebruiken of weder te verkoopen.

Artikel 9.

Die japanesische Regierung hindert die in Japan wohnenden Schweizer in keiner Weise, japanesische Unterthanen in ihren Dienst zu nehmen und sie zu jeglicher, durch die Geseze nicht verbotenen Beschäftigung zu gebrauchen.

Artikel 9.

De Japansche Regering zal de in Japan zich ophoudende Zwitsers niet verhinderen, Japanners in dienst te nemen, en dezelve tot iedere niet door de wetten verbodene bezigheid te gebruiken.

Artikel 10.

Die dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Handelsreglemente werden als integrirender Theil desselben betrachtet, und sind daher gleich bindend für die beiden hohen kontrahirenden Theile.

Da die Reglemente über Schifffahrt, Zulassung und Abladung der Schiffe in den japanesischen Häfen die Schweiz (welche kein schifffahrttreibender Staat ist) nicht angehen, so sind sie in den gegenwärtigen Vertrag nicht aufgenommen worden; allein es versteht sich, daß jede Verlezung dieser Reglemente, deren sich ein Schweizer schuldig machen könnte, nach den für die andern Nationen bestehenden Bestimmungen beurtheilt wird.

Dem schweizerischen diplomatischen Agenten in Japan, der

Artikel 10.

Het, by het tegenwoordige Traktaat gevoegde handelsreglement zal als een integrerende deel van dit Traktaat, en derhalve als verbindend voor de Hooge Contracterende Partyen worden beschouwd.

De Regulatien betreffende de scheepvaart, de toelating en ontlading der schepen in de Japansche havens, zyn niet opgenomen in dit Traktaat, daar zy geen betrekking hebben op het Zwitsersche Bondgenootschap, dat geen maritieme staat is. Maar het wordt verstaan dat iedere inbreuk van die Regulatien, aan welke een Zwitser zich mogt schuldig maken, zal beoordeeld worden volgens de voor de andere Natie bestaande bepalingen.

De Zwitsersche diplomatieke Agent in Japan zal in verband

im Einverständniß mit den Beamten, die zu diesem Zweke von der japanesischen Regierung bezeichnet werden könnten, zu handeln hat, steht das Recht zu, in allen, dem Handel geöffneten Häfen diejenigen Reglemente aufzustellen, welche zur Vollziehung der Bestimmungen der hier beigefügten Handelsreglemente nöthig sein dürften.

Artikel 11.

Die japanesischen Behörden werden in jedem Hafen solche Maßnahmen treffen, die ihnen am geeignetesten erscheinen, um dem Betrug und Schleichhandel vorzubeugen.

Artikel 12.

Die Schweizerbürger, welche Waaren in einen der geöffneten Häfen Japans eingeführt und die erforderlichen Zollgebühren bezahlt haben, können von den Vorstehern des japanesischen Zollamtes ein die erfolgte Bezahlung konstatirendes Zeugniß verlangen, und dieses Certifikat wird ihnen die Freiheit geben, diese Waaren wieder auszuführen und dieselben in einem andern der geöffneten Häfen in Japan auszuladen, ohne daß sie dafür irgend eine

en overeenstemmig met zulke beambten als tot dat einde door de Japansche Regering mogten worden aangeduid, het regt hebben, voor alle den handel opengestelde havens die Regulatien uit te vaardigen, welke noog en voegzaam zyn, om het doel van het hierby gevoegde handelsreglement ten uitvoer te brengen.

Artikel 11.

De Japansche Overheden zullen in iedere haven zulke maatregelen nemen, als zy tot wering van sluikhandels en contrabande het voegzaamst oordeelen.

Artikel 12.

Zwitsersche kooplieden zullen, wanneer zy in eene opengestelde haven van Japan koopwaren hebben ingevoerd en de daarop staande regten betaald, het regt hebben van de Japansche Tolautoriteiten een certificaat voor de gedane betaling dier regten te verlangen, en dit certificaat zal hun de vryheid geven de genoemde koopwaren weder uit- en in eene andere opengestelde haven van Japan in te voeren, zonder dat

Zuschlagsgebühr zu entrichten haben.

zy daarvoor eenige andere regten hoegenaamd behoeven te betalen.

Artikel 13.

Alle von Schweizerbürgern in einen der geöffneten Häfen Japans eingeführten Waaren, welche die durch diesen Vertrag festgesetzten Zollgebühren entrichtet haben, dürfen von den Japanesen in alle Theile des Reiches transportirt werden, ohne dafür eine Taxe, oder einen Transitzoll, oder eine Abgabe irgend welcher Art bezahlen zu müssen.

Artikel 13.

Alle door Zwitsersche burgers in een opengestelde haven van Japan ingevoerde en de, by dit Traktaat vastgestelde regten betaald hebbende goederen zullen door de Japanners naar alle gedeelten van het Keizerryk kunnen worden vervoerd, zonder dat daarop eenige belasting of doorregt hoegenaamd betaald behoeft te worden.

Artikel 14.

Jede fremde Münze wird in Japan Kurs haben, und eben so viel gelten als ein gleiches Gewicht japanesischer Münzen von derselben Sorte.

Die Schweizer und Japanesen können freien Gebrauch von den fremden oder den japanesischen Münzen bei allen ihren Zahlungen machen, die sie sich gegenseitig zu leisten haben.

Die japanesischen Münzen jeder Art, ausgenommen die von Kupfer, können so gut wie fremdes ungemünztes Gold und Silber aus Japan exportirt werden.

Artikel 14.

Alle vreemde munt zal in Japan gangbaar zyn en evenveel gelden als een gelyk gewigt Japansche munt van dezelfde soort.

Japanners en Zwitsers kunnen by het maken van betalingen aan elkander, naar het hun goed dunkt, vreemde of Japansche munten gebruiken.

Alle soorten van munten (Japansche koperen munt uitgezonderd) en vreemde ongemunt goud en zilver mogen van Japan worden uitgevoerd.

Artikel 15.

Wenn die japanesischen Zollbeamten mit der Schäzung nicht einverstanden wären, welche von den Kaufleuten für einen Theil ihrer Waaren angegeben wird, so dürfen diese Beamten den Werth derselben selbst schäzen und sich anerbieten, die Waaren zu dem also festgesezten Preise zu kaufen.

Sollte der Eigenthümer der Waare sich weigern, das ihm gemachte Anerbieten anzunehmen, so hätte er den Zollbeamten die der neuen Schäzung entsprechenden Zollgebühren zu entrichten. Würde im Gegentheil das Anerbieten angenommen, so würde der angebotene Werth unmittelbar darauf an den Handelsmann bezahlt, und zwar ohne Sconto, noch Rabatt.

Artikel 16.

Es wird ausdrüklich festgesezt, daß die Regierung und die Schweizerbürger von dem Tage an, wo dieser Vertrag in Kraft tritt, alle Vortheile, Freiheiten und Vorrechte frei genießen, welche von Seiner Majestät dem Taikun von Japan der Regierung oder den Unterthanen jeder andern Nation zugesichert worden

Artikel 15.

Indien de Japansche tolbeambten met de waarde die door kooplieden voor eenige hunner koopwaren is aangegeven, niet overeenkomen, zal het hun vry staan deze koopwaren zelf te schatten, en aan te bieden, dezelve voor de door hen vastgestelde waardering te koopen.

By weigering van den eigenaar om het aanbod aan te nemen, zal hy de regten volgens de schatting der Japansche tolbeambten betalen. Maar indien het aanbod worde aangenomen, zal hem de aangebodene waarde dadelyk en zonder aftrekking van rabat of disconto betaald worden.

Artikel 16.

Het is by deze uitdrukkelyk vastgesteld dat de Zwitsersche Regering en burgers van den dag af dat het tegenwoordige Traktaat in werking treedt, zonder verder oponthoud, alle regten, vryheden en voordeelen zullen genieten die door Zyne Majesteit den Taikoen van Japan aan de Regeringen en

sind, oder in Zukunft zugesichert werden könnten.

Artikel 17.

Es wird auch zugegeben, daß jeder der beiden hohen kontrahirenden Theile, nachdem er den andern wenigstens ein Jahr zum Voraus, vom 1. Heumonat 1872 an gerechnet, oder nach diesem Zeitpunkte wird benachrichtigt haben, die Revision des gegenwärtigen Vertrages verlangen kann, um daran diejenigen Abänderungen oder Verbesserungen zu machen, welche durch die Erfahrung als nöthig sich erwiesen hätten.

Artikel 18.

Alle offiziellen Mittheilungen des diplomatischen Agenten oder der schweizerischen Konsularbeamten an die japanesischen Behörden sollen in französischer Sprache abgefaßt werden. Um jedoch die schnelle Erledigung der Geschäfte zu erleichtern, müssen diese Mittheilungen während den ersten fünf Jahren, von dem Zeitpunkte an gerechnet, wo der gegenwärtige Vertrag in Kraft tritt, mit einer Uebersezung

onderdanen van eenige andere natie zyn verleend geworden, of in het vervolg mogten worden verleend.

Artikel 17.

Het is overeengekomen dat de hooge contracterende Partyen van den 1sten July 1872 af de herziening van dit Traktaat zullen kunnen voorstellen, ten einde daarin zulke veranderingen of verbeteringen te maken, als door de ondervinding noodzakelyk mogten worden bevonden. Echter moet van zulk een voorstel minstens een jaar te voren worden kennis gegeven.

Artikel 18.

Alle officiele mededeelingen van den Zwitserschen diplomatieken Agent of van de Consulaire beambten aan de Japansche Autoriteiten zullen in de Fransche taal geschreven worden. Ten einde echter het doen van zaken zoo veel mogelyk te vergemakkelyken, zullen deze mededeelingen gedurende vyf jaren van den tyd af dat dit Traktaat in werking zal treden, door eene Hollandsche

in holländischer oder japanesischer Sprache begleitet sein.

Artikel 19.

Gegenwärtiger Vertrag ist in vier Ausfertigungen geschrieben worden, und zwar in französischer, japanesischer und holländischer Sprache. Alle diese Ausfertigungen haben den gleichen Sinn und die gleiche Bedeutung, aber es soll die holländische Uebersezung als Original gehalten werden, so daß, wenn jemals Interpretationsstreitigkeiten in Bezug auf den französischen und japanesischen Text entstehen sollten, man an die holländische Uebersezung sich hielte, welche als entscheidend angesehen würde.

Artikel 20.

Der gegenwärtige Vertrag soll vom schweizerischen Bundesrathe und von Seiner Majestät dem Taïkun von Japan mit Beisezung der üblichen Unterschriften und Siegel ratifizirt werden, und die Ratifikationen sollen zu Yedo in Zeit von achtzehn Monaten nach dem Tage der Unterzeichnung ausgewechselt werden.

Der gegenwärtige Vertrag tritt vom Tage der Unterzeichnung an in Kraft.

of Japansche vertaling vergezeld zyn.

Artikel 19.

Het tegenwoordige Traktaat is viervoudig in de Japansche, Fransche en Hollandsche talen opgemaakt. Al deze afschriften hebben denzelfden zin en dezelfde beduiding, maar de Hollandsche zal als de oorspronkelyke tekst des Traktaats worden beschouwd, zoodat, wanneer zich ergens eene verschillende uitlegging des Japanschen en Franschen teksts mogt voordoen, het Hollandsche afschrift beslissend zal zyn.

Artikel 20.

Het tegenwoordige Traktaat zal door Zyne Majesteit den Taikoen van Japan en door den Zwitserschen Bondsraad onder de gebruikelyke handteekeningen en zegels worden geratificeerd, en de Ratificatien zullen te *Jedo* worden uitgewisseld binnen achtien maanden na den dag der onderteekening dezes.

Dit Traktaat treedt in werking van den dag der onderteekening.

Zur Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihn mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen zu Yedo, am 29. Tage des 12. Monats des dritten Jahres von Bunn Cuw-J der japanesischen Zeitrechnung, d. i. den sechsten Hornung des Jahres eintausend achthundert vier und sechzig (6. Februar 1864).

(Gez.) **Takemoto Kaino kami.**

(Gez.) **Kikoetsi Jyono kami.**

(Gez.) **Hosino Kingo.**

(Gez.) **Aimé Humbert.**

Ter oirkonde waarvan de respective Gevolmagtigden dit Traktaat hebben onderteekend en hunne cachetten daarop gesteld.

Gedaan te *Jedo* den zesden dag February van het jaar 1864 of den negen en twintigsten dag der 12de maand van het 3de jaar van Bunn Cuw-J der Japansche tydrekening.

(Sig.) **Takemoto Kaino kami.**
(Handteekening.)

(Sig.) **Kikoetsi Jyono kami.**
(Handteekening.)

(Sig.) **Hosino Kingo.**
(Handteekening.)

(Sig.) **Aimé Humbert.**

Bundesräthliche Ratifikation des vorstehenden Vertrages.

Der Bundesrath
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen dem schweizerischen Bundesrathe und Seiner Majestät dem Taïkun von Japan abgeschloßenen und am 6. Februar des laufenden Jahres von den beiderseitigen Bevollmächtigten unter Ratifikationsvorbehalt zu Yedo unterzeichneten Freundschafts- und Handelsvertrags, so wie der dem-

selben beigefügten Handelsreglemente und des Tarifs, welche Urkunden vom schweizerischen Ständerathe am 13. Juli 1864 und vom schweizerischen Nationalrathe am 16. gleichen Monats genehmigt worden sind, und die also lauten:

(siehe den Wortlaut hievor)

erklärt diesen Vertrag und die demselben angeschloßenen Handelsreglemente, sammt dem Tarif, als angenommen und ihrem ganzen Inhalte nach in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, dieselben, so weit es von ihr abhangt, gewißenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist die gegenwärtige Ratifikation vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der schweiz. Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den siebenundzwanzigsten Juli eintausend achthundert vier und sechzig.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Die japanesische Ratifikation erfolgte durch Erklärung und Beisezung der Unterschriften dreier Mitglieder des Gorodjo und derjenigen des Taikun, am 14ten Tag des 5ten Monats des 1sten Jahres von Kei-oo-kefi (Zeitrechnung der Japanesen).

Die Auswechslung der Ratifikationen fand statt in Yedo am 7. Juni 1865 zwischen dem hiezu Bevollmächtigten, Herrn Dr. Lindau, Gerant des schweiz. Generalkonsulats in Japan, einerseits, und Hosino Bitsiuno Kami, Gouverneur der auswärtigen Angelegenheiten in Japan, andererseits.

Reglemente,
nach
welchen der Handel der Schweiz mit Japan getrieben werden soll.

Erstes Reglement.

Alle Waaren, die ausgeschifft werden oder deren Ausschiffung versucht werden sollte, ohne vorher beim japanesischen Zollamte nach Vorschrift des Gesezes, wie es unten angegeben ist, deklarirt worden zu sein, können weggenommen und konfiszirt werden.

Die Waarenballen, welche absichtlich so verpakt wären, um Japan in seiner Zolleinnahme zu benachtheiligen, indem darin Werthgegenstände verborgen sich fänden, die im Einfuhrmanifest nicht deklarirt wurden, werden konfiszirt.

Die Schiffsladungen können auf ein anderes, im gleichen Hafen liegendes Schiff gebracht werden, ohne daß dafür eine Gebühr entrichtet werden muß; allein jede Umladung soll unter der Aufsicht von japanesischen Angestellten geschehen, und erst nachdem die Zollbehörden den

Regulatie 1.

Goederen die gelost zullen worden, of beproefd om gelost te worden uit een schip, zonder dat daarvan de behoorlyke aangifte, by het Japansche tolkantoor is gedaan, als by deze hieronder bepaald, zullen onderhevig zyn aan vatting en verbeurd verklaring.

Pakken goederen, opgemaakt met het oogmerk om de Staatsinkomsten van Japan te benadeelen, door daarin artikelen van waarde, die niet in de factuur zyn opgegeven, te verbergen, zullen verbeurd verklaard zyn.

Lading mag zonder regten te betalen, naar een ander schip in dezelfde haven worden overgescheept; maar alle overschepingen zullen onder opzigt van Japansche Ambtenaren geschieden, en nadat aan de Overheden van het tolkantoor voldoende proef is verstrekt

Auf jeder Deklaration hat der Eigenthümer oder der Consignatär schriftlich zu bezeugen, daß sie den jezigen Werth der Waaren enthalte, und daß nichts verheimlicht worden sei, wodurch das japanesische Zollamt geschädigt würde. Dieses Zeugniß muß vom Eigenthümer oder dem Consignatär unterzeichnet werden.

voet der aangifte worden geplaatst.

In ieder aangifte zal de eigenaar of de persoon, aan wien de goederen geconsigneerd zyn, schriftelyk certificeren, dat de aangifte alsdan aangeboden de wezenlyke prys der goederen vertoont, en dat niets waardoor de Japansche regten zouden benadeeld worden achter gehouden is, en de eigenaar of de persoon aan wien de goederen geconsigneerd zyn, zal zoodanig certificaat met zyn naam onderteekenen.

Die ursprüngliche Faktur oder die Fakturen von so deklarirten Waaren werden den Zollbehörden übergeben und bleiben in ihren Händen, bis diese Behörden die in der Deklaration aufgeführten Waaren untersucht haben.

De oorspronkelyke factuur of facturen van aldus aangegeven goederen, zullen aan de Overheden van het tolkantoor worden aangeboden, en totdat zy de in de aangifte vermelde goederen onderzocht hebben, in hun bezit blyven.

Die japanesischen Beamten dürfen einige oder alle dieser also deklarirten Colli untersuchen, zu welchem Zweke sie dieselben aufs Zollamt bringen lassen können, wenn sie wollen. Diese Untersuchung soll aber dem Waareneinführer keinerlei Auslagen verursachen, noch den Waaren Nachtheil bringen. Nach vorgenommener Prüfung werden die

De Japansche beambten mogen eenig of alle aldus aangegeven pakken onderzoeken, en dezelve tot dat einde naar het tolkantoor voeren; maar zulk onderzoek zal zonder onkosten voor den invoerder, of beschadiging der goederen geschieden, en na onderzoek zullen de Japanners de goederen in hunne oorspronkelyke

Beweis von der Richtigkeit der Angabe werden erhalten und die Erlaubniß zur Ausführung der Umladung gegeben haben.

Da die Einfuhr des Opiums verboten ist, so wird jedes Individuum, welches Schleichhandel mit Opium treibt, oder auch nur versucht, außer der Konfiskation, noch mit einer Buße von fünfzehn Dollars für jedes als Contrebande eingeführte Kattie Opium bestraft.

Zweites Reglement.

Der Eigenthümer oder Consignatär von Waaren, welcher dieselben ausladen möchte, hat darüber beim japanesischen Zollamte eine Erklärung abzugeben. Diese Erklärung muß schriftlich geschehen; sie soll den Namen der Person, welche die Angabe macht, und den des Schiffes, auf welchem sich die Waaren befinden, so wie die Anzahl und das Zeichen der Colli enthalten. Der Inhalt und der Werth eines jeden Collo werden einzeln auf dem gleichen Blatte konstatirt, und am Schluß der Deklaration wird der Werth aller eingeführten Waaren zusammen gezählt.

van den zuiveren aard der verrigting, als mede onder een verlofbrief, tot dien einde door zoodanige Overheden te worden afgegeven.

Daar de invoer van opium verboden is, zal een ieder die opium smokkelt of tracht te smokkelen, buiten verbeurdverklaring strafbaar zyn met eene boete van vyftien (15) dollars voor ieder kattie opium aldus ingesmokkeld.

Regulatie 2.

De eigenaar van of de persoon aan wien goederen geconsigneerd zyn, die dezelve wenscht te landen, zal eene aangifte daarvan by het Japansche tolkantoor indienen. Deze aangifte zal schriftelyk zyn, vermeldende de namen van den persoon, die de aangifte maakt, en den naam van het schip waarmede de goederen zyn ingevoerd, en de merken, nommers, pakken, en den inhoud daarvan, met de waarde van ieder pak, afzonderlyk in een beloop daarop gesteld, en het gezamenlyke bedrag van al de in de aangifte bevatte goederen zal aan den

voet der aangifte worden geplaatst.

Auf jeder Deklaration hat der Eigenthümer oder der Consignatär schriftlich zu bezeugen, daß sie den jezigen Werth der Waaren enthalte, und daß nichts verheimlicht worden sei, wodurch das japanesische Zollamt geschädigt würde. Dieses Zeugniß muß vom Eigenthümer oder dem Consignatär unterzeichnet werden.

In ieder aangifte zal de eigenaar of de persoon, aan wien de goederen geconsigneerd zyn, schriftelyk certificeren, dat de aangifte alsdan aangeboden de wezenlyke prys der goederen vertoont, en dat niets waardoor de Japansche regten zouden benadeeld worden achter gehouden is, en de eigenaar of de persoon aan wien de goederen geconsigneerd zyn, zal zoodanig certificaat met zyn naam onderteekenen.

Die ursprüngliche Faktur oder die Fakturen von so deklarirten Waaren werden den Zollbehörden übergeben und bleiben in ihren Händen, bis diese Behörden die in der Deklaration aufgeführten Waaren untersucht haben.

De oorspronkelyke factuur of facturen van aldus aangegeven goederen, zullen aan de Overheden van het tolkantoor worden aangeboden, en totdat zy de in de aangifte vermelde goederen onderzocht hebben, in hun bezit blyven.

Die japanesischen Beamten dürfen einige oder alle dieser also deklarirten Colli untersuchen, zu welchem Zweke sie dieselben aufs Zollamt bringen lassen können, wenn sie wollen. Diese Untersuchung soll aber dem Waareneinführer keinerlei Auslagen verursachen, noch den Waaren Nachtheil bringen. Nach vorgenommener Prüfung werden die

De Japansche beambten mogen eenig of alle aldus aangegeven pakken onderzoeken, en dezelve tot dat einde naar het tolkantoor voeren; maar zulk onderzoek zal zonder onkosten voor den invoerder, of beschadiging der goederen geschieden, en na onderzoek zullen de Japanners de goederen in hunne oorspronkelyke

Japanesen die Waaren wieder in die Colli verpaken, und so viel als möglich auf die Weise, wie sie vorher waren. Diese Untersuchung soll ohne ungerechtfertigte Verzögerung vor sich gehen.

Wenn ein Eigenthümer oder Einführer von Waaren gewahr würde, daß sie auf der Herreise beschädigt worden wären, bevor er sie erhalten hätte, so kann er den Zollbehörden die geschehene Beschädigung anzeigen; darauf werden diese beschädigten Waaren von zwei oder mehreren kompetenten und unparteiischen Personen gewerthet, welche nach reiflicher Prüfung ein Zeugniß ausstellen werden, in welchem der Betrag des Schadens zu so und so viel vom Hundert angegeben wird, und zwar von jedem Collo insbesondere, dessen Zeichen und Nummer einzeln beschrieben werden. Dieses Zeugniß wird von den Experten in Gegenwart der beim Zollamt Angestellten unterzeichnet, und der Einführer hat das Zeugniß seiner Deklaration beizufügen und auf lezterer die angemessenen Abschreibungen anzubringen. Dieses darf aber die beim Zollamte Angestellten keineswegs hindern, die Waaren

gesteldheid weder in de pakken doen (zoo ver als zulks doenbaar is) en zoodanig onderzoek zal zonder eenig onredelyk oponthoud plaats vinden.

Indien de eigenaar of invoerder ontdekt, dat zyne goederen op de invoerreis beschadigd zyn geworden, voordat zoodanige goederen aan hem overhandigd zyn, kan hy de Overheden van het tolkantoor van zoodanige schade kennis geven, en de beschadigde goederen laten schatten door twee of meer deskundige en onpartydige personen welke na behoorlyk onderzoek een certificaat zullen maken, het schadebeloop van ieder afzonderlyk pak percentsgewyze opgevende, en dit met het merk en nommer daarvan beschryvend, welk certificaat in tegenwoordigheid der Overheden van het tolkantoor, door de schatters zal worden onderteekend, en de invoerder mag het certificaat by zyne aangifte voegen, en eene overeenkomende som daarvan aftrekken. Maar dit zal de Overheden van het tolkantoor niet beletten,

in der Weise zu taxiren, wie es im Artikel 15 des gegenwärtigen Vertrages, dem die Handelsreglemente beigefügt sind, angegeben ist.

Sobald die Zollgebühren entrichtet sind, so erhält der Eigenthümer der Waaren die Ermächtigung, dieselben, befinden sie sich beim Zollamte oder noch auf dem Schiffe, wieder in Empfang zu nehmen.

Alle für die Ausfuhr bestimmten Waaren müssen, bevor sie an Bord eines Schiffes gebracht werden dürfen, beim japanesischen Zollamte deklarirt werden. Die Deklaration hat schriftlich zu geschehen, und soll den Namen des Schiffes, auf welchem sie ausgeführt werden, enthalten, sammt der Anzahl der Colli, ihren Zeichen und Nummern, der Beschaffenheit, der Größe und des Werthes ihres Inhalts.

Derjenige, welcher diese Waaren exportirt, muß schriftlich bezeugen, daß in seiner Deklaration alle in derselben genannten Waaren wahr und treu angegeben seien. Diese Deklaration hat er mit seinem Namen zu unterzeichnen.

de goederen te schatten, als bepaald by het vyftiende artikel des Traktaats waar deze Regulatien zyn bygevoegd.

Na de betaling der regten zal de eigenaar een verlofbrief ontvangen, de overgave der goederen, of zy zich in het tolkantoor of aan boord van het schip bevinden, aan hem magtigende.

Alle goederen bestemd om uitgevoerd te worden, zullen voor dat zy aan boord gebragt zyn, by het Japansche tolkantoor worden aangegeven. De aangifte zal schriftelyk zyn en den naam van het schip, waarin de goederen zullen worden uitgevoerd, met de merken en nommers der pakken en de hoeveelheid, aard en waarde derzelver inhoud vermelden.

De uitvoerder zal schriftelyk certificeren dat de aangifte eene ware opgave is, van al de daarin bevatte goederen en dit met zyn naam onderteekenen.

Alle Waaren, welche an Bord eines Schiffes gebracht würden, um exportirt zu werden, bevor dieselben beim Zollamt deklarirt worden wären, und alle Colli, die verbotene Artikel enthalten, werden von der japanesischen Regierung mit Beschlag belegt.

Die Deklaration beim Zollamt ist nicht nöthig für Vorräthe, die zum Gebrauch auf den Schiffen, nämlich für die Schiffsmannschaft und die Reisenden bestimmt sind, eben so wenig für die Kleidungsstüke der Passagiere.

Scheint ein Collo den japanesischen Zollbeamten verdächtig, so können sie dasselbe in Beschlag nehmen, müssen aber unverzüglich den schweizerischen Konsularbeamten davon in Kenntniß sezen.

Die Waaren, über welche die schweizerischen Konsularbeamten die Konfiskation verfügen sollten, müssen unmittelbar nachher den japanesischen Behörden ausgeliefert werden; ferner haben die schweizerischen Konsularbeamten dafür zu sorgen, daß die von ihnen ausgesprochenen Geldbußen schnell bezahlt und dann den japanesischen Behörden eingehändigt werden.

Goederen die voordat zy by het tolkantoor zyn aangegeven, aan boord van een schip zyn gebragt om uitgevoerd te worden, en alle pakken, die verboden artikelen inhouden, zullen aan de Japansche Regering verbeurd verklaard zyn.

Behoeften voor de schepen, voor hunne bemanning en passagiers, of de kleederen enz. van passagiers, behoeven niet by het tolkantoor aangegeven te worden.

Den Japanschen tolbeambten verdacht toeschynende goederen kunnen door hen in beslag worden genomen, maar zy moeten aan de Zwitsersche Consulaire beambten daarvan kennis geven.

Goederen die door Zwitsersche Consulaire beambten zyn verbeurd verklaard, zullen dadelyk aan de Japansche Autoriteiten worden overgeleverd en het bedrag der, door de Zwitsersche Consulaire beambten uitgesprokene boeten, zal door dezelve ten spoedigste ingevoerd en aan de Japansche Autoriteiten worden betaald.

Drittes Reglement.

Wer eine falsche Deklaration oder ein falsches Zeugniß in der Absicht unterschreibt, die Einnahmen Japans dadurch zu verkürzen, hat eine Buße von hundert fünf und zwanzig Dollars für jede begangene Widerhandlung zu bezahlen.

Regulatie 3.

Jemand die eene valsche verklaring of een valsch certificaat onderteekent, ten einde de Japansche Staats inkomsten te benadeelen, zal voor iedere overtreding, eene boete van een honderd vyf en twintig (125) dollars betalen.

Viertes Reglement.

An die Vorsteher des japanesischen Zollamtes sind folgende Emolumente zu bezahlen:

Für jeden ausgestellten Erlaubnißschein 1½ Dollar.

Für jedes andere Dokument 1½ Dollar.

Regulatie 4.

Als douceur zullen aan de Overheden van het Japansche tolkantoor worden betaald.

Voor iederen verlofbrief, een en halve (1½) dollar.

Voor iedere andere document, een en halve (1½) dollar.

Fünftes Reglement.

Die an die japanesische Regierung für alle im Lande ausgeladenen Waaren zu entrichtenden Zollgebühren müssen nach folgendem Tarife stattfinden:

Tarif.

Erste Klasse.

Alle in diese Klasse gehörenden Artikel sind zollfrei:

Regulatie 5.

Op alle in Japan gelande goederen zullen aan de Japansche Regering regten worden betaald volgens het volgende Tarief.

Tarief.

Klasse 1.

Alle in deze klasse vermelde artikelen zullen vry van regten zyn.

Gemünztes oder ungemünztes Gold und Silber.

Alle Arten von Kleidungsstüken, die im Augenblike in Gebrauch sind.

Die Hausgeräthschaften und die nicht zum Verkauf bestimmten Bücher, die aber Personen eigenthümlich gehören müssen, die nach Japan gekommen sind, um daselbst zu wohnen.

Die Hausgeräthschaften, die gedrukten Bücher und die zum Gebrauch der schweizerischen Beamten in Japan bestimmten Konsumtionsgegenstände.

Wenn jedoch dieselben verkauft werden sollten, so müßten davon die Zollgebühren entrichtet werden.

Zweite Klasse.

Eine Zollgebühr von fünf vom Hundert (5%) wird auf den nachstehenden Artikeln bezahlt:

Alle Materialien, welche zum Bau, zum Takelwerk, zu den Reparaturen oder zur Ausrüstung der Schiffe verwendet werden.

Alle Geräthschaften zum Wallfischfang.

Die Vorräthe an gesalzenen Lebensmitteln jeder Art.

Das Brod und die Brodstoffe.

Goud en Zilver, gemunt of ongemunt,

Kleederen in tegenwoordig gebruik.

Huisraad en gedrukte boeken niet bestemd om verkocht te worden, maar die het eigendom zyn, van naar Japan ten verblyf komende personen.

Huisraad, boeken en provisien voor de Zwitsersche Ambtenaren in Japan.

Indien deze drie artikelen verkocht zullen worden, zullen de bepaalde regten daarvan worden betaald.

Klasse 2.

Een regt van vyf (5) percent zal op de volgende artikelen worden betaald.

Alle voor het bouwen, takelen, herstellen of uitrusten van schepen gebruikt wordende artikelen.

Alle soorten van walvischtuig.

Alle soorten van gezouten eetwaren.

Brood en broodstoffen.

Die lebenden Thiere jeglicher Art.

Alle soorten van levende dieren.

Die Steinkohle.

Steenkolen.

Das Bauholz für Häuser.

Timmerhout voor het bouwen van huizen.

Der Reis.

Ryst.

Der Paddie (Reis in der Hülse).

Paddy.

Die Dampfmaschinen.

Stoom-machinerie.

Der Zink.

Zink.

Das Blei.

Lood.

Das Zinn.

Tin.

Die rohe Seide.

Ruwe zyde.

Alle Stoffe von Baumwolle, Lein (Flachs) und Wolle.

Alle van linnen, katoen en wol vervaardigde stoffen.

Dritte Klasse.

Klasse 3.

Ein Zoll von fünf und dreißig vom Hundert (35%) wird bezahlt auf allen berauschenden Flüssigkeiten (Getränken), seien sie durch Destillation, durch Gährung oder auf irgend welche Weise bereitet worden.

Een regt van vyf en dertig (35) percent zal worden betaald, op alle de zinnen benevelende dranken, door distillatie, gisting of op eenig andere wyze bereid.

Vierte Klasse.

Klasse 4.

Alle in den vorhergehenden Klassen nicht begriffenen Waaren bezahlen einen Zoll von zwanzig vom Hundert (20%).

Alle in eenige der voorgaande klassen niet vermelde goederen zullen een regt van twintig (20) percent betalen.

Kriegsmunition darf nur der japanesischen Regierung und den Ausländern verkauft werden.

Oorlogs behoeften zullen alleen aan de Japansche Regering en aan vreemdelingen verkocht worden.

Sechstes Reglement.

Alle Artikel von japanesischer Herkunft, welche als Schiffsladung ausgeführt werden, bezahlen einen Zoll von fünf vom Hundert (5%), ausgenommen das gemünzte Gold und Silber und das Kupfer in Barren.

Die japanesische Regierung wird von Zeit zu Zeit an öffentlichen Steigerungen eine gewisse Quantität Kupfer, als Ueberschuß ihrer Ausbeutungen, verkaufen.

Der in Japan eingesammelte Reis und das Getraide dürfen nicht als Schiffsladung ausgeführt werden; allein es können alle in Japan wohnenden Schweizerbürger einen hinlänglichen Vorrath von diesen Lebensmitteln sich verschaffen.

Regulatie 6.

Behalve gouden en zilveren munt en koper in staven, zullen alle als lading uitgevoerd wordende Japansche producten een uitgaande regt van vyf (5) percent betalen.

De Japansche Regering zal van tyd tot tyd het meer dan noodig koper, dat mogt worden opgeleverd, in publieke veilingen verkoopen.

Ryst en tarwe van Japansche oorsprong kan niet als lading worden uitgevoerd; maar de in Japan woonende Zwitsersche burgers zullen met genoegzame voorraad daarvan worden voorzien.

Siebentes Reglement.

Fünf Jahre nach Inkraftsezung des gegenwärtigen Vertrages können die Ein- und Ausfuhrzölle abgeändert werden, wenn die schweizerische oder die japanesische Regierung es wünscht.

Sollte jedoch vor Ablauf dieses Zeitraums die japanesische

Regulatie 7.

Vyf jaren nadat dit Traktaat in werking is getreden, zullen de in- en uitgaande regten aan eene herziening worden onderworpen, indien de Zwitsersche of Japansche Regering zulks wenscht.

Maar indien voor het verstryken van dezen tyd de

Regierung eine solche Zollrevision mit der Regierung einer andern Nation vornehmen, so wird die schweizerische Regierung auf den Wunsch der japanesischen Regierung an derselben Theil nehmen.

(Gez.) **Takemoto Kaino kami.**

(Gez.) **Kikoetsi Jyono kami.**

(Gez.) **Hosino Kingo.**

(Gez.) **Aimé Humbert.**

Japansche Regering met de Regering van eenig andere Natie tot zulk eene herziening overgaat, zoo zal de Zwitsersche Regering op den wensch der Japansche Regering daaraan deelnemen.

(Sig.) **Takemoto Kaino kami.**
(Handteekening.)

(Sig.) **Kikoetsi Jyono kami.**
(Handteekening.)

(Sig.) **Hosino Kingo.**
(Handteekening.)

(Sig.) **Aimé Humbert.**

Uebereinkunft

zwischen

der Schweiz und Oesterreich, betreffend den gegenseitigen telegraphischen Verkehr.

(Vom 22. April 1865.)

Die Regierung der schweizerischen Eidgenoßenschaft und die Regierung S. M. des Kaisers von Oesterreich, von dem Wunsche beseelt, den beiden Staaten die Vortheile eines ermäßigten Tarifs für die Auswechslung ihrer Telegramme zu sichern, so wie auch den telegraphischen Transit durch ihr beidseitiges Gebiet zu erleichtern, sind übereingekommen, von den in den Artikeln 31 und 59 des internationalen Telegraphenvertrages, welcher im April 1865 zu Paris verabredet wurde, erwähnten Vorbehalten Gebrauch zu machen, und haben zu diesem Zweke die nachfolgenden Bestimmungen im gemeinsamen Einverständnisse festgesezt.

1. Die Taxe des Telegramms zu 20 Worten soll einheitlich festgesezt werden wie folgt:

a. auf einen Franken für alle zwischen denjenigen Telegraphenstationen beider Staaten gewechselten Korrespondenzen, welche nicht mehr als 10 deutsche Meilen oder 15½ Schweizerstunden von einander entfernt sind, wobei der Betrag der Taxe zu gleichen Theilen unter die beiden Staaten vertheilt wird;

b. auf zwei Franken für alle zwischen der Schweiz einerseits und Vorarlberg und Tyrol andererseits gewechselten Korre-

spondenzen, wobei der Betrag der Taxe ebenfalls zu gleichen Theilen unter die beiden Staaten vertheilt wird;

c. auf drei Franken für alle zwischen der Schweiz einerseits und den Kronländern Salzburg, Kärnthen und Lombardo-Venetien andererseits gewechselten Korrespondenzen, wobei der Betrag der Taxe im Verhältniß zu einem Drittheil für die Schweiz und zu zwei Drittheilen für Oesterreich vertheilt wird;

d. auf vier Franken für alle zwischen der Schweiz und dem übrigen Gebiete des österreichischen Kaiserthums gewechselten Korrespondenzen, wobei der Betrag der Taxe im Verhältniß zu einem Viertheil für die Schweiz und zu drei Viertheilen für Oesterreich getheilt wird.

2. Für alle zwischen den schweizerisch-österreichischen und den schweizerisch-französischen Grenzen durch die Schweiz transitirenden telegraphischen Korrespondenzen, abgesehen von deren Aufgabe- oder Bestimmungsort, ermäßigt die Schweiz ihre nach der Tabelle B des erwähnten Vertrages von Paris auf einen Franken festgesezte Transittaxe um einen Fünftheil zu Gunsten Oesterreichs, und begnügt sich daher für den oben bezeichneten Transit mit einer Taxe von vier Fünftelsfranken per Telegramm von 20 Worten. Zur Ausgleichung dessen verpflichtet sich dagegen Oesterreich seinerseits, dafür zu sorgen, daß die Taxen der von Frankreich und weiter her über die oben erwähnten Grenzen sowohl nach Oesterreich als nach Rußland, den Donaufürstenthümern, der Türkei, Griechenland und dem Orient überhaupt und vice versa transitirenden Telegramme in keinem Falle höher festgesezt werden, als für jeden andern konkurrirenden Weg.

3. Die Bestimmungen des oben zitirten Vertrages von Paris finden mit Ausnahme dessen, was auf die Taxation der Telegramme und auf die Vertheilung der Taxen Bezug hat, in allen Theilen auf die Auswechslung derjenigen Telegramme Anwendung, welche Gegenstand dieser Uebereinkunft bilden.

4. Die zwischen der Schweiz und Oesterreich zu Friedrichshafen am 26. Oktober 1858 (VI, 245) und zu Bregenz am 1. November

1863 unterzeichneten Verträge und Protokolle (VIII, 43–66) treten mit dem Tage außer Kraft, an welchem die gegenwärtige Uebereinkunft in Vollziehung gesezt wird.

5. Die gegenwärtige Uebereinkunft, welche gleichzeitig mit der Vollziehung des zitirten Vertrages von Paris zur Ausführung gelangen soll, wird für unbestimmte Zeit in Kraft bestehend erklärt, so lange als deren Kündigung nicht durch einen der kontrahirenden Staaten erfolgt; in diesem leztern Falle bleibt sie vom Tage der Kündigung an bis nach Verfluß eines Vierteljahres in Kraft.

Dieselbe soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen so bald als möglich ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Siegel beigesezt.

So geschehen zu Bern, den 22. April 1865.

(L. S.) (Gez.) **L. Curchod.** (L. S.) (Gez.) **Brunner.**

Erklärung des schweiz. Bundesrathes.

Nachdem in Folge des Pariser internationalen Telegraphenvertrages von den Bevollmächtigten der Schweiz und Oesterreichs am 22. April 1865 zu Bern ein Separat-Telegraphen-Uebereinkommen geschloßen und unterzeichnet worden ist, durch welches auch die bisherigen Telegraphenverträge zwischen der Schweiz und Oesterreich vom 26. Weinmonat 1858 und vom 1. Wintermonat 1863 außer Wirksamkeit gesezt wer-

Ministerial-Erklärung von Oesterreich.

Nachdem in Folge des Pariser internationalen Telegraphen-Vertrages von den Bevollmächtigten Oesterreichs und der Schweiz am 22. Aprill 1865 zu Bern ein Separat-Telegraphen-Uebereinkommen geschlossen und unterzeichnet worden ist, durch welches auch die bisherigen Telegraphen-Verträge zwischen Oesterreich und der Schweiz vom 26. October 1858 und vom 1. November 1863 außer Wirksam-

den, so ertheilt der schweizerische Bundesrath hiemit den in obigem Abkommen getroffenen Vereinbarungen seine Genehmigung, indem er zugleich verspricht, die bezüglichen Bestimmungen genau zu beobachten und beobachten zu lassen.

Zur Urkunde dessen ist die gegenwärtige Erklärung vom Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem bundesräthlichen Siegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den zweiten (2.) Augstmonat eintausend achthundert fünf und sechzig (1865).

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

keit gesetzt werden, so ertheilt die k. k. österreichische Regierung hiemit den in obigem Abkommen getroffenen Vereinbarungen ihre Genehmigung, indem sie zugleich verspricht, die bezüglichen Bestimmungen genau zu beobachten und beobachten zu lassen.

Urkund dessen ist die gegenwärtige Erklärung von dem Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Aeußern unter Beifügung des Siegels ausgefertigt worden.

So geschehen zu Wien am 14. December 1865.

Der k. k. österreichische Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern:

Alexander Graf Mensdorff-Pouilly, F. M.

(L. S.)

Note. Der Austausch der vorstehenden Erklärungen hat am 23. Dezember 1865 zwischen dem Kanzler der schweiz. Eidgenoßenschaft, Herrn Schieß, und dem k. k. österreichischen Gesandten, Herrn Freiherr von Menßhengen, in Bern stattgefunden.

Erklärung

zwischen

der Schweiz und Frankreich, betreffend die Telegraphentaxen.

(Vom 23. Dezember 1865.)

Auf den Wunsch der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen, die allgemeinen Bestimmungen des am 17. Mai 1865 in Paris unterzeichneten internationalen Vertrags durch spezielle Festsezungen in Bezug auf den telegraphischen Verkehr zwischen den beiden betreffenden Ländern zu ergänzen, haben die hiezu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten Nachfolgendes vereinbart:

1. Die Taxe für eine Depesche von zwanzig Worten bleibt für alle zwischen den beiden Ländern gewechselten Korrespondenzen, ohne Rüksicht auf das Ausgangs- und Bestimmungsbüreau, gleichmäßig auf drei Franken festgesezt.

Der Betrag der Taxe wird unter die beiden vertragschließen-

Le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français, désirant compléter par l'adoption de mesures spéciales à la correspondance télégraphique des deux Pays, les dispositions générales de la Convention internationale signée à Paris, le 17 Mai 1865, les Soussignés dûment autorisés à cet effet, sont convenus des dispositions suivantes:

1° La taxe de la dépêche de vingt mots restera uniformément fixée à trois francs pour toutes les correspondances échangées entre les deux Pays, quel que soit le bureau de provenance ou le bureau de destination.

Le montant de la taxe sera partagé entre les deux Etats

den Staaten in der Weise vertheilt, daß Frankreich zwei Drittheile und die Schweiz einen Drittheil erhält.

Die Bestimmungen der beiden vorstehenden Säze finden auch auf Korsika Anwendung; nur wird, beim Abgang einer direkten Kommunikation zwischen Frankreich und diesem Departement, zur oben festgesezten Taxe je nach Umständen noch der Kostenbetrag des Transits über Italien oder die Posttaxe hinzugeschlagen.

2. Eine Ausnahme tritt dahin ein, daß bei allen Korrespondenzen zwischen den Büreaux der an der schweizerischen Grenze liegenden französischen Departemente, und den Büreaux der an die lezteren angrenzenden schweizerischen Kantone, die Taxe für eine Depesche von zwanzig Worten auf nur zwei Franken festgesezt wird, welche auf die beiden vertragschließenden Staaten je zur Hälfte vertheilt werden.

Das Departement Savoien in Frankreich und die Kantone Freiburg und Aargau in der Schweiz sollen als Grenz-Departement und resp. Grenz-Kantone betrachtet und in Bezug auf die Anwendung des vorstehenden

contractants dans la proportion des deux tiers pour la France et d'un tiers pour la Suisse.

Les dispositions des deux paragraphes précédents s'appliquent à la Corse, mais en l'absence de communications directes entre la France et ce Département, le prix du parcours italien, ou la taxe postale, s'ajoutera, selon le cas, à la taxe ci-dessus déterminée.

2° Par exception, la taxe de la dépêche de vingt mots sera fixée à deux francs seulement, à partager par moitié entre les deux Etats contractants, pour toutes les correspondances échangées entre un bureau quelconque de l'un des Départements français situés sur la frontière de la Suisse, avec un bureau quelconque d'un Canton suisse limitrophe de ce Département.

Le Département de la Savoie, en France, et les Cantons de Fribourg et d'Argovie en Suisse, seront considérés comme Département et Cantons frontières et traités, pour l'application du paragraphe précé-

Sazes in der Weise behandelt werden, daß das Departement Savoien dem Departement Ober-Savoien, der Kanton Freiburg dem Kanton Neuenburg, und der Kanton Aargau dem Kanton Basel gleichgestellt werden.

Die Stipulationen der Erklärung vom 14. Dezember 1858 (VI, 200), betreffend den Tarif für die Korrespondenzen zwischen den Grenzbüreaux der beiden betreffenden Staaten, sind und bleiben aufgehoben.

3. Die respektiven Verwaltungen der beiden Staaten werden einverständlich alle Detailvorschriften in Bezug auf den gemeinsamen Dienst erlassen, welche nicht schon im Vertrag vom 17. Mai 1865 enthalten sind; so insbesondere diejenigen über die Beförderung der Depeschen über ihre betreffenden Telegraphenneze hinaus, sei es per Post, sei es durch irgend ein anderes Mittel.

4. Gegenwärtige, mit dem 1. Januar 1866 in Wirksamkeit tretende Uebereinkunft bleibt für unbestimmte Zeit, d. h. so

dent: le Département de la Savoie comme celui de la Haute-Savoie, le Canton de Fribourg comme celui de Neuchâtel, et le Canton d'Argovie comme celui de Bâle.

Les dispositions consacrées par la Déclaration du 14 Décembre 1858, et concernant le tarif des correspondances échangées entre les bureaux-frontière des deux Etats respectifs, sont et demeurent abrogées.

3° Les administrations respectives des deux Etats détermineront de concert toutes les règles relatives aux détails du service commun qui ne sont pas fixées par la Convention du 17 Mai 1865, notamment celles qui concernent le service du transport des dépêches au-delà de leurs réseaux respectifs, soit par la poste, soit par tout autre moyen.

4° Le présent arrangement, exécutoire à partir du 1er Janvier 1866, sera considéré comme étant en vigueur pour

lange in Kraft, als von keinem der beiden vertragschließenden Staaten eine Aufkündung erfolgt; im Falle der Aufkündung dauert ihre Gültigkeit noch ein Jahr, vom Tage dieser Aufkündung an gerechnet.

Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Wappensiegel beigedrukt.

So geschehen in Paris, den 23. Christmonat 1865.

(L. S.) **Kern.**

(L. S.) **Drouyn de Lhuys.**

un temps indéterminé, tant que la dénonciation n'en aura pas été faite par l'un des deux Etats contractants, et, dans ce dernier cas, il demeurera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à compter du jour de cette dénonciation.

En foi de quoi, les Soussignés ont signé le présent arrangement et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à *Paris*, le 23 Décembre 1865.

(L. S.) **Kern.**

(L. S.) **Drouyn de Lhuys.**

Note. Ermächtigt durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 20. Heumonat 1865 (VIII 473) hat der Bundesrath die vorstehende Uebereinkunft am 8. Januar 1866 genehmigt.

Instruktion

für

den Chef des eidgenößischen Stabsbüreaus.

(Vom 22. Christmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Ausführung des Bundesgesezes vom 13. Wintermonat 1865 (VIII, 626);

auf den Antrag seines Militärdepartements,

beschließt:

Art. 1. Der Chef des Stabsbüreaus wird vom Bundesrath je auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt.

Art. 2. Er steht unmittelbar unter dem eidg. Militärdepartement, von welchem er alle auf die Arbeiten des Stabsbüreaus Bezug habenden Aufträge erhält und an welches er seine Berichte eingibt.

Art. 3. Ihm wird das nöthige Personal unterstellt, dessen Einberufung oder Anstellung durch das Militärdepartement geschieht, und dessen Besoldung nach Maßgabe des jährlichen Voranschlags bestimmt wird.

Art 4. Er verwaltet die Sammlungen und leitet die Arbeiten des Stabsbüreaus.

Art. 5. Die vom Geseze vorgeschriebenen Sammlungen des Stabsbüreaus sammt ihren Verzeichnissen sollen sich jederzeit in vollständiger Ordnung befinden, so daß deren Gebrauch zugleich leicht und instruktiv ist.

Art. 6. Der Chef des Stabsbüreaus wird nach Maßgabe der bewilligten Mittel fortwährend auf eine zwekmäßige Vermehrung der Sammlungen bedacht sein und dem Militärdepartement bezügliche Vorlagen machen.

Art. 7. Den Offizieren des eidg. Stabes, dem eidg. Instruktionskorps und, so weit möglich, auch den Truppenoffizieren hat er die Benuzung der Militärbibliothek und der Kartensammlung auf geeignete Weise und nach dem vom Departement hierüber erlaßenen Regulativ zu ermöglichen.

Art. 8. Als gleichzeitiger Chef des topographischen Büreaus, das eine Unterabtheilung des Stabsbüreaus bildet, hat er, nach eingeholter Ermächtigung des Militärdepartements, dafür zu sorgen, daß den Begehren um Mittheilungen aus den Aufnahmsblättern und den trigonometrischen Verzeichnissen entsprochen werde.

Originalien dürfen nicht aus dem Büreau gegeben werden.

Art. 9. Der Chef des Stabsbüreaus hat dahin zu wirken,

a. daß die topographischen Sammlungen durch alle bisher ausgeführten und durch die mit der Zeit erfolgenden, von Kantonen und Gesellschaften unternommenen geodätischen und topographischen Arbeiten der Schweiz ergänzt und vervollständigt werden.

b. In dem vorhandenen Aufnahmsmaterial sollen unausgesezt die in den Straßen, Eisenbahnen und Ortschaften erfolgenden Veränderungen nachgetragen werden.

c. Der topographische Atlas ist mit diesen Nachträgen, so wie mit den nöthigen Korrekturen und neu erfolgenden topographischen Aufnahmen in fortgesezter Weise zu vervollkommnen und auf dem Standpunkte der Zeit zu erhalten.

d. Die Generalkarte im Maßstab von $^1/_{250000}$ ist mit Beförderung auszuführen und in gleicher Weise wie der topographische Atlas auf dem Standpunkte der Zeit zu erhalten.

e. Es ist dafür zu sorgen, daß für die Bedürfnisse der Administration und des Publikums die nöthige Zahl der Blätter des Atlases und der reduzirten Karte gedrukt werde.

Art. 10. Der Chef des Stabsbüreaus ist beauftragt, die zu den Plänen der Landesvertheidigung nöthigen Materialien zu sammeln.

Er hat im Besondern alles anzuregen und vorzubereiten, was für eine allfällige Armeeaufstellung und Armeebewegung nöthig und nüzlich ist, wie Vorbereitung von Vertheidigungsplänen für die verschiedenen Grenzfronten; Vorbereitung der einschlägigen Instruktionen nach Maßgabe der verschiedenen Eventualitäten, Vorschläge zu nothwendigen Erkennungen und Leitung der Arbeiten überhaupt, welche die Ordnung, Sammlung und Vervollständigung der Hilfsmaterialien für eine allfällige Armeeaufstellung betreffen, in so weit die Sammlung der bezüglichen Materialien nicht einzelnen Waffen- und Verwaltungschefs zugewiesen ist; er sorgt jedenfalls auch für eine einheitliche Uebersicht über alle Hilfsmaterialien dieser Art, die bei den verschiedenen Waffen- und Verwaltungschefs gesammelt werden.

Art. 11. Er hat dafür zu sorgen, daß den zu ihrer militärischen Ausbildung auf das Stabsbüreau einberufenen Offizieren des eidg. Stabes die Gelegenheit gegeben werde, die Hilfsmittel für die militärische Landeskunde und Landesvertheidigung kennen zu lernen.

Art. 12. Er hat dem Militärdepartement zuhanden des Bundesrathes jeweilen rechtzeitig ein Programm für die im nächsten Jahre auszuführenden Arbeiten einzureichen, ebenso den auf seinen Geschäftsbereich bezüglichen Ausgabenvoranschlag und den Jahresbericht.

Art. 13. Das Departement wird zur Prüfung der Arbeiten und des Programms des Stabsbüreaus eine Kommission aus den Waffenchefs und nöthigenfalls aus andern höhern Stabsoffizieren bestellen. Der Chef des Stabsbüreaus hat in dieser Kommission berathende Stimme.

Art. 14. Der Chef des Stabsbüreaus wird überhaupt alle administrativen Arbeiten besorgen, die ihm vom Departement übertragen werden.

Bern, den 22. Christmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Reglement

betreffend

das Rechnungswesen der eidgenößischen Untersuchungsrichter.

(Vom 22. Christmonat 1865.)

Die Anklagekammer
des schweizerischen Bundesgerichtes,

nach Einsicht einer an das Bundesgericht erlaßenen Zuschrift des Bundesrathes vom 24. Hornung 1865 und eines Beschlußes des Bundesgerichtes vom 1. Heumonat gleichen Jahres;

gestüzt auf Art. 21 des Bundesgesezes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 5. Brachmonat 1849 (I, 65),

beschließt:

Art. 1. Die Besorgung des Kassa= und Rechnungswesens der eidgenößischen Untersuchungsrichter liegt, so oft sie in Funktion treten, dem ihnen beigeordneten Gerichtsschreiber ob.

Art. 2. Zu diesem Ende legt der Gerichtsschreiber bei seinem Diensteintritt ein Kassabuch an und führt dasselbe bis zur Beendigung der betreffenden Untersuchung fort.

In das Kassabuch sind alle Einnahmen und Ausgaben in chronologischer Reihenfolge einzutragen.

Dasselbe ist nach seinem Abschluße von dem Untersuchungsrichter und dessen Sekretär zu unterzeichnen und mit der Rechnung an den Bundesrath abzuliefern.

Art. 3. Der Gerichtsschreiber bezieht die nöthigen Vorschüsse von der Bundeskasse, hat aber für seine Kreditbegehren das Visum des Untersuchungsrichters einzuholen.

Für die Ausgaben läßt er sich von den Bezügern der einzelnen Summen gehörig quittirte Rechnungen ausstellen. Ist die Erhebung eines solchen Beleges nicht statthaft, oder geschieht die Zahlung an den Gerichtsschreiber selbst, so erhebt dieser für die Ausgabe das Visum des Untersuchungsrichters.

Art. 4. Die Entschädigungen an den Untersuchungsrichter, dessen Gerichtsschreiber und deren Angestellte sind nach Maßgabe des Bundesgesezes vom 24. Herbstmonat 1856 (V, 408) über die Kosten der Bundesrechtspflege zu berechnen.

Die Aussezung von Gehaltszulagen oder Gratifikationen in Berüksichtigung von ausnahmsweisen Verhältnissen ist Sache des Bundesrathes.

Art. 5. Nach Beendigung der Untersuchung sendet der Untersuchungsrichter dem Bundesrath seine Rechnung ein.

Diese Rechnung wird von dem Gerichtsschreiber gestellt und vom Untersuchungsrichter visirt.

Alle Ausgaben sind mit Belegen, welche nach Maßgabe von Art. 3, Absaz 2 ausgestellt sein sollen, und im Anschluß an die Rechnung fortlaufend numerirt werden, zu begleiten.

Art. 6. Das vorliegende Reglement wird dem Bundesrath und den eidgenößischen Untersuchungsrichtern mitgetheilt, und in die amtliche Sammlung der Bundesgeseze und Verordnungen der schweizerischen Eidgenoßenschaft aufgenommen.

Zürich, den 22. Christmonat 1865.

Im Namen der Anklagekammer des schweizerischen Bundesgerichtes:
Der Präsident: **Ed. Häberlin.**
Der Sekretär: Dr. **E. Escher.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Reglements in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 22. Jänner 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Vertrag mit Italien über postamtliche Geldanweisungen.

(Vom 16. Wintermonat 1865.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der Botschaften des Bundesrathes vom 25. Weinmonat und vom 8. Wintermonat 1865;

nach Kenntnißnahme des zwischen der Schweiz und Italien abgeschloßenen Postvertrages;

in Anwendung von Art. 74, Ziffer 5 der Bundesverfaßung,

beschließt:

1. Dem zwischen der schweizerischen Eidgenoßenschaft und S. M. dem König von Italien unterm 30. Weinmonat 1865 in Florenz abgeschloßenen Postvertrage, betreffend die postamtlichen Geldanweisungen zwischen der Schweiz und Italien, wird hiemit die vorbehaltene Genehmigung ertheilt.

2. Der Bundesrath ist mit der Auswechslung der Ratifikationen und mit der Vollziehung beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 15. Wintermonat 1865.

Der Präsident: Dr. J. Rüttimann.
Der Protokollführer: J. Kern-Germann.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Wintermonat 1865.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 22. Wintermonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**



Vertrag

zwischen

der Schweiz und Italien, betreffend die postamtlichen Geldanweisungen.

Abgeschloßen den 30. Oktober 1865.
Ratifizirt von der Schweiz am 22. November 1865.
" " Italien am 26. November 1865.

Der Bundesrath

der

schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht und Prüfung des zwischen den Bevollmächtigten des schweizerischen Bundesrathes und Seiner Majestät des Königs von Italien am 30. Oktober 1865 in Florenz unter Ratifikationsvorbehalt abgeschloßenen und unterzeichneten Vertrags, betreffend die postamtlichen Geldanweisungen zwischen der Schweiz und Italien, welcher Vertrag vom schweizerischen Ständerathe am 15. November 1865 und vom schweizerischen Nationalrathe am 16. gleichen Monats genehmigt worden ist, und der also lautet:

Vittorio Emanuele II,

per grazia di Dio e per volontà della Nazione

Re d'Italia,

A tutti coloro che le presenti vedranno, salute.

Una Convenzione sullo scambio dei vaglia postali fra l'*Italia* e la *Svizzera* essendo stata conchiusa e sottoscritta dai rispettivi Plenipotenziarii in Firenze addì trenta del mese di Ottobre del corrente anno Mille ottocento sessantacinque;

Convenzione del tenore seguente:

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenoßenschaft und **Seine Majestät der König von Italien,** von der Zwekmäßigkeit überzeugt, den Verkehr der postamtlichen Geldanweisungen zwischen der Schweiz und Italien durch einen neuen Vertrag zu reguliren, haben als Bevollmächtigte zu diesem Zweke ernannt:

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenoßenschaft:

Herrn Jean Baptiste Pioda, seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem König von Italien;

Seine Majestät der König von Italien:

den Herrn Ritter Dr. Etienne Jacini, Großoffizier seines Ordens der Heiligen Mauritius und Lazarus, seinen Minister Staatssekretär für die öffentlichen Bauten;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer Vollmachten, sich über folgende Artikel verständigt haben:

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse et **Sa Majesté le Roi d'Italie,** ayant reconnu l'utilité de régler, au moyen d'une nouvelle convention, l'échange des mandats de poste entre la Suisse et l'Italie, ont nommé pour leurs plénipotentiaires à cet effet, savoir:

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse:

Mr. Jean-Baptiste *Pioda*, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi d'Italie;

Sa Majesté le Roi d'Italie:

Mr. le Chevalier Docteur Etienne *Jacini*, Grand-Officier de Son Ordre des Ss. Maurice et Lazare, Son Ministre Secrétaire d'Etat pour les Travaux publics,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, sont convenus des articles suivants:

Artikel I.

Durch Vermittlung der Post können sowohl von Italien und den italienischen Postbüreaux im Auslande nach der Schweiz, als von der Schweiz nach Italien und den italienischen Büreaux im Auslande Geldsendungen stattfinden. Diese Sendungen werden durch besondere, mit Mandats d'articles d'argent sur l'étranger bezeichnete Geldanweisungen vermittelt, welche von italienischen Büreaux auf schweizerische Büreaux und umgekehrt ausgestellt werden.

Artikel II.

Diese Geldanweisungen können durch Endossement weiter übertragen werden.

Nach geschehener Auszahlung derselben ist kein Rükgriff mehr statthaft, sei es gegen die ausstellende, als gegen die bezahlende Verwaltung.

Artikel III.

Von den durch Geldanweisungen beförderten Summen wird bis auf 100 Franken für je 10 Franken, oder einen Bruchtheil

Article I[er].

Des envois de fonds pourront avoir lieu par la voie de la poste, tant de l'Italie et des bureaux italiens à l'étranger pour la Suisse, que de la Suisse pour l'Italie et pour les bureaux italiens à l'étranger. Ces envois s'effectueront au moyen de mandats spéciaux, dits *Mandats d'articles d'argent sur l'étranger*, tirés par des bureaux de poste d'Italie sur des bureaux de poste de la Suisse et réciproquement.

Article II.

La propriété de ces mandats sera transmissible par voie d'endossement.

Leur paiement une fois effectué ne pourra donner lieu à aucun recours, soit contre l'Administration qui aura émis le mandat, soit contre celle qui l'aura payé.

Article III.

Les droits à percevoir sur les sommes d'argent expédiées au moyen de mandats de poste sont fixés à dix centimes par

von 10 Franken, eine Gebühr von 10 Rappen erhoben.

Bei Summen über 100 Franken wird für je weitere 50 Franken oder einen Bruchtheil von 50 Franken eine Gebühr von 20 Rappen hinzugefügt.

Diese Taxe wird zwischen den beiden Postverwaltungen (der Schweiz und Italiens) zu gleichen Theilen getheilt.

Artikel IV.

Es wird ausdrücklich vereinbart, daß die in Ausführung des Artikel I ausgestellten Geldanweisungen unter keinem Vorwande und unter keinem Namen mit irgend einer weitern als der durch Art. III festgesezten Taxe belegt werden dürfen.

Artikel V.

Die von einer der beiden Verwaltungen gegen Geldanweisungen einkassirten Summen, welche von den Berechtigten inner acht Jahren, vom Datum der Einzahlung an, nicht erhoben werden, fallen definitiv derjenigen Ver-

dix francs ou fraction de dix francs, jusqu'à la somme de cent francs.

Pour les sommes au-dessus de cent francs, on ajoutera un droit de vingt centimes de cinquante francs en cinquante francs ou fraction de cinquante francs.

Cette taxe sera répartie par moitié entre les deux Administrations des postes de l'Italie et de la Suisse.

Article IV.

Il est formellement convenu que les mandats délivrés en exécution de l'article premier ne pourront, sous aucun prétexte et à quelque titre que ce soit, être soumis à une taxe quelconque en sus de celle fixée par l'article III.

Article V.

Les sommes encaissées par chacune des deux Administrations en échange de mandats d'articles d'argent, dont le montant n'aura pas été réclamé par les ayants-droit dans le délai de huit années, à partir

waltung zu, welche diese Anweisungen ausgestellt hat.

du jour du versement des fonds, seront définitivement acquises à l'Administration qui aura délivré ces mandats.

Artikel VI.

Die beiden Verwaltungen (der Schweiz und Italiens) werden das Maximum des Betrages der Geldanweisungen einverständlich festsezen, sowie die Büreaux bezeichnen, welche Geldanweisungen auszustellen und zu bezahlen ermächtigt sind, und überhaupt alle für die Vollziehung des gegenwärtigen Vertrages erforderlichen Detail- und Ordnungsvorschriften erlassen.

Diese leztern können, so oft es die beiden Verwaltungen für nothwendig erachten, von ihnen einverständlich abgeändert werden.

Article VI.

Les deux Administrations de la Suisse et de l'Italie établiront d'un commun accord la limite de la somme des mandats; elles désigneront les bureaux qui seront admis à délivrer et payer les mandats, et règleront toutes les mesures de détail et d'ordre nécessaires pour assurer l'exécution des stipulations de la présente convention.

Il est entendu que les mesures susdites pourront être modifiées par les deux Administrations toutes les fois que, d'un commun accord, elles en reconnaîtront la nécessité.

Artikel VII.

Mit dem Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages sind alle frühern Stipulationen oder Festsezungen über Geldanweisungen zwischen dem Königreich Italien und der schweizerischen Eidgenoßenschaft aufgehoben.

Article VII.

Seront abrogés, à partir du jour de la mise à exécution de la présente convention, toutes stipulations ou dispositions antérieures concernant les mandats d'articles d'argent entre le Royaume d'Italie et la Confédération suisse.

Artikel VIII.

Der gegenwärtige Vertrag tritt mit dem durch die beiden Kontrahenten einverständlich festzusezenden Tage in Kraft.

Er bleibt von Jahr zu Jahr so lange verbindlich, bis einer der kontrahirenden Theile dem andern, und zwar ein Jahr zum Voraus, die Absicht mitgetheilt hat, von dem Vertrag zurükzutreten.

Article VIII.

La présente convention sera mise à exécution à partir du jour dont les deux parties conviendront.

Elle demeurera obligatoire d'année en année, jusqu'à ce que l'une des deux parties contractantes ait annoncé à l'autre, mais un an à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

Artikel IX.

Dieser Vertrag ist zu ratifiziren, und die Ratifikationen sind so bald als möglich auszuwechseln.

Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihre Wappensiegel beigedrukt.

Geschehen in Florenz, in doppelter Ausfertigung, am 30. Oktober im Jahre des Heils 1865.

(L. S.) (Gez.) **J. B. Pioda.**
(L. S.) (Gez.) **E. Jacini.**

Article IX.

Cette convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées aussitôt que faire se pourra.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à *Florence*, en double expédition, le 30 Octobre de l'an de grâce 1865.

(L. S.) (Sig.) **J. B. Pioda.**
(L. S.) (Sig.) **E. Jacini.**

erklärt den vorstehenden Vertrag seinem ganzen Inhalte nach als angenommen und in Kraft erwachsen, und verspricht im Namen der schweizerischen Eidgenoßenschaft, denselben, so weit es von ihr abhangt, gewißenhaft zu beobachten.

Zur Urkunde dessen ist gegenwärtige Ratifikation von dem Bundespräsidenten und dem Kanzler der Eidgenoßenschaft unterschrieben und mit dem eidgenößischen Staatssiegel versehen worden.

So geschehen in Bern, den zwei und zwanzigsten November eintausend achthundert fünf und sechzig.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Schenk.

(L. S.)

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

Noi avendo veduto ed esaminato la qui sovrascritta Convenzione ed approvandola in ogni e singola sua parte, l'abbiamo accettata, ratificata e confermata, come per le presenti l'accettiamo, ratifichiamo e confermiamo, promettendo di osservarla e di farla inviolabilmente osservare. In fede di che Noi abbiamo firmato di Nostra mano le presenti lettere di ratificazione e vi abbiamo fatto apporre il Nostro Reale Sigillo. Date a *Firenze* addì ventisei del mese di Novembre l'anno del Signore Mille ottocento sessantacinque e del Regno Nostro il Decimosettimo.

Vittorio Emanuele.

(L. S.)

Per parte di Sua Maestà il Re,

Il Presidente del Consiglio, Ministro Segretario di Stato per gli affari esteri:

Alf°. La Marmora.

Note. Die Ratifikationen des vorstehenden Vertrages sind zwischen dem schweizerischen Minister in Florenz, Herrn Pioda, und dem Minister des Aeußern von Italien, Herrn La Marmora, am 24. Dezember 1865 in Florenz ausgewechselt worden.

Bundesrathsbeschluß
betreffend
die Eintheilung der sechs Pulverbezirke der Schweiz.

(Vom 30. Christmonat 1865.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Abänderung des Art. 9 der Verordnung über die nähere Einrichtung und die Geschäftsführung der Pulververwaltung (VII, 638),

beschließt:

Art. 1. Die Schweiz wird in sechs Pulverbezirke eingetheilt.

Der I. Bezirk umfaßt die Kantone Genf, Wallis, Neuenburg, Waadt (mit Ausnahme des Bezirks Avenches) und Freiburg (ausgenommen den Sense- und den Seebezirk).

Der II. Bezirk umfaßt die Kantone Bern, Solothurn, Basel (Stadt und Landschaft), den freiburgischen Sense- und Seebezirk, und den waadtländischen Bezirk Avenches.

Der III. Bezirk umfaßt die Kantone Luzern, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Uri, Zug, einen Theil des Kantons Schwyz, nämlich die Bezirke Küßnacht, Gersau und Schwyz; ferner die aargauischen Bezirke Zofingen, Aarau, Kulm und Lenzburg; endlich die drei, nahe an der St. Gotthardstraße liegenden tessinischen Bezirke Leventina, Riviera und Blenio.

Der IV. Bezirk umfaßt den Kanton Zürich, die aargauischen Bezirke Rheinfelden, Laufenburg, Zurzach, Brugg, Baden, Bremgarten und Muri; den Theil des Kantons Schwyz, wozu die Bezirke March, Einsiedeln und Höfe gehören.

Der V. Bezirk umfaßt die Kantone Schaffhausen, Thurgau, Appenzell (Außer- und Inner-Rhoden), Glarus und St. Gallen (mit Ausnahme der Bezirke Werdenberg und Sargans).

Der VI. Bezirk umfaßt die Kantone Graubünden, Tessin, (ausgenommen die nördlichen Bezirke Leventina, Riviera und Blenio), und die St. Gallischen Bezirke Werdenberg und Sargans (mit Ausnahme des Dorfes Murg, welches noch zum V. Bezirke gehört).

Art. 2. Das Finanzdepartement ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes, welcher mit dem 1. Januar 1866 in Kraft tritt, beauftragt.

Bern, den 30. Christmonat 1865.

Der Bundespräsident: **Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Erklärungen

zwischen

dem schweiz. Bundesrathe und der Regierung des Herzogthums Sachsen-Meiningen, betreffend gegenseitige Freihaltung vom Militärdienste.

(Vom 22. Dezember 1865 und 2. Januar 1866)

Erklärung des Bundesrathes.

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

gibt im Namen der Kantone Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell (beide Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis (mit Vorbehalt der Zustimmung des Großen Rathes), Neuenburg

Ministerial-Erklärung von Sachsen-Meiningen.

Das unterzeichnete Herzogliche Staatsministerium erklärt hierdurch, daß, Höchster Entschließung Seiner Hoheit des Herzogs zufolge, Angehörige der Cantone der Schweizerischen Eidgenossenschaft Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Basel-Stadt, Basel-Land, Appenzell (beide Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf, so-

und Genf die Erklärung ab, daß Angehörige des Herzogthums Sachsen-Meiningen, sofern sie nicht im Besize des Schweizerbürgerrechtes sind, in den genannten Kantonen weder zum Militärdienste, noch zu einem Geldersaze für Nichtleistung der Militärpflicht angehalten werden sollen, so lange im Herzogthum Sachsen-Meiningen auf die Bürger der erwähnten Kantone die nämlichen Grundsäze zur Anwendung kommen.

Gegeben in Bern, den 22. Dezember 1865.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Schenk.
(L. S.)
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

fern sie nicht im Besitze des diesseitigen Staatsbürgerrechts sind, im Herzogthum Sachsen-Meiningen weder zum Militärdienst, noch zu einem Geldersatze für Nichtleistung der Militärpflicht angehalten werden sollen, so lange in den obengenannten Cantonen auf die Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Staatsangehörigen die nämlichen Grundsätze zur Anwendung kommen.

Gegeben zu Meiningen, den 2. Januar 1866.

Herzoglich Sächsisches Staatsministerium:
v. Uttenhoven.

Bundesrathsbeschluß
betreffend
Abänderung des Art. 8 der Verordnung über die Bildung von Infanterie-Instruktoren.
(Vom 10. Jänner 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,
auf den Vortrag seines Militärdepartements,
beschließt:

Der Art. 8 der Verordnung über die Bildung von Infanterie-Instruktoren vom 14. Christmonat 1859 (VI, 359), so wie die Nachtragsverordnung vom 20. Wintermonat 1861 (VII, 83) werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersezt:

Art. 8. Der Bund besoldet die in die Schulen berufenen Offiziere und Unteroffiziere, und zwar in folgender Weise:

1) Die als Lehrer verwendeten Instruktoren erhalten eine tägliche Besoldung:
   Instruktoren I. Klasse von Fr. 15,
   " II. " " " 12.
2) Die Oberinstruktoren der Kantone oder deren Stellvertreter, die an einem Fortbildungskurse Theil nehmen, erhalten eine tägliche Besoldung von Fr. 12.
3) Die übrigen Instruktoren und Instruktoren-Aspiranten erhalten ohne Unterschied des Grades folgende Besoldung:
   a. als Theilnehmer an einem Wiederholungskurse Fr. 6½, nebst Kasernirung;
   b. als Theilnehmer an einem Aspirantenkurse Fr. 5, nebst Kasernirung.

An Reiseentschädigung erhalten sämmtliche Theilnehmer an der Infanterie-Instruktorenschule für je eine Etappe von 10 Stunden einen Tag Sold, nebst der reglementarischen Mundportion, so wie ein Stundengeld von 50 Rappen.

Bern, den 10. Jänner 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Nachträgliche Uebereinkunft

zwischen

der Schweiz und Spanien, betreffend Ermäßigung der Taxen von Briefen und Waarenmustern.

(Vom 26. Dezember 1865 und 12. Januar 1866.)

Das Postdepartement der schweizerischen Eidgenoßenschaft einerseits und

die Generaldirektion der spanischen Posten andererseits,

nach Einsicht des zwischen der Schweiz und Spanien am 29. Juli 1863 abgeschloßenen Postvertrags *) und insbesondere der Bestimmungen der Artikel 12, 13 und 14 desselben; und mit Rüksicht auf den Wunsch der Postverwaltungen beider Staaten, den Postverkehr zwischen beiden Ländern, durch Benuzung der Vortheile, welche der zwischen der Schweiz und Frankreich am 22. März 1865 abgeschloßene Vertrag für die beiderseitigen Korrespondenz-

El Departamento postal de la Confederacion helvética, por una parte, y

La Direccion general de Correos de España, por la otra:

Visto, el Convenio de Correos celebrado entre Suiza y España con fecha 29 de Julio de 1863 y especialmente las disposiciones de sus articulos 12, 13 y 14; y deseando las administraciones de Correos de los dos Estados facilitar aun mas las comunicaciones postales entre sus respectivos paises, aprovechando las ventajas que en el tránsito por territorio francés ofrece à la correspondencia que reciprocamente se trasmiten el Convenio celebrado

*) Eidg. Gesezsammlung Bd. VIII, S. 117—141.

zen im Transit über Frankreich darbietet, immer mehr zu erleichtern, haben, zur Sicherung dieses Resultates von der ihnen durch Artikel 14 des Vertrages vom 29. Juli 1863 eingeräumten Befugniß Gebrauch machend, folgende Zusazartikel vereinbart:

Artikel 1.

Die schweizerische Postverwaltung bezahlt der französischen Postverwaltung die Kosten des Transites (über französisches Gebiet) der aus der Schweiz nach Spanien, den balearischen und kanarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika in geschloßenen Paketen versandten Briefe, Waarenmuster, Zeitungen und Druksachen.

Ihrerseits bezahlt die spanische Postverwaltung der französischen Postverwaltung die Kosten des Transites (über französisches Gebiet) der aus Spanien, den balearischen und kanarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika in geschloßenen Paketen nach der Schweiz versandten Briefe,

entre Suiza y Francia en 22 de Marzo de 1865; han querido asegurar este resultado usando de la facultad que les concede el articulo 14 del Tratado de 29 de Julio de 1863, conviniendo en los siguientes articulos adicionales.

Articulo 1.

La administracion de Correos de Suiza pagará à la administracion de Correos de Francia los gastos que ocasione el transito por territorio francés de las cartas, muestras de mercancias, periódicos é impresos que, en pliegos cerrados, se dirijan de Suiza con destino à España, à las Islas Baleares y Canarias ó à las posesiones españolas de la Costa setentrional de Africa.

Por su parte, la administracion de Correos de España pagará à la administracion de Correos de Francia los gastos que ocasione el tránsito por territorio francés de las cartas, muestras de mercancias, periódicos é impresos que, en pliegos cerrados, se dirijan de España, Islas Baleares y Canarias y posesiones españolas

Waarenmuster, Zeitungen und Druksachen.

Artikel 2.

Die in der Schweiz zu erhebende Taxe für frankirte Briefe nach Spanien, den balearischen Inseln, den kanarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika, sowie für die unfrankirten Briefe aus Spanien, den balearischen Inseln, den kanarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika, wird folgendermaßen festgesezt:

1. Für jeden frankirten Brief von $7\frac{1}{2}$ Grammen oder Bruchtheil von $7\frac{1}{2}$ Grammen auf sechzig Rappen.

2. Für jeden unfrankirten Brief von $7\frac{1}{2}$ Grammen oder Bruchtheil von $7\frac{1}{2}$ Grammen auf achtzig Rappen.

Andererseits wird die in Spanien, den balearischen Inseln, den kanarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika zu erhebende Taxe für frankirte Briefe nach der Schweiz, sowie für unfrankirte Briefe aus der

de la Costa setentrional de Africa con destino à Suiza.

Articulo 2.

El porte que deberá percibirse en Suiza por las cartas franqueadas con destino à España, à las Islas Baleares y Canarias y à las posesiones españolas de la Costa setentrional de Africa, asi como por las no franqueadas procedentes de España, de las Islas Baleares y Canarias ó de las posesiones españolas de la Costa setentrional de Africa, se fija del siguiente modo:

1º Por cada carta franqueada sesenta céntimos de franco por siete gramos y medio ó fraccion de siete gramos y medio.

2º Por cada carta no franqueada ochenta céntimos de franco por siete gramos y medio ó fraccion de siete gramos y medio.

Reciprocamente el porte que deberá percibirse en España, en las Islas Baleares y Canarias y en las posesiones españolas de la Costa setentrional de Africa por las cartas franqueadas con destino à Suiza, asi como por las no

Schweiz, folgendermaßen festgesezt:

1. Für jeden frankirten Brief von 4 Adarmes oder Bruchtheil von 4 Adarmes auf neunzehn Cuartos.
2. Für jeden unfrankirten Brief von 4 Adarmes oder Bruchtheil von 4 Adarmes auf drei Realen.

Artikel 3.

Jede Sendung von Waarenmustern aus der Schweiz nach Spanien, den balearischen und kanarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika ist bis an Bestimmung mit acht Rappen für je zwanzig Gramme oder Bruchtheil von zwanzig Grammen zu frankiren.

Ebenso ist jede Sendung von Waarenmustern aus Spanien, den balearischen und kanarischen Inseln und den spanischen Besizungen an der Nordküste von Afrika nach der Schweiz bis an Bestimmung mit zehn Maravedi von je zwölf Adarmes oder Bruchtheil von zwölf Adarmes zu frankiren.

franqueadas procedentes de Suiza, se fija del siguiente modo:

1º Por cada carta franqueada, diez y nueve cuartos por cuatro adarmes ó fraccion de cuatro adarmes.

2º Por cada carta no franqueada tres reales por cuatro adarmes ó fraccion de cuatro adarmes.

Articulo 3.

Todo paquete de muestras de comercio que se remita desde Suiza para España, Islas Baleares y Canarias ó posesiones españolas de la Costa setentrional de Africa, se franqueará hasta su destino à razon de ocho céntimos de franco por cada veinte gramos ó fraccion de veinte gramos.

Reciprocamente, todo paquete de muestras de comercio que se remita desde España, Islas Baleares y Canarias y posesiones españolas de la Costa setentrional de Africa para Suiza, se franqueará hasta su destino à razon de diez maravedis por cada doce adarmes ó fraccion de doce adarmes.

Die Waarenmuster genießen die ihnen durch gegenwärtigen Artikel eingeräumte Taxermäßigung nur unter folgenden Bedingungen:

1. Sie dürfen keinen Verkaufswerth haben.
2. Sie müssen bis an Bestimmung frankirt sein.
3. Sie müssen unter Band oder so verpakt sein, daß über ihren Inhalt kein Zweifel walten kann.
4. Sie dürfen nichts Handschriftliches an sich tragen als die Adresse des Empfängers, eine Fabrik- oder Handelsmarke, fortlaufende Nummern, Preisangaben und die Adresse des Versenders.
5. Jede Sendung von Waarenmustern darf das Gewicht von 10 Onzas (dreihundert Gramme) nicht übersteigen, und ihr Umfang darf in Länge, Breite und Höhe nicht über 25 Centimeter betragen.

Die Waarenmuster, welche nur die erste und dritte dieser Bedingungen erfüllen, sind als

Las muestras de comercio solo disfrutarán de la relaja de porte que se les concede por el presente artículo, siempre que reunan las condiciones siguientes:

1ª No deberán tener valor alguno.

2ª Serán franqueadas hasta su destino.

3ª Se remitirán bajo fajas ó de manera que no dejen duda alguna acerca de su naturaleza.

4ª No contendrán otra cosa manuscrita que la direccion, el sello de la fábrica ó del comerciante, los números de órden, la indicacion del precio y las señas del remitente.

5ª Cada paquete de muestras de comercio no excederá del peso de diez onzas (trescientos gramos) ni su volúmen será mayor de veinti cinco céntimetros en todas sus dimensiones.

Las muestras de comercio que no reunan estas condiciones pero si la primera y la

unfrankirte Briefe zu behandeln und zu taxiren.

Artikel 4.

Die Bestimmungen des Vertrages vom 29. Juli 1863, welche mit den Vorschriften der gegenwärtigen Zusazartikel im Widerspruche sein sollten, sind aufgehoben.

Artikel 5.

Man ist einverstanden, daß die Wirksamkeit der Bestimmungen des Art. 1 hievor mit dem ersten Oktober des laufenden Jahres, als dem Zeitpunkte des Inkrafttretens des zwischen der Schweiz und Frankreich am 22. März 1865 abgeschloßenen Vertrages, begonnen hat.

Artikel 6.

In Bezug auf die Vorschriften der andern Zusazartikel zum Vertrag vom 29. Juli 1863 sind das Postdepartement der schweizerischen Eidgenoßenschaft und die Generaldirektion der spanischen Posten dahin übereingekommen, daß dieselben vom 1. Februar 1866 an zur Vollziehung kommen sollen.

tercera serán consideradas como cartas no franqueada y porteadas como estas.

Articulo 4.

Se derogan las disposiciones del Convenio de 29 de Julio de 1863 que sean contrarias à las de los presentes articulos adicionales.

Articulo 5.

Queda entendido que las disposiciones del precedente articulo 1º han empezado à tener fuerza y vigor desde el dia primero de Octubre del año actual, fecha en que dio principio la ejecucion del Tratado franco-helvético de 22 de Marzo de 1865.

Articulo 6.

El Departamento postal de la Confederacion helvética y la Direccion general de Correos de España convienen en que las demas prescripciones de los articulos adicionales al Tratado de 29 de Julio de 1863 serán puestas en ejecucion desde el dia primero de Febrero de 1866.

Doppelt ausgefertigt und unterzeichnet in Madrid, den 26. Dezember 1865, und in Bern, den 12. Januar 1866.

Der Chef des schweizerischen Postdepartements:

(L. S.) **Naeff.**

Der Generalpostdirektor der spanischen Posten:

(L. S.) **Ant. Mantilla.**

Hecho en doble original y firmado en Berna à 12 de Enero de 1866 y en Madrid à 26 de Diciembre de 1865.

El Gefe del Departamento federal de postas de Suiza:

(L. S.) **Naeff.**

El Director general de Correos de España:

(L. S.) **Ant. Mantilla.**

Note. Am 12. Januar 1866 hat der Bundesrath sein Postdepartement ermächtigt, die vorstehende Uebereinkunft definitiv abzuschließen und zu unterzeichnen.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die von der schweizerischen Nordostbahn für das Jahr 1865 an die Postkasse zu entrichtende Konzessionsgebühr.

(Vom 31. Jänner 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des Berichts des Postdepartements vom 30. Jänner 1866;

in Betracht, daß die Unternehmung der schweizerischen Nordostbahn für das Jahr 1865 einen Reinertrag von mehr als 4 % abwirft;

in Betracht des durch die Erstellung der Eisenbahnen der Postkasse erwachsenden, sehr erheblichen Nachtheils;

in Anwendung des in den Bundesbeschlüßen über Genehmigung der Konzessionen für die verschiedenen Eisenbahnstreken gemachten Vorbehaltes,

beschließt:

Die Gesellschaft der schweizerischen Nordostbahn hat für das Jahr 1865 von ihrer gesammten Betriebsstreke eine Konzessionsgebühr von Fr. 500 für jede Wegstunde mit Fr. 18,500 an die Postverwaltungskasse zu entrichten.

Bern, den 31. Jänner 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die von der schweizerischen Zentralbahn für das Jahr 1865 an die Postkasse zu entrichtende Konzessionsgebühr.

(Vom 31. Jänner 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des Berichts des Postdepartements vom 30. Jänner 1866;

in Betracht, daß die Unternehmung der schweizerischen Zentralbahn für das Jahr 1865 einen Reinertrag von mehr als 4 % abwirft;

in Betracht des durch die Erstellung der Eisenbahnen der Postkasse erwachsenden, sehr erheblichen Nachtheils;

in Anwendung des in den Bundesbeschlüßen über Genehmigung der Konzessionen für die verschiedenen Eisenbahnstreken gemachten Vorbehaltes,

beschließt:

Die Gesellschaft der schweizerischen Zentralbahn hat für das Jahr 1865 von ihrer gesammten Betriebsstreke eine Konzessionsgebühr von Fr. 400 für jede Wegstunde mit Fr. 20,600 an die Postverwaltungskasse zu entrichten.

Bern, den 31. Jänner 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Instruktion
für
den Oberinstruktor der Kavallerie.

(Vom 16. Hornung 1866.)

Das eidgenössische Militärdepartement

hat in Folge der ihm vom Bundesrathe unterm 16. Hornung 1866 ertheilten Vollmacht nachstehende Instruktion erlassen:

Art. 1. Der Oberinstruktor der Kavallerie steht unmittelbar unter dem eidg. Obersten der Kavallerie, und empfängt von diesem alle auf seinen Geschäftskreis bezüglichen Weisungen und Befehle.

Art. 2. Derselbe leitet und beaufsichtigt den Unterricht, den Dienst und die Disziplin der Kavalleriewaffe, und richtet dabei sein besonderes Augenmerk auf die genaue Beobachtung der bestehenden Reglemente, auf möglichste Einhaltung der betreffenden Büdgetansäze, ferner auf gute Pflege und möglichste Schonung der Pferde im Interesse der Verwaltung.

Art. 3. Der Unterricht der Offiziersaspiranten II. Klasse liegt dem Oberinstruktor besonders ob; ebenso steht er etwaigen besonderen Offizierskursen (mit Ausnahme des Offiziers-Reitkurses in Thun) und der Unteroffiziersschule direkt vor.

Im Uebrigen leitet er die wichtigsten Kavallerie-Rekrutenschulen, so weit thunlich, in Person und überwacht indirekt den Unterricht auf den übrigen Waffenpläzen (Rekrutenschulen und größeren Wiederholungskursen) je nach Erforderniß durch Besuch dieser Kurse oder durch Einsicht der Tagsbefehle, Rapporte 2c.

und daherige Weisungen an die Schulkommandanten. Hiezu hat er jedoch die Ermächtigung des Obersten der Kavallerie einzuholen, der darüber an das eidgenößische Militärdepartement referirt.

Art. 4. Er ist Vorgesezter des Instruktionskorps der Kavallerie, und besorgt dessen gehörige Vertheilung auf die Instruktionspläze, zu welchem Behufe er alljährlich im Wintermonat dem Obersten der Kavallerie einen Vorschlag für die Vertheilung für das nächste Jahr einreicht.

Art. 5. Er überwacht das Instruktorenkorps, und wird sich angelegen sein lassen, darauf hinzuwirken, daß die einzelnen Instruktoren ihre allgemeinen militärischen Kenntnisse immer mehr erweitern und in der praktischen Befähigung zu ihrem Berufe stets fortschreiten.

Zu diesem Behuf und um völlige Gleichmäßigkeit in der Instruktion zu erhalten, kann er, mit Genehmigung des Obersten der Kavallerie, resp. des eidgenößischen Militärdepartements, das Instruktorenkorps am Anfange eines Instruktionsjahres zu einem vier- bis sechstägigen Vorkurs einberufen.

Art. 6. Ueber Veränderungen im Bestand des Instruktorenkorps, so wie über alle Angelegenheiten, die dieses Personal betreffen, hat er dem Obersten der Kavallerie sein Gutachten und bezügliche Anträge vorzulegen.

Art. 7. Der Oberinstruktor führt die Besoldungskontrole des Kavallerie-Instruktionspersonals und sezt sich diesfalls mit dem eidgenößischen Oberkriegskommissariat in direkte Verbindung.

Art. 8. Der Oberinstruktor entwirft alljährlich im Wintermonat zuhanden des Obersten der Kavallerie den Plan zur Festsezung der Schulen hinsichtlich Bestand, so wie Zeit und Ort der Abhaltung für das folgende Jahr.

Von der Ernennung der Kommandanten der Wiederholungskurse und ähnlichen Verfügungen wird ihm vom Obersten der Kavallerie Kenntniß gegeben.

Art. 9. Er entwirft die Unterrichtsplane für die verschiedenen Unterrichtskurse und unterbreitet sie dem Obersten der Kavallerie zuhanden des eidgenößischen Militärdepartements.

Art. 10. Die Berichte der von ihm direkt geleiteten Schulen verfaßt er selbst am Schluße des betreffenden Kurses; die der übrigen Schulen und Wiederholungskurse werden ihm stets zur Einsicht vorgelegt, um daraus hinsichtlich des Ganges der Instruktion, der Disziplin rc. die nöthige Kenntniß zu nehmen.

Art. 11. Der Oberinstruktor der Kavallerie macht sich zur besonderen Aufgabe, den Unterricht und die taktische Ausbildung der Kavallerie in allen Richtungen zu fördern.

Er wird daher zwekmäßige Verbesserungen in der Einrichtung der Instruktion überhaupt, in der Instruktionsmethode, in der Bewaffnung und Ausrüstung der Truppe u. s. w. stets im Auge behalten und seine diesfälligen Vorschläge dem Obersten der Kavallerie zuhanden des eidg. Militärdepartements vorlegen.

Art. 12. Der Oberinstruktor kontrolirt das auf den Kavallerie-Waffenpläzen aufzubewahrende Instruktionsmaterial aller Art und macht dem Obersten der Kavallerie Vorschläge betreffend allfällige Abänderung und Ergänzung desselben.

Bern, den 16. Hornung 1866.

Der Vorsteher
des eidg. Militärdepartements:
C. Fornerod.

Bundesbeschluß
betreffend
die Revision der Bundesverfaßung.

(Vom 22. Hornung 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 12. Hornung 1866, betreffend das Ergebniß der Abstimmung über die durch Bundesgesez vom 19. Wintermonat 1865 vorgeschlagene Revision der Bundesverfaßung (VIII, 648);

nach Einsicht der diesfälligen Abstimmungsprotokolle und Erklärungen der Kantonsregierungen, woraus sich ergibt, daß lediglich der zweite Revisionspunkt die im Art. 114 der Bundesverfaßung vorgesehene Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und die Mehrheit der Kantone auf sich vereinigt hat; daß dagegen in Beziehung auf die übrigen Revisionspunkte diese Mehrheit der stimmenden Bürger und der Kantone nicht erzielt worden ist,

beschließt:

Art. 1. Der durch das Gesez vom 19. Wintermonat vorigen Jahres vorgeschlagene zweite Revisionspunkt, welcher die Artikel 41 und 48 der Bundesverfaßung betrifft, wird hiemit als angenommen erkärt, indem derselbe sowohl von der Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger, als von der Mehrheit der Kantone zum Grundgesez der Eidgenoßenschaft erhoben worden ist.

Die Artikel 41 und 48, wie sie aus der Abstimmung der Bürger und der Stände hervorgegangen sind, und fortan einen

integrirenden Bestandtheil der Bundesverfaßung ausmachen, lauten nunmehr also:

„Art. 41. Der Bund gewährleistet allen Schweizern das „Recht der freien Niederlaßung im ganzen Umfange der Eidge„noßenschaft nach folgenden nähern Bestimmungen:

„1) Keinem Schweizer kann die Niederlaßung in irgend „einem Kantone verweigert werden, wenn er folgende Ausweis„schriften besizt:

„a. einen Heimatschein oder eine andere gleichbedeutende Aus„weisschrift;

„b. ein Zeugniß sittlicher Aufführung;

„c. eine Bescheinigung, daß er in bürgerlichen Rechten und „Ehren stehe.

„2) Der Niedergelaßene darf von Seite des die Nieder„laßung gestattenden Kantons mit keiner Bürgschaft und mit „keinen andern besondern Lasten behufs der Niederlaßung belegt „werden.

„3) Ein Bundesgesez wird die Dauer der Niederlaßungs„bewilligung, so wie das Maximum der zur Erlangung der„selben an den Kanton zu entrichtenden Kanzleigebühren be„stimmen.

„4) Der Niedergelaßene genießt alle Rechte der Bürger des „Kantons, in welchem er sich niedergelaßen hat, mit Ausnahme „des Stimmrechts in Gemeindeangelegenheiten und des Mit„antheiles an Gemeinde- und Korporationsgütern. Insbesondere „wird ihm freie Gewerbsausübung und das Recht der Erwer„bung und Veräußerung von Liegenschaften zugesichert, nach Maß„gabe der Geseze und Verordnungen der Kantone, welche in „allen diesen Beziehungen den Niedergelaßenen den eigenen „Bürgern gleich halten sollen.

„5) Den Niedergelaßenen anderer Kantone können von „Seite der Gemeinde keine größern Leistungen an Gemeinde„lasten auferlegt werden, als den Niedergelaßenen des eigenen „Kantons."

„6) Der Niedergelaßene kann aus dem Kanton, in welchem „er niedergelaßen ist, weggewiesen werden:

„a. durch gerichtliches Strafurtheil;

„b. durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er die bürger„lichen Rechte und Ehren verloren hat, oder sich eines „unsittlichen Lebenswandels schuldig macht, oder durch „Verarmung zur Last fällt, oder schon oft wegen Ueber„tretung polizeilicher Vorschriften bestraft werden mußte.“

„Art. 48. Sämmtliche Kantone sind verpflichtet, alle „Schweizerbürger in der Gesezgebung sowohl als im gerichtlichen „Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleich zu halten.“

Art. 2. Der gegenwärtige Beschluß tritt sofort in Kraft.

Art. 3. Derselbe wird dem Bundesrathe zur Vollziehung zugestellt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 20. Hornung 1866.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Hornung 1866.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 2. März 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Einführung eines schweizerischen Handelsgesezbuches.

(Vom 22. Hornung 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 5. Christmonat 1864,

beschließt:

1. Die Bundesversammlung erklärt, sie erachte es als im wohlverstandenen Interesse der Eidgenoßenschaft liegend, daß sich die Kantone über Erstellung eines schweizerischen Handelsgesezbuches, und sofern dies nicht möglich sein sollte, doch wenigstens über einzelne Theile des Handelsrechtes verständigen.

2. Der Bundesrath wird eingeladen, diese Erklärung den Kantonen zur Kenntniß zu bringen und die weitern geeignet scheinenden Schritte zu thun, um dieselben zu veranlaßen, den vorliegenden Entwurf eines schweizerischen Handelsgesezbuches mit thunlicher Beförderung in gemeinschaftliche Berathung zu ziehen.

3. Der Bundesrath wird schließlich eingeladen, der Bundesversammlung seinerzeit das Resultat der Berathungen der Kantone mitzutheilen.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 20. Hornung 1866.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,
Bern, den 22. Hornung 1866.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:
Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.
Bern, den 28. Hornung 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Münzvereins-Vertrag zwischen der Schweiz, Belgien, Frankreich und Italien.

(Vom 24. Hornung 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 2. Hornung 1866,

beschließt:

1. Dem in Paris unterm 23. Christmonat 1865 zwischen der Schweiz, Belgien, Frankreich und Italien abgeschloßenen Münzvertrag wird die vorbehaltene Genehmigung ertheilt.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 22. Hornung 1866.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 24. Hornung 1866.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 28. Hornung 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß
betreffend
das Magazinirungssystem.

(Vom 24. Hornung 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 16. Weinmonat 1865,

beschließt:

Art. 1. Die Kantone sind verpflichtet, die zwekmäßigen Maßnahmen zu treffen, damit Ordonnanzgewehre und Stuzer der wehrpflichtigen Mannschaft des Bundesheeres zu Schießübungen außer dem Militärdienste zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorschriften, welche zu diesem Zweke von den Kantonen erlaßen werden, sind dem Bundesrathe zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 26. Weinmonat 1865.

Der Vizepräsident: **Welti.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 24. Hornung 1866.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:
Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.
Bern, den 5. März 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Konzession für Erstellung einer pneumatischen Eisenbahn zwischen dem Personenbahnhof von Lausanne und dem Plaze St. François daselbst.

(Vom 24. Hornung 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer durch den Großen Rath des Kantons Waadt dem Hrn. Charles Bergeron, Ingenieur und Betriebsdirektor der westschweizerischen Eisenbahnen, ertheilten Konzession für den Bau und Betrieb einer pneumatischen oder atmosphärischen Eisenbahn zwischen dem Personenbahnhof in Lausanne und dem Plaze St. François daselbst, vom 25. Jänner 1866;

eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 14. Hornung 1866;

in Anwendung des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852,

beschließt:

Es wird dieser Konzession unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung ertheilt.

Art. 1. Die Unternehmung der pneumatischen Eisenbahn zwischen dem Personenbahnhof und dem Plaze St. François in Lausanne ist im Sinne des Art. 8, erstes Lemma des Eisenbahngesezes vom 28. Heumonat 1852 verpflichtet, die Postsendungen, so wie den dazu gehörenden Kondukteur unentgeldlich zu transportiren. Sie wird der Entrichtung einer Postkonzessionsgebühr enthoben.

Der Bundesrath ist indessen ermächtigt, zu Gunsten dieser Bahn ganz oder theilweise auf den unentgeldlichen Transport der Postsendungen zu verzichten, so lange das Unternehmen für das verwendete Kapital nicht mindestens 5 % Zins abwirft.

Art. 2. Bezüglich des Rükkaufsrechtes des Bundes gelten die im Art. 2 des Bundesbeschlußes vom 4. Augstmonat 1853, betreffend die Eisenbahn von Genf nach Morges, enthaltenen Bestimmungen und Termine.

Art. 3. Binnen Jahresfrist, vom Tage dieses Beschlußes an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten dieser Eisenbahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung der Bahnunternehmung zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es soll das Bundesgesez über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen vom 28. Heumonat 1852 (III, 170), so wie dasjenige betreffend die Verbindlichkeit zur Abtretung von Privatrechten vom 1. Mai 1850 (I, 319) genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen.

Dagegen ist die Verordnung des Bundesrathes über die technische Einheit im schweizerischen Eisenbahnwesen vom 9. Augstmonat 1854 (IV, 327) auf diese Eisenbahn nicht anwendbar.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 23. Hornung 1866.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 24. Hornung 1866.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 28. Hornung 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Eisenbahn zwischen Les Convers und St. Imier.

(Vom 24. Hornung 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer dem „großen Komite zur Erbauung einer Eisenbahn durch das St. Immerthal", bestehend aus Delegirten

der Einwohner- und Bürgergemeindräthe von Villeret, St. Imier, Sonvillier und Renan, von dem Großen Rathe des Kantons Bern für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von St. Imier bis zur neuenburgischen Grenze bei Les Convers ertheilten Konzession, d. d. 20. Christmonat 1865;

und eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 21. Hornung 1866;

in Anwendung des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852,

beschließt:

Es wird dieser Konzession unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes ertheilt.

Art. 1. In Erledigung vom Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einflusse des Unternehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betriebe befindliche Wegstreke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternehmung nicht mehr als 4 % nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die Eisenbahn sammt dem Material, den Gebäudlichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, vor Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, vom 1. Jänner 1870 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum Voraus hievon benachrichtigt hat.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigung nicht erzielt werden, so wird die leztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesezt, daß jeder Theil zwei Schiedrichter wählt und von den leztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person

des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreiervorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

a. Im Falle des Rükkaufs im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrags derjenigen 10 Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rükkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rükkaufes im 75. Jahre der 22½fache, und im Falle des Rükkaufs im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

b. Im Falle des Rükkaufs im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen.

c. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rükkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rükkaufssumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, welche hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 18 Monaten, von dem Tage dieses Beschlußes an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die gehörige Fortführung der Bahnunternehmung zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit

Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesezgebung über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen, namentlich des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852, genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen.

Insbesondere werden gegenüber Art. 36, betreffend die Militärdienstenthebung der Eisenbahnangestellten, und gegenüber Art. 37, betreffend die zollfreie Einfuhr für Materialien zum Eisenbahnbau, die einschlägigen Bundesgeseze und die Kompetenzen des Bundes vollständig vorbehalten.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 23. Hornung 1866.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 24. Hornung 1866.

Der Präsident: **A. R. Planta.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 28. Hornung 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Nachtragskredite und Kreditübertragung.

(Vom 24. Hornung 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 16. Hornung 1866,

beschließt:

Es werden dem Bundesrathe die nachfolgenden Kredite bewilligt:

Für das Jahr 1865.

Postverwaltung.

Büdget-Rubriken. Nr.	Litt.			Fr.
16.	C. VII.	Transportkosten		11,400

Für das Jahr 1866.

			Fr.	
		Militärverwaltung.		
15.	A. —	Kasernenbau in Thun	250,000	
		Zollverwaltung.		
16.	B. IV.	Bauten (Kreditübertragung)	27,370	
				277,370
			Total	288,770

Postulat.

Der Bundesrath ist eingeladen, der Bundesversammlung mit thunlicher Beförderung Bericht zu erstatten über die Kosten, welche der Ausbau des ganzen Militäretablissements in Thun

noch zur Folge haben wird, und auf welche Jahre er die dafür nöthigen Kredite zu vertheilen gedenke.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 23. Hornung 1866.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 24. Hornung 1866.

Der Präsident: Dr. **J. Rüttimann.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 28. Hornung 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Beschluß

des

schweizerischen Nationalrathes, betreffend Abänderung vom Art. 49 des nationalräthlichen Reglements.

(Vom 20. Hornung 1866.)

Der schweizerische Nationalrath

beschließt

folgende veränderte Fassung des Artikels 49 des Reglements für den Nationalrath, vom 9. Heumonat 1850 (II, 21):

Die Versammlung kann mit zwei Drittheilen der anwesenden Mitglieder den Schluß der Berathung beschließen; es darf jedoch der Schluß nicht erkannt werden, so lange noch ein Mitglied, welches noch nicht gesprochen hat, einen Antrag zu stellen und zu begründen wünscht.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 20. Hornung 1866.

Der Präsident: **A. R. Planta.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Reglement
für die
eidgenößische polytechnische Schule.

(Vom 28. Hornung 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht des vom schweizerischen Schulrathe vorgelegten Entwurfs zu einem revidirten Reglemente für die eidgenössische polytechnische Schule,

beschließt:

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die eidgenößische polytechnische Schule zerfällt in folgende Abtheilungen:

1) Eine Hochbauschule.
2) Eine Ingenieurschule.
3) Eine mechanisch-technische Schule.
4) Eine chemisch-technische Schule.
5) Eine Forstschule.
6) Eine Abtheilung für Bildung von Fachlehrern in mathematischer und naturwissenschaftlicher Richtung.
7) Eine allgemeine philosophische und staatswirthschaftliche Abtheilung (Freifächer).
8) Ein mathematischer Vorbereitungskurs.

Art. 2. Der gesammte Unterricht an der Anstalt zerfällt:

1) in obligatorische Lehrfächer;
2) in Freifächer.



Art. 3. Der Unterricht wird nach freier Wahl der Lehrer in der deutschen, französischen oder italienischen Sprache ertheilt.

Art. 4. Der Unterricht in sämmtlichen Abtheilungen der polytechnischen Schule soll mit steter Berücksichtigung der besondern Bedürfnisse der Schweiz ertheilt werden.

Art. 5. 1) Der Unterricht an der Hochbauschule ist mindestens dreijährig, und begreift in sich die folgenden Lehrgegenstände:

Differential- und Integralrechnung;
Darstellende Geometrie;
Steinschnitt und Perspektive;
Mechanik;
Technische Physik;
Petrographie;
Chemische Technologie der Baumaterialien;
Ornamentenzeichnen;
Figurenzeichnen;
Landschaftzeichnen;
Architektonisches Zeichnen;
Modelliren;
Vergleichende Baukunde und Baugeschichte;
Kompositionslehre mit Uebungen;
Baukonstruktionslehre mit Uebungen;
Straßen- und Wasserbau;
Kunstgeschichte;
Verwaltungsrecht.

2) Der Unterricht an der Ingenieurschule ist mindestens dreijährig, und erstreckt sich auf die nachfolgenden Fächer:

Differential- und Integralrechnung;
Geometrie der Lage;
Darstellende Geometrie;
Steinschnitt und Perspektive;
Graphische Statik;
Technische Mechanik und Maschinenlehre;

Technische Physik;
Petrographie;
Chemische Technologie der Baumaterialien;
Geologie;
Topographie;
Geodäsie;
Astronomie mit Uebungen auf der Sternwarte;
Planzeichnen;
Feldmessen;
Baukonstruktionen;
Erdbau, Straßen-, Eisenbahn-, Tunnel-, Wasser- und Brükenbau mit Konstruktionsübungen;
Verwaltungsrecht.

3) Der Unterricht an der mechanisch-technischen Schule ist mindestens dreijährig, und umfaßt folgende Fächer:

Differential- und Integralrechnung mit Anwendungen;
Analytische Geometrie;
Darstellende Geometrie;
Steinschnitt;
Technische Physik;
Technische Mechanik;
Analytische Mechanik;
Theoretische Maschinenlehre;
Maschinenbaukunde mit Konstruktionsübungen;
Civilbau mit Uebungen;
Metallurgie;
Chemische Technologie der Baumaterialien;
Mechanische Technologie;
Bau eiserner Brüken und Eisenbahnbau.

4) Der Unterricht an der chemisch-technischen Abtheilung ist für die technische Richtung mindestens zweijährig, und umfaßt die folgenden Fächer:

Unorganische Chemie;

Organische Chemie;
Analytische Chemie;
Analytisches Praktikum;
Chemische Technologie;
Technisch-chemische Uebungen;
Mechanische Technologie;
Beschreibende Maschinenlehre;
Krystallographie;
Mineralogie;
Geologie;
Allgemeine, ökonomische und technische Botanik;
Zoologie;
Technisches Zeichnen.

Der Unterricht für die pharmazeutische Richtung erstrekt sich auf mindestens drei Semester, und begreift nachfolgende Fächer in sich:

Unorganische Experimentalchemie;
Organische Chemie;
Analytische Chemie;
Analytisches Praktikum;
Fabrikation chemischer Produkte;
Metallurgie;
Technisch-chemische Uebungen;
Pharmazeutische Chemie;
Experimentalphysik;
Mineralogie;
Geologie;
Allgemeine, spezielle und pharmazeutische Botanik;
Zoologie;
Pharmakognosie.

5) Der Unterricht an der Forstschule ist mindestens zweijährig, und umfaßt folgende Fächer:

Mathematik mit Rüksicht auf forstliche Praxis;
Enzyklopädie der Forstwissenschaft;

Forstschuz;
Forstliche Betriebslehre;
Forstliche Statistik;
Forstbenuzung;
Forstliche Geschäftskunde;
Waldbau;
Staatsforstwirthschaftslehre;
Standortskunde;
Forstwissenschaftliche Exkursionen und Taxationsübungen;
Forstrecht;
Topographie;
Planzeichnen;
Feldmessen;
Straßen- und Wasserbau;
Allgemeine und ökonomische Botanik;
Forstentomologie;
Petrographie;
Geologie;
Agrikulturchemie.

6) Die Abtheilung für Bildung der Fachlehrer hat einen mindestens zweijährigen Kurs für solche, die sich der naturwissenschaftlichen und einen mindestens dreijährigen für solche, die sich der mathematischen Richtung widmen.

Für die erstere Richtung sind wesentlich die naturwissenschaftlichen Fächer der chemisch-technischen Abtheilung vorgezeichnet.

Für die zweite Richtung sind während der ersten zwei Jahre wesentlich die mathematischen Fächer der mechanisch-technischen Abtheilung als Richtschnur zu nehmen. Höhere Partien der Mathematik, Physik und Astronomie, nebst seminaristischen Uebungen füllen theilweise den zweiten und vorzugsweise den dritten Jahreskurs aus.

7) An der allgemeinen philosophischen und staatswirthschaftlichen Abtheilung werden zur Förderung der allgemeinen Bildung der Schüler und Zuhörer und vom rein wissenschaftlichen Standpunkte aus Vorlesungen über die nachfolgenden Fächer gehalten:

Die mathematischen und Naturwissenschaften, so weit es sich nicht um Disziplinen handelt, die ihrem Wesen nach vorherrschend in das Gebiet einer Fachschule fallen:

Deutsche Literatur;
Französische Literatur;
Italienische Literatur;
Englische Literatur;
Allgemeine Geschichte;
Schweizergeschichte;
Allgemeine Kunstgeschichte und Archäologie;
Staatsrecht;
Handelsrecht;
Verwaltungsrecht;
Nationalökonomie;
Statistik.

8) Der Unterricht am Vorbereitungskurs ist einjährig, und umfaßt folgende Lehrgegenstände:

Mathematik:

a) Algebra und algebraische Analysis;
b) Geometrie des Raumes, ebene und sphärische Trigonometrie und analytische Geometrie der Ebene;
c) elementare Mechanik;

Elemente der darstellenden Geometrie;
Praktische Geometrie;
Experimentalphysik, Chemie;
Deutsche Sprache;
Französische Sprache;
Technisches Zeichnen.

Anmerkung. Kandidaten der naturwissenschaftlichen Richtung, wie z. B. der Abtheilung 4 und 5, wird im Sommersemester Gelegenheit gegeben werden, vorbereitenden Unterricht in Mineralogie und Botanik zu erhalten.

Art. 6. Die Vermehrung oder Verminderung der Fächer in den einzelnen Abtheilungen bleibt spezieller Schlußnahme der Behörden vorbehalten. So können auch weitere obligatorische Fächer den Zuhörern zur freien Benuzung geöffnet werden, so weit es ohne Gefährdung der Disziplin und ohne Umgehung der Aufnahmsbedingungen an die Schule geschehen kann. Ebenso ist nicht ausgeschlossen, daß auch Freifächer, ohne den Charakter als solche zu verlieren, für einzelne Abtheilungen obligatorisch erklärt werden, sofern sich dies in der Folge als durch die Interessen dieser Abtheilung geboten herausstellen würde.

Art. 7. Die Fächer der sechs ersten Abtheilungen und des Vorkurses werden theils in einjährigen, theils in halbjährigen, die Freifächer in der siebenten Abtheilung in der Regel in halbjährigen Kursen vorgetragen.

Art. 8. Jeweilen vor Beginn der Kurse erscheint ein Programm, welches ohne Ausnahme alle an der Anstalt abzuhaltenden Kurse und Uebungen enthalten muß. Das Abhalten von Vorlesungen oder Uebungskursen an der Anstalt, welche im Programm nicht aufgeführt sind, ist untersagt.

Art. 9. Das Schuljahr der Anstalt beginnt jeweilen im Oktober, das Sommersemester im April.

Art. 10. Ferien sind im Herbst acht Wochen und im Frühling drei Wochen vor dem Anfange der Kurse und zu Weihnachten eine Woche.

Art. 11. Als Hilfsmittel für den Unterricht dienen:

1) eine Bibliothek;
2) Sammlungen von Vorlagewerken, sowie von Figuren und architektonischen Ornamenten aus Gyps für die verschiedenen Zweige des Zeichnungsunterrichtes;

3) eine Sammlung von Baumaterialien, sowie eine Baukonstruktionensammlung;
4) eine Maschinenmodellsammlung;
5) eine Sammlung geometrischer Meßinstrumente;
6) eine Sammlung von Werkzeugen und von Waaren für den mechanisch-technologischen Unterricht;
7) eine Sammlung von Modellen und von Waaren für den chemisch-technologischen und pharmazeutischen Unterricht;
8) eine Sammlung forstlich wichtiger Gegenstände, Modelle und Werkzeuge für den forstlichen Unterricht;
9) eine zoologische, botanische, mineralogische, geologische und paläontologische Sammlung mit den nöthigen Spezialitäten der beiden erstern für das Forstwesen;
10) eine archäologische Sammlung;
11) eine Werkstätte zum Modelliren in Thon und Gyps;
12) eine Werkstätte für Arbeiten in Holz;
13) eine Werkstätte für Arbeiten in Metall;
14) ein chemisches Laboratorium für analytische Arbeiten;
15) ein chemisches Laboratorium für technische und pharmazeutische Arbeiten;
16) ein physikalisches Kabinet mit physikalischem Laboratorium;
17) eine Sternwarte;
18) ein botanischer Garten;
19) die vom Kanton und von der Stadt Zürich der Schule zum Zweke des Unterrichtes nach Maßgabe der hierüber abgeschloßenen Verträge zur Verfügung zu stellenden Waldungen, Sammlungen und Bibliotheken.

Zweiter Abschnitt.

Von den Studirenden.

1. Aufnahme, Verpflichtungen und Berechtigungen.

Art. 12. Die Studirenden der polytechnischen Schule sind entweder Schüler oder Zuhörer. Das regelmäßige Verhältniß ist das des Schülers, welcher sich eine vollständige Berufsbildung in einer der sechs ersten Abtheilungen der Schule verschaffen will. Das ausnahmsweise Verhältniß ist dasjenige des Zuhörers, dem einzelne Vorlesungen an der Anstalt zu hören gestattet wird.

Art. 13. Die Anmeldungen zur Aufnahme als Schüler werden nur im Anfange jedes Jahreskurses angenommen.

Ausnahmen finden nur aus ganz besondern Gründen statt.

Art. 14. Jeder Bewerber um Aufnahme als Schüler hat zu der im Programme angegebenen Zeit sein Aufnahmsgesuch einzugeben.

Dieses muß enthalten: Die genaue Angabe seines Namens und Wohnortes, sowie der Abtheilung und des Jahreskurses, in welchen er einzutreten wünscht, ferner die Adresse seiner Eltern oder seines Vormundes, und es muß beigelegt sein:

1) die Bewilligung von Eltern oder Vormund;
2) ein Altersausweis, nach welchem der Aufzunehmende in der Regel das 17. Altersjahr zurükgelegt haben muß;
3) ein befriedigendes Sittenzeugniß, von der zuständigen Zivilbehörde oder der Behörde der zulezt besuchten Schulanstalt ausgestellt;
4) Zeugnisse über die bis anhin gemachten Studien, sowie über praktische Thätigkeit, falls der Bewerber schon in Berufsstellungen war.

Es hat sich der Bewerber ferner einer Aufnahmsprüfung zu unterziehen, von welcher nur ausnahmsweise, sofern die Ausweise

über seinen bisherigen Bildungsgang volle Gewähr geben, daß er die erforderlichen Vorkenntnisse besizt, Dispens ertheilt werden kann.

Ein besonderes Regulativ wird das Verfahren bei den Prüfungen, sowie die für einzelne Abtheilungen und Jahreskurse geforderten Vorkenntnisse näher bezeichnen.

Art. 15. Die Schüler sind in der Regel zum Besuche sämmtlicher Vorlesungen ihrer Abtheilung im betreffenden Jahreskurse, zur Anfertigung der periodisch wiederkehrenden, unter Kontrole auszuführenden Arbeiten und zum Besuche sämmtlicher Examinatorien und Repetitorien verpflichtet.

Für die Lehramtskandidaten werden vom Vorstande je im Anfang eines Kurses und mit Rüksicht auf die gewählte Studienrichtung individuelle obligatorische Stundenpläne entworfen.

Dispensationen von einzelnen Fächern oder Austausch gegen Fächer anderer Abtheilungen in den gleichen Jahreskursen sind beim Beginn der Kurse nachzusuchen und sollen, sofern die Begehren in dem Bildungszweke der Schüler begründet sind, und der Kenntnißausweis geleistet ist, ohne Anstand gewährt werden.

Jeder Schüler hat in jedem Semester mindestens einen Freikurs anzuhören.

Art. 16. Die Verpflichtungen und Berechtigungen der Schüler des Vorkurses rüksichtlich der von denselben zu frequentirenden Kurse sind in dem diesfälligen speziellen Reglement ausgesprochen.

Art. 17. Der als Schüler Aufgenommene hat 100 Franken als Jahresgeld für den Unterricht, sowie den vertragsgemäß stipulirten Beitrag an das Kantonsspital (wogegen sechswöchentliche kostenfreie Verpflegung im besondern Zimmer im Falle der Erkrankung zugesichert wird) und 5 Franken Einschreibgebühr zu entrichten.

Die Honorirung für sämmtliche obligatorische und Freifächer ist in obiger Summe inbegriffen. Nur für nicht obligatorische Vorträge von Titularprofessoren und von Privatdozenten ist ein

besonderes Honorar von durchschnittlich 5 Franken für die Wochenstunde pro Semester zu entrichten.

Außerdem ist für die Benuzung der Bibliothek, der Laboratorien und der Werkstätten eine im Programm zu erwähnende Taxe zu bezahlen.

Art. 18. Die Aufnahme der Zuhörer findet im Anfange jedes Semesters, für jährige Kurse im Anfange des Schuljahres statt. Ausnahmen werden nur aus ganz besondern Gründen bewilligt.

Art. 19. Der Besuch der Fächer der siebenten Abtheilung ist gegen Entrichtung der Taxen ohne weitere Einschränkungen Jedem gestattet, der das zum Eintritt als Schüler verlangte Alter besizt und ein genügendes Sittenzeugniß vorweisen kann. Nur dringende Rüksichten der Disziplin können hievon eine Ausnahme rechtfertigen. So soll z. B. Schülern, über welche Ausweisung verfügt, oder welchen dieselbe schon angedroht ist, nicht gestattet werden, als Zuhörer sich wieder in einzelne Kurse einzudrängen.

Art. 20. Zuhörer, die Kurse der ersten sechs Abtheilungen zu besuchen wünschen, haben eine Aufnahmsprüfung zu bestehen.

Von dieser Prüfung werden dispensirt:

a. wer den Besiz der nöthigen Vorkenntnisse befriedigend nachweisen kann;

b. Männer von reiferm Alter, die sich in ihrem Berufe in einzelnen Richtungen theoretisch noch weiter ausbilden wollen.

Art. 21. Zuhörer, welche in Kurse der sechs ersten Abtheilungen zugelassen worden sind, haben mit Bezug auf Repetitorien, Examinatorien und schriftliche Arbeiten alle Verpflichtungen der Schüler im gleichen Kurse zu erfüllen; ausgenommen von diesen Verpflichtungen sind:

a. Bewerber, die anderwärts höhere technische Studien vollständig absolvirt haben und hierüber befriedigende Zeugnisse vorlegen;

b. Männer von reiferm Alter, die sich in ihrem Berufe in einzelnen Richtungen theoretisch noch weiter ausbilden wollen.

Art. 22. Das Honorar, welches die Zuhörer zu leisten haben, beträgt halbjährlich für die wöchentliche Stunde 5 Franken.

In Hinsicht auf die Benuzung der Bibliothek, der Werkstätten und Laboratorien werden sie den Schülern gleich gehalten.

Art. 23. Schulgeld, Honorare und Taxen werden zum Voraus und vor dem Empfang der Legitimationskarte bei der Schulkasse bezahlt.

Art. 24. Unbemittelten tüchtigen Studirenden kann auf ihr Gesuch die Entrichtung des Schulgeldes, der Honorare für die Vorlesungen, sowie die Bezahlung der übrigen Taxen ganz oder theilweise erlassen werden.

Art. 25. Bei der Inskription haben Schüler wie Zuhörer ihre Wohnung in Zürich anzugeben und im Laufe ihres Aufenthaltes jede Veränderung derselben innerhalb der nächsten drei Tage auf der Kanzlei anzuzeigen.

Art. 26. Den Studirenden ist, so weit thunlich, zu gestatten, in den Zeichnungssälen, Laboratorien und Werkstätten der Schule auch neben den eigentlichen Unterrichtsstunden zu arbeiten.

Art. 27. Das Hospitiren ist höchstens auf die Dauer von acht Tagen gestattet. In den obligatorischen Fächern darf es nur mit Erlaubniß des betreffenden Lehrers geschehen.

Art. 28. Schüler, welche durch Krankheit oder durch andere Umstände an der Theilnahme am Unterrichte länger als einen Tag verhindert werden, haben hievon dem Vorstande der Abtheilung Anzeige zu machen.

2. Die Disziplin.

Art. 29. Die Studirenden der polytechnischen Schule sind gleich jedem andern Einwohner des Kantons Zürich den Gesezen, Verordnungen und Behörden desselben unterworfen.

Art. 30. Die Beurtheilung von Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen der Studirenden steht allein den kompetenten zürcherischen Behörden zu.

Nichts desto weniger können in solchen Fällen auch die Behörden und Beamten der polytechnischen Schule Disziplinarstrafen verhängen.

Art. 31. Als Disziplinarvergehen sind im Besondern anzusehen:

Vernachläßigung der Studien;
Verlezung des Anstandes und Ungehorsam gegen die Schulbehörden und Lehrer;
Nachtlärm, Raufereien, Duelle.
Verlezung der Sittlichkeit.

Art. 32. Feierliche Aufzüge und Fakelzüge der Studirenden dürfen ohne Bewilligung des Direktors nicht vorgenommen werden; sie unterliegen überdieß den allgemein polizeilichen Vorschriften des Sizes der Anstalt.

Art. 33. Der Schulrath wird darüber wachen, daß sich keine Verbindungen bilden, welche in Zweken oder Mitteln mit den Staatsgesezen oder der Schulordnung unverträglich sind.

Die Vereinsstatuten der Studirenden und, so oft es verlangt wird, die Namen der Theilnehmer der Verbindungen sind den Schulbehörden mitzutheilen.

Art. 34. Zur Handhabung der Ordnung und Disziplin sind außer der Einwirkung der einzelnen Lehrer auf die Schüler je nach der Natur des Falles folgende Mittel anzuwenden:

1) Verweis durch den Abtheilungsvorstand oder die Spezialkonferenzen;
2) Verweis durch den Direktor der Anstalt oder die Konferenz der Abtheilungsvorstände;
3) Verweis durch den Präsidenten des Schulrathes oder durch den Schulrath;
4) Androhung der Wegweisung;
5) Wegweisung.

Von den Strafen 1—5 wird in den Matrikelauszügen und Quartalzeugnissen der Betreffenden Vormerkung genommen.

Die Strafe 4, falls sie im Verlaufe des lezten halben Jahres verhängt worden ist, und die Strafe 5 sind überdies in den Entlassungs- und Abgangszeugnissen anzuführen und werden sofort den Eltern und Vormündern, die Strafe 5 auch der Polizeidirektion des Kantons Zürich zur Kenntniß gebracht. Die Strafe der Wegweisung wird durch Anschlag am schwarzen Brett bekannt gemacht, und kann überdies der heimatlichen Regierung des Weggewiesenen mitgetheilt werden.

Art. 35. Studirende, welche sich in irgend einer Weise bei Duellen betheiligen, trifft die Strafe der Wegweisung; nur bei erheblichen Strafmilderungsgründen kann auf bloße Androhung der Wegweisung erkannt werden.

3. Die Preise.

Art. 36. Zur Wekung und Beförderung des wissenschaftlichen Lebens der Schüler, sowie zur Aufmunterung ihres Fleißes, werden jährlich, das einemal von drei, das anderemal von vier der Abtheilungen (1—7) der polytechnischen Schule je eine Preisaufgabe gestellt.

Art. 37. Für jede Preisaufgabe wird ein Haupt- und ein Nahepreis ausgesezt und dafür ein entsprechender Kredit angewiesen.

Zur Entschädigung für Ausgaben, welche die Lösung der Aufgaben wegen damit verbundener Versuche oder andere praktische Arbeiten nothwendig erfordert, ist jährlich ein Kredit von 500 Franken ausgesezt. Solche Entschädigungen werden jedoch nur denjenigen geleistet, welche Preise erhalten.

Art. 38. Jeder, der zur Zeit der Bekanntmachung der Preisaufgaben oder zu der für die Ablieferung der Arbeiten vorgeschriebenen Zeit Studirender an der polytechnischen Schule ist, hat das Recht, sich um die Preise derjenigen Abtheilungen zu bewerben, an denen er Unterricht erhielt.

Art. 39. Zur Lösung der Aufgaben wird jeweilen ein Zeitraum von anderthalb Jahren festgesezt.

Art. 40. Die Preisvertheilung findet zwei Jahre nach Stellung der Aufgaben gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Promotionen und Diplome auf feierliche Weise statt.

Die Namen der mit Preisen Gekrönten werden in das Bundesblatt aufgenommen.

4. Die Diplome.

Art. 41. Alle Fachschulen ertheilen Diplome.

Die Bauschule: Diplome eines Architekten;
Die Ingenieurschule: Diplome eines Ingenieurs;
Die mechanisch-technische Schule: Diplome eines Maschineningenieurs;
Die chemisch-technische Schule: Diplome eines technischen Chemikers oder eines Pharmazeuten;
Die Forstschule: Diplome eines Forstwirthes;
Die Abtheilung für Bildung von Fachlehrern: Diplome für Fachlehrer in mathematischer oder naturwissenschaftlicher Richtung.

Art. 42. Die Bewerbung um ein Diplom sezt in der Regel voraus, daß der Bewerber den an der betreffenden Abtheilung der polytechnischen Schule ertheilten theoretischen Unterricht vollständig und mit Erfolg besucht habe.

Zur Erlangung eines Diploms ist durch eine Prüfung der Nachweis vollständiger Kenntniß des nach dem Unterrichtsplan der betreffenden Fachschule gegebenen wissenschaftlichen Stoffes in den theoretischen und angewandten Fächern zu leisten; ferner ist von dem Bewerber darzuthun, daß er die an der Schule gelehrten praktischen Arbeiten mit Sicherheit und Fertigkeit auszuführen im Stande sei.

Diplome können nur an solche Studirende ertheilt werden, die eine durchweg tüchtige Fachbildung erreicht haben und deren Kenntnisse unbestritten über der Linie der mittlern Leistungen stehen. Das Diplom soll eine verdiente Auszeichnung sein.

Art. 43. Ein besonderes Regulativ wird die nähern Bestimmungen betreffend die Anordnung der Diplomprüfungen festsezen.

Art. 44. Der Bewerber um ein Diplom hat bei seiner Anmeldung als Beitrag für die der Anstalt erwachsenden Kosten 50 Franken zu bezahlen.

5. Examinatorien, Arbeiten der Schüler, Schlußrepetitorien, Promotionen, Entlassung der Schüler und Zeugnißwesen.

Art. 45. Der Unterricht in den obligatorischen Fächern der sechs ersten Abtheilungen und des Vorkurses ist mit Repetitorien und periodisch wiederkehrenden Arbeiten verbunden.

Am Schlusse des Schuljahres finden in diesen Fächern während einer ganzen Woche Schlußrepetitorien öffentlich statt.

Mit denselben ist eine Ausstellung der von den Schülern während des Jahres angefertigten Zeichnungen, Pläne und der in den Werkstätten ausgeführten Arbeiten verbunden.

Art. 46. Nach den Schlußrepetitorien wird über die Beförderung der Schüler in die höhern Jahreskurse entschieden.

Dabei werden die Leistungen der Schüler bei den Examinatorien, Schlußrepetitorien und schriftlichen Arbeiten, sowie die Quartalnoten über Fleiß und Fortschritte in den Uebungen zu Grunde gelegt. In jedem Falle von Nichtpromotion ist den Eltern Mittheilung zu machen.

In ähnlicher Weise ist in der Regel über Zuhörer zu entscheiden, ob sie in den Unterricht des höhern Jahreskurses eines obligatorischen Faches zugelassen werden können.

Die Promotion kann nur solchen gewährt werden, welche die Schlußrepetitorien vollständig mitbestanden oder vom Direktor im Einverständnisse mit dem Fachschulvorstande Dispens für frühere Abreise erhalten haben. Dieser Dispens ist nur auf erfolgten Nachweis triftiger Gründe und nur dann zu gewähren, wenn jeder Zweifel über Promovirbarkeit des Urlaubbegehrenden gehoben ist.

Art. 47. Jeder Schüler darf höchstens zwei Jahre im gleichen Jahreskurse seiner Abtheilung bleiben; kann er im Anfange des dritten Jahres nicht in einen folgenden Jahreskurs seiner Abtheilung befördert werden, so hat er die Schule zu verlassen.

Diese Bestimmung findet auch auf Zuhörer aller Abtheilungen Anwendung.

Art. 48. Sämmtliche einem abgehenden Schüler oder Zuhörer auszustellenden Zeugnisse über sein Verhalten an der Anstalt können, so weit es sich um obligatorische Fächer handelt, nur auf Grundlage der bei der Direktion liegenden, in den Konferenzen abgegebenen Noten ausgestellt und müssen in allen Fällen von dem Direktor, beziehungsweise den Behörden der Schule, unterzeichnet werden. Von einzelnen Lehrern ausgestellte Zeugnisse haben keine offizielle Gültigkeit.

Es werden während der Studienzeit halbjährig jedem Schüler auf sein oder seiner Eltern oder Vormünder Verlangen die auf den Inskriptionsbogen eingetragenen Quartalzensuren mit Unterschrift des Fachschulvorstandes und des Direktors übergeben.

Schüler, die vor Beendigung ihrer Studien von der Schule abgehen wollen, haben hievon dem Direktor Anzeige zu machen; nur wenn für den Austritt die Bewilligung der Eltern oder des Vormundes beigebracht wird, ist dem Austretenden ein Zeugniß auszustellen. Dasselbe enthält die Bescheinigung des Zeitpunktes vom Ein- und Austritt, die Angabe der Fachschule und Jahreskurse, die der Austretende besucht hat, und Auskunft über sein disziplinarisches Verhalten. Hinsichtlich Fleiß und Fortschritt wird auf die Semestralmatrikelauszüge verwiesen.

Schüler, die eine Fachschule bis zum Schlusse des obersten Jahreskurses besucht haben, erhalten ein Abgangszeugniß. In demselben sind die Durchschnittsnoten für sämmtliche obligatorische Fächer aller Jahreskurse, die der Austretende besucht, sowie die Freifächer angeführt, die er angehört hat; auch

enthält das Abgangszeugniß eine Bemerkung über das sittliche Verhalten des Schülers.

Zuhörer erhalten auf Verlangen Zeugnisse über Fleiß und, sofern sie an den Repetitorien Theil genommen haben, über Fortschritte in den von ihnen besuchten Fächern.

Dritter Abschnitt.

Von der Lehrerschaft.

Art. 49. Die Lehrer an der polytechnischen Schule sind entweder angestellte Lehrer oder Privatdozenten; die erstern entweder Professoren oder Hilfslehrer. Es sind ferner, wo es nothwendig ist, Assistenten den Lehrern beigegeben.

1. Die Lehrstellen für angestellte Lehrer, die Besoldungen u. s. w.

Art. 50. Das angestellte Lehrerpersonal besteht aus:

Professoren.	Hilfslehrer und Assistenten.	
		I. Für technische und Naturwissenschaften.
2—3	2—3	Für Baukonstruktions- und Baumateriallehre, Zivil- und Monumentalbau mit Uebungen im Zeichnen, Aufnehmen und Entwerfen; antike und mittelalterliche Baukunde, Baustyl und Ornamentenzeichnen; Modelliren in Thon und Gyps, Arbeiten in Holz.
2—3	1—2	Für Topographie, Geodäsie, topographisches Zeichnen und Feldmeßübungen; Straßen-, Eisenbahn-, Brüken- und Wasserbau, mit Uebungen im Zeichnen und Entwerfen von Projekten und in Ausführung der dazu nöthigen Vermessungen.

Professoren.	Hilfslehrer und Assistenten.	
3—4	2—3	Für Maschinenlehre, technische Mechanik, Maschinenbau und Maschinenkonstruiren, mechanische Technologie, Arbeiten in der mechanischen Werkstätte.
2	—	Für sämmtliche speziell forstwissenschaftliche Fächer, mit Ausnahme der Forstbotanik und Insektenkunde für Forstwirthe.
2—3	2—4	Für theoretische, unorganische, organische und analytische Chemie, mit dem analytischen Laboratorium, chemische Technologie und technische Waarenkunde, mit dem technisch-pharmazeutischen Laboratorium; pharmazeutische und forensische Chemie, Toxikologie und pharmazeutische Waarenkunde.
2	1	Für Experimental-, technische und mathematische Physik.
1	1	„ Zoologie.
2	1	„ allgemeine und spezielle Botanik.
2	1—2	„ Mineralogie, Geologie und Paläontologie.
		II. Für mathematische Wissenschaften.
4—5	2—3	Für theoretische Mathematik.
1	1	Für darstellende Geometrie und deren Anwendung auf Schattenlehre, Stein- und Holzschnitt, Perspektive.
1	1	Für Astronomie und mathematische Geographie, mit Uebungen auf der Sternwarte.
		III. Für literarische und staatswirthschaftliche Fächer.
1	—	Für deutsche Literatur.
1	—	„ französische Literatur.

Professoren.	Hilfslehrer und Assistenten.	
1	—	Für italienische Literatur.
1	—	„ englische Literatur.
2	—	„ allgemeine und Schweizergeschichte.
1	—	„ Kunstgeschichte und Archäologie.
2	—	„ Nationalökonomie und Statistik.
2	—	„ Staatsrecht, Handelsrecht und Verwaltungsrecht.

2 Lehrer für Figuren- und Landschaftzeichnen.

Anmerkung. Für die schweizerischen Nationalsprachen kann, sofern ein dringendes Bedürfniß vorhanden ist, überdies für besondere Aushilfe gesorgt werden.

Art. 51. Es bleibt vorbehalten, die Zahl der anzustellenden Lehrer und Assistenten innerhalb der angesezten Büdgetansäze zu vermehren oder zu vermindern, und die einem Professor oder Hilfslehrer zu übertragenden Unterrichtsfächer je nach den persönlichen Verhältnissen, auch anders als im Art. 50 angeführt ist, zu kombiniren.

Art. 52. Die angestellten Lehrer, sowohl Professoren als Hilfslehrer, beziehen in der Regel eine fixe Besoldung. Es kann jedoch der Titel eines Professors auch ohne gleichzeitige Aussezung eines Gehaltes verliehen werden. Die Größe des fixen Gehaltes wird in jedem einzelnen Falle festgesezt.

Art. 53. Die Einnahme an Schulgeld am Vorkurse fällt ganz in die Schulkasse.

Von den Schulgeldern an den andern Abtheilungen, sowie den Kollegiengeldern der Zuhörer, fallen an die besoldeten Professoren dieser Abtheilungen und solche Hilfslehrer, denen ein Antheilsrecht am Schulgelde bestimmt wurde:

a. für eine wöchentliche Vortragsstunde per Semester je für einen Schüler oder Zuhörer ein Franken;

b. für eine wöchentliche Uebungsstunde in den Laboratorien, Zeichnungssälen 2c. per Semester je für einen Schüler oder Zuhörer ein halber Franken.

Repetitionsstunden werden wie Vortragsstunden berechnet, in der Meinung, daß dem Professor, welchem ein Repetitor beigegeben ist, nur seine eigene Anstrengung angerechnet wird.

Für Schüler und Zuhörer, welchen die Honorare erlassen sind, leistet die Schulkasse auch den Lehrern keine Vergütung.

Art. 54. Der nicht vertheilte Betrag der Schul- und Kollegiengelder fällt in die Schulkasse.

Art. 55. Die Titular-Professoren beziehen die für ihre Vorträge von den Studirenden bezahlten Honorare ganz, es sei denn, daß der Schulrath denselben einzelne Kurse speziell übertragen würde, in welchem Falle jeweilen gleichzeitig über den Antheil an den Honoraren Bestimmungen zu treffen sind.

2. Allgemeine Verpflichtungen der angestellten Lehrer und Organisation des Unterrichtes.

Art. 56. Sämmtliche angestellte Lehrer sind verpflichtet, während der ganzen Dauer der Kurse nach Maßgabe ihrer Anstellungsverträge ihren Unterricht regelmäßig und zu der in den Stundenplänen festgesezten Zeit zu ertheilen.

Art. 57. Die angestellten Lehrer sind verpflichtet, jedes von ihnen in dem definitiv festgesezten Programme angekündigte, für die Schüler nicht obligatorische Kolleg zu lesen, insofern sich mindestens drei Zuhörer für dasselbe melden. Obligatorische Fächer müssen auch für eine geringere Zahl von Schülern gelesen werden.

Art. 58. Für jedes obligatorische Lehrfach ist ein einläßliches Programm über Unterrichtsstoff und dessen Vertheilung auf die Jahreskurse von dem betreffenden Dozenten zu entwerfen.

Art. 59. Die Professoren haben vor dem Beginn des Kurses ein Verzeichniß der Vorlesungen, welche sie im kommenden Kurse in den verschiedenen, ihnen übertragenen Unterrichtsfächern zu halten gedenken, den Vorständen derjenigen Abthei-

lungen, denen diese Fächer zugetheilt sind, einzugeben. Sie haben in diesen Entwurf aufzunehmen:

1) die für die Schüler einer oder mehrerer Abtheilungen obligatorischen Unterrichtsgegenstände, welche ihnen übertragen worden sind, oder

2) wenn ihnen kein obligatorischer Unterricht übertragen worden ist, mindestens ein Kolleg über eine der Wissenschaften, für welche sie angestellt worden sind.

Besondere diesfällige Bestimmungen in der Anstellungsurkunde bleiben vorbehalten.

Art. 60. Jeder Lehrer, dem vom Schulrathe ein obligatorisches Fach übertragen wird, ist verpflichtet, innerhalb der in der Anstellungsurkunde festgesezten Stundenzahl die angeordneten Examinatorien, schriftlichen Arbeiten und Repetitorien zu übernehmen. Es kann ihm in sehr zahlreichen Auditorien ein Hilfslehrer beigegeben werden.

Ebenso ist jeder Lehrer verpflichtet, die ihm von der Behörde übertragenen Aufnahms- und Diplomprüfungen und die Beurtheilung der Preisaufgaben zu übernehmen.

Art. 61. Mit den technischen und naturwissenschaftlichen Vorträgen sind Exkursionen zur Besichtigung von Bauten, Etablissementen, botanisch und geologisch lehrreichen Punkten u. s. w. verbunden. Kleinere Exkursionen sollen in der Regel nicht über einen halben Tag während der Unterrichtszeit ausgedehnt werden, und sind so zu legen, daß der Unterricht möglichst wenig gestört wird.

Außer diesen finden jährlich größere Exkursionen statt, die in die lezte Woche des Sommersemesters zu legen sind.

Art. 62. Jeder angestellte Lehrer ist verpflichtet, die Sizungen der Gesammtkonferenz, sowie die der Spezialkonferenzen derjenigen Abtheilungen, an denen er Unterricht ertheilt, zu besuchen, und in den ersten sechs Abtheilungen und im Vorkurse vierteljährlich über die Leistungen und das Verhalten seiner Schüler Bericht zu erstatten.

Art. 63. Jeder Professor ist verpflichtet, die Stelle des Direktors der polytechnischen Schule oder seines Stellvertreters, eines Vorstandes einer Abtheilung derselben oder seines Stellvertreters, sowie die eines Direktors einer Sammlung oder einer wissenschaftlichen Anstalt der Schule, mit Ausnahme des Bibliothekariates an der polytechnischen Schule, zu übernehmen.

Für die dritte Wahlperiode findet kein Amtszwang mehr statt.

3. Urlaubsgesuche und Entlassung angestellter Lehrer.

Art. 64. Jeder Lehrer hat für den Fall einer Verhinderung bis auf drei Tage Anzeige hievon an den Direktor der Schule zu machen; für den Fall einer längern Verhinderung ist er dem Schulrathe ein Urlaubsgesuch einzureichen verpflichtet.

Art. 65. Wird für einen Lehrer ein Stellvertreter bestellt, so wird derselbe von der Schule besoldet, wenn es wegen Krankheit des Lehrers, dagegen in der Regel vom Lehrer, wenn es anderer Ursachen wegen geschah.

Art. 66. Ein Lehrer, welcher von seiner Stelle entlassen zu werden wünscht, hat dem Schulrathe sein Entlassungsgesuch spätestens 3 Monate vor dem Ende des betreffenden Semestral- oder Jahreskurses einzureichen.

Art. 67. Falls ein auf Lebenszeit angestellter Lehrer ohne seine Schuld, also z. B. wegen Alters, Krankheit u. s. w. andauernd außer Stand ist, seinen Verpflichtungen gehörig obzuliegen, so kann er auf sein Gesuch hin, oder auch ohne dieses, von dem Bundesrathe auf den Antrag des Schulrathes in den Ruhestand versezt werden. Dabei ist einem besoldeten Lehrer ein Theil seiner Besoldung als Ruhegehalt auszusezen.

Art. 68. Wenn ein Lehrer sich in Erfüllung seiner Amtspflicht oder in seinem Verhalten überhaupt in dem Grade fehlbar gemacht hat, daß sein weiteres Wirken an der Anstalt mit dem Wohle der leztern unvereinbar erscheint, so kann er von dem Bundesrathe, auf einen motivirten Antrag des Schulrathes, von seiner Stelle entfernt werden.

Zu einem derartigen Antrage des Schulrathes ist die absolute Mehrheit seiner sämmtlichen Mitglieder erforderlich, und der Bundesrath hat den Art. 38 des Gesezes über die Verantwortlichkeit der eidgenössischen Behörden und Beamten vom 9. Christmonat 1850 (II, 157) in Anwendung zu bringen.

4. Die Privatdozenten.

Art. 69. Privatdozenten sind in der Regel nur in den Unterrichtsfächern der siebenten Abtheilung zuzulassen; ausnahmsweise, wenn es das Bedürfniß erfordert, können jedoch Privatdozenten auch in denjenigen Unterrichtsfächern, welche ausschließlich den sechs ersten Abtheilungen angehören, zugelassen werden.

Wer als Privatdozent aufzutreten wünscht, hat sein Gesuch dem Schulrathe unter Bezeichnung der Wissenschaft, in welcher er Vorträge zu halten gedenkt, einzureichen. Er hat demselben Ausweise über seinen Studiengang und über seine bisherige literarische oder Lehrthätigkeit beizulegen.

Art. 70. Findet der Schulrath diese Ausweise nicht ausreichend, um sofort über das Gesuch entscheiden zu können, so wird er entweder von der betreffenden Fachschulkonferenz oder von einer für diesen Fall bestellten Kommission von kompetenten Lehrern der Anstalt ein Gutachten verlangen, oder eine Prüfung des Kandidaten anordnen.

Art. 71. Die Ankündigung der Vorträge der Privatdozenten geschieht auf die im Art. 59 angegebene Weise.

Art. 72. Diejenigen Privatdozenten, welche ohne Urlaub zwei Jahre lang keine Vorlesung gehalten haben, können aus dem Verzeichnisse der Privatdozenten gestrichen werden.

Art. 73. Die Privatdozenten haben Siz und Stimme in der Gesammtkonferenz bei der Festsezung der Vorlesungen zu den Programmen und können auf Verfügung der Schulbehörde, sofern ihnen der Vortrag obligatorischer Fächer oder Repetitorien

übertragen ist, auch zur Theilnahme an den Berathungen der Spezialkonferenzen verpflichtet werden.

Art. 74. Jeder Privatdozent hat auf den Fall einer Verhinderung bis auf drei Tage Anzeige hievon an den Direktor der Schule zu machen; für den Fall einer längern Verhinderung ist er dem Schulrathe ein Urlaubsgesuch einzugeben verpflichtet.

Art. 75. Das für Vorlesungen von Privatdozenten erhobene Honorar fällt den Dozenten vollständig zu. Für Vorträge, die sie im Auftrage der Behörde und gegen eine von dieser ausgesezte Entschädigung halten, wird die Behörde hinsichtlich ihrer Betheiligung an den Schulgeldern und Honoraren der Zuhörer jeweilen Verfügungen treffen.

5. Verwaltung und Benuzung der Sammlungen, wissenschaftlichen Anstalten und Bibliotheken.

Art. 76. Den verschiedenen Sammlungen, Laboratorien, Werkstätten und andern wissenschaftlichen oder technischen Anstalten, welche die Schule zu verwalten hat, stehen Direktoren vor. Den Direktoren können im Falle dringenden Bedürfnisses Konservatoren oder Kustoden beigegeben werden.

Art. 77. Die Direktoren sind verpflichtet, für die Erhaltung und Ordnung der ihnen übergebenen Sammlungen und Anstalten, sowie für die stete Fortführung genauer Verzeichnisse über die in denselben enthaltenen Gegenstände zu sorgen.

Art. 78. Die Direktoren haben alle für die ihnen übergebenen Sammlungen und Anstalten ausgesezten Kredite unter persönlicher Verantwortlichkeit zu verwenden.

Sie haben sich bei ihren Ausgaben für die Sammlungen und Anstalten genau innerhalb der Schranken der ihnen angewiesenen Jahreskredite zu halten.

Sie haben sämmtlichen Weisungen des Schulrathes, betreffend die Anschaffungen für die Sammlungen und Anstalten, sowie deren Benuzung und Besorgung, Folge zu leisten.

Art. 79. Die Direktoren haben dem Schulrathe, je nach Ablauf des bürgerlichen Jahres, genaue Rechnung über die Verwendung der ihnen übergebenen Kredite abzulegen, und über den Zustand und die Benuzung der ihnen anvertrauten Sammlungen und Anstalten Bericht zu erstatten.

Art. 80. Jeder angestellte Lehrer und, so weit möglich, auch die Privatdozenten haben das Recht, die Sammlungen und Anstalten der Schule zu benuzen.

Ueber den Umfang des Benuzungsrechtes wird, wenn es nöthig erscheint, im einzelnen Falle von der Behörde entschieden.

Art. 81. Jeder Lehrer, welcher die Sammlungen oder Anstalten der Schule zu benuzen wünscht, hat sich zu diesem Behufe an die betreffenden Direktoren zu wenden und sich ihren Anordnungen zu unterziehen.

Wer eine Sammlung oder Anstalt der Schule benuzt, ist für die von ihm verursachten Beschädigungen der benuzten Gegenstände persönlich haftbar.

Art. 82. Schüler oder Zuhörer können die Sammlungen und Anstalten der Schule nur durch Vermittlung ihrer Lehrer und unter einer aufzustellenden Kontrole benuzen.

Sollten sie Instrumente, Apparate, Bestandtheile von Sammlungen oder andere von der Schule beim Unterrichte benuzte Gegenstände aus Nachläßigkeit oder absichtlich zerstören oder beschädigen, so haben sie dafür Schadenersaz zu leisten.

Art. 83. Der Bibliothek der polytechnischen Schule steht ein Bibliothekar vor, der für seine diesfälligen Bemühungen eine Entschädigung erhält. Er hat den Einkauf der beschlossenen Anschaffungen, die Aufstellung und Anordnung der Bücher, so wie die Entwerfung und Fortführung vollständiger Kataloge der Bibliothek zu besorgen, deren Benuzung zu leiten und zu überwachen, die Rechnung für die Bibliothek zu führen und über den Bestand und die Benuzung der leztern nach Ablauf eines jeden Jahreskurses einen Bericht an den Schulrath abzugeben.

Art. 84. Es wird für die Bibliothek eine Kommission von Professoren aus den Vertretern der verschiedenen Hauptgruppen der an der Anstalt repräsentirten Wissenschaften gewählt, in welcher der Bibliothekar den Vorsiz führt.

Dieser sind die von den Dozenten eingegangenen Wünsche für Anschaffungen vorzulegen.

Sie hat namentlich im Anfange eines jeden Jahres innerhalb des festgesezten Gesammtkredites ein Spezialbüdget für die Anschaffungen aufzustellen und der Behörde vorzulegen.

Art. 85. Durch ein besonderes Reglement werden die Grundsäze, die bei den Anschaffungen eingehalten werden sollen, sowie die Bedingungen, unter welchen die Bibliothek von Lehrern und Schülern benuzt werden kann, festgesezt.

Art. 86. Die Benuzung derjenigen Sammlungen, Anstalten und Bibliotheken am Size der Schule, welche (nach Art. 40, Ziff. 1—4 des Gesezes über Gründung einer eidg. polytechnischen Schule) der Lehrer- und Schülerschaft zugänglich sind (IV, 9), findet nach den hierüber abgeschloßenen besondern Verträgen statt (siehe namentlich die Verträge mit Staat und Stadt Zürich vom 14. Weinmonat 1859 und 1. Mai 1860) (VI, 493 u. 519).

6. Die Lehrerkonferenzen.

a. Die Gesammtkonferenz.

Art. 87. Die Gesammtkonferenz besteht aus sämmtlichen Professoren, Hilfslehrern und innerhalb der Schranken von Art. 73 aus den Privatdozenten der Anstalt.

Art. 88. Der Direktor der polytechnischen Schule veranstaltet die Sizungen der Gesammtkonferenz und leitet deren Verhandlungen. Dieselbe ist außerordentlich einzuberufen, wenn ein Dritttheil der Mitglieder das Begehren stellt.

Art. 89. Ueber die Verhandlungen der Konferenz wird ein Protokoll von einem durch sie selbst aus ihrer Mitte gewählten Aktuar geführt.

Art. 90. Es ist die Aufgabe der Gesammtkonferenz, den Ausbau der allgemeinen Organisation der Anstalt unausgesezt im Auge zu behalten, Verbesserungen anzuregen, auf bestehende Gebrechen die Behörden aufmerksam zu machen und die Weisungen und Aufträge des Schulrathes auszuführen. Insbesondere hat sie dahin zu trachten, daß alle Unterrichtszweige, die an der Anstalt vertreten sind, in möglichst engem und lebendigem Rapport zu dem Hauptziele einer praktischen und von Humanität getragenen Jugendbildung gesezt werden.

Die Gesammtkonferenz hat insbesondere Anträge an den Schulrath zu stellen, sei es von sich aus oder auf den Vorschlag der betreffenden Spezialkonferenzen und des Direktors:

a. über die jährlichen und halbjährlichen Programme;
b. über die Stundenpläne;
c. über allgemeine organisatorische Maßregeln;
d. über Disziplinarfälle allgemeinen Charakters.

Art. 91. Die Gesammtkonferenz übergibt nach Ablauf jedes Jahreskurses dem Schulrathe einen allgemeinen Bericht über den Gang der Anstalt während des verflossenen Schuljahres, und legt demselben auch die Berichte der Spezialkonferenzen bei.

b. Die Spezialkonferenzen.

Art. 92. Für jede Abtheilung der Schule besteht eine Spezialkonferenz.

Mitglieder derselben sind am Vorkurs und den sechs ersten Abtheilungen alle Professoren und übrigen Lehrer, welche obligatorischen Unterricht an denselben ertheilen. Hilfslehrer, welchen Examinatorien übertragen sind, nehmen ebenfalls an den Sizungen der Konferenz Theil.

In der siebenten Abtheilung besteht die Spezialkonferenz aus den Professoren, die entweder nur Freifächer vortragen oder welche neben obligatorischem Unterrichte auch Freifächer ankündigen.

Art. 93. Die Vorstände der Spezialkonferenzen veranstalten die Sizungen der leztern und leiten ihre Verhandlungen.

Ueber die Verhandlungen der Spezialkonferenzen werden durch Aktuare, welche von den Konferenzen selbst aus ihrer Mitte gewählt werden, Protokolle geführt.

Jede Spezialkonferenz ist außerordentlich einzuberufen, wenn ein Dritttheil der Mitglieder das Begehren stellt.

Art. 94. Den Spezialkonferenzen liegt innerhalb der Bestimmungen des Reglements und der Anordnungen des Schulrathes die Leitung des Unterrichtes ob, so weit es sich um Maßregeln handelt, welche sich ausschließlich auf die betreffende Abtheilung beziehen.

Art. 95. Es liegt den Spezialkonferenzen im Besondern ob:

1) innerhalb der Bestimmungen des Reglements und der Anordnungen der übergeordneten Behörde folgende Geschäfte zu erledigen:
   a. die Jahrespromotion der Schüler ihrer Abtheilung;
   b. die Abnahme der vierteljährlichen Berichte der Mitglieder über die Schüler;
   c. Disziplinarfälle der betreffenden Abtheilung, so weit bloß die Strafe 1 im Art. 34 in Anwendung kommt.
2) Die Spezialkonferenzen haben ferner zuhanden des Schulrathes:
   a. Anträge zu stellen über die Ertheilung von Diplomen an ihre Schüler;
   b. Anträge zu stellen über Gesuche von Schülern ihrer Abtheilung um Entlaßung aus einzelnen obligatorischen Fächern oder Austausch solcher gegen andere;
   c. Anträge zu stellen über Disziplinarfälle, die nicht ihres allgemeinen Charakters wegen vor die Gesammtkonferenz gehören und bei denen die Strafen 2—5 im Art. 34 in Anwendung kommen;
   d. vor Anfang der neuen Kurse das Programm der Abtheilung zu berathen und etwaige Abänderungen zu motiviren;

e. je von zwei zu zwei Jahren, im Sinne der Artikel 36–40, Anträge zu stellen über die zu stellenden Preisaufgaben und die Zutheilung der Preise an die Bewerber;

f. die Materialprogramme des gesammten obligatorischen Unterrichts der Fachschule zu begutachten;

g. kurz nach dem Schlusse eines jeden Schuljahres über den Gang des Unterrichtes, über das wissenschaftliche Leben und die disziplinarische Haltung der Schüler ihrer Abtheilung während des verflossenen Jahreskurses, sowie über die nöthigen Verbesserungen im Unterricht an ihrer Abtheilung Bericht zu erstatten.

Art. 96. Einer jeden Fachschulkonferenz steht das Recht zu, auf Anfragen, welche an sie über Gegenstände des von ihr vertretenen wissenschaftlich und wissenschaftlich-technischen Gebietes gestellt werden, gegen Entrichtung durch sie zu bestimmender und ihnen zufallender Gebühren Gutachten abzugeben.

Sie dürfen jedoch von diesem Rechte nur insoweit Gebrauch machen, als die Lehrer dadurch nicht an der Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Schule gehindert werden.

7. Die Konferenz der Abtheilungsvorstände.

Art. 97. Die Vorstände aller Abtheilungen bilden eine Konferenz, welche sowohl vom Präsidenten des Schulrathes als vom Direktor versammelt werden kann. Dieselbe soll auch auf das motivirte Verlangen von drei Vorständen unter Bezeichnung der Traktanden, welche zur Sprache kommen sollen, einberufen werden.

Art. 98. Die Aufgabe dieser Konferenz besteht wesentlich darin, die einheitliche und übereinstimmende Durchführung der reglementarischen und disziplinarischen Bestimmungen und der Beschlüsse und Weisungen der Schulbehörden durch alle Abtheilungen zu sichern. Dieselbe kann von dem Präsidenten und dem Direktor in disziplinarischen Fragen zu Rathe gezogen werden. Es können in diesen Konferenzen auch Verhandlungsgegenstände

vorberathen werden, welche in den Wirkungskreis der Gesammtkonferenz oder der Spezialkonferenzen fallen, immerhin in der Meinung, daß die Kompetenzausübungen jener Organe der Schule nicht umgangen werden.

8. Der Direktor der Schule und die Vorstände der Abtheilungen.

Art. 99. Der Direktor der Schule und dessen Stellvertreter werden aus sämmtlichen Professoren auf eine Amtsdauer von zwei Jahren mit Wiederwählbarkeit ernannt.

Dem Direktor ist entweder eine Gehaltszulage oder eine Verminderung seiner Unterrichtsstunden oder beides zugleich zu gewähren.

Art. 100. Dem Direktor der Schule liegt die Verpflichtung ob, innerhalb der Bestimmungen des Reglements und der Anordnungen des Schulrathes

a. die Beschlüsse der Gesammtkonferenz zu vollziehen;
b. an den Geschäften bezüglich der Aufnahme der Schüler denjenigen Antheil zu nehmen, welchen das hierüber zu erlassende Spezialregulativ ihm zutheilen wird;
c. Anträge über die Aufnahme der Zuhörer dem Präsidenten zur Genehmigung vorzulegen;
d. die Schlußrepetitorien, sowie die Diplomprüfungen anzuordnen und die Schlußnahmen der Konferenzen bezüglich der Jahrespromotionen den Studirenden zu eröffnen;
e. die Programme und Stundenpläne auf Grundlage der Vorschläge der Behörde vorzulegen;
f. Disziplinarfälle zu erledigen, welche er nicht wegen Anwendung der Strafen 3—5 im Art. 34 den Konferenzen oder dem Schulrathe überweisen zu sollen glaubt, oder welche nach stattgehabter Ueberweisung an ihn zurükgewiesen werden;
g. ein vollständiges Verzeichniß der aufgenommenen Schüler und Zuhörer und ein Matrikelbuch zu führen, in welches die Aufnahmsprüfungsnoten, die Quartalnoten, die Noten

über die schriftlichen Arbeiten, die Promotionsbeschlüsse und Diplomertheilungen, sowie Bemerkungen über das disziplinarische Verhalten der Schüler überhaupt aufzunehmen sind;

h. den Eltern und Vormündern der Studirenden Kenntniß zu geben, wenn über leztere gemäß Art. 34 Strafen verhängt oder dieselben nicht promovirt wurden;

i. die gesammte Anstalt zu überwachen und der Gesammtkonferenz oder dem Schulrathe diesfalls nöthig werdende Anträge von sich aus zu hinterbringen, sowie in der Regel diejenigen der verschiedenen Konferenzen an die Behörden zu übermitteln;

k. auf Grundlage der Jahresberichte der Spezialkonferenzen und der eigenen Amtsthätigkeit jährlich einen Generalbericht zu erstatten.

Art. 101. Der Direktor der Schule hat in Verhinderungsfällen dem Schulrathe ein Urlaubsgesuch einzureichen.

Art. 102. Die Vorstände der einzelnen Abtheilungen und ihre Stellvertreter werden aus den Professoren der Abtheilungen, denen sie angehören, auf eine Amtsdauer von zwei Jahren mit Wiederwählbarkeit ernannt.

Art. 103. Den Vorständen der einzelnen Abtheilungen liegt die Verpflichtung ob, innerhalb der Bestimmungen des Reglements und der Anordnungen der ihnen übergeordneten Stellen

a. die Beschlüsse der Spezialkonferenzen zu vollziehen;

b. die Studien, den Bildungsgang und die disziplinarische Haltung der Schüler ihrer Abtheilung zu überwachen, dieselben zur genauen Erfüllung ihrer Pflichten als Schüler anzuhalten und ihnen, wo sie es bedürfen, mit Rath beizustehen;

c. über die Zwekmäßigkeit des gesammten Unterrichtes ihrer Abtheilung zu wachen und ihrer Spezialkonferenz Anträge zur Hebung und Vervollkommnung desselben vorzulegen;

d. dem Direktor die Quartalzensuren der Schüler zur Kenntniß zu bringen.

Vierter Abschnitt.

Von dem Bundesrathe, als Oberbehörde der eidgenössischen polytechnischen Schule, und dem schweizerischen Schulrathe.

1. Der Bundesrath.

Art. 104. Der Bundesrath steht der Anstalt als oberste leitende und vollziehende Behörde vor. Er faßt seine diesfälligen Beschlüsse auf den Antrag des Departements des Innern.

Der Vorstand des Departements des Innern hat das Recht, allen Sizungen des Schulrathes mit berathender Stimme beizuwohnen, zu welchem Behufe ihm jeweilen rechtzeitig von der Versammlung des Schulrathes und den Traktanden Kenntniß zu geben ist.

Art. 105. Der Bundesrath ernennt den schweizerischen Schulrath, dessen Präsidenten und Ersazmänner nach den Bestimmungen der Artikel 20, 21 und 22 des Gesezes, und wählt den Vizepräsidenten des Schulrathes aus der Mitte der Mitglieder desselben auf eine Amtsdauer von fünf Jahren.

Art. 106. Dem Bundesrathe stehen im Besondern auf den Antrag des Schulrathes zu:

a. die Ernennung der Professoren und Hülfslehrer, die Bestimmung des ihnen auszusezenden Gehaltes und die Entscheidung über die der Lehrerschaft zu verabreichenden Gratifikationen;

b. die Erledigung der Entlassungsbegehren von Professoren und Hülfslehrern, die Versezung eines auf Lebensdauer gewählten Professors in den Ruhestand und die Festsezung des demselben auszusezenden Ruhegehaltes, sowie die Entfernung eines Lehrers, kraft Art. 33 des Gesezes;

c. die Hinterbringung von Anträgen an die Bundesversammlung, betreffend gesezliche Bestimmungen über die polytechnische Schule, die Erlassung des Hauptreglements für diese Anstalt und die Genehmigung der andern Reglemente wichtigern Inhalts;

d. die Beantragung des Jahresbüdgets der Schule an die Bundesversammlung;

e. die Abnahme des Jahresberichtes des Schulrathes und der sämmtlichen, die Anstalt beschlagenden Jahresrechnungen, so weit sie dem Bundesrathe zusteht;

f. die Entscheidung über die Annahme von Schenkungen oder Vermächtnissen, welche der Anstalt mit spezieller Zwekbestimmung gemacht werden;

g. die zur Besorgung der Kasse der Anstalt, sowie zur Verwaltung der Fonds nöthigen Anordnungen.

Art. 107. Der Bundesrath wird jeweilen, bevor er über wichtige, die Anstalt betreffende Gegenstände Beschlüsse faßt, ein Gutachten des Schulrathes einholen.

2. Der schweizerische Schulrath.

Art. 108. Unter dem Bundesrathe steht zur unmittelbaren Leitung und Ueberwachung der Anstalt der schweizerische Schulrath.

Art. 109. Die Verhandlungen des Schulrathes werden vom Präsidenten desselben geleitet.

Der Schulrath kann nur gültig verhandeln, wenn wenigstens drei Mitglieder, beziehungsweise Ersazmänner, anwesend sind.

Art. 110. Der Sekretär des Schulrathes führt über die Verhandlungen des leztern ein Protokoll und besorgt auch die übrigen Kanzleigeschäfte des Schulrathes. Er ist zugleich Sekretär des Präsidenten dieser Behörde.

Art. 111. Der Schulrath hat das Recht der Antragstellung mit Bezug auf sämmtliche, im Art. 106 aufgezählte Gegenstände. Er hat überdies

1) von sich aus:

a. darüber zu wachen, daß der Unterricht an der Schule regelmäßig, in Uebereinstimmung mit den Programmen und im Sinne der reglementarischen Bestimmungen ertheilt werde;

b. den Direktor der Schule und dessen Stellvertreter, die Vorstände der Abtheilungen und deren Stellvertreter, die Direktoren der Sammlungen und wissenschaftlichen Anstalten, den Bibliothekar, den Sekretär des Schulrathes und die verschiedenen Abwarte zu wählen;

c. die Besoldung des Direktors der Schule, des Bibliothekars, des Sekretärs des Schulrathes und der Abwarte zu bestimmen;

d. über Urlaubsgesuche des Direktors der Schule, der Abtheilungsvorstände und der Lehrer zu entscheiden, Stellvertreter der leztern zu ernennen und deren Entschädigung zu bestimmen;

e. den Betrag eines allfälligen Antheiles der Hülfslehrer und Privatdozenten an den Schulgeldern und Honoraren festzusezen;

f. über die Zulassung, sowie über die Streichung von Privatdozenten zu entscheiden;

g. über die Erlassung oder Ermäßigung der Schulgelder, Honorare und Gebühren von unbemittelten Studirenden zu entscheiden;

h. über die Stipendiengesuche der Schüler auf Grundlage des für das Châtelain'sche Legat bestehenden Regulativs zu entscheiden;

i. die besondern Gebühren für Benuzung der Bibliothek, Laboratorien und Werkstätten festzusezen;

k. innerhalb der Schranken der von der Bundesversammlung für die Sammlungen der Anstalt aufgestellten Büdgetansäze ein Spezialbüdget für die Vertheilung und Verwendung jener Ansäze auf die einzelnen Sammlungen und Anstalten festzusezen;

l. die Sammlungen und wissenschaftlichen Anstalten unmittelbar oder durch Sachverständige zu beaufsichtigen und, so weit nöthig, die auf deren Benuzung sich beziehenden Anordnungen und Entscheidungen zu treffen;
m. die erforderlichen Anordnungen zur Bestellung der Bibliothekskommission zu treffen;
n. über die Erfüllung der Leistungen des Sizes der Schule zu wachen;
o. dem Bundesrathe jährlich einen Bericht über den Gang der Schule abzustatten.

2) Der Schulrath hat auf den Antrag der Gesammtkonferenz:
a. die Unterrichtsprogramme, und zwar Jahres- und Semesterprogramme, der Schule zu prüfen und zu genehmigen;
b. die Stundenpläne festzusezen und die Zeit des Anfangs der Kurse und der Ferien zu bestimmen;
c. die ihm überwiesenen Disziplinarfälle zu erledigen.

3) Der Schulrath hat auf den Antrag der Spezialkonferenzen:
a. die Materialprogramme der einzelnen obligatorischen Kurse zu prüfen und zu genehmigen;
b. über die den Schülern auszustellenden Diplome und Zeugnisse zu entscheiden;
c. die ihm überwiesenen Disziplinarfälle zu erledigen.

Der Schulrath entscheidet endlich über die Aufnahme der Schüler und Zuhörer, und kann diese Befugniß auch an einzelne seiner Mitglieder delegiren, wobei nach Angabe des im Art. 16 des Reglements angeführten Regulativs zu verfahren ist. Der Schulrath erledigt überhaupt alle, die Schule beschlagenden Geschäfte, welche nicht durch das Gesez und das Reglement andern Behörden oder Beamten vorbehalten sind.

Art. 112. Der Schulrath wird, bevor er wichtige bleibende Anordnungen über den Gang des Unterrichtes und die Disziplin an der Anstalt trifft, ein Gutachten der Gesammtkonferenz, beziehungsweise der Spezialkonferenzen, einholen.

Art. 113. Der Schulrath, beziehungsweise dessen Präsident, tritt, je nachdem er es angemessen findet, mit den verschiedenen Konferenzen oder deren Vorständen, oder den einzelnen Lehrern in direkte Verbindung.

Art. 114. Der Schulrath bestimmt die Zahl und den Zeitpunkt seiner ordentlichen Sizungen, und versammelt sich außerordentlicherweise, so oft der Präsident es nöthig findet, oder zwei Mitglieder das Begehren stellen.

Art. 115. Die Mitglieder des Schulrathes werden in gleicher Weise entschädigt wie die Kommissionen der eidgenössischen Räthe.

Art. 116. Der Präsident des Schulrathes hat sein bleibendes Domizil am Size der Anstalt, in Zürich, zu nehmen. (§ 24 des Gründungsgesezes vom 7. Hornung 1854.)

Art. 117. Die Bestimmungen über den Ausstand der Mitglieder des Bundesrathes finden auch auf die Mitglieder des Schulrathes Anwendung (Art. 18 des Gesezes über die Organisation und den Geschäftsgang des Bundesrathes vom 16. Mai 1849).

Art. 118. Der Präsident des Schulrathes legt dem leztern mit Bezug auf alle Geschäfte, über welche eine förmliche Schlußnahme gefaßt wird, schriftliche Anträge vor. Jedes Mitglied des Schulrathes besizt indessen das Recht, beliebige Gegenstände auf dem Wege der Motion in Anregung zu bringen.

Art. 119. Der Präsident des Schulrathes überwacht fortwährend den Gang der Anstalt und leitet alle nöthigen Verbesserungen ein.

Art. 120. Der Präsident des Schulrathes hat für die Vollziehung der die Schule beschlagenden Beschlüsse des Bundesrathes und des Schulrathes zu sorgen.

Art. 121. Während der Schulrath nicht versammelt ist, besorgt der Präsident des Schulrathes die laufenden Geschäfte, und trifft überhaupt alle dringenden, zur Erhaltung des unge-

störten Ganges der Anstalt nöthigen Verfügungen. Insbesondere steht es ihm zu, während der Schulrath nicht versammelt ist:

a. Aufnahmsgesuche von Schülern nach bereits begonnenem Kurse zu erledigen;
b. über Gesuche von Schülern um Austausch obligatorischer Fächer oder Dispensation von solchen zu entscheiden;
c. Disziplinarfälle zu erledigen, welche dem Schulrathe überwiesen werden und deren rasche Erledigung wünschbar ist;
d. über Urlaubsgesuche von Lehrern in dringlichen Fällen zu entscheiden;
e. Stellvertreter für Lehrer in dringlichen Fällen zu ernennen;
f. Gesuche um Erlaß der Schulgelder und Honorare zu erledigen.

Art. 122. Ueber die Verrichtungen des Präsidenten wird ein Protokoll geführt.

Dasselbe ist dem Schulrathe bei seinem Zusammentritt jeweilen vorzulegen.

Der Präsident berichtet überdies mündlich über die von ihm getroffenen wichtigsten Zwischenverfügungen.

Art. 123. In Verhinderungsfällen vertritt der Vizepräsident die Stelle des Präsidenten. Dauert die Verhinderung länger als acht Tage, so hat der Präsident Urlaub beim Schulrathe oder, wenn dieses nicht geschehen kann, beim Bundesrathe einzuholen.

Bern, den 28. Hornung 1866.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
J. M. Knüsel.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schieß.



Konkordat

über

gemeinschaftliche polizeiliche Maßregeln gegen Viehseuchen.

(Vom 5. Augstmonat 1852.)

Von diesem zwischen den eidgenößischen Ständen Zürich, Bern, Luzern, Zug, Freiburg, Solothurn, Aargau und Neuenburg bestehenden Konkordate, zu dem auch der Stand Schwyz am 2. Christmonat 1863 seinen Beitritt erklärt hat (Seite 41 hievor), ist dieser Kanton wieder zurükgetreten, laut Anzeige der dortigen Regierung vom 5. März 1866.

Bern, den 9. März 1866.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Internationaler

Telegraphenvertrag von Paris.

(Vom 17. Mai 1865.)

Diesem zwischen der Schweiz und 20 europäischen Staaten abgeschloßenen Vertrage sind nachträglich beigetreten:

1) das Herzogthum Holstein, laut Zuschrift der k. k. österreichischen Gesandtschaft vom 8. Januar 1866;

2) das Großherzogthum Luxemburg,
3) der Kirchenstaat,
4) das Herzogthum Nassau,

laut Schreiben der kais. französischen Gesandtschaft vom 5. März, 4. und 27. April 1866.

Bern, den 9. Mai 1866.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Ausfuhr von Pferden und Maulthieren.

(Vom 18. Mai 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,
in Anwendung des Art. 90, Ziffer 9 der Bundesverfassung, und des Art. 34 des Zollgesezes vom 27. Augstmonat 1851,

beschließt:

1. Die Ausfuhr von Pferden und Maulthieren wird mit einem Ausfuhrzoll von 400 Franken für jedes Stük belegt.

2. Dieser Beschluß tritt mit dem 19. Mai d. J. in Kraft.

Bern, den 18. Mai 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

das revidirte Militärgesez für den Kanton Neuenburg.

(Vom 21. Mai 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach Prüfung des aus 142 Artikeln bestehenden revidirten Militärgesezes vom 19. April 1866 für den Kanton Neuenburg;

auf den Bericht des schweizerischen Militärdepartements;

in Anwendung von Art. 20, Ziffer 4 der Bundesverfassung, und der Artikel 106 und 134 der eidgenößischen Militärorganisation,

erklärt:

Daß dieses Gesez nichts enthält, was der eidgenößischen Militärorganisation vom 8. Mai 1850 und den dem Kanton Neuenburg obliegenden bundesgemäßen Verpflichtungen entgegen ist; weßhalb dasselbe sofort in Vollziehung gesezt werden kann.

Bern, den 21. Mai 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Instruktion

für

den eidgenößischen Oberinstruktor des Genies.

(Vom 7. März 1866.)

Das eidgenößische Militärdepartement

hat in Folge der ihm vom Bundesrathe unterm 7. März 1866 ertheilten Vollmacht nachstehende Instruktion erlassen:

Art. 1. Der eidg. Oberinstruktor des Genies steht unmittelbar unter dem eidg. Inspektor des Genies, und empfängt von diesem alle auf seinen Geschäftskreis bezüglichen Weisungen und Befehle.

Art. 2. Derselbe leitet und beaufsichtigt den Unterricht, den Dienst und die Disziplin der Geniewaffe in ihrer ganzen Ausdehnung, zu welchem Behufe er den Rekrutenschulen des Genies selbst als Kommandant vorsteht, in der Regel auch in der Zentralschule den Unterricht der Genieabtheilung leitet und bei den Wiederholungskursen, die er nicht selbst kommandirt, eine indirekte Ueberwachung des Unterrichts und Dienstes ausübt.

Art. 3. Der Oberinstruktor des Genies entwirft die Unterrichtsplane und die Voranschläge der Ausgaben für die Schulen, welche er selbst kommandirt, und prüft diejenigen der Wiederholungskurse.

Art. 4. Er wird darüber wachen, daß die Voranschläge nicht überschritten werden; daß in allen Ausgaben möglichste Oekonomie walte, und nach jeder Schule ein genaues Inventar der für den Sappeur- und Pontonnierdienst angeschafften und übrig gebliebenen Materialien aufgenommen werde.

Art. 5. Die Berichte der von ihm direkt geleiteten Schulen verfaßt er selbst; diejenigen der Wiederholungskurse werden ihm stets zur Einsicht vorgelegt, um daraus am Schlusse des Jahres einen allgemeinen Bericht über die Instruktion der Waffe erstatten zu können.

Art. 6. Er wohnt der alljährlich stattfindenden Aufnahmsprüfung für die Geniestabsaspiranten bei.

Art. 7. Der Oberinstruktor des Genies ist Vorgesezter des Instruktionskorps der Waffe, und wird trachten, dasselbe immer mehr und mehr für die ihm gewordene Aufgabe zu befähigen.

Art. 8. Er macht dem Inspektor des Genies die Vorschläge für die neuen Ernennungen von Instruktoren und Unterinstruktoren, so wie für die in den Schulen allfällig nöthigen Hilfsinstruktoren.

Art. 9. Er entwirft alljährlich im Wintermonat die Vertheilung der Instruktoren in die verschiedenen Schulen und Kurse des nächsten Jahres, und führt eine genaue Kontrole über die Leistungen und das Betragen eines jeden Einzelnen.

Art. 10. Er führt die Kontrole über die Besoldung, die Reiseentschädigungen und außerordentlichen Zulagen der Instruktoren, und sezt sich für diesen Zwek, so wie für alles, was die Bekleidung der Unterinstruktoren betrifft, mit dem eidg. Oberkriegskommissariat in direkte Verbindung.

Art. 11. Der Oberinstruktor des Genies macht sich zur besondern Aufgabe, den Unterricht und die Ausbildung der Geniewaffe zu fördern und zu vervollkommnen; er überwacht strenge die genaue Befolgung der in Kraft stehenden eidg. Reglemente, und trachtet, allfällige Lüken in Vorschriften jeglicher Art durch ergänzende Bestimmungen auszufüllen, wozu er Vorschläge und Entwürfe ausarbeitet und dem Genie-Inspektor vorlegt.

Bern, den 7. März 1866.

Der Vorsteher
des eidg. Militärdepartements:
C. Fornerod.



Bundesrathsbeschluß

betreffend

das neue schweizerische Urpfund.

(Vom 6. Brachmonat 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

nach genommenem Augenschein des neu angefertigten schweizerischen Urpfundes und seiner beiden Kopien;

nach Einsicht eines von den Herren Professoren Dr. H. Wild, in Bern, Dr. A. Mousson, in Zürich, und Dr. A. Hirsch, in Neuenburg, unterzeichneten Verbalprozesses über die Verifikation des neuen schweizerischen Urpfundes und seiner beiden Kopien, so wie eines sachbezüglichen Berichtes vom 25. Mai 1866;

auf den Antrag seines Departements des Innern,

beschließt:

1. Dem neuen schweizerischen Urpfund und seinen beiden Kopien ist die Genehmigung ertheilt.

Das bisherige Urpfund hört mit dem heutigen Tage auf, maßgebend zu sein.

2. Das neue Urpfund wird mit dem Original des Verbalprozesses ins eidgenößische Archiv deponirt.

Die erste Kopie wird im eidg. Polytechnikum, die zweite in der eidg. Eichstätte aufbewahrt und beiden eine Kopie des genannten Verbalprozesses beigegeben.

3. Das eidg. Departement des Innern ist mit der Vollziehung beauftragt.

Bern, den 6. Brachmonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Numerirung der taktischen Einheiten der schweizerischen Landwehr.

(Vom 8. Brachmonat 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Erwägung, daß für den Fall, wenn der Bund über die Landwehr der Kantone verfügen wollte (Art. 19 der Bundesverfaßung und Art. 7 der eidgenößischen Militärorganisation), eine durchgehende Numerirung der taktischen Einheiten derselben nothwendig wäre;

auf den Vortrag des eidgenößischen Militärdepartements,

beschließt:

1. Den taktischen Einheiten der verschiedenen Waffengattungen der Landwehr werden folgende Nummern beigelegt mit vorausgehendem lateinischem L.

I. Genie.

a. Sappeurkompagnien.

Nr. 1. Eine Kompagnie von Zürich.
" 2. " " " Bern.
" 3. " " " Aargau.
" 4. " " " Tessin.
" 5. " " " Waadt.
" 6. " " " Genf.

b. Pontonnierkompagnien.

Nr.	1.	Eine	Pontonnierkompagnie	von	Zürich.
"	2.	"	"	"	Aargau.

II. Artillerie.

Nr.	1.	Eine	bespannte	Batterie	von	Bern.
"	2.	"	"	"	"	St. Gallen.
"	3.	"		Kompagnie	"	Zürich.
"	4.	"		"	"	"
"	5.	"		"	"	Bern.
"	6.	"		"	"	"
"	7.	"		"	"	Luzern.
"	8.	"	(Park=)	"	"	"
"	9.	"	(Positions=)	"	"	Freiburg.
"	10.	"		"	"	Solothurn.
"	11.	"		"	"	Basel=Stadt.
"	12.	"	(Positions=)	"	"	Basel=Landschaft.
"	13.	"	"	"	"	St. Gallen.
"	14.	"	(Park=)	"	"	"
"	15.	"	(Positions=)	"	"	Aargau.
"	16.	"		"	"	Waadt.
"	17.	"		"	"	"
"	18.	"		"	"	"
"	19.	"		"	"	"
"	20.	"		"	"	"
"	21.	"		"	"	"
"	22.	"	(Gebirgs=)	"	"	Wallis.
"	23.	"		"	"	Neuenburg.
"	24.	"		"	"	Genf.
"	25.	"		"	"	"

III. Scharfschüzen.

Nr.	1.	Eine	Kompagnie	von	Zürich.
"	2.	"	"	"	"
"	3.	"	"	"	Bern.

Nr.	4.	Eine	Kompagnie	von	Bern.
"	5.	"	"	"	"
"	6.	"	"	"	Luzern.
"	7.	"	"	"	"
"	8.	"	"	"	Uri.
"	9.	"	"	"	Schwyz.
"	10.	"	"	"	"
"	11.	"	"	"	Obwalden.
"	12.	"	"	"	Glarus.
"	13.	"	"	"	"
"	14.	"	"	"	Zug.
"	15.	"	"	"	Freiburg.
"	16.	"	"	"	Basel-Landschaft.
"	17.	"	"	"	Appenzell A. Rh.
"	18.	"	"	"	"
"	19.	"	"	"	St. Gallen.
"	20.	"	"	"	"
"	21.	"	"	"	Graubünden.
"	22.	"	"	"	"
"	23.	"	"	"	"
"	24.	"	"	"	"
"	25.	"	"	"	"
"	26.	"	"	"	"
"	27.	"	"	"	Aargau.
"	28.	"	"	"	"
"	29.	"	"	"	Thurgau.
"	30.	"	"	"	"
"	31.	"	"	"	Tessin.
"	32.	"	"	"	Waadt.
"	33.	"	"	"	"
"	34.	"	"	"	"
"	35.	"	"	"	"
"	36.	"	"	"	"
"	37.	"	"	"	"
"	38.	"	"	"	Wallis.
"	39.	"	"	"	"

Nr. 40. Eine Kompagnie von Neuenburg.
" 41. " " " "
" 42. " " " "
" 43. " " " Genf.

IV. Infanterie.

a. Bataillone und Halbbataillone.

(Die Bataillone zu 4 Kompagnien sind mit * bezeichnet.)

Nr. 1. Ein Bataillon von Zürich.
" 2. " " " "
" 3. " " " "
" 4. " " " "
" 5. " " " "
" 6. " " " "
" 7. " " " "
" 8. " " " "
" 9. " " " Bern.
" 10. " " " "
" 11. " " " "
" 12. " " " "
" 13. " " " "
" 14. " " " "
" 15. " " " "
" 16. " " " "
" 17. " " " Luzern.
" 18. " " " "
* " 19. " " " Schwyz.
* " 20. " " " "
" 21. " " " Glarus.
" 22. " " " Freiburg.
" 23. " " " "
" 24. " " " Solothurn.
" 25. " " " "
* " 26. " " " Basel=Stadt.

* Nr. 27. Ein Bataillon von Basel-Landschaft.
* " 28. " " " "
" 29. " " " Schaffhausen.
" 30. " " " Appenzell A. Rh.
" 31. " " " St. Gallen.
" 32. " " " "
" 33. " " " "
" 34. " " " Graubünden.
" 35. " " " "
" 36. " " " "
" 37. " " " Aargau.
" 38. " " " "
" 39. " " " "
" 40. " " " Thurgau.
" 41. " " " "
" 42. " " " "
" 43. " " " Tessin.
" 44. " " " "
" 45. " " " "
* " 46. " " " Waadt.
* " 47. " " " "
* " 48. " " " "
* " 49. " " " "
* " 50. " " " "
* " 51. " " " "
* " 52. " " " "
* " 53. " " " "
* " 54. " " " "
* " 55. " " " "
* " 56. " " " "
* " 57. " " " "
* " 58. " " " Wallis.
" 59. " " " "
" 60. " " " "
" 61. " " " Neuenburg.
" 62. " " " "

Nr.	63.	Ein	Bataillon	von	Neuenburg.
"	64.	"	"	"	Genf.
"	65.	"	"	"	"
"	66.	"	"	"	"
"	67.	"	Halbbataill.	"	Nidwalden.
"	68.	"	"	"	Zug.
"	69.	"	"	"	Appenzell J. Rh.

b. Einzelnkompagnien.

Nr.	1.	Eine	Einzelnkompagnie	(Jäger)	von	Uri.
"	2.	"	"	(Füsiliere)	"	"
"	3.	"	"		"	Obwalden.
"	4.	"	"		"	"
"	5.	"	"	(Jäger)	"	Appenzell A. Rh.
"	6.	"	"	"	"	"
"	7.	"	"		"	St. Gallen.
"	8.	"	"		"	"
"	9.	"	"		"	"
"	10.	"	"		"	"
"	11.	"	"		"	"
"	12.	"	"		"	"

2. Die Kantone sind bis auf weitere Weisung nicht gehalten, die Nummern an der Kopfbedekung der Landwehrkorps anzuschaffen.

3. Im Uebrigen tritt diese Verordnung sofort in Kraft, und ist in die eidg. Gesezsammlung aufzunehmen, so wie auch den Kantonen zur üblichen Bekanntmachung mitzutheilen.

Bern, den 8. Brachmonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Uebereinkunft

zur

Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs.

(Vom 22. August 1864.)

Dieser Uebereinkunft sind nachträglich noch beigetreten:

Das Königreich Württemberg am 2. Juni 1866.
" Großherzogthum Hessen am 22. Juni 1866.
" Königreich Bayern am 30. Juni 1866.
" Kaiserthum Oesterreich am 21. Juli 1866.

Die Beitrittserklärungen lauten wörtlich also:

Von Württemberg.

Zwischen Vertretern der Regierungen mehrerer europäischer Staaten ist am 22. August 1864 eine Uebereinkunft zur Linderung des Looses der im Felddienst verwundeten Soldaten abgeschloßen worden, welche folgendermaßen lautet:

(Siehe den Wortlaut Seite 520 hievor.)

Dieser Uebereinkunft, an deren Abschluß ein Vertreter der Württembergischen Regierung Theil genommen hat, konnte von Seiten dieser Königlichen Regierung die vorbehaltene Ratifikation formeller Anstände halber seither nicht ertheilt werden, und dieselbe hat sich daher vorbehalten, der Convention nach Maßgabe der Bestimmung des Artikels 9 derselben nachträglich beizutreten,

welchem Vorbehalte auch seitens der übrigen an der Uebereinkunft betheiligten Staaten laut Protokoll der Vertreter dieser Staaten vom 22. Juni 1865 stattgegeben wurde.

In Gemäßheit dieses Vorbehalts erklärt nun das unterzeichnete Ministerium, nachdem jene Anstände jetzt ihre Erledigung gefunden haben, mit höchster Genehmigung Seiner Majestät des Königs von Württemberg, daß die Königliche Regierung der vorerwähnten Uebereinkunft ihrem ganzen Inhalte nach beitritt und solche in allen Punkten vollziehen lassen wird.

Zur Urkunde dessen ist die gegenwärtige Ministerial-Erklärung ausgestellt und mit dem königlichen Insiegel versehen worden.

Gegeben Stuttgart den 2. Juni 1866.

Königlich Württembergisches Ministerium
der Auswärtigen Angelegenheiten:

(L. S.) Freiherr **von Varnbüler.**

Von Hessen-Darmstadt.

Ministerialerklärung.

Zwischen Vertretern der Regierungen mehrerer europäischer Staaten ist am 22. August 1864 eine Uebereinkunft zur Linderung des Looses der im Feldbienst verwundeten Soldaten abgeschlosseu worden, welche folgendermaßen lautet:

(Siehe Seite 520 hievor.)

Dieser Uebereinkunft, an deren Abschluß ein Vertreter der Großherzoglich Hessischen Regierung Theil genommen hat, konnte von Seiten dieser Regierung die vorbehaltene Ratifikation formeller Anstände halber seither nicht ertheilt werden und dieselbe hat sich daher vorbehalten, der Convention nach Maßgabe der Bestimmung des Art. 9 derselben nachträglich beizutreten, welchem Vorbehalte auch Seitens der übrigen an der Uebereinkunft

kunft betheiligten Staaten laut Protokolls der Vertreter dieser Staaten vom 22. Juni 1865 stattgegeben wurde.

In Gemäßheit dieses Vorbehalts erklärt nun das unterzeichnete Ministerium, nachdem jene Anstände jetzt ihre Erledigung gefunden haben, mit Höchster Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen, daß die Großherzogliche Regierung der vorerwähnten Uebereinkunft ihrem ganzen Inhalte nach beitritt und solche in allen Punkten, — unbeschadet jedoch der aus dem Verhältnisse zu dem deutschen Bunde hervorgehenden Verpflichtungen, — vollziehen lassen wird.

Zu Urkunde dessen ist die gegenwärtige Ministerialerklärung ausgestellt und mit dem Siegel des unterzeichneten Ministeriums versehen worden.

Darmstadt, den 22. Juni 1866.

Großherzoglich Hessisches Ministerium des Großherzoglichen Hauses und des Aeußern:

(L. S.) Frhr. v. Dalwigk.

Von Bayern.

Ministerialerklärung.

Nachdem der Schweizerische Bundesrath an die Königliche Bayerische Regierung die Einladung gerichtet hat, der zu Genf am 22. August 1864 zwischen der Schweiz, Baden, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großherzogthum Hessen, Italien, den Niederlanden, Portugal, Preußen und Würtiemberg abgeschlossenen Uebereinkunft zur Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs beitreten zu wollen, welche Uebereinkunft wörtlich lautet wie folgt:

(Siehe Seite 520 hievor.)

erklärt die Königliche Bayerische Regierung unter Bezugnahme auf Artikel 9 dieser Uebereinkunft und nach eingeholter Allerhöchster Ermächtigung ihren Beitritt zu derselben.

Zur Urkunde dessen wird von dem unterzeichneten Königlichen Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Aeußern die gegenwärtige Ministerialerklärung ausgestellt und von Seite des Schweizerischen Bundesrathes in analoger Form erwidert.

München den 30. Juni 1866.

Königlich Bayerisches
Staatsministerium des Königlichen Hauses
und des Aeußern:

(L. S.) Freiherr **v. d. Pfordten.**

Von Oesterreich.

Beitrittserklärung.

Der Unterzeichnete k. k. Minister des kais. Hauses und des Aeußern erklärt hiemit in Folge erhaltener Allerhöchster Ermächtigung Sr. k. k. apost. Majestät und im Hinblicke auf den Artikel IX der zu Genf am 22. August 1864 von den Regierungen Badens, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Hessens, der Niederlande, Portugals, Preußens, Sardiniens, Spaniens, der Schweiz und Württembergs abgeschlossenen Convention wegen der Behandlung und Pflege im Felde verwundeter Krieger, daß die Regierung Sr. Majestät des Kaisers der besagten Convention beitritt.

Urkund dessen hat derselbe gegenwärtige Erklärung eigenhändig unterzeichnet und das Siegel des Ministeriums des kaiserlichen Hauses und des Aeußern beidrücken lassen.

Wien, den 21. Juli 1866.

Vom k. k. österreichischen Ministerium
des kais. Hauses und des Aeußern:

(L. S.) **Alexander Graf Mensdorff-Pouilly,** F. M.

Konkordat

betreffend

gegenseitige Vergütung von Verpflegungs- und Begräbnißkosten für arme Angehörige.

(Vom 16. Wintermonat 1865.)

Zwischen den Kantonen Zürich, Uri, Glarus, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Waadt, Genf und Appenzell J. Rh. ist über die gegenseitige Vergütung von Verpflegungs- und Begräbnißkosten für arme Angehörige nachfolgende Uebereinkunft abgeschlossen worden.

Art. 1.

Für die Verpflegung vermögensloser Kranker und im Schwangerschaftszustande befindlicher Personen, deren Transport in den Heimatkanton, nach ärztlicher Beurkundung, aus Rüksichten der Humanität unthunlich erscheint, findet gegenseitige Kostenvergütung durch die Heimatgemeinden statt.

In jedem solchen Falle ist die Gemeinde, in welcher die betreffende Person sich befindet, verpflichtet, derselben die nothwendige Hilfeleistung in Beziehung auf Verpflegung und ärztliche Besorgung zu verschaffen.

Art. 2.

Ebenso werden die Kosten der Beerdigung vermögensloser Angehöriger des einen Kantons, welche auf dem Gebiete des andern Kantons sterben, von den Heimatgemeinden gegenseitig vergütet.

Die Kantone sichern sich auch die gegenseitige Vergütung der Kosten zu, welche für die Beerdigung von Personen entstehen, die auf außerordentlichem Wege, durch Selbstmord oder durch Unglüksfälle, ihren Tod gefunden haben, insofern aus dem Nachlaße derselben die daherigen Kosten nicht bestritten werden können.

Art. 3.

Wenn ein Verpflegungsfall eintritt, so ist die verpflegende Gemeinde verpflichtet, der Heimatgemeinde der betreffenden Person sofort auf amtlichem Wege hievon Anzeige zu machen.

Falls der Tod eintritt, so ist ein gleiches Verfahren zu beobachten. Insofern die Entfernung eine geringe ist und die Heimatgemeinde selbst über die Beerdigung des Verstorbenen verfügen will, so steht ihr dieses frei, so weit die Aufenthaltsgemeinde nicht bereits diesfällige Verfügungen getroffen hat.

Art. 4.

Für die Vergütungen, welche nach Artikel 1 und 2 zu leisten sind, ist der dieser Uebereinkunft beigefügte, gegenseitig vereinbarte Tarif unbedingt maßgebend.

Art. 5.

Die Rechnungen sind von der fordernden Gemeinde inner drei Monaten nach dem Aufhören der Verpflegung oder dem eingetretenen Todesfalle in Original der zuständigen Bezirks- oder Kantonsbehörde zur Visirung und zur Uebermittlung an die jenseitige kompetente Behörde einzureichen, und es hat hierauf dieselbe für sofortige Bezahlung zu sorgen.

Später gestellte Forderungen müssen nicht berüksichtigt werden.

Art. 6.

Die Bezahlung, sowie die Zustellung der diesfälligen Empfangsbescheinigungen hat, wie die Vermittlung der Rechnungen, von Behörde zu Behörde zu geschehen.

Art. 7.

Diese Uebereinkunft kann jederzeit unter sechsmonatlicher Voranzeige aufgekündigt werden.

Also angenommen von der Konferenzversammlung in Bern, den 16. Wintermonat 1865.

Kostentarif.

1.	Für Verpflegung und Abwart, nebst Wäsche und Beheizung, per Tag	Fr. 1. 50
2.	Für einen außerordentlichen, vom Arzte verordneten Abwart, per Tag und Nacht und Kost	„ 4. —
3.	Für Transport in den Gemeinde- oder Kantonsspital: die Eisenbahn- oder Posttaxe, oder per Stunde	„ 1. 50
4.	Für einen Gang zum Arzte, Pfarrer, oder zu einem sonstigen Beamten: am Orte selber nichts, sonst für die Stunde	„ —. 50
5.	Für ein Schreiben, sowie für ein ärztliches oder pfarramtliches Zeugniß: nichts.	
6.	Dem Arzte für einen Besuch bei Tag . .	„ —. 50
	„ „ „ „ „ „ Nacht .	„ 1. —
	überdies bei Entfernungen über eine Stunde: die in Ziffer 3 bezeichnete Transporttaxe.	
7.	Dem Arzte für eine chirurgische Funktion u. s. w.: die gesezliche oder übliche kantonale Taxe.	
8.	Dem Apotheker oder dem selbstdispensirenden Arzte: die gesezlichen oder üblichen kantonalen Taxen, jedoch mit Abrechnung von 25 %.	

9. Der Hebamme, im Ganzen . . . . Fr. 6. —
10. Dem Todtenbeschauer für die Todtenschau und das diesfällige Zeugniß . . . . „ —. 50
11. Für Ankleidung und Bewachung des Leichnams „ 2. —
12. Für den Sarg: für Erwachsene . . . „ 8. —
„ Nichterwachsene, je nach der Altersstufe Fr. 4—6.
13. Für ein Kreuz . . . . „ —. 50
14. „ den Raum auf dem Friedhofe: nichts.
15. „ die Erstellung des Grabes . . . „ 2. —
16. „ das Grabgeläute:
„ Erwachsene . . . . . . „ 1. —
„ Nichterwachsene . . . . . . „ —. 50
17. Den Leichenträgern: für Erwachsene per Mann Fr. 1 . . . „ 4. —
„ Nichterwachsene Fr. 1 bis 2.
(gleiche Taxe für den Leichenwagen).
18. Für die seelsorglichen Verrichtungen: nichts.

Genehmigung des vorstehenden Konkordats.

Der schweizerische Bundesrath,

nach Einsicht

des von Abgeordneten aus 19 Kantonen unterm 16. Wintermonat 1865 vereinbarten Konkordates, betreffend gegenseitige Vergütung von Verpflegungs- und Begräbnißkosten für arme Angehörige;

der Beitrittserklärungen von 13 Ständen und einem halben Stande, nämlich Zürich, Uri, Glarus, Zug, Solothurn, Basel-

Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Waadt, Genf und Appenzell J. Rh.,

beschließt:

1. Dem genannten Konkordate ist im Sinne von Art. 7 der Bundesverfaßung die eidgenößische Genehmigung ertheilt. Dasselbe tritt für die beigetretenen Kantone und den Bund auf den 1. Herbstmonat 1866 in Kraft.

2. Das Konkordat ist in die eidg. Gesezsammlung aufzunehmen.

Bern, den 18. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Münzvertrag

zwischen

der Schweiz, Belgien, Frankreich und Italien.

Abgeschloßen am 23. Dezember 1865.
Ratifizirt von der Schweiz den 5 März 1866.
„ „ Italien, den 2. Juni 1866.
„ „ Frankreich, den 7. Juli 1866.
„ „ Belgien, den 9. Juli 1866.

Die schweizerische Eidgenossenschaft, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der Kaiser der Franzosen und Seine Majestät der König von Italien, von dem Wunsche beseelt, ihre Münzgesezgebungen in vollständigere Uebereinstimmung zu bringen, die Uebelstände zu heben, welche für den Verkehr und die Geschäftsbeziehungen zwischen den Bewohnern ihrer respektiven Staaten durch die Verschiedenheit in dem Feingehalt ihrer Silberscheidemünzen entstehen, und durch

La Confédération suisse, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté le Roi d'Italie, également animés du désir d'établir une plus complète harmonie entre leurs législations monétaires, de remédier aux inconvénients qui résultent pour les communications et les transactions entre les habitants de leurs Etats respectifs, de la diversité du titre de leurs monnaies d'appoint en argent, et de contribuer, en formant entre eux

Bildung eines Münzvereins unter sich, zu den Fortschritten in der Gewicht-, Maß- und Münzeinheit beizutragen, haben beschloßen, zu diesem Zweke einen Vertrag abzuschließen, und haben zu ihren bevollmächtigten Kommissären ernannt:

Die schweizerische Eidgenoßenschaft:

Herrn **Kern**, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der genannten Eidgenoßenschaft bei Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen;

und Herrn **Feer-Herzog**, Mitglied des schweizerischen Nationalrathes;

Seine Majestät der König der Belgier:

Herrn Frédéric **Fortamps**, Mitglied des Senats, Direktor der belgischen Bank, Ritter seines Leopoldordens, Ritter des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, &c., &c., &c.;

und Herrn A. **Kreglinger**, Kommissär der Regierung bei der Nationalbank, Ritter seines Leopoldordens, &c., &c., &c.;

une Union monétaire, aux progrès de l'uniformité des poids, mesures et monnaies, ont résolu de conclure une convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Commissaires plénipotentiaires, savoir:

La Confédération suisse:

M. *Kern*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la dite Confédération près Sa Majesté l'Empereur des Français; et

M. *Feer-Herzog*, membre du Conseil national suisse;

Sa Majesté le Roi des Belges:

M. *Frédéric Fortamps*, membre du Sénat, Directeur de la Banque de Belgique; Chevalier de son Ordre de Léopold, Chevalier de l'Ordre Impérial de la Légion d'honneur, etc., etc., etc.; et

M. *A. Kreglinger*, Commissaire du Gouvernement près la Banque nationale; Chevalier de son Ordre de Léopold, etc., etc., etc.;

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen:

Herrn Marie-Louis-Pierre-Félix-Esquirou de Parieu, Vizepräsident des Staatsrathes, Großoffizier seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, ꝛc., ꝛc., ꝛc.,;

und Herrn Théophile-Jules Pelouze, Präsident der Münzkommission, Commandeur seines kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, ꝛc., ꝛc., ꝛc.;

Seine Majestät der König von Italien:

Herrn Isaak Artom, seinen Legationsrath in Paris, Commandeur seines Ordens der Heiligen Mauritius und Lazarus, und des Leopoldordens von Belgien, Offizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, ꝛc., ꝛc., ꝛc.;

und Herrn Valentin Pratolongo, Direktor, Divisions-Chef im Ministerium des Akerbaus, der Industrie und des Handels, Offizier seines Ordens der Heiligen Mauritius und Lazarus, ꝛc., ꝛc., ꝛc.;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer, in gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel sich geeinigt haben.

Sa Majesté l'Empereur des Français:

M. Marie-Louis-Pierre-Félix-Esquirou *de Parieu*, Vice-Président du Conseil d'Etat, Grand-Officier de son Ordre Impérial de la Légion d'honneur, etc., etc., etc.; et

M. *Théophile-Jules Pelouze*, Président de la Commission des Monnaies, Commandeur de son Ordre Impérial de la Légion d'honneur, etc., etc., etc.;

Sa Majesté le Roi d'Italie:

M. *Isaac Artom*, Conseiller de sa Légation à Paris, Commandeur de son Ordre des Saints Maurice et Lazare, et de l'Ordre de Léopold de Belgique, Officier de l'Ordre Impérial de la Légion d'honneur, etc., etc., etc.; et

M. *Valentin Pratolongo*, Directeur, Chef de division au Ministère de l'Agriculture, de l'Industrie et du Commerce, Officier de son Ordre des Saints Maurice et Lazare, etc., etc., etc.;

Lesquels après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respestifs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants.

Artikel 1.

Belgien, Frankreich, Italien und die Schweiz bilden eine Vereinigung in Betreff des Gewichtes, des Gehaltes, der Form und des Kurses ihrer Gold- und Silbermünzsorten.

In der Gesezgebung betreffend die Billonmünzen wird vorderhand von keinem der vier Staaten etwas geändert.

Art. 2.

Die hohen vertragschließenden Theile verpflichten sich, keine Goldmünzen nach andern Werthsäzen als in Stüken von 100 Franken, 50 Fr., 20 Fr., 10 Franken, 5 Fr., und zwar hinsichtlich des Gewichts, des Gehalts, der Fehlergrenze und des Durchmessers, nach folgenden Bestimmungen zu prägen oder prägen zu lassen.

Article 1er.

La Belgique, la France, l'Italie et la Suisse sont constituées à l'état d'Union pour ce qui regarde le poids, le titre, le module et le cours de leurs espèces monnayées d'or et d'argent.

Il n'est rien innové, quant à présent, dans la législation relative à la monnaie de billon pour chacun des quatre Etats.

Art. 2.

Les hautes Parties contractantes s'engagent à ne fabriquer ou laisser fabriquer, à leur empreinte, aucune monnaie d'or dans d'autres types que ceux des pièces de 100 francs, de 50 fr., de 20 fr., de 10 fr. et de 5 fr. déterminés, quant au poids, au titre, à la tolérance et au diamètre, ainsi qu'il suit :

Gold. — Or.

Münzen. — Nature des pièces.	Gewicht. — *Poids.*		Gehalt. — *Titre.*		Durchmesser. — *Diamètre.*
	Richtiges Gewicht. — Poids droit.	Fehlergrenze nach Innen und nach Außen. — Tolérence de poids tant en dehors qu'en dedans.	Richtiger Gehalt. — Titre droit.	Fehlergrenze nach Innen und nach Außen. — Tolérance de titre tant en dehors qu'en dedans.	
Fr.					Millimèt.
100	32gr258,06	1/1000	900/1000	2/1000	35
50	16„129,03	1/1000	900/1000	2/1000	28
20	6„451,61	2/1000	900/1000	2/1000	21
10	3„225,80	2/1000	900/1000	2/1000	19
5	1„612,90	3/1000	900/1000	2/1000	17

Sie werden bei ihren öffentlichen Kassen, die im einen oder dem andern der vier Staaten nach vorstehenden Bedingungen geprägten Goldstüke zulassen, unter Vorbehalt des Ausschlusses jedoch solcher Stüke, deren Gewicht durch Abnuzung um 1/2 % unter den oben bezeichneten Fehlergrenzen vermindert oder deren Gepräge verschwunden sein sollte.

Elles admettront sans distinction dans leurs caisses publiques les pièces d'or fabriquées sous les conditions qui précèdent, dans l'un ou l'autre des quatre Etats, sous réserve toutefois, d'exclure les pièces dont le poids aurait été réduit par le frai de 1/2 % au-dessous des tolérances indiquées ci-dessus ou dont les empreintes auraient disparu.

Art. 3.

Die vertragschließenden Regierungen verpflichten sich, silberne Fünffrankenstüke nur in hienach bezeichnetem Gewicht, Gehalt, Fehlergrenze und Durchmesser zu prägen oder prägen zu lassen.

Art. 3.

Les Gouvernements contractants s'obligent à ne fabriquer ou laisser fabriquer de pièces d'argent de 5 francs que dans le poids, titre, tolérance et diamètre déterminés ci-après :

Gewicht. — *Poids.*		Gehalt. — *Titre.*		Durchmesser. — *Diamètre.*
Richtiges Gewicht. — Poids droit.	Fehlergrenze nach Innen und nach Außen. — Tolérance de poids tant en dehors qu'en dedans.	Richtiger Gehalt. — Titre droit.	Fehlergrenze nach Innen und nach Außen. — Tolérance du titre tant en dehors qu'en dedans.	
25 Grammes	$^{3}/_{1000}$	$^{900}/_{1000}$	$^{2}/_{1000}$	37 Mm.

Sie werden die Münzen gegenseitig bei ihren öffentlichen Kassen annehmen, unter Vorbehalt des Ausschlusses derjenigen, deren Gewicht durch Abnuzung um 1 % unter der oben bezeichneten Fehlergrenze vermindert oder deren Gepräge verschwunden sein sollte.

Ils recevront réciproquement les dites pièces dans leurs caisses publiques, sous la réserve d'exclure celles dont le poids aurait été réduit par le frai de 1 % au-dessous de la tolérance indiquée plus haut ou dont les empreintes auraient disparu.

Art. 4.

Die hohen vertragschließenden Theile werden von nun an Silbermünzen von 2 Franken, 1 Fr., 50 Rp. und 20 Rp. nur nach folgenden Vorschriften betreffend Gewicht, Gehalt, Fehlergrenze und Durchmesser prägen lassen:

Art. 4.

Les hautes Parties contractantes ne fabriqueront désormais de pièces d'argent de 2 francs, de 1 fr., de 50 cent. et de 20 cent. que dans les conditions de poids, de titre, de tolérance et de diamètre déterminées ci-après:

Silber. — Argent.

Münzen. — Nature des pièces.	Gewicht. — *Poids.*		Gehalt. — *Titre.*		Durchmesser. — *Dimension.*
	Richtiges Gewicht. — Poids droit.	Fehlergrenze nach Innen und nach Außen. — Tolérance de poids tant en dehors qu'en dedans.	Richtiger Gehalt. — Titre droit.	Fehlergrenze nach Innen und nach Außen. — Tolérance de titre tant en dehors qu'en dedans.	
Fr.	Grammes.				Mm.
2. —	10	5/1000	835/1000	3/1000	27
1. —	5				23
0. 50	2.50	7/1000			18
0. 20	1.00	10/1000			16

Diese Münzen sollen von den Regierungen, die sie ausgegeben haben, eingeschmolzen werden, sobald sie durch Abnuzung um 5 % unter der oben bezeichneten Fehlergrenze vermindert oder ihr Gepräge verschwunden sein wird.

Ces pièces devront être refondues par les Gouvernements qui les auront émises, lorsqu'elles seront réduites par le frai de 5 % au-dessous des tolérances indiquées ci-dessus ou lorsque leurs empreintes auront disparu.

V. III. 8

Art. 5.

Die Silbermünzen von 2 Fr., 1 Fr., 50 Rp. und 20 Rp., die nach andern Verhältnissen als den im vorgehenden Artikel bestimmten geprägt sind, sollen bis zum 1. Januar 1869 aus dem Verkehr zurükgezogen werden.

Diese Frist wird verlängert bis zum 1. Januar 1878 für die in der Schweiz kraft Gesez vom 31. Januar 1860 ausgegebenen Ein- und Zweifrankenstüke.

Art. 5.

Les pièces d'argent de 2 fr., de 1 fr., de 50 cent. et de 20 centimes, fabriquées dans des conditions différentes de celles qui sont indiquées en l'article précédent devront être retirées de la circulation avant le 1er Janvier 1869.

Ce délai est prorogé jusqu'au 1er Janvier 1878 pour les pièces de 2 fr. et de 1 fr., émises en Suisse en vertu de la loi du 31 Janvier 1860.

N. f. II. 408.

Art. 6.

Die nach den Vorschriften des Art. 4 geprägten Silbermünzen sollen für die Privaten desjenigen Staates, der sie geprägt hat, bis zum Belaufe von Fr. 50 auf jeder Zahlung gesezlichen Kurs haben.

Der Staat, der sie ausgegeben hat, wird sie von seinen Landesangehörigen ohne Betragsbeschränkung annehmen.

Art. 6.

Les pièces d'argent fabriquées dans les conditions de l'art. 4 auront cours légal entre les particuliers de l'Etat qui les a fabriquées jusqu'à concurrence de 50 francs pour chaque paiement.

L'Etat qui les a mises en circulation, les recevra de ses nationaux sans limitation de quantité.

Art. 7.

Die öffentlichen Kassen jedes der vier Staaten werden die von einem oder mehreren der andern vertragschließenden Staaten gemäß Art. 4 geprägten Silbermünzen bis zum Belaufe von 100 Fr. auf jeder der den genannten Kassen gemachten Zahlung annehmen.

Die Regierungen von Belgien, Frankreich und Italien werden bis zum 1. Januar 1878 die schweizerischen, dem Gesez vom 31. Januar 1860 gemäß ausgegebenen Ein- und Zweifrankenstüke annehmen, die in jeder Hinsicht auf besagte Zeitdauer den nach den Vorschriften des Art. 4 geprägten gleichgestellt sind.

alles unter den im Art. 4 gemachten Vorbehalten, betreffend die Abnuzung.

Art. 8.

Jede der vertragschließenden Regierungen verpflichtet sich, von Privaten oder den öffentlichen Kassen der andern Staaten die von ihr ausgegebenen Silberscheidemünzen anzunehmen und gegen einen gleichen Betrag Courant-Münzen (Goldstüke oder silberne Fünffranken-

Art. 7.

Les caisses publiques de chacun des quatre Pays accepteront les monnaies d'argent fabriquées par un ou plusieurs des autres Etats contractants conformément à l'article 4, jusqu'à concurrence de 100 fr. pour chaque paiement fait aux dites caisses.

Les Gouvernements de Belgique, de France et d'Italie recevront, dans les mêmes termes, jusqu'au 1er Janvier 1878, les pièces suisses de 2 fr. et de 1 fr. émises en vertu de la loi du 31 Janvier 1860 et qui sont assimilées sous tous les rapports, pendant la même période, aux pièces fabriquées dans les conditions de l'article 4;

le tout sous les réserves indiquées en l'article 4 relativement au frai.

Art. 8.

Chacun des Gouvernements contractants s'engage à reprendre des particuliers ou des caisses publiques des autres Etats les monnaies d'appoint en argent qu'il a émises et à les échanger contre une égale valeur de monnaie courante (pièces d'or ou pièces de cinq

stüke) auszuwechseln, unter der Bedingung, daß der zur Umwechslung gebrachte Betrag nicht unter hundert Franken sein soll. Diese Verpflichtung besteht noch zwei Jahre nach Ablauf des gegenwärtigen Vertrages in Kraft.

Art. 9.

Die hohen vertragschließenden Theile dürfen Silbermünzen zu 2 Fr., 1 Fr., 50 Rp. und 20 Rp., die nach den Vorschriften des Art. 4 geprägt sind, nur bis zum Betrage von 6 Franken auf jeden Einwohner ausgeben.

Mit Rüksicht auf die jüngsten, in jedem Staate vorgenommenen Volkszählungen und auf die muthmaßliche Bevölkerungszunahme bis zum Ablaufe des gegenwärtigen Vertrages werden die daherigen Beträge festgestellt:

für Belgien auf 32,000,000 Franken,

für Frankreich auf 239,000,000 Franken,

für Italien auf 141,000,000 Franken,

für die Schweiz auf 17,000,000 Franken.

francs d'argent, à condition que la somme présentée à l'échange ne sera pas inférieure à cent francs. Cette obligation sera prolongée pendant deux années, à partir de l'expiration du présent traité.

Art. 9.

Les hautes Parties contractantes ne pourront émettre des pièces d'argent de 2 fr., de 1 fr., de 50 centimes et de 20 centimes frappées dans les conditions indiquées par l'article 4, que pour une valeur correspondant à 6 francs par habitant.

Ce chiffre, en tenant compte des derniers recensements effectués dans chaque Etat et de l'accroissement présumé de la population jusqu'à l'expiration du présent traité, est fixé :

pour la Belgique, à fr. 32,000,000

pour la France, à fr. 239,000,000

pour l'Italie, à fr. 141,000,000

pour la Suisse, à fr. 17,000,000

Auf Rechnung obiger Summen, welche die Regierungen zu prägen befugt sind, kommen die Beträge, welche bereits ausgegeben sind,

von Frankreich, kraft des Gesezes vom 25. Mai 1864, in Fünfzig- und Zwanzigrappenstüken für ungefähr 16 Millionen;

von Italien, kraft des Gesezes vom 24. August 1862, in Zwei- und Einfranken-, Fünfzig- und Zwanzigrappenstüken für ungefähr 100 Millionen;

von der Schweiz, kraft des Gesezes vom 31. Januar 1860, in Zwei- und Einfrankenstüken für 10,500,000 Fr.

Art. 10.

Die Jahreszahl soll von nun an auf den in den vier Staaten geprägten Gold- und Silbermünzen angemerkt werden.

Art. 11.

N.II.501, Die vertragschließenden Regierungen werden einander alljährlich den Betrag ihrer Ausgabe an Gold- und Silbermünzen, den Stand der Einlösung und Umschmelzung ihrer alten Münzen, so wie alle auf

Sont imputées sur les sommes ci-dessus, que les Gouvernements ont le droit de frapper, les valeurs déjà émises,

par la France, en vertu de la loi du 25 Mai 1864, en pièces de 50 centimes et de 20 centimes pour environ 16 millions;

par l'Italie, en vertu de la loi du 24 Août 1862, en pièces de 2 fr., de 1 fr., de 50 centimes et de 20 centimes pour environ 100 millions;

par la Suisse, en vertu de la loi du 31 Janvier 1860, en pièces de 2 fr. et de 1 fr. pour 10,500,000 francs.

Art. 10.

Le millésime de fabrication sera inscrit désormais sur les pièces d'or et d'argent frappées dans les quatre Etats.

Art. 11.

Les Gouvernements contractants se communiqueront annuellement la quotité de leurs émissions de monnaies d'or et d'argent, l'état du retrait et de la refonte de leurs anciennes monnaies, toutes les disposi-

das Münzwesen bezüglichen Verfügungen und Schriftstüke mittheilen.

Sie werden einander gleichermaßen von allen Vorgängen, welche den gegenseitigen Verkehr ihrer Gold- und Silbermünzen betreffen, Kenntniß geben.

Art. 12.

Das Recht zum Beitritt zum gegenwärtigen Vertrage ist jedem Staate vorbehalten, der ihre Verbindlichkeiten übernehmen und das Vereinsmünzsystem in Betreff der Gold- und Silbermünzen einführen will.

Art. 13.

Die Vollziehung der im gegenwärtigen Vertrage enthaltenen gegenseitigen Verpflichtungen ist, so viel als nöthig, der Erfüllung der Formalitäten und Vorschriften untergeordnet, welche durch die Verfassungsgeseze derjenigen der hohen vertragschließenden Theile festgestellt werden, die deren Anwendung zu bewirken gehalten sind, was sie in möglichst kurzer Frist zu thun sich verpflichten.

Art. 14.

Der gegenwärtige Vertrag soll bis zum 1. Januar 1880

tions et tous les documents administratifs relatifs aux monnaies.

Ils se donneront également avis de tous les faits qui intéressent la circulation réciproque de leurs espèces d'or et d'argent.

Art. 12.

Le droit d'accession à la présente convention est réservé à tout autre Etat qui en accepterait les obligations et qui adopterait le système monétaire de l'Union, en ce qui concerne les espèces d'or et d'argent.

Art. 13.

L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de celles des hautes Parties contractantes qui seront tenues d'en provoquer l'application, ce qu'elles s'obligent à faire dans le plus bref délai possible.

Art. 14.

La présente convention restera en vigueur jusqu'au 1er

in Kraft verbleiben. Wenn ein Jahr vor dieser Frist der Vertrag nicht gekündigt wird, so bleibt er mit voller Rechtskraft auf eine weitere Zeitdauer von 15 Jahren verbindlich, und so fort von 15 zu 15 Jahren, so lange eine Kündigung nicht erfolgt.

Janvier 1880. Si, un an avant ce terme, elle n'a pas été dénoncée, elle demeurera obligatoire de plein droit, pendant une nouvelle période de quinze années, et ainsi de suite, de quinze ans en quinze ans, à défaut de dénonciation.

Art. 15.

Gegenwärtiger Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen zu Paris in Zeit von sechs Monaten oder früher, wenn möglich, ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die bevollmächtigten Kommissäre den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihr Wappensiegel beigedrukt.

Vierfach ausgefertigt in Paris, den 23. Dezember 1865.

(L. S.) (Gez.) Kern.
" " Feer-Herzog.
" " Fortamps.
" " A. Kreglinger.
" " E. de Parieu.
" " Pelouze.
" " Artom.
" " Pratolongo.

Art. 15.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris dans le délai de six mois, ou plus tôt, si faire se peut.

En foi de quoi les Commissaires plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait en quatre expéditions, à Paris, le 23 Décembre 1865.

(L. S.) (Sig.) Kern.
« « Feer-Herzog.
« « Fortamps.
« « A. Kreglinger.
« « E. de Parieu.
« « Pelouze.
« « Artom.
« « Pratolongo.

Der vorstehende Vertrag wurde ratifizirt wie folgt:

a. **Von der Schweiz.**

Le Conseil fédéral
de la
Confédération suisse,

après avoir vu et examiné la convention concernant l'Union monétaire conclue et signée sous réserve de ratification, le 23 Décembre 1865, à Paris, entre les fondés de pouvoirs du Conseil fédéral suisse, de Sa Majesté le Roi des Belges, de Sa Majesté l'Empereur des Français et de Sa Majesté le Roi d'Italie, convention qui a été approuvée par le Conseil national suisse le 22 Février 1866, et par le Conseil des Etats suisse le 24 du même mois, et dont la teneur suit:

(voir le texte ci-dessus)

déclare que cette convention est ratifiée et a force de loi dans toutes ses parties, promettant au nom de la Confédération suisse de l'observer consciencieusement pour autant qu'il dépend de celle-ci.

En foi de quoi, la présente ratification a été signée par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munie du sceau fédéral.

Ainsi fait à *Berne,* le cinq Mars mil huit cent soixante-six.

Au nom du Conseil fédéral suisse,
Le Président de la Confédération:
J. M. Knusel.

(L. S.)

Le Chancelier de la Confédération:
Schiess.

---

b. Von Belgien.

LÉOPOLD II,

Roi des Belges,

à tous présens et à venir, Salut.

Ayant vu et examiné la Convention d'Union monétaire, conclue à Paris le 23 Décembre 1865 entre *la Belgique, la Suisse, la France et l'Italie*, par Nos Plénipotentiaires, munis de pleins-pouvoirs spéciaux, avec les Plénipotentiaires également munis de pouvoirs en bonne et due forme de la part de la Confédération suisse, de Sa Majesté l'Empereur des Français et de Sa Majesté le Roi d'Italie, Convention dont la teneur suit:

(voir ci-dessus)

Nous, ayant pour agréable la Convention qui précède, l'approuvons, la ratifions et confirmons, promettant de la faire observer selon sa forme et teneur, sans permettre qu'il y soit contrevenu en aucune manière que ce soit.

En foi de quoi, *Nous* avons signé les présentes lettres de ratification et y avons fait apposer Notre Sceau Royal.

Donné à *Laeken*, le neuvième jour du mois de Juillet mil huit cent soixante-six.

LÉOPOLD.

(L. S.)

Par le Roi:

Le Ministre des Affaires Étrangères:

Ch. Rogier.

c. Von Frankreich.

NAPOLÉON,

par la grâce de Dieu et la Volonté Nationale,

Empereur des Français,

à tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

SALUT.

Une Convention monétaire ayant été conclue, le 23 Décembre 1865, entre *la France, la Suisse, la Belgique et l'Italie;*

Convention dont la teneur suit:

(voir ci-dessus)

Nous, ayant vu et examiné ladite Convention, l'avons approuvée et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues, Déclarons qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée et Promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En foi de quoi, Nous avons donné les présentes signées de notre main et scellées de notre Sceau Impérial.

A *Paris,* le 7 Juillet 1866.

NAPOLÉON.

(L. S.)

Par l'Empereur:

Drouyn de Lhuys.

---

d. Von Italien.

VITTORIO EMANUELE II,

per grazia di Dio e per volontà della Nazione,

Re d'Italia.

A tutti coloro che le presenti vedranno, salute.

Una Convenzione Monetaria essendo stata conchiusa tra *l'Italia, la Svizzera, il Belgio e la Francia,* e sottoscritta dai rispettivi Plenipotenziarii in Parigi addì ventitre del mese di Dicembre dell' anno Milleottocento sessantacinque;

Convenzione del tenore seguente:

(voir ci-dessus)

Noi avendo veduto ed esaminato la qui sovrascritta Convenzione ed approvandola in ogni e singola sua parte, l'abbiamo accettata, ratificata e confermata, come per le presenti l'accettiamo, ratifichiamo e confermiamo, promettendo di osservarla e di farla inviolabilmente osservare. In fedi di che Noi abbiamo firmato le presenti lettere di ratificazione e vi abbiamo fatto apporre il Nostro Reale Sigillo. Date a *Firenze,* addì due del mese di Giugno l'anno del Signore Milleottocento sessantasei e del Regno Nostro il Decimottavo.

(L. S.) **VITTORIO EMANUELE,**

Per parte di Sua Maestà il Re,

Il Presidente del Consiglio,

Ministro Segretario di Stato per gli affari esteri:

Alf°. La Marmora.

Note. Die vorstehenden Ratifikationen sind am 19. Juli 1866 von den Ministern der obgenannten Staaten zu Paris ausgewechselt worden.

Verordnung

betreffend

Handhabung der Neutralität der Schweiz.

(Vom 16. Brachmonat 1866.)

Der schweizerische Bundesrath

hat,

in der Absicht, die Ordnung in den Grenzgebieten des Kriegsschauplazes auf alle Fälle hin zu sichern, und allen Handlungen vorzubeugen, welche mit der neutralen Stellung der Schweiz nicht verträglich sind;

gestüzt auf Art. 90, Ziffer 9 der Bundesverfaßung,

folgende Verfügungen erlaßen,

die zu Jedermanns Verhalt hiemit öffentlich bekannt gemacht werden.

Art. 1. Der Eintritt von regulären Truppen, so wie von Freiwilligen der kriegführenden Staaten in die Schweiz, sei es, daß sie korpsweise oder einzeln den Durchzug durch eidgenößisches Gebiet anstreben, ist nöthigenfalls mit Gewalt zu verhindern.

Art. 2. Die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial überhaupt in die angrenzenden kriegführenden Staaten, so wie jede Ansammlung solcher Gegenstände in der Nähe der betreffenden Grenze ist untersagt.

Im Falle des Widerhandelns werden die Waaren mit Beschlag belegt.

Art. 3. Waffen und Kriegsmaterial, welche aus den kriegführenden Staaten auf Schweizergebiet gebracht werden, sei es von Flüchtlingen oder Deserteuren, oder in anderer Weise, sind ebenfalls in Beschlag zu nehmen.

Ausgenommen sind die Waffen von Reisenden, die sich über ihre Person und den Zwek der Reise genügend ausweisen, oder von Flüchtlingen, die sich sofort nach dem Innern der Schweiz begeben.

Art. 4. Der Ankauf oder überhaupt die Anhandnahme von Waffen und Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenständen, die von Deserteuren über die Grenze hereingebracht werden, ist untersagt, und es sind solche Gegenstände, auch wenn sie sich im Besize dritter Personen befinden, mit Beschlag zu belegen.

Art. 5. Die auf Schweizergebiet anlangenden Flüchtlinge oder Deserteure sind auf angemessene Entfernung zu interniren. Sollte die Zahl derselben bedeutend sein, so ist davon sofort dem Bundesrathe Kenntniß zu geben, welcher die nöthigen Verfügungen erlassen wird.

Ausgenommen sind Greise, Frauen, Kinder, Kranke und solche Personen, von denen ein ruhiges Verhalten mit hinreichendem Grunde vorausgesezt werden kann.

Flüchtlinge oder Deserteure, die sich den Anordnungen der Behörden nicht fügen, oder sonst Grund zu Beschwerden geben, werden sofort ausgewiesen.

Art. 6. Der Durchzug von waffenfähigen Leuten über Schweizerboden, um sich vom Gebiete der einen kriegführenden Macht in dasjenige der andern zu begeben, ist untersagt. Solche Leute sind, wenn sie nicht vorziehen, zurükzugehen, nach dem Innern der Schweiz zu verweisen.

Art. 7. Die betreffenden Regierungen der Grenzkantone und die aufgestellten eidgenößischen Militärkommandos sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt; ebenso das Han=

dels= und Zolldepartement mit Bezug auf den verbotenen Verkehr mit Waffen und Kriegsmaterial an der Grenze.

Bern, den 16. Brachmonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Abänderung des die Pferdevergütung beschlagenden § 66 des Reglements für die eidgenößische Kriegsverwaltung vom 14. Augstmonat 1845.

(Vom 7. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

auf den Vorschlag des Bundesrathes vom 23. Brachmonat 1866,

beschließt:

Der Bundesbeschluß vom 30. Christmonat 1856, betreffend Abänderung des § 66, erstes Lemma des Reglements über die eidg. Kriegsverwaltung, beziehungsweise des bezüglichen Passus im Bundesbeschluße vom 23. Christmonat 1851, betreffend die Umwandlung der Ansäze für Besoldung und Vergütung im Reglement für die eidgenößische Kriegsverwaltung, wird dahin abge=

ändert, daß das Maximum der beim Verlust der Pferde von der eidgenößischen Kriegskasse zu leistenden Vergütung beträgt:

für ein Trainpferd . . . 1000 Franken,
" " Reitpferd . . . 1500 "

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 5. Heumonat 1866.

Der Vizepräsident: **Aepli.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 7. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 11. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Gewährleistung der Verfaßung des Kantons Glarus.

(Vom 9. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der von der Landsgemeinde des Kantons Glarus am 6. Mai 1866 abgeänderten §§ 46, 50 und 51 der dortigen Kantonsverfaßung;

auf den Antrag des Bundesrathes vom 20. Brachmonat 1866;

in Erwägung:

daß jene Abänderungen mit der Bundesverfaßung im Einklange stehen,

beschließt:

1. Es wird den Artikeln 46, 50 und 51 der Verfaßung des Kantons Glarus, so wie sie von der dortigen Landsgemeinde am 6. Mai 1866 abgeändert worden sind, die bundesgemäße Garantie ertheilt.

2. Dieser Beschluß ist dem Bundesrathe mitzutheilen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 6. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 9. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 11. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Erhöhung des Personentarifs auf der Franco-Suisse-Eisenbahn.

(Vom 10. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
nach Einsicht

1) eines Dekretes des Großen Rathes des Kantons Neuenburg vom 19. März 1866, durch welches derselbe einer zwischen dem Staatsrathe und der Eisenbahngesellschaft

des Franco-Suisse getroffenen Uebereinkunft, dahingehend, daß besagter Gesellschaft der im Art. 22 der Konzession vom 16. Christmonat 1853 (genehmigt durch Bundesbeschluß vom 6. Hornung 1854, IV, 72) aufgestellte Tarif für Reisende auf der ganzen Länge der Linie um einen Centime per Reisenden und per Kilometer zu erhöhen gestattet sei, die Genehmigung ertheilt hat;

2) eines Schreibens des Staatsrathes von Neuenburg vom 2. April 1866, womit derselbe die Bundesgenehmigung für das genannte Dekret nachsucht;

3) eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 29. Brachmonat 1866,

beschließt:

1. Es wird dem im Eingange erwähnten Dekrete des Großen Rathes des Kantons Neuenburg die Genehmigung ertheilt.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 5. Heumonat 1866.

Der Vizepräsident: **Aepli.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 10. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 11. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**



Bundesbeschluß

betreffend

die Erhöhung des Personentarifs auf der Eisenbahn von Thörishaus bis zur Grenze des Kantons Waadt.

(Vom 10. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
nach Einsicht

1) des Dekretes des Großen Rathes von Freiburg vom 24. Mai 1866, wodurch in Abänderung vom Art. 30 des Pflichtenheftes vom 12. Wintermonat 1856 zu der von der Bundesversammlung unterm 23. Herbstmonat 1856 genehmigten Konzession für eine Eisenbahn im Kanton Freiburg die bisherige Fahrtaxe für die Reisenden auf der Linie Lausanne-Freiburg-Bern, so weit dieselbe auf freiburgischem Gebiet liegt, erhöht wird;

2) der Zuschrift des Staatsrathes von Freiburg vom 23. Brachmonat 1866, worin derselbe mit Rüksicht auf den im Art. 2 obigen Beschlußes von der Bundesversamm=

lung gemachten Vorbehalt, daß die Tarifsäze für Personen, Gepäke, Waaren und Vieh per Kilometer auf der Freiburgerlinie nicht höher gestellt werden dürfen, als solche in der Konzession der Westbahngesellschaft seinerzeit bewilligt worden sind, um Genehmigung des vorgelegten Dekrets nachsucht;

3) des Berichtes und Antrages des Bundesraths vom 2. Heumonat 1866,

beschließt:

1. Dem Dekret des Großen Rathes von Freiburg vom 24. Mai 1866 wird die Genehmigung ertheilt.

2. Lemma 6 des Artikels 2 des Bundesbeschlußes vom 23. Herbstmonat 1856 (V, 401) ist, so weit es den Tarifsaz für Personen betrifft, aufgehoben.

3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 6. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 10. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 11. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

den Nachlaß der Okkupationskosten von Genf.

(Vom 10. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht

der Eingabe des Staatsraths des Kantons Genf vom 4. Wintermonat 1865;

des Berichts und Antrages des Bundesrathes vom 7. Heumonat 1866;

in Anwendung des Art. 16, Lemma 6 der Bundesverfaßung,

beschließt:

1. Der Kanton Genf ist von der Rükzahlung der durch die eidgenößische Intervention im Jahr 1864/65 entstandenen Kosten entbunden, und es werden dieselben auf eidgenößische Rechnung genommmen.

2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 9. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 10. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Niggeler.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 12. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesgesez
betreffend
die Einführung frankirter Briefumschläge.

(Vom 16. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

in Erweiterung der Bestimmungen des Art. 7 und in Abänderung des Art. 2 des Bundesgesezes über die Posttaxen vom 6. Hornung 1862 (VII, 139);

nach Einsicht der Botschaft des Bundesrathes vom 6. Heumonat 1866,

beschließt:

Art. 1. Die Postverwaltung hat außer den im Art. 7 des Posttaxengesezes vom 6. Hornung 1862 vorgesehenen Brieffrankomarken zur Frankirung von Briefen auch Umschläge in zwei verschiedenen Formaten, mit Frankozeichen versehen, welche der Taxe der Ortsbriefe von 5 Rappen und derjenigen weiterer schweizerischer Distanzen von 10 Rappen entsprechen, einzuführen und zum Nennwerthe zu verkaufen.

Der Bundesrath ist überdies ermächtigt, Briefumschläge von mehr als 10 Rappen, sei es für die Korrespondenz innerhalb der Schweiz oder für diejenige mit dem Auslande anfertigen und zum Nennwerthe verkaufen zu lassen.

Art. 2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Gesezes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 11. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Niggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,
Bern, den 16. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:
Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.
Bern, den 6. Augstmonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß
betreffend
die Neutralitätswahrung.

(Vom 17. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft und eines Beschlußentwurfes des Bundesrathes vom 4. Heumonat 1866, betreffend die Stellung der Eidgenoßenschaft bei der gegenwärtigen europäischen Weltlage, so wie in Würdigung der in dieser Beziehung bereits getroffenen Maßnahmen,

beschließt:

1. Die Haltung, welche der Bundesrath bei dem gegenwärtig zwischen mehreren europäischen Staaten ausgebrochenen

Kriege eingenommen, und die Maßnahmen, welche er zur Wahrung der Neutralität der Schweiz, so wie der Integrität ihres Gebietes getroffen hat, werden vollständig gutgeheißen.

2. Der Bundesrath ist ermächtigt, die zur Aufrechthaltung der Neutralität und zur Sicherstellung des schweizerischen Gebiets weiter erforderlichen Truppen aufzubieten und die nöthigen Vertheidigungsmaßregeln anzuordnen. Sollten sich jedoch die Verhältnisse drohender gestalten, und hiedurch Aufgebote in größerem Maßstabe nothwendig werden, so ist die Bundesversammlung unverzüglich wieder einzuberufen.

3. Zur Bestreitung derjenigen Ausgaben, welche der Bundesrath in Anwendung der im gegenwärtigen Beschluße ertheilten Vollmachten zu machen in den Fall kommen dürfte, wird ihm ein Kredit vorläufig bis zum Betrage von fünf Millionen Franken eröffnet.

Es bleibt dem Bundesrath anheimgestellt, die benöthigten Summen auf die ihm angemessen scheinende Weise, sei es auf vorübergehendem Wege durch Ausgabe von verzinslichen Schuldscheinen, sei es durch feste Anlehen aufzubringen.

4. Der Bundesrath hat der Bundesversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritte Rechenschaft über den Gebrauch abzulegen, welchen er von den ihm kraft gegenwärtigen Beschlußes ertheilten Vollmachten gemacht haben wird.

5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 14. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Niggeler.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 17. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 20. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**



Bundesgesez

betreffend

die Errichtung zweier Adjunktenstellen bei der Generalpostdirektion.

(Vom 17. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 19. Brachmonat 1866,

beschließt:

Art. 1. Dem Oberpostsekretär, Chef der Kanzlei der Generalpostdirektion, und dem Oberpostkontroleur, Chef des Kontrolebüreaus der Generalpostdirektion, wird je ein Adjunkt beigegeben.

Art. 2. Der Jahresgehalt dieser Adjunkten wird auf 3300 bis 3600 Franken festgesezt.

Art. 3. Gegenwärtiges Gesez tritt sofort in Kraft.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 10. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.

Bern, den 10. Augstmonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Geschäftsführung des Bundesrathes und des Bundesgerichtes im Jahr 1865, so wie die Staatsrechnung vom gleichen Jahre.

(Vom 18. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht des Berichtes des Bundesrathes vom 23. Mai 1866 und desjenigen des Bundesgerichtes vom 7. Hor=

nung 1866 über ihre Geschäftsführung während des Jahres 1865, so wie der Staatsrechnung vom gleichen Jahre,

beschließt:

A. Geschäftsführung des Bundesrathes.

Departement des Innern.

Aug. XI. 85

1. Der Bundesrath wird eingeladen, zu untersuchen und zu berichten, ob es nicht zwekmäßig wäre, sämmtliche Bauten der Eidgenoßenschaft, gleichviel welchen Verwaltungszweig sie betreffen, einem und demselben Departement unterzuordnen.

Justiz- und Polizeidepartement.

2. Der Bundesrath wird eingeladen, in Hinsicht auf den Staatsvertrag mit Frankreich vom 18. Heumonat 1828 dahin zu wirken, daß derselbe genauer und zwekentsprechender gefaßt und daß jedenfalls für dessen Handhabung in Frankreich bessere Gewähr geboten werde.

Militärdepartement.

3. Es haben jährlich auf Kosten des Bundes Unterrichtskurse für Infanteriezimmerleute und Büchsenmacher stattzufinden.

4. Der Bundesrath wird eingeladen, über die Organisation einer Anstalt oder einer Schule in Thun für Erzielung eines guten Pferdebeschlages in der eidgenößischen Armee, so wie über den damit zusammenhängenden Kostenpunkt Bericht und Antrag zu bringen.

Finanzdepartement.

5. Der Bundesrath wird eingeladen, die Bestimmungen, welche zur Sicherstellung des eidgenößischen Staatsvermögens bestehen, in geeigneter Weise zu ergänzen, um der Möglichkeit von Vermögensverlusten noch wirksamer vorzubeugen.

Im Allgemeinen.

6. Im Uebrigen wird der Geschäftsführung des Bundesraths, so wie der Staatsrechnung vom Jahr 1865, die Genehmigung ertheilt.

B. Geschäftsführung des Bundesgerichtes.

7. Die Geschäftsführung des Bundesgerichtes vom Jahr 1865 wird gutgeheißen.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 16. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 18. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 18. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Konzession für die Toggenburger Eisenbahn auf St. Gallischem Gebiet.

(Vom 18. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
nach Einsicht

1) eines Beschlußes des Regierungsrathes des Kantons St. Gallen vom 18. Brachmonat 1866, durch welchen dem Komite für Erstellung einer Eisenbahn von Ebnat nach Wyl (Toggenburgerbahn) die nachgesuchte Konzession ertheilt wird;

2) eines sachbezüglichen Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 6. Heumonat 1866;

in Anwendung des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852,

beschließt:

Es wird der genannten Eisenbahnkonzession unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes ertheilt.

Art. 1. In Anwendung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einfluße des Unternehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betrieb befindliche Wegstreke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von

diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternehmung nicht mehr als 4 % nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die konzedirte Eisenbahn sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, von dem Zeitpunkte der Eröffnung des Betriebes auf der ganzen Bahnstreke an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum voraus hievon benachrichtigt hat.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die leztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesezt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter wählt, und von den leztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreiervorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

a. Im Falle des Rükkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen zehn Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rükkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rükkaufes im 75. Jahre der 22½fache und im Falle des Rükkaufes im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf

Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

b. Im Falle des Rükkaufes im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen.

c. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rükkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rükkaufssumme in Abzug zu bringen. Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von zwölf Monaten, von dem Tage dieses Beschlußes an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung des Baues zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesezgebung, namentlich des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen vom 28. Heumonat 1852, genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 11. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 18. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 23. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesgesez

betreffend

die Einführung gezogener Feld- und Positionsgeschüze schweren Kalibers. *)

(Vom 19. Juli 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 26. Brachmonat 1866,

beschließt:

Art. 1. Die 3 Vierundzwanzigpfünder-Haubizbatterien und die 6 Zwölfpfünder-Kanonenbatterien des Auszuges, ferner die 2 Achtpfünder-Kanonenbatterien der Reserve, werden durch 11 gezogene Achtpfünder-Kanonenbatterien zu 6 Geschüzen ersezt und zu denselben als Ergänzungsgeschüz 12 gezogene Achtpfünder-Geschüze angeschafft.

Art. 2. Die Geschüze sind als Hinterladungsgeschüze von Gußstahl mit dem Broadwell'schen Verschlusse (mit Blechlaffetten) zu konstruiren.

Art. 3. Der Mannschaftsbestand der sämmtlichen Feldbatterien (Vierpfünder- und Achtpfünder-Batterien) wird festgestellt wie folgt:

Hauptmann	1
Oberlieutenant	2
I. Unterlieutenant . . .	1
II. Unterlieutenant . . .	1
Arzt mit Oberlieutenantsgrad .	1
Uebertrag	6

---

*) Vergl. den Bundesbeschluß vom 24. Heumonat 1861 (VII, 67) und denjenigen vom 23. Christmonat 1863 (VIII, 27).

Uebertrag	6
Pferdarzt mit II. Unterlieutenantsgrad	1
Adjutant-Unteroffizier . . .	1
Feldweibel	1
Fourier	1
Trainwachtmeister . . .	1
Kanonierwachtmeister . . .	7
Kanonierkorporale . . .	7
Trainkorporale	4
Kanoniergefreite	14
Traingefreite	14
Frater	1
Hufschmiede, wovon 1 Gefreiter .	2
Schloßer	1
Wagner	1
Sattler	2
Trompeter	4
Kanoniere	50
Trainsoldaten	47
	165

Art. 4. Der Pferdebestand der Achtpfünder-Batterie wird gleich demjenigen der Vierpfünder-Batterien auf 104 Pferde festgesezt.

Art. 5. An Munition für jede gezogene Achtpfünder-Kanone werden 400 Schüße für jedes Geschüz der bespannten Batterien und für jedes Ergänzungsgeschüz vorgeschrieben.

Art. 6. Die 24 Zwölfpfünder-Kanonen der bisherigen 6 Zwölfpfünder-Batterien und der 4 dazu gehörenden Ergänzungsgeschüze, die infolge Erstellung von gezogenen Achtpfünder-Batterien disponibel werden, sind in gezogene Zwölfpfünder-Hinterladungsgeschüze umzuwandeln und dem Positionsgeschüze zuzutheilen.

Die 12 Vierundzwanzigpfünder langen Haubizen der Kantone und die 2 Ergänzungs-Vierundzwanzigpfünder-Haubizen

des Bundes, sowie die Geschüze der 2 Achtpfünder-Batterien der Reserve, werden ebenfalls dem Positionsgeschüze zugetheilt.

Art. 7. Ebenso sind die 60 von der Eidgenoßenschaft und die 30 von den Kantonen als Positionsgeschüz zu stellenden Zwölfpfünder-Kanonen in Zwölfpfünder-Hinterladungsgeschüze umzuwandeln.

Art. 8. An Munition für jedes gezogene Positionsgeschüz werden 150 Schüße vorgeschrieben.

Art. 9. Das Material der neuen Achtpfünder-Batterien, der 30 gezogenen Positionsgeschüze und der 24 in gezogene Zwölfpfünder-Hinterladungsgeschüze umgewandelten Zwölfpfünder-Kanonen (Art. 6 hievor) bleibt Eigenthum der Kantone; ebenso geht die für diese Geschüze angeschaffte Munition in das Eigenthum der Kantone über.

Art. 10. Die Kantone haben das betreffende Material der Eidgenoßenschaft auf erstes Verlangen des Bundesrathes zur Durchführung der Umänderung, die spätestens inner zwei Jahren zu vollenden ist, sofort zur Verfügung zu stellen.

Art. 11. Die Kosten der durch die vorstehenden Bestimmungen vorgesehenen neuen Anschaffungen und Umänderungen an Geschüzen, Laffetten und Kriegsfuhrwerken trägt der Bund, ebenso die Kosten der neuen Munition gegen Abgabe der zu den betreffenden Geschüzen gehörenden alten Munition. Dagegen liegt den Kantonen der Unterhalt des Materiellen der neuen Achtpfünder-Batterien und der ihnen gehörenden gezogenen Positionsgeschüze ob.

Art. 12. Für die dem Bunde auffallenden Kosten wird ein Kredit von 1,474,480 Franken bewilligt, der, wenn nöthig, auf die nächsten Jahre übertragen werden kann.

Art. 13. Diejenigen Vorschriften der Militärorganisation vom 8. Mai 1850, welche mit obigen Bestimmungen im Widerspruche stehen, sind aufgehoben.

Art. 14. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Gesezes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 16. Heumonat 1866.

Der Vizepräsident: **Philippin.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 19. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.

Bern, den 23. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

das Reglement über den Wacht- und Vorpostendienst.

(Vom 19. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 16. Hornung 1866 und des Entwurfes zu einem Wacht- und Vorpostenreglement,

beschließt:

1. Es wird dem vorgelegten Wacht- und Vorpostenreglement die Genehmigung ertheilt, jedoch mit der Einladung an den Bundesrath, anzuordnen, daß im Vorpostendienste die Aufstellung der Schildwachen und äußern Posten für die betreffenden Abtheilungschefs eine weniger bindende sei, als sie im Entwurfe vorgesehen ist, damit der Dienst dem Terrain und den übrigen Verhältnissen mehr angepaßt werden könne.

2. Dieses Reglement soll mit den unterm 24. und 31. Heumonat 1863 genehmigten Reglementen über den innern Dienst und den Felddienst (VII, 571 und 596) unter dem allgemeinen Titel „Dienstreglement" mit durchgehender Numerirung der Paragraphen ein Ganzes bilden.

3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 18. Heumonat 1866.

Der Vizepräsident: **Philippin.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 19. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 23. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesgesez

betreffend

die Eintheilung der Telegraphenkreise.

(Vom 19. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 29. Brachmonat 1866,

beschließt:

Art. 1. Das Telegraphennez wird in sechs Kreise eingetheilt, deren Begrenzung vom Bundesrathe festgesezt und nach den Bedürfnissen abgeändert wird.

Art. 2. Der Artikel 19 des Bundesgesezes vom 20. Christmonat 1854, betreffend die Organisation der Telegraphenverwaltung (V, 1), wird außer Kraft gesezt.

884. Art. 3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesezes beauftragt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Alsobeschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 19. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesgesezes.

Bern, den 27. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**



Bundesbeschluß

betreffend

den Rekurs des Hrn. August Tavel in Peterlingen, Kts Waadt, gegen den Bundesrathsbeschluß vom 26. Brachmonat 1865, betreffend Doppelbesteurung.

(Vom 19. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
in Erwägung:

1) daß nach dem von der Bundesversammlung auf die Beschwerde des Hrn. August Dür in Burgdorf unterm 25. Heumonat 1862 (VII, 323) gefaßten Entscheide jede Doppelbesteurung unzuläßig ist;

2) daß Hr. Tavel für seine hypothekarische Forderung von Fr. 9000 sowohl im Kanton Waadt als im Kanton Freiburg mit einer Steuer belastet worden ist, indem es als völlig gleichgültig erscheint, ob der freiburgische Fiskus die Steuer direkt oder durch Vermittlung des Schuldners bezogen habe,

beschließt:

Es wird der Rekurs im Sinne der Erwägungen für begründet erklärt.

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 18. Heumonat 1866.

Der Vizepräsident: **Philippin.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 19. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 23. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Einführung der Hinterladungsgewehre.

(Vom 20. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 12. Heumonat 1866,

beschließt:

1. Die sämmtliche gewehrtragende Mannschaft des Bundesheeres (Auszug und Reserve) ist mit Hinterladungsgewehren zu versehen.

Das mit Bundesbeschluß vom 28. Jänner 1863 (VII, 412) festgesezte Kaliber wird beibehalten.

2. Die vorhandenen oder in der Fabrikation begriffenen Gewehre und Stuzer kleinen Kalibers, so wie die Prélaz-Burnand-Gewehre, insofern die leztern dazu geeignet erfunden werden, sind in Hinterladungsgewehre umzuändern.

Der Bundesrath ist ermächtigt, das System der Umänderung festzustellen und dieselbe sofort auf Kosten des Bundes durchzuführen.

3. Dem Bundesrathe wird ferner die Ermächtigung ertheilt, für den Fall, daß eine Anzahl guter Hinterladungsgewehre sofort käuflich oder in kürzester Frist erstellbar sein würde, solche für das eidgenößische Gewehrdepot zu erwerben.

4. Ueber die Ordonnanz und die Einführung der neuen Hinterladungsgewehre, welche neben den umgeänderten Gewehren noch nothwendig sind, hat der Bundesrath der Bundesversammlung beförderlichst Bericht und Antrag zu hinterbringen und dieselbe zu diesem Behuf nöthigenfalls außerordentlich einzuberufen.

Der Bundesrath erhält den Auftrag, jezt schon die zur raschen Ausführung des daherigen Beschlußes erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

5. Bis die Einführung der neuen Hinterladungsgewehre (Art. 4) von der Bundesversammlung beschloßen ist, wird die weitere Anfertigung der jezigen Infanteriegewehre fortgesezt.

6. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlußes beauftragt, und es wird demselben der hiefür erforderliche Kredit bewilligt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 20. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,
Bern, den 20. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:
Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.
Bern, den 23. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

Bewilligung von Nachtragskrediten an den Bundesrath für das Jahr 1866.

(Vom 20. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,

nach Einsicht der Botschaft des Bundesrathes vom 2. Heumonat 1866,

beschließt:

Es werden folgende Nachtragskredite für das Jahr 1866 bewilligt:

Departement des Innern.

Kanzlei.

Büdget-Rubriken.
Nr. Litt.

9. B. I. 2 b.	Archive	Fr. 2,000		
	Statistisches Büreau.			
„ „ II. 2. —	Drukarbeiten	„ 3,000		
	Bauwesen.			
„ „ III. — —	Ausschmükung des Bundesrathhauses	„ 2,500		
			Fr.	7,500
	Justiz- und Polizeidepartement.			
13. F. e. — —	Unvorhergesehenes		„	2,500
	Militärverwaltung.			
14. A. d. 2 b.	Artillerie-Material (Ankauf von Pferdegeschirren und Trainreitzeugen	Fr. 36,875		
„ „ „ „ d.	Sanitarisches Material	„ 37,000		
„ „ h. —	Drukkosten	„ 10,000		
			„	83,875
	Zollverwaltung.			
15. B. VII. 2.	Schneebruch am St. Gotthard		„	16,000
	Postverwaltung.			
16. C. I. C. —	Postbüreaux	Fr. 30,000		
„ „ „ D. —	Postablagen, Boten, Briefträger 2c.	„ 40,000		
	Postmaterial.			
16. C. VI. —	Anschaffung von Kopirpressen Fr. 16,190			
	Uebernahme von 10 Fahrpostwägen „ 65,000			
	Rükkauf der alten 24 Bahnpostwägen „ 140,000			
		„ 221,190		
			„	291,190
		Total	Fr.	401,065

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 20. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**
Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 20. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**
Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Aufnahme des vorstehenden Bundesbeschlußes in die amtliche Gesezsammlung der Eidgenoßenschaft.

Bern, den 25. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesbeschluß

betreffend

die Konzession für Erstellung einer Eisenbahn von les Convers bis zum Bahnhof des Jura Industriel.

(Vom 21. Heumonat 1866.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenoßenschaft,
nach Einsicht

einer dem Grand Comité für Erbauung einer Eisenbahn durch das St. Immerthal, bestehend aus Delegirten der frühern Bürgergemeinderäthe von Villeret, St. Immer, Sonvillier und Renan, von dem Großen Rathe des Kantons Neuenburg für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Les Convers (Bernergrenze) bis zum Bahnhof des Jura Industriel ertheilten Konzession, vom 22. März 1866;

und eines Berichtes des schweizerischen Bundesrathes, vom 18. Heumonat 1866;

in Anwendung des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852,

beschließt:

Es wird dieser Konzession unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes ertheilt.

Art. 1. In Erledigung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesezes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einfluße des Unternehmens auf den Postertrag, eine

jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betriebe befindliche Wegstreke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternehmung nicht mehr als 4 % nach erfolgtem Abzug der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die Eisenbahn sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, vom 1. Jänner 1870 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum voraus hievon benachrichtigt hat. Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigung nicht erzielt werden, so wird leztere durch ein Schiedsgericht bestimmt. Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesezt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter wählt, und von den leztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmannes nicht einigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreiervorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichtes.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

a. Im Falle des Rükkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen 10 Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rükkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rükkaufes im 75. Jahre der 22½fache Werth dieses Reinertrages und im 90. Jahre dessen 20facher Werth zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Ab-

schreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

b. Im Falle des Rükkaufes im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen.

c. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rükkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rükkaufsumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, welche hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 12 Monaten, vom Tage dieses Beschlußes an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und zugleich genügender Ausweis über die gehörige Fortführung der Bahnunternehmung zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls nach Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesezgebung über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen, namentlich des Bundesgesezes vom 28. Heumonat 1852, genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen. Insbesondere werden gegenüber Art. 34, betreffend die Militärdienstenthebung der Eisenbahnangestellten, und gegenüber Art. 35, betreffend die zollfreie Einfuhr für Materialien zum Eisenbahnbau, die einschlägigen Bundesgeseze und die Kompetenzen des Bundes vollständig vorbehalten.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlußes beauftragt.

Also beschloßen vom Ständerathe,

Bern, den 19. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Welti.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Also beschloßen vom Nationalrathe,

Bern, den 21. Heumonat 1866.

Der Präsident: **Riggeler.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlußes.

Bern, den 27. Heumonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Verordnung

über

die Eintheilung der schweizerischen Telegraphenkreise.

(Vom 3. Augstmonat 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Vollziehung des Art. 3 des Bundesgesezes vom 19. Heumonat 1866, betreffend die Eintheilung der schweizerischen Telegraphenkreise;

auf den Vorschlag des eidg. Postdepartements,

verordnet:

Art. 1. Das schweizerische Telegraphennetz wird in nachstehende sechs Telegraphenkreise eingetheilt:

Der erste Kreis umfaßt die Kantone Genf, Waadt, Wallis und Freiburg, ausgenommen den Sense- und den Seebezirk.

Der zweite Kreis umfaßt den Sense- und den Seebezirk des Kantons Freiburg mit der Stadt Freiburg, die Kantone Neuenburg und Bern, mit Ausnahme der Amtsbezirke Münster, Delsberg, Pruntrut und Laufen, so wie die solothurnischen Aemter Bucheggberg-Kriegstetten und Solothurn-Lebern.

Der dritte Kreis umfaßt die bernischen Amtsbezirke Münster, Delsberg, Pruntrut und Laufen, die solothurnischen Aemter Balsthal, Dorneck-Thierstein und Olten-Gösgen, die Kantone Basel, Aargau, Unterwalden und Luzern, ausgenommen die auf dem rechten Ufer des Vierwaldstättersees und der Reuß gelegenen Landgemeinden.

Der vierte Kreis umfaßt die luzernischen Landgemeinden auf dem rechten Ufer des Vierwaldstättersees und der Reuß, die Kantone Zürich, Zug, Schwyz, Uri und Schaffhausen, mit Ausnahme des Bezirks Stein am Rhein.

Der fünfte Kreis umfaßt den schaffhausischen Bezirk Stein a/R., die Kantone Thurgau, St. Gallen, Appenzell und Glarus.

Der sechste Kreis umfaßt die Kantone Graubünden und Tessin.

Art. 2. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Weinmonat 1866 in Kraft.

Bern, den 3. Augstmonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Verordnung

betreffend

die Bildung und Verwendung der Freiwilligenkorps.

(Vom 6. Augstmonat 1866.)

Der schweizerische Bundesrath

beschließt:

Art. 1. Die Zulaßung von Freiwilligenkorps zu den Operationen der Armee, sei es für längere oder kürzere Dauer, wird unter nachstehenden Bestimmungen gestattet.

Art. 2. Diese Korps müßen militärisch und mindestens von der Stärke einer Kompagnie organisirt sein.

Art. 3. Die Bekleidung der Freiwilligen soll korpsweise eine möglichst gleichförmige sein.

Art. 4. Als Bewaffnung wird nur die Schießwaffe anerkannt.

Freiwilligenkorps, welche sich zu einem längern Felddienste verpflichten, sollten wo möglich die Ordonnanzwaffen mit sich führen.

Art. 5. Bezüglich der Korpsausrüstung, mit welcher die Freiwilligenkorps zu versehen sind, und die sich auf das Allernothwendigste beschränken soll, bleibt eine besondere Verfügung vorbehalten.

Art. 6. Freiwilligenkorps, welche zum Dienst mit der Armee zugelaßen werden, erhalten die eidgenößische Besoldung und Verpflegung.

Den mit Ordonnanzwaffen versehenen Korps wird die Munition in Natura, sonst in Geld vergütet.

Art. 7. Das Bundesgesez vom 7. Augstmonat 1852, betreffend die Pensionen und Entschädigungen der im eidgenößischen Militärdienste Verunglükten oder ihrer Angehörigen (III, 211), findet seine Anwendung auch auf die Mannschaft der zugelaßenen Freiwilligenkorps.

Art. 8. Die Freiwilligenkorps stehen für die Dauer ihres Dienstes bei der Armee unter den für diese geltenden militärischen Gesezen.

In administrativer und taktischer Beziehung haben sie sich den Befehlen desjenigen militärischen Obern unterzuordnen, dessen Truppen sie zugetheilt worden sind.

Art. 9. Dem Oberbefehlshaber bleibt das Recht gewahrt, die Freiwilligenkorps jederzeit, sei es ganz oder theilweise, aufzulösen oder zu entlaßen.

Art. 10. Je nach Umständen werden auch andere Freiwilligenkorps für den Transport-, Plaz- und Gesundheitsdienst ꝛc. errichtet, in welcher Beziehung besondere Verfügungen erlaßen werden sollen.

Bern, den 6. Augstmonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Bundesrathsbeschluß
betreffend
die Verkehrsbeschränkungen.

(Vom 22. Augstmonat 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Betracht der veränderten politischen Weltlage, welche besondere, zur Wahrung der schweizerischen Neutralität und Gebietseinheit dienliche Ausnahmsbestimmungen weiter nicht mehr erforderlich macht,

beschließt:

Es wird der Beschluß vom 18. Mai 1866 betreffend die Ausfuhr von Pferden und Maulthieren (VIII, 803) und die Verordnung vom 16. Brachmonat 1866 betreffend Handhabung der Neutralität der Schweiz (VIII, 842) hiemit wieder aufgehoben, und es haben in diesen verschiedenen Richtungen die gewöhnlichen Verkehrsbedingungen wieder in's Leben zu treten.

Bern, den 22. Augstmonat 1866.

Der Bundespräsident: J. M. Knüsel.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft: Schieß.

Uebereinkunft
zur
Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs.

(Vom 22. August 1864.)

Dieser Uebereinkunft ist nachträglich auch das Königreich Portugal am 9. August 1866 beigetreten.

Die Beitrittserklärung lautet wie folgt:

Dom Luiz,

por Graça de Deus,

REI DE PORTUGAL E DOS ALGARVES,

d'aquem e d'alem mar em Africa, Senhor de Guiné, e da Conquista, Navegaçao e Commercio da Ethiopia, Arabia, Persia e da India etc. Faço saber aos que a presente Carta virem que em vinte e dois d'Agosto de mil oitocentos sessenta e quatro se concluío e assignou em Genebra pelos respectivos Plenipotenciarios, uma Convençao internacional afim de suavisar, quanto possivel, os males da guerra, e melhorar a sorte dos militares feridos nos campos de batalha, cujo teor é o seguinte:

(Siehe den Wortlaut Seite 520 hievor.)

E por quanto a dita Convençao nao pôde ser por Mim ratificada dentro do praso marcado para a troca das respectivas Ratificaçoes, usando do direito consignado no artigo 9^{0}, e em virtude da auctorisaçao das Côrtes Geraes, Adhiro á mesma Convençao, e pela presente a Don por firme e valida para haver de produzir o seu devido effeito, Promettendo cumpril-a e observal-a inviolavelmente e Fazel-a cumprir e

observar por qualquer modo que possa ser. Em testemunho e firmeza do referido, Fiz passar a presente Carta por Mim assignada, passada com o Sello Grande das Armas Reaes, e referendada pelo Meu Ministro e Secretario d'Estado abaixo assignado. Dada no Palacio d'Ajuda aos nove dias do mez d'Agosto do anno do Nascimento de Nosso Senhor Jesus Christo de mil oitocentos sessenta e seis.

EL REI L. R.

(L. S.)

Jose Maria do Casas Ribeira.

Bundesrathsbeschluß

betreffend

die Veröffentlichung von Beschlüssen und Verordnungen der Bundesbehörden.

(Vom 27. Augstmonat 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

im Hinblik auf das Postulat 3 der Bundesversammlung zum Geschäftsberichte vom Jahr 1864 (VIII, 475), und in Abänderung der Verordnung vom 5. März 1849 (I, 275), beziehungsweise des Beschlußes vom 24. März 1851 (II, 344),

beschließt:

1. In den IX. Band der Gesezsammlung und in die folgenden Bände derselben sind nicht mehr aufzunehmen:

a. die Schlußnahmen der Bundesversammlung über Nachtragskredite, Rekurse und Petitionen, sowie alle Schlußnahmen, welche bloß die weitere Behandlung einzelner

Geschäfte betreffen. Ausnahmsweise kann der Bundesrath indessen auch die Aufnahme von Schlußnahmen der genannten Art anordnen, wenn dieselben im Spezialfalle ganz besonders große Bedeutung haben;

b. die Schlußnahmen des Bundesrathes über Fragen, welche nicht von allgemeiner Bedeutung sind, wie Konzessionsgebühren von Eisenbahnen, Militärbefreiung von Eisenbahnangestellten, Genehmigung kantonaler Militär-, Preß-, Ohmgelds- und Gewerbsgeseze u. dgl.

Die unter a und b bezeichneten Schlußnahmen sollen dagegen im Bundesblatte veröffentlicht werden.

2. Vertragsratifikationen von Seite der Bundesversammlung sind erst mit den Verträgen selbst nach deren Auswechslung in der Gesezsammlung zu publiziren.

3. Dieser Beschluß ist in die Gesezsammlung aufzunehmen und sämmtlichen Departementen und der Bundeskanzlei zur Nachachtung mitzutheilen.

Bern, den 27. Augstmonat 1866.

Der Bundespräsident:
J. M. Knüsel.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:
Schieß.

520

Uebereinkunft
zur
Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs.
(Vom 22. August 1864.)

Dieser Uebereinkunft ist das Königreich Sachsen am 25. Oktober 1866 beigetreten.
Die Beitrittserklärung lautet also:

Nous,

JEAN,

par la grâce de Dieu

ROI DE SAXE,

etc. etc. etc.

savoir faisons:

Ayant pris connaissance de la convention laquelle à l'effet d'améliorer le sort des militaires blessés dans les armées en campagne, a été conclue à Genève entre les Plénipotentiaires de plusieurs Puissances Européennes le 22 Août 1864, convention dont la teneur suit:

(voir page 520 plus haut.)

Nous, appréciant le but bienfaisant de cette convention, l'avons approuvée et approuvons en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues, déclarons qu'elle est acceptée, ratifiée et confirmée, et promettons qu'elle sera inviolablement observée.

En fois de quoi *Nous* avons donné les présentes, signées de notre main et scellées de notre Sceau Royal.

Fait à *Dresde* le 25 Octobre de l'an de grâce mil huit cent soixante-six.

JEAN.

(L S.)

Richard Baron de Friesen.

Uebereinkommen

zwischen

der Schweiz einerseits und Belgien, Italien und Oesterreich andererseits, betreffend gegenseitige unentgeldliche Verpflegung armer Erkrankter und Beerdigung von Verstorbenen.

Von diesen Uebereinkommen, welche mit Belgien am 19/31. Christmonat 1855, mit Italien am 2/6. Brachmonat 1856 und mit Oesterreich am 30. Weinmonat/2. Wintermonat 1857 abgeschloßen wurden, ist der eidgenößische Stand Zug zurükgetreten, welchen Rüktritt die Regierung des gedachten Standes dem Bundesrathe mit Schreiben vom 28. Herbstmonat 1866 erklärt hat.

Bern, den 20. Wintermonat 1866.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

Konkordat

betreffend

gegenseitige Vergütung von Verpflegungs- und Begräbniß-kosten für arme Kantonsangehörige.

(Vom 16. Wintermonat 1865.)

Diesem zwischen den eidgenößischen Ständen Zürich, Uri, Glarus, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Waadt, Genf und Appenzell I. Rh. bestehenden Konkordate (siehe Seite 820 hievor) sind auch die eidg. Stände Tessin und Appenzell A. Rh. beigetreten, und zwar Tessin am 2. Herbstmonat 1866 und Appenzell A. Rh. am 26. Wintermonat 1865.

Bern, den 20. Wintermonat 1866.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

Uebereinkommen

zwischen

der Schweiz und mehreren auswärtigen Staaten,

betreffend

Freihaltung der Handelsreisenden von Patentgebühren.

Mit Schreiben vom 6. und 15. Wintermonat 1866 hat der Kleine Rath des Kantons Graubünden dem Bundesrathe die Anzeige gemacht, daß der dortige Große Rath am 7. Brachmonat 1866 beschloßen habe, dem oberwähnten Uebereinkommen, welches die eidgenößischen Stände Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden (ob und nid dem Wald)*), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Landschaft), Schaffhausen, Appenzell (Außer- und Innerrhoden), St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt und Genf mit den Königreichen Württemberg (1852), Sardinien (1852), Bayern (1854), Sachsen (1858), Preußen (1860)**) und Hannover (1862), dem Großherzogthum Baden (1853), den Freien Städten Frankfurt a/M. (1855), Hamburg (1860), Lübeck (1860) und Bremen (1860) abgeschloßen hatten, Namens des eidgenößischen Standes Graubünden ebenfalls beizutreten.

Bern, den 23. Wintermonat 1866.

Der Kanzler der Eidgenoßenschaft:

Schieß.

---

*) Unterwalden ob dem Wald hat mit Schreiben vom 28. Oktober 1858 seinen Rüktritt vom gedachten Uebereinkommen angezeigt.

**) Laut einer Mittheilung der königl. preußischen Gesandtschaft bei der schweiz. Eidgenoßenschaft, vom 24. Christmonat 1861, haben sich dem oberwähnten Uebereinkommen mit Preußen auch die, dem deutschen Zollverein angehörenden Staaten angeschloßen (VII, 181).

Konkordat

betreffend

gegenseitige Verpflegungs- und Begräbnißkosten für arme Kantonsangehörige.

(Vom 16. Wintermonat 1865.)

Diesem zwischen den eidgenössischen Ständen Zürich, Uri, Glarus, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Außer- und Inner-rhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt und Genf bestehenden Konkordate (siehe Seite 820 hievor) ist auch der eidg. Stand Neuenburg am 20. Wintermonat 1866 beigetreten, welchen Beitritt der Staatsrath des gedachten Standes dem Bundesrathe mit Schreiben vom 27. Wintermonat 1866 erklärt hat.

Bern, den 1. Christmonat 1866.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

Reglement

über

die Erfordernisse für die Brevetirung von Kavallerie-Unteroffizieren zu Offizieren.

(Vom 26. Christmonat 1866.)

Der schweizerische Bundesrath,

in weiterer Ausführung und theilweiser Abänderung von § 50, lezter Passus, des allgemeinen Reglements vom 25. Wintermonat 1857 über Abhaltung der eidg. Militärschulen für die Spezialwaffen (V, 671) und unter dem Vorbehalt einer durchgreifenden Revision dieses Reglementes, beschließt über die Beförderung von Kavallerie-Unteroffizieren zu Offizieren dieser Waffe folgendes Reglement:

§ 1. Kavallerie-Unteroffiziere, welche von den Kantonen zu Offizieren befördert werden wollen, haben über ihre Befähigung eine Prüfung nach folgenden Bestimmungen zu bestehen.

§ 2. Die Prüfung wird in einem Umfange, welcher dem in den eidgenößischen Schulen ertheilten Unteroffiziersunterricht entspricht, theils praktisch, theils mündlich, theils schriftlich über hienach bezeichnete Fächer abgenommen.

Für Dragoner- und Guiden-Unteroffiziere:

Dienstreglement,
Stalldienst,
Kenntniß des Pferdes,
Reiten,
Fechten,
Voltigiren,
Satteln und Paken,
Kommandiren der Handgriffe,
Kommandiren der Reitschule,
Pelotons- und Escadronsschule.

Für die Guiden-Unteroffiziere überdies:
Dienstreglement für Guiden.

§ 3. Anmeldungen von Unteroffizieren zum Offiziersexamen sind von Seite der Kantone bis spätestens den 15. Hornung eines jeden Jahres dem eidg. Militärdepartement einzureichen.

§ 4. Um zum Offiziersexamen zugelassen zu werden, genügt der Grad eines Korporals. Der Betreffende muß von der obersten Militärbehörde seines Kantons eine bezügliche Empfehlung erhalten und sich ausweisen, daß er als Unteroffizier bereits wenigstens eine Rekruten- oder eine Unteroffiziersschule mit gutem Erfolg durchgemacht habe.

§ 5. Die Prüfung solcher Offiziers-Aspiranten wird durch eine Kommission, bestehend aus dem Oberinstruktor der Waffe, als Präsidenten, und je zwei vom eidg. Militärdepartement zu bezeichnenden Offizieren jeweilen im Monat März vorgenommen.

Ueber das Prüfungsergebniß hat die Kommission an das eidg. Militärdepartement einen Bericht einzureichen. Das Departement entscheidet auf Grund desselben, ob der betreffende Offiziersaspirant als Offizier brevetirt werden könne oder nicht.

§ 6. Die auf solche Weise ernannten Offiziere haben als I. Unterlieutenants, wenn möglich noch im gleichen, jedenfalls im darauf folgenden Jahre, eine vom eidg. Militärdepartement zu bezeichnende Rekrutenschule zu besuchen.

§ 7. Die Kosten der Prüfung sowohl als diejenigen des im § 6 bezeichneten Unterrichts übernimmt der Bund.

Bern, den 26. Christmonat 1866.

Der Bundespräsident: **J. M. Knüsel.**
Der Kanzler der Eidgenoßenschaft: **Schieß.**

Uebereinkommen

zwischen

mehreren eidgenössischen Ständen und Preußen und Bayern wegen gegenseitiger Verpflegung von Erkrankten und Beerdigung von Verstorbenen.

Diesem Uebereinkommen, welches zwischen mehreren eidgenössischen Ständen einerseits und den Königreichen Preußen und Bayern andererseits im Jahre 1862 abgeschlossen wurden (VII, 114 u. 344), ist der eidgenössische Stand Thurgau nachträglich auch beigetreten, welchen Beitritt die Regierung des gedachten Standes dem Bundesrathe mit Schreiben vom 1. Christmonat 1866 erklärt hat.

Bern, den 3. Christmonat 1866.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schieß.

Alphabetisches Inhaltsverzeichniß

zum

VIII. Bande der amtlichen Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen 2c. der schweiz. Eidgenossenschaft.*

A.

Alphabetisches Inhaltsverzeichniß

zum

VIII. Bande der amtlichen Sammlung der Bundesgeseze und Verordnungen 2c. der schweiz. Eidgenoßenschaft.

A.

B.

C.

D.

E.

Seite

G.

Seite

J.

K.

Seite

L.

M.

O.

Seite

P.

Seite

R.

S.

Seite

Seite

U.

V.

